

GEWERKSCHAFTEN IM UMBRUCH

Perspektiven für
die 90er
Jahre

*Frank Deppe / Klaus Dörre /
Witich Roßmann (Hrsg.)*

PAHL-RUGENSTEIN

*Frank Deppe/Klaus Dörre/
Witich Roßmann (Hrsg.)*

Gewerkschaften im Umbruch

Perspektiven für die 90er Jahre

Pahl-Rugenstein

1989 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Hanne Seinsoth
Satz: Fotosatz Klaußner GmbH, Köln
Druck: Druckerei Locher GmbH, Köln

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Gewerkschaften im Umbruch : Perspektiven für die 90er Jahre /
Frank Deppe . . . (Hrsg.). - Köln : Pahl-Rugenstein, 1989
(Kleine Bibliothek ; 532 : Politik und Zeitgeschichte)
ISBN 3-7609-1280-X
NE: Deppe, Frank [Hrsg.]; GT

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
<i>Klaus Dörre</i>	
Die Gewerkschaften im »Risikokapitalismus«	16
<i>Witich Roßmann</i>	
Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft. Gewerkschaftliche Strategiedebatte am Ende der 80er Jahre	53
<i>Klaus Pickshaus</i>	
Arbeitskampf im Umbruch, Probleme künftiger Streik- strategien	90
<i>Klaus Stegmüller</i>	
Technologischer Wandel und Gewerkschaften. Der tarifpolitische Beitrag zu einem gegenmachtorien- tierten Arbeitspolitikkonzept	112
<i>Marcus Waldschmitt</i>	
Flexibilisierung und gewerkschaftliche Gegenwehr	147
<i>Jürgen Schattmann</i>	
Probleme gewerkschaftlicher Umweltpolitik	176
<i>Kaspar Maase</i>	
Bruch mit der »Lager«-Mentalität. Zur Modernisierung der Arbeiterbewegungskultur	200
<i>Hans-Jürgen Urban</i>	
Industriegewerkschaft und Angestellte. Aktuelle Probleme gewerkschaftlicher Angestelltenpoli- tik am Beispiel der IG Metall	249

Rosemarie Lück

Gewerkschaftspolitik – Zukunft mit oder ohne Frauen? . 289

Klaus Dörre

Gewerkschaften und Jugendliche – Ausblicke auf
die LohnarbeiterInnen-Generation der 90er Jahre 313

Dieter Plehwe

Future's Past: »Deregulierung« in den USA –
Vorbild für Europa? 346

Klaus-Peter Weiner

Westeuropäische Integration, Binnenmarkt und
Gewerkschaftsbewegung 381

Rainer Falk

Neue Allianzen oder neue Konkurrenz?
Weltwirtschaftskrise, Gewerkschaften und Dritte Welt . 402

Vorwort der Herausgeber

Der Philosoph Ernst Bloch hat im Jahre 1935 Studien zum deutschen Faschismus veröffentlicht (»Erbschaft dieser Zeit«) und dabei den Begriff der Ungleichzeitigkeit eingeführt. Der Sieg des Faschismus in Deutschland – so lautete seine zentrale These, die namentlich an die revolutionäre Arbeiterbewegung gerichtet war – vollendet sich in einem System ungleichzeitiger Widersprüche: denn die tiefe kapitalistische »Wirtschaftskrise, welche den Spuk freisetzt, vollzieht sich in einem Land mit besonders viel vorkapitalistischem Material«. Die Massenbasis des Faschismus, die Mobilisierung der Bauern und Kleinbürger, die ebenfalls unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatten, kann aus den objektiven ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüchen des Kapitalismus gerade nicht erklärt werden. Die Ungleichzeitigkeit wird zur zentralen, strategischen Herausforderung für die revolutionäre Arbeiterbewegung; denn »das Kapital gebraucht das ungleichzeitig Konträre, wo nicht Disparate, zur Ablenkung von seinen streng gegenwärtigen Widersprüchen; es gebraucht den Antagonismus einer noch lebenden Vergangenheit als Trennungs- und Kampfmittel gegen die in den kapitalistischen Antagonismen sich dialektisch gebärende Zukunft« (Bloch, 1935, S. 77 ff.).

Für Bloch stellte sich die Ungleichzeitigkeit in ihrer politischen Artikulation noch als der durch den Faschismus okkupierte Widerspruch von modernen (kapitalistischen) und vor-modernen (vor-kapitalistischen) Lebenswelten dar. Wenn dagegen gegenwärtig in den Diskussionen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung immer häufiger von einer paralysierenden Ungleichzeitigkeit zwischen der Dynamik der gesellschaftlichen Umbruchprozesse und deren strategischer Verarbeitung durch die politische und gewerkschaftliche Linke die Rede ist, so reflektiert sich darin eine durchaus neuartige Erfahrung.

Zunächst erscheint die Ungleichzeitigkeit in der – möglicherweise verhängnisvollen – Verspätung, mit der Teile der Arbeiter-

bewegung (auch die sich in der Tradition des Marxismus definierenden Strömungen) beginnen, sich den neuen – durch die Umbruchskrise erzeugten – Herausforderungen theoretisch und praktisch zu stellen. Schon um die Mitte der 70er Jahre – nach der ersten Weltwirtschaftskrise 1974/75 – setzten jene Veränderungen des wirtschaftlichen Wachstums, der wissenschaftlich-technologischen Innovation, der Arbeitsmärkte (chronische Massenarbeitslosigkeit), aber auch der betrieblichen und der gesamtgesellschaftlichen Kapitalstrategien (Deregulierung/angebotsorientierte Wirtschaftspolitik) ein, deren Gesamtheit in der Folge als »große Krise« in der Entwicklung des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts, als epochale »Umbruchskrise« bzw. als »Erosionskrise« begriffen wurde. In dieser löst sich der für die Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus (in den Zentren Westeuropas und Nordamerikas) charakteristische Regulations-typ (»Fordismus«) auf, ohne daß schon die Konturen eines neuen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungstyps genau zu bestimmen wären.

Daß die Gewerkschaften international in die Defensive bzw. in eine Krise geraten sind, die sich in Mitgliederverlusten, Verminderung der Streikfähigkeit und einer sinkenden Mobilisierungsfähigkeit ausdrückt, ist längst kein Geheimnis mehr (Deppe, 1985; Müller-Jentsch 1988; Visser 1989). Gewiß ist diese Krise zunächst durch die objektiven Bedingungen der krisenhaften Umbruchsperiode beeinflusst worden. Dennoch läßt sich die Ungleichzeitigkeit – als das subjektive Moment der Krise – leicht konkretisieren, wenn kurz der Frage nachgegangen wird, wann eigentlich die wichtigsten – wissenschaftlich fundierten – Beiträge zur Analyse der epochalen Umbruchskrise und ihrer Bedeutung für die Arbeits- und Lebensbedingungen – nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit – veröffentlicht und diskutiert wurden.

– Die gesamte Diskussion über die »Grenzen des Wachstums« und die dabei immer wichtiger werdende Frage nach dem Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung sowie nach den Risikopotentialen neuer technischer Systeme (insbesondere der Kernenergie) in ihren globalen Wirkungsdi-

mensionen wurde schon in den frühen 70er Jahren eröffnet (vgl. zusammenfassend Grün/Wiener, 1984).

– Die langfristigen Trends zur Veränderung der Produktions- und Sozialstrukturen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wurden ebenfalls schon Anfang der 70er Jahre im soziologischen Konzept der »postindustriellen Gesellschaft« angesprochen (Touraine, 1972; Bell, 1975).

– Analysen über die Irreversibilität der mikroelektronischen und informationellen »Revolution« lagen schon Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre vor. Immerhin ging ein Bericht an den Club of Rome (der von einem Abteilungsleiter beim Vorstand der IG Metall mit herausgegeben war!) im Jahre 1982 von der Annahme aus, »daß wir in eine bedeutende Übergangsperiode eintreten, die dreißig bis fünfzig Jahre dauern kann, ehe sie in einen völlig andersartigen Typus der Weltgesellschaft münden, eine Weltgesellschaft mit viel mehr Menschen, veränderten Welten, neuen politischen und administrativen Strukturen, völlig neuartigen Formen institutionellen Verhaltens und einer technologischen Basis, die völlig anders sein wird als die uns heute vertraute und den Lebensstil aller Nationen und Kulturen von Grund auf beeinflussen wird« (Friedrichs/Schaff, 1982, S. 31). Als die wichtigsten Ursachen für diesen Übergang werden genannt: 1. das weltweite Bevölkerungswachstum, 2. die Notwendigkeit einer vollkommenen Erneuerung der Energieerzeugung, 3. die Auswirkungen der neuen Technologien, vor allem derjenigen, die auf der Mikroelektronik beruhen.

– Bis zur Mitte der 80er Jahre waren die wichtigsten Analysen von kritischen Sozialwissenschaftlern in der BRD erschienen, die sich u. a. mit den veränderten Wachstums- und Akkumulationsbedingungen des Kapitalismus (Lutz, 1984), mit der Rationalisierung der industriellen Produktion und den »neuen Produktionskonzepten« (Kern/Schumann, 1984) beschäftigten. Schon 1983 war mit dem sog. »Späth-Bericht« eines der wichtigsten programmatischen Dokumente erschienen, in dem die Konzeption einer neokonservativen Modernisierungspolitik detailliert ausgearbeitet worden war (Kommission »Zukunftsperspektiven«, 1983). 1984 folgten Arbeiten, die die neuen Hand-

lungsanforderungen an die Gewerkschaften ins Zentrum rückten (u. a. Negt, 1984, Deppe 1984). Schließlich häuften sich nunmehr auch marxistische Analysen der Umbruchsperiode, die nicht nur – z. T. höchst kontrovers – die »neue Qualität« des Vergesellschaftungs- und Reproduktionstyps, dessen Konturen in den 80er Jahren deutlich zu erkennen sind, sondern zugleich – im Blick auf die Zukunft – neue Probleme und Politikfelder thematisieren, die die Fundamentalkritik kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse zu berücksichtigen hat, wenn sie sich nicht selbst zum Relikt vergangener Epochen degradieren will (vgl. u. a. IMSF, 1985; Hirsch/Roth, 1986; Hickel, 1987; Altwater, 1987).

Diese kappen Hinweise mögen verdeutlichen, daß die Analyse der Umbruchsperiode eine inzwischen lange Vorgeschichte hat. Weite Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung haben bis heute solche Analysen weitgehend ignoriert bzw. eine Art »Wagenburg-Mentalität« entwickelt, die verzweifelt – oftmals gepanzert durch bürokratische Abschottung – an vorgeblich »alt-bewährtem« Wissen sowie an Erfahrungen festhalten, die noch nicht durch die neuen Widerspruchskomplexe getrübt erscheinen. Oftmals diente auch die marxistische Kritik an den Defiziten von Einzelanalysen, vor allem an der Ausblendung der Relevanz der krisenhaften Kapitalakkumulation für die Dynamik und die Formen des Umbruchs, lediglich dazu, solche Ignoranz gegenüber den neuen Fragen zu zementieren.

Darin manifestiert sich freilich zugleich eine zweite Dimension der Ungleichzeitigkeit, die das politische Gewicht einer verspäteten Reaktion auf die neuen Herausforderungen noch verstärken muß. Die gegenwärtige Umbruchsperiode zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie die weitgehende Auflösung vor-kapitalistischer Reproduktionsverhältnisse und Lebenswelten zur geschichtlichen Voraussetzung hat. Jeder neue Schritt der Modernisierung greift in der Gegenwart selbst die industriekapitalistischen Strukturen der Moderne an, zersetzt sie und reproduziert dabei selbst noch Widerspruchskomplexe (z. B. auf dem Felde der Mensch-Umwelt-Natur-Beziehungen oder auch in der Transformation von kommunikativen Lebenswelten durch

die »informationelle Revolution«), in denen sich die Problematik der Ungleichzeitigkeit auf neue und vielfach verwirrende Weise stellt.

Die politischen Antworten, die von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in dieser Umbruchskonstellation zu entwickeln sind, werden von dieser neuen Ungleichzeitigkeit nicht abstrahieren können. Auf der einen Seite kommt es – angesichts des vom Profitmotiv gesteuerten und von der neokonservativen Politik und Ideologie flankierten sozialökonomischen und technischen Umbruchs – sogar verstärkt darauf an, klassische Schutzfunktionen der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen im täglichen »Guerillakrieg von Kapital und Arbeit« (Marx) wahrzunehmen, um oftmals nur tarif- und sozialpolitische, arbeits- und tarifvertragsrechtliche Positionen zu verteidigen. Gleichzeitig werden jedoch neue Felder des Kampfes eröffnet, dessen Inhalte und Ziele nicht länger aus den früher bestimmenden industriekapitalistischen und proletarischen Milieus im Bereich der Produktion wie der Reproduktion (Konsum, Wohnen, Alltagskulturen usw.) abgeleitet werden können.

In einer solchen gesellschaftspolitischen Situation ist es – wie der »Solidaritätskreis gegen Arbeitslosigkeit« beim DGB in einer kritischen Stellungnahme zum 25jährigen Wirken des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betont hat – unbedingt erforderlich, daß die neue Ungleichzeitigkeit zugleich traditionelle Verengungen und Fragmentierungen des Denkens aufbricht: »In gesellschaftlichen Umbruchs- und Krisensituationen, die erkennbar tiefere und umfassendere Wirkungen haben als die geschichtlichen Erfahrungen von Rezession und Konjunktur zeigen, sind schnelle Antworten, in denen Krisenlösungen versprochen werden, meist nur Ausdruck von Hilflosigkeit und betrügerischer Arroganz. Begründete, die Lebensverhältnisse der Menschen wirklich humanisierende Antworten können nur gefunden werden, wenn im Klima einer kritisch-aufgeklärten Öffentlichkeit zentrale gesellschaftliche Fragen thematisiert werden – und zwar ohne daß sie von vornherein unter das Diktat eines ökonomisch

verkürzten Ansatzes gestellt werden. Das große Defizit an gesellschaftspolitischer Orientierung und sozialen Strategien in der Periode des industriegesellschaftlichen Umbruchs hat viel . . . damit zu tun, daß zentrale Fragen unter dem Hinweis auf ökonomische Sachzwänge dem politischen Diskurs entzogen werden« (Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1989, S. 118/9).

Die in diesem Band zusammengestellten Beiträge gehen der Frage nach, mit welchen Herausforderungen die DGB-Gewerkschaften in der BRD in der Umbruchperiode konfrontiert sind, wie sie in ihrer bisherigen Politik darauf reagiert haben und welche Defizite im Blick auf die Fortsetzung bzw. Beschleunigung des sozialökonomischen Strukturwandels in den 90er Jahre zu konstatieren sind. Der einleitende Beitrag von K. Dörre beleuchtet die gesamtgesellschaftlichen Dimensionen der Umbruchperiode, deren gesellschaftstheoretische Reflexion sowie die veränderten gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen, die namentlich durch den neuen Modus der Vergesellschaftung (»Individualisierung«) beeinflusst werden. W. Roßmann analysiert danach – vor allem anhand der »Zukunftskongresse« der IG Metall im Jahre 1988 – die Entwicklung und den derzeitigen Stand der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion. K. Pickshaus wertet sodann die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Kämpfe der 80er Jahre aus, um die Frage zu beantworten, welche dieser Erfahrungen im Hinblick auf die zukünftigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Staat auf der einen und einer klassenautonomen Gewerkschaftspolitik auf der anderen Seite von besonderer Bedeutung sein können.

Die nachfolgenden vier Beiträge sind der Analyse von gewerkschaftlichen Politikfeldern gewidmet, die in der Umbruchkrise neu definiert bzw. aufgewertet worden sind: K. Stegmüller diskutiert den Zusammenhang von »neuer Technik« und Tarifpolitik, während M. Waldschmitt die neuen Kapitalstrategien behandelt, die unter dem Schlagwort der »Flexibilisierung« zusammengefaßt werden können. J. Schattmann plädiert dafür, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die Umweltpolitik als zentrales Feld der betrieblichen und außerbe-

trieblichen Interessenvertretung anerkennt. Schließlich entwirft K. Maase die Konzeption einer neuen gewerkschaftlichen Kulturpolitik, die den neuen Bedingungen der Vergesellschaftung, der Bedürfnisartikulation und des gewerkschaftlichen Kampfes in der Gegenwart gerecht zu werden vermag.

Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Band jenen Gruppen der Lohnabhängigen zuteil, die oftmals als die »Problemgruppen« für die gewerkschaftliche Organisation bezeichnet werden. H. J. Urban beschäftigt sich am Beispiel der IG Metall mit Problemen der gewerkschaftlichen Angestelltenpolitik. R. Lück begründet die Notwendigkeit eines fundamentalen Neuzugangs zur gewerkschaftlichen Frauenpolitik und K. Dörre untersucht die Frage nach dem gewerkschaftlichen Organisationsverhalten von Jugendlichen sowie nach den Ursachen der viel diskutierten Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

Im letzten Teil dieses Bandes wird dann auf einige Dimensionen internationaler Gewerkschaftspolitik eingegangen. D. Plehwe stellt die Motive, Ziele und Ergebnisse der Deregulierungspolitik in den USA vor. Gerade weil die neokonservativen und -liberalen Kräfte in Westeuropa diese – vor allem gegen die Gewerkschaften gerichtete – Politik als nachahmenswertes Vorbild propagieren, erschien es sinnvoll, diesen Beitrag hier aufzunehmen. K. P. Weiner konzentriert sich auf die Herausforderungen, die mit dem Projekt »EG-Binnenmarkt '92« für die Gewerkschaften erkennbar sind. R. Falk schließlich geht in seinem Beitrag von den erheblichen Defiziten aus, die die nationale und internationale Gewerkschaftspolitik im Hinblick auf die Veränderungen der Weltwirtschaft, der Rolle der sog. »multinationalen Konzerne« und die sich zuspitzenden sozialen Katastrophen in weiten Teilen der »Dritten Welt« auszeichnen.

Dieser Band erhebt keinen Anspruch auf eine systematische Analyse aller gewerkschaftlichen Handlungsfelder. Die Auswahl und Schwerpunktsetzung ergab sich auch aus Arbeitszusammenhängen jüngerer Marburger Sozial- und Politikwissenschaftler/-innen, die sich mit der Gewerkschaftsforschung bzw. mit der Analyse der Umbruchsperiode beschäftigen. Ebensovienig wollen die Beiträge als eine vordergründige Politikberatung

mißverstanden werden, die den Gewerkschaften vorschreiben möchte, in welche Richtungen sich ihre Politik zu entwickeln hätte. Freilich gibt es eine gemeinsame Perspektive, die wesentlich aus der Bestimmung der Umbruchskrise nicht als eines – gleichsam formationsneutralen – Modernisierungsprozesses, sondern als einer kapitalistischen Umbruchskrise resultiert. Falls die Gewerkschaften sich der Problematik der Ungleichzeitigkeit nicht stellen, besteht in der Tat die Gefahr einer Stagnation bzw. der Marginalisierung der Gewerkschaften, wie sie – von konservativen Ideologen – gelegentlich mit dem Bild vom unbeweglichen, unintelligenten, zum Aussterben verurteilten Dinosaurier umschrieben wird. Auf der anderen Seite müßte die Beteiligung an sozialpartnerschaftlichen Modernisierungsprojekten dazu führen, daß die Gewerkschaften immer mehr auf die Ebene der betrieblichen Interessenvertretung sowie auf die Repräsentanz des schrumpfenden, relativ privilegierten Teils der Industriearbeiterschaft reduziert würden. In der Konsequenz solcher Prozesse (die in vielen Ländern, aber auch bei einigen DGB-Gewerkschaften zu beobachten sind) müßten die Gewerkschaften endgültig darauf verzichten, sich als eine organisierte Kraft der Lohnabhängigen zu verstehen, die in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Schutz- und gesellschaftspolitische Gestaltungsfunktionen miteinander verbindet. Gestaltung aber heißt in diesem Sinne die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse von Kapital und Arbeit, Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Reformalternativen, die zugleich den Weg in eine »andere Zukunft« eröffnen. Die Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Perspektive von sozialer Gerechtigkeit, ökologischem Gleichgewicht, Friedensfähigkeit und internationaler Solidarität, Demokratisierung und kultureller Entfaltung für alle wird den Inhalt dieser »anderen Zukunft« ausmachen.

Literatur

- E. Altvater, *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg 1987.
D. Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/New York 1975.
E. Bloch, *Erbschaft der Zeit*, Zürich 1935.
F. Deppe, *Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung*, Köln 1984.
F. Deppe, *Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945–1985: Von der Bewegung zur Stagnation?* in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF*, 1/1985, (Frankfurt), S. 58 ff.
G. Friedrichs/A. Schaff (Hrsg.), *Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rome*, Wien-München-Zürich 1982.
J. Grün/D. Wiener, *Global denken, vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn*, Freiburg 1984.
R. Hickel, *Ein neuer Typ der Akkumulation*, Hamburg 1987.
J. Hirsch/R. Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg 1986.
ISMF, *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF*, 9/1985 (Frankfurt) (*»Zukunft der BRD – Linke Alternativen«*).
H. Kern/M. Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1984.
Kommission *»Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen«*, Bericht, Stuttgart 1983.
B. Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York 1984.
W. Müller-Jentsch (Hrsg.), *Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt/New York 1988.
O. Negt, *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit*, Frankfurt/New York 1984.
A. Touraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt 1972.
J. Visser, *Westeuropäische Gewerkschaften im Umbruch*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 1/1989, S. 28 ff.

Die Gewerkschaften im »Risikokapitalismus«

Auf den ersten Blick scheint es, als hätten die bundesdeutschen Gewerkschaften die zurückliegenden 15 Jahre verlangsamten ökonomischen Wachstums trotz konservativer Wende und anhaltender Massenarbeitslosigkeit vergleichsweise gut überstanden.¹ Zwar mußten in Verteilungskämpfen, bei Auseinandersetzungen in Krisenbranchen und auch in Konflikten um soziale und politische Rechte z. T. beträchtliche Rückschläge hingenommen werden. Dennoch blieb der Mitgliederbestand relativ stabil.² Die Mobilisierungsfähigkeit besonders des eher an klassenautonomer Interessenspolitik orientierten Teils der Gewerkschaftsbewegung konnte erhalten werden. Mit dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung gelang sogar trotz widriger Durchsetzungschancen die Mobilisierung für eine offensive Forderung.³

Obwohl die bundesdeutschen Gewerkschaften also – gemessen an Mitgliederstärke, Organisationskraft sowie tarifvertraglich und gesetzlich fixierten Einflußmöglichkeiten – wahrscheinlich stärker sind, als ihre Vorläuferorganisationen während historisch vergleichbarer Krisenperioden⁴, dominieren in der Strategie- und Zukunftsdiskussion eher die Moll-Töne. Auf einer der Zukunftskonferenzen seiner Organisation faßte der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler ein Panorama ökonomischer, ökologischer und sozialer Fehlentwicklungen in dem Befund zusammen, daß die bloße Fortschreibung des Bestehenden keine lebenswerte gesellschaftliche Zukunft mehr ergebe.⁵ Hält man das Dramatische einer solchen Aussage nicht für bloße Rhetorik, so impliziert das Konsequenzen in doppelter Hinsicht: Nicht nur, daß technologischer Umbruch, Branchenkrisen, Massenarbeitslosigkeit, ökologische Gefahren oder die Po-

litisierung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten nach einem grundlegenden Umbau gesellschaftlicher Strukturen verlangen, auch Rolle und Politik der Gewerkschaften selbst müssen in vielerlei Hinsicht neu ausgelotet werden.

Erst allmählich beginnt sich bei den »organischen Intellektuellen« der Arbeiterbewegung, im Kreis der aktiven FunktionärInnen und BildungsarbeiterInnen die Erkenntnis durchzusetzen, daß mit der tiefen zyklischen Krise 1973/75 ein – unter den Bedingungen wirtschaftlicher Prosperität in materieller Hinsicht einmalig erfolgreiches – Modell gewerkschaftlicher Interessenpolitik zu Bruch gegangen ist. Gewandelt haben sich nicht nur die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung, vielmehr stehen inhaltliche Zielvorstellungen und Schwerpunktsetzungen, Organisationsstrukturen, Mobilisierungs- und Politikformen zur Disposition. Wie nicht anders zu erwarten, lösen solche Anforderungen sowohl in den Führungsstäben als auch an der Basis zunächst einmal Verunsicherung aus. Ein labiler Zustand, der allerdings immer die Gefahr beinhaltet, sich mit dem Festhalten an in der Vergangenheit bewährten Konzepten und Vorstellungen Scheinsicherheit zu verschaffen.

1. Von der Vielfalt der Krisendiagnosen

Nicht nur in der neuen gewerkschaftlichen Intellektuellenschicht⁶ wächst der Bedarf an operationalisierbarem Orientierungswissen. An sozialwissenschaftlichen Krisen- und Umbruchdiagnosen, auf die zurückgegriffen werden kann, herrscht denn auch kein Mangel. Doch wenngleich Kategorien wie »konservative Hegemonie«, »Krise des Fordismus«, »Individualisierung« oder »systemische Rationalisierung« allmählich Eingang in die gewerkschaftliche Resolutions- und Alltagssprache finden, reproduziert sich darin nicht selten die »neue Unübersicht-

lichkeit«, die auch die sozialwissenschaftliche Debatte beherrscht.

Zwar ist die Existenz einzelner Krisenphänomene unbestritten, doch Ursachenbestimmung und Gewichtung fallen je nach Erklärungsansatz unterschiedlich, ja gegensätzlich aus. Gerade die analytische Beschäftigung mit dem besonderen Charakter der gegenwärtigen Umbruchperiode wirft grundsätzliche Fragen auf. Wie kommt es beispielsweise, daß fünfzehn Jahre Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, daß die Wiederbelebung von alter und die Entstehung neuer Armut bislang nicht zur Stärkung einer »Systemopposition von links« geführt haben? Woran liegt es, daß gerade die Reaktualisierung »klassischer« Widersprüche des Kapitalismus mit einer Krise des linken Flügels der Arbeiterbewegung einhergeht? Weshalb gingen links-oppositionelle Impulse auf zentralen Konfliktfeldern (Frieden, Ökologie) in der zurückliegenden Krisenperiode stärker von mittelschicht- und intelligenzdominierten neuen sozialen Bewegungen als von den Gewerkschaften und der arbeitersbewegungsorientierten Linken aus? Wie verträgt sich überhaupt die Inflationierung sozialwissenschaftlicher Krisendiagnosen mit der überraschenden Stabilität bestehender politischer Strukturen und Machtverhältnisse? Und werden nicht die Krisenprozesse in den westlichen Metropolen durch die Eruptionen in den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas bei weitem in den Schatten gestellt und somit auch relativiert?

Ein am klassisch-soziologischen Begriff der Moderne⁷ orientierter Diskussionsbeitrag beantwortet diese Fragen mit (impliziter) Fundamentalkritik an polit-ökonomisch und kapitalismustheoretisch argumentierenden Ansätzen.

Das Steuerungspotential der gesellschaftlichen Teilsysteme gilt in diesem Diskurs als ausreichend, um ökonomische und soziale Krisenprozesse zu regulieren, ohne daß sie zu Bestandsgefährdungen des Sozialsystems werden. Die nunmehr relevanten Krisenprozesse werden außerhalb der Systemstrukturen angesiedelt und nicht auf die inneren Widersprüche, sondern im Gegenteil auf die ungeheure Funktionstüchtigkeit der einzelnen Teilsysteme zurückgeführt. »Äußere« Entwicklungsschran-

ken, die Zerstörung der Umwelt sowie Sinn-, Gemeinschafts- und Traditionsverlust, gelten als Folge eines »Expansionismus der Funktionssysteme«, der nun an die »Grenzen des Fortschritts« herangeführt hat. Ökologisches Bewußtsein, »Entstandardisierung der Arbeitsbeziehungen« und die »Abkehr vom Optimismus der Gesellschaftsteuerung« lassen sich in diesem Kontext als Indikatoren für einen Epochenwechsel deuten, der sich nicht als Systemwechsel durchsetzt, sondern sich in und mit den industriekapitalistischen Strukturen vollzieht.⁸ Dieser sicher sehr abstrakte Grundgedanke findet sich in vielen Schattierungen und mit z. T. gegensätzlichen Begründungen in einer Fülle zeitgenössischer Umbruchdiagnosen.

So geht z. B. der konservative Theoretiker D. Bell davon aus, daß sich mit der sozialstaatlichen Befriedung des Klassenkonflikts die Widersprüche moderner Gesellschaften in die Kultursphäre verlagern. Der Übergang zu Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum habe zu einem Widerstreit zwischen moderner Gesellschaft und modernistischer Kultur geführt. Die Legitimationsfunktion für soziales Handeln sei von der Religion an die moderne Massenkultur übergegangen. Letztere fülle diese Funktion jedoch nicht aus. Statt dessen räume sie das Feld für einen – ursprünglich antibürgerlichen – Hedonismus. Dieses System anarchischer Werte und Lebensstile sei der protestantischen Ethik, dem Weberschen »Geist des Kapitalismus«, diametral entgegengesetzt. Während also die Gesellschaft weiter auf den Prinzipien funktionaler wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Rationalität beruhe, stimulierte der Kulturprozeß einen narzißtischen Selbstbezug der Individuen, der die Sozialverbindlichkeit eben dieser Prinzipien untergrabe.

In der daraus resultierenden Kulturkrise sieht Bell das große Systemproblem aller westlichen Gesellschaften. Die Lösung liegt für ihn in der Rückführung der Ökonomie zu ihren sittlichen Normen, der Wiederbelebung religiösen Bewußtseins.⁹ Der hier anklingende Gegensatz zwischen heftiger Ablehnung der kulturellen Moderne und vorbehaltloser Bejahung ökonomisch-technischer Modernisierung findet sich mehr oder minder ausgeprägt in allen (neo)konservativen Krisendeutungen

wieder.¹⁰ Während Bell seine einseitig kulturpessimistische Interpretation des Wertewandels auf eine differenzierte Analyse gesellschaftlicher Strukturveränderungen stützt (Tertiärisierung, Expansion industrieller Kultur und Sinnproduzenten wie Freizeitindustrie, Massenmedien usw.), fallen die Wertzerfalls-Hypothesen seiner konservativen Nachbeter meist flacher aus. Sozialstaatlich erzeugte »Anspruchsinflation«, überlastete Behörden und Verwaltungen sowie daraus resultierende Legitimationsdefizite gelten als die Hauptursache gesellschaftlicher Krisen. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, Rücknahme sozialer Sicherungen, eine Revitalisierung tradierter Pflichtwerte und die Stärkung der Exekutive sind das Kernstück der empfohlenen Gegenstrategie.

Zu Recht hat Habermas diesem neokonservativen Denkmuster das Verdrehen von Ursache und Wirkung vorgeworfen. Krisenursachen werden nicht in der Funktionsweise der Ökonomie und des Staatsapparates gesucht, sondern in die Kultursphäre hineinprojiziert und als bloße Sinnprobleme abgehandelt.¹¹

Aber auch Habermas selbst geht – in diesem Punkt durchaus mit Bell übereinstimmend – davon aus, daß Staatsinterventionismus, Massendemokratie und Sozialstaat eine »Pazifizierung von Klassenkonflikten« bewirkt haben. Die gesellschaftliche Regulierungskapazität sei auf die Zähmung des Klassenantagonismus konzentriert worden, dies aber um den Preis einer nunmehr klassenunspezifischen, universellen »Verdinglichungsproblematik«.¹² Die über die Steuerungsmedien Tauschwert und administrative Macht ausdifferenzierten Handlungssysteme (Staat, Gesellschaft) seien »überkomplex« geworden und hätten sich gegenüber den kommunikativ strukturierten Lebenswelten (Privatsphäre, Öffentlichkeit) verselbständigt. Soziale Beziehungen würden zunehmend in Waren und Objekte der Verwaltung verwandelt. Der gesellschaftliche Rationalisierungsprozeß drohe so in eine »Kolonialisierung der Lebenswelten« umzuschlagen. Während Klassenkonflikte ihre strukturbildende Wirkung verloren hätten und an die Stelle von Klassen- ein »fragmentiertes Massenbewußtsein« getreten sei, wurzele die zen-

trale Konfliktachse spätkapitalistischer Gesellschaften nunmehr im Spannungsfeld von System und Lebenswelt.¹³

Noch einen Schritt weiter als Habermas geht Ulrich Beck. In seinem Entwurf der »Risikogesellschaft« deutet Beck den gesellschaftlichen Umbruch als Übergang zu einer nachindustriellen »anderen Moderne«. Ausschlaggebend für den Epochenwechsel seien zwei Entwicklungen: Einmal habe die Entstehung des Wohlfahrtsstaates durch Aufzehrung sozialer Traditionsbestände zu einer Individualisierung sozialer Ungleichheiten und damit zu einem lebensweltlichen Evidenzverlust der Klassengesellschaft geführt. Zwar bestünden Ungleichheitsrelationen fort; sie seien aber einem »Fahrstuhleffekt« gleich eine Etage höher gefahren worden und hätten ihre Bedeutung für Bewußtsein und Handeln der sozialen Akteure zunehmend eingebüßt. Es bleibe eine wachsende Markt- und Institutionenabhängigkeit der Individuen, die aus sich heraus aber keine erfahrbaren Gemeinsamkeiten erzeuge. Vielmehr sehe sich jeder einzelne mit einer wachsenden Fülle von Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten konfrontiert. Dies zwingt zur Ausbildung eines ich-zentrierten Weltbildes, das zugleich die Subjektivierung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte begünstige.¹⁴

Parallel dazu sei mit dem Umschlagen wissenschaftlich-technischer Produktiv- in Destruktivkraft ein neues gesellschaftliches Konfliktzentrum entstanden. Eine quer zu den traditionellen Klassengrenzen verlaufende »Logik der Risikoverteilung« bestimme mehr und mehr die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik. Die Freisetzung industrieller Großgefahren münde in »Fortschrittskonflikte«, die eine »Querdifferenzierung der Sozialstruktur« bewirkten. Die Gesellschaft werde zunehmend in Risikoverlierer und -gewinner gespalten. Sofern man industrielle Gefahren ins Zentrum der Analyse stelle, seien Konflikte in der Erwerbsarbeit nicht mehr am Kriterium »Nichtbesitz von Produktionsmitteln festzumachen, sondern an Arbeitsplätzen in risikoreichen und risikogefährdeten Teilen des ökonomischen Systems«. Dadurch werde die »mit dem Verblässen des Klassencharakters und der Klassenerfahrung im Wohl-

fahrtsstaat sowieso schon historisch eingeleitete Tendenz zur Entsolidarisierung« in einer »völlig neuen Tiefenwirkung verschärft«. ¹⁵

So unterschiedlich diese hier nur knapp skizzierten Ansätze auch sein mögen, in einem zentralen Aspekt besteht Übereinstimmung. Allesamt beanspruchen sie die Überwindung des »klassischen« Kapitalismusparadigmas. Die relevanten gesellschaftlichen Krisenherde und Konfliktlinien scheinen nicht mehr aus der Ökonomie, der Selbstbewegung des »prozessierenden Widerspruchs« Kapital heraus erklärt werden zu können. Die Krisen des Industrialismus, der Arbeitsgesellschaft, der Kultur werden mehr oder weniger jenseits kapitalistischer Formbestimmtheit angesiedelt. Die als Resultat eines evolutionären Zuwachses an Regulierungskapazität gedeutet Stillegung des Klassenkonflikts legt zugleich einen fortschreitenden Bewegungsverlust der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nahe.

Gegen solche Paradigmenwechsel wäre nichts weiter einzuwenden, griffen nicht alle vorgestellten Ansätze letztlich doch wieder auf Basiskategorien der klassischen Kapitalismustheorien zurück. Auch Beck und Habermas kommen in ihren Ansätzen nicht ohne Begriffe wie Markt, Ware, Lohnarbeit, Kapital, Akkumulation ect. aus. Freilich werden diese Kategorien »ausgedünnt«, die in ihnen enthaltenen Aussagen über Krisenprozesse, Produktions- und Machtverhältnisse nicht mehr systematisch in die Analyse einbezogen. ¹⁶ Der strukturelle Bruch in der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Metropolen wird allenfalls noch über einzelne soziale Auswirkungen wahrgenommen; die »außen« verorteten Krisen verlieren ihren Bezug zu »inneren« Systemwidersprüchen.

Nun ist aber die in vielen Moderne- und Spätkapitalismustheorien bereits ausgeschlossene Wiederkehr des ökonomischen »Krisengespenstes«, das Zerschellen des Traums von der »immerwährenden Prosperität« (B. Lutz) ein prägendes Moment des gesellschaftlichen Umbruchs. Die »(neo)konservative Welle«, welche ab Mitte der 70er Jahre nahezu alle kapitalistischen Metropolen erfaßt, kann nur in diesem Kontext analysiert werden. Sie wird von politischen Formationen getragen,

deren erklärtes Ziel die Wiederherstellung der Verwertungsbedingungen des Kapitals mittels technologischer Modernisierung, Umverteilung zuungunsten der Lohnabhängigen und durch Zurückdrängen von Gegenmachtpositionen der Arbeiterbewegung ist.¹⁷ Es liegt in der Konsequenz der theoretischen »Überwindung« des Kapitalismusparadigmas, eben diese Dimension von Krise und Restrukturierung unterzubelichten und damit in der Tendenz zu banalisieren.

2. Krise des »Fordismus«

Ein Konzept, das den Strukturbruch in den kapitalistischen Metropolen aus der Krise der Kapitalakkumulation zu erklären sucht, ohne dabei in Ökonomismus zu verfallen, ist von der französischen Regulationsschule¹⁸ vorgelegt worden. Anspruch dieses – allerdings keineswegs homogenen¹⁹ – Ansatzes ist es, die Entwicklung des Kapitalismus als Abfolge jeweils relativ stabiler historischer »Formationen« zu analysieren. Eine »Formation« wird allgemein als selbstgesteuertes Sozialsystem definiert, dessen Entwicklungsfähigkeit durch endogene Akkumulationsblockaden und begrenzte Adaptionsefähigkeit Schranken gesetzt sind. Vermittelt über das Klassen- und Sozialhandel gesellschaftlicher Akteure mündet der Niedergang einer solchen Formation in eine »große Krise« kapitalistischer Akkumulation, die schließlich durch die Herausbildung eines neuen Akkumulations- und Regulierungsmodells überwunden wird.²⁰ Der Ansatz zielt also auf die »lange Frist«, auf die Erklärung langer Wachstumsphasen und ihr krisenhaftes Auslaufen. Einzelne Wachstumsperioden werden als Akkumulationsregimes bezeichnet, die über längere Zeiträume hinweg »Übereinstimmungen zwischen Produktions- und Konsumtionsnormen sichern«. Über spezifische Regulationsformen (des Lohnverhältnisses, des Warenverhältnisses, des Geldverhältnisses, der

Staatsintervention) werden kohärente Beziehungen zwischen ökonomischer und institutioneller Organisation der Gesellschaft gestiftet. Das Ensemble der Regulationsformen macht die Regulationsweise aus.²¹ Entscheidendes Periodisierungskriterium ist für den Ansatz die Regulierung des Lohnverhältnisses, die Form der Subsumtion von Arbeitskraft unter das Kapitalverhältnis.²²

Die während der 70er Jahre in allen kapitalistischen Metropolen einsetzende ökonomische Stagnation wird von den Regulationisten als Krise des »fordistischen« Akkumulations- und Regulierungsmodells interpretiert. »Fordismus« meint hier ein bestimmtes »Prinzip der Artikulation zwischen dem Prozeß der Produktion und der Konsumweise, ein Prinzip gesellschaftlicher Rationalisierung, das die Massenproduktion als spezifischen Gehalt der Universalisierung des Lohnverhältnisses begründet.«²³ Tragende Säulen des »Fordismus« sind (a) Durchrationalisierung der Arbeitsprozesse (Taylorisierung), (b) die Massenproduktion dauerhafter Konsumgüter und (c) die Sicherung von Nachfragesteigerungen durch effektive Lohnerhöhungen. Zur Funktionsfähigkeit des Modells gehört ein tiefgreifender Wandel im Verhältnis von Ökonomie und Politik – die Etablierung von wirtschaftlicher Globalsteuerung und staatlichen Interventionsinstrumenten sowie die Institutionalisierung korporativer Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Dies ist zugleich die Basis für eine Neuorganisation der Klassenbeziehungen und einen darauf gegründeten hegemonialen Politiktyp, der die Masse der Lohnarbeiter und ihre Gewerkschaften in den »fordistischen Block« integriert.²⁴ Eine Stärke des Regulationskonzepts ist sicher, daß es sich nicht auf die im engeren Sinne ökonomische Krisenanalyse beschränkt, sondern verschiedene Ebenen des Sozialsystems in ihrer wechselseitigen Verschränkung beleuchtet. Der »Fordismus« sei nicht nur ein spezifisches Akkumulationsregime, er stelle zugleich »eine spezifisch historische Realisierungsform von technischer und sozialer Rationalität« dar. Mit seinen im ökonomischen System erprobten Prinzipien der Rationalisierung greife er »wie mit Tentakeln in alle individuellen und gesellschaftlichen Lebensbereiche« ein. Die

Ausdehnung der Rationalisierung in alle gesellschaftlichen Sphären könne somit als »eigentliche Logik« des »fordistischen« Regulierungstyps bezeichnet werden.²⁵

Auch wenn dieses Konzept scheinbar nahtlos zur Realität des prosperierenden bundesdeutschen Nachkriegskapitalismus paßt, darf doch nicht übersehen werden, daß es sich im Kern um eine theoretische Modellkonstruktion handelt, die realen historischen Prozessen nicht einfach übergestülpt werden kann. Schon die Fordismus-Kategorie selbst ist nicht problemlos anwendbar, weil selbst in einer Reihe kapitalistischer Metropolen nur eine Minderheit der Erwerbstätigen in »fordistisch« regulierten Sektoren arbeitet.²⁶ Historische Entwicklungen wie der Aufstieg einer integrationistischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung können nicht unmittelbar aus funktionalen Systemerfordernissen abgeleitet werden, sondern bedürfen zusätzlich der konkret-historischen Analyse (nationale Spaltung, kalter Krieg, Ausschaltung der linken Systemopposition etc.). Hinzu kommt, daß die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Regulationsebenen offenbar noch wenig systematisiert sind; der Stellenwert von oppositionellem Sozial- und Klassenhandeln im Gesamtmodell bleibt unklar. An der heuristischen Fruchtbarkeit des Fordismus-Konzepts ändern diese Lücken jedoch nichts.

Hirsch/Roth haben versucht, das Konzept der Grenobler Regulationisten auf die Krise »fordistischer« Vergesellschaftung in der Bundesrepublik anzuwenden. Den inneren Krisenmechanismus des »Fordismus« siedeln sie auf der Ebene der Wirksamkeit des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate an. Die Mobilisierung von dem Profitratenfall entgegenwirkenden Tendenzen bedingt zunächst den Aufbau eines relativ stabilen »fordistischen« Akkumulationsmodells mit kompatiblen Klassenbeziehungen, Wertmustern und Hegemoniekonstellationen. Die allmähliche Durchsetzung dieses auf taylorisierte Massenproduktion und Massenkonsum gegründeten Akkumulationsregimes bedeutet eine »passive Revolution«, eine im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise verbleibende weitreichende Transformation von Klassenstruktur, Lebensweisen, Re-

gulierungsformen, Wert- und Normensystemen. Im Laufe der Zeit kehren sich nun die zunächst wachstums- und stabilitätsfördernden Faktoren um und werden zu Auslösern einer säkularen Stagnationstendenz, die erst durch den Aufbau eines »postfordistischen« Akkumulations- und Regulierungsmodells überwunden werden kann. Herzstück der Krisenerklärung ist für Hirsch/Roth die Erschöpfung der produktiven Reserven taylorisierter Arbeitsorganisation, die sich u. a. in einer durchschnittlich sinkenden Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der Kapitalintensität äußert. Rationalisierungsschritte auf Basis des Taylorismus seien »an die Grenze unkalkulierbarer menschlicher Gegenreaktionen« gestoßen. Die für den »Fordismus« charakteristischen Massenarbeiter hätten so ihrerseits zu einem Hemmnis für die Kapitalverwertung werden können. Dequalifizierung, Monotonie und Entfremdung, also die typischen Folgen des Taylorismus, seien zu Auslösern informeller Widerstandsformen geworden. Dieser Widerstand – Absentismus, Verweigerung, Sabotage und Schlamperei – habe sich als um so wirkungsvoller erwiesen, »je komplexer und störanfälliger die technisch hochentwickelten und verflochtenen Produktionssysteme ausgelegt« seien und »je kostentreibender unproduktive Ausfallzeiten bei hoher Anlagenintensität« wirkten.²⁷

Krisenerklärend werden diese Veränderungen im Arbeitsprozeß für Hirsch/Roth aber erst in Kombination mit anderen Faktoren: So habe die mit der Ausweitung standardisierter und normierter Massenproduktion verbundene Vereinheitlichung der Arbeiterklasse tendenziell zu einer Verbesserung der gewerkschaftlichen Kampfpositionen geführt. Während der Prosperitätsphase seien dadurch nicht nur historisch einmalige Lohnsteigerungen²⁸, sondern auch der Ausbau tarifvertraglich und gesetzlich fixierter sozialer Sicherungen begünstigt worden. Die Durchsetzung der fordistischen Produktions- und Sozialstruktur habe »ein soziales Kräfteverhältnis« hervorgebracht und institutionalisiert, »das aufgrund seiner eingebauten organisatorischen und politischen Dynamiken sich dann als krisenverschärfend erwies, als die Bedingungen des unmittelbaren

Produktionsprozesses hohe Produktivitätsfortschritte, steigende Profitraten und ein forciertes Wachstum nicht mehr zu ließen«. Durch Staatsverschuldung und Inflation sei die Wirksamkeit keynsianischer Steuerungsprogramme untergraben worden. Stagnation der Reallöhne, rasche Zunahme der Arbeitslosigkeit und Einsparungen bei den Sozialleistungen setzten dann der Ausweitung des Massenkonsums zu einem Zeitpunkt ein Ende, als »die Produktionskapazitäten rationalisierungsbedingt ausgeweitet werden mußten«.

Hinzu komme, daß das fordistische Akkumulationsmodell ökologische Zerstörungen auf progressiver Stufenleiter nach sich ziehe. Ein auf Schadensreparatur zielendes, für Einzelkapitale durchaus gewinnbringendes, im gesamtwirtschaftlichen Maßstab aber negativ auf die Profitrate durchschlagendes »destruktives Wachstum« sei die Folge.²⁹

Neben der internationalen Dimension (Veränderung der Weltmarktstrukturen, neue internationale Arbeitsteilung, Hegemonieverlust der USA, »verschuldete Industrialisierung« der Entwicklungsländer und dadurch ausgelöste Turbulenzen) sind dies für Hirsch/Roth die Hauptgründe für das Scheitern der fordistischen Akkumulationsstrategie. Zusammengefaßt resultiere die Krise daraus, daß die zugrunde liegende Struktur der Mehrwertproduktion – »taylorisierte Massenproduktion auf der Basis einer Ausdehnung des »inneren Marktes« und einer schrankenlosen Ausbeutung der Naturressourcen – aufgehört« habe, »Quelle stabiler oder gar steigender Profitraten zu sein«.³⁰

Es ist aber nicht allein der Niedergang des Akkumulationsregimes, der die Krise fordistischer Vergesellschaftung ausmacht. An Marcuse anknüpfend thematisieren Hirsch/Roth die Ambivalenz der in den fordistischen Produktions- und Konsumzusammenhang eingepaßten psychosozialen Subjektstrukturen. Wachsende Warenfülle bei abnehmender gebrauchswertmäßiger Bedürfnisbefriedigung, die gegensätzlichen Anforderungen an den asketischen Arbeiter und den genußfreudigen Konsumenten, das als ideologischer Reflex auf die zunehmende Vergesellschaftung individueller Reproduktion gedeutete Einklagen von

Selbstbestimmungswünschen oder auch das individuelle Schwanken zwischen Selbstaufgabe im Kollektiv und extremen Individualismus gelten als typisch für dieses Phänomen. Die »fordistischen Subjekte« bewegen sich zwischen angepaßtem »minimal-self« (Lasch) und Auflehnung gegen die »affirmative Kultur« (Marcuse). In den neuen sozialen Bewegungen sehen Hirsch/Roth die adäquate Politikform für rebellische Subjektivität im »Spätfordismus«. ³¹

Es sind diese ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Schranken, die schließlich zum »Zerbrechen des keynsianischen Staates« führen. Hegemonieverlust keynsianischer Steuerung und Niedergang des »Fordismus« äußern sich auf der politischen Ebene vor allem in der Krise der SPD. Konservative Wende und Regierungswechsel stehen schließlich symbolisch für die in der Krise beginnende Restrukturierung in Richtung auf eine »postfordistische Formation«.

3. Dimensionen des Umbruchs und neue Konfliktlinien

Die »Fordismus«-Analyse zeigt, daß der gesellschaftliche Umbruch in den westlichen Metropolen zunächst als »große Krise kapitalistischer Akkumulation« bestimmt werden kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Betonung der Diskontinuität kapitalistischer Entwicklung. Mit dem Übergang zu relativer Stagnation zerbricht nicht einfach der »konjunkturelle Schein« des sozialstaatlich transformierten Kapitalismus. Vielmehr bringt gerade die Wiederkehr der Krise ans Tageslicht, wie tiefgreifend Produktions- und Sozialstruktur, Lebensweise, Bedürfnis- und Wertssysteme in der vorausgegangenen Prosperitätsphase umgewälzt worden sind. Historische Vergleiche mit früheren Krisenperioden (»große Depression«, »Weltwirtschaftskrise 1929–32) sind berechtigt, soweit es um die Funk-

tion solcher »strukturellen Brüche« für die Entwicklung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften geht. Bezogen auf die konkreten Verlaufsformen und den jeweiligen Vergesellschaftungsmodus überwiegen jedoch die Unterschiede.³² Was dies für die aktuelle Krisenperiode und den daraus erwachsenden Erneuerungsbedarf der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bedeutet, soll im folgenden anhand einiger relevanter Konfliktfelder – und z. T. in kritischer Auseinandersetzung mit dem »Fordismus«-Konzept – gezeigt werden.

3.1 Neuer Akkumulationstyp und »Wachstumskrise«

Hirsch/Roth führen den Niedergang des »Fordismus« auf den Verfall der Profitraten zurück; Restrukturierung in Richtung auf eine »postfordistische« Regulationsform wäre demnach ökonomisch mit der Wiederherstellung der Verwertungsbedingungen identisch. Diese Position ist jedoch sowohl theoretisch wie empirisch problematisch. Weder läßt sich von der Profitratenbewegung unmittelbar auf überzyklische Tendenzen, auf »lange Wellen« der Kapitalakkumulation schließen³³, noch kann die Stagnationsperiode der 70er und 80er Jahre ohne weiteres auf den Verfall der Kapitalrentabilität zurückgeführt werden. Sofern der Profitratenfall ein auf die Steigerung der Mehrwertmasse gerichtetes Akkumulationsverhalten auslöst, bewirkt er erst einmal das krasse Gegenteil von Krise und Stagnation.³⁴ In diesem Kontext ist anzumerken, daß Hirsch/Roth keine endogene ökonomische Krisenerklärung liefern.³⁵ Eine solche Theorie hat bei der zyklischen Bewegungsform des Kapitals, den »Krisen zweiter Ordnung« anzusetzen. Die »lange Frist« existiert nicht außerhalb der Konjunkturzyklen; sie ist selbst nur analytische Abstraktion, die »aus dem ewigen Auf und Ab der Akkumulation und des Sozialprodukts« herausdestilliert wird.³⁶

Vereinfacht ausgedrückt erfolgt der Übergang von der langen Prosperitätswelle zu einer stagnativen Phase durch einen Funktionswandel »kleiner Krisen«. Zyklische Krisen sind »Knoten-

punkte kapitalistischer Entwicklung«. Sie dienen der temporären Bereinigung stofflicher und wertmäßiger Disproportionen und leiten so jeweils neue Produktions- und Akkumulationskonjunkturen ein.³⁷ Wenn aufgrund entgegenwirkender Faktoren – z. B. durch Kapitalentwertung verhindernde Staatseingriffe oder die Konzentration von Marktmacht – die Reinigungsfunktion zyklischer Krisen verloren geht (nichtreproduktive Zyklen), kommt es zu längeren Depressionsphasen. An tiefe konjunkturelle Einbrüche schließen sich dann nur zaghafte ökonomische Belebungen an.

Die wirtschaftsgeschichtliche Zäsur der 70er Jahre erklärt sich für die Bundesrepublik vor allem aus dem Wegfall von Sonderbedingungen der Rekonstruktionsperiode und einem dadurch bedingten Wandel der Investitionsstruktur. Dem schon Mitte der 50er Jahre spürbaren Druck auf die Kapitalrentabilität suchten die Unternehmen ab Mitte der 50er Jahre durch eine vorwiegend auf die Steigerung der Mehrwertmasse gerichteten Akkumulationsstrategie zu begegnen. Obwohl die Chancen zu profitmassenorientierter Akkumulation schon nach der Krise 1966/67 nicht mehr voll genutzt wurden, kam es noch einmal zu einer kräftigen Wachstumsphase. Die tiefe zyklische Krise von 1973/75 brachte den Übergang zu einem neuen, profitratenorientierten Akkumulationstyp. Die nach 1975 trendmäßig sinkende Lohnquote, eine prozyklische Sparpolitik der Bundesregierung, die mit den OPEC-Preissteigerungen verbundene Verschlechterung der terms of trade und der Rückgang der Bauinvestitionen bedingten zunehmende Realisierungsprobleme. Statt der Ausweitung von Produktionskapazitäten wurde die Steigerung der Profitraten zum präferierten Unternehmensziel. Diesen Wechsel der Akkumulationsstrategie flankiert seither eine staatliche Wirtschaftspolitik, welche Austerität nach innen mit aggressiver Weltmarktorientierung und beschleunigter technologischer Modernisierung zu kombinieren sucht. Im Ergebnis gelang – hauptsächlich auf dem Wege der Umverteilung zugunsten der Gewinne – eine allerdings nach Einzelunternehmen und Branchen stark differierende Wiederherstellung der Profitrate. Dies aber bei fortbestehender Unterauslastung der Kapazi-

täten, Massenarbeitslosigkeit, anhaltender Nachfrageschwäche und ohne Überwindung gesamtwirtschaftlicher Regulierungsdefizite. In grober Vereinfachung könnte man die rückläufigen Wachstumsraten zwischen 1955 und dem Anfang der 70er Jahre auf den tendenziellen Profitratenfall infolge eines steigenden Kapitalkoeffizienten zurückführen, während »die Stagnation ab 1974 mehr ein Problem der strukturellen Überproduktion, der chronischen Nachfrageschwäche« sei, resümiert J. Prieue seine wirtschaftshistorischen Betrachtungen.³⁸

Anders als es die Basisannahme von Hirsch/Roth impliziert, ist für die 70er Jahre also charakteristisch, daß stagnative Tendenzen der Kapitalakkumulation trotz relativ stabiler Kapitalrentabilität nicht überwunden werden konnten. Die Nettolohn- und Gehaltssumme ist (gemessen am Nettosozialprodukt) zwischen 1980 und 1987 von 42,2 auf 36,9 Prozent gesunken. Real-löhne auf der einen und Kapitaleinkommen auf der anderen Seite haben sich weiter auseinanderentwickelt. Während die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (in lfd. Preisen) zwischen 1974 und 1986 um 159,8% und damit schneller als das Bruttosozialprodukt (+ 91,1%) stiegen, wuchs die Netto-Lohn und -gehaltssumme lediglich um 64,7%.³⁹ Trotz der vergleichsweise günstigen Wirtschaftsentwicklung nach 1984 ist die offiziell registrierte Arbeitslosenrate bis 1988 nicht unter die Neun-Prozent-Marke gesunken. Zugleich hat die Grauzonenbeschäftigung in gesetzlich und tarifvertraglich nicht regulierten Arbeitsverhältnissen (Teilzeit- und Leiharbeit, befristete Tätigkeiten, AMB-Beschäftigte) sprunghaft zugenommen. Allein zwischen 1984 und 1986 wuchs die Anzahl der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse von ca. 4,3 auf etwa 5,4 Mio. Rechnet man Arbeitslose und stille Reserve hinzu, so war 1986 bereits ca. ein Drittel der abhängig Beschäftigten aus Normalarbeitsverhältnissen ausgegrenzt.⁴⁰ Die anhaltende stagnative Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung resultiert aus den inneren Widersprüchen des – einzelwirtschaftlich durchaus erfolgreichen – »neuen Akkumulationstyps«. Zu den zentralen Bausteinen profitratenorientierter Akkumulation gehören neben den bereits angeführten Elementen:⁴¹

- die Umstrukturierung des technischen Produktivkraftsystems auf der Basis mikroelektronisch gestützter Informations- und Kommunikationstechnologie⁴²;
- eine Prioritätensetzung bei Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen während Bau- und Erweiterungsinvestitionen rückläufig sind; Versuch der Kostenminimierung durch Diffusion von Prozeßinnovationen;
- relative Zunahme der Geldvermögen im Verhältnis zur Sachkapitalbildung⁴³;
- Differenzierung der Profitraten, »gespaltene Konjunktur«, Branchenkrisen sowie Dominanz der Finanzkapitalbildung im konzentrierten Wirtschaftssektor;
- Internationalisierung nicht nur des Kapitalverkehrs sondern auch der Produktion, eine neue internationale Arbeitsteilung und die Herausbildung eines »Weltmarktes für Produktionsstandorte«.⁴⁴

Die – nicht abgeschlossene – Durchsetzung des neuen Akkumulationstyps hat zur Auflösung der zahlenmäßig polarisierten »fordistischen« Klassenstruktur und zu einer verstärkten »Fragmentierung der Gesellschaft«⁴⁵ beigetragen. Mit Dauerarbeitslosigkeit und Pauperismus drohen sich innerhalb der Lohnarbeiterschaft harte Spaltungslinien zu verfestigen. Die »gesplittete Konjunktur« hat vorzugsweise solche Industriezweige in den Krisenstrudel gerissen, die zu den traditionellen Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung gehören. Nach dem Schrumpfungsprozeß im Werften- und Stahlbereich könnte nun die Autoindustrie, also der »leading sector« des entwickelten »Fordismus«, zur Krisenbranche der 90er Jahre werden. Umgekehrt steigt damit die Bedeutung von Sektoren (z. B. elektrotechnische, EDV- und Büromaschinenindustrie) und Lohnarbeitergruppen (Angestellte, Frauen, betriebliche Intelligenz), in denen die Gewerkschaften bislang nur mit Mühe Fuß fassen konnten. Kapitalorientierte Flexibilisierungsstrategien und Rationalisierungskonzepte, die am elastischen Potential der neuen Technologien ansetzen, laufen darauf hinaus, die innere Segmentierung der Betriebsbelegschaften zu vertiefen. Hauptmerkmal des mikroelektronisch gestützten Rationalisierungstyps⁴⁶

ist der Zugriff auf die Gesamtheit der betrieblichen Arbeitsabläufe. Integration aller Teilprozesse, zwischenbetriebliche Vernetzung und Erhöhung der Anlagenvariabilität sollen ein rascheres Eingehen auf Marktbewegungen und einen effizienteren Einsatz des aufgewendeten Sachkapitals gewährleisten. Zugleich wird eine intensivere und flexiblere Nutzung der lebendigen Arbeit angepeilt. Anpassung der Arbeitszeiten an die Produktionsrhythmen, Schicht- und Wochenendarbeit, Leistungsverdichtung und eine verstärkte Kontrolle des Gesamtarbeiters sind bevorzugte Instrumente dieser Strategie. Flankiert werden solche betrieblichen Konzepte durch eine neokonservative Politik, welche die visionäre Kraft einer Gesellschaft freier Individuen gegen kollektive Schutzrechte und soziale Sicherungen zu mobilisieren sucht.⁴⁷ Die segmentierende Wirkung des neuen Akkumulations- und Rationalisierungstyps rüttelt an den sozialen Grundlagen von Lohnarbeitersolidarität. Formen und Forderungen zu finden, die dennoch Interessenvereinheitlichung ermöglichen, dürfte eines der entscheidenden Zukunftsprobleme der Gewerkschaften sein.

3.2 Deformierter Naturbezug und »Fortschrittskrise«

Mit der mehr oder weniger direkt aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals ableitbaren Krisendimension ist das charakteristische der gegenwärtigen Umbruchperiode aber längst nicht hinreichend erfaßt. Vielmehr wird die Reaktualisierung klassischer Widersprüche des Kapitalismus von Krisenphänomenen überlagert, deren soziale und politische Auswirkungen Ulrich Beck treffend als »Fortschrittskonflikte«⁴⁸ bezeichnet. Es gehört zu den Schwächen vieler politökonomisch fundierter Ansätze, daß in ihnen die stoffliche Seite der Produktivkraftentwicklung und die daraus resultierende Eigendynamik der »Fortschrittskonflikte« unterbelichtet bleibt. Auch im Konzept von Hirsch/Roth ist diese Schwäche nicht völlig überwunden. Die Hinweise auf natürliche Grenzen der »fordistischen« Expansion, auf »destruktives Wachstum« und daraus entsprin-

gende Gegensätze innerhalb der Lager von Kapital und Arbeit reichen nicht aus, um die neue Qualität ökologischer, chemischer, atomarer und gentechnischer »Großfahren«⁴⁹ adäquat zu erfassen.

Weiterführend ist hier ein von K. H. Tjaden entwickelter formationstheoretischer Ansatz. Nach Tjaden zeichnet sich jede Gesellschaftsformation durch einen spezifischen Naturbezug aus, in welchem die Menschen den Naturverhältnissen tätig entgegengesetzt sind. Produktivkraftsteigerung und Verkünstlichung der außermenschlichen Natur führen nicht zur Harmonisierung dieser Beziehung, sondern vertiefen die Abhängigkeit menschlicher Gesellschaft von ihren natürlichen Lebensgrundlagen. Der sich so reproduzierende Widerstreit zwischen menschlichen und außermenschlichen Naturmomenten wurzelt letztlich darin, daß die nahezu kreisförmigen Stoffströme der Biosphäre und der Energieumsatz durch einlinige Stoffentnahmen und -verwendungen sowie durch die Ingebrauchnahme zusätzlicher Energieträger sukzessive verändert werden. Charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise ist, daß sie mit Großindustrie und produktionstechnischer Anwendung der Naturwissenschaften einen gesellschaftlichen Naturbezug hervorbringt, der einlinige Natureingriffe und Energieumsatz dramatisch steigert.⁵⁰ Das Hochtreiben der Arbeitsproduktivität durch eine Technik, die die Gesamtstückkosten und die Lohnkosten senkt, wird in der historischen Tendenz zum entscheidenden Mittel, um Störungen der Kapitalreproduktion zu überwinden. Verwertungsimperative bestimmen also in hohem Maß Ausformung und Entwicklungsrichtung des industriellen Produktivkraftsystems. Einseitige Schwerpunktsetzung bei Verarbeitungstechniken, Beschleunigung von natürlichen Kreisläufen nicht angepaßten Stoffumwandlungen und -verformungen, Ressourcenvergeudung, übermäßiger gesellschaftlicher Zeitaufwand für die Produktionsmittelerzeugung sowie das Nebeneinander von Luxusproduktion/-konsum und gebrauchswertmäßiger Verelendung sind einige systemisch bedingte Folgen.

Dieses somit auch in der stofflich-technischen Struktur des Produktivkraftsystems verankerte ausbeuterische Verhältnis

zur außermenschlichen Natur macht innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise mehrfach einen Formwandel durch, der sich in Veränderungen der dominanten gesellschaftlichen Reproduktionsstrategie niederschlägt. Eine Besonderheit des auf einem Produktivkrafttyp mit hohem Material- und Energieverschleiß basierenden »fordistischen« Expansionsschubs ist, daß die Störungen der Selbstreproduktionsfähigkeit natürlicher Systeme (Boden, Wasser, Luft, Wald) irreversibel zu werden drohen. Das Neue an der gegenwärtigen Umbruchsituation ergibt sich also nicht unbedingt durch das Zusammenfallen von relativer ökonomischer Stagnation und ökologischer Krise.⁵¹ Das Charakteristische liegt vielmehr in der zivilisationsbedrohenden Dimension alltäglich erzeugter Selbstvernichtungsgefahren und dem befristeten Zeitraum, der für die Vermeidung von ansonsten unumkehrbaren Fehlentwicklungen bleibt.

Eine Wirkung der neuen Gefahren besteht darin, daß sie, was Beck anschaulich illustriert, das bestehende gesellschaftliche Regulierungsgefüge erschüttern. Die Gefahrenproduktion ist an Investitionsentscheidungen gebunden, welche zumindest in der Privatwirtschaft öffentlicher Einflußnahme entzogen sind. Daraus resultiert die betriebswirtschaftlichen Kalkülen folgende Externalisierung von Risiken; Schäden und Folgekosten werden sozialisiert. Dies erleichtert ein Rechtssystem, das nach einem individuellen Verursacherprinzip funktioniert und den Opfern die alleinige Beweislast für erlittene Schäden aufbürdet. Ein weiterer, relativ eigenständiger Gefahrenherd ist im über-spezialisierten Forschungs- und Wissenschaftssystem angesiedelt. Hier legt eine kleine, häufig fachbornierte Expertokratie per Definition von Restrisiken und Grenzwerten Schadstoff- und Gefahrenzuteilungen fest und verleiht ihnen naturwissenschaftlich verbrämten Sachzwangcharakter. Von Sicherheitsversprechungen der politischen Institutionen verdeckt, entsteht so ein System der »organisierten Unverantwortlichkeit« (Beck), dessen Brisanz freilich erst vollständig zu erfassen ist, wenn die Analyseperspektive auf den Zusammenhang von Unterentwicklung, neokolonialer Abhängigkeit und ökologischer Zerstörung ausgeweitet wird.⁵²

Die Freisetzung globaler Gefahren bricht nun keineswegs mit der kapitalistischen Entwicklungslogik; sie hat vielmehr in der Trennung von Arbeits- und Verwertungsprozeß eine ihrer entscheidenden Ursachen. Die quantitative Verwertungslogik des Kapitals abstrahiert »immer mehr von der qualitativen Begrenztheit des Gebrauchswerts«, sie findet »ihre Erfüllung darin, alle der quantitativen Wertsteigerung . . . hinderlichen Kräfte technologisch zu überwinden, ökonomisch zu externalisieren, sozial zu marginalisieren und – wenn es keine Alternative gibt – politisch zu reprimieren«.⁵³ Aber die verzweigte Architektur des Systems der Gefahrenproduktion, die relative Selbständigkeit der »Definitionsverhältnisse«⁵⁴ und der verschiedenen Regulierungsebenen lassen sich nicht auf die zugrunde liegende sozioökonomische Kernstruktur reduzieren. Technisch-stoffliche Deformationen des Produktivkraftsystems werden durch einen Wechsel der Eigentumsformen nicht außer Kraft gesetzt; sie sind in nachkapitalistischen Gesellschaften weiter Ursache ökologischer Zerstörungen. Technische Hochrisikosysteme wie Atomkraftwerke können aufgrund ihrer Systemeigenschaften auch ohne privatwirtschaftliche Verwertungszwänge nicht störungsfrei funktionieren. Das Prinzip der Externalisierung wird allein durch staatliche Planung und Lenkung nicht aufgehoben. Es kann aufgrund politischer Überbaustrukturen, die einem »Frühwarnsystem« von Gegenexpertisen, Bürgerinitiativen und kritischer Öffentlichkeit keinen Spielraum lassen, sogar noch verschärft werden.⁵⁵ In »Fortschrittskonflikten« offenbart sich also, daß der stoffliche Umbau des Produktionsapparates, die Veränderung ökologisch prekärer Produktionsverfahren und Konsummuster und der dazu gehörige Wandel des gesellschaftlichen Regulierungssystems zu einem politischen Konfliktfeld ersten Ranges geworden sind.

Es gehört zu den Charakteristika der »fordistischen« Reproduktionsstrategie, daß sie Lohnarbeitsrisiken und Zivilisationsverelendung (Gefährdungen durch Smog, Umweltzerstörung, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen etc.) in den unteren Sozialschichten konzentriert. Über die Bündelung von Arbeits- und Gesundheitsrisiken und infolge beschränkter Reproduk-

tionsmöglichkeiten kann die individuelle Klassenposition im Extremfall, z. B. bei der Verteilung des Krebsrisikos, über Leben und Tod entscheiden.⁵⁶ Insofern wäre es falsch, von der universellen Wirkung industrieller Großgefahren auf eine Abschwächung sozialer Klassen- und Schichtunterschiede zu schließen. Unbestreitbar entwickeln »Fortschrittskonflikte« aber eine Eigendynamik, die sich nicht einfach in den Bahnen des industriellen Klassenkonflikts bewegt. Das »Neue, Überraschende, weder theoretisch noch politisch hinreichend Erkannte und Verarbeitete« liege gerade darin, so Ulrich Beck, daß durch die Mißstände des Industriesystems »Gräben im wirtschaftlichen Lager selbst aufgerissen« würden.⁵⁷ Das Phänomen der ökologischen Enteignung schaffe neue Frontstellungen. Was etwa die chemische Industrie verpestete, werde von anderen Industriezweigen, dem Tourismus, der Lebensmittelindustrie oder dem Fischereiwesen auf dem Markt angeboten. Während dies Interessengegensätze innerhalb der Wirtschaft hervorrufe, ergäben sich bei Auseinandersetzungen um Gefahrenproduzenten wie die Atomindustrie innerhalb der umkämpften Sektoren Möglichkeiten der Blockbildung von Kapital und Arbeit.

Nun werden ähnliche Spaltungslinien sicher auch über den ökonomischen Konkurrenzmechanismus reproduziert. Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß die Dialektik von Einheit und Spaltung der Lohnarbeiterschaft durch »Fortschrittskonflikte« einen neuen Inhalt erhält. Tatsächlich ist völlig offen, wie die ökologische Risikoabhängigkeit ganzer Branchen »als eine neue Dimension des Existenzkampfes von Betroffenen . . . psychologisch und politisch verarbeitet wird«.⁵⁸ Unbestreitbar können Auseinandersetzungen um technische Hochrisikosysteme und ökologisch schädliche Produktion zu einem Sprengsatz für die Gewerkschaften werden. Umgekehrt sind sicher auch klassenübergreifende Interessenskonvergenzen möglich, die politische Druckmöglichkeiten für soziale Bewegungen eröffnen. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß selbst innerhalb korporativer Blockbildungen ein strukturelles Ungleichgewicht bestehen bleibt. Die Masse der Lohnabhängigen ist von Investitions-

entscheidungen, Risikodefinitionen, Grenzwertfestlegungen und Gefahrenkalkülen ausgeschlossen. Ökologische Bedrohungen werden in der Produktionssphäre, in den Betrieben erzeugt, aber die Entscheidungsgewalt liegt allein beim unternehmerischen Management. Gefahrenproduktion und -definition »entziehen sich dem Arbeiterzugriff«.⁵⁹ Der kollektive Ausschluß von gefahrenträchtigen Investitionsentscheidungen, ist ein über unterschiedlich verteilte Betroffenheiten hinweg verallgemeinerbares Moment. Gerade darin könnte ein entscheidender Ansatzpunkt für autonome gewerkschaftliche Gegenmacht-politik liegen.⁶⁰ Voraussetzung bleibt freilich der Abschied von einem Fortschrittsverständnis, das wissenschaftlich-technische Entwicklung als weitgehend neutrale Größe behandelt und Produktivitätszuwächse per se als Quelle potentieller Wohlstandsmehrung begreift.

3.3 Individualisierte Vergesellschaftung und »Erosionskrise«

Die »fordistische« Expansion forcierte nicht nur die »produktive Zerstörung« der äußeren Natur mit sich, auch die Kultursphäre, die Lebensformen, Sozialbeziehungen und Wertorientierungen (nicht nur) der Lohnabhängigen wurden umgewälzt. Hinsichtlich der damit verbundenen empirischen Phänomene besteht in der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Literatur ein weitgehender Konsens: Das bundesdeutsche Wirtschaftswunder bedeutete Eroberung und Durchkapitalisierung nicht-kapitalistischer Bereiche – B. Lutz spricht bezogen auf die Absorption des Agrarsektors, seiner Arbeitskräfte, Lebensformen und Traditionen von einer »inneren Landnahme«.⁶¹ Proletarische, aber auch ländlich-konfessionelle Milieus haben an sozial-räumlicher Dichte und Integrationskraft verloren. Durchschnittlich höheres Reproduktionsniveau, das Mehr an arbeitsfreier Zeit und ein höheres Maß an sozialer Sicherung haben individuelle Dispositionsspielräume im Lohnarbeiterleben ausgeweitet. Zugleich sind überkommene patriarchalische Abhängigkeiten brüchig geworden; an erster Stelle zu nennen ist hier

wohl die konflikthafte Aufladung und die von der neuen Frauenbewegung vorangetriebene Politisierung des Geschlechterverhältnisses. Die Individualisierung sozialer Beziehungen verlangt den einzelnen Subjekten im Durchschnitt ein höheres Maß an Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und -kompetenz im Umgang mit komplexer gewordenen Handlungsanforderungen und biographischen Entscheidungen ab. Subjektiv hat dies zu einem – sich allerdings gebrochen und sozial differenziert durchsetzenden – Bedeutungszuwachs sozialer Bedürfnisse und Persönlichkeitswerte geführt.⁶²

Zum Teil wird diese Entwicklung so interpretiert, als sei mit der »Durchkapitalisierung« und »Durchstaatlichung« der Gesellschaft (Hirsch/Roth) der »Kolonisierung der Lebenswelten« (Habermas), die kulturelle Basis von Klassenbildung und LohnarbeiterInnen-Solidarität unwiderruflich aufgelöst worden. So betonen Hirsch/Roth die vereinzelnde, isolierende soziale Desintegration auslösende Wirkung »fordistischer« Vergesellschaftung. In der nahtlosen Einpassung gerade der gewerkschaftlich repräsentierten Facharbeitergruppen in die Massenkultur sehen sie einen wesentlichen Grund für den Niedergang der Arbeiterbewegung.⁶³ Gegen eine solche Argumentationslinie kann geltend gemacht werden, daß der in den 50er und 60er Jahren einsetzende Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsschub keineswegs mit einer vollständigen Auflösung der durch die Klassenlage gestifteten sozialen Bezüge einhergeht. Noch immer besitzen die Arbeiter nach den Bauern »den sozial homogensten Verkehrskreis aller gesellschaftlichen Großgruppen«. ⁶⁴ Eine Gleichsetzung von Individualisierung mit dem Verlust sozialer, kommunikativer Bezüge läßt sich empirisch nicht aufrecht erhalten.⁶⁵ Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß sich die kulturellen Grundlagen für Klassenbildung und kollektives Engagement gravierend gewandelt haben:

Mit der nachlassenden Bindekraft proletarischer Milieus verschwindet das klassische Hinterland betrieblich-gewerkschaftlicher Klassenbildungsprozesse. Die Spange von Wohngebiet, Vereinskultur und Arbeitsstätte ist in vielen Regionen unwiderruflich aufgebrochen. Das gilt nicht zuletzt für industrielle

Großgebiete, deren räumliches Einzugsgebiet sich – u. a. aufgrund der Motorisierung eines großen Bevölkerungsteils – erheblich ausgeweitet hat. In der Nichtarbeitsphäre bietet das – freilich hierarchisch gegliederte und in der sozialen Klassenstruktur verwurzelte⁶⁶ – System der Lebensstile kaum noch Möglichkeiten für ein spontanes Hineinwachsen in die Arbeiterbewegung. Lohnarbeitersolidarität kann sich immer weniger auf fraglos geteilte Erfahrungen, Wertorientierungen und Lebenspraxen sowie eine daraus erwachsende Organisationsdisziplin stützen. Stärker denn je ist sie auf intellektuelles Überzeugtsein und ständige argumentative Erneuerung angewiesen.⁶⁷

Hinzu kommt, daß der Modus individualisierter Vergesellschaftung offenbar generell die Ausbildung stabiler politischer Orientierungen und Loyalitäten erschwert. Allerdings ist dieses Phänomen keineswegs mit Entpolitisierung oder Blockierung von kollektivem Engagement identisch. Die Allgegenwart ökologischer Bedrohungen, aber auch die fortschreitende Vergesellschaftung individueller Reproduktion sorgen für eine Politisierung des Reproduktionssektors und der Privatsphäre.⁶⁸ Dem entspricht eine Form demokratischer Interessenwahrnehmung, die Politik quasi »von unten« vergesellschaftet. Engagement erfolgt stärker themen- und projektbezogen. Es ist abhängig von Konfliktmoden, Medienkonjunkturen und Bewegungszyklen. Protestwellen entwickeln sich häufig auch an progressiven politischen Organisationen und institutionalisierten Interessensvertretungen vorbei. Treffen diese Kriterien vor allem auf Intelligenz- und mittelschichtdominierte soziale Bewegungen zu⁶⁹, so läßt sich doch z. B. an betrieblichen Friedensinitiativen, Arbeitskreisen zur Rüstungs- und Produktkonversion oder auch anhand der Frauendiskussion in den Gewerkschaften zeigen, daß Impulse solcher Bewegungen aufgegriffen und zum Auslöser gewerkschaftlich-betrieblicher Klassenbildung und Bewegung werden können.⁷⁰

3.4 Die 90er: Übergang zum »Post-Fordismus?«

Der knappe Überblick über verschiedene Dimensionen des gesellschaftlichen Umbruchs veranschaulicht, daß sich in der Bundesrepublik mit dem Niedergang des Akkumulations- und Regulierungsmodells der Nachkriegsära ein in vielerlei Hinsicht krisenanfälliger **Risikokapitalismus** herausgebildet hat. Wahrscheinlich ist, daß die skizzierten Konfliktlinien auch in Zukunft nichts von ihrer Brisanz verlieren werden. Trotz gegen Ende der 80er Jahre relativ günstiger Wachstumsraten gibt es bislang keine Anzeichen für eine neue »lange Prosperitätswelle«. Stimmt der Befund von den »arbeits«- und »kapitalsparenden« Effekten mikroelektronisch gestützter Technologie⁷¹, so werden sich Produktivitätszuwächse in Zukunft nur schwer in beschleunigte Akkumulation und steigende Beschäftigung umsetzen lassen. Einschlägige Prognosen gehen davon aus, daß die Massenarbeitslosigkeit auch an der Jahrtausendschwelle nicht verschwunden sein wird.⁷² Mit dem Ausbau technischer und militärischer Hochrisikosysteme (z. B. Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, gentechnologische Produktion) und der wahrscheinlichen Zuspitzung ökologischer Krisenphänomene sind weitere »Fortschrittskonflikte« vorprogrammiert.

Völlig offen ist, wie Krisenerfahrungen unter den Bedingungen individualisierter Vergesellschaftung künftig subjektiv verarbeitet werden. Bislang hat sich das politisch-administrative System beim Krisenmanagement als außerordentlich flexibel erwiesen. Einzelne Konfliktherde werden im Prozeß pluraler Meinungs- und Entscheidungsfindung isoliert, befriedet und politisch kleingearbeitet. Allerdings zeigen sich unter der Oberfläche der politischen Institutionen erste Risse. Alltäglich gewordene Katastrophenmeldungen und reale Krisenbetroffenheiten erschüttern den Glauben in die Problemlösungsfähigkeit der Politik. Die Integrationsfähigkeit der beiden großen Volksparteien hat nachgelassen. Während sich mit den Grün-Alternativen eine neue, radikaldemokratische Kraft in den Parlamenten stabilisiert hat, signalisieren Wahlerfolge von Republikanern und DVU Spielraum für einen extrem konservativen Populis-

mus oder gar für eine neofaschistische Gruppierung. Das Lager der (neo)konservativen Modernisierer zeigt inzwischen ernste Verschleißerscheinungen. Aber selbst ein Scheitern der konservativ-liberalen Koalition würde nicht automatisch günstigere Bedingungen für gewerkschaftliche Interessenspolitik schaffen. Die bis in die Sozialdemokratie hineinwirkende Ausstrahlungskraft (neo)konservativer Ideen (»sozialdemokratische Angebotspolitik«), aber auch die wachsende Gefahr einer »Systemopposition von rechts«⁷³ werden eine progressive Wende enorm erschweren. Andererseits hat sich in der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung gezeigt, daß auch unter den Bedingungen konservativer Hegemonie Durchsetzungschancen für autonome gewerkschaftliche Interessenspolitik bestehen. Alles in allem sind Anhaltspunkte für den Übergang zu einer stabilen »post-fordistischen Formation« dünn gesät. Hirsch/Roth versehen ihre Revitalisierungsprognose denn auch mit vielen Einschränkungen und Fragezeichen. Weder habe sich bei der Organisation der Arbeitsprozesse bereits eine Alternative zum Taylorismus herausgeschält, noch seien trotz beginnender Diversifizierung der Massenmärkte verbindliche »nachfordistische« Konsummuster entstanden. Da die neue Akkumulationsstrategie Produktivitäts- und Rationalisierungsfortschritte mit tendenziell stagnierender oder zumindest dahinter zurückbleibender Massenkaufkraft kombiniere, stoße die angezielte Reorganisation der Mehrwert- und Profitproduktion auf »strukturelle Realisierungsschwierigkeiten«. Angesichts des ebenfalls konstatierten Fehlens eines stabilen Hegemonie-, Lebens- und Konsummodells bleibt schließlich unklar, worauf sich die »Post-Fordismus«-Hypothese überhaupt stützen kann.⁷⁴

4. Zukunftsfelder gewerkschaftlicher Politik

Wie wird es nun im »Risikokapitalismus« der 90er Jahre um die Zukunft der Gewerkschaften bestellt sein?

Hirsch/Roth liegen ganz im links-alternativen main-stream, wenn sie die Fortsetzung des »langsamen Abschieds von der Arbeiterbewegung« prognostizieren. Ihr wichtigstes Argument ist, daß sich die Kompromißstrukturen zwischen Kapital und Arbeit trotz Krise als relativ stabil erwiesen haben und es nicht zu einer Rückbesinnung der Gewerkschaften auf »Bewegungstraditionen« gekommen ist.⁷⁴ Freilich geht in einer solchen Optik verloren, daß der »selektive Korporatismus« der 80er Jahre als Resultat sozialer Kämpfe entstanden ist. Offensiven Kapitalstrategien, die darauf zielten, die Politik des Klassenkompromisses von oben aufzukündigen, wurden erst durch gewerkschaftliche Gegenmobilisierungen Grenzen gesetzt. Es war eines der wichtigsten Ergebnisse des hauptsächlich von IG Metall und IG Druck getragenen Arbeitskamps um die 35-Stunden-Woche, eine auf Niederwerfung der Gewerkschaften orientierende Strategievariante durchkreuzt zu haben.

Ob Gegenmachtpositionen und Mobilisierungsfähigkeit in den 90er Jahren zumindest erhalten werden können, hängt entscheidend davon ab, wie rasch sich die Gewerkschaften auf den gesellschaftlichen Strukturwandel und die Folgen neokonservativer Politik einzustellen vermögen. Erneuerungsbedarf zeichnet sich vor allem in folgenden Bereichen ab:

1. Angesichts der globalen ökologischen Krise kann jene »neutrale« Vorstellung von technischem Fortschritt, wie sie über Jahrzehnte hinweg die Politikvorstellungen sämtlicher Hauptströmungen der Arbeiterbewegung beherrschte, nicht länger aufrecht erhalten werden. Was noch unter den Bedingungen des »Wirtschaftswunders« als legitim erschien, die stille Akzeptanz jeglichen Produktivitätsfortschritts und eine Selbstbeschränkung auf die Verteilung des produzierten Kuchens«, ist längst keine zureichende Grundlage für eine zukunftsbezogene Politik mehr. Die Zeiten der bloßen »Lohnmaschine DGB« sind endgültig vorbei. Statt dessen müssen die Gewerkschaften nun versuchen, auf die Ökologisierung der Produktivkräfte, den stofflichen Umbau des Produktivkraftsystems Einfluß zu nehmen. Mit einer Addition von Umweltschutz und traditionellen

gewerkschaftlichen Zielsetzungen ist der hierin wurzelnden Problematik keinesfalls Genüge getan. Vielmehr müssen über lange Zeit festgefügte Prioritäten korrigiert werden. Die Schwierigkeiten beginnen, wenn es konkret wird: Wie verhalten sich beispielsweise die DGB-Gewerkschaften gegenüber dem Ausbau von Risikotechnologien? Wie sinnvoll ist es, für den Erhalt oder den Ausbau von Arbeitsplätzen in ökologisch schädlichen, gefahrenproduzierenden Industriezweigen einzutreten? Ist es möglich, industrielle Produktion an nahezu geschlossene natürliche Kreisläufe anzupassen? Und auf welche Weise läßt sich eine Lebensweise verändern, die aufgrund ihres hohen Konsumniveaus und ihrer individuellen Freiheiten bis in die osteuropäischen und die Entwicklungsländer hinein ausstrahlt; deren globale Durchsetzung aber einer ökologischen Katastrophe gleichkäme?

Die Liste der Fragen ließe sich beliebig verlängern; ohne die Suche nach Antworten ist progressive Gewerkschaftspolitik nicht mehr machbar. In der Konsequenz bedeutet dies, daß sich gewerkschaftliche Interessensvertretung nicht länger auf die alte soziale Frage – Lohn, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit – beschränken darf. Was sozialer Fortschritt für Lohnabhängige ist, wird künftig immer weniger allein von der Einkommenshöhe abhängen. Mehr Lebensqualität bedeutet auch sinnvolle, befriedigende Arbeit, Zeit für persönliche Entwicklung und die Gestaltung sozialer Beziehungen und nicht zuletzt eine vernünftig-ökologische Regelung des gesellschaftlichen Naturbezugs, atembare Luft, sauberes Wasser, ungiftige Böden und eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt.⁷⁵ Diese Zielsetzung für die Betriebsebene zu operationalisieren und Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Herstellungsverfahren und Produkte auszuweiten, ist eine der entscheidenden gewerkschaftlichen Zukunftsaufgaben.

2. Die traditionellen ökonomischen und sozialen Politikfelder der Gewerkschaften werden keineswegs obsolet; sie müssen aber in einem neuen Kontext verortet werden. Ein entscheidendes Mittel zur Steigerung von Lebensqualität und zur Sicherung

bzw. Zunahme von Beschäftigung wird die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bleiben. Sollen tatsächlich positive Beschäftigungseffekte erzielt werden, so wäre bis zur Jahrtausendwende die 30-Stunden-Woche mit sechstündigem Arbeitstag anzustreben. Angesichts von chronischer Überakkumulation und struktureller Nachfrageschwäche wäre freiwilliger Lohnverzicht ein ungeeignetes Mittel zu Krisenbekämpfung.⁷⁶ Statt dessen muß durch Initiativen zur Regulierung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse einer weiteren Aufspaltung der Lohnabhängigen entgegengewirkt werden. Der Kampf gegen die Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses darf freilich nicht länger einseitig an der Biographie männlicher Industriefacharbeiter ausgerichtet sein. Freistellungen zur Weiterbildung und Kindererziehung mit Recht auf die Rückkehr an den Arbeitsplatz könnten – auf der Grundlage kollektiver Sicherungen – individuelle Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten erhöhen.

Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird aber nicht ohne aktive Beschäftigungspolitik auskommen. Kapital, freie Arbeitskräfte, einsetzbare Technik und brachliegende Anlagenfelder für eine ökologische Wachstumsphase sind durchaus vorhanden. Aber die Investitionen müßten in Sektoren gelenkt werden⁷⁷, deren Erschließung mit hohen, sich nur langfristig amortisierenden Kosten verbunden ist. Ohne politische Eingriffe in die profitgesteuerten Investitionsentscheidungen scheint dies kaum möglich. Unterhalb dieser Schwelle könnte eine regionale und kommunale Konkretisierung des »qualitativen Wachstums« Ansatzpunkte für eine gewerkschaftliche Strukturpolitik »von unten« bieten, die zugleich die Chance einer Vernetzung mit im Reproduktionsbereich arbeitenden Initiativen und Bewegungen beinhaltet.

3. Gewerkschaftliche Interessenspolitik wird sich also in Zukunft stärker auf den gesamten Lebens- und Reproduktionszusammenhang der Lohnabhängigen beziehen müssen. Schon jetzt kann davon ausgegangen werden, daß sich die Politisierung von LohnarbeiterInnen weniger über ein besonderes Arbeitsplatz- als über ein kritisches Gesellschaftsbewußtsein voll-

zieht.⁷⁸ Auf Individualitätsentfaltung gerichtete Ansprüche und Bedürfnisse müssen in gewerkschaftliche Forderungen, aber auch in Organisations- und Aktionsformen übersetzt werden. Bei der Mitbestimmung bedeutet das z. B., über die Verteidigung des Status Quo hinausweisende Modelle zu entwickeln, die eine direkte Beteiligung von Belegschaftsmitgliedern an sie betreffenden Entscheidungen ermöglichen. Auf Demokratie und Transparenz gerichtete Bedürfnisse werden aber auch an die Gewerkschaften selbst herangetragen. Das Konzept der reinen Funktionärgewerkschaft ist angesichts der vielfältigen Handlungsanforderungen nicht mehr zeitgemäß. Öffnung für themen- und projektbezogenes Engagement könnte eine Alternative sein. Voraussetzung wäre, daß solche von »AktivistInnen auf Zeit« getragene Initiativen innerhalb der Organisation Diskussions- und Handlungsspielraum finden. Eine solche kulturell-politische Erneuerung der Gewerkschaften dürfte zugleich einer der Schlüssel zur Gewinnung jener sogenannten »neuen Lohnabhängigengruppen« sein, die mit den Bezeichnungen Angestellte, Frauen, Jugendliche und betriebsnahe Intelligenz nur äußerst unzureichend erfaßt sind.

4. Nicht ob, sondern auf was für einer inhaltlich-programmatischen Plattform und mit welchen strategischen Optionen eine Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik erfolgt, ist die entscheidende Frage für die 90er Jahre. In der Zukunftsdebatte hat sich eine Position herausgeschält, die in dem Ausbau partnerschaftlicher Kooperation die einzige Chance für das politische Überleben der Gewerkschaften sieht. Die Antizipation ökologischer Bedrohungen korrespondiert dabei häufig mit einer optimistischen Einschätzung der Gestaltbarkeit neuer Technologien sowie mit der Orientierung an »modernen Arbeitnehmern«, die eher für »sanften Druck« und phantasievolle Alternativkonzepte als für einen harten, konfliktorischen Kurs gewinnbar scheinen.⁷⁹ In der Abkehr von taylorisierter Massenproduktion, dem Übergang zu »flexibler Spezialisierung«⁸⁰ und zu neuen, auf eine Requalifizierung von Industriearbeit zielenden Produktionskonzepten⁸¹ scheint die Basis für einen »Modernisierungs-

pakt« zwischen aufgeklärten Management-Fraktionen und »modernen Arbeitnehmern« gegeben, dessen politisches Dach die von Peter Glotz vorgeschlagene Politik der antagonistischen Kooperation sein könnte.⁸²

Ein Grundproblem dieser Konzeption ist, daß sie nicht zu begründen vermag, wie der zu ihrer Realisierung notwendige vermehrte Integrationsbedarf der Kapitaleseite eigentlich entstehen soll. Eine Selbstbeschränkung auf die Gestaltung von Spielräumen, die kapitalkonforme Flexibilisierungs- und Deregulierungsstrategien bieten, würde in der Konsequenz auf das Abkoppeln einer Minderheit potentieller Rationalisierungsgewinner von der Masse der Lohnabhängigen hinauslaufen. Ein solch stilles Arrangement mit der neokonservativen Modernisierungspolitik, wie es bei der sozialpartnerschaftlichen Strömung im DGB beobachtet werden kann, könnte auf diese Weise die Umwandlung der Gewerkschaften in ständische Interessensvertretungen von privilegierten Facharbeiter-/angestelltenminderheiten in prosperierenden Zukunftsindustrien bewirken.

Eine progressive Gewerkschaftspolitik wird dagegen nicht umhin können, auch unter Krisenbedingungen Zukunftsvorstellungen zu entwickeln, die weit über das gegenwärtig Machbare hinausgehen. Welche Ansatzpunkte sich für eine Überwindung des »utopischen Defizits« (Deppe) der Gewerkschaftsbewegung anbieten und wie sie sich in Handlungskonzepte für eine klassenautonome Interessenpolitik umsetzen lassen, wird in den folgenden Beiträgen anhand relevanter Politikfelder untersucht.

Anmerkungen

1 Eine kritische Bilanz findet sich in den Schlußkapiteln von: F. Deppe u. a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1989, im Erscheinen.

2 Zur Mitgliederentwicklung vgl. die regelmäßigen Dokumentationen in: Kittner, M. (Hrsg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1985–1988, Köln 1985–88.

3 Vgl. dazu z. B.: IMSF (Hrsg.): Zur Zukunft der Gewerkschaften. Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes, Frankfurt/M. 1985, S. 17–48.

4 Dazu: Deppe, F.: Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945–1985: Von der Bewegung zur Stagnation?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 8/1985 Frankfurt/M. 1985, S. 58 ff.; siehe auch: Therborn, G.: The Prospects of Labour and the Transformation of Developed Capitalism, in: Socialism in the World (Beograd/Yug.) 44/1984, S. 50 ff.; ein Vergleich verschiedener Krisenperioden in: Deppe, F.: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung, Köln 1984.

5 Vgl. das Referat von F. Steinkühler auf dem Zukunftskongress der IG Metall.

6 Vgl. dazu: Zeuner B., Gewerkschaften und intellektuelle Linke, in PROKLA 73, S. 118 ff.

7 Zu den allgemeinen Inhalten des soziologischen Moderne-Begriffs vgl.: Berger, J.: Modernitätsbegriffe und Modernitätskritik in der Soziologie, in: Soziale Welt 3/88, S. 224 ff. Nach Berger gibt es letztlich nur einen, sich explizit oder implizit immer schon gegen die Marx'sche Kapitalismustheorie abgrenzenden Begriff der Moderne, der vier formale Komponenten umfaßt: »ein gegen die Herkunftswelten in der Sozialstruktur (und der ›Semantik‹) gerichtetes Abschaffen, die funktionale Differenzierung ›freigesetzter‹ Handlungssphären, die Rationalisierung der differenzierten Bereiche und der daraus entspringende Imperativ zur immanenten Leistungssteigerung der Teilsysteme.« (ebd. S. 227).

8 Ebd., S. 231 f.

9 Vgl.: Bell, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft, Neuauflage Frankfurt/M./New York 1985; ders.: The Cultural Contradictions of Capitalism, London 1979.

10 Vgl. Habermas, J.: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, in: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S. 30 ff.

11 Ebd., S. 35.

12 Habermas, J.: Dialektik der Rationalisierung, in: Die neue Unübersichtlichkeit, a. a. O. S. 167 ff., hier: S. 180; ders.: Theorie der Kommunikativen Handelns Bd. 2, 4. Aufl. Frankfurt 1987, S. 502 f.; Freilich will Habermas die Verdinglichungsproblematik nicht mehr einlinig als Entfremdung deuten.

13 Ders. (1981/1987), S. 504 ff., bes. S. 505–513, S. 521, 531, S. 566, S. 576.

14 Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, Teil II, S. 121 ff. Kritisch dazu: Dörre, K.: Risikokapitalismus. Zur Kritik von Ulrich Beck's Weg in eine andere Moderne, 2. erw. u. überarb. Aufl., Marburg 1988.

15 Beck, U.: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt 1988, bes. S. 240, 246; Beck (1986), Teil I, S. 25 ff.

16 Eine scharfsinnige, methoden- und ideologiekritische Argumentation dazu findet sich in: Ritsert, J.: Der Kampf um das Surplusprodukt. Einführung in den klassischen Klassenbegriff, Frankfurt/New York 1988, bes. S. 221 ff.

17 Vgl. dazu Deppe (1985), a. a. O., S. 79 ff.

18 Ein Überblick in: Liepitz, A.: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff ›Regulation‹, in: PROKLA 68, S. 109 ff.; als eine der grundlegenden Arbeiten: Aglietta, M.: Regulation et crises du capitalisme, Paris 1976; zum Konzept der Grenobler Schule: Mahnkopf, B. (Hrsg.): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988. Ein Anliegen dieses Ansatzes ist es, den »krisentheoretischen Optimismus« zu überwinden, wie er etwa in Konzeptionen der »allgemeinen Krise« des kapitalistischen Weltsystems zum Ausdruck kommt. Zu Recht wird statt dessen die Dynamik, Restrukturierungs- und Integrationsfähigkeit kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaften betont. Dies verhilft zu einem realistischeren Bild der – trotz aller Widersprüche und Konflikte – vorhandenen Entwicklungs- und Revitalisierungspotentiale des Kapitalismus.

19 Hübner/Mahnkopf unterscheiden zwischen einer wert- und einer preistheoretisch argumentierenden Richtung; dies.: Einleitung, in ebd., S. 13; auch Liepitz weist auf Diskre-

panzen zwischen verschiedenen Verfechtern des Regulations-Konzepts hin. So ist u. a. umstritten, ob von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise ausgegangen werden kann; der Begriff »Formation« wird im Sinne von Stadium oder Phase gebraucht, entspricht also nicht der marxistischen Kategorie »Gesellschaftsformation«.

20 Zum Begriff der »großen Krisen« (»Krisen dritter Ordnung«) vgl.: Hübner, K.: Die Krisentheorie der Regulationisten, in: Mahnkopf (1988), S. 45; Siehe auch: Altvater, E.: Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987, S. 27 f.; Priewe, J.: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Krisentheoretische Debatte, Köln 1988, S. 187.

21 Mahnkopf/Hübner (1988), a. a. O., S. 14.

22 Ebd., S. 15 f. In diesem Periodisierungskriterium liegt ein wesentlicher Unterschied zur stadientheoretischen Argumentation der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die in Monopolisierung und Staatsinterventionismus die entscheidenden qualitativen Modifikationen kapitalistischer Vergesellschaftung sieht. Dennoch sind m. E. beide Konzepte sowohl von der Fragestellung als auch hinsichtlich relevanter Schlüsselkategorien (z. B. Konzept der »großen Krisen«) durchaus miteinander vereinbar.

23 Aglietta, M. (1976/engl. Ausgabe 1979), S. 117.

24 Altvater, E.: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung, Hamburg 1987, S. 33 ff.

25 Ebd., S. 33, 35.

26 Darauf weist E. Altvater hin; er will die Fordismus-Kategorie lediglich auf die überbetrieblich-gesellschaftliche Ebene der Regulierung von Klassenbeziehungen angewendet wissen. Siehe in diesem Kontext auch die Ausführungen zum »bloody fordism« in den Entwicklungsländern (ebd. S. 44 ff., S. 50).

27 Hirsch J. u. R. Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg 1986, S. 80.

28 Moser, J.: Arbeiterleben in Deutschland, Opladen 1984.

29 Hirsch/Roth (1986), S. 83 f.

30 Ebd., S. 88.

31 Ebd., S. 89 ff.

32 Insofern sind auch politische Entwicklungen in den jeweiligen Krisenperioden nur begrenzt vergleichbar, z. B. wird Massenarbeitslosigkeit unter den Bedingungen eines sozialstaatlich transformierten Kapitalismus anders verarbeitet als in der Zwischenkriegsperiode. Selbst bei scheinbar ähnlichen Phänomenen überwiegen – zumindest was die Seite der kollektiven und individuellen Subjekte angeht – die Unterschiede.

33 Vgl. dazu Priewe, J.: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die krisentheoretische Debatte, Köln 1988, S. 236 ff.; Goldberg, J.: Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch, Köln 1988, S. 34 ff.; ders.: Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des ISMF 11, Frankfurt 1986, S. 9 ff.

34 Goldberg (1986), S. 14.

35 Hübner gelangt in einer vergleichenden Analyse zu der Ansicht, das die krisentheoretischen Ausführungen der Regulationisten ein »buntes Bukett« sind; ein eigenständiger Beitrag zur Krisentheorie nicht geleistet worden ist. Hübner (1988), a. a. O., S. 61 ff., S. 70.

36 Priewe (1988), S. 183 ff.

37 MEW 25, S. 221 ff.; Grundrisse S. 648 ff. Auf die unterschiedlichen krisentheoretischen Konzepte kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Einen Überblick liefert: Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986.

38 Priewe (1988), S. 256 ff.; hier: S. 276.

39 Ebd., S. 291.

40 Pickshauss, K.: Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des ISMF 13, S. 200 ff., hier S. 211. Vgl. dazu auch den Beitrag von Markus Waldschmitt in diesem Band.

41 Vgl. dazu: Hickel, R.: Ein neuer Typ der Akkumulation. Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie, Hamburg 1987; eine knappe Zusammenfassung der Konturen des neuen Akkumulationstyps S. 186 ff. Neben einigen der oben aufgelisteten Elementen nennt Hickel zusätzlich die absolute bzw. relative Entkoppelung von Profitraten- und Akkumulationsentwicklung; stabile Kapitalrentabilität bei zurückgehenden Akkumulationsaktivitäten; eine relativ unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgende Diffusion der neuen Produktionstechniken, die eine Abschwächung ökonomieendogener Expansionskräfte bedingt (ebd., S. 187). Kritik zu Hickel, zur Aufgabe der Marxschen Werttheorie und zu den Reformspielräumen für einen »Programmkeynsianismus«: Krüger, St.: Ein neuer Typ der Akkumulation. Kritik an Hickels theoretischer Fundierung des Memorandum, in: Sozialismus 11/88, S. 11 ff.

42 Im »arbeits-« und »kapitalsparenden« Charakter der neuen Technologien sehen einige Autoren ein strukturell stagnationsverschärfendes Element des neuen Akkumulationstyps. Vgl. z. B. Goldberg (1988), S. 91 ff.

43 Autoren der »Altwater-Gruppe« konstatieren diesbezüglich eine relative Abkoppelung der monetären von der Realakkumulation und sehen darin eine wesentliche Ursache der strukturellen Krisenphänomene. Vgl. dazu: Altwater (1987), S. 40 ff.; S. 212 ff. Vgl. auch Goldberg (1986), S. 35 f.

44 Vgl. dazu: Fröbel, F., J. Heinrichs u. O. Kreye: Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek 1986; Heininger, H. u. L. Maier: Internationaler Kapitalismus. Tendenzen und Konflikte staatsmonopolistischer Regulierung, Berlin/DDR 1987.

45 Hickel (1987), S. 187.

46 Vgl. dazu: Altmann, N. u. a.: Ein »neuer Rationalisierungstyp« – neue Anforderungen an die Industriosozilogie, in: Soziale Welt 2/3, 1986, S. 189–208.

47 Exemplarisch: Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Bericht der Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen«; erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, November 1987.

48 Zum Begriff: Beck (1988).

49 Beck nennt drei Kriterien, mit denen er das qualitativ neue dieser Großgefahren erfassen will. Sie sind (1) »örtlich, zeitlich und sozial nicht eingrenzbar«, nach den gültigen Regeln von Kausalität, Schuld, Haftung »nicht zurechenbar« und (3) »nicht kompensierbar (Irreversibilität, Globalität) nach der gängigen Tauschregel »Zerstörung gegen Geld« (Ebd., S. 120).

50 Czeskleba-Dupont u. K. Tjaden: Probleme des Übergangs von der kapitalistischen Naturzerstörung zu vernünftiger gesellschaftlicher Naturaneignung, in Argument-Sonderband AS 56-1981, S. 85 ff.; siehe auch: Tjaden, K. H.: Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklung, in: Das Argument 10/1977, S. 8 ff.

51 Zum Zusammenhang von ökonomischen Krisen und Störungen der Selbsterneuerungsfähigkeit natürlicher Systeme: Tjaden (1977); S. 27 ff.; Czeskleba-Dupont/Tjaden (1981), S. 91 ff.; dort auch Hinweise zu den Besonderheiten der spätkapitalistischen Reproduktionsstrategie. Ein entscheidender Gedanke bei Tjaden ist, daß es die zur – zeitweise – Überwindung der inneren Störungen kapitalistischer Akkumulation (tendenzieller Profitratenfall) mobilisierten Gegenkräfte sind, die aus systemischen Gründen ökologische, ökonomische und soziale Krisentendenzen hervorbringen, welche wiederum zu Schranken der kapitalistischen Produktionsweise werden.

52 Überlegungen dazu in: Dörre, K.: Vom Katastrophenpotential einer Glühbirne – Umweltkrise, Risikotechnologien und neue politische Radikalität, im Erscheinen.

53 Altwater (1987), S. 131.

54 Beck unterscheidet zwischen Produktions- und Definitionsverhältnissen. Methodisch zielt diese Unterscheidung auf die Betonung der Eigenständigkeit, welche die Expertokratie und ihre Risikokalküle selbst gegenüber dem unternehmerischen Management be-

sitzen. Definitionsverhältnisse sind »Regeln der Anerkennung« von Risiken und Gefahren; sie sind labile Produkte sozialer Auseinandersetzungen und daher flexibler und leichter zu beeinflussen als die Eigentumsverhältnisse. (Beck 1988, S. 213 ff.) Kritisch dazu: Dörre: Vom Streit um den vergifteten Kuchen. Kapital und Arbeit im »Risikokapitalismus«, in: Forum Wissenschaft, März 1989.

55 Sozialisierung der Produktionsmittel und Übergang zu gesamtgesellschaftlicher Koordinierung und Planung der ökonomischen Aktivitäten allein sind daher keine hinreichende Voraussetzung für eine grundlegende Neugestaltung der Mensch-Natur-Beziehung. Solange das Muster einliniger Produktionsaktivitäten dominiert, ist dies auch in nachkapitalistischen Gesellschaften Ursache für die Potenzierung von Umweltproblemen und die Anhäufung technologischer Risiken.

56 Grün, J. u. D. Wiener: Global denken – vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn, Freiburg 1984, S. 297; Dörre (1988), S. 48; Czeskleba-Dupont/Tjaden (1981), S. 94.

57 Beck (1988), S. 228.–

58 Ebd., S. 238.

59 Ebd., S. 245.

60 Öffentliches Gefährdungswissen untergrabe die »Autonomie der Wirtschaft«, zieht das ökonomische System »bis in die Details seiner Produktion in gesellschaftliche Auseinandersetzungen hinein« und beschwöre das »Schreckgespenst der Wirtschaftslenkung«, die »gesellschaftliche-öffentliche Kontrolle betrieblicher Entscheidungsprozesse« herauf, formuliert denn auch Ulrich Beck (ebd., S. 233). Damit relativiert er allerdings seine eigene These der Entstehung von Klassengegensätzen zwischen Kapital und Kapital, Arbeit und Arbeit. Eingriffe in private Investitionsentscheidungen bedeuten eine gravierende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Zu Ende gedacht liefert Beck hier eine Begründung für »ökologischen Klassenkampf«.

61 Lutz, B.: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/New York 1984.

62 Siehe auch: Dörre, K.: Modernisierungspakt statt Gegenmacht? Individualisierung und Gewerkschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/89, S. 84 ff.

63 Hirsch/Roth (1986), S. 56 ff.

64 Mooser (1984), S. 137. Freilich besitzt diese soziale und kulturelle Homogenität keine klassenspezifische Entsprechung im politischen Raum.

65 Vgl. z. B. Maase, K.: Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Empirische Materialien und theoretische Analyse, Frankfurt 1984, S. 76 ff.

66 Weiterführend ist hier das Habitus-Konzept P. Bourdieus. Siehe ders.: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Paris 1979 (deutsche Erstauflage Frankfurt/M. 1982).

67 Maase, K.: Einzelne und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald... »Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise, Frankfurt 1985, S. 102.

68 Diesen Aspekt, das durch die fortschreitende Vergesellschaftung individueller Reproduktion bedingte Eindringen von Krisenphänomenen in alle Poren der Gesellschaft, thematisiert Oskar Negt in seinem Konzept der »Erosionskrise«. Vgl. dazu: Negt, O.: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt/New York 1984.

69 Vgl. die inzwischen umfangreiche Literatur zu neuen sozialen Bewegungen; einen Überblick über die »Bewegungssoziologie« liefert: Raschke, J.: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/New York 1985.

70 Umgekehrt können sich – wie die autonomen Basiskomitees in Italien oder Frankreich zeigen – solche Aktivitäts- und Mobilisierungsschübe auch neben der organisierten Gewerkschaftsbewegung entfalten oder sich sogar gegen sie richten.

Überlegungen zu einem neuen Modus der Klassenbildung in: Deppe, F. und K. Dörre: Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert (Thesen), Marburg/L. 1989 (unv. Manuskript).

71 Kritisch dazu: Hess, P.: Grenzen des Kapitals: Wissenschaftlich-technische Revolution und Verwertung, in: Wirtschaftswissenschaften 31/1983.

72 Vgl. Tessaring, M.: Arbeitslosigkeit Beschäftigung und Qualifikation: Ein Rück- und Ausblick, in: MittAB 2/88, S. 177; darin weiterf. Literaturangaben.

73 Dazu instruktiv: Herkommer, S.: Das Dilemma der neokonservativen – eine Chance für die Linke?, in: Sozialismus 5/88, S. 25 ff., bes. S. 35 ff.

73 a Hirsch/Roth 1976, S. 104 ff.

74 Maßstab dieser Einschätzung ist allerdings eine abstrakt bleibende Vorstellung von „Systemopposition“ und ein Bewegungsbegriff, der formelle Organisation und Institutionalisierung nahezu ausschließlich mit Bürokratisierung und Verlust von Elementen einer oppositionellen sozialen Bewegung identifiziert. So konstatieren Hirsch/Roth zwar für die Zeit nach 1969 eine Zunahme von Streiks und gewerkschaftlichen Mobilisierungen; fügen aber im gleichen Atemzug hinzu, eine Rückbesinnung auf „Bewegungstraditionen“ habe nicht stattgefunden. Die teilweise Repolitisierung gewerkschaftlicher Interessensvertretung während der 70er Jahre bleibt ebenso unbeachtet wie die damit verbundene partielle Stärkung klassenautonomer Positionen.

Dies muß um so mehr überraschen als die von Hirsch/Roth favorisierten oppositionellen Akteure, die neuen sozialen Bewegungen, nach 1983 einen deutlichen Rückgang an Dynamik und Mobilisierungsfähigkeit verzeichnen. Gegen den konservativen Block gerichtete außerparlamentarische Aktivitäten sind danach in erheblich stärkerem Maß von betrieblichen und gewerkschaftlichen Konflikten ausgegangen. Insgesamt zeigt sich hier, daß das „Fordismus-Konzept“ nicht frei von funktionalistischen Verengungen ist. Die bei der Krisenanalyse noch konstatierte Widersprüchlichkeit des Integrationismus geht bei der Bestimmung der Gegenkräfte wieder verloren.

Ein alternativer Erklärungsansatz, der den Doppelcharakter des Integrationismus anhand des Konzepts antagonistischer Vergesellschaftungslogiken zu fassen sucht, findet sich in: Deppe, F.: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979, bes. S. 143 ff.; Rossmann W.: Vergesellschaftung, Krise und gewerkschaftliche Gegenmacht, Marburg 1986, S. 87 ff.; siehe auch: Basso, L.: Gesellschaftsformation und Staatsform, Frankfurt 1975.

75 E. Gärtner plädiert in diesem Zusammenhang dafür, den Begriff der Naturbeherrschung aufzugeben und ihn durch „Stabilisierung der Biosphäre“ zu ersetzen. Ders.: Die Stabilisierung der Biosphäre. Über die Aufgaben der Ökologie vom Standpunkt des Marxismus, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, S. 52 ff.

76 Dies schließt eine progressive Tarifpolitik, die Einkommensverbesserungen vor allem für die unteren Sozialschichten anstrebt, keineswegs aus.

77 Vgl. Goldberg (1988), S. 169 ff., S. 262.

78 Vgl. dazu auch den Beitrag zu Jugend und Gewerkschaften in diesem Band.

79 Kern, H.: Experimentierfähigkeit statt demokratischem Zentralismus. Sechs Thesen zur Gewinnung von „modernen Arbeitnehmern“, in: „express“, 7–8/1988.

80 Vgl. dazu: J. Piore u. Ch. Sable: Das Ende der Massenproduktion, Berlin (West), 1985.

81 Kern H. u. M. Schumann: Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984.

82 Glotz, P.: Aggressiver Traditionalismus oder Ausbruch aus der Wagenburg?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1988, S. 1436 ff.

Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft

Gewerkschaftliche Strategiedebatte am Ende der 80er Jahre

Nicht allein das in überschaubare Nähe rückende Jahr 2000 provoziert in den bundesdeutschen Gewerkschaften eine intensivierte Zukunftsdiskussion. Mehr noch fühlen sie sich durch einen sozialwissenschaftlichen und politischen Diskurs herausgefordert, der Gewerkschaften nurmehr als bürokratisierte, unbewegliche Fossile einer industriellen Klassengesellschaft begreift – beide gleichermaßen zum Niedergang in einer postindustriellen Gesellschaft verurteilt. In dem Maße, wie sich die industriellen Klassenwidersprüche und -strukturen in der allseits prognostizierten flexibilisierten und individualisierten Arbeits- und Lebenswelt verflüchtigen, müsse die gewerkschaftliche Identität brüchig werden und sich ihre Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit auflösen.

Enorme Mitgliederverluste, sinkende Organisationsgrade, demoralisierende Streikniederlagen und politischer Bedeutungsverlust der US-amerikanischen wie einiger westeuropäischer Gewerkschaften in den 80er Jahren gelten als empirischer Beleg dieser Tendenzen. Die bundesdeutschen Gewerkschaften stellen sich demgegenüber geradezu als Hort organisatorischer Stabilität dar, mit – wenn auch nur schwachen – steigenden Mitgliederzahlen, Streik- und Mobilisierungserfolgen und einer noch ungebrochenen Hegemonie in den betrieblichen Interessenvertretungsorganen. Gleichwohl registrieren auch sie organisatorische wie politische Gefährdungen: Weit unterdurch-

schnittliche Organisationsverhältnisse in einigen Schlüsselsektoren der Industrie und des Dienstleistungssektors, vornehmlich unter deren hochqualifizierten Lohnabhängigengruppen.

Und mehr noch beunruhigt sie – angesichts der neokonservativen Hegemonie – der zunehmend bewußter werdende Verlust einer mobilisierenden gesellschaftlichen Vision, die – als sozialistische Utopie – am Beginn des 20. Jahrhunderts eine ungleich geringere gewerkschaftliche Macht kompensierte.¹

Eine eigentümliche Verkehrung der Frontverläufe kennzeichnet die öffentlichen Debatten über die Zukunft der Gewerkschaften wie der Arbeiterbewegung insgesamt: Einstmals unter der Fahne des sozialen Fortschritts angetreten, die entfesselten Produktivkräfte durch eine Revolutionierung der Produktionsverhältnisse gesellschaftlich nützlich und sinnvoll zu beherrschen, sehen sie sich gegenwärtig als »Sperrklinke gegen den Modernisierungsprozeß«, als das eigentliche »konservative Blockierungspotential« gebrandmarkt. Den Zukunftsdiskurs besetzen konservative Projekte und Visionen einer postindustriellen Gesellschaft, deren Durchbruch indes Gewerkschaften entgegenstünden, die sich – nurmehr den ehemals feudalen Zünften oder heutigen Bauernverbänden vergleichbar – gegen die Aufgabe unzeitgemäßer sozialer Besitzstände, Privilegien und Subventionen auflehnen. Im Namen des – postindustriellen – Fortschritts werden folglich neokonservative Politikstrategien gegen die gleichwohl verbliebene gewerkschaftliche Gegenmacht konzipiert und öffentlich präsentiert. Konservative Gesetzesprojekte gegen die gewerkschaftliche Streik- und Handlungsfähigkeit erscheinen so als unverzichtbare politische Vorleistung einer umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung.

Diese ideologische Figur konservativer Rhetorik ist historisch durchaus nicht originell. Aber im Kontext einer gravierenden gesellschaftlichen Umbruchsituation bestimmt sie die gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussionen wesentlich mit.

1. Genesis der Zukunftsdebatte

Der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion liegen im wesentlichen drei Entwicklungsprozesse zugrunde.

(1) Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 beendete nicht allein die sozialliberale Reformpolitik. Abrupt abgebrochen wurde durch sie auch die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion der späten 60er und frühen 70er Jahre, die unter dem Leitmotiv »Aufgabe Zukunft: Mehr Lebensqualität« vornehmlich auf staatlich organisierte Reformprojekte zielten.

Angesichts der konjunkturellen und sektoralen Krisenprozesse, der Massenarbeitslosigkeit und des Lohn- und Sozialabbaus seit 1974/75 konnten die gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussionen über Strukturveränderungen des kapitalistischen Systems, neue Widerspruchs- und Konfliktfelder, neue Aufgaben und Politikformen als obsolet erscheinen. Einer »Normalisierung« der kapitalistischen Krisen- und Akkumulationslogik entsprach die Reaktualisierung traditioneller gewerkschaftlicher Handlungsstrategien, die Zunahme betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe.

Neben dem Kampf um höhere Reallöhne, der die gewerkschaftliche Basis angesichts hoher Inflationsraten ohnehin mehr interessierte als theoretische Diskussionen über »Qualitatives Wachstum« und »Investitionskontrolle«, dominierten den Gewerkschaftsalltag seit der Krise 74/75 die zahllosen Kämpfe und Konflikte um Arbeitsplätze, Beschäftigung und Arbeitszeitverkürzung.

Einer »Normalisierung« des Kapitalismus schien auch die Aufkündigung des sozialstaatlichen Klassenkompromiß durch führende Kapitalkreise zu entsprechen, die in den Massenausperrungen 1978/79 und in der Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz '76 erkennbar wurde. Der Abschied vom Sozialstaat konkretisierte sich seit der Krise 81/82 in den konservativen Umverteilungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungsprogrammen, die nun Bestandteile staatlicher Regierungspolitik wurden. »Widerstands-« und »Gegenwehraktionen«

banden und absorbierten beträchtliche gewerkschaftliche Energien und Ressourcen.

(2) Aber im Milieu dieser durchaus klassischen Krisenprozesse und gesellschaftlichen Machtkämpfe setzten sich die gravierenden Umbrüche in der Produktion, Sozialstruktur und Lebensweise fort und intensivierten sich.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien lösten einen Umbruch im Produktivkraftsystem aus. An die Stelle einzelner, überschaubarer und gewerkschaftlich kontrollierbarer Rationalisierungsschritte trat der sogenannte »systemische Rationalisierungsprozeß«, von dem die Produktion und zunehmend auch die vor- und nachgelagerten Bereiche der Forschung und Entwicklung, der Kontrolle und Überwachung, der Lagerhaltung, der Verwaltung und Administration erfaßt wurden. Den neuen Technologien entsprachen veränderte Konzepte der Produktions- und Arbeitsorganisation. Auf die akuten Bedrohungen traditioneller Berufe, Qualifikationen und Eingruppierungen reagierten die Gewerkschaften mit Absicherungstarifverträgen, die 1978 Gegenstand von zwei langwierigen Arbeitskämpfen wurden (IG Druck; IG Metall) sowie Tarifvertragsentwürfen zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung.

Gewerkschaftlich initiierte Humanisierungsprojekte und sozialwissenschaftliche Studien legten die Gestaltungsfreiräume neuer Technologien für humane Produktions- und Arbeitsorganisationsformen offen.

In betrieblichen Konflikten um die Einführung neuer Personalinformations- und Betriebsdatenerfassungssysteme offenbarten sich die neuen Informationstechnologien gleichzeitig als perfekte und subtile Systeme zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Sie beförderten so nicht allein Forderungen nach verbessertem betrieblichen Datenschutz, sondern auch nach erweiterten gewerkschaftlichen Kontroll- und Mitbestimmungsrechten.

Die in den Arbeitskämpfen der Druckindustrie sichtbar gewordenen Möglichkeiten, komplexe Produktionsprozesse mit wenigen Streikbrechern zumindest temporär aufrechterhalten zu können, lösten ebenso wie die Arbeitskämpferfahrungen in

der Metallindustrie – hier insbesondere die Störanfälligkeit hochgradig vernetzter, arbeitsteiliger Produktionsprozesse – Diskussionen um neue Arbeitskampfkonzeppte und -formen aus.

Gravierende Organisationsdefizite und damit verminderte Streikfähigkeit gerade in den neuen Wachstumsbranchen und unter den höher qualifizierten Angestelltengruppen in den schnell expandierenden Forschungs-, Entwicklungs- und Verwaltungszentren der Industrie und der Dienstleistungssektoren sensibilisierten die Gewerkschaften für die Umbrüche in der Klassen- und Sozialstruktur. Organisationsprobleme unter Jugendlichen, Frauen und Angestellten weckten die Aufmerksamkeit für neue soziale Bedürfnisse und Wertorientierungen unter den Lohnabhängigen, die aus gestiegenen Ausbildungs- und Bildungsniveaus, neuen Kommunikations- und Massenmedien, vermehrter Freizeit und Massentourismus, kurzum tiefgreifenden Veränderungen der Lebensweise resultieren.

Erste Arbeitskämpfe in den Rundfunk- und Fernsehanstalten, Warnstreiks in einigen bundesdeutschen Banken verwiesen die Gewerkschaften ebenso wie die breite Resonanz der Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung, die sozialstrukturell überwiegend von höherqualifizierten und jüngeren Lohnabhängigen getragen werden, auf das Organisations-, Mobilisierungs- und Streikpotential auch unter diesen Lohnabhängigengruppen.

Die Politik- und Organisationsformen der neuen sozialen Bewegungen und ihre Distanz zur gewerkschaftlichen Organisations- und Politikroutine belebten die innergewerkschaftlichen Diskussionen um neue Arbeits- und Kommunikationsformen.

Zum Teil heftige Konflikte zwischen einigen Industriegewerkschaften und der sich Ende der 70er Jahre im Kampf gegen neue Risikentechnologien (insbesondere den Bau zahlreicher Atomkraftwerke) formierenden Ökologiebewegung reaktualisierten in den Gewerkschaften – wenngleich mit erheblichen Verzögerungen und zugespitzten innergewerkschaftlichen Konflikten verbunden – die Aufmerksamkeit für die sich verdichtenden ökologischen Gefährdungen. Nicht minder konfliktgela-

den gestaltete sich die sukzessive Aufnahme der Forderungen der Friedens- und Frauenbewegung in die gewerkschaftliche Programmatik und Politik seit Beginn der 80er Jahre.

(3) In nahezu allen betrieblichen Branchen- und Regionalkonflikten, selbst in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen und den Kontroversen um die Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, verdichtete sich die Erkenntnis, daß für längerfristige Mobilisierungsstrategien – die über spontane, eruptive Widerstandsaktionen hinausweisen – glaubwürdige und nachvollziehbare *gesellschaftliche Alternativprogramme* unabdingbar sind.

Der bloße Verweis auf verletzte oder gefährdete soziale Interessen der Lohnabhängigen (Reallohnabbau, Arbeitsplatzverlust, regionale Ballung von Strukturkrisen/Massenarbeitslosigkeit) verlor angesichts der einschneidenden gesellschaftlichen Umbruchs- und Restrukturierungsprozesse sehr bald seine mobilisierende Wirkung, zumal neokonservative Zukunftsentwürfe unter relevanten Lohnabhängigengruppen an Attraktivität und Zustimmung gewannen.

Initiativen und Ansätze für gesellschaftliche Alternativen, die über die traditionelle gewerkschaftliche Programmatik und Praxis hinausverwiesen, entwickelten sich in den 70er/80er Jahren vielfach an den Gewerkschaften vorbei, oder sogar in Konfrontation mit ihren traditionellen Problemlösungsstrategien. (Partielle Tolerierung von Reallohn- und Sozialabbau; Sozialplanpraxis; Stützung ökologisch bedenklicher Großtechnologien und Infrastrukturprojekte, »Atom- und Betonpolitik«).

Erst wachsender Problemdruck und das Ende der sozialliberalen Regierung förderten eine offenere Diskussion und kritische Aneignung von Alternativprogrammen kritischer Wissenschaftlergruppen, neuer sozialer Bewegungen und zuvor argwöhnisch beobachteter, minoritärer Gruppen im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich selbst, Arbeitsergebnisse kritischer Wirtschaftswissenschaftler (Memorandumsgruppe), Naturwissenschaftler und Ökologen (z. B. des Freiburger Öko-Instituts), Sozial- und Arbeitswissenschaftler (hinsichtlich Technologie- und Arbeitsgestaltung), betrieblicher Arbeitskreise für alterna-

tive Produktion und Rüstungskonversion wurden sukzessive verallgemeinerter Bestandteil zumindest der gewerkschaftlichen Programmatik.

Die Akkumulation von sozialen wie ökonomischen Problemen bewirkten insbesondere in Krisenregionen eine engere Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen, Gewerkschaften und kritischen Wissenschaftlern, aus deren Kooperation betriebliche Umstrukturierungs- und strukturpolitische Alternativprogramme sowie neue gewerkschaftliche Handlungsstrategien resultierten (Beschäftigung statt Sozialpläne; Beschäftigungsgesellschaften).²

2. Strukturelle Barrieren gewerkschaftlicher Zukunftsdiskussionen

Funktion wie Organisation der Gewerkschaften setzen ihren »Zukunftsdiskussionen« enge Grenzen. Primäre Funktion und dominantes Zentrum ihrer Aktivitäten ist die soziale Interessenvertretung, auch wenn sich das Interessenspektrum und der Interessenbegriff erheblich erweitert und durch die Ausweitung der Staatsfunktionen und -aktivitäten (Sozial- und Wohlfahrtsstaatliche Aufgaben und Tätigkeitskomplexe; Institutionalisierte und verrechtlichte Klassenbeziehungen) politisiert haben.

Als *Einheitsgewerkschaften*, die alle weltanschaulichen Strömungen umfassen, und *Industriegewerkschaften*, die Lohnabhängige mit heterogener und differenzierter werdenden Interessenlagen organisieren, stoßen gewerkschaftliche Zukunftsdiskussionen sehr schnell an die Grenzen des immer auch notwendigen »inneren Konsens«.

Ihr industriegewerkschaftlicher Charakter erleichtert zwar die Überschreitung enger berufs-, betriebs- und branchenspezifischer Interessenperspektiven und die Formulierung verallgemeinerter gesellschaftlicher Alternativen. Gleichwohl prägen

die starke Stellung der notwendig betriebs- und unternehmen-orientierten Betriebsräte wie die schwache Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes DGB in der gewerkschaftlichen Machtstruktur den Charakter der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatten.

Die handlungsrelevanten Diskussionen ereignen sich, mit notwendig unterschiedlichen gewerkschaftspolitischen Standorten, Themen und strategischen Schlußfolgerungen in den einzelnen Gewerkschaftsverbänden: Ökologie-, Technologie-, Wirtschafts- und Strukturprobleme prägen vor allem die Debatten der großen Industriegewerkschaften (IG Metall; IG Chemie). Die Zukunftsprobleme der IG Bergbau und Energie hingegen werden nahezu ausschließlich von der staatlichen Energiepolitik – im engen Verbund mit den wenigen, hochkonzentrierten Energieunternehmen – determiniert. Noch ausgeprägter beziehen sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf die staatlichen Finanz- und Strukturentscheidungen. Die Perspektiven der Lohnabhängigen in diesen Sektoren wie ihrer Gewerkschaften sind eng mit der staatlichen Verkehrs-, Post-(Information/Kommunikation), der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik wie insgesamt mit den Perspektiven des Sozialstaates unter konservativer Hegemonie verknüpft.

Zukunftsdebatten innerhalb der ÖTV, der Gewerkschaften der Eisenbahner, der DPG und der GEW werden übergreifend von der Kritik an neokonservativen Projekten des Abbaus, der Rationalisierung und Privatisierung des öffentlichen Dienstes sowie seiner marktwirtschaftlichen Reorganisation bestimmt.

Auch in diesen Staatssektoren fordert die Verteidigung sozialer Interessen mehr als nur eine erneuerte »Legitimation« sozialstaatlicher Leistungen des öffentlichen Dienstes. Eine gewerkschaftliche »Zukunftsvision des öffentlichen Dienstes« muß angesichts neuer Interessen und Bedürfnisse wie neuer Informations- und Kommunikationstechnologien eine Kritik an »bürokratisierten Binnenstrukturen« und nicht bedarfsgerechten Dienstleistungsangeboten einschließen.

Die Parzellierung der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatten hinterläßt notwendig Spannungen und Konflikte zwischen den

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Industrie (z. B. hinsichtlich des Verhältnisses von privater Motorisierung und öffentlichem Nah- und Fernverkehr; hinsichtlich der Dienstleistungsangebote, ihrer bedarfs- und benutzergerechten Struktur, ihrer durch Steuern/Gebühren finanzierten Kosten etc.), bzw. ihrer Gewerkschaften des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors (z. B. hinsichtlich öffentlicher und privater Vorsorge-, Sicherungs- und Versicherungsleistungen).

Eher pragmatisch integrierte die IG Bau Steine Erden, die Ende der 70er Jahre neben der IG Chemie und der IG Bergbau in besonders heftigen Fehden mit der Ökologiebewegung verstrickt war, nach Auslaufen von infrastrukturellen Großprojekten und Wohnungsbauprogrammen, ökologische Begründungen in ihre wohnungs- und infrastrukturpolitischen Forderungen an die staatliche Investitionspolitik.

Eine programmatische Vereinheitlichung und koordinierte gewerkschaftliche Initiativen setzten angesichts der internen Organisations- und Machtstrukturen eine intensivere Information und Kommunikation zwischen den Einzelgewerkschaften voraus.

Wesentliche Anstöße für die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion entstanden, wie skizziert, zumeist außerhalb der gewerkschaftlichen Alltagsarbeit. Der seit den 70er Jahren deutlich verstärkte Einzug akademisch qualifizierter Referenten in die Stabsabteilungen gewerkschaftlicher Hauptverwaltungen steigerte die Fähigkeit wie Bereitschaft, auch zunächst unkonventionelle wie unbequeme Ideen, Konzepte und Vorstellungen innergewerkschaftlich zu diskutieren, kritisch anzueignen und in die eigenen Politikstrategien zu integrieren.³

Deren Verankerung an der betrieblichen und regionalen Basis, ohnehin durch die erdrückende Realität betrieblicher Alltagskonflikte überbelastet, wird wesentlich davon abhängen, ob und inwieweit

- gewerkschaftliche Zukunftsdebatten ausgewertet und zu operativen Handlungsstrategien umformuliert werden;
- offene örtliche und betriebliche Arbeitsstrukturen aufgebaut und zugelassen werden, die die Kompetenz, Phantasie und

Energie qualifizierter und engagierter Lohnabhängiger – über den Kreis der haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre hinaus – für die Formulierung und Durchsetzung konkreter Alternativprogramme einbinden und nützen;

– auch auf regionaler und betrieblicher Ebene eine Vernetzung mit der kritischen Intelligenz, anderen sozialen Bewegungen sowie kompetenten privaten Instituten und staatlichen Institutionen zustandekommt.

3. Formen gewerkschaftlicher Zukunftsdiskussion

Gewerkschaftliche Zukunftsdiskussionen bewegten sich in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten vornehmlich in drei Formen, als gewerkschaftsinterner Prozeß, als lockere Diskussion in wenigen gewerkschaftlichen Zeitschriften oder in Form von öffentlichen Konferenzen und Tagungen.

Vorherrschend ist bis in die jüngste Zeit hinein die gewerkschaftsinterne Form geblieben. Neue Problem- und Handlungsfelder, die zumeist nicht aus wissenschaftlichen Zukunftsanalysen und -prognosen bestimmt werden, sondern aus der betrieblichen/gewerkschaftlichen Alltagspraxis erwachsen, werden kooperativ von qualifizierten Sachreferenten der Gewerkschaftszentralen und betroffenen Gewerkschaftsfunktionären aufgearbeitet. Deren interne Arbeitsergebnisse finden später eine begrenzte Öffentlichkeit, wenn sie in Form von Anträgen und Entschlüssen auf Gewerkschaftskongressen debattiert und verabschiedet bzw. in Mitgliederzeitschriften oder internen Materialien erläutert und popularisiert werden.

Als umkämpfte »Betriebsvereinbarungen«, »Tarifvertragsentwürfe« oder öffentliche »Gesetzesentwürfe« finden darin formulierte Ideen und Konzepte zur »Zukunft der Arbeit und Gesell-

schaft«, wenn sie gravierende Gesellschaftsentwicklungen thematisieren, wie es beispielsweise bei Konflikten um die »Humanisierung der Arbeit«, die Installierung von Personalinformationssystemen, Arbeitszeitverkürzung als Alternative zu Massenarbeitslosigkeit u. a. sichtbar wurde.

Im wesentlichen aber verbleibt diese Form gewerkschaftlicher Zukunftsdiskussion im Status einer eher »reaktiven Gegenwartsbewältigung« bzw. eines Kampfes um unterschiedliche Zukunftskonzepte von Gewerkschaften und Kapitalverbänden bzw. unterschiedlichen politischen Strömungen.

Eine öffentlichere Form gewerkschaftlicher Debatten stellten in den vergangenen Jahren vor allem die eher theoretisch angelegten Zeitschriften des DGB »Gewerkschaftliche Monatshefte« und »WSI-Mitteilungen« her. Sie entwickelten sich zu einem »Kommunikations- und Diskussionsmedium« vornehmlich zwischen interessierten »freien« Wissenschaftlern und der gewerkschaftlichen »Intelligenz«, die in gewerkschaftlichen Projekten oder Stabsabteilungen mit konzeptiven Fragestellungen befaßt ist. Diese Form erreicht indes nur eine begrenzte wissenschaftliche, politische und gewerkschaftliche Öffentlichkeit, vermittelt aber gleichwohl ein Spiegelbild der sozialwissenschaftlichen wie gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte.

Eine dritte Form stellen Fachkongresse, Tagungen und Seminare dar, die zumeist mehr auf eine öffentlichkeitswirksame und mediengerechte Präsentation gewerkschaftlicher Positionen, denn auf ihre kontroverse Erörterung und Debatte hin angelegt sind.

Die Zukunftsdiskussionen der meisten DGB-Gewerkschaften haben diese Formen in den 80er Jahren nicht verlassen, ja vielfach nicht einmal deren Möglichkeiten ausgeschöpft.

Eine umfassendere öffentliche Kampagne zum Thema »Zukunft des öffentlichen Dienstes« beschloß der Gewerkschaftstag der ÖTV 1988.⁴ Mit dem Ziel, »neue Bausteine für den Staat von morgen zu schaffen – bürgernah, sozial engagiert, ökologisch fortschrittlich und beschäftigtenfreundlich«⁵ fordert die ÖTV eine Neudefinition und -orientierung der Aufgaben und Arbeitsweisen des öffentlichen Dienstes. Sie müßten an Krite-

rien wie Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit gemessen werden, die Leistungen sollten preisgünstig, orts- und verbrauchernah, flächendeckend und bedarfsorientiert organisiert sein, die Entscheidungsprozesse seien durch Mitbestimmung für Bürger und Beschäftigte zu demokratisieren und das Leistungs-, Informations-, Beratungs- und Betreuungsniveau durch qualifizierte Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie eine humane Arbeitsplatzgestaltung (ganzheitliche, abwechslungsreiche, qualifizierte Tätigkeitsbereiche) zu erhöhen.

Ein strategisches Rahmenkonzept für diese Kampagne soll die Zusammenfassung und Überprüfung bestehender Einzelprogramme (Abfallwirtschaft, öffentlicher Nahverkehr, Gesundheits- und Sozialwesen, Verwaltung, Dienstrecht, Mitbestimmung etc.), die Aufarbeitung von Defiziten, Fachtagungen, Öffentlichkeitsarbeit ebenso einbeziehen, wie darauf bezogene systematische Bildungsarbeit sowie die Ausarbeitung konkreter örtlicher und regionaler Zukunftsinitiativen für den öffentlichen Dienst. Die Kampagne soll gleichermaßen, in Kritik neokonservativer Konzepte, Informationen vermitteln wie einen öffentlichen Zukunftsdialog eröffnen.

Ein weitreichendes Zukunftsprojekt mit langjähriger Vorgesichte realisierte die *IG Metall* im Verlauf des Jahres 1988. Schon auf dem Münchner Gewerkschaftstag 1983 war ein Antrag der *IG Metall* Köln verabschiedet worden, der unter dem Titel »Report: *IG Metall* 2000« eine öffentliche gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion forderte. Deren Arbeits- und Diskussionsergebnisse sollten in einem Aktionsprogramm münden, »das die Grundlage für eine aktive und offensive Gesellschafts-, Tarif- und Betriebspolitik der *IG Metall* und der Gewerkschaften bis zum Ende dieses Jahrhunderts darstellt.«

Analysiert werden sollten die sozialökonomischen Ursachen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisenprobleme, »neue Produktionsziele und Dienstleistungen« für eine demokratische, soziale und humane Gestaltung der Gesellschaftsordnung, die Auswirkungen neuer Technologien auf die Sozialstruktur und den Arbeitsmarkt, auf Qualifikation, Bildung und Ausbildung der Lohnabhängigen. Und gefragt

wurde, wie die politische Demokratie und der Einfluß der Arbeitnehmer auf zentrale Planungsentscheidungen angesichts der »bürokratischen Verfügbarkeit über Menschen durch neue Informationstechnologien« gesichert werden könnten.

Der »Report 2000« sollte Grundlage einer mit »möglichst großer Meinungsvielfalt« geführten und im Funktionärsorgan »Gewerkschafter« publizierten Zukunftsdebatte werden und in einem auswertenden Bericht enden, »in dem die Vorschläge und Analysen zur Politik und Praxis der Gewerkschaften dargestellt und zusammengefaßt werden. Schon die Vorlage eines »Report 2000« als Diskussionsbasis scheiterte gleichermaßen an den Arbeitsenergien absorbierenden Arbeitskämpfen, mit denen die IG Metall wie die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung zwischen 1983 und 1987 konfrontiert wurden, wie an der Komplexität der zu analysierenden gewerkschaftlichen Umbruchprozesse.

So initiierte die IG Metall 1988 ohne inhaltliche Vorgaben eine Reihe von Konferenzen und Seminaren unter dem Motto »Die andere Zukunft, Solidarität und Freiheit«, in denen mit Wissenschaftlern, Künstlern, Politikern und betrieblichen Experten sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternativen debattiert wurden. Sechs vorbereitenden Diskussionsforen zu den Themen Ökologie, Sozialstaat, Wirtschaftspolitische Alternativen, Technologie-, Sozial- und Tarifpolitik fanden ihren Abschluß mit dem Internationalen Zukunftskongreß im Oktober 1988.⁶

Es waren vor allem drei Aufgabenbereiche, die auf den Diskussionsforen und dem Zukunftskongreß im Mittelpunkt standen:

1. die Aufarbeitung und Analyse der neuen Widerspruchs- und Konfliktfelder, die politisch von den Gewerkschaften bearbeitet werden müssen;
2. die Auseinandersetzung mit den sozial- und klassenstrukturellen Umbrüchen und ihren Konsequenzen für die Entwicklung neuer Bedürfnisse und Interessen der verschiedenen Lohnabhängigengruppen;
3. die Diskussion der notwendigen Veränderungen der gewerkschaftlichen Politik- und Organisationsformen.

4. Gewerkschaftliche Zukunftsfelder

Die Anlage der sechs Diskussionsforen und des Zukunftskongresses zielte nicht auf eine integrierte Globalanalyse, sondern konzentrierte sich auf die absehbar akuten Zukunftsfelder für eine Industriegewerkschaft wie die IG Metall. Die Analyse traditioneller gewerkschaftlicher Konfliktfelder, wie z. B. die Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, wurde ebenso ausgespart wie eine Auseinandersetzung mit den Problemen der un- und angelernten Arbeitergruppen, der Ausländer und der Arbeitslosen. Die »Opfer« der neokonservativen Deregulierungs- und Umverteilungspolitik, ihre Lebensverhältnisse und Ansprüche an gewerkschaftliche Politik wie ihre politischen Orientierungen (Anfälligkeiten für rechtsextreme Mobilisierungen) blieben eher ausgeblendet. Ihre Zusammensetzung verändert sich und ihre Zahl wächst in dem Maße, wie neokonservative Politikstrategien greifen und ihre soziale Wirkungen entfalten. »Alte« soziale Klassenfragen, wie Lohn- und Einkommensverteilung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, aktualisieren sich in neuen Formen, werden auch in Zukunft gewerkschaftliche Politik wesentlich mitbestimmen und bedürfen neuer Antworten.

Im Mittelpunkt der Diskussionsforen und des Zukunftskongresses standen vor allem die Themen Ökologie, Technologie-Politik, wirtschafts- und strukturpolitische Alternativen, Sozialstaat und Sozialpolitik und die Interessen und Bewußtseinsorientierungen der weit unterdurchschnittlich organisierten höher qualifizierten Arbeiter- und Angestelltengruppen.

Umwelt- und Technologiepolitik als Zukunftsaufgaben

Auf dem Ökologie-Forum dominierte neben umfangreichen Analysen der vielfältigen ökologischen Gefährdungen von Mensch und Natur vor allem die Frage nach den gewerkschaftlichen Handlungsstrategien. Die Ökologisierung der Ökonomie

und Technologien erfordere »ein integriertes System der Wirtschaftssteuerung, der Information und Kontrolle unter Beteiligung der Gewerkschaften und der betroffenen Öffentlichkeit«.7 Als Steuerungselemente für einen präventiven Umweltschutz wurden erweiterte rechtliche Sanktionsmechanismen (neben Auflagen, Ge- und Verboten sei das Haftungsrecht im Sinne einer Schadensprävention auszuweiten) und ein umweltorientiertes Steuer- und Abgabesystem genannt, das den Material- und Energieeinsatz ebenso vermindern hilft wie die Abgabe gefährlicher Abfallstoffe und Emissionen.

Im Zentrum einer betrieblichen Ökologienpolitik müsse neben Aufklärungs- und Informationspolitik die Kontrolle bestehender Umweltschutzaufgaben und die Initiierung einer ökologischen Produkt-, Produktions- und Investitionspolitik stehen. Einen wesentlichen Beitrag dazu könne die gesetzliche Verankerung von betrieblichen *Umweltschutzbeauftragten*, die jährliche Umweltberichte und einen Umweltkataster erstellen, die über den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die technischen Möglichkeiten umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren informieren. Solche Umweltschutzbeauftragten, deren Einführung eine zentrale Forderung des IG Metall-Positionspapiers »Umweltpolitik im Betrieb«⁸ ist, bedürften erweiterter Eingriffs- und Kontrollrechte, eines verbesserten Kündigungsschutzes. Ihre Berufung wie Abberufung müsse der Zustimmung der zuständigen Behörden und des Betriebsrates unterliegen. Paritätisch besetzte Umweltausschüsse sollen deren Arbeit unterstützen und überwachen.

Durch eine Novellierung des BetrVG seien die Aufgabenbereiche auszudehnen und hierzu Mitbestimmungsrechte zu gewährleisten.

In Referaten und in der Diskussion wurde nachdrücklich darauf verwiesen, daß die gewerkschaftlichen Alternativen nur dann politisch relevant und durchsetzbar würden, wenn eine »breite Aufklärungsarbeit über die Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz und die Gesundheitsschädigungen durch die Umweltbelastungen . . . in eine Bewegung münden, die durch Aktionen betriebliche Entscheidungsstrukturen verändert und

durch außerparlamentarische Mobilisierung – auch gemeinsam mit Wissenschaftlern, Bürgerinitiativen und Umweltverbänden – eine andere Umweltpolitik bewirkt.«⁹

Franz Steinkühler (Vorsitzender der IG Metall) warnte eindringlich vor Branchenkoalitionen zwischen Belegschaften und Unternehmen, die um vorgeblicher Arbeitsplatzsicherung wegen ökologische Umstrukturierung blockieren. Notwendig sei vielmehr – auch mit staatlicher Hilfe – der Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen und ökologisch sinnvoller Investitionsfelder.

Große Aufmerksamkeit findet in diesem Konzept der »Öko-Plan« von Prof. Lutz Wicke vom Umweltbundesamt. Er zeigt anhand von Expertenberechnungen, daß durch Umweltschutzausgaben 250 000 bis 300 000 Arbeitsplätze über die bestehenden 440 000 im Umweltsektor hinaus ausgelastet werden könnten. Die IG Metall hat in ihren strukturpolitischen Alternativprogrammen¹⁰, die IG Bau Steine Erden in einem Memorandum »Wohnen und Leben 2000« – Bauen und Umweltmemorandum zur ökologischen, sozialen und humanen Stadterneuerung¹¹ und der DGB in seinem beschäftigungspolitischen Programm »Investitionsoffensive für qualitatives Wachstum«¹² detailliert sektorale, kommunale und regionale Handlungsfelder für ökologisch notwendige Investitionen und Produktionen aufgeführt.

Die wenigen Diskussionsbeiträge, die über betriebliche und regionale Umstrukturierungsinitiativen bzw. die Abwehr ökologisch gefährlicher Produktionen berichteten, belegten aber auch, daß sich die gewerkschaftliche und betriebliche Umweltpolitik im wesentlichen noch in der Konzeptionsphase befindet und zumeist nur reaktiv auf Gefährdungen von Arbeitsplätzen und Standorten reagiert. Eine kritische Reflexion ihrer Realisierungsprobleme unterblieb ebenso wie eine Aufarbeitung der widersprüchlichen gewerkschaftlichen Umweltpolitik in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten.

Die gewachsene ökologische Sensibilität signalisierte die energiepolitische Diskussion auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag. Große Mehrheiten setzten gegen Empfehlungen der Antragskommission einen präzisen Ergänzungsantrag zum Umsteuern

in der Energiepolitik durch, insbesondere zum Ausstieg aus der Kernenergie durch die Nichtinbetriebnahme im Bau befindlicher und die Stilllegung bestehender Werke.¹³

Die ökologische Zukunftsdebatte in den Gewerkschaften ist eng mit der Erweiterung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsbegriffs verknüpft. Nicht nur über das *Wie*, sondern auch über das *Was* der Produktion müßten Gewerkschaften und Betriebsräte mitbestimmen.

Auf dem *Technologieforum* fand eine intensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dimensionen »neuer Technologien« statt. Anstelle eines naiven Fortschrittkonzepts, das jegliche technische Entwicklung als Fortschritt begreift, müsse ein neuer Fortschrittsbegriff entwickelt werden, der auch nach den ökologischen, sozialen und politischen Risiken neuer Technologien frage und nicht mehr jegliche neue Technologie toleriere.¹⁴ Erörtert wurden Konzepte einer »demokratischen Technikkultur«, Möglichkeiten einer ökologischen und sozialen Technikfolgenabschätzung, die als gesellschaftlicher Dialogprozeß organisiert werden müsse sowie neue gesellschaftliche Fortschrittskriterien für die Technikentwicklung.

In der Diskussion standen gleichermaßen betriebs- und staatszentrierte Konzepte zur Realisierung einer fortschrittlichen Technikpolitik. Das IGM Aktionsprogramm »Arbeit und Technik« als Dokument einer offensiven gewerkschaftlichen Gestaltungspolitik, betriebliche »Beschäftigungspläne« und Arbeitskreise »Alternative Produktion« sowie verschiedene betriebliche »Humanisierung der Arbeit«-Projekte zeigen das Spektrum einer betrieblichen Gestaltungspolitik, die durch örtlichen Aufbau von »Zukunftswerkstätten der sozialen Technikgestaltung« intensiviert werden soll.¹⁵

Aber thematisiert wurden auch die enormen Probleme betrieblicher Gestaltungspolitik für die Betriebsräte angesichts der »systemischen Rationalisierung«, die mehr »Qualifizierungs- und Mitbestimmungszeit in der Arbeitszeit« erfordere, die Einbeziehung betrieblichen und außerbetrieblichen Expertenwissens sowie deren betroffenen Lohnabhängigengruppen selbst.¹⁶ Zentralisierte Technologieentwicklungen hingegen, wie

z. B. der Aufbau der ISDN-Netze der Deutschen Bundespost, verweisen auf die Grenzen betrieblicher Gestaltungsansätze und die Relevanz einer politischen Einflußnahme auf den Staat (wie z. B. Demokratisierung der Bundespost; Staatliche Technologie- und Forschungspolitik) und auf Forschungs- und Entwicklungsprojekte in privaten und staatlichen Großforschungseinrichtungen.¹⁷

Wirtschafts- und strukturpolitische Alternativen

Auf dem *wirtschaftspolitischen Forum* standen neben Analysen der weltwirtschaftlichen Entwicklung¹⁸, der Gefährdungen durch den EG-Binnenmarkt¹⁹ und der theoretischen Erörterung eines erneuerten Keynesianismus²⁰ die konzeptionellen und politischen Probleme gewerkschaftlicher Beschäftigungs- und Strukturpolitik im Mittelpunkt.²¹ Angesichts einer »grundlegenden Ergänzungs- und Korrekturbedürftigkeit des Marktes und des Gewinnprinzips« müsse eine gewerkschaftliche Krisentherapie »gleichermaßen auf die Überwindung *gesamtwirtschaftlicher Steuerungsmängel* durch gewerkschaftliche Mitbestimmung und gesellschaftliche Strukturreformen«²² zielen.

Der DGB veröffentlichte 1988 ein mehrjährig angelegtes Investitions- und Nachfrageprogramm für die öffentlichen Haushalte, das sich an dem angestauten Investitionsbedarf in den Bereichen Umwelt, Energie, Städte- und Wohnungsbau sowie Verkehr orientiert. Seine Realisierung würde gleichermaßen ökologische und soziale Defizite beheben, eine konjunkturpolitische Expansion des Binnenmarktes gewährleisten und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit beitragen.²³ Die DGB-Aktionskampagnen für ein solches Beschäftigungsprogramm stießen nur auf begrenzte Resonanz unter den Lohnabhängigen. Und von der Bundesregierung, die strikt an einer angebotsorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik festhielt, war keine Unterstützung zu erwarten. Angesichts des nur mäßigen konjunkturellen Wachstums in den 80er Jahren haben sich sektorale und regionale Krisen zugespitzt (Norddeutsche Küstenregion; Ruhrge-

biet) und neue Krisensektoren, wie z. B. Autoindustrie (Baden-Württemberg; Niedersachsen)²⁴ sind absehbar. Deshalb wird der »konfliktorischen Durchsetzung« strukturpolitischer Initiativen innerhalb der IG Metall eine besondere Priorität eingeräumt. Sie werden als Alternative zum marktwirtschaftlichen Strukturwandel formuliert, der sich allein über privatkapitalistische Unternehmens- und Verwertungsstrategien vollzieht und gravierende strukturelle Ungleichgewichte produziert: Finanziell ausblutende Krisenregionen mit Massenarbeitslosigkeit, verrottender Infrastruktur, entwerteten Qualifikationen und ohne Entwicklungsperspektiven auf der einen Seite und neue industrielle Ballungszentren mit überlasteten Verkehrswegen, riesigen Pendlerströmen, explodierenden Miet- und Lebenshaltungskosten und unerträglichen ökologischen Belastungen auf der anderen Seite. Die strukturpolitischen Initiativen²⁵ zielen *erstens* auf eine Neuorientierung der privaten Unternehmens- und Konzernpolitik. Ihrer privaten »Strukturpolitik« über Kapitalkonzentration und -zentralisation, Unternehmensaufkäufe, Betriebsaufsplitterungen und -stillegungen etc. wird eine Konzeption entgegengesetzt, die sich an sozialen Beschäftigungs-, Arbeits- und Qualifikationsinteressen, an regionalen und gesellschaftlichen Bedarfsfeldern und ökologischen Erfordernissen orientiert. Durch gewerkschaftliche Initiativen im Betrieb und in der Region sollen die Unternehmen zu einem »internen« Strukturwandel veranlaßt werden, der diesen Kriterien Rechnung trägt. Dazu gehören Investitionen in Ersatzarbeitsplätze, der Aufbau neuer Produktlinien, die Finanzierung von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. In verschiedenen Formen konnten Ansätze hierzu bei der Thomson-Tochter EWD in Villingen-Schwenningen, im Krupp-Stahlwerk Rheinhafen, bei Ross (ehemals HDW) in Hamburg und bei Grundig²⁶ in Nürnberg realisiert werden. Hier konnten nach zumeist heftigen Arbeitskämpfen und Konflikten entsprechende Investitionen durchgesetzt, Beschäftigungspläne vereinbart oder Beschäftigungsgesellschaften aufgebaut werden.

Zweitens wird eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik angestrebt. Die traditionelle Wirtschaftsförderungspoli-

tik, die letztlich nur Neuansiedlungen subventioniert und Kommunen in einen ruinösen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze verstrickt, soll durch eine systematische, auch regionale Strukturberichterstattung, positive Beschäftigungsaufgaben bei Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel, den gezielten Einsatz öffentlicher Unternehmen und staatlicher Beteiligungen sowie den Aufbau paritätisch besetzter Struktur- und Sozialräte überwunden werden.²⁷

Strukturpolitische Initiativen bedingen zugleich neue Formen und Schwerpunkte in der gewerkschaftlichen Betriebs- und Regionalarbeit: Eine intensive Beschäftigung mit der stofflichen, der Gebrauchswertseite der Produktion, neuen Technologien und Produktionsverfahren, sozialen und ökologischen Bedarfsweldern, Entwicklungstendenzen in einzelnen Branchen und Berufen.²⁸ Ohne Nutzung der praktischen Erfahrungen und sozialen Kompetenzen der Lohnabhängigen selbst, ohne Zusammenarbeit mit qualifizierten Wissenschaftlern und ohne den Aufbau neuer Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge zwischen allen struktur- und arbeitsmarktpolitisch befaßten regionalen Institutionen sind solche Projekte nicht realisierbar.²⁹ Der Konflikt um das Stahlwerk Rheinhausen, der während der ersten Zukunftsforen der IG Metall seinen Höhepunkt erreichte, legte gleichermaßen die politischen Durchsetzungsprobleme wie die ungeheure politische Dynamik offen, die in solchen Konflikten und Kämpfen freigesetzt wird. Ihr konnte sich auch eine konservative Regierung nicht entziehen. Das »Strukturhilfegesetz« wie finanzielle Unterstützungen für den Strukturwandel im Ruhrgebiet sind nicht zuletzt Resultate solcher Kämpfe im Ruhrgebiet und in der Küstenregion. Die Wirkungen von Beschäftigungsplänen und -gesellschaften blieben bislang bescheiden. Flexible Unternehmensleitungen greifen sie auf, um imageschädigende, öffentliche Konflikte einzudämmen, fürchten aber auch die ihnen immanenten Ansprüche auf Partizipation und gesellschaftliche Kontrolle der privaten Unternehmenspolitik. Derartige, auf konkreter betrieblicher und lokaler/regionaler Ebene ansetzende Initiativen, tragen nicht zuletzt dazu bei, übergreifende Strategien zur Demokrati-

sierung der Unternehmens- und Betriebsverfassung mobilisierungs- und politikfähig zu machen.³⁰

Neue Bedürfnisse und Interessen – die Individualisierungsdiskussion

Die Umbrüche in der Produktion, Sozialstruktur und Lebensweise wurden auf den Diskussionsforen und dem Zukunftskongreß als wichtige Basis der neokonservativen Hegemonie bestimmt, aber vor allem hinsichtlich neuer Herausforderungen für die gewerkschaftliche Politik- und Organisationskultur debattiert.

Neben der inhaltlichen Kritik an konservativen Kapital- und Regierungsstrategien in den verschiedenen Politikfeldern (Umweltpolitik, Beschäftigungs- und Strukturpolitik, Sozialstaat, Arbeitszeit- und Technologiepolitik) richtete sich der Blick vornehmlich auf die Tendenzen zur Differenzierung und Segmentierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, zur Zerstörung und Auflösung kollektiver Interessen und Erfahrungen sowie den großen »Individualisierungsschub«, der mit neuen und differenzierteren Bedürfnissen und Interessen der Lohnabhängigen einhergeht und für die Durchsetzung wie Legitimierung konservativer Politik erfolgreich genutzt wurde.

Vor allem auf dem Diskussionsforum »Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten« waren diese Fragen Gegenstand der Referate wie lebhafter Debatten. Ein breiter Konsens bestand darüber, daß eine wirkliche Individualisierung, die zu mehr Freiheit, Selbst- und Mitbestimmung, Arbeitszeitsouveränität führe, eine kollektive, tarifvertragliche, gesetzliche und sozialstaatliche Basis brauche. Nicht minder bedeutsam aber sei die Integration des erweiterten Interessenspektrums wachsender Lohnabhängigengruppen, die sich auf ihre Arbeits- und Lebenswelt beziehen, ihrer Bedürfnisse nach Mit- und Selbstbestimmung sowie offenen Kommunikationsformen.³¹

Vor diesem theoretischen und politischen Hintergrund wurde auf dem Forum über eine Neuorientierung der gewerk-

schaftlichen Arbeit unter Frauen, Angestellten und Jugendlichen nachgedacht.³²

Eine konkretere Debatte dieser Problemstellungen erfolgte auf dem *tarifpolitischen Forum*.³³ In verschiedenen Beiträgen wurde der Frage nachgegangen, wie die differenzierter werden den betrieblichen Verhältnisse sowie Interessen der einzelnen Lohnabhängigengruppen tarifvertraglich erfaßt werden könnten. Tarifverträge – so Klaus Zwickel – müßten in Zukunft neben *inhaltlichen Normen* auch *Verfahrensnormen* enthalten, die den Betriebsräten und Vertrauensleuten konkrete betriebliche Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte schaffen.³⁴ Darüber hinaus forderte er Tarifverträge, die verschiedene Wahlmöglichkeiten mit klarer Anspruchsgrundlage umfassen. In mehreren Referaten wurde die Frage erörtert, wie neu entstehende Problemfelder (Aus- und Weiterbildung, Qualifikation, Kontrolle der Arbeits- und Leistungsbedingungen, Gestaltung der Technik- und Arbeitsorganisation, tarifliche Regelung unsicherer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, Umweltschutz) tarifvertraglich geregelt werden können.

Innengewerkschaftlicher Modernisierungsbedarf

Auf allen Zukunftsforen bestand Einigkeit darüber, daß es nicht allein einer Modernisierung bzw. inhaltlichen Erweiterung der gewerkschaftlichen Forderungsprogramme bedarf, sondern daß auch die *Politik- und Organisationsformen* der Gewerkschaften selbst einer umfassenden Erneuerung bedürfen.

»Der Ausgleich zwischen individuellen Einzelsichten und komplexen Gesamtsichten, zwischen kurz- und langfristigen Interessen, zwischen egoistischen und universalistischen Zielen«, so formulierten beispielsweise Dubiel/Jacobi³⁵, könne nur »mit einem innengewerkschaftlichen Demokratieschub, mit einer neuen gewerkschaftlichen Kommunikationskultur« bewerkstelligt werden. Es sei Aufgabe einer »gewerkschaftlichen Diskussionskultur, die politischen und sozialen Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sich das Bewußtsein neuer Betrof-

fenheiten und neuer Solidaritäten bilden könnten.« Aber auch sie, die »dezentralere, basis- und betriebsnähere Organisationsformen« einforderten, betonten angesichts der zentralistischen Strukturen des Kapitals, der Herrschaftsapparate und der Massenmedien, die Bedeutung einer intelligent organisierten, einheitlich operierenden gewerkschaftlichen Gegenorganisation.

Neue Wege müßten beschritten werden, um eine politisch bewußte Solidarität durch offenere Kommunikationsformen und die Einbeziehung der Alltagssolidaritäten – innerhalb einer differenzierten Arbeiterklasse herzustellen.

Weitgehende Schlußfolgerungen für die Vorbereitung und Durchführung von betrieblichen Arbeitskämpfen und tarifpolitischen Bewegungen zog daraus Helmut Schauer. Er plädierte für den Aufbau »kommunaler, betriebs- und arbeitsbezogener Öffentlichkeiten«, für Tarifbewegungen als »öffentlicher Dialog« und als Aktion eines »sozialen und kulturellen Bündnisses«. ³⁶

»Offenheit, Toleranz, Diskussionsfreudigkeit und Dialogfähigkeit nach innen und außen und die Bereitschaft zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele« formulierte Franz Steinkühler in seinem abschließenden Referat auf dem Zukunftskongreß als »die Eckpunkte einer Organisationsreform der IG-Metall«. ³⁷

5. Historische Entwicklungslinien und Defizite gewerkschaftlicher Zukunftsdebatten

Wie ist die Zukunftsdiskussion in den Gewerkschaften zu verorten? Was prägt ihren Charakter? Inwiefern liegen neue konzeptionelle Ansätze zur Zukunftsbewältigung vor, wo verbleiben Defizite? Eine kurze Vergegenwärtigung historischer Entwicklungslinien kann einen Beitrag zur präziseren Beantwortung solcher Fragen beitragen.

Gewerkschaftlicher Arbeit im 19. Jahrhundert lag zumeist

unausgesprochen der Sozialismus als gesellschaftliche Utopie, als Ziel zugrunde. Aber er spielte in der alltäglichen gewerkschaftlichen Arbeit keine Rolle. Der Kampf für den Sozialismus war an die Partei delegiert worden, die ihn sukzessive zum Problem parlamentarischer Mehrheiten erklärte. Mobilisierende Bedeutung für die Gewerkschaften hingegen hatte die für die damaligen Verhältnisse utopisch anmutende Forderung nach dem Achtstundentag, die zum Ausgangspunkt einer politischen Bewegung (1. Mai als Kampftag für Arbeitszeitverkürzung) und vielfältiger, differenzierter betrieblicher und branchenbezogener Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung wurde.

Mit dem Programm der »Wirtschaftsdemokratie« versuchte der ADGB den nach den Niederlagen der Arbeiterbewegung in der Novemberrevolution und der Nachkriegskrise demoralisierten, enttäuschten und vielfach resignierten Gewerkschaftern – »die Republik, das ist nicht viel, der Sozialismus bleibt das Ziel« – eine neue, realistische Perspektive und mobilisierende »Utopie« zu geben.

Dessen staatsadressierten Mitbestimmungsforderungen fehlte indes vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise und des faschistischen Ansturms am Ende der Weimarer Republik jegliche politische Basis. Sie blieben letztlich weit entfernt von den gesellschaftlichen Basiskonflikten, den Lebens- und Arbeitsinteressen der um ihre nackte Existenz kämpfenden beschäftigten und erwerbslosen Arbeiter.

Gleichwohl prägten sie die gewerkschaftlichen Neuordnungsprogramme nach dem Zweiten Weltkrieg, die angesichts der politischen Realitäten des Kalten Krieges nur in Spurenelementen verwirklicht werden konnten (Montanmitbestimmung).

Die Diskussionen um das 63er Programm der Gewerkschaften, öffentlich als Konflikt zwischen »Modernisierern« und »Traditionalisten« gehandelt, drehten sich nurmehr um die Frage, wieweit die Gewerkschaften die programmatische Anpassung der SPD (Godesberger Programm) nachvollziehen.

Ernsthafte Zukunftsdebatten entbrannten innerhalb der Gewerkschaften erst wieder in dem gesellschaftlichen Reform-

klima am Ende der 60er Jahre. Sie spiegelten sich – nun schon kurz vor Ende der sozialliberalen Reformära – in den Referaten und Diskussionen auf der 4. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall unter dem Motto »Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens«. Auf diesem Kongreß in Oberhausen (1972) wurde nachdrücklich eine Wende im Zukunftsdenken gefordert. Die Qualität der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dürfe sich nicht mehr an den reinen quantitativen Zuwachsraten des Wachstums orientieren. Eine neue *Qualität des Wachstums* sei die vordringliche Zukunftsaufgabe. Statt weiterer privater Konsumsteigerungen wurde mehr Wert gelegt auf den Ausbau des Umweltschutzes, sinnvolle öffentliche Nah- und Fernverkehrssysteme, den Ausbau und die Demokratisierung des Bildungswesens und die Verwirklichung einer echten Chancengleichheit für Arbeiterkinder, auf eine präventive Gesundheitsversorgung, den Abbau der Klassenschranken im Gesundheitswesen, eine Humanisierung der Arbeit und die Demokratisierung der Massenmedien.

Durch viele Beiträge der Konferenz zog sich der Grundgedanke, daß die moderne Industriegesellschaft nur eine Zukunft habe, wenn sie mit den Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums breche (Heinz Oskar Vetter), notwendig sei eine vorausschauende Planung und Steuerung. 1972 wurde quantitatives Wachstum als selbstverständlich unterstellt, ebenso wie Vollbeschäftigung und private Reallohnzuwächse. Ja einzelne Redner, wie Erhard Eppler, taten sogar für eine Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen zu Lasten privater Lohnsteigerungen ein.

In den frühen siebziger Jahren konnten eine Reihe dieser Reformforderungen noch ansatzweise durchgesetzt werden: Das soziale Sicherungssystem wurde rechtlich enger geknüpft und materiell erweitert, das Bildungs- und Gesundheitswesen erheblich erweitert und modernisiert, die soziale Chancengleichheit verbessert. Nicht zuletzt auf dieser sozialstaatlichen Basis vollzog sich der Individualisierungsschub in den 70er/80er Jahren. Andere, den Gewerkschaftsalltag der 70er/80er Jahre prägende Zukunftsentwicklungen blieben 1972 ausgeblendet.

Der Zusammenhang von Kapitalismus und Krise wurde ebensowenig thematisiert wie das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Aber in den Weltwirtschaftskrisen 1974/75 und 1981/82 erwiesen sie sich als bestimmende und beherrschende Zukunftsprobleme. Sie bewirkten letztlich das Ende der Reformpolitik, ließen die von Otto Brenner vehement geforderte Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung 1976 scheitern und zwangen die Gewerkschaften zu defensiven Abwehrkämpfen gegen Lohn- und Beschäftigungsabbau, zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Qualifikationen. Illusionen über das staatliche Reformpotential wurden brüchig. Einige Gewerkschaften besannen sich auf ihre autonomen Gegenmachtpotentiale.

Vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung zeichnen sich die gegenwärtigen Zukunftsdebatten vor allem durch fünf Momente aus:

1. Gerade die häufig ob ihres Pragmatismus kritisierten Gewerkschaften widerstanden der Versuchung, sich dem neokonservativen Zeitgeist anzupassen. Dies wurde insbesondere in der Kritik und Auseinandersetzung mit entsprechenden Tendenzen in der SPD sichtbar, die sich an den Thesen von Oskar Lafontaine und Scharpf im Verlauf der IG Metall Zukunftsforen entzündet hatte.³⁸

Vielfach wurde darauf verwiesen, daß die alten sozialen wie neuen ökologischen und arbeits-/technologepolitischen Konfliktfelder gleichermaßen als Klassen- und politische Machtfragen zu begreifen seien. Gewerkschaften mußten sich deshalb auch unter neuen Bedingungen als streik- und konfliktfähige soziale Bewegungen re-organisieren.

2. Die Zukunftsentwürfe und -forderungen waren weit weniger als jemals zuvor in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nur staatsadressiert. Die durchgängige Forderung nach »Politisierung« der gewerkschaftlichen Arbeit wurde nicht mehr parlaments- und parteifixiert (»Wählt einen besseren Bundestag«) begriffen. Sie steht zum einen für eine *Erweiterung* der gewerkschaftlich zu thematisierenden und zu bearbeitenden *gesellschaftlichen* Interessen und zum anderen für Konzipierung und Realisierung autonomer gewerkschaftlicher und be-

trieblicher Handlungsstrategien – im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen – in übergreifenden *gesellschaftspolitischen Konfliktfeldern*.

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Friedensbewegung, u. a. mit dem kurzen politischen »Demonstrationsstreik« (Fünf Minuten für den Frieden), Konzepte für eine betriebliche Ökologienpolitik und eine beschäftigungs- und ökologieorientierte Strukturpolitik stehen für diese Tendenz zur Rückbesinnung auf die autonomen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

3. Die in den 70er/80er Jahren nur von der Ökologiebewegung und kleineren Gruppen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung aufgeworfene Thematisierung der *stofflichen Seite* des Produktions- und Reproduktionsprozesses, der Anspruch auf Mitbestimmung über die Produkte, Produktionstechnologien und Arbeitsorganisation beinhaltet die wohl prägnanteste Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik.

4. Die Zukunftsdebatte der IG Metall selbst zeichnete sich nicht zuletzt durch eine offene Diskussion vordem tabuisierter Themen und Probleme aus, wie z. B. über die ökologische Problematik des Autos³⁹ und den innergewerkschaftlichen Demokratiebedarf.

5. Die Zukunftsdebatte der IG Metall brach auch in ihrer Form mit alten Kongreßtraditionen, in denen die versammelten Teilnehmer mit Grundsatzreferaten gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre, politischer und wissenschaftlicher Prominenz mit zumeist nur wenig Bezug zur gewerkschaftlichen Alltagspraxis konfrontiert wurden. Vor allem die Diskussionsforen zeichneten sich durch die Einbeziehung kritischer Intellektueller, Vertreter unterschiedlicher sozialer Bewegungen und das Bemühen um produktive Kontroverse, aber auch gewerkschaftlichen Handlungsbezug aus.⁴⁰ Insofern leistete die Zukunftsdiskussion selbst einen Beitrag zum geforderten sozialen und kulturellen Bündnis zwischen Gewerkschaften, neuen sozialen Bewegungen und kritischer Intelligenz, förderte deren kommunikative Vernetzung.

Nahezu völlig ausgeblendet blieben in der Zukunftsdebatte

die traditionellen gewerkschaftlichen Grundsatzforderungen – Gemeineigentum, volkswirtschaftliche Rahmenplanung, Investitionslenkung, paritätische Mitbestimmung und gerechtere Einkommensverteilung –, die noch der Kölner Antrag zur Eröffnung einer Zukunftsdiskussion 1983 ausdrücklich aus Instrumente gewerkschaftlicher Neuordnungspolitik bestimmt hatte.

Die dramatische ökonomische wie gesellschaftliche Krise der sozialistischen Länder in den 80er Jahren und damit eines auf gesellschaftlichem Eigentum und zentralisierter, staatlicher Planung gründenden Transformationsmodells, die Grenzen keynesianischer Regulierung kapitalistischer Ökonomien und der katastrophale Zusammenbruch des gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftssektors, die selbst nur beiläufig in die Diskussionen einfließen, lagen sicherlich dieser Ausblendung ebenso zugrunde wie eine nüchterne Analyse der gesellschaftlichen Macht- und Kräftekonstellationen.

Leitet die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion insofern einen strategischen Rückzug, einen Verzicht auf die demokratische Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ein? Bedeutet sie eine resignierte Kapitulation vor der Macht und Logik kapitalistischer Akkumulations- und Modernisierungsstrategien?

Eine solche Tendenz herrscht zweifellos im »sozialpartnerschaftlich orientierten Lager« der DGB-Gewerkschaften, wie die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in Auswertung der jüngsten Gewerkschaftstage resümierte: »Die Vertreter dieses Lagers«, denen sie insbesondere die IG Chemie und die IG Bergbau zurechnen, »erkennen eine Selbstbeschränkung der Gewerkschaftspolitik an, in deren Mittelpunkt die Tarif- und Sozialpolitik stehen. Es werden genauso auch die parlamentarischen Mehrheiten anerkannt, wie sie den Konsens mit den Arbeitgebern suchen.«⁴¹

In der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte hingegen, zu der sich das sozialpartnerschaftliche Lager eher distanziert verhält, dominiert unverkennbar der Versuch, mit einer alternativen arbeits-, beschäftigungs- und ökologieorientierten Gesellschafts-

konzeption gestaltend in die gesellschaftlichen Umbruchprozesse einzugreifen und der kapitalistischen Akkumulations- und Krisenlogik eine alternative »Logik der Arbeit und Natur« entgegenzusetzen.

6. Vergesellschaftung der Demokratie

Neben den inhaltlichen Aspekten einer gesellschaftlichen Alternativpolitik kristallisiert sich in der Zukunftsdiskussion vor allem die Frage der »Demokratie« und der »Demokratisierung« als übergreifendes Moment einer strategischen Neuorientierung, einer »sozialen Utopie« gewerkschaftlicher Politik heraus, die »Transformation der Demokratie als Staatsform zur Demokratie als Lebensform«. ⁴²

Eine solche »Vergesellschaftung der Demokratie« basiert auf wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungstrends. Technologieentscheidungen mit irreversiblen Langzeitrissen für Mensch und Natur (Kernkraft, Auto, Gen-Technologie), Entwicklungsprogramme mit gravierenden Folgen für die Verteilung/Nutzung begrenzter gesellschaftlicher Ressourcen (Rüstungs-, Energie- Raumfahrtprogramme) und private Investitionsentscheidungen mit ihren tiefgreifenden regionalen Konsequenzen für Arbeits- und Lebensverhältnisse bedürfen erweiterter Formen demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung. Demokratisierungsforderungen reagieren auf die gewachsenen Bildungs- und Qualifikationsniveaus und die erweiterten Informations- und Wissensstandards größer werdender Lohnabhängigengruppen, die vermehrte Partizipations-, Mit- und Selbstbestimmungsbedürfnisse »produzieren«. Und sie gehen auf den deutlichen Substanzverlust der repräsentativen parlamentarischen Parteiendemokratie zurück, die sich als zunehmend unfähig erweist, die enormen Machtpotentiale gesellschaftlich zu kontrollieren, die der Vernetzung ökonomischer Machtkonzentration-

nen mit neuen Informations- und Herrschaftstechnologien und der Expansion korporatistisch mit ihnen verknüpfter Staatsapparate entspringen.

In der Zukunftsdebatte sind diese Trends thematisiert und Umrisse eines Konzepts zur »Vergesellschaftung der Demokratie« skizziert worden. Nicht zufällig griffen Referenten wie Diskutanten mehrfach auf Diskussionen und Konzeptionen zurück, die schon einmal Ende der 60er Jahre im Kontext der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung wie innergewerkschaftlicher Kontroversen die öffentliche Zukunftsdebatte bewegten (Mitbestimmung am Arbeitsplatz; Demokratisierung des Bildungswesens und der Massenmedien; Modelle einer direkten oder Basisdemokratie). Der in den 70er Jahren gebrochene »Demokratisierungsschub«, der diesen Debatten folgte, hat mit den gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussionen neue Ansatzpunkte und Energien gewonnen. Als Handlungsfelder und Elemente einer erneuerten Demokratiebewegung standen im Zentrum der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte vor allem folgende Momente:

1. Erweiterung der mitbestimmungspflichtigen Problemfelder. Als neue Felder standen insbesondere die Mitbestimmung über Produkte und Dienstleistungen, Produktions- und Arbeitsorganisation, Qualifikation, Weiterbildung, Personaleinsatz und Leistungsbedingungen im betrieblichen Bereich und über technologie-, struktur- und regionalpolitische Entscheidungen im gesellschaftlichen Sektor zur Diskussion.
2. Ein größerer Stellenwert wird den Problemen frühzeitiger und umfassender Information, Offenlegung von Planungen und Alternativen sowie der Transparenz von Entscheidungen zugemessen, die letztlich Basis jeglicher Kontrolle und Mitbestimmung sind.
3. Nachdrücklich wird die Erweiterung sozialer Räume zur Kommunikation und autonomen Selbstorganisation eingefordert. Als wichtiges Element betrieblicher Demokratie wird so z. B. »die gesicherte Beteiligungszeit für die Beschäftigten zur Diskussion und Gestaltung ihrer Arbeits- und Leistungsbedingungen, aber vielleicht auch über ihre Alltags- und Lebensbe-

dingungen«⁴³ genannt. Betriebliche Demokratie müsse im Arbeitsalltag selbst »Raum für Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung«⁴⁴ herstellen. In diesem Kontext erfolgt eine positivere Bewertung der betrieblichen Qualitätszirkel.⁴⁵ Mit der Unterstützung betrieblicher wie örtlicher »Arbeitskreise für alternative Produkte und Produktion«, von »Modellprojekten alternativer Beschäftigungspolitik« wird dieser Aspekt von Selbst- und Mitbestimmung auch als autonome gewerkschaftliche Aufgabe anerkannt. Eine wichtige Initiativ- und Organisationsfunktion für solche Produkte wird den regionalen Technologie- und Innovationsberatungsstellen beigemessen.⁴⁶

4. Individualisierung von Mitbestimmungsrechten. Mehr Aufmerksamkeit wird den *individuellen* Selbst- und Mitbestimmungsinteressen der Lohnabhängigen gewidmet. So wird in der IG Metall über die tarifvertragliche Absicherung von Reklamationsrechten der Beschäftigten (Arbeits- und Leistungsbedingungen)⁴⁷ sowie eine individuellere Arbeitszeit- und Arbeitsgestaltung nachgedacht (u. a. Gleitzeit, Teilzeitarbeit und temporäre Arbeitszeitverkürzungen etc.).⁴⁸

5. Demokratisierung der Politikformen. Gewerkschaftliche Tarifpolitik, traditionell bestimmt durch zentralisierte und nicht-öffentliche Entscheidungs- und Verhandlungsprozeduren sowie Mobilisierungen »von oben«, sollen als »öffentlicher Dialog« re-organisiert werden. »Bewegung kann überhaupt nur dort entstehen, wo freie Ausdrucks- und Lernchancen eröffnet werden«.⁴⁹ Tarifbewegungen dürfen nicht mehr nur als »Mobilisierung von Machtpotential«, sondern müssen gleichzeitig als »Bewegung demokratischer Selbstverständigung«⁵⁰ begriffen werden.

6. Erweiterte Mitbestimmungs- und Partizipationsansprüche richten sich aber auch an die Organisation der gewerkschaftlichen Arbeit selbst, die offener für Diskussionen, Kontroversen, für autonome Kommunikations- und Lernprozesse werden müsse.⁵¹ Eingefordert wird eine neue gewerkschaftliche »Streitkultur«. Steinkühler plädierte für »eine Stärkung und Aktivierung des ehrenamtlichen Engagements«, »neue Formen der Beteiligung«, für die Integration auch von »unorthodoxen Ideen

und unkonventionellem Handeln«, für einen »Dialog mit Gruppen außerhalb der IG Metall«. ⁵²

Diese strategische Neuorientierung wird nicht ohne Brüche in die gewerkschaftlichen Politik- und Organisationsstrukturen zu transformieren sein.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die sich den differenzierten und heterogenen Bedürfnissen, Lebensweisen und Wertorientierungen der einzelnen Lohnabhängigengruppen öffnet, verlagert zugleich die Schwergewichte ihrer Politik: Betrieb und Lebenswelt bekommen gegenüber der gewerkschaftlich dominierten Tarifvertragspolitik einen größeren Stellenwert. Die »Verbetrieblichung« beinhaltet das Risiko, Bestandteil der konservativen Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik zu werden, und die Gefahr, im Betrieb »comanagerielle Funktionen« ⁵³ und Verantwortungen für die Akzeptanz neuer Technologien, für die Sicherung hoher Arbeitsproduktivität und Produktqualität zu übernehmen.

Die IG Metall begreift die Neuorientierung als »Element einer vorwärtsweisenden Beteiligungspolitik . . . , deren Logik darin besteht, betrieblichen Druck zu entfalten, um betriebsübergreifende Reformen zu verwirklichen«. ⁵⁴ Sie soll dem »großen Projekt der sozialen Teilhabe in der Wirtschaft neuen Schwung geben und der Vision von der Selbstbestimmung des Arbeitnehmers an seiner Existenzmitte, im Betrieb und bei der Arbeit zu einer realen Perspektive verhelfen«.

Eine solche Demokratisierungs- und Mitbestimmungsoffensive, soweit sie sich nicht auf bloße Informations-, Partizipations- und Teilhabeforderungen reduziert (diese Begriffe dominieren auffällig gegenüber dem Mitbestimmungsbegriff), ist nur im Konflikt mit neokonservativen Politik- und Unternehmensstrategien durchzusetzen, die auf eine Marginalisierung gewerkschaftlicher Gegenmacht zielen und existierende Mitbestimmungs- und Gegenmachtpositionen aufzubrechen suchen.

Die gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnisse blockieren gegenwärtig gleichermaßen eine tarifvertragliche wie gesetzliche Realisierung dieses Demokratisierungsprojekts, soweit effektiv Verfügungs- und Herrschaftsrechte der Kapitaleseite berührt werden.

Die ökonomischen, sozialen und politischen Realitäten werden auf absehbare Zeit den Gewerkschaften ohnehin sehr frustrierende und langwierige Abwehr- und Status-Quo-Kämpfe in den traditionellen Konfliktfeldern aufzwingen (Reallöhne soziale Umverteilung, freies Wochenende, Normalarbeitsverhältnis, Beschäftigungspolitik) und – wie Anfang der 70er Jahre nach dem Oberhausener »Zukunftskongreß« – die Zukunftsprobleme überlagern oder gar verdrängen. Den Gewerkschaften obliegt somit einmal mehr die komplizierte Aufgabe, die Perspektiven einer »anderen Zukunft«, neue Inhalte und Forderungen wie Politik- und Organisationsformen, in solchen Abwehr- und Verteidigungskämpfen, selbst zu entwickeln und zu praktizieren.

* * *

Auf den Diskussionsforen und dem Zukunftskongreß der IG Metall wie in den Zukunftsmemoranden und -beschlüssen anderer DGB-Gewerkschaften ist keine mobilisierende Utopie jenseits der Alltagsrealitäten des Kapitalismus entworfen oder debattiert worden, vergleichbar der sozialistischen Utopie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Im Vordergrund stand vielmehr eine intensive Aufarbeitung der gesellschaftlichen Umbruchprozesse und die Präsentation wie Diskussion neuer gewerkschaftlicher Politikkonzepte – mithin ein intellektueller Nachvollzug wissenschaftlicher und politischer Analysen sowie gewerkschaftlicher Erfahrungen der 70er/80er Jahre, die sich eher jenseits der offiziellen gewerkschaftlichen Öffentlichkeit vollzogen hatte.

Vom »proletarischen Traditionalismus« hat sich die Gewerkschaftsbewegung mit dieser Zukunftsdebatte definitiv verabschiedet – wenngleich vorerst nur intellektuell. Die Konturen einer modernisierten und erneuerten Gewerkschaftsbewegung und -politik sind – wie fragmentarisch, vage und widersprüchlich auch immer – erkennbarer geworden.

Die Zukunftsdebatte hat das Terrain absehbarer Konfliktfelder und Kampfformen, die Interessen- und Bewußtseinsdispo-

sitionen der potentiell Betroffenen und Handelnden sowie die gewerkschaftlichen Interventionsmöglichkeiten für eine »andere Zukunft« sondiert. Die Herausforderungen der Zukunft sind für die Gewerkschaften »übersichtlicher« geworden. Die Realisierung einer »anderen Zukunft« bedarf neuer gewerkschaftlicher Energien und Zeit.

Sie können nur im entschiedenen Widerstand gegenüber den globalen wie innergesellschaftlichen Risiken und Gefährdungen gewonnen werden, die einer »entfesselten« kapitalistischen Weltmarktökonomie, einer ungebrochenen, neokonservativen Deregulierungspolitik und einem unkontrollierten industriellen Wachstum in zunehmendem Maße eigen sind.

Anmerkungen:

1 Deutsche Metallarbeiterzeitung Nr. 1 / 1. 6. 1900: »Der Sozialismus hat kein 1789 gehabt, aber seine Wirkungen in friedlichster Form dürfen heute schon denen der großen Revolutionen an Bedeutung gleichgestellt werden. Er hat die Köpfe der untersten Klasse des Volkes, der seit jeher unter allen möglichen Wirtschaftsformen mißhandelten Arbeiter erleuchtet und ihre Denkweise revolutioniert, ja das Denken bei der Masse erst geweckt; er hat sie zum Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stellung gebracht, zum Bewußtsein der in ihrer Zahl liegenden Macht und Bedeutung; er hat dem Proletariat Leben und Bewegung eingehaucht, hat es auf die Beine gebracht und mobil gemacht, damit es seinen Anteil an Recht und Einfluß auf allen Gebieten, seinen Anteil an allen Fortschritten und Errungenschaften der Kultur fordert . . .

An der Jahrhundertwende beginnen wir den neuen Zeitabschnitt mit der festen, unerschütterlichen Überzeugung, daß er dem Sozialismus . . . den endlichen und vollen und dauernden Sieg bringen wird. Und in dieser erhebenden und begeisternden Hoffnung rufen wir an der Jahrhundertwende unseren Lesern ein fröhliches Prosit Neujahr.«

2 Vgl. Die Mitbestimmung Nr. 6/1987 (Montanregion im Umbruch), S. 289 ff.; Hans Böckler Stiftung (Hg.), Maxhütte – Umbau und Innovationskonzept, München 1987.

3 Bodo Zeuner, Gewerkschaften und intellektuelle Linke in 40 Jahren Bundesrepublik. Impressionen und Anmerkungen, in: Prokla Nr. 73 (1988), S. 118 ff.

4 Vgl. Beschlüsse des 11. Gewerkschaftstag der ÖTV Hamburg 1988, hrsg. vom Hauptvorstand der ÖTV, S. 86–89 (Antrag 180); ÖTV (Hg.), Zukunft des öffentlichen Dienstes, Sachverständigen-Anhörung der Gewerkschaft ÖTV, Frankfurt 1988.

5 ÖTV-Magazin Nr. 7–8/1988, S. 9; vgl. Referat Monika Wulf-Mathies im Arbeitskreis 2 des Internationalen Zukunftskongress der IG Metall.

6 Referate und Diskussionen wurden unter dem Titel »Diskussionsforum Die Andere Zukunft« Bd. 1–6 Köln 1988 von der IG Metall dokumentiert. Die Funktionszeitschrift der IG Metall »Der Gewerkschafter« berichtete ausführlich über die Foren und den Zukunftskongress, insbesondere in dem Sonderheft 9 a »Die andere Zukunft«.

7 F. Steinkühler, Ökologisches Wirtschaften – Herausforderungen an die Politik der Gewerkschaften, in: Diskussionsforum, Bd. 1, S. 81.

8 Umweltschutz im Betrieb, in: Diskussionsforum, Bd. 1, S. 173–179.

9 F. Steinkühler, Ökologisches Wirtschaften, S. 86/87.

10 Strukturpolitische Alternativen zur gesellschaftlichen Arbeitslosigkeit, Schriftenreihe der IG Metall Nr. 112, Frankfurt/M., Februar 1988.

11 Entschließung 2 des Gewerkschaftstages 1988 der IG Bau Steine Erden.

12 In: DGB Informationen zur Wirtschafts- und Umweltpolitik Nr. 7/1988.

13 Vgl. Antrag 383/383 a »Neue Energiepolitik« in: ÖTV-Hauptvorstand (Hrsg.), Beschlüsse 11. Gewerkschaftstag der ÖTV Hamburg 1988, S. 206–210; die Annahme des ergänzten Antrags war von einer breiten Diskussion begleitet, die die Spannungslinien innerhalb der ÖTV aufzeigte, in der die Beschäftigten der Energieversorgungsunternehmen und der bestehenden Kernkraftwerke organisiert sind, vgl. Tagesprotokoll des 11. Gewerkschaftstages der ÖTV, Hamburg 1988, S. 516–546.

14 F. Steinkühler, Technokratischer Staat oder partizipative Demokratie. Der gewerkschaftliche Anspruch an eine demokratische Technologiepolitik, in: Diskussionsforum, Bd. 4 »Technologieentwicklung und Techniksteuerung«, S. 80/81.

15 Siegfried Bleicher, Für eine Technologiepolitik der sozialen Zukunft. Arbeit und Technik als Ziel politischer Gestaltung, in: ebenda, S. 185/86: »Jede unserer Verwaltungsstellen muß zur Zukunftswerkstatt werden... Natürlich sollen unsere Gewerkschaftssekretäre oder die Gewerkschaftssekretärinnen nicht Experten für Technik- oder Zukunftsgestaltung werden. Aber sie sollen in der Lage sein, initiativ zu handeln, regionale Netzwerke zu organisieren und Impulse für gewerkschaftliche Zukunftswerkstätten zu geben. Dafür müssen wir sie befähigen und weiterqualifizieren.«

16 Vgl. u. a. Eckart Hildebrand, Anforderungen an gewerkschaftliche Betriebspolitik, in: ebenda, S. 120–22; sowie ausführlicher E. Hildebrand, Für eine tarifvertragliche flankierte Betriebspolitik, in: Die Mitbestimmung 10/1988, S. 549.

17 Vgl. die Beiträge von Herbert Kubicek, Frieder Naschold, S. 108–112.

18 Elmar Altvater, Internationale Koordinierung und weltwirtschaftliche Stabilität, in: Diskussionsforum, Bd. 3, S. 79 ff., S. 149–154.

19 Norbert Wiczorek, EG-Binnenmarkt und Sozialraum Europa: Wirtschafts- und währungspolitische Reformperspektiven für die EG, in: ebenda, S. 102 ff., S. 154–59.

20 Karl Georg Zinn, Wirtschaftspolitische Perspektiven aus wissenschaftlicher Sicht: Die Zukunft des Keynesianismus, in: ebenda, S. 27 ff.

21 Vgl. H.-J. Krupp, Perspektiven des sektoralen Strukturwandels: Die Zukunft der Metallwirtschaft; E. Matzner, Perspektiven der regionalen Strukturpolitik: Von den betriebswirtschaftlichen zur gesamtwirtschaftlichen Vernunft, in: ebenda, S. 49–75, S. 133–148.

22 F. Steinkühler, Wirtschaftspolitische Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht: Programmmatische Positionen – Praktische Ansätze – offene Fragen, in: ebenda, S. 15/16.

23 Vgl. DGB (Hg.), Investitionsoffensive für Qualitatives Wachstum, in: Informationen zur Wirtschafts- und Umweltpolitik Nr. 7/1988.

24 G. Richter, Stuttgart – Problemregion der 90er Jahre? in: IMU-Studien 7, München 1988.

25 Eine systematische Darstellung ihrer Ansatzpunkte, Forderungen und Organisationsformen, in: Strukturpolitische Alternativen gegen gesellschaftliche Arbeitslosigkeit, a. a. O.

26 Gerd Lobodda, Beschäftigungspläne. Stellenwert – Perspektiven – Grenzen – Möglichkeiten, in: Sozialismus Nr. 7/8, S. 26–29; Der Gewerkschafter, Nr. 3/1988, S. 22–24.

27 Vgl. Gerd Bosch u. a., Beschäftigungspolitik in der Region, WSI-Studien Nr. 61, Köln 1987; Gewos, Strukturwandel und Beschäftigungsperspektiven der Metallindustrie an der Ruhr, Ergebnisbericht, Essen 1988.

28 Vgl. Klaus Mehrens (Hg.), Alternative Produktion, Köln 1985; Klaus Schoemacker, u. a. Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987; Projektgruppe Ökologische Wirt-

schaft (Hg.), Produktlinienanalyse. Bedürfnisse, Produkte und ihre Folgen, Köln 1988; Dietmar Gatzmaga/Rainer Hoffmann, Mitbestimmung bei den Produkten. Zur Entwicklung einer gewerkschaftlichen Produktionspolitik, in: Die Mitbestimmung Nr. 10/1988, S. 588–592.

29 Gerd Richter, Datenbeschaffung für eine Regionalanalyse, in: Der Gewerkschafter Nr. 3/1989, S. 22/23.

30 Heinz Bierbaum, Beschäftigungsgesellschaft und Strukturpolitik, in: Sozialismus 12/1988, S. 56:

»Die gewerkschaftliche Politik des Beschäftigungsplans bzw. der Beschäftigungsgesellschaft ... finden ihre notwendige Fortsetzung in der Konzeption der arbeitsorientierten Strukturpolitik ... sind mithin Schritte zu einer stärkeren gesellschaftlichen Kontrolle der Wirtschaft, und als solche stehen sie auch nicht im Gegensatz zu Vergesellschaftungsforderungen, wie sie etwa für die Stahlindustrie erhoben worden sind.«

31 Jürgen Seifert, Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten – Zukunftsprobleme der sozialstaatlichen Demokratie, Diskussionsforum Bd. 2, S. 15/16, S. 19; Rainer Zoll, Veränderte Werte schaffen neue Erfordernisse – Plädoyer für eine individualisierte Gewerkschaft, ebenda, S. 62–67; insgesamt S. 107–119.

32 Diskussionsforum Bd. 2 S. 139–153; eine gewisse Zusammenfassung der sozialwissenschaftlichen wie gewerkschaftlichen Diskussion erfolgte auf dem Zukunftskongress von Peter Glotz, Aggressiver Traditionalismus oder Ausbruch aus der Wagenburg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 12/1988, S. 1436 ff.

33 Vgl. insbesondere Horst Kern, Anforderungen an die Tarifpolitik von morgen, in: Diskussionsforum, Bd. 6, S. 166 ff.

34 Klaus Zwickel, Aktive Tarifpolitik auf dem Weg in das 20. Jahrhundert – Soziale Arbeitsverfassung und industrielle Demokratie, in: Diskussionsforum Bd. 6, S. 18.

35 Helmut Dubiel/Otto Jacobi, Individualisierung und Solidarität – Anmerkungen zur Zukunft der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, in: Diskussionsforum Bd. 6, S. 65.

36 Helmut Schauer, Thesen zum Stand der gewerkschaftlichen Diskussion, in: ebenda, S. 155 ff.

37 Franz Steinkühler, Die andere Zukunft gestalten, in: Der Gewerkschafter Nr. 11/1988, S. XIII.

38 Vgl. Diskussionsforum, Bd. 2, S. 99, 118; Der Gewerkschafter Nr. 8/1988; Karl-Heinz Blessing, SPD-Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, in: Der Gewerkschafter Nr. 2/1989, S. 12/13.

39 Vgl. Walter Hiller, Die Zukunft der Autoindustrie – »Alptraum Auto«, in: Der Gewerkschafter Nr. 12/1988, S. 40–42; Otto Ullrich, Kontraproduktion Automobil, in: ebenda, Nr. 1/1989, S. 22/23.

40 Der Internationale Zukunftskongress hingegen erinnerte eher an alte Kongreßtraditionen. Er leistete weder eine Verallgemeinerung der Ergebnisse der Diskussionsforen noch deren Transport an die gewerkschaftliche wie betriebliche Basis. Er blieb im wesentlichen ein »Medienereignis«.

41 Horst-Udo Nienhoff, Siebzehn streitige Brüder in drei Heerscharen, in: Der Arbeitgeber Nr. 1/1989, S. 22; vgl. auch Burkhard Jahn, Vorsprung an Modernität auch als Sozialpartner, in: ebenda, Nr. 3/1989, S. 84; »Sozialpartnerschaftlich und paritätisch treiben Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Chemischen Industrie mit einer Vielzahl sozialer Aktivitäten das Bauwerk »Soziale Marktwirtschaft« in die Höhe.«

42 Franz Steinkühler, in: Die Mitbestimmung Nr. 10/1988, S. 521.

43 Klaus Zwickel, Aktive Tarifpolitik, S. 22/23.

44 Ebenda, S. 23.

45 Vgl. »Individualinteressen und Organisationsinteressen zusammenführen.« Gespräch, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1988, S. 352/353.

46 Vgl. Diskussionsforum, Bd. 4 (Technologie), 197/198.

- 47 Vgl. Diskussionsforum Bd. 6, S. 22 (Zwickel); S. 74 (Henschel); S. 216 (Steinkühler).
- 48 Vgl. Diskussionsforum Bd. 6 S. 213/214 (Steinkühler); S. 127 ff. (Heide Pfarr); S. 123 (Kay Ohl).
- 49 Helmut Schauer, Thesen zum Stand der gewerkschaftlichen Diskussion, S. 163.
- 50 Ebenda.
- 51 Vgl. Diskussionsforum, Bd. 2, S. 19 (Seifert); S. 66/67 (Zoll).
- 52 Franz Steinkühler, Die andere Zukunft gestalten, in: Der Gewerkschafter, Nr. 11/1988, S. XIII.
- 53 Walter Müller-Jentsch, Gewerkschaften im Umbruch, in: ders. (Hg.), Zukunft der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1988, S. 287.
- 54 Franz Steinkühler, Gewerkschaftspolitik vor neuen Herausforderungen. Tarifpolitik für die andere Zukunft, in: Diskussionsforum Bd. 6, S. 215/16.

Arbeitskampf im Umbruch

Probleme künftiger Streikstrategien

1. Arbeitskampfentwicklung und gewerkschaftliche Gegenmachtfähigkeit

Zurecht ist der Arbeitskampf als »Ernstfall« gewerkschaftlicher Interessenvertretung und organisationspolitischer Funktionsfähigkeit bezeichnet worden.¹ Er ist von daher ein wichtiger Indikator für die reale gewerkschaftliche Gegenmacht. Veränderungen im Arbeitskampfverständnis und in der Streikstrategie reflektieren somit auch tieferliegende neue Tendenzen der gewerkschaftlichen Verarbeitung der Umbruchprozesse. Ein Blick auf die jüngste Streikgeschichte der 80er Jahre kann in mehrfacher Hinsicht Aufschlüsse vermitteln:

- Er verdeutlicht, die einschneidenden Veränderungen der Handlungsbedingungen, die aus den krisenhaften Umbruchprozessen in Produktivkräften, Klassenstruktur und Lebensweise der Lohnabhängigen resultieren. Neue Technik und neue Belegschaftsstrukturen stellen den traditionellen Arbeitskampf in Frage.
- Generell ist eine breitere Akzeptanz und Anwendung von Streiks und ähnlichen Kampfformen auch unter neuen Lohnabhängigen zu konstatieren (z. B. Bankangestellte, Lehrer und NDR-Streik). Die Konflikthalte umfassen ein immer weiteres Feld. Zugleich drücken sich in neuen Arbeitskampfformen höhere Ansprüche an Partizipation und Selbsttätigkeit aus, deren Mobilisierung zur Grundlage veränderter Streikkonzepte der

Gewerkschaften wird (IG Metall-Konzept der »Neuen Beweglichkeit«).

– Das Streikthema selbst wird in breitem Maße politisiert, da die gewerkschaftliche Arbeitskampffähigkeit unmittelbar ins Visier konservativer Angriffe gerückt ist (z. B. Änderung des § 116 AFG, neuere BAG-Rechtsprechung). Die Frage nach der Zukunft des Streiks ist nicht nur Motto wissenschaftlicher und politischer Tagungen, sondern ein Bestandteil der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion, die ja auch eine Strategiedebatte ist.²

Zwischen dem jeweiligen Niveau der Arbeitskampfentwicklung und der Dynamik gewerkschaftlicher Entwicklung besteht ein enger Zusammenhang. So war der nach den spontanen Septemberstreiks 1969 einsetzende Aufschwung offizieller gewerkschaftlicher Streiks (1971–1974) zugleich eine Phase großer Mitgliedergewinne und innovativer tarif- und reformpolitischer Vorstöße. Umgekehrt ist eine Flaute an der Streikfront – wie nach 1975 oder auch in den Jahren nach den Streiks von 1984 – zumeist von stagnativen Erscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung, oftmals sogar gekoppelt mit zugespitzten inneren Auseinandersetzungen, begleitet.

Die offizielle Statistik gibt nur einen Teil der Arbeitskampfrealität wieder, da sie nur unzureichend spontane Aktionen und gewerkschaftliche Warnstreiks erfaßt.³ Dennoch zeigen diese Daten innerhalb eines insgesamt diskontinuierlichen Verlaufsbildes der letzten zwanzig Jahre seit den Septemberstreiks markante Höhepunkte an, die zum Teil den Charakter exemplarischer gesellschaftlicher Machtauseinandersetzungen trugen: 1971 (Streik und Aussperrung in der Metallindustrie), 1973/74 (Streiks in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst), 1978/79 (Streiks und Aussperrungen in der Druck-, Metall- und Stahlindustrie) sowie 1984 (Streiks in der Druck- und Metallindustrie, hier auch Aussperrungen). Die Ergebnisse solcher exemplarischer Konflikte (Lohnpolitik, Rationalisierungsschutz, Arbeitszeitverkürzung) waren häufig von einem schnellen und breiten Verallgemeinerungsprozeß in anderen Bereichen begleitet.

Tab.: Streiks und Aussperrungen 1969–1987

Jahr	Streiks ¹	Aussper- ²	Streiks und		Aussperrungen Ausgefallene Arbeitstage
	Beteiligte Arbeitnehmer	Ausgefallene Arbeitstage	Betroffene Arbeitnehmer 1000		
1969	90	249	0,0	0,0	249
1970	184	93	–	–	93
1971	334	2599	202	1884	4484
1972	23	66	–	–	66
1973	179	545	–	–	545
1974	250	1051	–	–	1051
1975	36	69	–	–	69
1976	117	412	52	122	534
1977	34	24	–	–	24
1978	299	2548	188	1733	4281
1979	63	405	15	78	483
1980	45	128	–	–	128
1981	253	58	–	–	58
1982	40	15	–	–	15
1983	94	41	–	–	41
1984	399	2921	172	3565	5617
1985	78	35	–	–	35
1986	116	28	–	–	28
1987	155	33	–	–	33

1 Einschließlich gleichzeitiger Aussperrung

2 Ohne gleichzeitige Ausfälle durch Streiks

Quelle: Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Tab. 3.4.

In den achtziger Jahren sind folgende neue Tendenzen sichtbar:

– Der Warnstreik während einer Tarifbewegung wurde in vielen Gewerkschaftsbereichen zu einem akzeptierten und häufig angewandten Kampfmittel. 1981 praktizierte die IG Metall das erste Mal systematisch ihr neues Mobilisierungskonzept einer »Neuen Beweglichkeit«, in dessen Verlauf ca. 3 Millionen Be-

schäftigte an Warnstreiks und anderen Aktionen teilnahmen.⁴ In den folgenden Jahren wurden insbesondere im Organisationsbereich der Gewerkschaft HBV Warnstreiks immer häufiger eingesetzt.

– Als nicht eigenständiges, von der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht erfaßtes Kampffeld erwiesen sich die zunehmenden Widerstandsaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung, die zwar auch schon im Gefolge konjunktureller Krisenphasen 1966/67 und nach 1975 registriert werden konnten, in den achtziger Jahren aber einen erheblichen Aufschwung nahmen und sich weitgehend auf die neuen strukturellen Krisenbranchen (insbesondere Stahl und Werften) konzentrierten. Zu diesen – von der offiziellen Statistik auch zumeist nicht erfaßten – Aktionen zählen sowohl betriebliche Streiks, Demonstrationen als auch Blockaden und Betriebsbesetzungen, in denen ein neuer Typ an Militanz und Politisierung von Arbeitskämpfen hervorsieht. Die Zuspitzung dieses Widerspruchs- und Konfliktfeldes, die nicht zuletzt in den Stahlkämpfen von Hattingen und Rheinhausen sichtbar wurde, ließ die Struktur- und Regionalpolitik für die Gewerkschaften zu einer wichtigen neuen Aufgabe werden.

– Zum dominierenden Thema der tariflichen Arbeitskämpfe und Bewegungen der 80er Jahre wurde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Die Verlagerung des Schwerpunktes in der Tarifpolitik auf qualitative Komponenten der Arbeitsbedingungen und -beziehungen – neben der Arbeitszeitverkürzung vor allem Forderungen nach Rationalisierungsschutz, wobei Einkommensforderungen eine Grundkonstante bleiben – ist eine Reaktion auf die Umbrüche in der Arbeit und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Nachdem der erste Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche 1978/79 in der Stahlindustrie gescheitert war, wurden die parallelen Streiks 1984 in der Druck- und Metallindustrie gleichzeitig zu einem Widerstandskampf gegen eine Neuordnung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, die das Kapital und der konservative Block seit Beginn der 80er Jahre eingeleitet hatten.⁵ Nach den partiellen Erfolgen der Gewerkschaften, den sich anschließenden und von

einer breiten politischen Mobilisierung begleiteten Auseinandersetzungen um das Streikrecht (§ 116 AFG) und einer erneuten Arbeitskampfvorbereitung in der Tarifrunde 1987 wurde ein Sozialkompromiß geschlossen, der in widersprüchlicher Weise ein neu austariertes Kräfteverhältnis fixierte, das gleichermaßen die gestärkten Positionen des Kapitals wie die relative Stabilität gewerkschaftlicher Gegenmacht ausdrückte.⁶ Zugleich zeigten alle Tarifkonflikte um Arbeitszeitverkürzung – und zwar in sämtlichen Bereichen, wo solche Forderungen aufgestellt wurden –, daß die Gewerkschaften mit Flexibilisierungszielen des Kapitals konfrontiert wurden. Diese stellen nicht nur einen taktischen Gegenentwurf, sondern ein umfassendes Programm der Neustrukturierung der Arbeits-, Sozial- und Klassenbeziehungen dar, durch das kollektive Schutzrechte aufgelöst und die Basis gewerkschaftlicher Handlungs- und Streikfähigkeit entzogen werden sollen.⁷

Trotz aller neuen Momente kann bei einer Betrachtung der Arbeitskampfentwicklung der 80er Jahre nicht übersehen werden, daß diese nach wie vor ihren eindeutigen Schwerpunkt in den traditionellen Bereichen der Druck-, Metall- und Stahlindustrie hat, während manche andere Sektoren wie etwa die Chemieindustrie fast vollständig wirtschaftsfriedlich und sozialpartnerschaftlich geprägt sind. Gleichwohl haben diese kampfstarken Bereiche in starkem Maße die Dynamik der Gewerkschaftsentwicklung bestimmt und strahlen damit in die gesamte Arbeiterbewegung aus. Die Zukunft des Arbeitskampfes wird in hohem Maße dadurch mitentschieden werden, wie es den Gewerkschaften gelingt, die neuen Bedingungen des Umbruchs in realistischen Handlungskonzepten zu verarbeiten und dabei die gewonnenen Kampferfahrungen zu nutzen.

2. Arbeitskampf als soziale Bewegung

Seit den 70er Jahren ist ein starker Wandel im Arbeitskampfverständnis festzustellen. Für das traditionelle Streikmodell der DGB-Gewerkschaften ist zweierlei charakteristisch: Erstens wird die rechtliche »Einmauerung« des Streiks hingenommen, die vor allem auf dem durch die BAG-Rechtsprechung fixierten »Ultima-ratio«-Prinzip basiert, nach dem der Streik nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden darf. Dies führt zu einer defensiven und reaktiven Streikanlage. Zweitens ist ein eher passives Streikverständnis bestimmend, nach dem begrenzte Schwerpunktstreiks, zum Teil auch Flächenstreiks, im wesentlichen durch einige Streikposten getragen und für die Masse der Beschäftigten als »Fernseh«- oder »Tapetenstreiks« (zur Renovierung der Wohnung) wahrgenommen werden. Veränderungen sind in mehrfacher Hinsicht auszumachen:⁸

- Elemente eines aktiven Streiks haben an Bedeutung gewonnen. Dazu gehören die Versuche, breitere Teile der Belegschaften, aber auch die Familienangehörigen in den Kampf einzubeziehen, wie auch die Ausdrucksformen einer »neuen Kultur der Gegenwehr«, die Aktionselemente der außerparlamentarischen Bewegungen aufnimmt.

- Der traditionelle Schwerpunktstreik wird mit Warnstreikwellen und Sympathiestreiks in anderen Organisationsbereichen sowie weiteren Aktionsformen (Demonstrationen, Kundgebungen etc.) verbunden.

- Insbesondere die IG Druck und Papier entwickelt Konzepte einer »flexiblen Kampftaktik«, die auf einer Kombination von Wechselstreiks, rollierenden Abteilungsstreiks, Streiks am Arbeitsplatz und anderen Formen beruhen, mit denen jeweils für den Produktionsablauf zentrale Betriebsteile bzw. Produktionsstufen mit Überraschungseffekten getroffen werden sollen. Sie setzen in hohem Maße sowohl Disziplin und zentrale Planung wie Initiativefähigkeit und Spontaneität voraus und sind durch ihre Flexibilität und Unberechenbarkeit darauf ausgerichtet, Streikbruch und Aussperrung zu erschweren.

– Unterhalb der Schwelle eines Erzwingungsstreiks zielt das IG Metall-Konzept der »Neuen Beweglichkeit« auf eine breite Mobilisierung durch gewerkschaftlich organisierte Warnstreiks, Demonstrationen und vielfältige öffentlichkeitswirksame Aktionen, um hierdurch einen möglichst großen öffentlichen und politischen Druck auszuüben.⁹

Sicherlich spielte die Frage der gesellschaftlichen Resonanz eines Streiks immer eine Rolle in der gewerkschaftlichen Strategie. Dennoch erhält die Fähigkeit der Gewerkschaften, einen Arbeitskampf als soziale Bewegung anzulegen, d. h. also die Belegschaften umfassend zu aktivieren, ein breiteres gesellschaftliches Umfeld zur Unterstützung zu gewinnen und dem Streik eine gesellschaftspolitische Dynamik zu verleihen, unter heutigen Bedingungen einen besonderen Stellenwert.

Dies hat mehrere Ursachen, die mit strukturellen Veränderungen des krisenhaften Umbruchs und einer aggressiven Kapitalstrategie zusammenhängen: Die Politisierung eines Arbeitskampfes gewinnt in vieler Hinsicht ein größeres Gewicht. Oftmals wird der ökonomische Druck eines Streiks unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit und neuer technologischer Streikbruchmöglichkeiten relativiert. Demgegenüber erfährt die politisch-ideologische Dimension eine Aufwertung. Alle größeren Tarifkonflikte wie auch andere soziale Auseinandersetzungen z. B. um Arbeitsplätze und Standorte (vgl. Rheinlanden) werden von breiten Öffentlichkeitsreaktionen begleitet, die durch den massiven Einsatz der ideologischen Apparate der herrschenden Klasse beeinflusst werden. Dies verlangt von den Gewerkschaften die Mobilisierung einer Gegenöffentlichkeit, die im Betrieb beginnt und den Kampf um Einfluß auf die Massenmedien einschließt. Eine solche Breitenwirksamkeit der ideologischen Arbeit und Aktivitäten ist auch deshalb notwendig, weil neben der betrieblichen Meinungsbildung (über Vertrauensleute, Betriebsräte etc.) die Prägestkraft außerbetrieblicher Faktoren – der Medien, des Wohn- und Freizeitmilieus usw. – heute eine größere Bedeutung besitzt. Dies gilt insbesondere für Angestellte, aber auch für die anwachsende Gruppe von Lohnabhängigen außerhalb fester Belegschaftszusammen-

hänge (Teilzeitbeschäftigte usw.). Neben dem weiterhin zentralen Standbein gewinnt somit für die Arbeitskampfstrategie die Mobilisierung der sozialkulturellen Netzwerke und das Bündnis mit den außerparlamentarischen Bewegungen eine neue Bedeutung. Die Orientierung auf solche Bündnisse erhielt zusätzliche Plausibilität dadurch, daß zu Beginn der 80er Jahre die außerparlamentarischen Aktionen insbesondere der Friedensbewegung einen ungeheuren Aufschwung nahmen und die Gewerkschaften auf ihrem Höhepunkt im Herbst 1983 erstmals mit demonstrativen Arbeitsniederlegungen nach einer politischen Streikdebatte eigene Akzente setzten.

Eine Schlüsselrolle für die Politisierung der gewerkschaftlichen Arbeitskampfkonzepte spielen die Erfahrungen einer zunehmenden Aussperrungsmilitanz der Unternehmer (1971, 1976, 1978/79 und 1984). Reduzierte sich früher die gewerkschaftliche Reaktion auf Proteste und dann auf Verbotsforderungen, so entwickelten sich seit Mitte der 70er Jahre insbesondere auf Initiative der IG Druck und Papier Formen aktiver Gegenwehr bis zur Betriebsbesetzung und einer breiten politischen Solidaritätsbewegung. Im Arbeitskampf 1984 war dann der Kampf gegen die Aussperrung zum ersten Mal integraler Bestandteil der Mobilisierungs- und Streikstrategie in der Druckindustrie und teilweise auch in der Metallindustrie. Die verschiedenen neuen Momente eines Arbeitskampfverständnisses und einer politischeren Streikanlage sind vor dem Konflikt 1984 am pointiertesten von Hans Janßen (damals Vorstand der IG Metall) in der Orientierung zusammengefaßt worden: »Eine soziale Bewegung ist notwendig.«¹⁰ In der Realität waren dann allerdings unterschiedliche Streikansätze zwischen IG Druck und Papier und IG Metall und vor allem innerhalb der Metallgewerkschaft festzustellen:¹¹

– Der IG Metall-Bezirk Stuttgart schätzte die Möglichkeiten, eine breite soziale Bewegung zu entwickeln, ungünstig ein und konzentrierte die Mobilisierung im wesentlichen auf die Betriebe. Das Streikkonzept sollte mit minimalem Einsatz in wenigen Zulieferbetrieben der Automobilindustrie maximale ökonomische Wirkung erzielen.

– Der IG Metall-Bezirk Frankfurt versuchte durch eine breitere Streuung der Streikzentren und der einbezogenen Gruppen die Voraussetzungen für eine gesellschaftspolitische Mobilisierung zu verbessern.

Grenzen zeigten sich für beide Streikansätze. Auf der einen Seite erforderte die als Reaktion auf die Stuttgarter Streiktaktik verhängte »kalte Aussperrung« der meisten Automobilkonzerne unabdingbar eine ebenfalls bundesweite gewerkschaftliche Mobilisierung und Solidaritätsbewegung. Auf der anderen Seite blieb die Verbreiterung einer solchen sozialen Bewegung und ihre Politisierung in dieser Situation hinter den Erwartungen zurück. Die Verarbeitung dieser Erfahrungen und die neue Situation durch die Änderung des § 116 AFG, die die »kalte Aussperrung« zu einer noch schärferen Waffe der Unternehmer machte, mußte zu einer Integration und Weiterentwicklung der unterschiedlichen Streikansätze beitragen. In Vorbereitung des erneuten Arbeitszeitkonflikts in der Metall- und Druckindustrie 1987 war das Mobilisierungskonzept von vorneherein darauf angelegt, die Tarifbewegung in eine breite soziale Bewegung gegen Massenarbeitslosigkeit und Aussperrung, für die 35-Stunden-Woche einzubetten. Auf die Situation einer heißen oder kalten Aussperrung sollte mit einer breiten gesellschaftlichen Solidaritätsbewegung geantwortet werden, die u. a. Patenschaften zwischen Gewerkschaftsgruppen bzw. Solidaritätskomitees und potentiell ausgesperrten Belegschaften als Teil eines »Netzes des Widerstandes und der Solidarität« (DGB-Beschluß) einschloß. In ausgesperrten Betrieben sollten Belegschaften kollektiv ihre Arbeitskraft anbieten und damit an schon früher praktizierte Formen faktischer Besetzungen anknüpfen. Dies hätte eine politische Dynamik freisetzen können, die damit einen Arbeitskampf für die Unternehmer riskanter und unkalkulierbarer machen würde. Zweifellos wirkte schon diese potentielle Anlage eines »Arbeitskampfes als soziale Bewegung« als Druckmittel und konsensförderndes Moment im Tarifkonflikt 1987.

Die Veränderungen im Arbeitskampfverständnis schließen notwendigerweise Auswirkungen schon für die Anlage künftiger Tarifbewegungen ein, zu deren Essentials u. a. gehören

könnten¹²: Kampf um Herstellung betrieblicher Öffentlichkeiten als entscheidender Ausgangsbasis, der Aufbau kommunaler, betriebs- und arbeitsbezogener Öffentlichkeiten zur Mobilisierung eines solidarischen Umfeldes, die Aktion eines sozialen und kulturellen Bündnisses mit außerparlamentarischen Bewegungen sowie die Organisation einer Tarifbewegung als öffentlicher Dialog, was eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen mit plebiszitären Elementen bei der Ziel- und Konzeptbestimmung sowie neue Formen der öffentlichen Aufklärung etwa durch Hearings mit Expertengutachten »Warnstreiks als teach-ins« usw. beinhalten kann.

3. Die neue Militanz betrieblicher Abwehrkämpfe

Entscheidende Impulse für die Diskussion von Arbeitskampfstrategien sowie eine politische Erweiterung gewerkschaftlicher Handlungsfelder entwickelten sich aus den betrieblichen Abwehrkämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung. Dabei ist die Spezifik dieses Kampftypus zu beachten:

- Die Unterstützung betrieblicher Abwehrkämpfe wirft für die Gewerkschaften schwierige Probleme auf, da Streiks außerhalb der Friedenspflicht oder etwa Kampfformen wie Betriebsbesetzungen nach der gegenwärtigen Rechtslage verboten sind und die Gewerkschaften damit bei offener Unterstützung Schadensersatzforderungen von Unternehmern riskieren. Dieser Konflikt durchzieht alle Bewegungen dieser Art und schafft ein Spannungsverhältnis zwischen betrieblichen Initiativkräften und der für einen erfolgreichen Verlauf objektiv notwendigen Koordinierung durch die gewerkschaftlichen Zentralorgane.
- Bei betrieblichen Abwehrkämpfen – dies gilt weitgehend auch für spontane Streiks – existieren keine vorgegebenen Handlungsmuster wie bei Tarifstreiks. Dies erleichtert zum Teil die Durchbrechung ritualisierter Ablaufsformen und Erpro-

bung neuer Kampfformen wie Blockaden (von Zufahrtsstraßen, Verkehrsknotenpunkten, Brücken etc.) oder Betriebsbesetzungen. Unmittelbar auslösendes Moment des Widerstandes von Belegschaften ist häufig die Verletzung sozialpartnerschaftlicher Konfliktlösungsformen durch das Kapital. Die Bewußtseinsprozesse der Beteiligten verlaufen zumeist intensiver als im ritualisierten Tarifikampf und können sich rasch radikalisieren, ohne dabei vor einem schnellen Wechsel in resignative Apathie aufgrund insgesamt geringer Erfolgschancen geschützt zu sein. Militanz wird zu einem eigenen politischen Druckmittel in diesen Bewegungen.

Betriebliche Abwehrkämpfe gegen Massenentlassungen und Produktionsstillegungen haben jeweils im Gefolge von konjunkturellen und strukturellen Krisenprozessen sprunghaft zugenommen. Anfang der 80er Jahre stieg die Anzahl der an betrieblichen Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung Beteiligten von 42 Tsd. (1980), 63 Tsd. (1981), 134 Tds. (1982) auf 345 Tds. (1983), um dann nach einem Rückgang 1984/85 wieder erneut anzusteigen.¹³ Schon Mitte der 70er Jahre bewirkten militante Aktionen bis zu Betriebsbesetzungen bei Enka Wuppertal, Demag Kalletal und Seibel Erwitte Schlagzeilen.¹⁴ Anfang der 80er Jahre erfuhren Betriebsbesetzungen bei VDM Frankfurt und Videocolor Ulm und dann vor allem 1983 auf den Werften HDW Hamburg und AG Weser Bremen eine gewachsene öffentliche Resonanz.¹⁵ Die Zahl der besetzten Betriebe war von 3 (1980), 6 (1981), 10 (1982) auf 16 (1983) gestiegen.¹⁶

Nach den Auseinandersetzungen auf den Werften verlagerte sich der Konfliktherd Mitte der 80er Jahre in die Stahlindustrie. Neben der Maxhütte in der Oberpfalz stehen die Henrichshütte in Hattingen und Krupp-Rheinhausen in Duisburg für einen neuen Typ des Abwehrkampfes, der durch enorme Öffentlichkeitsresonanz und breite Einbeziehung der Bevölkerung, eine Vielfalt von phantasievollen Aktionsformen und eine neue Radikalität und Militanz charakterisiert ist.¹⁷ Während im Betrieb Aktionsformen wie Arbeitsniederlegungen, Belegschaftsdiskussionen, kollektive Besuche anderer Belegschaften usw. flexibel abwechselten, wurden gleichzeitig die kommunale

und regionale Öffentlichkeit zu eigenständigen Handlungsfeldern des Widerstandes. Eine unverzichtbare unterstützende, z. T. sogar initiiierende Rolle nahmen dabei Solidaritätskomitees vor Ort mit einer breiten politischen Zusammensetzung, teilweise auch Frauen- und Jugendinitiativen, ein.

Während die Gewerkschaften in den Tarifikämpfen der 80er Jahre zumindest partielle Erfolge erzielen konnten, sind die Abwehrbewegungen in den Krisenregionen und -branchen der letzten Jahre – von der spektakulären Werftbesetzung in Hamburg bis zu den massenhaften Blockadeaktionen in Rheinlanden – durch einen Widerspruch geprägt: durch die Kluft zwischen Dynamik, Militanz und Echo des Kampfes und seinen Ergebnissen. Denn gemessen an den Zielen der Abwehrkämpfe – Erhalt der Standorte und Arbeitsplätze – sind die materiellen Resultate als Niederlagen zu werten. Immerhin konnten in fast allen Fällen der Zeitplan des Kahlschlags gebremst und sein Umfang reduziert werden sowie Sozialplanregelungen verbessert und zum Teil Maßnahmen für Ersatzarbeitsplätze vereinbart werden. Auch Massenentlassungen wurden verhindert. Selbst bei ausbleibendem materiellem Erfolg geht das Widerstandsniveau der Belegschaften in die ökonomische und politische Kostenkalkulation und Strategiebildung des Kapitals ein. Der »Bremsseffekt« anhaltenden Widerstandes, die massive Störung des »sozialen Friedens« und die Beispielswirkung der Gegenwehr sind Faktoren, die die Entwicklung und Austragungsformen der Klassenbeziehungen generell beeinflussen.

Auch verloren gegangene Abwehrkämpfe sind ein Element des widerspruchsvollen Formierungsprozesses der Arbeiterklasse. Eine solche neue politische Dynamik könnte dann ausgelöst werden, wenn es in der Verarbeitung dieser Bewegungen gelingt, Desorientierungen in politisch-strategischen Fragen und im Bewußtsein der Arbeiterklasse zurückzudrängen und durch neu ausgelöste Lern- und Klärungsprozesse Weichenstellungen für künftige Auseinandersetzungen zu ermöglichen.

Eine zentrale Schwäche der betrieblichen Abwehrkämpfe besteht darin, daß es nicht oder nur in Ansätzen gelang, eine standortübergreifende Bewegung um struktur- und regionalpo-

litische Alternativen zu entwickeln. Für eine solche Koordinierung und Vereinheitlichung des Widerstandes besitzen faktisch die Gewerkschaften, und hier vor allem ihr zentraler Vorstand und Apparat, eine nicht ersetzbare Schlüsselstellung, die sie in der Realität nicht wahrgenommen haben.

Das Eingreifen und Wirken der Gewerkschaften und ihres hauptamtlichen Apparates vor Ort ist in den einzelnen Konflikten unterschiedlich zu bewerten. Während die IG Metall in Hattingen vorbildhaft den Kampf der Belegschaft und der ganzen Region organisierte und innergewerkschaftlichen Aktionsdruck entfaltete, blieben die örtlichen Gewerkschaftsorgane im Hamburger HDW-Konflikt und in Duisburg-Rheinhausen weit hinter den Anforderungen zurück. Insbesondere dort, wo die offiziellen Gewerkschaftsorgane eher eine blockierende Rolle spielten, entstanden vielfach horizontale Strukturen der Information, Kommunikation und politischen Abstimmung unter den Betriebsaktiven. Solche informellen Querstrukturen mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen wurden in der Regel gebildet, um betriebsegoistische Einengungen des Abwehrkampfes zu vermeiden und eine Koordinierung von unten in Gang zu setzen. Probleme treten dann auf, wenn auf Dauer damit Konkurrenzstrukturen zu den Gewerkschaftsorganen entstehen und oppositioneller Basisdruck an den Gewerkschaften vorbei gelenkt wird, anstatt zur Triebkraft innergewerkschaftlicher Veränderung zu werden.

Der Rückblick auf die innergewerkschaftliche Verarbeitung der Abwehrkämpfe zu Beginn der 80er Jahre zeigt zumindest zwei Fortentwicklungen:

- Die Durchsetzung des Vergesellschaftungsbeschlusses der IG Metall auf ihrem 14.o. Gewerkschaftstag in München 1983, die Entwicklung des Stahlpolitischen Programms und später die Konstituierung eines »Stahlaktionsausschusses« sind ein Ergebnis dieser Kämpfe und des koordinierten Zusammenwirkens der aktiven Gewerkschafter dieser Branche. Damit zeigte sich, daß auch innergewerkschaftlich vor allem von den Krisenzentren ein besonderer Politisierungsdruck ausging.
- Ebenfalls auf diesem Gewerkschaftstag 1983 war ein Initiativ-

antrag (»Widerstand gegen die Massenarbeitsplatzvernichtung bei der AG, Weser, HDW u. a.«) angenommen worden, in dem der IG Metall-Vorstand aufgefordert wurde, über »mögliche weitergehende Formen des gewerkschaftlichen Widerstandes« nachzudenken. Ergebnis war dann eine umfangreiche Positionsbestimmung des Beirats der IG Metall vom 12. 3. 1985, in der eine zurückhaltende Bewertung von Betriebsbesetzungen, jedoch eine breite Skala von Aktionsformen, regionale überbetriebliche Vernetzung und Herstellung einer außerbetrieblichen Öffentlichkeit als Instrumente des Abwehrkampfes angegeben werden, die ein neues Verständnis des Arbeitskampfes im Sinne einer »sozialen Bewegung« ausdrückte. Als politisch-strategische Zielsetzung wurde anvisiert: »Erweiterte gewerkschaftliche Handlungsperspektiven, die Ergänzung des betrieblichen Abwehrkampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung durch gemeinsamen Widerstand auf überbetrieblicher Ebene, müssen Hand in Hand gehen mit erweiterten gewerkschaftlichen Forderungsperspektiven, mit der Ergänzung von defensiven Schutzforderungen zum Erhalt vorhandener Arbeitsplätze durch offensive Gestaltungsformen nach Schaffung von zukunftssicheren Ersatzarbeitsplätzen.«¹⁸

Konkretisierte Konzepte von »Beschäftigungsgesellschaften« und die Neubegonnene Diskussion über eine demokratisch, ökologisch und sozial orientierte Struktur- und Regionalpolitik sind zweifellos wichtige Schritte in der notwendigen Präzisierung unmittelbarer Alternativen zu den jeweiligen Arbeitsplatzvernichtungsplänen des Kapitals und von Reformperspektiven. Dies zählt mit zu den wichtigen Resultaten der Werften- und Stahlabwehrkämpfe der 80er Jahre.¹⁹ Ohne die Aufnahme und Verstärkung der lebendigen Impulse des Widerstandes in den Betrieben bleibt eine solche Reformstrategie allerdings illusorisch. Dies verlangt u. a. die Bereitschaft und Fähigkeit der Gewerkschaften, entsprechende Durchsetzungsstrategien zu entwickeln und aus den realen betrieblichen Konflikten eine politische Bewegung zu formieren – eine Aufgabe, der sich die IG Metall insgesamt in den zurückliegenden Kämpfen nur unzureichend gestellt hat.

4. Technologischer Umbruch und künftige Streikfähigkeit

Die technologischen Umbruchprozesse wie die damit verbundenen sozialen Umschichtungen in den Belegschaften verändern erheblich die Voraussetzungen für die Streikfähigkeit der Gewerkschaften.²⁰ Computergesteuerte Planung, Verwaltung und Produktion geben heute vielfältige Möglichkeiten der gezielten Verlagerung von Produktionsprozessen, des flexiblen Ausweichens auf andere nationale oder sogar internationale Standorte. Streiks können so mit zum Teil weltweiten Datenverbundsystemen von Konzernen durch die Übertragung von Fertigungsdaten und -programmen in andere Werke oder durch Liefersubstitution unterlaufen werden. Der zunehmende Einsatz der EDV ermöglicht eine Zentralisierung von »Produktionswissen« auf oberen Hierarchieebenen im Unternehmen, erschafft Voraussetzungen für eine umfassende Kontrolle der Arbeitenden etwa über Personalinformationssysteme und erleichtert damit den Streikbruch. Strategisch wichtige Abteilungen – so etwa die zentrale EDV in einem Automobilkonzern im Arbeitskampf 1984 – können ausgelagert werden.

Bekanntestes Beispiel für die Verdrängung einer qualifizierten Belegschaftsgruppe, die zu den vormaligen Hauptträgern gewerkschaftlicher Organisation und Streikfähigkeit gehörte, sind die Setzer in der Druckindustrie, deren Stellung mit der Einführung integrierter elektronischer Text- und Satzsysteme untergraben wurde. Auf der Grundlage dieser neuen Technologien konnten die Unternehmer mit Hilfe von Leitungskräften und von angelernten Schreibkräften auf breiter Front Streikbruch praktizieren, so daß die ökonomische Wirksamkeit des Arbeitskampfes begrenzt blieb. Diese Erfahrung bildet den Ausgangspunkt aller neuen Diskussionen über flexible Kampfformen in der IG Druck und Papier, die nach den Streiks 1984 zu den Überlegungen eines Arbeitskampfes im Betrieb und am Arbeitsplatz weiterentwickelt wurden, um Streikbruch am »Tatort« möglichst zu verhindern.²¹

Der Umbruch in den Produktivkräften und im Gefolge die Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in den Qualifikationsstrukturen führen zur Herausbildung neuer Belegschaftstypen mit zunehmendem Gewicht von Angestelltentätigkeiten und darunter wissenschaftlich-technischer Fachkräfte, die in der Regel nur schwach organisiert sind oder wie viele High-Tech-Unternehmen sogar völliges organisationspolitisches Neuland darstellen. Aber auch das Ansteigen an befristeten und Teilzeitarbeitsverhältnissen, ganz zu schweigen von der Praxis der Leiharbeit und des Fremdfirmeneinsatzes, erschwert die Integration der unterschiedlichen Belegschaftsgruppen in eine einheitliche Interessenvertretung und die Entwicklung von Streikbereitschaft.²²

Strategien des Kapitals und des Staats setzen an diesen strukturellen Veränderungen an und zielen auf den Versuch »arbeitskampfsichere« Bereiche zu schaffen. Durch organisatorische und unternehmensrechtliche Umstrukturierungen wie Betriebsaufspaltungen, Fusionen usw. werden oft »gewachsene« Interessenvertretungsstrukturen zerstört, um arbeitskampfrelevante Bereiche zu isolieren. So wurden im Zuge einer Neuorganisation im General-Motors-Konzern sämtliche Datenverarbeitungsaktivitäten in einem eigenen Unternehmen (EDS) weltweit zentralisiert, um dieses Herzstück des Weltkonzerns streiksicher zu machen und der Interessenvertretung in den bisherigen Unternehmen zu entziehen. Die erfolgreichen punktuellen Streiks in den Rechenzentren mehrerer Banken während des Bankentarifkonflikts 1987 – getragen vor allem von gut organisierten Operators und Programmierern – werden ähnliche Überlegungen im Kapitallager eher noch befördern.

Eine Vorreiterrolle bei solchen Versuchen nimmt der Staat ein, der durch eine gezielte Verbeamtung von Beschäftigten in streiktaktisch relevanten Bereichen z. B. bei der Post »arbeitskampffreie Zonen« (Datenverarbeitung und -übertragung, Briefverteilungsanlagen usw.) schaffen will. Das BAG-Urteil vom 10. 9. 1985, das den Streikbrucheinsatz von Beamten im Poststreik 1980 sanktioniert, begünstigt diese subtile personalpolitische Strategie zur Aushöhlung gewerkschaftlicher Streikfähigkeit im öffentlichen Dienst.²³

Dort, wo technologisch-arbeitsorganisatorische Entwicklungen die Störanfälligkeit zu Lasten der Unternehmer erhöht haben, versuchen Kapital und konservative Regierung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Streiks zuungunsten der Gewerkschaften zu verändern. Mit der Zunahme der elektronischen Vernetzung zwischen den Betrieben und von kostensparenden materialwirtschaftlichen Logistiksystemen nach dem »Just-in-time«-Prinzip wurden solche Unternehmen anfälliger für Streiks bei Lieferfirmen.²⁴ Bekanntlich machte sich das IG Metall-Streikkonzept 1984 diese Achillesferse der Rationalisierungspolitik des Kapitals zunutze, worauf die Unternehmer mit bewußten Produktionseinstellungen, der »kalten Aussperrung« von hunderttausenden Beschäftigten, reagierten. Diese Waffe der Unternehmer wurde durch die von der konservativen Regierung durchgesetzte Novellierung des § 116 AFG 1986 weiter geschärft, da in Zukunft für kalt Ausgesperrte Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld verweigert wird und damit jeder Streik unter solchen Bedingungen zu einem finanziellen und organisationspolitischen Existenzrisiko für die Gewerkschaften werden muß.

Die Gewerkschaften reagierten auf diese neue Situation erstmals im Tarifkonflikt 1987 um die Arbeitszeit unter anderem mit der Vorbereitung einer breiten überbetrieblichen Solidartätsbewegung für den Fall der Aussperrung, um durch eine Politisierung des »Arbeitskampfes als soziale Bewegung« Druck zu entfalten. Es ist allerdings unübersehbar, daß die erschwerten arbeitskampfrechtlichen, politischen und ökonomischen Konstellationen den Druck innerhalb der Gewerkschaften in Richtung einer Kompromißfindung im Tarifkonflikt enorm verstärkt haben, so daß die Frage der tatsächlichen Streikfähigkeit unter den neuen Bedingungen offen bleiben muß.

5. Elemente eines neuen Arbeitskampftypus

Soll die Unternehmervision vom »unbestreikbaren Betrieb« nicht wahr werden, dann werden die Gewerkschaften auch weiterhin ihre Arbeitskampfkonzptionen und -praxis fortentwickeln müssen. Die Grenzen des klassischen Streiks und die Elemente eines neuen Arbeitskampftypus sind bisher in mehrerer Hinsicht erkennbar geworden:

– Die dargestellten Streikkonzepte reflektieren in jeweils spezifischer Weise die Bedingungen des Produktivkraftumbruchs und eines hohen Vergesellschaftungsniveaus. Angesichts kapitalintensiver moderner Produktionsverfahren, die die Rolle der lebendigen Arbeit verringern, ist eine hohe Flexibilität der Kampfformen unabdingbar, die von rollierenden Wechselstreiks, punktuellen und zeitweiligen Eingriffen in die Arbeitsorganisation, Streikformen am Arbeitsplatz bis zu Blockadeaktionen gegen Streikbruch u. a. m. reichen (vgl. IG Druck und Papier-Konzept). Der hohe Vergesellschaftungsgrad von Produktion, Verwaltung und Kommunikationssystemen mit immer komplexeren Vernetzungsstrukturen schafft zugleich zahlreiche hochsensible und störanfällige Eingriffspunkte für Streikmaßnahmen. Die »Strategie der Nadelstiche« der IG Metall (1984) ist dafür ebenso wie die Streiks in den Bankenrechenzentren (1987) oder etwa die Bestreikung der »Tagesschau« beim NDR (1988) ein Beleg.

– Zumindest in Ansätzen widerspiegeln sich in der Arbeitskampfpraxis die Umbrüche in Sozial- und Belegschaftsstrukturen. Während in einigen Streiks (1984) die Einbeziehung neuer Angestelltengruppen in den klassischen Industriebereichen eher schwieriger geworden war, belegen die Arbeitskämpfe bei den Banken und anderen Bereichen des tertiären Sektors, Streiks bei der Lufthansa, im Schulwesen und in den Sendeanstalten eine Tendenz der Ausweitung zu neuen Lohnabhängigengruppen. Für die Perspektive des Arbeitskampfes liegt in der Verbreiterung der sozialen Basis eine Schlüsselaufgabe, denn nur durch eine erfolgreiche »Bündnispolitik« im Betrieb, die Neu-

tralisierung potentieller Streikbruchgruppen und die Schaffung eines breiten sympathisierenden Umfeldes sind die neuen Gefahren eines technologisch erleichterten Streikbruchs zu konterkarieren. Aber auch der punktuelle Streik von Spezialisten bedarf einer solchen kollektiven Einbettung.

– Die neue Kultur der Gegenwehr, die sich in der verstärkten Aufnahme zahlreicher phantasievoller Aktions- und Kulturelemente andeutet und eindeutig durch die Ausdrucksformen der außerparlamentarischen Bewegungen mit geprägt wird, hat das traditionelle, oftmals ritualisierte und unpolitische Arbeitskampfverständnis verändert. Sie ist am stärksten in den betrieblichen Abwehrkämpfen einschließlich neuer Formen der Militanz zu beobachten. Hierin kommen auch neue Bedürfnisse der Lohnabhängigen nach Partizipation, Selbsttätigkeit, Entfaltung kultureller Aktivitäten und Formung solidarischer Beziehungen zum Ausdruck, die als Veränderungs- und Demokratisierungsimpulse in der gewerkschaftlichen Alltagspraxis zum Tragen kommen können.

– Bei aller Unterschiedlichkeit der Streikansätze ist eine generelle Tendenz der Politisierung zu konstatieren. Hierin drückt sich zum einen die unmittelbare gewerkschaftliche Reaktion auf die aggressiveren Kapitalstrategien und staatlichen Einschränkungen der Streikfähigkeit aus. Neue Kampfformen gegen die Aussperrungsmilitanz der Unternehmer (Betriebsbesetzungen u. ä.) sowie breite Solidaritätsbewegungen gehören zu den neuen gewerkschaftlichen Antworten. Zum anderen reflektiert sich in dieser politischen Dimension der Arbeitskämpfe die Konfrontation mit dem heutigen Niveau staatlicher Regulierung der Arbeitskraftreproduktion und ökonomischen Krisenpotentiale sowie der politisch-ideologischen Herrschaftssicherung. Eine solche bewußte Politisierungstendenz, wie sie in den betrieblichen Abwehrkämpfen und dem Konzept des »Arbeitskampfes als soziale Bewegung« nachgewiesen wurde, gehört zu den Grundcharakteristika heutiger autonomer Gewerkschaftspolitik.

Gerade auch deshalb ist die gewerkschaftliche Arbeitskampffähigkeit ins Visier einer konservativen Offensive auf dem Ge-

biet der Gesetzgebung wie der Rechtsprechung geraten, die von breiten und medienwirksamen ideologischen Kampagnen begleitet wird. Neben der Sanktionierung der Aussperrung sowie des Streikbrucheinsatzes von Beamten im öffentlichen Dienst und der erläuterten Novellierung des § 116 AFG, d. h. der Verschärfung der »kalten Aussperrung«, umfaßt dies vor allem Versuche, mit Hilfe des Strafrechtes neue Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, Blockaden bei Streikbruch, Streikpostenstellen u. ä. m. zu illegalisieren sowie das Arbeitskampfrecht selbst wieder restriktiver zu fassen.²⁵ Markantestes Beispiel dafür ist die »Warnstreik-Entscheidung« des Bundesarbeitsgerichts vom 21. 6. 1988, die entgegen früherer Rechtsprechung des BAG den Warnstreik auch dem »Ultima-ratio«-Prinzip unterwerfen will und sich damit ausdrücklich gegen das gewerkschaftliche Konzept der »Neuen Beweglichkeit« richtet.²⁶

In der Auseinandersetzung um Arbeitskampfrecht und gewerkschaftliche Streikfähigkeit entscheiden sich Existenzfragen der Gewerkschaftsbewegung; das bestimmt den strategischen Stellenwert dieses Konfliktfeldes. Autonome Gewerkschaftspolitik, deren Hauptachse die reale Kampffähigkeit ist, wird sich auf diesem Feld unter den Bedingungen des Umbruchs bewähren müssen.

Anmerkungen:

1 Vgl. W. Dzielak u. a., Belegschaften und Gewerkschaften im Streik, Frankfurt/New York 1978, S. 502.

2 Vgl. das Forum der Grünen zum Thema »Die Zukunft des Streiks – Der Streik der Zukunft« am 14./15. 11. 1986 in Köln, das Symposium der Hochschule für Wirtschaft und Politik »Technikentwicklung und Streik« vom 22.–23. 9. 1988 in Hamburg sowie die wissenschaftliche Tagung des DGB zum Arbeitskampfrecht am 17./18. 3. 1987 in Ludwigshafen: Vgl. hierzu G. Muhr (Hrsg.), Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat, Köln 1987.

3 Zur Kritik der Streikstatistik und zum Versuch einer umfassenderen Erfassung der Arbeitskämpfe vgl. K. Pickshaus, Streikentwicklung unter Krisenbedingungen 1975 bis 1984. Umfang, Schwerpunkte und neue Tendenzen, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Streik. Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt/Main 1985, S. 324 ff., hier: S. 329/330.

4 Vgl. H. Bömer u. a., Neue Beweglichkeit – neue Impulse? Betriebs- und Tarifikämpfe 1980/81, Soziale Bewegungen Heft 11, Frankfurt/Main 1982.

5 Vgl. G. Hautsch/K. Pickshaus/K. Priester, Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche, Soziale Bewegungen Heft 16, Frankfurt/Main 1984.

6 Die Zäsur, die dieser Sozialkompromiß von 1987 mit der sich anschließenden dreijährigen Tarifpause für die Entwicklung der Klassenbeziehungen bedeutet, ist als »Ende eines gewerkschaftlichen Kampfzyklus« interpretiert worden. Vgl. Witich Roßmann, Renaissance der Sozialpartnerschaft? Arbeitszeitkompromiß 1987 und die Perspektiven der Gewerkschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1987, S. 779 ff.

7 Vgl. hierzu K. Pickshaus, Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, Frankfurt/Main 1987, S. 200 ff.

8 Vgl. zusammenfassend K. Pickshaus, Arbeitskampf als soziale Bewegung – politische Aspekte einer Streikstrategie, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Streik, a. a. O., S. 121 ff.

9 Hierzu vgl. K. Lang, Arbeitskampfform im Wandel der Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 9/1982, S. 543 ff. Hans Janßen (IGM-Vorstand) bezeichnete die neue Beweglichkeit als »Möglichkeit zur dauerhaften Störung überlieferter sozialpartnerschaftlicher Verhaltensweisen in den Betrieben«. (Der Gewerkschafter, Nov. 1981), während Dieter Kirchner (Gesammetall), sie als »Streiks, die mehr als nur Geld kosten« charakterisierte. (Handelsblatt v. 2./3. 1. 1982).

10 Hans Janßen, in: Der Gewerkschafter 12/1983, S. 58 f.

11 Vgl. hierzu ausführlich G. Hautsch u. a., Der Arbeitskampf . . . a. a. O.

12 Vgl. hierzu H. Schauer, Thesen zum Stand der gewerkschaftlichen Diskussion, in: IG Metall (Hrsg.), Tarifpolitik im Strukturwandel. Materialband Nr. 6 der Diskussionsforen »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit«, Köln 1988, S. 155 ff.

13 Berechnungen nach eigenen Erhebungen im »Archiv Soziale Bewegungen des IMSF«. Vgl. auch die Tabelle 5 in K. Pickshaus, Streikentwicklung unter Krisenbedingungen, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Streik, a. a. O., S. 330.

14 Vgl. die damalige Analyse des IMSF: H. Bär u. a., Betriebsbesetzung – eine Kampfform zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Frankfurt/Main 1976.

15 Vgl. G. Hautsch/B. Semmler, Betriebsbesetzung, Soziale Bewegungen Heft 13, Frankfurt/Main 1983; F. Fiehler/H. Geißelbrecht, Werftbesetzung und Umbruchperiode, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, Frankfurt/Main 1984, S. 60 ff. und H. Ziegenfuß u. a. (Hrsg.), Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren, Hamburg 1984.

16 Eigene Erhebungen im »Archiv Soziale Bewegungen im IMSF«. Vgl. hierzu die Tabelle »Betriebsbesetzungen in der BRD 1972–1983« in: G. Hautsch u. a., Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche, a. a. O., S. 33.

17 Vgl. zur genaueren Fallanalyse H. v. Barga u. a., Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen, Arbeitsmaterialien des IMSF Nr. 30, Frankfurt/Main 1988.

18 IG Metall, Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. Stellungnahme zum Initiativantrag Nr. 4, in: Der Gewerkschafter – Dokumentation Nr. 4/1988, S. VIII.

19 Vgl. hierzu insbesondere K. Pickshaus/G. v. Randow, Bilanz der Bewegungen. Zu Fragen der Strategie, in: H. v. Barga u. a., Vom Widerstand zur Reformbewegung?, a. a. O., S. 109 ff.

20 Vgl. hierzu W. Hindrichs/C. Mäulen/G. Scharf, Zunehmende Erschwerung gewerkschaftlicher Streikfähigkeit aus sozialwissenschaftlicher Sicht, in: G. Muhr (Hrsg.), Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat, a. a. O., S. 57 ff.

21 Vgl. M. Balder, Kampferfahrungen und Lehren am Beispiel der IG Druck und Papier unter Berücksichtigung des Streiks 1984, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Streik, a. a. O., S. 38 ff.

22 Vgl. W. Hindrichs u. a. Die Veränderung von Belegschaftsstrukturen und ihre Auswirkung auf gewerkschaftliche Arbeitskämpfungsfähigkeit, in: WSI-Mitteilungen 1/1988, S. 28 ff.

23 Vgl. L. M. Büchner, Verbot des Streikeinsatzes von Beamten, in: G. Muhr (Hrsg.), Streikrecht, Demokratie und Sozialstaat, a. a. O., S. 181 ff.

24 Vgl. W. Olle, Neue Dimensionen der Produktionslogistik, in: WSI-Mitteilungen 4/1986, S. 312 ff.

25 Zu neueren Tendenzen des Arbeitskampfrechts vgl. U. Zachert/M. H. Bobke, Koalitions-, Tarif- und Arbeitskampfrecht, in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1988, Köln 1988, S. 345 ff. Zum Strafrecht im Arbeitskampf vgl. L. Zechlin, Streik, Strafrecht, Polizei, Köln 1986.

26 Vgl. U. Hammer, Der Warnstreik im System des Arbeitskampfrechts, in: Der Personalrat 12/1988, S. 317 ff.

Technologischer Wandel und Gewerkschaften

Der tarifpolitische Beitrag zu einem gegenmachtorientierten Arbeitspolitikkonzept

Unter den veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen einer strukturellen Krise der Kapitalverwertung ist die gewerkschaftliche Tarifpolitik – ebenso wie die gesamte gewerkschaftliche Politik – als das wichtigste Instrument zur Durchsetzung kollektiver und solidarischer Interessenvertretungsansprüche einem wachsenden Druck von seiten der Kapitalverbände und der herrschenden Politik ausgesetzt. Das traditionelle tarifpolitische Instrumentarium droht in diesem »ökonomischen Milieu«, das durch den Zwang zur Intensivierung der kapitalistischen Produktion und Reproduktion gekennzeichnet ist, den damit verbundenen Segmentierungs-, Individualisierungs- und Entsolidarisierungsfolgen nicht mehr im notwendigen Umfang standhalten zu können.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik sieht sich sowohl mit angeblich *ökonomischen Sachzwängen* (»Modernisierung der Volkswirtschaft«) zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die abhängig Beschäftigten unter der Parole des partiellen Lohnverzichts und einer Umverteilung unter dem Deckmantel »sozialer Reformen« (sog. Gesundheits-, Renten- und Steuerreform) als auch mit vermeintlich *technischen Zwängen*, konfrontiert.¹ Die weltmarktorientierte und technologische Modernisierungsstrategie nimmt damit zwei zentrale Momente der gegenwärtigen Umbruchperiode zum Anlaß, eine Neudefinition der Arbeits-, Sozial- und Klassenkonstellationen

vorzunehmen, die nicht nur die Rahmenbedingungen für die aktuelle und zukünftige Gewerkschaftspolitik darstellen, sondern selbst zu Feldern politischer, ideologischer und sozialer Klassenauseinandersetzungen geraten.

Im Zentrum der Ablösung des »fordistischen« Akkumulationsmodells² und der Etablierung eines »neuen Typs« der Kapitalakkumulation steht die Durchsetzung eines arbeits- und kapitalsparenden Typs des »technischen Fortschritts«, der weder die zyklischen – als grundlegende Bewegungsform – noch die »großen Krisen« – als mehrere Zyklen übergreifende Stagnationsphasen – des kapitalistischen Akkumulations- und Reproduktionsprozesses suspendiert.³ Auf der Ebene des Produktions- und Arbeitsprozesses vollzieht sich Produktivkraftumwälzung in Form eines »neuen Rationalisierungstyps«⁴ zur Steigerung der Produktivität der lebendigen und toten Arbeit. Die Gewerkschaften unterliegen so einem »Modernisierungsdruck«⁵, der zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung autonomer Wirkungs- und Gegenmacht hohe Anforderungsniveaus hinsichtlich ihrer Schutz- und Gestaltungsfunktion sowie ihrer Durchsetzungs- und Mobilisierungsfähigkeit erfordert.

1. Rationalisierung auf neuer Grundlage: Der »neue Rationalisierungstyp«

Auf der Grundlage der datentechnischen und informationstechnologischen Durchdringung des Arbeits- und Produktionsprozesses bieten sich für unternehmerische Rationalisierungsstrategien neue Ansatzpunkte: Neben der zeitlichen und räumlichen Entkopplung der menschlichen Tätigkeit von der Maschine, die ihre Grundlage aus der Flexibilität und Universalität in Anwendung und Einsatz der neuen Automationstechniken und Informationstechnologien bezieht und die objektive Basis für die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals darstellt⁶, eröffnet die

Mikroelektronik die Möglichkeit der »Objektivierung menschlicher Funktionen«⁷, d. h. die Übertragung geistig-intellektueller und logischer Funktionen der menschlichen Arbeitskraft auf technische Systeme. Sie »befreit« den Menschen als »technisch notwendiges Kettenglied« aus dem unmittelbaren, sich in seinen Einzelabschnitten zu einem geschlossenen technischen Prozeß entwickelnden Produktionsablauf.⁸

Die sich auf mikroelektronischer Basis vollziehende Reorganisation des Produktionsprozesses bedeutet in den vorherrschenden und zu erwartenden Rationalisierungsstrategien – auch gefaßt im Begriff der »systemischen Rationalisierung«⁹ –, daß der »strategische Bezug auf gesamtbetriebliche Prozesse, auf zwischenbetriebliche Zusammenhänge und Technik als elastisches Potential«¹⁰ gerichtet wird, einschließlich der der unmittelbaren Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche wie Planung, Konstruktion und Arbeitsvorbereitung sowie Lagerhaltung, Transport, Auftragsorganisation und zwischenbetriebliche Logistik.¹¹

Diese Strategien zur Ökonomisierung des konstanten Kapitals in Verbindung mit dem beschriebenen Prozeß der »Herauslösung des Arbeiters [und der Arbeiterin] aus den technologischen Subsumtionen unter das Kapital«¹² implizieren eine arbeitsorganisatorische Restrukturierung des Produktionsablaufs mit widersprüchlichen Entwicklungen und Auswirkungen für die lebendige Arbeit bezüglich der abgeforderten Qualifikation, »arbeitsprozeßlicher Stellung« und Nutzungsintensität. Mit Begriffen wie »Ende der Arbeitsteilung« und »(Re-)Professionalisierung der Produktionsarbeit«¹³ werden diese Prozesse nur unzureichend beschrieben. Zweifellos gewinnen derzeit »neue Produktionskonzepte« im Sinne einer umfassenderen Nutzung der Arbeitskraft und eines teilweisen Zurückdrängens zunehmender Arbeitsteilung in den Rationalisierungsstrategien der Betriebe an Bedeutung. Ein »Formwandel kapitalistischer Rationalisierung« findet insofern statt, »als Formen der Nutzung von Arbeitskraft entwickelt und durchgesetzt werden, die die immanenten Schranken tayloristischer Produktionsmodelle zu überwinden trachten oder aber den Einsatz des Arbeitsver-

mögens an den veränderten Nahtstellen der Mensch-Maschine-Systeme neu bestimmten«. ¹⁴ So werden die Flexibilitätspotentiale der mikroelektronischen Produktions- und Organisationstechnologien auch über eine Ökonomisierung der variablen Kapitalbestandteile adäquat ausgeschöpft. Prozesse der »Reprofessionalisierung« und Aufwertung der lebendigen Arbeit, die sich auch in veränderten Formen unternehmerischer Sozialtechniken (»Qualitätszirkel«, Gruppenarbeit als Managementstrategie u. a. ¹⁵) manifestieren, korrespondieren mit Entwicklungen der Leistungsverdichtung, weiterer Zergliederung und Standardisierung menschlicher Arbeit, zunehmender Kontrolle und Isolation. ¹⁶ Die innerbetrieblichen Segmentierungen in Form von fortschreitender Spaltung in Kern- und Randbelegschaften mit unterschiedlichen Betriebsbindungen, Flexibilisierung und Differenzierung nach Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnissen sowie selektivem Zugriff auf die Qualifikationsprofile, gehen einher mit sozialstrukturellen Fragmentierungen, sozialen »Verelendungsprozessen« – wobei die »neue Armut« in hohem Maße eine »junge« und »weibliche Armut« ist – mit den sozialen Konsequenzen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit sowie mit regionalem und branchenweitem Aderlaß.

Die vielfältigen Segmentierungs- und Entsolidarisierungslinien entsprechen den konkreten Anforderungen der kapitalistisch determinierten Entwicklung und Anwendung moderner Produktivkräfte. Sie sind die arbeitspolitischen Antworten der Unternehmen auf die Verwertungskrise ¹⁷, die die subjektiven und objektiven Handlungsspielräume einer gegenmachtorientierten Gewerkschaftspolitik einengen, eine Vereinheitlichung der Interessen behindern und damit eine an kollektiven Grundinteressen aller abhängig Beschäftigten orientierte »soziale Gestaltung« der Produktivkraftentwicklung erschweren. ¹⁸

Ansatzpunkte für ein offensiveres, handlungsorientiertes Verständnis der »sozialen Gestaltbarkeit« der neuen Techniken, die sich auch in einer verstärkten subjektiven Dimension des Bezugs zur Arbeit niederschlagen ¹⁹ und zum Ausgangspunkt für gestaltende Interventionen in den Arbeits- und Produktions-

prozeß gemacht werden müssen, sind zweifelsohne vorhanden. Sie können jedoch nicht über die Widersprüche kapitalistischer Anwendung neuer Technologien hinwegtäuschen. Die grundlegenden »Ambivalenzen« ihres profitorientierten Einsatzes resultieren letztlich aus der Dominanz des Verwertungsprozesses über den Arbeitsprozeß und bringen somit zum Ausdruck, daß die Produktivkraftentwicklung ein *gesellschaftspolitischer*, ein mit der Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft verwobener Prozeß ist. Eine Verabsolutierung der technischen Seite fällt hinter die Ergebnisse zurück, die in der Diskussion der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung der letzten Jahre gewonnen wurden.

2. Der Bruch mit dem »technologischen Determinismus« – Neuorientierung gewerkschaftlicher Technologiepolitik

In der Losung von der »sozialen Gestaltbarkeit des technischen Wandels« reflektiert sich eine Haltung der Gewerkschaften, die sich erst im Laufe der 70er Jahre unter dem Eindruck der zunehmenden krisenhaften Entwicklung des Nachkriegskapitalismus herauszubilden begann und deren »Spezifik sich gerade aus dem Bemühen um die Überwindung der bis dahin vorherrschenden technikpolitischen Grundlinie der DGB-Gewerkschaften ergibt«. ²⁰

In der Betrachtung der Nachkriegsentwicklung lassen sich grob vier Phasen mit unterschiedlichen Positionen zur technischen Entwicklung und den darauf bezogenen gewerkschaftlichen Strategien unterscheiden.

(1) Die erste Phase bis Anfang der sechziger Jahre ist dadurch gekennzeichnet, daß die Gewerkschaften – nach dem Scheitern ihrer Neuordnungsvorstellungen – von einer Beeinflussung der

Rationalisierungsprozesse durch eine »gleichberechtigte Teilnahme« und mitverantwortliche Planung der Wirtschaft Abstand nahmen und an den Produktivitätssteigerungen, die durch den »technischen Fortschritt« erreicht werden konnten, in Form von tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und Ausbau der sozialen Sicherung zu partizipieren suchten.²¹ Das zugrundeliegende, in der Rationalisierungsdebatte der zwanziger Jahre wurzelnde technikpolitische Paradigma hatte mit Blick auf die sozialökonomische Interessenlage insofern seine Gründe und Berechtigung²², als »es tatsächlich in erster Linie um den gesellschaftlichen Modus der Verteilung »moderner« Produkte und nicht um eine Modifikation ihrer stofflichen Eigenschaften«²³ ging.

(2) In der zweiten Phase bis zum Beginn der 70er Jahre ging es nicht mehr ausschließlich um die Verteilung der erwirtschafteten Produktivitätssteigerungen. Die Strukturkrisen im Bergbau und der Textilindustrie zwangen die Gewerkschaften, sich mit dem Problem der Rationalisierung verstärkt auseinanderzusetzen. Insbesondere die soziale Unsicherheit älterer Beschäftigter sowie die zunehmende Intensivierung der Arbeit – auch als Folge der Einführung neuer technischer und arbeitsorganisatorischer Systeme – verschlechterten in allen Branchen die Arbeitsbedingungen nachhaltig. Auf zahlreichen Automationskongressen wurden die Konsequenzen des technischen Wandels thematisiert und Alternativen diskutiert.²⁴ Exemplarisch für die typische Haltung zum »technischen Fortschritt« ist die Bewertung des Entwurfs eines Rationalisierungsschutzabkommens durch den damaligen IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner auf der dritten Automationstagung im Jahre 1968: »Der Entwurf will technischen Fortschritt weder aufhalten noch hemmen . . . Der Entwurf ermöglicht kein Arbeitnehmersveto gegen Investitionen oder Organisationsentscheidungen des Unternehmers . . . Die deutschen Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer. Die Industriegewerkschaft Metall hatte bisher mit allen ihren Aktivitäten in Sachen technischer Fortschritt nichts anderes im Sinn als einen ehrlichen Versuch, sozial akzeptable Voraussetzungen für eine schnelle Anwendung technischer Neuerungen zu schaffen.«²⁵

Diese naive Fortschrittsgläubigkeit und kritiklos-defensive Akzeptanz der technologischen Entwicklung bestimmte auch die gewerkschaftliche Politik. Die ersten zu dieser Zeit abgeschlossenen Rationalisierungsschutzabkommen beschränkten sich auf das Ziel der Besitzstandswahrung durch finanzielle Kompensation bei Arbeitsplatzverlust und erschwerten Arbeitsbedingungen, verbesserten Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte sowie finanzielle Hilfen bei Umschulungsmaßnahmen. Unter den Bedingungen steigender Reallöhne, relativer Vollbeschäftigung und sozialer Reformen schien ein weitergehender Handlungsbedarf überflüssig und verführte »zu der Annahme, daß der technische Fortschritt – Voraussetzung und Motor dieser Entwicklung – offenbar unabhängig von unterschiedlichen Interessen und damit ohne notwendigen Eingriff der Gewerkschaften«²⁶ funktioniere.

(3) Im Zentrum der Diskussion der nachfolgenden Phase standen jene Seiten der Arbeitsbedingungen, die den konkreten Arbeitsablauf, die Arbeitsinhalte und die Organisation der Produktion betrafen. Unter dem Stichwort »Humanisierung der Arbeit« (HdA) vollzog sich in den Gewerkschaften eine thematische Schwerpunktverlagerung eines Teils der Rationalisierungsproblematik, die mit einem programmatischen Aufsatz des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter 1973 in den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« eröffnet wurde.²⁷ Er griff das Motto der vierten Automationstagung der IG Metall von 1972 »zur Verbesserung der Lebensqualität« auf und plädierte für umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen. Dabei bezog er sich auf die im Grundgesetz garantierte »freie Entfaltung der Persönlichkeit« und brandmarkte ihre Mißachtung in der Arbeitswelt. Allerdings »sollte nicht aus den Augen verloren werden, daß es sich auch bei der Reform der Arbeitswelt um Machtfragen handelt«.²⁸

Dies bestätigte sich im Herbst des Jahres 1973, als die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden den Lohnrahmentarifvertrag II (LRTV II) nur durch einen Streik durchsetzen konnte. Die Erfahrungen der fortschreitenden Arbeitsintensi-

vierung, der Widerstand der Kapitaleseite bei der Umsetzung des LRTV II, die offen zutage tretenden Unzulänglichkeiten der auf kompensatorische Schutzwirkung angelegten Rationalisierungsschutztarifverträge und eine zunehmende Ernüchterung bezüglich der Reformhoffnungen, die man der sozialliberalen Koalition entgegengebracht hatte, veranlaßten die Gewerkschaften, den Zusammenhang zwischen Rationalisierung/Automation und Arbeitsbedingungen kritischer zu beurteilen.

(4) Die »Humanisierungsdebatte«, die das Verhältnis der DGB-Gewerkschaften zum technologischen Wandel bis zum Ende der 70er Jahre entscheidend prägte und in der Auseinandersetzung mit dem staatlichen Aktionsprogramm »Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens« sowie in den Diskussionen auf den DGB-Bundeskongressen 1975 und 1978 immer deutlicher an Profil gewann, ist im wesentlichen als »gesellschaftspolitisch begründete Initiative« anzusehen und besaß eine unmittelbare Vorläuferfunktion für die Überwindung der technologiepolitischen Grundlinie im DGB.²⁹ Äußerlich wurde die Abweichung von der klassischen Auffassung daran deutlich, daß nicht mehr von technischem »Fortschritt«, sondern von technischer »Entwicklung« oder technischem »Wandel« gesprochen wurde, den es zu gestalten gelte.³⁰ Im Zusammenhang mit der politischen Diskussion um die »HdA« wurde nun neben der Schutz- auch die Gestaltungsfunktion gewerkschaftlicher Politik betont. Damit verbunden war die Auffassung, daß zwar der Industrialisierungsprozeß und das sich daraus ergebende Wachstum zu einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards geführt habe, die resultierenden Risiken allerdings in zunehmendem Maße in Gegensatz zu gesellschaftspolitischen Zielen gerieten.³¹

Insgesamt hatte sich die beginnende »Neuorientierung« der Gewerkschaften in eine Phase der »Rückbesinnung auf die eigene Kraft« und den Versuch des »Ausbaus der autonomen Handlungsmöglichkeiten«³² eingebettet, die allerdings die ökonomische Krise seit Mitte der siebziger Jahre zur Voraussetzung hatte und als Ausdruck einer gewerkschaftspolitischen Defensive gewertet werden muß.³³ Krisenerfahrungen, Massenarbeits-

losigkeit, forcierte Rationalisierung und zunehmende Einschränkung des Handlungsspielraums zwangen zum Bruch mit der lange Zeit in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung dominierenden Ideologie des »technischen Determinismus«, derzufolge die technische Entwicklung »einer autonomen Sachgesetzlichkeit«³⁴ ohne kollektive Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeit gehorche und die Gesellschaftsentwicklung »sich primär aus technischen *Sachzwängen* bzw. der Technikentwicklung«³⁵ erbe.

Auf der Basis der vielzitierten Leitformel der »sozialen Gestalt- und Beherrschbarkeit der neuen Technologien«, die die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit des kontrollierenden und gestaltenden Eingriffs auf Nutzungsweise und Entwicklungsrichtung des Produktivkraftsystems zum Ausdruck bringt, reproduzieren sich jedoch unterschiedliche Positionen und Interpretationen in der Diskussion und vor allem in der »politischen Verarbeitung« des skizzierten Verständniswandels. Im Kern verläuft die Trennungslinie innerhalb und zwischen den DGB-Gewerkschaften zum einen an der politisch-strategischen Vorgehensweise und Einschätzung der Möglichkeit zur Durchsetzung arbeitsorientierter Ansatzpunkte bei der Beeinflussung des technologischen Wandels, zum anderen an der Frage, welches der »Fluchtpunkt« der entsprechenden gewerkschaftlichen Politik zu sein habe.³⁶

Für eine gewerkschaftliche Politik, die die trotz der profitorientierten »Praeformation durch industrielle Verwertungsinteressen«³⁷ vorhandenen und erkämpfbaren Spielräume für eine Beeinflussung der Technikgestaltung im Interesse der Lohnabhängigen nutzen muß, »bedeutet dies letzten Endes« – in den Worten des DGB-Vorstandsmitglieds Lothar Zimmermann – »die Vorherrschaft der privaten Kapitalverwertung in der Entwicklung von Wirtschaft und Technik zu überwinden«.³⁸ Welche Politik dazu in der Lage ist, die massiven Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zurückzudrängen und den möglichen positiven Potenzen einer arbeitsorientierten Entwicklung und Anwendung der Produktivkräfte zum Durchbruch zu verhelfen, ist in der Gewerkschaftsbewegung umstrit-

ten. Ob die »Chancen der deutschen Volkswirtschaft in der Hochtechnologie liegen und nicht im Abbremsen der Technologie«, zu deren Realisierung es einer »gesamtgesellschaftlichen Verabredung« bedarf, wie der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik glauben machen will³⁹, ob eine »in eine soziale Offensive« eingebettete »Modernisierung der Volkswirtschaft«⁴⁰ oder ob eine Politik, die in zeitweiliger »Blockade, Widerstand und Gegenwehr . . . die Voraussetzungen zur Gestaltung, zur Korrektur und zu Verbesserungen« sieht und dabei das Primat der Profitproduktion in Frage stellt⁴¹, den Zielen humaner Arbeits- und Lebensbedingungen gerecht wird, wird in und zwischen den DGB-Gewerkschaften kontrovers diskutiert.

3. Elemente und Ansatzpunkte eines Konzepts gewerkschaftlicher Arbeitspolitik

Die Anforderungen an eine gewerkschaftliche Technologiepolitik erweisen sich angesichts der ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen, der profitgeleiteten Anwendung der Produktivkraftentwicklung in Form des »neuen Rationalisierungstyps« und der innergewerkschaftlichen Diskussion über Inhalte, gesellschaftspolitische Reichweite und Perspektive »sozialverträglicher Technikgestaltung« als äußerst komplex und widerspruchsgeladen.

Das gewerkschaftspolitische Instrumentarium für eine solidarische Interessenvertretung droht nicht nur durch die zeitliche Entkopplung von unmittelbarer Veränderung und den langfristigen Wirkungen sowie der Schwierigkeit einer eindeutigen Zuordnung der Folgen des Einsatzes neuer Technologien ausgehöhlt zu werden.⁴² Für die Entwicklung von alternativen Gestaltungskonzepten fehlt außerdem »ein griffiger Ansatzpunkt in Form eines in sich geschlossenen und in seinen Wirkungen einigermaßen überschaubaren Rationalisierungsprojekts«.⁴³ Mit der Notwen-

digkeit, das gewerkschaftliche Instrumentarium sowohl in bezug auf dessen Inhalte und Schlagkraft als auch hinsichtlich der notwendigen Verschränkung der verschiedenen Handlungsebenen⁴⁴ zu effektivieren und zu optimieren, entstehen neue Anforderungen an die gewerkschaftliche Organisation. Nicht zuletzt wächst die Bedeutung der gewerkschaftlichen Basis als Subjekt der Interessenvertretung, die es in einem Konzept der »Politisierung der Arbeit« im Betrieb zu aktivieren gilt, um die gewerkschaftliche Interessenvertretung auch und gerade in Fragen des Zusammenhangs von Arbeit und Technik zu verbessern.⁴⁵ Erste Elemente und Anknüpfungspunkte eines arbeitspolitischen Gesamtkonzepts zeichnen sich ab; diesem fehlt indes noch – sowohl in seiner theoretischen Durchdringung als auch in seinem handlungspolitischen Teil – gleichsam der »archimedische« Punkt, der dieser Vielfalt eine klare strategische Identität verleihen könnte.«⁴⁶

(1) Ein wesentliches Element gewerkschaftlicher Arbeitspolitik muß darin bestehen, den systematischen Diskriminierungs- und Segmentierungskonzepten betrieblicher Personalpolitik eine Politik des »solidarischen Personaleinsatzes«⁴⁷ entgegenzusetzen, die eine stärkere Verschränkung der gewerkschaftlichen Arbeitszeit- mit der Arbeitspolitik in Angriff nimmt. Durch eine Umverteilung des Arbeitsvolumens in Form täglicher Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle abhängig Beschäftigten wird einerseits ein Beitrag zur »Entdichtung« des Arbeitsalltags erreicht, wenn er gleichzeitig mit einer Kontrolle der Leistungsbedingungen und Leistungsregulierung verbunden ist (»definierte Arbeitsbedingungen«).

(2) Die zunehmende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses – durch vielfältige Formen ungeschützter Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten – muß zum einen durch Verbotsregelungen in bestimmten Fällen aufgehalten werden. Zum anderen kann ein vorhandener Bedarf an individueller Zeitsouveränität und größerer Vielfalt von Arbeitszeitformen nur auf der Grundlage von Regelungskatalogen und tariflichen Bestimmungen gegen die »Chronokratie des Kapitals« durchgesetzt werden⁴⁸ – zumindest ist ein »Schutz vor gänzlicher Rechtlosigkeit und Ausbeutung zu verankern«.⁴⁹

(3) Ein weiteres Moment einer »Demokratisierung der Arbeit« ist die Einbeziehung geschlechtsspezifischer Bestimmungsfaktoren des Arbeitsprozesses. Das patriarchalisch strukturierte Arbeitsregime, das vor allem Frauen zu den Lückenbüsserinnen des Automationsprozesses und zum sozialen Hauptsegment der »Rationalisierungsverliererinnen« stempelt, muß sowohl in bezug auf die Arbeitszeitdimension als auch hinsichtlich der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen aufgebrochen werden.⁵⁰ Frauenförderung und Quotierung in den Betrieben, aber auch eine »Demokratisierung der Interessenvertretung und gewerkschaftlichen Organisation von Frauen«⁵¹ sind notwendige Elemente eines Konzepts der solidarischen und offensiven Arbeitspolitik.

(4) Um eine Polarisierung der Qualifikationsanforderungen und Tätigkeiten der Belegschaften zu verhindern, wird eine demokratische Arbeitspolitik eine dauerhafte und systematische Qualifizierungspolitik sowie die Durchsetzung »egalitärer Arbeitsstrukturen«⁵² zu verfolgen haben. Die subjektiven Interessen an beruflicher Qualifikation und die damit eng verbundenen Fragen der Arbeitsinhalte (Aufgabenanreicherung, Integration von Elementen der Planung, Ausführung und Kontrolle, ganzheitlicher und nachvollziehbarer Aufgabenzusammenhang etc.) werden von der Gewerkschaftspolitik noch immer vernachlässigt. Sollen jene Dimensionen, »in denen sich die Subjekte auf ihre Arbeit als subjektive und sinnhafte Tätigkeit beziehen«⁵³, der Kontrolle durch unternehmerische Sozialtechniken entrissen werden, wird es nötig sein, alternative Formen der Qualifizierung in Abstimmung mit Arbeits- und Lohngestaltungs- sowie Personalplanungskonzepten zu entwickeln und durchzusetzen. Diese zeichnen sich durch das Leitmotiv »Solidarität statt Konkurrenz«⁵⁴ aus und können Segmentierungen und Polarisierungen der betrieblichen Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen aufbrechen.

(5) Die Beschränkung sozialer Kontakte und Kommunikationsmöglichkeiten – sei es durch die räumliche Trennung der Beschäftigten, Arbeitshetze oder durch eine Kooperation nur noch über technische Systeme – untergräbt gemeinschaftliche

Formen des Arbeitsvollzugs und Erfahrungsaustauschs, was sowohl die Erträglichkeit der Arbeitsbelastungen über wechselseitige Hilfe und Arbeitssolidarität als auch die Bedingungen für den Aufbau kollektiver Gegenwehr erschwert, wenn nicht verhindert.⁵⁵ Bei der Einflußnahme auf die Gestaltung von Arbeit und Technik ist es deshalb besonders wichtig, daß kooperative und kommunikative Strukturen im und neben dem Arbeitsprozeß aufgebaut werden, die auch für die Intensivierung und Effektivierung der institutionellen Formen der Interessenvertretung unerläßlich sind.

(6) Dies verweist auf die Notwendigkeit, eine »bloße instrumentelle Partizipation der Arbeitnehmer an der Interessenvertretungspolitik«⁵⁶ zu überwinden. Die Durchsetzung von Formen unmittelbarer Beteiligung an der Interessenvertretung, wie sie im Ansatz bereits im Rahmen der Mitbestimmungsinitiative des DGB in der »Konzeption zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz« sowie in den Aktions- und Arbeitsprogrammen der IG Metall und ÖTV vorgestellt werden⁵⁷, erfordert die Integration des fachlichen Produzentenwissens und der politischen Handlungskompetenz der Beschäftigten in eine alle gewerkschaftlichen Handlungsfelder umfassenden Gesamtkonzeption der Gegenmacht. Die »Aufwertung der strategischen Bedeutung der betrieblichen Handlungsebene« muß daher sowohl unter Mobilisierungsgesichtspunkten als auch aufgrund einer nicht vollkommen zu schließenden »Konkretionslücke« der tarifpolitischen »Gestaltungsorientierung« durch eine »Mitbestimmungsorientierung«⁵⁸ vollzogen werden. Dies erfordert eine Intensivierung und Neubelebung gewerkschaftlicher Betriebspolitik.

(7) Mit dem Bedeutungszuwachs der betrieblichen Durchsetzungsebene erwachsen der gewerkschaftlichen Organisation neue und komplexere Aufgaben. Das handlungspolitische Dilemma zwischen gestiegenen Anforderungen an die sachliche und politische Kompetenz bei gleichzeitig wachsendem Problemdruck und Engpässen in der Handlungs- und Entscheidungskapazität⁵⁹, in das die betriebliche Interessenvertretung zunehmend gerät, schließlich auch die mit der »systemischen Rationalisierung« verbundene Gefahr der Erosion der betriebli-

chen Interessenvertretung⁶⁰, kann nur mit einer verstärkten gewerkschaftlichen Hilfestellung in Form von personeller, sachkundiger und politischer Unterstützung aufgelöst werden. Die »Schaffung einer arbeitspolitischen Infrastruktur«⁶¹ zur Erhöhung der Problemlösungskapazitäten durch eine enge Zusammenarbeit von Belegschaften, betrieblichen Interessenvertretungen, Gewerkschaften und »Gegenwissenschaften« wird für die Entwicklung von Gestaltungsalternativen zur unverzichtbaren Voraussetzung. Ihre Realisierung erfordert allerdings die politische Durchsetzung einer nachhaltigen Ausweitung der Mitbestimmung i. S. eines Eingriffs in die Strukturen privatwirtschaftlicher Entscheidungen und einer Beschränkung unternehmerischer Verfügungs- und Herrschaftsmacht über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen. Damit gewinnen die praktischen Auseinandersetzungen auf der betrieblichen wie gesellschaftlichen Ebene um den Einsatz und die Anwendung der modernen Produktivkräfte notwendig den Charakter von Klassenkonflikten und »nirgendwo sonst, wie bei der Gestaltung von Arbeit und Technik, wie in der Auseinandersetzung um eine andere Zukunft, kommt deshalb der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital deutlicher zum Ausdruck«. ⁶²

4. Politisch-strategische und inhaltliche Anforderungen an die Tarifpolitik

Angesichts der neuen Qualität der Rationalisierungsprozesse wird die gewerkschaftliche Politik immer stärker mit einer technologiepolitischen Dimension konfrontiert, zu deren Bewältigung das tarifpolitische Instrumentarium nur noch ansatzweise ausreicht. Die Grenzen bisheriger Handlungsinstrumente und -konzepte treten auf dem neuen, »eigenständigen« Konfliktfeld Arbeitspolitik unter ökonomischen Krisenbedingungen und unter dem Druck der konservativen Modernisierungsstrategie

offen zutage, was deren Überprüfung, Effektivierung und Weiterentwicklung zwingend erfordert. Strategischer Bezugspunkt gewerkschaftlicher Politik wird das betriebliche Handlungsfeld bleiben. Allerdings werden mit der Aufnahme von gesellschaftspolitischen Aspekten in die traditionellen gewerkschaftlichen Politikbereiche die Instrumentarien und Handlungskonzepte den Vergesellschaftungsprozessen von Arbeit und Produktion entsprechen müssen. Den »alten« wie den »neuen« Aufgaben der Tarifpolitik kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu: die »ressortmäßige Verselbständigung der einzelnen gewerkschaftlichen Handlungsfelder«⁶³, d. h. die Entgegensetzung von betrieblicher, tariflicher und gesellschaftspolitischer Handlungsebene muß dabei überwunden, die Regelungsinhalte und Integration der unterschiedlichen Interessenbereiche in das tarifliche Regelungssystem erweitert werden. Angesichts der Vergesellschaftungsprozesse muß der Ausbau kollektiver Sicherungen für alle Beschäftigte gleichzeitig betriebs- und beschäftigungsgruppenspezifische sowie individuelle Handlungs- und Entscheidungsspielräume gewährleisten.⁶⁴

Konzeptionell »neues Denken« in Richtung auf die Weiterentwicklung von regelungstechnischen Verfahrensnormen zusammen mit einer qualitativen Erweiterung der tarifpolitischen Regelungsbereiche⁶⁵ muß aber in Rechnung stellen, daß die Gewährleistung der »notwendigen Gleichzeitigkeit von Zentralisierung und Dezentralisierung«⁶⁶ in dem Maße objektiv erschwert wird, in dem die ökonomische Krise und die darauf bezogenen Kapitalstrategien der Entsolidarisierung und Flexibilisierung die Bedeutung der zentralisierenden, vereinheitlichenden Funktion gewerkschaftlicher Politik in besonderer Weise unterstreichen und herausfordern. Ein »Rückzug« auf die klassischen »zentralen« Forderungen, Inhalte, Regelungsbereiche und Handlungsmuster gewerkschaftlicher Tarifpolitik allein würde aber der Komplexität der Widerspruchs- und Konfliktfelder nicht gerecht und einer Entwicklung »komplex integrierter Handlungsstrategien«⁶⁷ entgegenstehen. Gleichzeitig jedoch müssen die mit der Öffnung und Differenzierung verbundenen Gefahren der möglichen Erschließung von Spielräumen für Ka-

pitalstrategien eingedämmt werden. Neben einem ganzheitlichen Interessenvertretungsanspruch, der die wechselseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen der Gefährdungsbereiche Beschäftigung, Einkommen, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Qualifikation berücksichtigt, erweist sich daher eine engere Koordination und systematische Verschränkung der Tarifpolitik mit der gewerkschaftlichen Betriebspolitik, die unter Beibehaltung und Verfestigung eines kollektiven Rahmens und solidarischen Gestaltungsanspruchs betriebliche und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten gewährleistet, als die größte Herausforderung.

Insbesondere die IG Metall verfügt in dieser Hinsicht über einen mit der Entwicklung der »qualitativen Tarifpolitik« gewonnenen konzeptionellen Vorlauf. Der LRTV II stellte über die Regelung neuer Inhalte im Rahmen der »HdA« hinaus einen erstmaligen Versuch dar, die *unmittelbare* »Gestaltungsorientierung« tarifvertraglicher Normen i. S. einer direkten, abschließenden Regelung um eine *mittelbare* »Mitbestimmungsorientierung« zu ergänzen, die tarifliche Rahmenregelungen für arbeitsplatznahe Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und betrieblichen Interessenvertretung einräumte. Mit diesem Konzept, das die IG Metall als Schritt zur »betriebsnahen Tarifpolitik« verstand, wurde bewußt eine Verlängerung von Entscheidungen in die Betriebe hinein über eine Reihe von Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen vorgenommen⁶⁸, um gleichsam der »Herrschaft des Tarifvertrages« unter veränderten Bedingungen Geltung zu verschaffen. Dies war freilich nur möglich, indem im Tarifvertrag bewußt auf eine Konkretisierung bei arbeitsinhaltlichen und arbeitsorganisatorischen Normen verzichtet wurde. Qualitative Ansprüche sind nur bedingt in der für Tarifverträge notwendigen Allgemeinheit in Mindestanforderungen umzusetzen – mit Ausnahme von beispielsweise Mindesttakt-, Pausen- und Erholzeitregelungen. So wurde die betriebliche Interessenvertretung als »Realisierungsinstanz« tarifvertraglicher arbeitsplatznaher Regelungen eingesetzt. Aus dieser zweifachen Offenheit der tariflichen Normen resultierten allerdings *auch* die Umsetzungsschwierigkeiten des

LRTV II, da die Ausgestaltung der produktions- und betriebs-spezifisch bedingten »Konkretionslücken« und die abschließende Regelung der Arbeitsbedingungen weitgehend dem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit auf der betrieblichen Ebene anheim gestellt wurden.⁶⁹

Dabei besteht die Gefahr einer sich verselbständigen »Entwicklung betrieblicher Rationalisierungsschutzpolitik«. Diese kann eine »Aufweichung der Solidaritätsleistung des Tarifvertrages«⁷⁰ bedeuten, wenn die im Zuge der »neuen Produktionskonzepte« vom Management offerierten Partizipationsangebote in kooperative Konfliktlösungsmuster und Strategien des »Co-Managements« (Müller-Jentsch) im Rahmen eines Modernisierungspaktes zwischen aufgeklärten Managementfraktionen und rationalisierungsbegünstigten »modernen Arbeitnehmern« (Kern) einfließen. Sie relativiert sich freilich in dem Maße, wie die betrieblichen Auseinandersetzungen um die Gestaltung von Arbeit und Technik als politischer Konflikt begriffen und in der Verknüpfung von betrieblicher Mobilisierung und Kampfbereitschaft mit gesellschaftspolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen eine qualitativ neue Stufe der Politisierung des gewerkschaftlichen Kampfes erreicht wird.⁷¹ Die Verfahrensnormen des als Weiterentwicklung des LRTV II geltenden, von der IG Metall 1982 für die Tarifgebiete Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden vorgelegten Lohnrahmentarifvertragsentwurfs (»Lohnrahmen-Süd«) können gerade in dieser Hinsicht als Chance begriffen werden, durch die noch stärkere Anbindung der betrieblichen Umsetzung an die Rahmenvorgaben und durch die direkte Einflußnahme des einzelnen Beschäftigten auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen über ein tariflich abgesichertes Vorschlags- und Reklamationsverfahren eine Politisierung der betrieblichen Durchsetzung zu initiieren.⁷² Nicht zuletzt wegen der in dieser Konzeption angelegten Tendenz zur Überwindung des dualen Interessenvertretungsprinzips, aber auch aufgrund seiner weitergehenden direkten Regelungspunkte wurde der »Lohnrahmen-Süd« von den Kapitalverbänden als nicht verhandlungsfähig abgelehnt.

Auf dem tarifpolitischen Forum der IG Metall wurde das

Konzept »flexibler Wahlmöglichkeiten« diskutiert, das die Problematik der Öffnung der Tarifpolitik für die spezifischen betrieblichen Bedingungen bei gleichzeitiger Sicherung des allgemeinen Geltungsanspruchs des Tarifvertrages dahingehend zu lösen versucht, daß die »Festschreibung von mehreren Wahlmöglichkeiten . . . mit klarer Anspruchsgrundlage, unter denen im Betrieb ausgewählt werden kann, aber auch muß«⁷³, verankert wird. Diese Strategie könnte jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die betriebliche Durchsetzungsfähigkeit gestärkt und eine nur betriebszentrierte »Umsetzungsbewegung« vermieden wird. In ähnlicher Weise zielt das Stufenmodell einiger Einzelgewerkschaften auf die Verbindung und stärkere Abstimmung von Betriebs- und Tarifpolitik, dessen erster Schritt die Ausarbeitung von »Aktions- und Arbeitsprogrammen« darstellt.⁷⁴ Die Konzeption der Aktionsprogramme geht davon aus, daß in dem Maße, wie sich die Auseinandersetzungen um eine produzentenorientierte »Gestaltung von Arbeit und Technik« auf die betriebliche Ebene verlagern, diejenigen Fragen an Bedeutung gewinnen, die sich auf die inhaltlich-konzeptionellen und politisch-strategischen Grundlagen der gewerkschaftlichen Betriebspolitik beziehen. Im IG Metall-Programm wird z. B. als »Langzeitaufgabe« die Perspektive entwickelt, die bei der Umsetzung entstehenden »politischen Auseinandersetzungen in den Betrieben wie in der Öffentlichkeit offensiv zu führen und gemeinsam mit den Arbeitnehmern die notwendige Stärke für betriebsübergreifende politische Lösungen zu entwickeln«.⁷⁵ Dennoch wird hier der Bezug zu einem übergreifenden gewerkschaftspolitischen Gesamtkonzept in der praktischen Umsetzung wie in der politischen Orientierung der Aktionsprogramme zu wenig deutlich.⁷⁶ Als Beispiel für eine Teilrealisierung der notwendigen Integration kann – wenn auch nicht in »Programmform« gegossen – die derzeitige Nutzung der schon seit langem bestehenden überbetrieblichen Interessenvertretungsstrukturen in der IG Druck und Papier (sog. Branchenkongressen) als Ansatzpunkt für einen übergreifenden Erfahrungsaustausch und als Instrument für die Entwicklung von produzentenorientierten »Gestaltungsmodellen« mit branchen-

spezifischen Rahmenkonzepten und überbetrieblicher Koordination der Vorbereitung, Entwicklung und Umsetzung tarifvertraglicher Regelungen gelten.⁷⁷ Auch die »Unternehmer auf dem Prüfstand«-Aktionen der IG Metall, wie sie erstmals im Bezirk Stuttgart zur Vorbereitung der Lohn-Tarifrunde im Frühjahr 1983 eingeleitet und seit dem fortgesetzt wurden, können dazu beitragen, sowohl im Vorfeld als auch in der Tarifaus-einandersetzung selbst eine Verankerung der inhaltlichen Forderungen zu erreichen, unverzichtbare Mobilisierungs- und Politisierungsschübe freizusetzen und sich in die gesellschaftlichen und ideologischen Auseinandersetzungen um die Bewältigung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben hegemoniebildend einzuschalten.

Ausgehend von dem der »qualitativen Tarifpolitik« zugrundeliegenden Anspruch der Regelung ganzheitlicher Interessen der Lohnabhängigen, die durch den profitorientierten Einsatz neuer Technologien massiv verletzt werden, verbietet sich eine isolierte Betrachtung der vielfältigen Gefährdungen, die sowohl die traditionellen Kernbereiche der Tarifautonomie – Lohn, Arbeitszeit und Beschäftigung – als auch neue, bisher unterbelichtete tarifpolitische Felder berühren.

(1) Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit kommt dem Ziel der Umverteilung der Arbeit durch eine weitere solidarische Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen mit vollem Lohnausgleich für alle herausragende Bedeutung zu. Allein die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde auf 37,5 pro Woche hat in der Metallwirtschaft über 60 000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen; die Beschäftigungseffekte der Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahre insgesamt lassen sich auf 400 000 Arbeitsplätze veranschlagen.⁷⁸ Doch selbst die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und darüber hinausgehende Schritte können nur in einem integrierten Konzept alternativer Wirtschaftspolitik die Beschäftigungssituation der Lohnabhängigen auf Dauer sichern. Weitere Arbeitszeitverkürzungsschritte durch Lohnverzicht der »Besserverdienenden« und durch die Zustimmung zur Ausweitung der Betriebsnutzungszeiten und Wochenendarbeit erkaufen zu wollen, sind weder

ein taugliches Instrument zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit noch ein »linkes Projekt erster Klasse«. ⁷⁹ Damit würde nicht nur eine solidarische Interessenvertretung untergraben. Gleichzeitig gäbe man den Unternehmen ein weiteres Instrument zur Kompensation der intendierten Beschäftigungseffekte über Produktivitätsausweitungen an die Hand, mit einer noch stärkeren Unterordnung der individuellen Zeitgestaltung der Lohnabhängigen unter das Diktat maximaler Kapitalverwertung.

(2) Neben dem Beitrag zur solidarischen Umverteilung des Arbeitsvolumens besteht ein weiterer dringlicher Handlungsauftrag in der Sicherung der Arbeitsplätze und in der Abwehr der negativen Folgen profitorientierter Rationalisierungsstrategien. Die »klassischen« tariflichen Möglichkeiten des Rationalisierungsschutzes (Kündigungsschutz, Sozialplan) haben sich als unzureichend erwiesen. Eine Verbesserung und Erweiterung des Rationalisierungsschutzes in Richtung auf die Beeinflussung und Steuerung des Rationalisierungsprozesses selbst, in Verbindung mit Formen der Leistungskontrolle und Regelungen der Arbeitsbedingungen i. w. S. sowie Eingriffe in die sog. »wirtschaftlichen und personalpolitischen Angelegenheiten« der Betriebe werden zur unabdingbaren Voraussetzung, wenn die beschäftigungs- und humanisierungspolitischen Effekte der Arbeitszeitverkürzung nicht »versickern« sollen.

In der gewerkschaftlichen Diskussion und tariflichen Praxis gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten und praktischen Vorstößen, die einer integrierten Sichtweise des Rationalisierungsproblems entsprechen und über den kompensatorischen »Absicherungscharakter« der »klassischen« Regelungen hinausweisen. ⁸⁰ Der tarifvertragliche Standard in fast allen Tarifbereichen zur individuellen Arbeitsplatzsicherung bei Rationalisierung (erweiterter Kündigungsschutz, Sicherung eines »gleichwertigen« Arbeitsplatzes, Umschulungs- und Weiterbildungsansprüche) wurde in einigen Tarifverträgen zu absoluten Entlassungsverböten erweitert. Im »Tarifvertrag zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei technischen und arbeitsorganisatorischen Änderungen« (1987) zwischen der Volkswagen AG und der IG Me-

tall wird diese kollektive Sicherung allerdings insoweit entschärft als sich der Anwendungsbereich auf »wesentliche Änderungen der Produktionsabläufe . . . , wesentliche Änderungen der Arbeitsorganisation . . . und wesentliche Erweiterung und/oder Änderung computergestützter Informations-, Kommunikations- und Dispositionssysteme«⁸¹ beschränkt. Dieser Interpretationsspielraum in der Definition von Rationalisierungsmaßnahmen wird durch die Festlegung von sog. quantitativen und qualitativen Besetzungsregeln geschlossen, wie sie in den Anhängen der Manteltarifverträge und im Tarifvertrag für rechnergestützte Textsysteme (RTS) in der Druckindustrie vereinbart werden konnten. Hier ist die Mindestzahl und Qualifikation an einer bestimmten Maschine bzw. für eine bestimmte Tätigkeit zu beschäftigenden Lohnabhängigen vereinbart. Die Kündigung und beabsichtigte ersatzlose Streichung der MTV-Anträge durch die »Druck-Unternehmer« in der Tarifrunde 1988/89 zeigt allerdings, daß diese nicht länger bereit sind, die erreichten beschäftigungswirksamen, leistungspolitischen und arbeitsinhaltlichen Erfolge und die Infragestellung ihrer Dispositionsmacht bei der Personalbesetzung, die ihrer »Deregulierungsstrategie« entgegensteht, hinzunehmen.⁸²

(3) Verteidigung und Ausbau des Normalarbeitsverhältnisses und die tarifliche Regelung zur Abwehr sog. prekärer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse werden zu einer entscheidenden Frage künftiger gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit. Angesichts der Tatsache, daß nur noch 66% der Beschäftigten – bei Hinzurechnung der Arbeitslosen – durch ein Normalarbeitsverhältnis abgesichert sind⁸³, ist der Regelungsbedarf entsprechend groß. Hinter den »tarifpolitischen Notwendigkeiten« – »Sicherung von Arbeitsverhältnissen in Form tariflicher Regularbeitsverhältnisse, tarifliche Gegenwehr gegenüber unternehmerischen Flexibilisierungsbemühungen und volle Mitbestimmung bei Lage und Verteilung der Arbeitszeit sowie bei der Einführung »abweichender Arbeitsverhältnisse« und »Regelung zur Teilzeitarbeit im Arbeitnehmerinteresse«⁸⁴ – bleibt das faktische Regelungsniveau der Tarifverträge zurück. Sowohl im Problembereich der befristeten Arbeitsverhältnisse als auch

bei der sog. »Arbeitnehmerüberlassung« (Leiharbeit) sind die Tarifverträge nur unzureichend in der Lage, die durch das »Beschäftigungsförderungsgesetz« und das »Arbeitnehmerüberlassungsgesetz« geschaffenen Aufweichungen des Schutzes zu kompensieren.⁸⁵

Auch die zunehmende Ausweitung der Teilzeitarbeit vollzieht sich weitgehend im »tariffreien Raum«. Der offensichtliche Bedarf nach »freiwilliger Wenigerarbeit« muß allerdings unter den gegebenen Bedingungen mit erheblichen individuellen Nachteilen erkaufte werden, die im besonderen Maße von Frauen zu bezahlen sind.⁸⁶ Die tarifvertraglichen Regelungen hinken einer erforderlichen repressiven und strikten Regulierung – in puncto genereller Versicherungspflicht, Lage und Verteilung der Mindestarbeitszeit von 20 Stunden, Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeitbeschäftigten, Weiterbildung und beruflicher Aufstieg etc. – der Teilzeitbeschäftigung erheblich hinterher, auch wenn einige Gewerkschaften erste Umsetzungsschritte vorgenommen haben.⁸⁷

(4) Über eine reine Lohnerhöhung hinaus gewinnen technologiepolitische Implikationen der Lohnpolitik bzw. der Lohnstrukturpolitik an Bedeutung. Neben der Abwehr der unternehmerischen Deregulierungsstrategien im Lohnbereich, die im Kern eine Infragestellung der Tarifautonomie darstellen, treten Fragen der Eingruppierung, der Arbeitsbewertung, der Qualifikation und Weiterbildung, die zur Grundlage von Entgeltbegründungen gemacht werden müssen, in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Einkommenspolitik. Dazu muß eine Lohnrahmenpolitik forciert werden, die diese Elemente miteinander verknüpft und in ein umfassendes Arbeitspolitikkonzept integriert.

Insbesondere die IG Metall bemüht sich um die Weiterentwicklung der »Abgruppierungsschutz«-Tarifverträge, die den in der Logik der analytischen, einseitig an den Anforderungen des Arbeitsplatzes orientierten Arbeitsbewertungen liegenden Abgruppierungsautomatismus nur bedingt haben aufheben können, in Richtung auf Entgeltdifferenzierungsverfahren, die unabhängig von technischen Veränderungen, Höhe und Art der

Belastung des Arbeitsvollzugs und qualifikatorischer Anforderung des jeweiligen Arbeitsplatzes die Einkommen sichern. Eine Modifikation der analytischen Einzelarbeitsplatzbewertung erfolgte im »Tarifvertrag über die Lohndifferenzierung« (LODI) zwischen der IG Metall Bezirksleitung Hannover und der Volkswagen AG, indem der Bezug der Arbeitsbewertung auf sog. »Arbeitssysteme« vorgenommen wird, in denen jeweils gleichartige Tätigkeiten zusammengefaßt sind. Die erhebliche Minimierung des Abgruppierungsrisikos mußte allerdings im Tausch für flexibleren Arbeitskräfteeinsatz und mit der Öffnung für arbeitsorganisatorische Rationalisierungen erkaufte werden.⁸⁸ Eine vollkommene Aufgabe der anforderungsbezogenen Arbeitsbewertung wurde im Firmentarifvertrag zwischen der Vögele AG und der IG Metall Bezirk Stuttgart vollzogen. Die Grundlage für die Eingruppierung stellt hier nicht mehr die Arbeitsaufgabe dar, sondern die Qualifikation der Beschäftigten. Dem wechselseitigen Zusammenhang von Rationalisierung, Lohnfragen und Qualifikation wurde damit in neuer Weise entsprochen, weil in dieser Verbindung nicht nur eine absolute Einkommenssicherung – gekoppelt mit der Absicherung des betrieblichen Eingruppierungsniveaus und der Garantie eines monatlichen tariflichen Grundentgelts –, sondern auch ein Qualifikationsanreiz für die einzelnen Beschäftigten erreicht wurde.⁸⁹

(5) Die gewerkschaftliche Qualifizierungspolitik mit dem Ziel der umfassenden beruflichen und politischen Bildung für alle versteht sich als »Element einer Strategie der sozialen Produktivitätsbeherrschung, die durch den Übergang vom Kampf gegen die negativen Folgen der Technik zum Kampf um die soziale Gestaltung der Technik selbst geprägt wird«.⁹⁰ Neben der Verknüpfung der Qualifikation mit der Entgeltfindung, sind entsprechend qualifikationsbezogene Aspekte untrennbar mit arbeitsinhaltlichen, arbeitsorganisatorischen und beschäftigungssichernden Fragen verbunden und auch in diesem erweiterten Rahmenfeld zu regeln. Über die Gewährleistung eines Qualifikationsschutzes für »rationalisierungsbetroffene« Beschäftigte hinaus müssen Rahmenbedingungen festgelegt werden, die den

Anspruch auf Weiterbildung für alle und die institutionelle Voraussetzung zur Durchsetzung dieses Anspruchs schaffen und sichern. Die Konkretisierung des Grundsatzes »Sicherung und Erweiterung der Qualifikation« (§ 4) versucht der bereits zitierte Technik-Tarifvertrag für VW dadurch zu gewährleisten, daß »auf der Grundlage der betrieblichen Personalplanung mit dem Betriebsrat bedarfsgerechte Qualifikationsprogramme rechtzeitig zu vereinbaren« sind und die Festlegung der »Maßnahmen nach Ziel, Art, Dauer, Inhalt und Methode« sowie »die Auswahl der für das Qualifikationsprogramm vorgesehenen Werksangehörigen . . . im Einvernehmen mit dem Betriebsrat«⁹¹ zu erfolgen hat. Auch der neue Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag I der IG Metall für die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden von 1988 enthält neben der ausdrücklichen Verpflichtung, »einen vielseitigen Arbeitseinsatz zu ermöglichen sowie den Erhalt und die Erweiterung der Qualifikation der Beschäftigten zu fördern«, eine verbindliche Beratung mit dem Betriebsrat über den »vom Arbeitgeber ermittelten Qualifikationsbedarf«, auf deren Grundlage »der Arbeitgeber mindestens einmal jährlich den tatsächlich zu deckenden betrieblichen Qualifikationsbedarf«⁹² festlegt. Das angestrebte höhere Qualifikationsprofil der Beschäftigten wird insoweit mit in die materielle Sicherung einbezogen, als die erreichte Höherqualifikation eine Höhergruppierung zur Folge hat. Bleibt diese aus, ist das Unternehmen verpflichtet, einen Ausgleichszuschlag für mindestens 10 Monate in Höhe von 3% des bisherigen Grundlohns oder Tarifgehalts zu zahlen. Allerdings gilt für beide Tarifverträge, daß die Einwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates, der bei der Umsetzung und Ausgestaltung dieses Regelwerkes mit hohen Anforderungen konfrontiert wird, der Problemdimension nicht in ausreichendem Maße entsprechen. So besteht kein erzwingbares Mitbestimmungsrecht bei der Ermittlung des Qualifikationsbedarfs und auch die »Verankerung eines überprüfbaren, gegebenenfalls einklagbaren Anspruchs auf betriebliche Weiterqualifizierung«⁹³ für alle Beschäftigte, konnte nicht durchgesetzt werden. Die formale Entsprechung in der Forderung nach Erweiterung beruflicher Qualifikation,

die den Anforderungen der Produktivkraftentwicklung entspricht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die »zielgruppenorientierte«, »gezielt vom Bedarf am Arbeitsplatz abzuleitende« sowie »die Akzeptanz und Identifikation bei der Anwendung der Techniken erhöhende«⁹⁴ Qualifikationsoffensive des Kapitals die Segmentierungslinien der Rationalisierungsprozesse keinesfalls aufhebt, sondern verstärkt.

(6) Ein weiterer Problemkomplex berührt die Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Eine »menschengerechte Arbeitsgestaltung« hat sowohl lohnpolitische Komponenten als auch Aspekte der Beeinflussung der Arbeitsumgebung, der Arbeitsverfahren und -methoden zu berücksichtigen. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft ohne gesundheitliche Schädigungen und Beeinträchtigungen für die gesamte Dauer des Arbeitslebens kann nur gewährleistet werden, wenn ein Mindestmaß an Arbeitsinhalten geschaffen und umfassende Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden und ihrer Interessenvertretungen für die »Vernutzungsbedingungen« der Arbeitskraft durchgesetzt werden.

»Die Regelung der Leistungsanforderung durch Vereinbarung eines Leistungsspensums unter Festlegung biologisch, sittlich und sozial zumutbarer Arbeits- und Lebensbedingungen für Soll-Leistung überall dort, wo direkte oder indirekte Leistungsvorgaben . . . gemacht werden«⁹⁵, stellt die gewerkschaftliche Zielmarke zur Beschränkung der unablässig steigenden Anforderungen im Leistungslohnbereich dar. Dort wo keine Vorgaben hinsichtlich einer bestimmten Leistung in einer bestimmten Zeiteinheit gemacht werden, kann ein dem Zeitlohn bzw. Gehalt vergleichbarer Entlohnungsgrundsatz eingeführt werden. Entsprechend enthält der »Lohnrahmen-Süd«-Entwurf der IG Metall zwei Entlohnungsgrundsätze: Erstens Entlohnung *mit* vorgegebener Leistung (Leistungslohn) für alle Beschäftigten, denen direkt oder indirekt durch Vorgabe oder Arbeitsablauf bzw. Arbeitsorganisation bestimmte Leistungen abgefordert werden, zweitens den Entlohnungsgrundsatz *ohne* vorgegebene Leistung⁹⁶, bei dem gewährleistet sein muß, »daß jeder direkte oder indirekte Druck auf die Arbeitsleistung des

einzelnen Arbeitnehmers, zum Beispiel in bezug auf Menge, Qualität, Zeit ausscheidet«. ⁹⁷ Die Durchsetzung dieser Regelung ist deshalb so wichtig, weil der in den bisherigen Tarifregelungen kodifizierte traditionelle Leistungsbegriff den konkreten Arbeits- und Leistungsbedingungen nicht mehr gerecht wird. Die individuelle Beeinflußbarkeit der Leistung nimmt mit zunehmender Automatisierung, höheren Anteilen von Prozeß- und Programmzeiten und rigideren Zeitvorgaben bei Fließarbeit sukzessive ab. Damit werden die Grundlagen des tariflichen Akkordsystems in Frage gestellt. Außerdem dient diese Entwicklung den Unternehmern als Argument, immer mehr Beschäftigte in den Zeitlohn abzudrängen und damit das Mitbestimmungsrecht der Interessenvertretung auszuhebeln, das sich lediglich auf die Festsetzung der Anforderungen im Leistungslohn, nicht aber auf die faktische Leistungsabforderung im Zeitlohn oder Gehalt erstreckt. Die im »Lohnrahmen-Süd« geforderte Entlohnungskonzeption eines gemeinsamen Tarifvertrages für Arbeiterinnen und Angestellte trägt der zunehmenden Leistungsverdichtung und der Gefährdung der Entgelte Rechnung, indem der betrieblichen Praxis von sog. »kalten Leistungsvorgaben« durch ein detailliert geregeltes und mitbestimmungspflichtiges Festigungsvorhaben von »Bezugsleistung und Richtsatz für den Leistungslohn« und Vorgaben zur Ermittlung der dafür notwendigen Daten auch im bisherigen Zeitlohn- bzw. Gehaltsbereich Einhalt geboten werden kann. ⁹⁸

In der tarifvertraglichen Praxis sind solche »Zukunftsentwürfe« bisher kaum verwirklicht. Überlegungen der IG Metall für »Entgeltrahmentarifverträge in den 90er Jahren« gehen davon aus, daß anstelle des Lohnanreizes die Gestaltung der Leistungsbedingungen in Form einer Standardleistung oder Personalbemessung tritt und nicht über Bezugsleistung, sondern über Leistungsobergrenzen quasi als »Leistungskompromiß« verhandelt werden sollte. ⁹⁹ Die Konkretisierung der tarifvertraglichen Rahmenvorgaben – Datenermittlungsmethoden, Entlohnungsgrundsätze, Mindesterlohnzeiten u. ä. – müßte dann über ein tariflich festgeschriebenes Mitbestimmungsrecht in Aushandlung zwischen Betriebsrat und Unternehmenslei-

tung erfolgen. D. h. im einzelnen: Mitbestimmung über die Datenermittlung, die Festlegung des Leistungssolls (Soll-Menge, Soll-Vorgabezeit, Soll-Qualität), Personalbesetzung, aber auch Mitbestimmung über die Bedingungen, unter denen diese Leistung zu erbringen ist: Arbeitsorganisation, Arbeitsbedingungen i. e. S. und Fragen der »inneren Struktur« der Arbeitszeit.

Dieser Problembereich der »Qualität der Arbeitsplätze« entzieht sich allerdings in vielen Fällen – über die Konkretisierung gesetzlicher Arbeitsschutzvorschriften, Festschreibung von Mindesttaktzeiten, Mindesterholzeiten und Bandpausen oder Stellen- und Maschinenbesetzungsvorschriften hinaus – einer abschließenden tariflichen Normierung. Die z. T. sehr weitgehenden, tarifvertraglichen festgeschriebenen allgemeinen »Grundsätze menschengerechter Gestaltung der Arbeit« müssen deshalb über eine Ausweitung der Kontroll-, Einspruchs- und Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen und der betroffenen Lohnabhängigen erhärtet werden. Eine tarifvertraglich verankerte Möglichkeit der Einflußnahme bietet der LGRTV I durch ein erweitertes Recht zur Reklamation. Der § 6.7 dieses Vertrages schreibt fest, daß Beschäftigte oder Betriebsrat die bisherigen Einstufungen oder Eingruppierungen reklamieren können, wenn sich z. B. »Anforderungen bei einer Einzelaufgabe« oder »Anforderungen im Aufgabenbereich ändern«.¹⁰⁰ Damit ist über die Reklamation der Entlohnung durch ein festgelegtes Eignungsverfahren, in dem eine paritätisch besetzte Kommission entscheidet, eine indirekte Beeinflussung der Arbeitsbedingungen möglich. Die Forderung der IG Metall nach Vorschlags- und Reklamationsrechten hinsichtlich einer direkten Einflußnahme auf die Arbeitsbedingungen im § 19 des »Lohnrahmen-Süd«, die Forderung im aktuellen Katalog der IG Druck und Papier auf ein Recht, die Arbeit im Falle von Verstößen »gegen Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit . . . oder gesetzliche, tarifvertragliche oder sonstige Pflichten zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit«¹⁰¹ verweigern zu können und die »Beteiligungsforderungen« für die Beschäftigten nach dem § 4 des Technologievertragsentwurfs der HBV für Versicherungen sind in diesem

Punkt beispielhaft für eine künftige, »institutionell« gesicherte Einbeziehung der betroffenen Beschäftigten. Im letztgenannten Entwurf sollen die Beschäftigten bei Rationalisierungsmaßnahmen die Möglichkeit erhalten, »in Projektgruppen . . . die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen zu überprüfen, zu ihnen Stellung zu nehmen sowie Ergänzungen, Korrekturen oder alternative Maßnahmen vorzuschlagen.«¹⁰² Dieses Modell der »Benutzerbeteiligung«, das durch verschiedene Optionsrechte der betrieblichen Interessenvertretung »abgesichert« ist und hinsichtlich der Handhabung und Umsetzung der Projektgruppenvorschläge einen detaillierten Regelungskatalog enthält, hätte den Vorteil, das kollektive »Produzentenwissen« der Lohnabhängigen in den »Gestaltungsprozeß« neuer Technologien einbeziehen und zur Effektivierung einer solidarischen Interessenvertretung nutzen zu können. Freilich kann auch hier die Gefahr der Öffnung von Rationalisierungslücken und -feldern für unternehmerische Strategien nur durch einen parallel zu entwickelnden Politisierungsprozeß gemindert werden.

Die Komplexität der Gefährdungs- und Problemfelder erfordert eine Berücksichtigung der wechselseitigen Durchdringung der einzelnen Regelungsbereiche in Verbindung mit einer Verschränkung von betrieblicher, tariflicher und gesellschaftlicher Handlungsebene. Damit wäre eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der vielfältigen institutionellen, inhaltlichen, instrumentellen und politischen Schwierigkeiten und Probleme der gewerkschaftlichen Tarifpolitik angesichts der mehrdimensionalen Bedrohungen und Gefährdungen eines ausschließlich an Verwertungsinteressen orientierten Einsatzes der neuen Technologien geschaffen. Nur die Einbettung des tarifpolitischen Beitrags in eine alle gewerkschaftlichen Handlungsfelder umfassende Strategie der »Politisierung und Demokratisierung der Arbeit«, die Verbindung der konkreten tarifpolitischen Forderungen mit den grundlegenden gesellschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten, die unternehmerischen Machtpositionen zurückzudrängen, wird die Chancen zu einer gesellschaftlichen Kontrolle der modernen Produktivkräfte eröffnen.

Anmerkungen:

- 1 Lang 1988, 201 ff.
- 2 Hirsch/Roth 1986.
- 3 Goldberg 1988, 138 ff.; Priewe 1988, 91 ff.
- 4 Altmann u. a. 1986.
- 5 Dörre 1989, 85 ff.
- 6 Vgl. dazu den Beitrag von M. Waldschmitt in diesem Band.
- 7 Kern/Schumann 1984, 47.
- 8 Leisewitz 1985, 45. »Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß verhält«, schreibt Marx an vielzitiert Stelle in den Grundrissen über die aus der Analyse des kapitalistischen Produktions- und Arbeitsprozeß erkennbaren Tendenzen und Widersprüche mit Blick auf zukünftige technische Grundlagen einer sozialistischen Produktionsweise. Grundrisse, 592.
- 9 Baethge/Oberbeck 1986.
- 10 Altmann u. a. 1986, 191.
- 11 Allerdings ist die Verwirklichung eines »Gesamtkonzepts industrieller Modernisierung« noch eher im Bereich der »science fiction« anzusiedeln. Die technikfixierte Vision der »Fabrik der Zukunft« bricht sich derzeit an »technischen, konzeptionellen, ökonomischen und strukturellen Schwierigkeiten und Unsicherheiten«; sie gleicht heute »allenfalls einem großangelegten Suchprozeß nach einem solchen Gesamtkonzept«. Dolata 1988, 655.
- 12 Klein 1987, 127.
- 13 Kern/Schumann 1984, 322 f.
- 14 Düll 1985, 143.
- 15 Zur Ambivalenz dieser »sozialen« Rationalisierung und Integration vgl. Breisig 1987 u. Muster 1988.
- 16 Zahlreiche Erhebungen und Bestandsaufnahmen belegen diesen heterogenen und widersprüchlichen Charakter des Einsatzes neuer Technologien sowohl bezüglich der Qualifikationsanforderungen als auch des Belastungsprofils. Vgl. z. B. IG Metall 1983, bes. 59 ff. u. Bibb/IAB 1987, 309 ff.
- 17 Muster 1987, 340 ff.
- 18 Peter 1987, 152 ff.
- 19 Hohe Sensibilität gegenüber den negativen Folgen des Einsatzes neuer Technologien und verstärktes Interesse an inhaltlich-gestalterischen Fragen im Zusammenhang von Arbeit und Technik der Lohnabhängigen dokumentiert die Infas-Studie »Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre«. Vgl. Infas 1987.
- 20 Lange 1987, 240.
- 21 Die Verbesserung der materiellen und sozialen Verhältnisse änderten freilich nichts daran, daß sich das sog. Wirtschaftswunder auf ein »Ausbeutungswunder« gründete, was sich u. a. in der relativen Verminderung des Anteils der Lohn- und Gehaltseinkommen am gesellschaftlichen Wertprodukt äußerte. Deppe u. a. 1981, 351.
- 22 Hensche 1985, 556 f.
- 23 Lange 1988, 31.
- 24 Als einen der Strategieentwicklung vorausgreifenden Beitrag vgl. Pornschlegel 1965. Seine z. T. sehr weitgehenden Vorschläge, die nicht nur auf die Milderung der sozialen Folgen von Rationalisierungsprozessen, sondern auf deren »präventive« und aktive Beeinflussung abzielten, flossen allerdings erst in den 70er Jahren in politische Handlungsorientierungen ein.
- 25 Brenner 1971, 57 f.
- 26 Steinkühler 1984, 192 f.

- 27 Vetter 1973.
- 28 Ebenda 10.
- 29 Lange 1988, 41 ff.
- 30 Vgl. z. B. im Grundsatzprogramm des DGB: DGB 1981, 7.
- 31 Vgl. das »Sozialpolitische Programm des DGB« v. 6. März 1980: DGB 1980, 257.
- 32 H. O. Vetter auf dem 11. DGB-Bundeskongreß 1978, zit. n. Deppe 1979, 32.
- 33 Ebenda, 228 ff. Zum Wandel der »HdA«-Zielstellung aus der Defensive heraus vgl. Trautwein-Kalms/Gerlach 1980, 51 f.
- 34 Peter 1986, 17.
- 35 Lange 1988, 33.
- 36 Ebenda, 63.
- 37 Benz-Overhage 1985, 22.
- 38 Zimmermann 1987, 157.
- 39 Hermann Rappe zit. n. Peter 1987, 160.
- 40 Bleicher 1987, 24.
- 41 Balder 1986, 22.
- 42 Altmann/Düll 1987.
- 43 Baethge/Oberbeck 1986, 81.
- 44 Rossmann 1986, 356.
- 45 Zu den »neuen Anforderungen« an eine gewerkschaftliche Gegenmachtpolitik auf diesem Konfliktfeld vgl. Lange 1987, 247 ff.; Pickshaus 1985, 319 ff. Auf weitere Widerstandskomplexe bezogen vgl. Rossmann 1986, 364 ff.
- 46 Peter 1988, 72.
- 47 Bispinck/Helfert 1987, 321 f.
- 48 Kurz-Scherf 1987.
- 49 Hensche 1987, 9.
- 50 Kurz-Scherf 1988a; Kurz-Scherf 1986a
- 51 Peter 1988, 74.
- 52 Bispinck/Helfert 1987, 320 f.
- 53 Schumann u. a. 1982, 302.
- 54 So der Titel des umfangreichen Positionspapiers der IG Metall zur Qualifikationspolitik: IG Metall 1986.
- 55 Peter 1988, 74 f.
- 56 Birke u. a. 1986, 454.
- 57 IG Metall 1984, 30 ff.; ÖTV 1986, 11 ff.
- 58 Bispinck/Helfert 1987, 325 f.
- 59 Altmann/Düll 1987, 262 ff.
- 60 Hildebrandt 1988.
- 61 Bispinck/Helfert 1987, 324 f.
- 62 Bleicher 1988, 177 f.
- 63 Kurz-Scherf 1986b, 187.
- 64 Vgl. zur detaillierteren Darstellung dieses Problemkomplexes Stegmüller 1988.
- 65 Zwickel 1988, 18.
- 66 Zoll 1981, 21.
- 67 Rossmann 1986, 368.
- 68 Die »offenen« Regelungen im LRTV II schreiben den Abschluß von bis zu 30 entsprechenden und ergänzenden Betriebsvereinbarungen vor. Zum LRTV II vgl. die detaillierte Untersuchung von Schauer u. a. 1984.
- 69 Die von Schauer u. a. in ihrer Untersuchung zur Umsetzung des LRTV II vorgenommene Typisierung von Betriebsräten in »pluralistische«, »traditionelle« und »progressive« korreliert denn auch in dieser Reihenfolge mit zunehmender »Umsetzungskompetenz und -bereitschaft« und wachsendem »Umsetzungserfolg«. Vgl. Ebenda, 327 ff.

- 70 Weinert 1988, 282 ff.
- 71 Deppe 1988, 17; Balduin/Schröder 1988, 258.
- 72 Zur Konzeption und den Regelungsinhalten des »Lohnrahmen-Süd«, der in seiner Grundlage und allen einzelnen Bestandteilen von »qualitativen Arbeitsansprüchen« ausgeht und grundsätzlich den Vorrang technisch-ökonomischer Rationalisierung vor sozialen Ansprüchen verneint, vgl. Riester 1984, 54 ff.
- 73 Zwickel 1988, 18. Vgl. auch die anschließende Aussprache, ebenda, 29 ff.
- 74 Detailliert ausgearbeitete Programme liegen inzwischen von der IG Metall, ÖTV und HBV vor. Vgl. IG Metall 1984; ÖTV 1986; HBV 1986.
- 75 IG Metall 1984, 10.
- 76 Lange 1987, 258 f.
- 77 Birke u. a. 1986, 465.
- 78 Vgl. die Umfrageergebnisse in »Der Gewerkschafter« 11/1988, 10 f. Zu den Beschäftigungseffekten insgesamt vgl. IG Metall 1988a, I 12.
- 79 Lafontaine zit. n. Frankfurter Rundschau v. 26. 01. 1989, 4.
- 80 WSI-Tarifarchiv 1987.
- 81 Dok. in ebenda, 77 ff. (Hervorh. d. V.).
- 82 Hensche 1988, 3.
- 83 Pickshauss 1987, 212.
- 84 Tarifpolitische Notwendigkeiten 1986, 15.
- 85 Zur tarifvertraglichen Regelung befristeter Arbeitsverhältnisse vgl. WSI-Tarifarchiv 1985; vgl. auch den Beitrag von M. Waldschmitt in diesem Band.
- 86 Eine Studie des WZB »Zur Sozio-Ökonomie der Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland« kommt zu dem Ergebnis, daß Teilzeitarbeit nach wie vor Erwerbsarbeit von Ehefrauen ist, und die Arbeitsplätze sowohl unterdurchschnittliche Qualifikationsniveaus als auch durch schlechtere Arbeitsbedingungen i. w. S. gekennzeichnet sind. Eine Dokumentation wesentlicher Ergebnisse findet sich in der Frankfurter Rundschau v. 30./31. 01. 1987.
- 87 Eine Darstellung und Beurteilung der jüngsten »Teilzeit-Tarifverträge« findet sich bei Kurz-Scherf 1988b, 93 ff.
- 88 Brumlop 1986, 664 ff.
- 89 Riester 1984, 67 ff.
- 90 IG Metall 1986, VI.
- 91 WSI-Tarifarchiv 1987, 80 (§ 7).
- 92 IG Metall 1988b, 8 f. (§§ 2.2, 3.2, 3.3). Vgl. zu den weiteren Regelungspunkten des LGRTV I und seine konzeptionelle Einordnung in die Tarifpolitik der IG Metall Bispinck 1988.
- 93 Peter 1987, 73.
- 94 Gesamtmetall 1986, 9 ff.
- 95 Tarifpolitische Notwendigkeiten 1986, 16.
- 96 IG Metall 1982, 17 (§ 12.3).
- 97 Lang/Ohl 1987, 31.
- 98 IG Metall 1982, 18 ff. (§§ 13 ff.).
- 99 Lang/Ohl 1987, 30 f.; Balduin/Schröder 1988, 263 f.
- 100 IG Metall 1988b, 15.
- 101 druck + papier 19/1988, 8.
- 102 HBV 1988, 16 (§ 4).

Literatur:

Altmann/Düll 1987: Altmann, N., Düll, K., Rationalisierung und neue Verhandlungsprobleme im Betrieb, in: WSI-Mitteilungen 5/1987, S. 261 ff.

Altmann, u. a. 1966: Altmann, N., Deiß, M., Döhl, V., Sauer, V., Ein »Neuer Rationalisierungstyp« – Anforderungen an die Industrie- und Arbeitssoziologie, in: Soziale Welt 2–3/1986, S. 191 ff.

Baethge/Oberbeck 1986: Baethge, M., Oberbeck, H., Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung, Frankfurt/M., New York 1986.

Balder 1986: Balder, M. Skepsis gegen soziale Beherrschbarkeit neuer Technologien, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 1/1986, S. 20 ff.

Balduin/Schröder 1988: Baldun, S., Schröder, O.: Perspektiven qualitativer Tarifpolitik. Individuelle Entfaltung auf kollektivem Fundament, in: Steinkühler, F., Bleicher S. (Hrsg.), Zwischen Aufstieg und Rationalisierung: die Angestellten, Hamburg 1988, S. 252 ff.

Benz-Overhage 1985: Benz-Overhage, K., Arbeit und Technik im Betrieb gestalten, in: Bleicher, S. (Hrsg.), Ausstieg? Hamburg 1985, S. 22 ff.

BIBB/IAB 1987: Bundesanstalt für Berufsbildung/Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Neue Technologien: Verbreitungsgrad, Qualifikation und Arbeitsbedingungen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 118, Nürnberg 1987.

Birke u. a. 1986: Birke, M., Schwarz, M., Tholfus, H., Gewerkschaftspolitische Ansätze und Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung von Arbeit und Technik, in: Jahrbuch für Arbeit und Technik in NRW 1986, hrsg. v. W. Fricke u. a., Bonn 1986, S. 451 ff.

Bispinck 1988: Bispinck, R., Rationalisierung, Arbeitspolitik und gewerkschaftliche Tarifpolitik – Das Beispiel des Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrags I für die Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden, in: WSI-Mitteilungen 7/1988, S. 402 ff.

Bispinck/Helfert 1987: Bispinck, R., Helfert, M., Technischer Wandel und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 315 ff.

Bleicher 1987: Bleicher, S., Die soziale Bewältigung der technischen Herausforderung – Zukunftsperspektiven von Arbeit, Gesellschaft und Politik, in: Ders. (Hrsg.), Technik für den Menschen. Soziale Gestaltung des technischen Wandels. Technologiepolitische Konferenz des DGB vom 12.–14. September 1985 in Bonn, Köln 1987, S. 12 ff.

Bleicher 1988: Bleicher, S., Für eine Technologiepolitik der sozialen Zukunft – Arbeit und Technik als Ziel politischer Gestaltung, in: IG Metall (Hrsg.), Technologieentwicklung und Techniksteuerung – Für die soziale Gestaltung von Arbeit und Technik. Materialband Nr. 4 der Diskussionsforen »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit«, Köln 1988, S. 176 ff.

Breisig 1987: Breisig, T., Unternehmerische Sozialtechniken als Herausforderung an die gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Die Mitbestimmung 11/1987, S. 665 ff.

Brenner 1971: Brenner, O., Automation und technischer Fortschritt in der Bundesrepublik, in: Friedrichs, G. (Red.), Computer und Angestellte. Beiträge zur dritten internationalen Automationstagung der IG Metall über Rationalisierung, Automation und technischen Fortschritt, 5.–8. März 1968 in Oberhausen, 2 Bde., Frankfurt/M. 1971, S. 43 ff.

Brumlop 1986: Brumlop, E., Neue Formen der Lohndifferenzierung – Das Beispiel Volkswagen AG, in: WSI-Mitteilungen 10/1986, S. 661 ff.

Deppe 1979: Deppe, F., Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979.

Deppe 1988: Klima verändern. Tarifpolitik und gesellschaftliche Mobilisierung, in: Der Gewerkschafter 6/1988, S. 16 f.

Deppe u. a. 1981: Deppe, F., Fülberth, G., Harrer, (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1981.

DGB 180: Das »Sozialpolitische Programm des DGB« v. 6. März 1980, dok. in: Arndt, G. u. a., DGB-Programm '81. Untersucht für die Praxis, Frankfurt/M. 1981.

DGB 1981: DGB-Grundsatzprogramm, hrsg. v. DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1981.

Dörre, 1989: Dörre, K., Modernisierungspakt statt Gegenmacht? Individualisierung und Gewerkschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1989, S. 84 ff.

Dolata 1988: Dolata, U., Stolpersteine auf dem Weg zur automatischen Fabrik – Stand und Entwicklungstrends industrieller Automatisierung in der Bundesrepublik, in: WSI-Mitteilungen 11/1988, S. 648 ff.

Düll 1985: Düll, K., Gesellschaftliche Modernisierungspolitik durch neue Produktionskonzepte? in: WSI-Mitteilungen 3/1985, S. 141 ff.

Gesamtmittel 1986: Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V. – Gesamtmittel (Hrsg.), Neue Technik und Arbeit – Empfehlungen an die Unternehmer der Metallindustrie, Köln 1986.

Goldberg 1988: Goldberg, J., Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch, Köln 1988.

Grundrisse: Marx, K., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857–1858, Frankfurt/M., Wien o. J.

HBV 1986: Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Zukunft der Arbeit im Dienstleistungssektor – Arbeitsprogramm: Aufgaben und Ziele in der Rationalisierungs- und Technologiepolitik, Düsseldorf 1986.

HBV 1988: Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Entwurf eines Technologie-Tarifvertrages für das Versicherungsgewerbe, dok. in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 2/1988, S. 16 f.

Hensche 1985: Hensche, D., Es wird Zeit, auch einmal nein zu sagen. Wo soziale Beherrschbarkeit zur Lebenslüge werden kann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1985, S. 554 ff.

Hensche 1987: Hensche D., Nachbetrachtung zur Tarifbewegung, in: druck + papier 12/1987, S. 6 ff.

Hensche 1988: Hensche, D., Vor einer tarifpolitischen Bewährungsprobe, in: druck + papier 25/1988, 3.

Hildebrandt 1988: Hildebrandt, E., Für eine tarifvertraglich flankierte Betriebspolitik, in: Die Mitbestimmung 10/1988, S. 549 ff.

Hirsch/Roth 1986: Hirsch, J., Roth, R., Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg 1986.

IG Metall 1982: IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart (Hrsg.), Forderungen für einen Lohnrahmentarifvertrag, Südwürttemberg-Hohenzollern/Südbaden, o. O. 1982.

IG Metall 1983: IG Metall, Vorstand (Hrsg.), »Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht«, Rationalisierung in der Metallwirtschaft – Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1983.

IG Metall 1984: IG Metall, Vorstand (Hrsg.), »Der Mensch muß bleiben!« Aktionsprogramm Arbeit und Technik, Frankfurt/M. 1984.

IG Metall 1986: IG Metall, Vorstand (Hrsg.), »Solidarität statt Konkurrenz: Arbeit und Bildung für alle« – Positionspapier zur Qualifizierungspolitik, Frankfurt/M. 1986.

IG Metall 1988 a: IG Metall, Vorstand, »Solidarität mit den Arbeitslosen statt Resignation vor der Restauration«. Ein Positionspapier der IG Metall, I/II, dok. in: Frankfurter Rundschau v. 6./7. 04. 1988, S. 12/11.

IG Metall 1988 b: IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart (Hrsg.), Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag 1 1988, Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden, o. O. 1988.

Infas 1987: Institut für angewandte Sozialforschung, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, hrsg. v. d. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf o. J. (1987).

Kern/Schumann 1984: Kern, H., Schumann, M., Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984.

Klein 1987: Klein, D., *Krisen des Kapitalismus – Strategien und Tendenzen*, Berlin (DDR) 1987.

Kurz-Scherf 1986 a: Kurz-Scherf, I., Von der Emanzipation des Brunnenmädchens in Heilbädern – Frauenförderung und Frauendiskriminierung durch Tarifvertrag und Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 8/1986, S. 537 ff.

Kurz-Scherf 1986 b: Kurz-Scherf, I., Mitbestimmung durch Tarifvertrag – Konzeptionelle und praktische Ansätze zur Begrenzung unternehmerischer Entscheidungsgewalt durch gewerkschaftliche Tarifmacht, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 185 ff.

Kurz-Scherf 1987: Kurz-Scherf, I., Zeit(t)räume per Tarifvertrag – Oder: Die Renaissance der betriebsnahen Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 8/1987, S. 492 ff.

Kurz-Scherf 1988 a: Kurz-Scherf, I., Von der erschöpften Geduld der Frauen, dok. in: Frankfurter Rundschau v. 20. 10. 1988, S. 10 f.

Kurz-Scherf 1988 b: Kurz-Scherf, I., Tarifpolitik und Arbeitskämpfe in: Kittner, M. (Hrsg.), *Gewerkschaftsjahrbuch 1988*, Köln 1988, S. 69 ff.

Lang 1988: Lang, K., Sachzwang Technik? Der neokonservative Angriff auf die gewerkschaftliche Politik, in: Bleicher, S., Stamm, J. (Hrsg.), *Fabrik der Zukunft. Flexible Fertigung, neue Produktionskonzepte und gewerkschaftliche Gestaltung*, Hamburg 1988.

Lang/Ohl 1987: Lang, K., Ohl, K., Akkordsystem wird untergraben, in: *Der Gewerkschafter* 12/1987, S. 29 ff.

Lange 1987: Lange, H., Gewerkschaften und Technologiepolitik, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 13/1987, S. 239 ff.

Lange 1988: Lange, H., Soziale Technikgestaltung – Entstehung und Probleme einer gewerkschaftlichen Schlüsselforderung, in: Ders., Haag, D. (Hrsg.), *Mensch und Technik 2000*, Frankfurt 1988, S. 17 ff.

Leisewitz 1985: Leisewitz, A., Umbruchperiode und gewerkschaftliche Technologiepolitik, in: *Marxistische Blätter* 6/1985, S. 44 ff.

Muster 1987: Muster, M., Chancen und Schwierigkeiten arbeitspolitischer Interessenvertretung in der Automobilindustrie, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 337 ff.

Muster 1988: Muster, M., Das doppelte Lottchen. Gruppenarbeit in der Automobilindustrie: Zwischen Managementstrategie und neuer Arbeitskultur, in: *Sozialismus* 10/1988, S. 61 ff.

Peter 1986: Peter, L., „Technologischer Determinismus“ und Bewußtsein der Arbeiterklasse, in: *Marxistische Blätter* 6/1986, S. 15 ff.

Peter 1987: Peter, L., Neue Formen der Rationalisierung. Industriesoziologische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 13/1987, S. 143 ff.

Peter 1988: Peter, L., Demokratisierung der Arbeit?, in: *Marxistische Blätter* 5/1988, S. 70 ff.

Pickshaus 1985: Pickshaus, K., Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften, in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF* 9/1985, S. 306 ff.

Pickshaus 1987: Pickshaus, K., Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektiven des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF* 13/1987, S. 200 ff.

Pornschlegel 1965: Pornschlegel, H., Tarifpolitik und technischer Fortschritt in der Bundesrepublik, in: Friedrichs, G. (Red.), *Automation – Risiko und Chance. Beiträge zur zweiten Internationalen Automationstagung der IG Metall über Rationalisierung, Automation und technischen Fortschritt*, 16.–19. März 1968 in Oberhausen, 2 Bde., Frankfurt/M. 1965, S. 991 ff.

Priewe 1988: Priewe, J., Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die krisentheoretische Debatte, Köln 1988.

Riester 1984: Riester, W., Aktuelle und langfristige Aufgaben in der Tarifpolitik, in: Mahlein, K. u. a. (Hrsg.), *Tarifpolitik unter Krisenbedingungen*, Frankfurt/M. 1984, S. 51 ff.

Rossmann 1986: Rossmann, W., Vergesellschaftung, Krise und gewerkschaftliche Gegenmacht. Studien zu Strukturveränderungen der »industriellen Beziehungen« in der Bundesrepublik (1969 bis 1984), Marburg 1986.

Schauer u. a. 1984: Schauer, H. u. a., Tarifvertrag zur Verbesserung industrieller Arbeitsbedingungen. Arbeitspolitik am Beispiel des Lohnrahmentarifvertrags II, Frankfurt/M., New York 1984.

Schumann u. a. 1982: Schumann, M. u. a., Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft, Frankfurt/M. 1982.

Stegmüller 1988: Stegmüller, K., Technologischer Wandel – Arbeitspolitik – Gewerkschaftliche Tarifpolitik. Diplomarbeit im Fach Politikwissenschaft, Marburg 1988.

Steinkühler 1984: Steinkühler, F., Einbahnstraße Technik? Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den »neuen Technologien« in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1984, S. 188 ff.

Tarifpolitische Notwendigkeiten 1986: »Tarifpolitische Notwendigkeiten der sozialen Gestaltung des Wandels von Technik und Arbeitsorganisation«. Vorschlag der Abteilungsleiter »Tarifpolitik« der DGB-Gewerkschaften, dok. in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 9/1986, S. 14 ff.

Trautwein-Kalms/Gerlach 1980: Trautwein-Kalms, G., Gerlach, G., Gewerkschaften und Humanisierung der Arbeit – Zur Bewertung des HdA-Programms, Frankfurt/M., New York 1980.

Vetter 1973: Vetter, H. O., Humanisierung der Arbeitswelt als gewerkschaftliche Aufgabe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1973, S. 1 ff.

Weinert 1988: Weinert, R., Betriebliche Rationalisierungsschutzpolitik. Ein Beitrag zur »Dezentralisierung« kollektivvertraglicher Regelungen, in: Soziale Welt 3/1988, S. 279 ff.

WSI-Tarifarchiv 1985: WSI-Tarifarchiv, Elemente qualitativer Tarifpolitik, Nr. 3, Tarifvertragliche Regelungen zu befristeten Arbeitsverhältnissen, Düsseldorf 1985

WSI-Tarifarchiv 1987, WSI-Tarifarchiv, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 6, Tarifvertraglicher Rationalisierungsschutz, Düsseldorf 1987.

Zimmermann 1987: Zimmermann, L., Gewerkschaftliche Tarifpolitik – Instrument zur sozialen Gestaltung des technischen Wandels?, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in NRW 1987, hrsg. v. W. Fricke u. a., Bonn 1987, S. 153 ff.

Zoll 1981: Zoll, R., Partizipation oder Delegation. Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1981.

Zwickel 1988: Zwickel, K., Aktive Tarifpolitik auf dem Weg in das 21. Jahrhundert – Soziale Arbeitsverfassung und industrielle Demokratie, in: IG Metall (Hrsg.), Tarifpolitik im Strukturwandel. Arbeitsverfassung und industrielle Demokratie, Materialband Nr. 6 der Diskussionsforen »Die andere Zukunft: Sozialararität und Freiheit«, Köln 1988, S. 11 ff.

Flexibilisierung und gewerkschaftliche Gegenwehr

1. Einleitung

Die Flexibilisierungskonzepte des Kapitals gewinnen für die Gewerkschaftsbewegung einen immer wesentlicheren Stellenwert. Spätestens in den Tarifaueinandersetzungen in der Metall- und Druckindustrie 1984 wurde offenkundig, daß Flexibilisierung für die Arbeitgeberverbände nicht ein Schlagwort ist, sondern eine – v. a. vom Monopolkapital formulierte – strategische Handlungsleitlinie. Diese strategische Option ist seitdem weiterentwickelt worden und trifft mittlerweile auch auf breite Zustimmung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Bevor die strategische Komponente der Flexibilisierungskonzeption analysiert wird, muß ausgeleuchtet werden, auf welchem Hintergrund sie entstand und entwickelt wurde. Technologische und ökonomische Entwicklungen in der Umbruchperiode kapitalistischer Vergesellschaftungsprozesse der Gegenwart vermitteln die Einsicht, daß die Gewährleistung produktionsökonomischer Flexibilität für das Einzelkapital entscheidende Voraussetzung der weiteren Konkurrenzfähigkeit ist. Dazu bedarf es der Herstellung geeigneter Strukturen der Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung.

Hier wird die These vertreten, daß Flexibilisierungskonzepte nicht ein Reflex auf die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Verkürzung der tariflichen Regelarbeitszeit sind, sondern durch diese nur verstärkt werden. Inzwischen haben sich die Arbeitgeberverbände auf tarifliche Arbeitszeitverkürzungen dergestalt

eingerrichtet, daß diese bei der Bestimmung tariflicher Zielkataloge in die Flexibilisierungskonzeption einbezogen werden.¹ Es ist deshalb durchaus denkbar, daß – unter der Voraussetzung, daß die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sich nicht entscheidend verschlechtern – in der Metall- und Druckindustrie 1990 ohne größere Auseinandersetzungen (ähnlich wie 1987) die 35-Stunden-Arbeitswoche um den Preis der Festschreibung und Erweiterung der bereits 1984 und 1987 vereinbarten Flexibilisierungselemente erreicht werden kann. Den Arbeitgeberverbänden geht es vorrangig um weitere Erfolge in der Flexibilisierungspolitik, damit Arbeitszeitverkürzungen nicht beschäftigungswirksam werden können und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich weiter zu ihren Gunsten verschieben.

Strategische Bedeutung erlangt die Flexibilisierungskonzeption dadurch, daß sie integraler Bestandteil von Rationalisierungskonzepten in der Umbruchperiode wird. Rentabilitätssteigerungen (und damit Wettbewerbsvorteile) lassen sich gegenwärtig v. a. durch Kostensenkungsmaßnahmen erzielen. Damit rücken personalwirtschaftliche Flexibilisierungskonzeptionen ins Zentrum von Rationalisierungspolitiken.

Für die Gewerkschaftsbewegung geht es darum, diese strategischen Momente einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln und gleichzeitig deren nachteilige soziale, gesundheits-, familien- und freizeitpolitische Konsequenzen ins Bewußtsein zu heben. Dies kann nur vor dem Hintergrund entwickelter eigener Arbeitszeit- bzw. Arbeitsgestaltungskonzepte geschehen und erfordert die Aktivierung und Mobilisierung der Mitgliedschaft bei der Erarbeitung dieser Konzepte.

2. Hintergrund: Technologische und ökonomische Umbrüche

Rationalisierungsprozesse zielen auf die produktionsökonomische Durchdringung des Produktionsprozesses, d. h. die Warenproduktion wird unter dem Gesichtspunkt ihrer zeitökonomischen Gestaltung analysiert, um die aufzuwendende Produktionszeit verringern zu können. Gleichzeitig müssen aber auch marktökonomische Bedingungen beachtet werden, da sonst der Zusammenhang von Produktions- und Verwertungsprozeß zerreißen würde. Rationalisierungsstrategien müssen daher unter den je spezifischen markt- und produktionsökonomischen Anforderungen entwickelt werden.²

2.1 Eine neue technologische Produktionsweise

Der Reproduktionstyp des bundesrepublikanischen Kapitals hat sich seit dem Ende der 70er Jahre gewandelt. Der Typ der intensiv erweiterten Reproduktion wird zunehmend durch die Übertragung von innovativen Erkenntnissen aus der wissenschaftlich-technischen Revolution (wtR) und die Einführung informationsverarbeitender Technologien ergänzt.³ Das hat Auswirkungen auf die Rationalisierungspotentiale, die sich einer Automationspolitik in den Betrieben eröffnen. Die betriebswirtschaftliche Literatur vertrat früher die These, daß Rationalisierung durch Automation und betriebliche Elastizität sich gegenläufig zueinander verhalten und automatisierte Fertigungsprozesse nur durch kapitalintensive, produktionsökonomisch starre Produktionsverfahren für standardisierte, vereinheitlichte Produkte in der Massenfertigung zu verwirklichen seien.⁴

Die Diffusion computergestützter Automationstechnologien hat nun zwei veränderte Zielstellungen zum Inhalt. Zum einen ermöglichen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, Automationslösungen für unterschiedliche Auf-

gabenstellungen bereitzustellen. Voraussetzung dieser universellen Anwendbarkeit der neuen Automationstechnologien war die Revolutionierung der Steuer- und Prozeßrechentechnik. Mikroelektronische Grundlagenelemente als Kernstück neuer Maschinen- und Anlagensteuerungen basieren auf der Miniatürisierung mikroelektronischer Schaltungen, der freien Programmierbarkeit von Mikroprozessoren (kleine, hocheffektive Rechenwerke), ihrer dezentralen Verfügbarkeit und dem rapiden Preisverfall für dadurch bereitgestellte Prozeßrechenkapazität.

Die flexible Automation erhöht im Bereich kapitalintensiver Anlagen (der Groß- und Massenserienfertigung) die Wiederverwendbarkeit des Maschinenparks nach einer Produktionsumstellung bzw. nach der Einführung eines neuen Produkts und verkürzt die Umstellungszeit erheblich. Im laufenden Produktionsbetrieb lassen sich Änderungen der Fertigungspläne und -konzepte und des Fertigungsflusses vornehmen, die eine jeweils optimale Abstimmung der Anlagenkapazitäten an die Fertigungssituation (Engpässe, Maschinenschäden etc.) und die übergeordneten Absatz- und Kostenminimierungsstrategien gestatten. Die neuen Technologien erweitern die produktionsökonomische Flexibilität auch von komplexen Bearbeitungsvorgängen in der Produktion. Durch die neuen Technologien sind nun die Voraussetzungen dafür gegeben, daß »Automation und Flexibilität zu kompatiblen Größen werden«⁵ können. Ihre Rationalisierungsrelevanz besteht in dem durch »mehr Elastizität und größerer Funktionalität erweiterten Zugriffshorizont technischer Systeme.«⁶ Diese flexiblen Automationstechnologien begründen ein neues »Flexibilisierungs-Paradigma«.⁷ Es ist daher zu erwarten, daß der Bereich der Klein- und Mittelserienfertigung, der bisher der Automation wegen der produktionsökonomisch geforderten Elastizität nicht zugänglich war, nun durch flexible Automationstechnologien durchdrungen wird. Im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor werden vor allem formalisierte, einfache Sachbearbeitertätigkeiten einer stärkeren Rationalisierung durch die neuen Automationstechnologien erschlossen.

Zweitens lassen sich diese weitgehend dezentral (an bestimmten Arbeitsplätzen bzw. in bestimmten Arbeitsprozessen) ablaufenden Automationsprozesse in einem bereichs- und funktionsübergreifenden Vernetzungsprozeß integrieren. Diese Verknüpfung bisher inselartig sich vollziehender Automationsprozesse sowie separierter Funktionsbereiche im Unternehmen setzt weitere Rationalisierungspotentiale frei und erhöht darüber hinaus im Zuge einer systematischen Durchleuchtung, Überprüfung und Neufestsetzung von Struktur und Zeitökonomie betrieblicher Arbeitsteilung, Handlungsabläufe, Informations- und Materialflüsse die Transparenz für das Management dadurch, daß der Produktionsstand umfassender, aktueller und authentischer beurteilt werden kann.

Die neuen Technologien führen aufgrund dieser Elastizitäts- und Integrationswirkungen zu einer »neuen technologischen Produktionsweise«, die die »Übertragung geistig-intellektueller, informationsverarbeitender und logischer Arbeitsfunktionen des Menschen auf technische Mittel«⁸ beinhaltet. Damit werden Erfahrungswissen, Kombinations- und Entscheidungsvermögen in komplexen Arbeitssituationen der Automation zugänglich. Vieles spricht jedoch dafür, daß die neuen Technologien erst in den neunziger Jahren und nach der Jahrtausendwende ihre volle Wirksamkeit entfalten werden.

2.2 Veränderte Nachfragebedingungen auf den Märkten

Die Situation auf den Nachfragemärkten ist seit den zyklischen Kriseneinbrüchen von 1974/75 und 1980/82 durch wachsende Disproportionen der einzelnen Sektoren des Produktions- und Reproduktionsprozesses, durch eine Stagnation der Massenkaufkraft infolge der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und verschlechterter (Einkommens-)Verteilungsrelationen, durch eine (relevante) Sättigungstendenz der Nachfragemärkte und durch ein dauerhaft verlangsamtes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet.⁹ Vor allem das Monopolkapital und hier das im Investitionsgüterbereich tätige Monopolkapital versucht, dieser

Verschlechterung von Verwertungsbedingungen auf dem nationalen Markt durch eine stärker auf die internationalen Märkte abgestellte Absatzpolitik entgegenzuwirken und tritt dabei in einen verschärften Wettbewerb mit anderen, vorwiegend international operierenden Kapitalen.

Diese Faktoren bewirken eine verstärkte Binnendifferenzierung der Nachfragemärkte. Die Stagnation der Gesamtnachfrage treibt im Wettbewerb die Konkurrenz der Anbieter untereinander an, gleichzeitig zeichnet sich eine stärker ausgeprägte Differenzierung des Konsumentinnen- und Konsumentengeschmacks ab. Als Wettbewerbskriterium verliert daher der Preis des Produkts gegenüber der angebotenen Qualität und Funktionalität an Bedeutung. Dies gilt sowohl für die Konsum-, als auch für Investitionsgüterindustrien. Die Produktdifferenzierung wird nun neben dem hohen Standard der Produktqualität, dem flexiblen Eingehen auf Anforderungen der Abnehmerfirmen und Kunden- bzw. Kundinnenwünsche, und der Fähigkeit, das Produktprogramm zu diversifizieren und innovativ zu erneuern (Produktvariabilität und -vielfalt) für die Konkurrenzposition entscheidend. Dieser Konkurrenzkampf auf stagnierenden Märkten ist als »Verdrängungswettbewerb«¹⁰ zu kennzeichnen. Er führt zu einer Verkürzung von Produktlebens- und Innovationszyklen. Der moralische Verschleiß wird also nicht nur durch den technischen Wandel im Zuge der wtR, sondern immer stärker auch durch die sich rasch wandelnden Anforderungen der Nachfragemärkte beschleunigt vorangetrieben. »Innovationsfähigkeit, Flexibilität und Terminbonität sind daher die entscheidenden Merkmale von Wettbewerbsfähigkeit unter Verdrängungsbedingungen.«¹¹

Diese Wettbewerbsverschärfung hat Auswirkungen auf das Verhältnis von markt- und produktionsökonomischen Anforderungen an Rationalisierungsstrategien, die sich angesichts der Wettbewerbsverschärfung auf den nationalen und internationalen Märkten nicht mehr vorwiegend auf produktionsökonomische Effizienzsteigerung konzentrieren können, sondern eine »optimale Reagibilität der Produktionsstrukturen und -abläufe gegenüber den Marktvarianzen in fast allen Produktionsberei-

chen unabhängig vom erreichten Stand zeitökonomischer Durchdringung des Produktionsprozesses¹² sicherstellen müssen. Der Einsatz der neuen Technologien dient somit auch einer neuen Ausbalancierung von markt- und produktionsökonomischen Flexibilitätsanforderungen.

2.3 Produktionsökonomische Anpassungsstrategien der Einzelkapitale

Aus den veränderten produktions- und marktökonomischen Handlungsanforderungen schält sich immer stärker eine auf die Gesamtoptimierung aller unternehmensrelevanten Wertschöpfungsprozesse gerichtete Rationalisierungsstrategie heraus. Diese setzt an den für die Gesamtverwertung des eingesetzten Kapitals zentralen Problembereichen an. Sie lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

(1) Die Verkürzung von Auftragsbearbeitungszeiten ist dort besonders dringlich, wo die Rüst- und Nebenzeiten einen relevanten Anteil an den Durchlaufzeiten bilden.¹³ Nur wenn ein Unternehmen schnell und mit gesicherten Terminen liefern kann, steigen seine Chancen, den eigenen Marktanteil behaupten und ausbauen zu können. Dazu werden die produktionsvor- und nebengelagerten Bereiche (Auftragsverwaltung, Konstruktion, Arbeitsvorbereitung) zunehmend computergestützt abgewickelt, um die teilweise erheblichen Zeitanteile an den Durchlaufzeiten zu verkürzen. In der Produktion selbst wird durch neue betriebswirtschaftliche Analyseverfahren (Konzept der Fertigungssegmentierung) der Auftragsdurchfluß einer zeitökonomischen Rationalisierung zugänglich gemacht. Daneben ist die Umstellungszeit bei Modell- und Typenwechseln bzw. der Typenvariation als zweiter zeitkritischer Faktor für den Auftragsdurchfluß anzusehen. Gerade hier erweisen sich flexible Automationstechnologien als besonders geeignet, Umstellungs- und Umrüstzeiten zu minimieren.

(2) Die Verbesserung der Anlagen- und Kapazitätsauslastung wird angesichts der Stagnation der Nachfragemärkte und

der strukturellen Überakkumulation von fixem Kapital¹⁴ immer entscheidender für die Verwertung des eingesetzten Kapitals. Prinzipiell lassen sich zwei Formen unterscheiden, den Auslastungsgrad des Anlagevermögens zu steigern: Zum einen durch eine rationellere Anlagen- und Kapazitätsauslastung im Normalbetrieb. Hierbei geht es um ein verbessertes Verhältnis von Haupt- und Neben- bzw. Rüstzeiten.¹⁵ Dem dient zunächst eine rationellere Reihenfolge des Auftragsdurchflusses (vgl. Punkt (1)). Um das Verhältnis des Kapitalbindungsgrades von zirkulierendem Kapital (Halb- und Fertigwaren) und fixem Kapital (Anlagevermögen) zu optimieren, wird auf Werkstattebene eine Integration von Verrichtungsprinzip und Flußoptimierung im Konzept der Fertigungssegmentierung angestrebt. Dies zielt darauf, kleinere Kapazitätsquerschnitte im Verhältnis zum Umsatz zu bilden, ohne daß dabei ablaufbedingte Engpaßsituationen und Stockungen überhand nehmen. Zum anderen läßt sich der Auslastungsgrad durch eine Ausdehnung der Anlagennutzungszeit steigern. Die Potentiale hierfür werden durch zwei- bzw. dreischichtige Nutzung an Werktagen und durch Nutzung von Wochenenden und Feiertagen erschlossen.¹⁶ Der Druck zur Ausnutzung dieser Potentiale ist besonders in kapitalintensiven Bereichen groß. Denn durch eine höhere Ausbringungsmenge lassen sich die anteiligen Kapitalkosten am Produkt reduzieren und durch eine schnellere Wertübertragung (v. a. des fixen Kapitals) beschleunigt sich der Kapitalumschlag des Anlagevermögens. Der Kapitalbindungsgrad läßt sich gleichzeitig in Verbindung mit einem zügigeren Materialfluß vermindern.

(3) Für die Verwertungssituation ist weiterhin von Belang, daß die neuen Logistikkonzepte den Materialdurchfluß effektivieren und den Wertanteil des Materials am Kapitalvermögen senken.¹⁷ Dies erfordert, durch eine engere »Abtaktung von Produktion und Materialwirtschaft«¹⁸ die Umlaufgeschwindigkeit und den Durchfluß des Materials zu erhöhen.

2.4 CIM – eine neue Rationalisierungsphilosophie

Wohin die technischen und ökonomischen Rationalisierungsstrategien zielen, läßt sich wie in einem Brennglas an der Vorstellung beleuchten, durch informationstechnologische Vernetzung und ineinandergreifende, synchrone Abstimmungsprozesse im Unternehmen eine völlig neue betriebliche Struktur herbeizuführen. Die Zukunftsvision der auf Unternehmensberatung und Rationalisierungsplanung spezialisierten Industrie heißt CIM (computer integrated manufacturing).¹⁹ Nicht bestreiten läßt sich, daß hier zuweilen zuviel »versprochen« wird, insbesondere dann, wenn sozusagen ein Paket von Hard- und Software als Lösungsmodell angepriesen wird. Gerade in Großunternehmen und kapitalintensiven Unternehmensbereichen wird jedoch langfristig daran gearbeitet, Teilbereiche der Produktion systemtechnisch zu verknüpfen, Informations- und Materialflüsse auf zentraler Ebene steuerbar zu machen, und Abläufe nach ökonomisch-technischen Gesamtstrategien zu optimieren. CIM erweist sich bei näherer Betrachtung also vor allem als Rationalisierungsphilosophie. Unerheblich für den Erfolg dieser Strategien ist dabei die Frage, welcher Anteil an angewandter lebendiger Arbeitskraft »wegrationalisiert« werden soll, denn im wesentlichen geht es ja nicht um punktuelle technisch-organisatorische Rationalisierungen, sondern um eine rationalere, aufeinander abgestimmte Neukomposition betrieblicher Abläufe, Arbeitsprozesse, Zuständigkeiten und Kompetenzen unter betriebswirtschaftlichen Kriterien. Die Faszination für die Akteure auf Kapitalseite geht dabei sicherlich von der Vorstellung aus, durch einen erweiteren Einblick in das betriebliche Geschehen jederzeit Zugriff auf dieses zu haben und so unabhängiger von der Willfähigkeit der angewandten lebendigen Arbeitskraft zu werden.

3. Strategische Ziele der Flexibilisierungsstrategien

3.1 Ökonomisierung der konstanten fixen Kapitalkosten

Eine Ökonomisierung der fixen Kapitalkosten läßt sich bei Ausschöpfung technischer und organisatorischer Rationalisierungspotentiale nur noch durch eine Entkoppelung der Betriebs- von den Arbeitszeiten steigern. Ganz allgemein ist davon auszugehen, daß steigende Kapitalintensitäten aus betriebswirtschaftlicher Sicht Überlegungen fördern, den Aufbau von Produktionskapazitäten nicht am maximalen Niveau der Nachfrage auszurichten, weil Produktionsschwankungen dann zu zeitweise unausgelasteten kostenintensiven Kapazitäten führen, die im Vergleich zu den Kapitalbindungskosten der Lagerhaltung bei verstetigtem Produktionsverlauf höhere Kapitalkosten verursachen.²⁰ Eine Kostenentlastung ergibt sich dadurch, daß bei einer Verlängerung der Nutzungsdauer des Anlagevermögens die Ausbringungsmenge im Verhältnis zum Kapitaleinsatz steigt. Dadurch erhöht sich die Kapitalproduktivität, die Kapitalstückkosten sinken. Vor allem, wenn die Arbeitsproduktivität langsamer als die Kapitalintensität wächst, soll den sich ergebenden Ertragseinbußen durch eine Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten entgegengewirkt werden. Eine schnellere Amortisation der getätigten Investitionssummen verringert die Risiken des technischen Wandels.

Die Diskussionen um eine Flexibilisierung der Arbeitszeit haben sich in der jüngsten Zeit immer stärker mit der Forderung der Unternehmerverbände und Einzelkapitale nach einer Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten (v. a. durch Nachtschichtarbeit und durch Einbezug des im Verarbeitenden Gewerbe weitgehend nicht mehr genutzten Wochenendes²¹) und einer weiteren Entkoppelung von Maschinenlaufzeiten und Arbeitszeiten (versetzte Pausen/Arbeitszeiten und überlappende Schichtzeiten) verbunden.²² Triebkraft dieser Vorstöße – und

einer mit Wohlwollen betriebenen publizistischen Berichterstattung über spektakuläre »Pilotprojekte« der Entkoppelungspolitik – ist das Kapitalinteresse an einer zeitintensiveren Nutzung der vorhandenen Produktionspotentiale, das im Zusammenhang steht mit der Verkleinerung der Anlagenkapazitätsquerschnitte im Verhältnis zur Umsatzhöhe. Im Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre wird hier die Tendenz sichtbar, den Kapitalstock (als Ausdruck des konstanten fixen Kapitals) nur unterproportional im Verhältnis zu erzielten Umsatzsteigerungen zu erhöhen. Damit ist absehbar, daß ein Teil der vorgenommenen Ausweitungen der Nutzungszeiten an die konkunkturelle Entwicklung gebunden ist, und bei einem Konjunktur-einbruch rückgängig gemacht wird.²³

Es wäre jedoch falsch, daraus den Schluß zu ziehen, es handle sich hier nur um kurzzeitige Entwicklungen. Vielmehr muß das Bestreben einer zeitintensiveren Nutzung des fixen Kapitals als der Versuch verstanden werden, angesichts einer weitgehend stagnativen Tendenz der Nachfragemärkte und des wachsenden Anteils der Fixkosten an der Kostenstruktur des vorgeschossenen Kapitals (steigende Kapitalintensität)²⁴ das Hauptaugenmerk im Konkurrenzkampf um die Verbesserung der eigenen Marktposition auf die Ökonomisierung der einzelnen Kapitalbestandteile – und hier wiederum v. a. die Ökonomisierung des die Kostenstruktur dominierenden fixen Kapitals – zu legen.

3.2 Ökonomisierung der Personalkosten durch Flexibilisierung der Arbeitskraftnutzung

Die Ökonomisierung der fixen Kosten wird ergänzt durch eine Ökonomisierung der Personalkosten. Dies gilt vordringlich für kapitalintensive Produktionsbereiche, weil hier die Sachkapitalkosten weitgehend fix sind und bei nachlassender Auftragsentwicklung die Personalkosten als erstes ins Zentrum betrieblicher Kostenminimierungsprogramme geraten. Bei einer Ökonomisierung der fixen Kapitalkosten durch verkleinerte Pro-

duktionskapazitäten im Verhältnis zum Umsatz schrumpft neben den Produktionskapazitäten das Arbeitsplatzpotential, und gleichzeitig werden die Schwankungsbreiten unterschiedlicher Produktionsauslastungen größer, weil sich Absatzschwankungen bei verkleinerten Kapazitäten noch stärker auf das Produktionsniveau auswirken.

3.2.1 Flexibilisierung des Personaleinsatzes

Kleinere Kapazitätsquerschnitte und die Unternehmenspolitik der Verstetigung kapitalintensiver Bereiche machen eine Variabilisierung des Personaleinsatzes zur Abdeckung von Produktionsspitzen dringlich. Traditionelle Verfahren der zeitlichen Anpassung des Beschäftigungsgrades an schwankende Produktionsauslastungen (Überstunden, Kurzarbeit, Sonderschichten) verlieren dabei an Gewicht gegenüber neuen Formen der zeitlichen Anpassung des betrieblich eingesetzten Arbeitsvolumens. Immer stärker erweist sich für die betriebliche Personalpolitik die Auflösung der Normalarbeitszeit durch Festlegung von Schwankungsbreiten, bei der die tarifliche Regelarbeitszeit nur noch als Durchschnittswert eines bestimmten Zeitintervalls erreicht wird (Jahresarbeitszeitsysteme, Bandbreitenmodelle wie in den Tarifverträgen der Metall- und Druckindustrie 1984 und 1987), als vorteilhaft für neue Anlagennutzungsstrategien. Sowohl die Anpassungsgeschwindigkeit, als auch das Anpassungsvolumen der betrieblich genutzten Arbeitszeit in bezug auf schwankende Produktionsvolumina sind größer.²⁵ So wird es möglich, umfassend und systematisch kapitalintensive Produktionsprozesse zu verstetigen und Auftrags- und Arbeitsvolumen aufeinander abzustimmen. Eine variable Verteilung der Arbeitszeit nach den betrieblichen Belangen erlaubt gleichzeitig durch die präzisere Abstimmung des Arbeitskrfteinsatzes an den Arbeitsanfall, die Intensität der Arbeitskraftnutzung zu steigern.

Als herausragendes Instrument zur Flexibilisierung des Personaleinsatzes erweist sich daneben die Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeit bzw. der stärkere betriebliche Einsatz

von Teilzeitarbeit. Im gewerblich-technischen und im kaufmännischen Bereich werden hier erhebliche Intensivierungspotentiale und Produktivitätspotentiale gesehen, die nach Erschöpfung anderer Rationalisierungsmöglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität an Bedeutung gewonnen haben.²⁶ Darüber hinaus kann die Teilzeitarbeit im Zusammenhang mit der Ökonomisierung des fixen Kapitals in Zukunft eine spezifische Funktion erfüllen: Sie kann als kurzfristig aktivierbare personalwirtschaftliche Kapazitätsreserve dienen (bei der kapazitätsorientierten, variablen Arbeitszeit ist dies schon Gegenstand des Vertragsverhältnisses), da auch bei einer Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten infolge einer kurzfristigen Erhöhung des Arbeitsanfalls die tarifliche Regelarbeitszeit nicht erreicht wird. Das betriebliche Überstunden-volumen wird reduziert, zumal die betriebliche Interessenvertretung einer Ausweitung der Arbeitszeit hier weniger Widerstand entgegensetzen wird als bei Vollzeit Arbeitskräften.

3.2.2 Reduktion und Flexibilisierung des Personalstandes

Der Verkleinerung der Kapazitäten im Verhältnis zum Umsatz entspricht eine neue personalwirtschaftliche Leitlinie. Sie wird als **Personalpolitik der unteren Linie** bezeichnet und löst in den professionalisierten Personalabteilungen größerer Unternehmen die Personalpolitik der mittleren Linie ab, die in Reaktion auf den Kriseneinbruch 1974/75 entwickelt wurde. Der Personalbedarf wurde bereits damals nicht mehr am Spitzenbedarf orientiert. Die vom Management angestrebten Personalanpassungsprozesse wurden durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuationen vollzogen. Die veränderte Personalpolitik zieht in der Krise Kostenvorteile daraus, daß der Personalbestand flexibel an Absatz- und Kapazitätsschwankungen angepaßt wird. Die Ökonomisierung der Personalkosten durch Flexibilisierung des Personalstandes führt so zu einer Senkung von Lohn- und Lohnnebenkosten.

Für die betroffenen Arbeitskräftegruppen folgert daraus eine weitere Destabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses. Die

Druckpotentiale zur Durchsetzung dieser Politik sind durch die Massenarbeitslosigkeit entstanden. Das Management umgeht mit der Instrumentalisierung der Randbelegschaften als Flexibilitätspuffer das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Personalabbaumaßnahmen werden häufiger ohne Mitwirkung des Betriebsrates (BR) vollzogen, der BR wird dadurch seltener mit personalpolitischen Rationalisierungsmaßnahmen konfrontiert. Das erleichtert dem Management die Personalflexibilisierung, weil sie im BR nicht thematisiert und von dort aus zum Gegenstand betrieblicher Auseinandersetzungen zwischen Management und Belegschaft gemacht wird. Selbst Betriebsräte, die im Belegschaftsinteresse Konfrontationen nicht scheuen, können die Systematik der innerbetrieblichen Aufspaltungspolitik nur mühsam nachvollziehen. Da die Zeiträume, in denen die strukturellen Veränderungen der Belegschaftszusammensetzung vollzogen und den manageriellen Zielsetzungen angepaßt werden, sehr lang sind, bleiben die Eingriffschancen des BR eng begrenzt. Meist wird das Problem erst richtig erkannt, wenn die personellen Abbaureserven in der Strategie der Arbeitskräfteflexibilisierung einen festen Stellenwert besitzen. Bei der Bemessung der Personalbesetzung werden nicht mehr die durch Krankheit und Urlaub verursachten Personalausfallzeiten berücksichtigt. Allein dadurch läßt sich die Stammbeflegschaft um 20 bis 30% reduzieren (Abbau der Reservequote).²⁷ Weiterhin läßt sich die durch die Wirtschaftsentwicklung bedingte Unsicherheit, den Beschäftigungsgrad mittel- und langfristig zu prognostizieren²⁸, als Kostenrisiko durch die Personalpolitik der unteren Linie vollständig von den Unternehmen fernhalten. Dazu hat das Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG) von 1985 beigetragen, das den flexiblen Auf- und Abbau von Randbelegschaftsgruppen ermöglicht und als politischer Vorstoß zur Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses sofort in der betrieblichen Personalrekrutierungspolitik wirksam geworden ist.²⁹

Der Personalstand kann flexibilisiert werden, wenn immer mehr Arbeitskräfte außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses (NAV) stehen.³⁰ Im einzelnen lassen sich drei Instrumente zur Flexibilisierung des Personalstandes erkennen:

– Die **Befristung von Arbeitsverhältnissen** ermöglicht eine Reduktion der Stammebelegschaft, weil Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt immer dann abgerufen werden können, wenn Auftragslage und Produktionspläne einen aufwärts gerichteten Trend zeigen, und sie unverzüglich wieder dorthin zurückkehren müssen, wenn die Unternehmenskonjunktur nachläßt. Diese Politik des Heuerns und Feuerns wird durch das BeschFG legalisiert. Gleichzeitig können die Unternehmen in Rechnung stellen, daß auf dem Arbeitsmarkt in den achtziger Jahren ein »gleichzeitig außerordentlich hohe(s) und berufsfachlich breit gefächerte(s) Angebot an kurzfristig verfügbaren Arbeitskräften«³¹ bereitsteht. Aus betrieblicher Sicht erweitert sich der Kreis der Arbeitskräftegruppen, die ohne personalwirtschaftliche Kostennachteile befristet rekrutiert werden können.³²

– Durch den Einsatz von **Leiharbeit** (und vergleichbarer Instrumente wie Scheinwerkverträge, erzwungene Selbständigkeit etc.) können Personalanpassungsprozesse noch schneller als bei der Befristung des Arbeitsverhältnisses erfolgen. Dadurch vermindern sich für das Kapital die Risiken einer kurzfristigen Personalbedarfsplanung. Tarifliche und betriebsverfassungsrechtliche Schutzrechte werden umgangen, weil Leiharbeitskräfte rechtlich nicht zum Betriebspersonal gerechnet werden und nur kurzzeitig im Betrieb (und meist auch im Verleihunternehmen) beschäftigt werden.

– **Teilzeitarbeit** dient neben der Personaleinsatzflexibilität auch der Flexibilisierung des Personalstandes. Hier ist daran zu erinnern, daß alle arbeitsvertraglich ausgehandelten Arbeitszeiten unterhalb der tariflichen Regelarbeitszeit als Teilzeitarbeit gelten, und damit nicht unter die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen fallen. Neben der am weitesten verbreiteten Form der Halbtagsarbeit bzw. 20-Stunden-Woche werden zukünftig für das Kapital Arbeitszeiten attraktiver werden, die darüber liegen, gleichzeitig aber so weit unterhalb der tariflichen Regelarbeitszeit rangieren, daß auch bei Mehrarbeit nicht unbedingt Mehrarbeitszuschläge gezahlt werden müssen. Dies kann systematisch genutzt werden, um die Stammebelegschaft weiter zu

reduzieren und um weite Teile der Belegschaft außerhalb der tariflichen Regelarbeitszeit zu beschäftigen. Die Segmentation von Kern- und Randbelegschaft verschwimmt durch den gezielten Einsatz von Teilzeitarbeit, der gegenwärtig bereits für junge Facharbeitskräfte nach der Berufsausbildung zu beobachten ist.

3.3 Stabilisierung und Erweiterung gesellschaftlicher und betrieblicher Herrschafts- und Verteilungsverhältnisse

Als wichtigste Folge der letzten beiden Kriseneinbrüche läßt sich das Entstehen und das fortwährende Weiterbestehen einer Massenarbeitslosigkeit von über 3½ Millionen Menschen (unter Einrechnung der »stillen« Reserve) ansehen. Der arbeitsmarktpolitische Machtvorsprung der Kapitaleseite (der sogenannte Kontrahierungszwang der Arbeitskraft) ist durch die von der Massenarbeitslosigkeit bewirkte Veränderung der Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt dramatisch gewachsen.³³ Personalpolitische Flexibilisierungskonzepte machen sich diesen Machtzuwachs zunutze, um den Einsatz von Arbeitskraft noch ungehemmter der den Kapitalinteressen entsprechenden Form anzupassen und Gegenmachtpotentiale, die sich dem entgegenstellen könnten, auszuschalten. Differenzierungs- und Spaltungsprozesse und die Schwächung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungsmächte sind als Ziele unternehmerischer Personalkonzepte eng verbunden. So lassen sich auf der einen Seite die betriebswirtschaftlichen Nutzeffekte einer Flexibilisierung der Arbeitskraftnutzung nur vollständig ausschöpfen, wenn eine »Aushöhlung« und »Aufweichung« der sozialen Standardnormen gelingt. Auf der anderen Seite soll eine Pluralisierung von praktizierten Arbeitszeitmodellen die Tarifgestaltungskraft der Gewerkschaften schwächen, damit diese nicht mehr in der Lage sind, die abhängig Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder für beschäftigungswirksame Initiativen durch allgemeine Arbeitszeitverkürzungen zu mobilisieren.

Um die Interessendifferenzierung unter den abhängig Beschäftigten zu vertiefen und zu verfestigen, wird auf betriebli-

cher Ebene durch außerhalb des Normalarbeitsstandards stehende Arbeitsverhältnisse (Befristung, Leiharbeit, Teilzeitarbeit) die Segmentation von Kern- und Randbelegschaften vorangetrieben. Die Randbelegschaften werden in den personalpolitischen Rationalisierungsstrategien zu Puffern des flexiblen Arbeitskräfteeinsatzes bestimmt. Dies ist von zentraler Bedeutung für die Durchsetzungschancen dieser Strategien, weil die Rationalisierungskonzepte reibungsloser umgesetzt werden können, wenn Belegschaftsgruppen unterschiedlich von Beschäftigungsrisiken betroffen sind. Die Differenzierung wird dann zur Aufspaltung, wenn es dem Kapital gelingt, die Kernbelegschaften und die betriebliche Interessenvertretung in diese Personalpolitik – Arbeitsmarktrisiken (und deren Widerspiegelung in allen Dimensionen des Arbeitsverhältnisses und der Arbeitssituation) auf Randbelegschaftsgruppen zu konzentrieren – einzubinden oder von ihnen aktive Unterstützung erhalten.

Auf der Ebene der tarifvertraglichen Gestaltung der Arbeitszeit wird von Unternehmerseite die Dezentralisierung und De-regulierung der Regelungsverfahren angestrebt. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll durch betriebsorientierte Regelungsverfahren untergraben werden. Unternehmens- und betriebsinterne Vereinbarungen zur Arbeitszeit sind mit einer Verstärkung des machtpolitischen Ungleichgewichts und einer Verstärkung der Arbeitszeithegemonie der Kapitaleseite verbunden. Eine Individualisierung der Arbeitszeiten entzieht diese den Mitbestimmungsrechten der kollektiven Interessenvertretung, und die damit einhergehende Auflösung der sozialen Gültigkeitsnorm des Normalarbeitszeitstandards hat zur Folge, daß die abhängig Beschäftigten nicht mehr Rechtsansprüche auf gleiche Arbeitszeiten geltend machen können.³⁴

4. Der Kampf um die Arbeitszeitgestaltung als gewerkschaftliches Handlungsfeld

4.1 Herstellung individueller Gestaltungsspielräume

Ohne Zweifel wies die gewerkschaftliche Tarifpolitik in der Frage der Arbeitszeitgestaltung in der Vergangenheit schwerwiegende Mängel auf. Da über Jahrzehnte hinweg mit der Normierung der Arbeitszeitdauer auch von der gleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf die Werktage und von einem feststehenden Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit ausgegangen werden konnte, schien dieser Regelungsbereich wenig Aufmerksamkeit zu erfordern (Ausnahmen bilden die Schicht- und Nachtarbeit wegen ihres offensichtlichen, gesundheitsgefährdenden Charakters). Ein wachsendes Bedürfnis nach selbstgestalteter Einteilung der Arbeitszeit wurde über längere Zeit nicht wahrgenommen. Diese Entwicklung neuer Bedürfnisse wurde neben der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeiten auf 40 Wochenstunden durch gesellschaftliche Veränderungen verursacht.³⁵ Spätestens die wachsende Verbreitung von Gleitzeitsystemen, die von den Beschäftigten oftmals positiv aufgenommen wurden, ließ erkennen, daß hier ein Regelungsdefizit entstanden ist. Durch die in der Metall- und Druckindustrie von der Kapitaleseite 1984 und 1987 durchgesetzten Flexibilisierungselemente wurde es zudem dringlicher, hier kollektive Normsetzungen festzuschreiben, damit der Wildwuchs individualisierter Arbeitszeiten und die verabsolutierte Verfügungsgewalt des Kapitals über die betrieblich vorteilhafteste Lage und Verteilung des Arbeitskrafteinsatzes verhindert wird.

Hier entsteht also die Aufgabe, die individuelle Gestaltungsfreiheit für die Beschäftigten herzustellen und gleichzeitig die totale Individualisierung von Arbeitszeiten abzuwehren, die neben einer Interessendifferenzierung der Beschäftigten unvermeidlich eine kapitalorientierte Flexibilisierung der Arbeitszeiten zur Folge hätte. Deswegen können individuelle Gestal-

tungsspielräume nur durch kollektivrechtliche Normsetzungsprozesse erkämpft werden. Dies »zielt nicht auf die Standardisierung der Lebenslagen und der Uniformierung der Lebensentwürfe, sondern auf die Vereinheitlichung der Realisierungschancen ganz verschiedener Lebenspläne, Wertorientierungen und Zeitpräferenzen, soweit sie nicht auf der Aneignung und Ausbeutung fremder Zeit beruhen, und soweit sie nicht schlechtere Lebenschancen und Entwicklungsbedingungen Anderer zur Voraussetzung haben.«³⁶

Auf die Tarifierung einer einzigen, einheitlich für alle Beschäftigten geltenden Arbeitszeitdauer kann jedoch nicht verzichtet werden, weil sich sonst von dieser Seite her die kapitalorientierte Flexibilisierung durchsetzt, und individuelle Gestaltungswünsche zu unterschiedlichen zeitlichen Belastungen durch zu Erwerbszwecken notwendigen Zeitaufwendungen führen, was aus gesellschaftspolitischen Gründen abzulehnen ist.³⁷ Es ergibt sich im Gegenteil die Notwendigkeit, alle Beschäftigten (sofern sie dies wollen) unter den Schutz der tariflichen Regelarbeitszeit zu stellen, weil die Unternehmen den Beschäftigten sonst Einzelarbeitsverträge mit kürzeren Arbeitszeiten aufzwingen können.³⁸

Individuelle Gestaltungsspielräume der Lage und Verteilung der Arbeitszeit können nur durch Ausweitung betrieblicher Mitbestimmungsrechte der einzelnen Beschäftigten sowie ihrer Interessenvertretung vergrößert werden.

Dazu muß die Arbeitszeitlage durch Festlegung in betrieblichen Arbeitszeitsystemen so eingegrenzt werden, daß Arbeitszeiten, die die Gesundheit, zwischenmenschliche Kontakte, das Familienleben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefährden (Feierabend-, Nacht-, Wochenendarbeit), ausgeschlossen sind.³⁹ Das Interesse der Beschäftigten an einer geregelten, planbaren Verfügung über Arbeits- und Freizeiten muß durch Arbeitsverteilungspläne geschützt werden, sofern Gleitzeitsysteme nicht die eigenverantwortliche Gestaltung der Arbeitszeitlage ermöglichen. Diese Arbeitszeitverteilungspläne sollten der Zustimmungspflicht durch den BR unterliegen, und sind konzeptionell als Teil einer die Beschäftigteninteressen wahr-

nehmenden Einflußnahme auf die betrieblichen Personalplanungsprozesse anzusehen. In gewerkschaftlichen Tarifikatalogen ist zukünftig stärker die Forderung zu berücksichtigen, unvermeidliche Nacht- und Wochenendarbeit mit Zeitzuschlägen auf die Normalarbeitszeit anzurechnen, die zumindestens einen Abbau der Belastungen durch diese Arbeitszeiten herbeiführen.⁴⁰ Um dieser Forderung Durchschlagskraft zu verleihen, bedarf es breit angelegter Mobilisierungskampagnen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit, da selbst im DGB in jüngster Zeit durch Infragestellung des Wochenendes insgesamt als sozial schützenswerten, arbeitsfreien Raums Desintegrationsprozesse stattfinden und in dieser Frage zu einer Schwächung gewerkschaftlicher Vertretungsmacht beitragen.⁴¹

Eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit (Variablisierung) kann dann von gewerkschaftlicher Seite nicht akzeptiert werden, wenn die Verfügungsgewalt über die Verteilung der Arbeitszeit ausschließlich in den Dispositionsbereich der Unternehmen fällt. Auch hier sind Arbeitsverteilungspläne als Kontrollinstrumente notwendig. Jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer ist im Rahmen der auszuführenden Arbeitsaufgabe die Möglichkeit zu geben, der Betriebsleitung gegenüber ihren/seinen Wunsch für die Verteilung der Arbeitszeit anzumelden, der nur dann nicht berücksichtigt werden kann, wenn dem betriebsablaufbedingte Gründe entgegenstehen und der Betriebsrat dem ausdrücklich zustimmt.

Zur Abwehr kapitalorientierter Variabilisierungsinteressen ist eine tarifvertragliche Festlegung enger Schwankungsbreiten der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Arbeitswochen sowie eine Fixierung des Ausgleichszeitraums zur Saldierung einer durchschnittlichen Arbeitszeit erforderlich. Nach den Erfahrungen mit den Variabilisierungsregelungen der Tarifverträge 1984 in der Metall- und Druckindustrie erscheint eine Schwankungsbreite von drei Wochenstunden und ein Ausgleichszeitraum von zwei Monaten diese Zielstellung zu erfüllen.⁴² Hinzutreten muß daneben die Festlegung einer täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden, die als zusätzliche Sicherung die Definition entstehender Mehrarbeitszeiten gewährlei-

stet. Um Einkommensschwankungen zu verhindern, ist bei variablen Arbeitszeiten ein kontinuierlich zu zahlendes Monatsentgelt tariflich zu vereinbaren.

Der zunehmenden Verbreitung von Gleitzeitsystemen muß durch tarifliche Festlegung von Eckpunkten bei der Ausgestaltung dieser Arbeitszeitsysteme Rechnung getragen werden. Diese tarifliche Vereinbarung muß verbindlichen Charakter haben, alle dem nicht entsprechenden Bestimmungen in Einzelarbeitsverträgen müssen dadurch nichtig werden. Zentrale Bestandteile dieser Regelung sind – die Festlegung von täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeiten und die Berücksichtigung der tariflichen Regelarbeitszeit; – die Definition von Mehrarbeit; – verbindliche Ausgleichszeiträume für entstehende Zeitguthaben; – die Gewährleistung des selbst gewählten Beginns bzw. Endes der Arbeit; – ein Vorschlagsrecht der Arbeitnehmer/-innen über den Freizeitausgleich (sowie die Bündelung zu ganzen Tagen in der Nähe des Wochenendes); – die Zustimmungspflicht des Betriebsrats zur betrieblichen Festsetzung von Kern- und Rahmenarbeitszeit.⁴³

Die Definition von Mehrarbeit bei Variabilisierung betrieblicher Arbeitszeitsysteme muß sicherstellen, daß die bei ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit immer vorhandene Gefahr einer verdeckten Mehrarbeit (als wesentliches Ziel kapitalorientierter Flexibilisierung) – ohne Entstehung eines Anspruchs auf Zeit- und Geldzuschläge und ohne Anordnung als Mehrarbeit – begrenzt wird. Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß das Mehrarbeitsvolumen insgesamt beschränkt wird, nicht zuletzt wegen des Versuchs, durch verdeckte Mehrarbeit den Personalstand zu flexibilisieren. Auch deswegen sollte Mehrarbeit grundsätzlich durch Freizeit ausgeglichen werden, wobei ein Freizeitzuschlag (Anrechnungsfaktor auf die Normalarbeitszeit) einzufordern ist. Schließlich sind auch über die Modalitäten des Freizeitausgleichs tarifliche Rahmenregelungen (analog zu denen bei Gleitzeitsystemen) zu vereinbaren.⁴⁴

Um dem Bedürfnis nach zeitweiser (teilzeitiger) Freistellung von der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit in betrieblichen Arbeitszeitsystemen zu verschaffen, sind auch hier tarifliche Eck-

punkte Voraussetzung. Solche Freistellungsgründe⁴⁵ sind in ihrer Priorität zu gewichten, und die Freistellung mit dem Anspruch auf Rückkehr ins Vollzeitarbeitsverhältnis zu versehen. Erster Schritt in diese Richtung ist die Verankerung tariflicher Erziehungszeiten bei teilweisem Verdienstaustausch, damit Frauen nicht in von ihnen nicht gewünschte Teilzeitarbeitsverhältnisse getrieben werden.⁴⁶

Zur Erhaltung von zwischenmenschlichen Kommunikationsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und zur Vermeidung weiterer Arbeitsintensivierungen durch Arbeitszeitflexibilisierung sind Maßnahmen zur Arbeitszeitentdichtung notwendig. Dazu gehören kollektive Pausen, individuelle und kollektive Verfügungszeiten⁴⁷ sowie Mindestbesetzungszahlen an Anlagen, in Arbeitsgruppen, -systemen und Abteilungen.

4.2 Bekämpfung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse

Die Anforderung an Gewerkschaften, »die Interessen der Rationalisierungsoffer . . . ins Zentrum ihrer Politik (zu) stellen«⁴⁸, wird unter den Bedingungen der Flexibilisierungsoffensive des Kapitals zu einer Überlebensnotwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung als Gegenmacht mit Gestaltungsanspruch. Dazu müssen in den männlichen Kernbelegschaften Vorurteile überwunden werden, die spezifische Diskriminierung weiblicher Erwerbsarbeit als Zentralaspekt der Segmentierung und Erosion des NAV nicht länger »als notwendige und angenehme Bedingung des männlichen Erwerbsmusters«⁴⁹ zu verarbeiten. Dazu gehört es, die außerhalb des NAV entstandenen Beschäftigungsverhältnisse nicht länger ohne tarifliche Mindestschutzbestimmungen fortbestehen zu lassen.⁵⁰

Generell stellt sich angesichts der Indienstnahme ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse für personalwirtschaftliche Flexibilisierungsstrategien die Anforderung, die Personalplanung stärker als eigene Gestaltungsaufgabe zu begreifen. Arbeitszeitverteilungspläne, Mindestbesetzungszahlen und Stellenpläne sind von der betrieblichen Interessenvertretung der Geschäfts-

führung gegenüber einzufordern, und durch Tarifvertrag sind Mitbestimmungsrechte in diesem Bereich zu erweitern.⁵¹

Konkrete Regelungen⁵² im Bereich der Teilzeitarbeit müssen beinhalten, daß

– Beschäftigungsverhältnisse nicht unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenzen abgeschlossen werden dürfen, sofern die betroffenen Personen sonst nicht in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen sind (z. B. Studierende).

– Eine Zustimmungspflicht des BR bei der Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen besteht, damit Vollzeitarbeitsplätze nicht abgebaut werden können.

– Einzelarbeitsplätze eine mindestens 20-stündige Wochenarbeitszeit sowie 4-stündige, zusammenhängende Tagesarbeitszeit nicht unterschreiten dürfen. Auch für Teilzeitbeschäftigte sind Arbeitsverteilungspläne verbindlich aufzustellen.

– Eine Gleichstellung der Teilzeitbeschäftigten bezüglich der Eingruppierung, der Arbeitsbedingungen, der Aufstiegschancen und Qualifikationsmöglichkeiten erfolgt. Auch hier sind Kontrollrechte des BR festzulegen. Produktivitätsgewinne der Teilzeitarbeit sind durch Geldzuschläge auszugleichen. Besonders auf Teilzeitbeschäftigte zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen sind betrieblich zwischen Geschäftsleitung und BR auszuhandeln. Alle tariflichen und betrieblichen Leistungen stehen Teilzeitbeschäftigten im Rahmen ihrer vereinbarten Arbeitszeit anteilig zu.

– Angeordnete Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigung grundsätzlich unzulässig ist, und jede über die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit den Anspruch auf Mehrarbeitszuschläge und Freizeitausgleich begründet.

Als langfristiges Ziel muß die Absicherung des grundsätzlichen Anspruchs auf Beschäftigung im NAV erreicht werden, und bei Rückkehrwunsch die Umwandlung eines Teilzeitarbeitsverhältnisses in ein NAV erfolgen.

Solange nicht absehbar ist, ob das BeschFG verlängert wird, ist der skandalösen Tendenz zur ausschließlich befristeten Rekrutierung neuer Arbeitskräfte nur auf tariflicher und betrieblicher Ebene entgegenzuwirken. Da hier erhebliche Wider-

stände der Einzelkapitale und ihrer Verbände gegen einen Verzicht auf dieses personalpolitische Flexibilisierungsinstrument zu erwarten sind, kann nur die gesamte Mobilisierungs- und Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung hier zu tariflichen Beschränkungen führen.⁵³ Auch eine Rückkehr zur gesetzlichen Regelung vor 1985 reicht allein nicht aus, um den Mißbrauch von Befristungsgründen abzustellen. Dem BR müssen deswegen Möglichkeiten gegeben werden, den Befristungsgrund zu überprüfen, und nur mit seiner Zustimmung darf ein befristetes Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden. Ein sachlicher Befristungsgrund kann einzig in einer zeitlich begrenzten Arbeitsaufgabe gesehen werden. Außerdem müssen befristet beschäftigte Personen bevorzugt auf geeigneten freiwerdenden Arbeitsplätzen weiterbeschäftigt werden, sofern sie dies wünschen. Kurzfristig muß der Praxis Einhalt geboten werden, befristete Arbeitsverhältnisse vorzeitig aufzulösen bzw. den Zeitpunkt des Vertragsendes nicht zu fixieren.

4.3 Integration in ein Arbeitsgestaltungskonzept

Alle hier dargestellten Überlegungen zu einem gewerkschaftlichen Arbeitszeitgestaltungskonzept und einer gewerkschaftlichen Einflußnahme auf Personalplanungsprozesse im Betrieb müssen verbunden werden mit Konzepten der technologischen und organisatorischen Gestaltung von Arbeitsprozessen. Ziel dieses Gesamtkonzepts für den Technik- und Arbeitskräfteeinsatz muß sein, durch »egalitäre Arbeitsstrukturen« und eine »solidarische Personaleinsatzpolitik« Segmentierungs- und Spaltungsprozesse zu bekämpfen und zu überwinden.⁵⁴

Darüber hinaus muß die Verschränkung der betrieblichen und tariflichen Interessenvertretungsebene verhindern, daß tarifvertragliche Gestaltungsansprüche leerlaufen, weil auf der betrieblichen Ebene die Durchsetzungskraft nicht ausreichend entwickelt ist. So fühlten sich viele BR in der Metallindustrie 1984 und 1987 überfordert, neben den »klassischen« Vertretungsaufgaben nun auch noch eigene Zielvorgaben für Betriebs-

vereinbarungen zur Arbeitszeitpolitik zu entwickeln. Noch schwieriger wird es, eine Koordination der einzelnen Interessenvertretungen einer Branche zur Verhinderung einer Konkurrenzverschärfung bzw. von Verdrängungsprozessen durch Ausweitung von Betriebsnutzungszeiten herbeizuführen.⁵⁵

Um die komplexen Aufgaben im Bereich des Technik- und Arbeitskrafteinsatzes bewältigen zu können, wird die Aktivierung betrieblicher Gestaltungspotentiale immer notwendiger. I. Kurz-Scherf regt deswegen für den Arbeitszeitbereich an, das Konzept der betriebsnahen Tarifpolitik neu zu beleben.⁵⁶ Ihre Regelungsvorschläge für den Rahmentarifvertrag sehen als integralen Bestandteil die Einrichtung betrieblicher Tarifkommissionen vor, denen die Ausgestaltung betrieblicher Arbeitszeitsysteme obliegt. Vieles spricht dafür, daß dies das Dilemma des Auseinanderklaffens von tarifvertraglichen Rahmenvereinbarungen und betrieblicher Umsetzung vermindern kann. Allerdings muß sichergestellt sein, daß die Rahmenregelungen betrieblichen Flexibilisierungsinteressen enge Grenzen gesteckt haben, und der betrieblichen Ebene nicht ein Kraftakt abverlangt wird, der auf tariflicher Ebene nicht geleistet wurde. Wäre dies nicht der Fall, so würde eine Initiative für betriebsnahe Gestaltungspolitik nur die Unzulänglichkeit des eigenen Bemühens zur Bekämpfung kapitalistischer Deregulierungsinteressen verschleiern. Nicht vergessen werden darf schließlich, daß für die Gewerkschaftsorganisation die Anforderungen einer betriebsnahen Tarifpolitik zumindest mittelfristig eine große Kraftanstrengung bedeuten.

Anmerkungen:

1 Dies ist aus der Sicht der Kapitaleseite möglich, solange nicht durch größere Schritte der Arbeitszeitverkürzung der Verteilungsspielraum extensiv ausgeschöpft und erweitert wird.

2 Vgl. Benz-Overhage, K., Brumlop, E., Freyberg, Th. v., Papadimitriou, Z.: Neue Technologien und alternative Arbeitsgestaltung, Ffm-New York 1982, S. 26, S. 35.

3 Zum Begriff und zur wissenschaftsgeschichtlichen Einordnung der wtR vgl. Leisewitz, A.: Neue Technologie und Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6/1983, S. 84–106, S. 90 ff.; ders.: Wissenschaftlich-technische Revolution und de-

formierte Produktivkraftentwicklung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13/1987, S. 9–32.

4 Vgl. Staudt, E.: Ursachen und Einflußfaktoren des Einsatzes neuer Automationstechnologien in Industrie und Verwaltung, in: Biethahn, J., Staudt, E. (Hrsg.): Automation in Industrie und Verwaltung, Berlin (West) 1981, S. 11–33. Er definiert die neuen Technologien als »Technologien höherer Elastizität«, die »ein fast unendliches Anwendungspotential besitzen« und in den Bereich eindringen werden, »der bisher menschlicher Arbeitskraft vorbehalten war.«, S. 21 f.

5 Kern, H., Schumann, M.: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984, S. 16.

6 Ebd.

7 Ebd., S. 43 f.

8 Leisewitz, A.: Neue ... a. a. O., S. 91.

9 Vgl. dazu Huffscheid, J.: Ökonomische Strukturen im Wandel. Basistrends und Entwicklungsvarianten, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9/1985, S. 239–254.

10 Kern, H., Schumann, M.: Das ... a. a. O., S. 41.

11 Brödner, P.: Fabrik 2000. Alternative Entwicklungspfade in die Zukunft der Fabrik, Berlin (West) 1985, S. 60.

12 Benz-Overhage, K., Brumlop, E., Freyberg, Th. v., Papadimitriou, Z.: Neue ... a. a. O., S. 35.

13 In der Maschinenbauindustrie als Extrembeispiel beträgt dieser Anteil 67% gegenüber 33% der Hauptzeiten. Besonders hoch ist dabei wiederum der Zeitanteil der vorgelagerten Bereiche, der auf 55 bis 60% geschätzt wird. vgl. Brödner 1985, P.: Fabrik ... a. a. O., S. 55 und 66.

14 Vgl. dazu Goldberg, J.: Die Perspektiven der Akkumulation von fixem Kapital. Ökonomische Tendenzen bis zum Jahr 2000, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9/1985, S. 218–238.

15 Bezogen auf den einschichtigen Betrieb lassen sich die Nutzungszeiten im verarbeitenden Gewerbe wie folgt aufgliedern: 33% Hauptzeiten, 25% technische Störungen; 42% organisatorische Stillstände. Vgl. Brödner, P.: Fabrik ... a. a. O., S. 53.

16 Die Nutzung einer zweiten bzw. dritten Schicht erbringt jeweils eine 22%ige zeitliche Nutzensteigerung in bezug auf eine vollständige zeitliche Nutzung (bzw. je 100% in bezug auf Einschichtbetrieb) und noch einmal 32% bei Wochenend- und Feiertagsnutzung. Vgl. ebd., S. 53.

17 Angaben zu den anteiligen Materialliegezeiten und den Materialwertanteilen am Gesamtvermögen finden sich ebd., S. 55.

18 Olle, W.: Neue Dimensionen der Produktionslogistik. Die Zukunft hat schon begonnen, in: WSI-Mitteilungen 4/1986, S. 312–316, hier S. 313. Hier werden die verschiedenen Ansätze zur Senkung der Logistikkosten in der Automobilindustrie beschrieben und erste Ergebnisse (Materialbestandssenkungen, Verkürzung der Durchlaufzeiten etc.) referiert.

19 Vgl. zum Entwicklungsstand und zu den verschiedenen diskutierten Modellen: Verlagsbeilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27.10. 1986; Bleicher, S., Stamm, J. (Hrsg.): Fabrik der Zukunft. Flexible Fertigung, neue Produktionskonzepte und gewerkschaftliche Gestaltung, Hamburg 1988; zuletzt Dolata, U.: Stolpersteine auf dem Weg zur automatisierten Fabrik – Stand und Entwicklungstrends industrieller Automatisierung in der Bundesrepublik, in: WSI-Mitt. 11/1988, S. 648–656. Dolata betont die Widerstandsfähigkeit bestehender Fabrikstrukturen sowie die technischen und konzeptionellen Unzulänglichkeiten von CIM-Strategien.

20 Vgl. Seifert, H.: Durchsetzungsprobleme zukünftiger Arbeitszeitgestaltung, in: WSI-Mitt. 3/1986, S. 216–227.

21 Vgl. Bosch, G.: Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten – Eine Zwischenbilanz, in: WSI-Mitt. 12/1987, S. 713–726. Nach den verfügbaren statistischen Erhebungen stagnierte die Wochenendarbeit vor 1984 bei 20%, vgl. ebd., S. 30.

22 So ergab eine Unternehmensbefragung des Ifo-Instituts von 1986 als Ziel der Einführung flexibler Arbeitszeiten die bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen. Weit dahinter rangiert das Interesse an einer Steigerung der betrieblichen Effizienz durch verbesserte Anpassung an die Nachfrageentwicklung. Vgl. Ifo-Schnelldienst 24/1986, zit. in: Schlecht, M.: Ausweitung der Betriebszeiten?, in: WSI-Mitt. 1/1987, S. 27–35, S. 28.

23 Vgl. Bosch, G.: Entkoppelung . . . a. a. O., S. 718.

24 Zahlen zum Anteil der Fixkosten an den Gesamtkosten im Verarbeitenden Gewerbe finden sich bei Schlecht, M.: Entkoppelung . . . a. a. O., S. 30.

25 Vgl. Seifert, H.: Durchsetzungsprobleme . . . a. a. O., S. 218.

26 Daneben sind die Senkung der Lohnnebenkosten und der Fehlzeitenrate sowie die Heraussetzung betrieblicher Leistungsnormen weitere Ursachen der Ausweitung von Teilzeitarbeit.

27 Vgl. Bosch, G., Seifert, H.: Das geplante Beschäftigungsförderungsgesetz – ein arbeitsmarktpolitisches Notstandsprogramm, in: WSI-Mitt. 10/1984, S. 581–587, S. 584.

28 Im Gegensatz zu allen (auch alternativen) Wirtschaftsgutachten sanken beispielsweise 1988 die Wachstumskennziffern (privater Konsum, Investitionen, Außenhandel) nicht ab, sondern das Wirtschaftswachstum erreichte den höchsten Stand der Dekade.

29 Nach übereinstimmenden Beobachtungen von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden werden seitdem etwa die Hälfte der Personaleinstellungen befristet vorgenommen. Zu Inhalt und Wirkungen des BeschFG vgl. ebd.; Linne, G., Voswinkel, S.: Befristete Arbeitsverhältnisse – Verstärkte Spaltung der Arbeitnehmer, in: WSI-Mitt. 5/1985, S. 279–286; dies.: Befristete Arbeitsverhältnisse und das »Beschäftigungsförderungsgesetz«, in: WSI-Mitt. 7/1986, S. 499–508; Seifert, H.: Was bringt Deregulierung für den Arbeitsmarkt – Das Beispiel des Beschäftigungsförderungsgesetzes, in: WSI-Mitt. 5/1985, S. 286–291.

30 Die wichtigsten Charakteristika des Normalarbeitsverhältnisses sind – das Arbeitsvertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer/-in und dem Unternehmen, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird; – die unterstellte Dauerhaftigkeit des Vertragsverhältnisses; – die Gültigkeit der tariflichen Regelarbeitszeit.

31 Seifert, H.: Was . . . a. a. O., S. 290.

32 Vgl. ebd.

33 Dadurch sind auch die Verteilungskämpfe spürbar beeinflusst worden. In vielen tarifpolitischen Auseinandersetzungen konnte die gewerkschaftliche Defensivposition nicht überwunden werden. Ausdruck dieser gesellschaftlichen Kräftesituation ist auch der Rückgang der Nettolohnquote (Anteil der Reallöhne am Sozialprodukt).

34 Das NAV entstand als Ergebnis günstiger Verteilungspositionen in der über einen langen Zeitraum stabilen Vollbeschäftigungsperiode der Nachkriegszeit, die die Durchsetzung der Regelhaftigkeit des NAV ermöglichte. Gleichwohl blieb ihm aber ein Exklusivcharakter versagt, da bestimmte Beschäftigungsgruppen nicht einbezogen wurden – v. a. Frauen und ausländische Arbeitnehmer. Vgl. Bosch, G.: Hat das Normalarbeitsverhältnis eine Zukunft?, in: WSI-Mitt. 3/1986, S. 163–176, S. 165.

35 Je kürzer die tariflichen Regelarbeitszeiten sind, je mehr Zeit also für freie Zwecke potentiell verfügbar ist, desto stärker wird das Interesse an der selbstbestimmten Lage und Verteilung der Arbeitszeit, um Freizeitbedürfnisse befriedigen zu können. Die Differenzierung von Familienstrukturen, Ausbildungswegen, Freizeitangeboten und -gestaltung sowie die wachsende Individualisierung von Lebensgestaltung und -planung sind wesentliche Triebkräfte dieser Entwicklung. Vgl. ebd., S. 171 f.

36 Kurz-Scherf, I.: Zeit(r)räume per Tarifvertrag. Oder: Die Renaissance der betriebsnahen Tarifpolitik, in: WSI-Mitt. 8/1987, S. 492–502, S. 498.

37 Hier ist darauf zu verweisen, daß die Normalarbeitszeit ein »egalitäres Prinzip« darstellt. Es ist dies »das Postulat der Gleichverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Mitglieder einer Gesellschaft, so daß die Arbeit bei jedem Menschen ein gleiches Quantum an Lebenszeit bindet.« Kurz-Scherf, I.: Zum Stellenwert der Teilzeitarbeit in einer emanzipatorischen Arbeitszeitpolitik, in: WSI-Mitt. 11/1985, S. 659–668, S. 660. V. a. benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, deren Situation durch hohe Arbeitsmarktrisiken, geringere Entlohnung, mangelnde Aufstiegschancen, geringere Qualifikations- und Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeitstätigkeit geprägt ist, wären davon zusätzlich negativ betroffen, weil sie es sich nicht leisten können, individuell weniger zu arbeiten. Vgl. auch ebd., S. 666.

38 Die Differenzierungsklausel in den Tarifverträgen 1984 und 1987 in der Metallindustrie ermöglichte es den Unternehmen, unterschiedliche Arbeitszeiten für einzelne Arbeitskräfte oder Arbeitskräftegruppen abzuschließen, wobei kürzere Arbeitszeiten nach einer Übergangszeit mit Lohneinbußen durch den Wegfall der Lohnausgleichszahlung der Arbeitszeitverkürzung verbunden sind (arbeitszeitbezogene Entgeltendifferenzierung). Die IG Metall forderte deswegen in ihrem Positionspapier zur Arbeitszeitgestaltung, daß NAV für die betroffenen Arbeitnehmer/innen im Tarifvertrag wieder abschließend zu regeln. Vgl.: IG Metall (Hrsg.): Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 19. 8. 1986.

39 Vgl. die »Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurfs« von I. Kurz-Scherf, in: dies.: Zeit(t)räume . . . a. a. O., S. 495 ff., S. 495. Hier wird erstmalig ein von gewerkschaftlichen Zielvorgaben ausgehendes Konzept der Arbeitszeitgestaltung vorgelegt.

40 Vgl. ebd., S. 496. Hier wird vorgeschlagen, belastende Arbeitszeiten mit einem Faktor bis zum Doppelten der Normalarbeitszeit anzurechnen und durch bezahlte Erholzeiten bzw. Freizeit auszugleichen, wobei die Modalitäten der Inanspruchnahme betrieblich in Zusatztarifverträgen festzulegen sind.

41 Diese Auseinandersetzung läßt sich als Fortsetzung der Neuausrichtung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik auf veränderte Kapitalverwertungsbedingungen durch O. Lafontaine auffassen, der zuletzt auf dem SPD-Bundesparteitag 1988 nachdrücklich für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit eintrat. In seinem Sinn bringt H. Rappe die Deregulierung des Sonntagsarbeitsverbots in die Gewerkschaftsdiskussion.

42 Vgl. Bosch, G. u. a.: Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche. Ergebnisse einer Auswertung von Betriebsvereinbarungen aus der Metallindustrie, Düsseldorf 1986 (WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 12), S. 38 ff.; sowie Bosch, G. u. a.: Arbeitszeitverkürzung im Betrieb. Die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche in der Metall-, Druck- und Holzindustrie sowie im Einzelhandel, Köln 1988.

43 Präzise Formulierungen und Forderungen zur Ausgestaltung von Gleitzeitsystemen finden sich bei Kurz-Scherf, I.: Zeit(t)räume . . . a. a. O., S. 497; Schmidt, R.: Über die Notwendigkeit und die Probleme einer tarifvertraglichen Rahmengestaltung von Gleitzeitvereinbarungen, in: WSI-Mitt. 12/1987, S. 735–745, S. 743.

44 Vgl. Kurz-Scherf, I.: Zeit(t)räume . . . a. a. O., S. 497 und Seifert, H.: Variable Arbeitszeitgestaltung – Arbeitszeit nach Maß für die Betriebe oder Zeitaufonomie für die Arbeitnehmer, in: WSI-Mitt. 12/1987, S. 727–735, S. 735.

45 Zu denken ist hier an familiäre Pflege- und Erziehungsaufgaben, individuelle Interessen (Sabbaticals), kulturelle, gewerkschaftliche oder politische Betätigung und den Wunsch nach gleitendem Übergang ins Rentenalter.

46 Vgl. Kurz-Scherf, I.: Zeit(t)räume . . . a. a. O., S. 496; und Pfarr, H.: Tarifvertragliche Normen und individuelle Gestaltung, in: IG Metall (Hrsg.), Tarifpolitik im Strukturwandel. Arbeitsverfassung und industrielle Demokratie, Köln 1988, S. 127–137, S. 132 f.

47 Vgl. ebd., S. 495.

48 Zwickel, K., Lang, K.: Gewerkschaften 2000 in: WSI-Mitt. 8/1987, S. 455–464, S. 460 f.

49 Pfarr, H.: Tarifvertragliche . . . a. a. O., S. 128.

50 Vgl. Däubler, W.: Deregulierung und Flexibilisierung im Arbeitsrecht, in: WSI-Mitt. 8/1988, S. 449–457, S. 454. Er vertritt die Auffassung, man dürfe nicht die Illusion schüren, als könne man »das Übel in absehbarer Zeit an der Wurzel beseitigen. Die Erkenntnis, daß Tarifverträge besser sind als hilflose Wut, wird sich auch für den Bereich der atypischen Arbeitsverhältnisse durchsetzen.«

51 Vgl. die Gestaltungsvorschläge von Kurz-Scherf, I.: Zeit(t)räume . . . a. a. O., S. 497 f.

52 Vgl. zum folgenden: ebd., S. 497; Däubler, W.: Deregulierung . . . a. a. O., S. 454 f.

53 Da hier bisher schwerwiegende gewerkschaftliche Versäumnisse zu beklagen sind, wäre auch die Festlegung von Quoten (X % aller Einzustellenden in jeder Lohn- und Gehaltsgruppe müssen unbefristet eingestellt werden) in Erwägung zu ziehen. Vgl. Däubler, W.: Deregulierung . . . a. a. O., S. 454.

54 Vgl. zu diesen Elementen einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik Bispinck, R., Helfert, M.: Technischer Wandel und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, in: WSI-Mitt. 6/1987, S. 314–327, S. 320 f.

55 Vgl. Bosch, G.: Entkoppelung . . . a. a. O., S. 726. »Eine Dezentralisierung wird zweifellos den Trend zu einer Entkoppelung beschleunigen.«

56 Vgl. Kurz-Scherf, I., Zeit(t)räume . . . a. a. O., S. 500 ff.

Probleme gewerkschaftlicher Umweltpolitik

Vorbemerkung

Umweltzerstörung und Umweltschutz sind in den letzten Jahren zu den bedeutendsten Themen der politischen Auseinandersetzung geworden. Die verschiedenen ökologischen Katastrophen wie z. B. das Robbensterben, das Ozonloch, den Treibhauseffekt, die AKW-Katastrophe von Tschernobyl oder die Rheinvergiftungen werden von der Bevölkerung als expandierende Risiken und Gefährdungen erfahren, auf die die Politik reagieren muß. Seit Mitte der siebziger Jahre gehört die Umweltverschmutzung daher für die Bevölkerung zu den dringendsten Problemen. 1985 zählten 55% der Bundesbürger den Umweltschutz zu den vorrangigen Aufgaben der Politik. Er lag damit in der Bedeutung auf Platz 2 hinter der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.¹ Noch deutlicher wird der Bedeutungszugewinn von Umweltschutzfragen, betrachtet man Umfrageergebnisse unter Jugendlichen: 89% der Befragten hielten die Umweltverschmutzung für ein bedeutendes politisches Problem.² Diese Meinungsmehrheiten spiegeln sich auch im politischen Engagement wider: Die Zahl der in Umweltschutzinitiativen und -verbänden organisierten und engagierten Bundesbürger wird auf fünf Millionen geschätzt.³ Es ist dieser Zuspitzung der ökologischen Problematik und der sukzessive sinkenden Akzeptanz von Umweltzerstörung zugunsten von wirtschaftlichem Wachstum geschuldet, daß sich die Politik schon seit den 70er Jahren verstärkt mit dem Schutz der Umwelt befassen muß und dieses Thema v. a. in den 80er Jahre in den Mittelpunkt

rückte. Auch die Gewerkschaften haben den Problemdruck erkannt und den Umweltschutz in den Kanon ihrer Aufgabe eingereiht. Die folgenden Ausführungen haben die gewerkschaftliche Umweltschutzpolitik zum Gegenstand. Bevor diese genauer analysiert werden kann, müssen jedoch die Ursachen und Erscheinungen der Umweltkrise einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

1. Ursachen ökologischer Krisen und Katastrophen

Umweltkrisen oder ökologische Krisen, hier verstanden als sporadisch und lokal begrenzt auftretende Zerstörung vorhandener natürlicher Proportionen, sind völlig normale Naturabläufe. Die Evolution schreitet nur voran, indem sie vorhandene Lebensformen und -bedingungen zerstört und damit die Grundlagen für neue schafft. Auch dem über die Arbeit vermittelten Stoffwechselprozeß des Menschen mit seiner äußeren Natur ist dieses Grundprinzip eingeschrieben.⁴ Allerdings unterscheidet sich der menschliche Stoffwechselprozeß von dem anderer Organismen durch seine Ziel- und Zweckgerichtetheit. Der Mensch verändert die Natur entsprechend seinen Zielen und überwindet damit natürliche Schranken seiner Existenz.⁵ Die Folgen der zweckgerichteten Umverteilung von Energien und Materialien für die Natur sind dabei von zweierlei abhängig: erstens von den mit der Produktion verfolgten Zielen und zweitens von den zur Produktion eingesetzten Mitteln, welche wiederum durch die Ziele ihre konkrete Gestalt erhalten.

Die mit der Produktion verfolgten Ziele sind Ergebnis der von den Individuen eingegangenen Verhältnisse, vermittels derer sie produzieren und unter denen sie ihre Tätigkeit austauschen.⁶ Der Kern dieser Produktionsverhältnisse sind die Eigentumsverhältnisse.⁷ Weiterhin sind die Ergebnisse der Produk-

tion von den Möglichkeiten zu Natureingriffen abhängig. Dieses Verhältnis der vergesellschafteten Arbeit zur äußeren Natur kann auch als Produktivkraft (der Arbeit) bezeichnet werden.⁸ Sie ist von den Produktionsmitteln, von der Kombination dieser im Produktionsprozeß, den Fähigkeiten der Arbeitskräfte usw. abhängig.⁹ Die Produktivkraft ist die Möglichkeit zu Natureingriffen, die der menschlichen Arbeit durch bereits entwickelte Produktionsmittel zuwachsen, welche selbst nichts anderes als vergegenständlichte Produktivkräfte sind.¹⁰

Nun tauchen Umweltzerstörungen in der heute bekannten Form erst mit der Existenz des Kapitalismus auf. Hier wird der Stoff- und Energieumsatz gesellschaftlicher Produktion so weit erhöht, daß die natürlichen Regulierungsmechanismen (z. B. Ozonschicht oder Abbau von zu hohen Kohlendioxidwerten in der Luft) zu versagen drohen. Gleichzeitig wächst mit den neu entwickelten Technologien das Risikopotential immens an. Die immer möglichen Pannen und Unfälle beim Betreiben von Produktionsanlagen können das gesamte Ökosystem gefährden. Dies ist keine Zufälligkeit, sondern logische Konsequenz der kapitalistischen Ökonomie:

Im Gegensatz zu allen vorhergehenden ökonomischen Gesellschaftsformationen zeichnet sich der Kapitalismus durch den Zwang zur beständigen Revolutionierung der Produktionsmittel aus.¹¹ Die auf dem Markt konkurrierenden Kapitale müssen, um nicht unterzugehen, ihre Produktionskosten permanent senken, was im wesentlichen über den Einsatz von mehr technischen Mitteln in Form von Einsparung notwendiger Arbeitszeit, also der Erhöhung des relativen Mehrwerts geschieht.¹² Die immer weiter zunehmende technische Durchdringung des Produktionsprozesses hat eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zur Folge. Der Wert je produzierter Wareneinheit sinkt, die Profitrate droht zu fallen.¹³

Dem wird durch die Erhöhung der Profitmasse, über die vermehrte Produktion und den vermehrten Absatz von Waren, entgegengewirkt. Die ökonomische Verlaufsform dieses Prozesses sind die periodisch wiederkehrenden Krisen, in denen die entwickelten Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse

rebellieren. Die entstandenen Disproportionen werden über die Vernichtung »überschüssiger« Produktivkräfte durch die Freisetzung von Arbeitskräften und die Stilllegung von Produktionsmitteln zeitweise bereinigt und durch eine weitere Erhöhung von Arbeitsproduktivität als einzigem Krisenausweg auf höherer Stufe erneut reproduziert.¹⁴

Die Bereinigung der ökonomischen Krise führt jedoch zu einer sukzessiven Vertiefung der Krise der Mensch-Umwelt-Beziehungen. Auf der Basis ähnlicher stofflicher Voraussetzungen der Produktion bringt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auch eine Erhöhung der Stoff- und Energieumsätze mit sich. Die Produktivkräfte bringen ihrerseits Produktionsmittel hervor, die bei ihrer Anwendung gegen die natürlichen Grundlagen rebellieren.¹⁵ Die ökologische Krise, oder treffender formuliert: die Ausbeutung der Natur, ist das zweite Krisenphänomen des Kapitalismus, das sich über die jeweilige Überwindung periodischer Krisen vertieft. Es hat drei wesentliche Momente: 1. Die ständige Wertsenkung bewirkt eine Hypertrophie der Warenproduktion und damit eine Erhöhung der Stoff- und Energieumsätze. 2. Der Zwang zur Kostensenkung begünstigt eine möglichst weitgehende Vernutzung der Natur als vermeintliche Gratisproduktivkraft. 3. Der Zwang zur Sicherung von Konkurrenzvorteilen führt zu einer ständigen Revolutionierung der Arbeitsmittel, ohne daß die Folgen für die Natur dabei Berücksichtigung finden.¹⁶ Es werden ständig neue Risiken produziert. Die kapitalistische Produktivkraftentwicklung beinhaltet – aufgrund des Wirkens der ökonomischen Gesetze – eine vereinseitigte Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten in die Natur durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (i. S. der Vermehrung von Technik). Gleichzeitig bleibt die Fähigkeit der Beherrschung der auf diesem Wege erzeugten Kräfte unterentwickelt. Die Fesselung der Produktivkräfte drückt sich somit in einer überproportionalen Entwicklung der technischen Möglichkeiten gegenüber den gesellschaftlichen Fähigkeiten ihrer Beherrschung aus. Die geschilderten Mechanismen haben weltweit zu Produktionsproportionen geführt, die die Existenz der Menschheit zunehmend gefährden.¹⁷

Ist die (globale) Umweltkrise ein Ergebnis kapitalistisch orientierter Wirtschaftsweise, die sich jedoch nicht nur im Marktgeschehen, sondern auch in der stofflichen Ausprägung der angewandten Produktionsmittel zeigt, dann ist eine notwendige Umorientierung nur durch eine gegen das Kapital und die Logik der Profitsteigerung gerichtete Veränderung der Produktionsziele möglich. Die Ansatzpunkte hierfür sind schon dadurch gegeben, daß auch unter kapitalistischen Bedingungen dem Zwang zu höherer Vergesellschaftung Rechnung gezollt werden muß. Die marktvermittelten Aktivitäten der Einzelkapitale führen zwangsläufig zu einer sukzessiven Vertiefung der Umweltzerstörung. Ab einem gewissen Punkt bedroht dies die Reproduktionserfordernisse des Gesamtkapitals in Form der natürlichen Produktionsgrundlagen. Daher wird ein Teil der »unternehmerischen Freiheiten« ausgekoppelt und auf nationaler Ebene dem Staat, oder auf transnationaler Ebene den Verhandlungen zwischen Regierungen, überantwortet. Diese Regulierung erfolgt nicht widerspruchsfrei, sondern spiegelt die verschiedenen kapitalistischen Einzelinteressen wider. Da diese Regulierung aber nicht nur die Kapitalinteressen, sondern auch verschiedene Klasseninteressen umfaßt, bietet sich hier die Möglichkeit, den objektiven Zwang zur Sicherung der Produktionsgrundlagen bewußt politisch für einen Umbau der Produktionsstrukturen zu nutzen, der den Erhalt und die Verbesserung der Umwelt garantiert und sozial gerechte Verteilungsverhältnisse anstrebt. Dies wird über die gestiegenen Möglichkeiten zur Gestaltung der Produktivkraftentwicklung möglich.¹⁸

Bei der Durchsetzung des so orientierten Umbaus der Produktionsstrukturen, der heute aus ökologischen Gründen unumgänglich ist, kommt der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine zentrale Rolle zu. Es sind schließlich diese Länder, die das Tempo und die Richtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmen, die heute den wesentlichen Anteil an der Umweltverschmutzung direkt oder indirekt verantworten müssen und die einen erheblichen Teil ihres Reichtums gerade auf der Naturausbeutung aufgebaut haben.¹⁹ Die strategisch-politische Hauptaufgabe der Arbeiter-

bewegung und der Gewerkschaften z. B. in der BRD muß daher die Durchsetzung alternativer Mensch-Natur-Beziehungen und damit einer veränderten Gestaltung der industriellen Natureingriffe sein. Diese Aufgabenstellung macht zweierlei notwendig: Erstens die Formulierung einer umfassenden Alternative zur heutigen Industrialisierungsform, die nicht nur die Produktionsstrukturen, sondern auch die gesellschaftlichen Konsummuster kritisch in Frage stellt. Zweitens eine für solche Zielstellungen mobilisierende Politik, die an den konkreten Betroffenheits- und Gefährdungslagen der Lohnabhängigen anknüpft.

2. Umweltverschmutzung in der BRD: Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Umweltpolitik

Trotz einer Flut von Umweltgesetzen in den 70er Jahren und deren Vollzug in den 80er Jahren, muß am Ende dieses Jahrzehntes festgestellt werden, daß die Tendenz der Umweltzerstörung nicht gestoppt werden konnte. Hierzu einige Daten:

Luftverschmutzung:

Zwar konnte die Staubemission drastisch gesenkt werden, die Belastung durch Stickoxide – Hauptverursacher der Kraftfahrzeugverkehr – stieg aber seit 1960 kontinuierlich an und stagniert seit 1980 auf hohem Niveau.²⁰ Bei der Schwefeldioxidbelastung, die v. a. auf Kraft- und Fernheizwerke zurückgeht, bietet sich ein ähnliches Bild. Die Belastungen durch diese Schadstoffe, die zu einem wesentlichen Teil für das Waldsterben mitverantwortlich sind, könnten mit relativ geringen »technischen« Veränderungen wie Tempolimit, Katalysatoren und Entschwefelungsanlagen deutlich gesenkt werden.

Bodenbelastung:

Nicht anders verhält es sich mit der Belastung der Böden. Nach

Schätzungen sind bereits 7% der Gesamtfläche mit chlorierten Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen belastet.²¹ Hinzu kommen 35 000 bis 50 000 wilde Deponien aus den fünfziger und sechziger Jahren, die wahrscheinlich hochgiftige Stoffe wie Dioxin, Quecksilber usw. enthalten.²² Schließlich ist der Boden durch ständige Überdüngung stark beansprucht.

Wasserbelastung:

Lediglich die Gewässergüte konnte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verbessert werden. So ist der Nitratgehalt seit Anfang der 70er Jahre nicht weiter gestiegen, und die Quecksilber- und Cadmiumbelastung konnte nach Spitzenwerten Ende der 70er Jahre deutlich gesenkt werden. Doch hier trügt der erste Eindruck: Die Verbesserungen sind hauptsächlich auf den fast flächendeckenden Anschluß der Kommunen an Kläranlagen zurückzuführen.²³ Außerdem werden nur relativ wenige Stoffe bei der Gewässergüteprüfung untersucht. Insgesamt liegen nur für 400 Stoffe Grenzwerte vor, von denen bei Routineuntersuchungen 30 bis 40 überprüft werden. Bei Untersuchungen des Trinkwassers werden derzeit sogar nur 12 chemische Stoffe geprüft.²⁴ Allein für den Rhein wird die Anzahl der eingeleiteten Stoffe auf zwischen 10 000 und mehrere 100 000 geschätzt.²⁵

Diese Daten lassen schon erkennen, daß von einer Verbesserung der Umweltparameter durch die staatliche Regulierung nicht gesprochen werden kann. Vielmehr zeigt eine genauere Analyse der Umweltgesetze, daß bei deren Ausgestaltung v. a. das allgemeine Kapitalinteresse an geringfügigem Umweltschutz, bei gleichzeitigem Erhalt größtmöglicher Profitmöglichkeiten durch Abwälzung der Kosten auf die Steuerzahler, in Form jeweils spezifischer Brancheninteressen durchgesetzt wurde. Dazu ein Beispiel: 1980 wurde das Umweltchemikaliengesetz verabschiedet und 1986 geändert. Die seit den fünfziger Jahren immer weiter ansteigende Menge chemischer Stoffe und die damit zusammenhängenden negativen Auswirkungen auf die Umweltmedien, sollte gesetzlich kontrolliert werden. Es ging zunächst darum, die Stoffe hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit zu überprüfen.²⁶ Diese ursprüngliche Zielstellung wurde

allerdings von der chemischen Industrie zunehmend ausgehöhlt: In der gültigen Fassung sieht das Chemikaliengesetz eine Prüfungspflicht für Stoffe erst ab einer Produktionsmenge von einer Tonne im Jahr vor.

Außerdem beinhaltet es ein abgestuftes Prüfungssystem, das bspw. erst ab einer Jahresproduktion von 1000 t Langzeittests vorsieht.²⁷ Die Stoffe, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. 1. 1982 bereits im Umlauf waren, müssen überhaupt nicht bzw. nur bei »erhärtetem« Verdacht auf schädigende Wirkung überprüft werden. Sie machen jedoch den größten Teil der eingesetzten Stoffe aus. Die im Gesetz fixierten Regelungen ermöglichen demnach keine effektive Kontrolle der angewandten chemischen Stoffe, da die meisten gar nicht durch das Gesetz erfaßt werden.²⁸ Die Profitmöglichkeiten der chemischen Industrie werden durch die aktuelle Gesetzesfassung – trotz anders lautender Beteuerungen der chemischen Industrie – nicht eingeschränkt. Im Gegenteil: Die chemische Industrie hat für die 80er Jahre erhebliche Zuwachsraten aufzuweisen.²⁹

Die Kosten für Umweltschutz und Umweltreparatur, die durch das ungebrochene Primat der Profitproduktion hervorgerufen werden, wachsen ebenso: Allein die von der öffentlichen Hand aufzubringenden Mittel für Umweltschutzinvestitionen und laufende Kosten beliefen sich 1984 auf 10,23 Mrd. DM.³⁰ Dazu kamen noch Ausgaben für durch Umweltverschmutzung notwendig gewordene Sanierungen an Gebäuden und Gerätschaften sowie für Wasseraufbereitung von zusammen 10,74 Mrd. DM.³¹ Würde man noch die zusätzlichen Kosten der Behandlung von Gesundheitsschäden und Verkehrsunfällen hinzurechnen, die zu einem guten Teil dem Produktions- und Konsummuster geschuldet sind, würden sich die Kosten für 1984 auf fast 50 Mrd. DM belaufen.³²

Auf der Kapitalseite finden wir – trotz Umweltgesetzgebung – erheblich steigende Umsätze und nur gering steigende Ausgaben für den Umweltschutz.³⁴ Auf der anderen Seite erhöhen sich die Ausgaben des Staates, die zu einem großen Teil aus den Massensteuern finanziert werden.³⁵ Doch damit nicht genug: Die Lohnabhängigen zahlen nicht nur den Löwenanteil der fi-

nanziellen Belastung, sie sind zudem auch noch gesundheitlich stark gefährdet. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt den Anteil der auf Umwelteinflüsse zurückgehenden Krebserkrankungen auf 80% aller Fälle.³⁶ Nach amerikanischen Schätzungen sind 38% aller Krebstodesfälle auf berufliche Einflüsse zurückzuführen. Und selbst für die BRD, in der epidemiologische Studien (gerade zu Belastungen durch Arbeit) Mangelware sind, läßt sich behaupten, daß bei mindestens 25% derjenigen an Krebs verstorbenen Männer, die in der chemischen Industrie beschäftigt waren, ein deutlicher Zusammenhang zur ehemaligen beruflichen Tätigkeit besteht.³⁷

Nur der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß diese Belastungen durch umwelt- und arbeitsbedingte Erkrankungen nur die Spitze eines insgesamt nicht überschaubaren Eisberges markieren, denn die bisherige Erforschung von Gefahren, die sich aus der Freisetzung industriell genutzter Stoffe ergeben, ist systematisch unterentwickelt. Darauf verweist allein die Entwicklung der Erforschung gefährlicher Arbeitsstoffe: Derzeit werden mindestens 60 000 rein chemische Arbeitsstoffe benutzt, deren Zahl durch Neuentwicklungen jährlich um 300 steigt. Lediglich 1300 hiervon sind als gefährliche Arbeitsstoffe klassifiziert.³⁸ Für 450 dieser Stoffe gibt es MAK-Werte, wobei wiederum nur ca. 30% hiervon arbeitsmedizinisch-toxikologisch begründet sind.³⁹ Die Unzulänglichkeit arbeitsmedizinischer Forschung läßt sich auch daran erkennen, daß noch Anfang der sechziger Jahre keine zehn Arbeitsstoffe als krebserregend betrachtet werden mußten. Im Jahre 1980 waren es bereits über 80.⁴⁰ Die meisten dieser Stoffe (wie z. B. Formaldehyd und Vinylchlorid) werden schon seit Jahren produziert und weiterverarbeitet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: die bisher notwendig gewordene und vollzogene Regulierung kapitalistisch bedingter Umweltkrisenphänomene wurde in der BRD wesentlich kapitalkonform vollzogen. Dabei scheinen sich – so unsere These – die großen energie- und (schad-)stoffintensiven Konzerne wie Chemie- und Energieproduzenten, weitgehend durchgesetzt zu haben. Die nur sehr geringe Berücksichtigung

von Bevölkerungsinteressen, wie sie an den festgelegten Grenzwerten deutlich wird⁴¹, muß auch darauf zurückgeführt werden, daß die Organisationen der Lohnabhängigen, v. a. die Gewerkschaften, diesem Problem in der Vergangenheit zu wenig Beachtung schenkten. Arbeits-, Lohn- und Tarifikämpfe, die mit Forderungen zum Umweltschutz verbunden gewesen wären, finden sich nur selten. Stattdessen ließen sich die Gewerkschaften all zu oft auf die (Kapital)Logik »Arbeitsplätze oder Umweltschutz« ein.

3. Die Entwicklung gewerkschaftlicher Umweltpolitik bis zur Mitte der 80er Jahre am Beispiel des DGB

Die Entwicklung einer umweltpolitischen Praxis und Programmatik durch den DGB kann vereinfachend in drei Phasen unterteilt werden:

1. Die Herausbildung gewerkschaftlicher Umweltpolitik (1971–1974).
2. Gewerkschaftliche Umweltpolitik in der Krise (1974–1984).
3. Neuorientierung gewerkschaftlicher Umweltpolitik (ab 1985).

In der ersten Phase, die ungefähr zeitgleich zur Durchsetzung erster staatlicher Gesetzgebungsinitiativen auf diesem Gebiet verläuft, entwickelten die Gewerkschaften ihre Position zu den Ursachen und Möglichkeiten der Bewältigung der Umweltkrise. Im Jahre 1974 wurde das erste Umweltprogramm des DGB verabschiedet. Im Mittelpunkt der Ursachenanalyse stand dabei das Profitprinzip, das der Lösung des Umweltproblems entgegensteht. Die Eindämmung der Naturzerstörung erfordert daher das aktive Eingreifen der Lohnabhängigen.⁴² Als Eingriffsebenen wurden die, über kritische Mitarbeit vollzogene, Einflußnahme auf die staatliche Umweltpolitik⁴³ und die Ge-

staltung der Arbeitsumwelt im Rahmen tarifvertraglicher Regelungen⁴⁴ gesehen. Obwohl das Profitprinzip als zentrale Ursache der Umweltzerstörung begriffen wurde, war die antikapitalistische Kritik gleichsam halbiert: die Verantwortung des Profitprinzips wurde nur bei der unmittelbaren Anwendung der Produktionsmittel, nicht jedoch in der Herausbildung des kapitalistischen Produktivkraftsystems gesehen. Die konkrete stoffliche Verfaßtheit des Industriesystems wurde von der Kritik nicht erfaßt. Damit entsprach die gewerkschaftliche Positionsbestimmung der damaligen sozialdemokratischen Reformeuphorie. Diese ging davon aus, daß durch keynesianische Wirtschaftslenkung dem Kapitalismus seine (umwelt-)zerstörerischen Zähne gezogen werden könnten.

Mit der krisenhaften Entwicklung ab 1974 mußte auch dieses umweltpolitische Modell in die Krise geraten. Aufgrund der enger gewordenen Verteilungsspielräume verminderten sich auch die Chancen zur Durchsetzung arbeitnehmerorientierter Umwelt- und Arbeitsschutzforderungen.⁴⁵ Durch die politische und ideologische Anbindung an die SPD – und hier besonders an deren Kernenergieprogramm – gerieten die Gewerkschaften mehr und mehr in Konflikt mit den neuen, ökologisch orientierten Bewegungen, die gerade die stoffliche Seite der Produktion – als verursachendes Moment von Umweltkrisen – in den Mittelpunkt rückten. Spätestens mit der Bestätigung der konservativen »Wende« vom Herbst 1982 durch die Bundestagswahl von 1983 war das Ausmaß der Krise der gewerkschaftlichen Umweltpolitik offenbar geworden: die Regierung, auf die sich viele Hoffnungen gründeten, war gescheitert. In der Zeit davor hatten sich die Unternehmerverbände allerdings schon bei praktisch allen wichtigen Umweltgesetzen durchgesetzt. Schließlich war der Einzug der Grünen in den Bundestag Ausdruck dafür, daß sich – neben der gewerkschaftlichen umweltpolitischen Orientierung – die Kritik der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung nunmehr auch im parlamentarischen Raum artikulierte.

Die dritte Phase gewerkschaftlicher Umweltpolitik, eine Phase der Neuorientierung, ist noch nicht abgeschlossen. Sie

begann mit dem Abschneiden »alter Zöpfe« und der Anerkennung von Argumenten, die zuvor weitgehend ignoriert worden waren. Das 1985 verabschiedete DGB-Programm »Umweltschutz und qualitatives Wachstum« enthält Vorschläge und Forderungen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltzerstörung. Das Profitprinzip wird nicht mehr als Ursache der Umweltzerstörung benannt. Stattdessen wird die stoffliche Seite der Produktion hervorgehoben. Entsprechend orientiert das Programm hauptsächlich auf entsorgungstechnische Maßnahmen wie Sondermülldeponien, Kläranlagen usw.⁴⁶ Ganz im Gegensatz zum Programm von 1974, das den Umweltschutz als weitere Profitquelle ablehnte⁴⁷, wird im Programm von 1985 argumentiert, daß die Expansion der Umweltschutzbranche eine lohnende Anlagesphäre biete und daß die Produktion von Umweltschutztechnologien die Weltmarktposition des bundesdeutschen Kapitals verbessere.⁴⁸

Die Beschlüsse des 13. Bundeskongresses des DGB(1986) bilden gegenüber dem Programm von 1985 eine Weiterentwicklung, da hier recht eindeutig auf den Vorrang energiesparender, abfallarmer und ökologisch angepaßter Produktionsverfahren gegenüber nachgeordneten Umweltschutztechnologien orientiert wird.⁴⁹ Weiterhin wird dort eine Öffnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen wie den Hochschulen und ökologisch orientierten Verbänden vorgenommen. Schließlich wurden konkrete Beschlüsse zur innerorganisatorischen Bearbeitung der Ökologieproblematik gefaßt.⁵⁰ Aber auch der 13. Bundeskongreß bleibt eine eindeutige Haltung gegenüber den industriellen Verursachern von Umweltzerstörung schuldig.⁵¹

Diese Bestandsaufnahme macht deutlich, daß es den Gewerkschaften in der Entwicklung ihrer Umweltpolitik noch nicht gelungen ist, die Naturzerstörung als Ergebnis des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses zu begreifen. Immerhin zeichnet sich mit dem Programm von 1985 und den Beschlüssen von 1986 – bei aller Unzulänglichkeit – doch die Tendenz ab, die verschiedenen Krisenprozesse kapitalistischen Ursprungs systematisch zusammenzudenken und in Zusam-

menarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften nach Lösungen zu suchen.

4. Tendenzen gewerkschaftlicher Umweltpolitik: zwei Entwicklungstypen am Beispiel der IG Metall und der IG Chemie

Greifen wir noch einmal kurz auf die Ergebnisse des ersten Teils zurück. Dort wurde entwickelt, daß auch unter kapitalistischen Bedingungen die – über die Steigerung der Produktivkraft notwendig gewordene – Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades von Produktion und Reproduktion vollzogen wird. Wie jedoch diese Entwicklung gestaltet wird, hängt wesentlich von den politischen Kräfteverhältnissen, mithin vom Klassenkampf ab. Dabei stehen heute die gewachsenen Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der stofflichen Seite der Produktion im Zentrum. Wenn die Gewerkschaften daher im Interesse der Lohnabhängigen Einfluß auf die stoffliche Seite der Produktion als auch auf den Vergesellschaftungsprozeß insgesamt nehmen wollen, dann müssen sie Alternativen zur herrschenden Entwicklungslogik finden. Konkrete Anknüpfungspunkte im Massenbewußtsein ergeben sich aus den Folgen der bisherigen Produktionslogik für Arbeit, Leben und Gesundheit der Lohnabhängigen (vgl. Teil 2). Bislang ist es aber den Gewerkschaften nicht gelungen, in der Entwicklung ihrer umweltpolitischen Programmatik und Praxis der Bedeutung der Umweltzerstörung für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß gerecht zu werden. Daher konnten auch keine realen Veränderungen an der Form der Naturaneignung durchgesetzt werden. Die bisherige Einflußnahme (vgl. z. B. die Ausführungen zum Chemikaliengesetz) blieb im Rahmen dessen, was für den Erhalt der Reproduktionserfordernisse des Gesamtkapitals ohnehin notwendig ist.

Betrachtet man die aktuelle Entwicklung gewerkschaftlicher Umweltpolitik, so fällt auf, daß sich erstmals qualitativ unterschiedliche Varianten und Strategien abzeichnen.

1. Die Umweltpolitik der IG Metall:

Die Zukunftskonferenzen der IG Metall im Jahre 1988 – davon die erste zur Umweltproblematik – haben einen ersten Versuch unternommen, die neu entstandenen politischen Handlungsbedingungen zum Ausgang dieses Jahrhunderts in einem breiten Diskurs mit Wissenschaftlern und politischen Organisationen wie Bewegungen zu erfassen und für die Gewerkschaften zu konkretisieren.⁵² Die IG Metall geht bei ihrer Neuorientierung davon aus, daß infolge der globalen Umweltkrise ein generelles Umdenken notwendig wird. Dabei muß die Frage nach der Art und Weise des Produktionssystems neu gestellt werden.⁵³ Ziel aktueller Gesellschaftspolitik ist demzufolge ein sozialer und umweltverträglicher Strukturwandel, mit dem gesellschaftliche und ökologische Interessen in Einklang gebracht werden.⁵⁴ Als Ursachen der ökologischen Krise werden sowohl das konsumvermittelte Verhalten aller als auch das Profitprinzip benannt. Die «... Ausbeutung der Natur und die Ausbeutung der Menschen...» werden aber auch als »... zwei Seiten der gleichen Medaille...« gesehen.⁵⁵ Eine Politik, die von dem Primat der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen – auch vor kurzfristigen Arbeitsplatzinteressen⁵⁶ – ausgeht, unterzieht daher nicht nur die stoffliche Seite der Produktion, sondern auch die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit einer kritischen Reflexion. Eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungen über das »Was« und »Wie« der Produktion wird notwendig.⁵⁷ Die Verankerung einer solchen Politik bei den Beschäftigten wird zu einer zentralen gewerkschaftspolitischen Aufgabe.⁵⁸ Um diese Vorstellungen zu realisieren, wird ein breites gesellschaftliches Bündnis für einen ökologischen und sozialen Umbau anvisiert, das Wissenschaftler, Bürgerinitiativen und Umweltverbände umfassen soll.⁵⁹ In den Diskussionen der IG Metall zeichnet sich also eine qualitative Veränderung gegenüber der bisherigen Programmatik des DGB ab. Die Kritik der

stofflichen Seite der Produktion wird nunmehr radikaler und umfassender formuliert. Gleichzeitig wird sie mit einer Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen gebunden.

Allerdings bleibt es eine Schwäche auch dieser Diskussion, daß die Kritik der stofflichen Proportionen nicht konkret auf den eigenen Organisationsbereich zielt. Gerade im Hinblick auf die Automobilindustrie und die Massenmotorisierung, die (nach Schätzungen der IG Metall selbst) die Hälfte der ökologischen Schäden durch Luftverschmutzung verantwortet⁶⁰, wird eine Kritik nur sehr vorsichtig hervorgebracht.⁶¹

Weitere Defizite werden auch bei der Analyse der praktischen Umweltpolitik der IG Metall deutlich. Zwar gibt es in krisengefährdeten Branchen – wie der Werft- oder Rüstungsindustrie – eine Reihe von Vorschlägen für eine ökologisch orientierte Konversion der Produktion.⁶² In den prosperierenden Branchen hingegen, v. a. in der Automobilindustrie, werden solche Probleme und Forderungen bislang kaum thematisiert. Auch eine Betrachtung der Qualifikation von Betriebsräten bezüglich des betrieblichen Umweltschutzes legt erhebliche Defizite offen: Eine Umfrage ergab, daß nur einem Betriebsrat von 64 der Bericht des Umweltbeauftragten vorlag.⁶³ Auf die Frage, wie und von wem der Sondermüll entsorgt werde, gaben 42% an, daß sie sich noch nicht, oder erst auf die Befragung hin über die Entsorgung informiert hätten.⁶⁴ Den meisten Betriebsräten, so das Ergebnis dieser Studie, fehlten substantielle Informationen über die vom Betrieb ausgehenden ökologischen Risiken und Schadstoffbelastungen am Arbeitsplatz.⁶⁵

In der umweltpolitischen Praxis der IG Metall gibt es aber noch wie vor erhebliche Mängel. Der qualifizierten Diskussion über die ökologischen Gefahren und notwendigen Veränderungen an den Produktionsstrukturen und Konsummuster steht bislang keine hinreichend qualifizierte Behandlung der tagtäglichen Belastungssituation innerhalb und außerhalb des Betriebs gegenüber. Das Problembewußtsein der Belegschaften bedarf wohl noch erheblicher Entwicklung, sollen die anvisierten und von einer Mobilisierung der Beschäftigten getragenen Forderungen praktische Relevanz erreichen. Dieses Defizit greift die

IG Metall in den von ihr geplanten betrieblichen Umweltschulungen für Gewerkschafter – insbesondere Vertrauensleute – auf.⁶⁶ Auch die im Bezirk Stuttgart durchgeführte Aktion »Tatort Betrieb« zielt auf die höhere Sensibilisierung der Belegschaften für Umweltschutzfragen. Gleichwohl hat die IG Metall – trotz der bislang unzureichenden betrieblichen Umweltschutzpolitik – mit ihrer theoretischen Positionsbestimmung einen politisch wichtigen Schritt vollzogen; denn nur auf der Grundlage einer eigenen, umfassenden Alternative zu Form, Inhalt und Ziel bisheriger Produktion und bisherigen Konsums können umweltpolitische Bemühungen mehr sein als kosmetische Reparaturen vorherrschender Naturaneignung.

2. Die Umweltpolitik der IG Chemie:

Auch diese Industriegewerkschaft vertritt die Beschäftigten einer für das heutige Industrialisierungsmodell typischen Branche, und erachtet eine Ökologisierung der Produktion als notwendig.⁶⁷ Dabei zeichnen sich die Betriebe in ihrem Organisationsbereich durch einige produktionstechnische Besonderheiten aus: Die nicht selten giftigen und feuergefährlichen Ausgangsstoffe werden unter hohem Druck und hohen Temperaturen zu neuen Verbindungen synthetisiert. Anfallende Abfallstoffe müssen – aufgrund ihrer Toxizität – weiterverarbeitet werden, was eine hohe Komplexität der Anlagen zur Folge hat. Die ökologisch bedenkliche Naturfremdheit der chemischen Produkte und die hohe Störanfälligkeit der komplexen Produktionsanlagen fordern aus umweltpolitischer Sicht dringend Alternativen ein.⁶⁸

Betrachtet man nun das Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zur Chemiepolitik, das unter maßgeblicher Mitarbeit des Vorsitzenden der IG Chemie, Hermann Rappe, entstanden ist und auf das sich die IG Chemie positiv bezieht, dann zeigt sich, was hier unter Ökologisierung verstanden wird. Das Konzept geht davon aus, daß die chemische Industrie einerseits einen großen Anteil am gestiegenen Lebensstandard der Lohnabhängigen hat, andererseits jedoch ökologische und gesundheitliche Risiken birgt. Eine Chemiepolitik soll daher folgendes leisten:

Die Wirkung der Stoffe soll besser erfaßt, die Entstehung giftiger Nebenprodukte wie Dioxin eingedämmt, unbedenkliche Ersatzstoffe entwickelt und giftige Stoffe wie Chlorkohlenwasserstoffe in ihrer Anwendung stärker reglementiert werden. Konkret schlägt das SPD-Konzept u. a. die Kennzeichnung von Haushaltsprodukten hinsichtlich gefährlicher Inhaltsstoffe, die Erforschung von Altstoffen, die Zurückdrängung von überflüssigen Inhaltsstoffen in Nahrungsmitteln, u. dgl. m. vor. Die Forderungen werden schließlich damit begründet, daß eine derart orientierte Chemiewirtschaft die Weltmarktsituation bundesdeutscher Chemiekonzerne verbessern soll und wird.⁶⁹

Die von der IG Chemie anvisierten Maßnahmen zielen also nicht auf eine Ökologisierung, einen Umbau der chemischen Produktion und damit auf die Beseitigung der den Produkten prinzipiell inhärenten Gefahren. Die aus der Komplexität chemischer Großanlagen resultierenden Risiken werden nicht gesehen und nicht kritisiert. Im Gegenteil: H. Rappe bescheinigt den bundesdeutschen Chemiewerken eine hohe Sicherheit und führt die sich letzthin häufenden Chemieunfälle auf Fragen der Lagerung und auf menschliches Versagen zurück.⁷⁰ Dieser Logik folgend finden prinzipielle Zweifel an der ökologischen Unbedenklichkeit der chemischen Industrie bei der IG Chemie nur wenige Anhänger.⁷¹

Die IG Chemie verfolgt eine Umweltpolitik, die an einer Minderung gesundheitsschädlicher Einflüsse am Arbeitsplatz orientiert ist. Sie findet jedoch dort ihre Grenzen, wo Umweltschutz Arbeitsplätze und die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der BRD gefährdet⁷² oder die Wettbewerbssituation bundesdeutscher Chemiekonzerne verschlechtert.⁷³ Die konkreten umweltpolitischen Forderungen der IG Chemie bleiben damit immer an den vom Kapital vorgegebenen ökonomischen Rahmen gebunden, der bei zunehmender Konkurrenz auf dem Weltmarkt der Logik der Kostenminimierung folgt.

Ungeachtet dessen kann die IG Chemie erhebliche Erfolge in der konkreten betrieblichen Umweltpolitik vorweisen. Die Materialien zur Störfallverordnung bspw. belegen eine große Sachkompetenz.⁷⁴ Die IG Chemie hat durchgesetzt, daß die Be-

etriebsräte – zumindest in den großen Werken – in aller Regel mit den umweltrelevanten Daten versorgt werden.⁷⁵ Eine zwischen der IG Chemie und den Arbeitgeberverbänden in der Chemieindustrie getroffene Vereinbarung sieht vor, daß die gesetzlich nicht vorgeschriebene Altstoffüberprüfung unter Beteiligung beider Seiten durchgeführt wird, daß die Betriebsräte über den betrieblichen Umweltschutz informiert werden sollen und daß, über eine gemeinsam einzurichtende Gesellschaft, Betriebsräte über umweltrelevante Themen informiert werden.⁷⁶

Die Umweltpolitik der IG Chemie beschränkt sich mithin darauf, den vom Kapital gesetzten Rahmen auszuschöpfen. Dennoch vermag sie bei der Bearbeitung betrieblicher Belastungssituationen, partiell erfolgreich zu agieren. Das Problem der sich sukzessive vertiefenden Umweltkrise kann jedoch auf diesem Wege nicht bewältigt werden. Einer Politik, die den Namen »Ökologisierung« wirklich verdient, wird damit sogar Schaden zugefügt; denn die enge umweltpolitische Zusammenarbeit der IG Chemie mit dem Kapital dient ja gerade dazu, kritisches Potential – wie die alternativen Aktionärsgruppen bei Bayer und Hoechst oder in der Ökologiebewegung – zu desavouieren.⁷⁷ Richtig verstanden müßte gewerkschaftliche Umweltpolitik darauf zielen, bei den Beschäftigten eine kritische Auseinandersetzung mit den möglichen Gefahren der chemischen Produktion und dem Risikopotential von Produktionsanlagen zu fördern. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein: Eine Studie von Heine und Mautz zum umweltpolitischen Bewußtsein von Industriearbeitern zeigt, daß die kritische Bewertung der von der chemischen Industrie ausgehenden Gefahren von den dort Beschäftigten – im Vergleich zu anderen Industriearbeitern – in weit geringerem Maße wahrgenommen wird.⁷⁸ Auch die bereits erwähnte umweltpolitische Information von Betriebsräten in Zusammenarbeit mit dem Kapital dürfe dem kritischen Diskurs kaum förderlich sein.

5. Schlußbemerkung

Gewerkschaftliche Umweltpolitik kann heute nicht mehr als ein Politikfeld neben anderen begriffen werden. Umweltzerstörung ist keine sporadisch und lokal auftauchende Nebenerscheinung, sondern systematisch produzierter kapitalistischer Widerspruch. In den kapitalistischen Zentren trifft die Naturaneignung mit ihrer stofflichen und gesellschaftlichen Problematik in den Mittelpunkt des Ensembles verschiedenster, auf den kapitalistischen Grundwiderspruch rückführbarer, Krisenphänomene. Damit reicht eine bloße Erhöhung des Anteils am erwirtschafteten Reichtum – realisiert über die Tarifpolitik – die Lohnabhängigen nicht mehr hin. Die negativen Folgen der kapitalistischen Naturaneignung paralysieren den dadurch erzielbaren Zugewinn an Reproduktionsmöglichkeiten sowohl in Form der Abwälzung von Folgekosten durch Umweltzerstörung als auch über den Verlust an Lebensqualität durch Krankheit etc. Grundsätzliche Verbesserungen für die Lohnabhängigen können nur durch eine Umgestaltung der Form der Naturaneignung erreicht werden. Das heißt aber in letzter Instanz, daß bislang dominante gewerkschaftliche Politikfelder – wie z. B. die Tarifpolitik – neu durchdacht und bestimmt werden müssen. Diese müssen in eine umfassende soziale und ökologische Alternative eingeordnet werden. Mit den Mitteln der Tarifautonomie und des Kampfes um Arbeitsplätze müssen entsprechende Alternativvorstellungen bei den Beschäftigten verankert und in Ansätzen durchgesetzt werden. Die Kämpfe in den Krisenbranchen – z. B. der Werftenindustrie – liefern hierfür eine Reihe von Ansatzpunkten. Allerdings erfordert dies eine radikalere Kampforientierung als sie letzthin von der IG Metall in der Auseinandersetzung um das Stahlwerk Rheinhausen ausgegeben wurde. Eine konkrete Neuformulierung gewerkschaftlicher Strategie kann dabei nur das Ergebnis innergewerkschaftlicher Positionsfindung sein. Mit ihrer Öffnung gegenüber ökologischen Fragestellungen hat zumindest die IG Metall die Grundlage hierfür geschaffen.

Anmerkungen:

1 Vgl. Einstellungen der Bundesbürger zum Umweltschutz – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Emnid-Informationen 8/1985, S. 82 f.

2 Vgl. die unversicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Ein Bericht des Sinus-Instituts im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Opladen 1983, S. 40.

3 Vgl. Brunowsky/Wicke, Der Ökoplan. Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder, München 1984, S. 33.

4 »Der Mensch kann in seiner Produktion nur verfahren, wie die Natur selbst, d. h. nur die Formen der Stoffe ändern.« (Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW Bd. 23, Berlin (DDR) 1979, S. 57). Die von ihm verrichtete Arbeit ist, stofflich betrachtet, ein Naturprozeß. Vgl. auch ebd., S. 192 und Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, MEW Bd. 20, Berlin (DDR) 1978, S. 451.)

5 Vgl. Holz, Historischer Materialismus und ökologische Krise, in: Gärtner/Leisewitz, Dialektik 9, Ökologie – Naturaneignung und Naturtheorie, Köln 1984, S. 37 f.

6 Vgl. Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW Bd. 6, Berlin (DDR), 1982, S. 407 f.

7 Vgl. Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, Berlin (DDR) 1981, S. 9.

8 Vgl. Tjaden, Naturrevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte, in: Das Argument Nr. 101, 1977, S. 24.

9 Vgl. Marx, Das Kapital, Bd. 1 MEW Bd. 23, a. a. O., S. 54.

10 Vgl. Peters, Der historische Materialismus und die Kritik des WTF, in: Marxistische Blätter 7/1988, S. 58 ff.

11 Vgl. Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, Berlin (DDR), 1980, S. 465.

12 Vgl. Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW Bd. 23, a. a. O., S. 192.

13 Vgl. Marx, ebd., Bd. 3, MEW Bd. 25, Berlin (DDR) 1979, S. 221 ff.

14 Vgl. Czeskleba-Dupont/Tjaden, Probleme des Übergangs von der kapitalistischen Naturzerstörung zu vernünftig-gesellschaftlicher Naturaneignung, in: Alternative Umweltpolitik, Argument-Sonderband 56, Berlin 1981, S. 92.

15 Vgl. Peters, a. a. O., S. 60.

16 U. E. sind dies die »reinen« Phänomene. Sie werden jedoch durch politische Bedingungen und Vergesellschaftungsdruck überlagert. So ist bspw. denkbar, daß auf der Grundlage gewachsener technischer Gestaltungsmöglichkeiten auch unter kapitalistischen Bedingungen ein Innovationsschub in Richtung ökologische Produktionsstrukturen ausgelöst werden kann. Insofern bringt das ausgeführte eine logische, jedoch keine historische Grenze des Kapitalismus zum Ausdruck.

17 In diesem Zusammenhang wird aus Platzgründen nicht auf die Besonderheiten der »3. Welt« eingegangen. Ebenso können auch die spezifischen Besonderheiten der sozialistischen Länder nicht erörtert werden. Hier sei nur angemerkt, daß u. E. auch hier – was die Seite der Naturaneignung betrifft – der Produktivkrafttyp kapitalistisch geprägt ist. Die Ursachen hierfür sind in der relativen Unterentwicklung dieser Länder, in Problemen ihrer inneren Entwicklung (Demokratiefrage) und noch genauer zu klärenden Problemen, die sich aus den Abhängigkeiten bei Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme ergeben, zu suchen.

18 Für die angesprochenen Gestaltungsmöglichkeiten gibt es eine Reihe von Beispielen. Vgl. Binswanger/Frisch/Nutzinger u. a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, Frankfurt 1983; oder: Antrag der Fraktion »Die Grünen«, zur Entgiftung der chemischen Industrie, Förderung und Weiterentwicklung einer »Sanften Chemie«, Deutscher Bundestag, Bonn 29. 9. 1986, BT-Drucksache 10/6052; oder: Die Grü-

nen, Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, Bonn 1986.

19 Die industrialisierten Länder, die ca. 20% der Weltbevölkerung beherbergen, verbrauchen 80% des Weltenergieaufkommens und der Ressourcen. Sie verursachen entsprechend 80% der Umweltverschmutzung (vgl. Steinkühler, in: IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie, Köln 1988, S. 78). Diese Rechnung schließt die sozialistischen Industrieländer mit ein. Entsprechend der oben entwickelten Konzentration auf die kapitalistischen Zentren – insbes. die BRD – klammern wir diese jedoch aus. Sie müßten Gegenstand einer eigenständigen Betrachtung sein.

20 Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.), Daten zur Umwelt 1986/87, Berlin 1986, S. 229.

21 Vgl. Gärtner, Die ökologische Krise in: IMSF (Hrsg.), Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, Köln 1985, S. 207.

22 Vgl. Umweltbundesamt a. a. O., S. 175.

23 Vgl. ebd., S. 361. 1983 waren mehr als 90% der BRD-Bevölkerung an die Kanalisation angeschlossen.

24 Vgl. Kruse, Zur Bewertung der Umweltgifte, in: Arbeitskreis Chemische Industrie & Katalyse (Hrsg.), Gift Macht Geld, Köln 1986, S. 14 f.

25 Vgl. Heimbrecht/Molck, Rheinalarm, die genehmigte Vergiftung, Köln 1987, S. 58 f.

26 Vgl. IG CPK, Information Gefährliche Arbeitsstoffe: Chemikaliengesetz, Hannover o. J., S. 4.

27 Vgl. ebd., S. 7 f.

28 Seit dem Inkrafttreten des Chemikaliengesetzes sind bis einschließlich Februar 1987 nur 56 Stoffe neu angemeldet worden (vgl. Matthies, Sanfte Chemie – eine Alternative. Die Diskussion um den Ausstieg aus der »harten Chemie« am Beispiel chlorierter Kohlenwasserstoffe, Projektarbeit an der HWP Hamburg, Hamburg 1987, S. 54). Die chemische Industrie hat nämlich die Anmeldungspflicht dadurch umgangen, daß sie solche Stoffe als Altstoffe nachgemeldet hat, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht auf dem Markt erschienen waren, sondern bestenfalls zu Forschungszwecken eingesetzt wurden (vgl. ebd.).

29 Von 1975 bis 1984 wuchs der Umsatz von 92,1 Mrd. DM auf 169,7 Mrd. DM pro Jahr (vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Mainz 1977, S. 160 und ebd. 1987, S. 180).

30 Vgl. Leipert, Folgekosten des Wirtschaftsprozesses und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Zur Identifikation von steigenden kompensatorischen Ausgabe in der Sozialproduktrechnung. Projektbericht des Forschungsschwerpunkts Umweltpolitik (Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft – IIUG) Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, West-Berlin 1988, S. 14. Die Ausgaben des produzierenden Gewerbes lagen im gleichen Jahr bei 9,41 Mrd. DM. Hier muß jedoch berücksichtigt werden, daß 3,5 Mrd. DM hiervon Investitionen waren, die seit 1975 steuervergünstigt sind (vgl. Umweltbundesamt a. a. O., S. 60) und über die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite zusätzlich subventioniert werden. So wurden im Jahre 1984 allein 1,75 Mrd. DM (der insgesamt 3,5 Mrd.) mit 450 Mio. DM aus ERP Mitteln gefördert (vgl. ebd., S. 66 f.).

31 Vgl. Leipert a. a. O., S. 17 ff.

32 Vgl. ebd., S. 31. Für 1980 beliefen sich die Kosten auf 9,38 Mrd. DM und für 1985 auf 12,54 Mrd. DM. Die Kosten steigen demnach kontinuierlich an.

33 Vgl. ebd., S. 138 (Tabelle 62 sowie eigene Berechnungen).

34 So betrug der Anteil der Investitionen für den Umweltschutz am Gesamtinvestitionsvolumen des produzierenden Gewerbes 1975 2,4% und 1983 3,0% (vgl. Umweltbundesamt a. a. O., S. 51). Trotz einer größeren Zahl wirkender Umweltgesetze und eines angeblich größeren umweltpolitischen Engagements der Industrie, steigt der Anteil der Umweltschutzinvestitionen in diesem Zeitraum praktisch nicht.

35 Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen stieg von 1975 29,4% auf 34,1% im Jahre 1987. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil von Steuern auf Gewinne und

Vermögen von 28,8% auf 25,9%. (Vgl. Goldberg, Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch, Köln 1988, Tabelle 50, S. 246.)

36 Vgl. Die Grünen, Antrag der Fraktion . . . , a. a. O., S. 12.

37 Vgl. Funke, Berufskrebsrisiken erkennen – Voraussetzungen zur Gefahrenabwehr, in: Schmidt u. a. (Hrsg.), SWI-Studienhefte 2, Arbeit und Gesundheitsgefährdung, Frankfurt 1982, S. 62.

38 Vgl. Hückel, Gefährliche Arbeitsstoffe, in: Schmidt u. a. (Hrsg.), a. a. O., S. 76. Als gefährliche Arbeitsstoffe gelten solche, die entweder gesundheitsschädlich oder explosionsbrandgefährlich sind (vgl. ebd.).

39 Vgl. ebd., S. 78. Bei den verbleibenden 70% der MAK-Werte bleiben die Festlegungskriterien im Dunkeln. Es liegt nahe, daß Profitinteressen ausschlaggebend sind.

40 Vgl. ebd., Abbildung 1, S. 87 und 79.

41 Zur allgemeinen Problematik von Grenzwerten vgl. u. a. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 85 ff. Er führt hier u. a. aus: »Wer die Verschmutzung begrenzt, hat der Verschmutzung auch zugestimmt. Das, was jetzt noch möglich ist, ist per sozialer Definition »unschädlich« – wie schädlich es auch immer sein mag.« (Ebd., S. 85.) »Grenzwerte ermöglichen eine Dauerration kollektiver Normalvergiftung.« (Ebd., S. 86, Hervorhebungen im Original.)

42 Vgl. DGB, DGB-Umweltprogramm 1974, o. J., S. 12 ff.

43 Vgl. These 15 des Umweltprogramms, zitiert nach Gärtner, Gewerkschaften und Ökologie, Nachrichtenreihe 32, Frankfurt 1985, Anhang, S. 65.

44 Vgl. These 19 ebd., S. 66.

45 Vgl. bespw. die Ausführungen über Verabschiedung des Chemikaliengesetzes weiter oben, bei dem das Kapital seine Vorstellungen durchsetzte.

46 Vgl. DGB, Umweltschutz und qualitatives Wachstum, Düsseldorf 1985, S. 22 ff.

47 Vgl. These 11 des Programms von 1974, zitiert bei Gärtner, Gewerkschaften und . . . a. a. O., S. 65.

48 Vgl. DGB, Umweltschutz und qualitatives Wachstum, a. a. O., S. 13 f.

49 Vgl. DGB, 13. o. Bundeskongress in Hamburg, Parlament der Arbeit, angenommene Anträge, Frankfurt 1986, Antrag 122, S. 174 ff.

50 Vgl. ebd., Der Beschluß sieht die Bildung von Arbeitskreisen zum Thema »Arbeit und Umwelt« und die Durchführung von Bildungsveranstaltungen vor (ebd., S. 178).

51 So wurde der in einem Antrag der IG BSE vorgesehene Passus für die Einführung einer »Umwelthaftung der Industrie« nicht angenommen (vgl. ebd., Antrag 123, S. 178).

52 Bislang sind die Materialien der drei ersten Foren zugänglich (vgl. IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie, Köln 1988; ders., Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten, Köln 1988; ders., Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln, Köln 1988). Zur Konzeption vgl. ebd., Umweltschutz zwischen . . . Editorial, S. 2 und Steinkühler in: Der Gewerkschafter 1/1988, S. 2 ff.

53 Vgl. Steinkühler, in: IG Metall (Hrsg.), Arbeit und Gesellschaft . . . S. 92 und in IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen . . . , S. 75.

54 Vgl. Steinkühler, in: IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen . . . , S. 81.

55 Ebd.

56 Vgl. ebd., S. 80.

57 Vgl. ders. in: IG Metall (Hrsg.), Arbeit und Gesellschaft . . . , S. 99.

58 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 31. 3. 1988 und Steinkühler in: IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen . . . , S. 88.

59 Vgl. Steinkühler, in: IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen . . . S. 87.

60 Vgl. Der Gewerkschafter 1/1988, S. 15 und S. 24 f.

61 Vgl. Pressespiegel zur Umweltkonferenz (Hrsg.: IG Metall Vorstand), Frankfurt 4. 2. 88, hier: Sozialpolitische Nachrichten.

62 Vgl. u. a. Heseler, Alternative Produktion – Ein Ausweg aus der Schiffsbaukrise?, in: Briefs (Hrsg.), Anders produzieren, anders arbeiten, anders leben, Köln 1986, S. 97 ff.; Einemann/Lübbing, Rüstungskonversion und alternative Produktion als gesellschaftspolitische Strategie, in: Briefs (Hrsg.), a. a. O., S. 118 ff.; Krey, Koalition der Betroffenen – Eine regionale Initiative gegen Streckenstilllegungen in Norddeutschland, in: Hildebrandt u. a. (Hrsg.), Arbeit zwischen Gift und Grün – Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, West-Berlin 1985, S. 102 ff.; Wilke/Wulf, IG Metall Vorstand (Hrsg.), Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung – Möglichkeiten und Hindernisse, Frankfurt 1986.

63 Vgl. Pustal, Umweltschutz im Betrieb. Eine Umfrage der IG Metall im Rahmen eines Praktikums der Hans-Böckler-Stiftung, o. O., o. J., S. 5. Insgesamt wurden 182 Betriebe angeschrieben. Der Rücklauf betrug 35%. Die Untersuchung wurde zwischen August 1986 und April 1987 durchgeführt.

64 Vgl. ebd., S. 15.

65 Vgl. ebd., S. 15 ff.

66 Vgl. die Berichterstattung zur Umweltkonferenz der IG Metall in Frankfurter Neue Presse vom 23. 1. 88.

67 Vgl. Gewerkschaftliche Umschau 6/1984, S. 4 f.

68 Einen guten Überblick über die Gefährlichkeit von Produkten und Verfahren der chemischen Industrie sowie Überlegungen zur alternativen Gestaltung, finden sich in: Arbeitskreis Chemische Industrie und KATALYSE (Hrsg.): Gift Macht Geld. Die Chemische Industrie und Strategien zu ihrer Entgiftung. Köln 1986.

69 Vgl. Gewerkschaftliche Umschau 4/1986, S. 4 f.

70 Vgl. Rappe, in: Die Mitbestimmung 4/1988, S. 157.

71 Vgl. bspw. H. Rappes Auslassungen unter dem Titel »Für eine klare Abgrenzung der Gewerkschaften von den Grünen«, in der die Vorstellungen der Grünen zu umweltgerechter Produktion der Sache nach nicht widerlegt, stattdessen aber mit dem Stigma, das gesellschaftliche System der BRD abschaffen zu wollen, belegt werden. (Vgl. Gewerkschaftliche Umschau 1/1985, Dokumentation S. 2 ff.)

72 Vgl. Kripzak, in: Gewerkschaftliche Umschau 6/1984, S. 2. ff.

73 Vgl. Rappe in: Gewerkschaftliche Umschau 5–6/1983, Dokumentation S. V. Rappe führt hier aus, daß im Falle einer drohenden Wettbewerbsverschlechterung durch Umweltschutz die Kosten hierfür über Preise und Gebühren an die Verbraucher weitergegeben werden sollen.

74 Vgl. hierzu die Materialien zur Fachtagung (Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Umsetzung und dem Vollzug der Störfall-Verordnung in der Chemischen Industrie«. Sie fand am 26. 8. 1987 in Hannover statt.

75 Vgl. bspw. Riederer/Schlapkohl, in: Die Mitbestimmung 4/1988, S. 191 ff. Die beiden Betriebsräte berichten über die Zusammenarbeit von Betriebsrat und Unternehmensleitung in Umweltfragen. Vgl. auch die Betriebsvereinbarung bei der Hoechst AG in: Hoechst AG (Hrsg.) PSW-Belegschaftsinformation: Die Hoechst-Betriebsvereinbarung über die Zusammenarbeit von Unternehmen und Mitarbeitern beim aktiven Umweltschutz und bei der Einführung neuer Techniken – Dokumente und Echo in den Medien, Frankfurt, August 1987.

76 Vgl. Vereinbarung zwischen IG Chemie, VCI und BAVC zur betrieblichen Zusammenarbeit, in: Gewerkschaftliche Umschau, 2–3/1987, S. 13.

77 Nicht selten springen IG Chemie oder Betriebsräte ein, wenn es den ökologisch guten Ruf der chemische Industrie zu verteidigen gilt. Auf einige Beispiele wurde bereits verwiesen. Vgl. auch die Auseinandersetzung um die Schließung von Boehringer in Hamburg: Hausmann/Schmidt, Fürchtet euch nicht, macht Boehringer dicht, in: Hildebrandt u. a. (Hrsg.), Arbeit zwischen Gift und Grün . . . , a. a. O., S. 20 ff.

78 Vgl. Heine/Mautz, Haben Industriearbeiter besondere Probleme mit dem Umweltthema? Vorläufige Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: Soziologisches For-

schungsinstitut Göttingen (Hrsg.), SOFI-Mitteilungen Nr. 15, Februar 1988, S. 16 ff. Die Autoren legen dar, daß 50% der Chemiearbeiter von den örtlichen Chemiewerken kein oder nur geringes ökologisches Risikopotential ausgehen sehen, während bei den Beschäftigten anderer Branchen der entsprechende Anteil bei nur 25% liegt. Weiterhin sprachen sich nur 25% der Chemiearbeiter für deutlich spürbare, schärfere Umweltschutzauflagen für die chemische Industrie aus – gegenüber 50% der Beschäftigten aus anderen Branchen. (Vgl. ebd., S. 34 ff.)

Bruch mit der »Lager«-Mentalität

Zur Modernisierung der Arbeiterbewegungskultur

»Scharfes Denken ist schmerzhaft«, hat Bert Brecht notiert – derselbe Brecht, der zugleich nicht müde wird, die Vergnügungen des Denkens zu preisen. Vor den Gewerkschaften der Bundesrepublik stehen Herausforderungen, die schmerzhaft Veränderungen erfordern: den Bruch mit bisher gültigen Erfahrungen und Traditionen sowie den Mut, neue Arbeitsfelder und -formen zu entwickeln und den Umgang mit offenen Fragen und widersprüchlichen Wirklichkeiten zur Normalität zu machen. Die Kernthese dieses Beitrags ist: Volle Nutzung der Möglichkeiten von Kulturarbeit wird in Zukunft ein unverzichtbares Mittel sein, mit Schärfe und Vergnügen nach Antworten zu suchen und Lösungen zu erproben. Dies gilt allerdings nur – so die weitere These –, wenn auch die Kulturarbeit die Scheinsicherheiten des Vertrauten und Gewohnten hinter sich läßt und ihr Selbstverständnis neu bestimmt. Das soll inhaltlich gefüllt werden mit unserer dritten These: Kulturelle Fragen und Aufgaben (in einem weit gefaßten Sinn) rücken zunehmend ins Zentrum gewerkschaftlicher Praxis.

Wir wollen in vier Schritten versuchen, das Problemgelände zu vermessen. Am Anfang soll ein Blick auf die Diskussion um kulturelle Aspekte gewerkschaftlicher Arbeit geworfen werden. Der zweite Teil soll begründen, warum es eine Überlebensfrage ist, den Kampf um kulturelle Hegemonie aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund wird drittens gefragt, ob die Kulturarbeit schon auf diese Aufgabe eingestellt oder noch durch Momente von »Lagerdenken«¹ blockiert ist. Der letzte Abschnitt versucht dann, einige Praxisorientierungen näher auszuführen.

1. Kulturelle Dimensionen von Gewerkschaftsarbeit

Im Sommer 1981 verabschiedete der Bundesvorstand des DGB »Vorstellungen des DGB zur Kulturpolitik und Kulturarbeit«. Vorausgegangen war eine mäßig bewegte Diskussion kleiner interessierter Kreise – anschließend herrschte wieder der gewerkschaftliche Alltag, in dem Kulturarbeit oder gar Kulturpolitik allenfalls in Spurenelementen vorkommen. Während des erbiterten Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche 1984 bemühten sich vielerorts Gewerkschafter um Unterstützung durch Künstler und Kulturgruppen; der Aufschwung der Aktivitäten hatte jedoch keine sichtbar bleibenden Folgen. Erfahrungen und Probleme² wurden nicht systematisch aufgearbeitet und verallgemeinert. Im mühsamen Prozeß der Bildung der IG Medien standen organisationspolitische Streitpunkte im Vordergrund – die Rolle von Kunst und Medien für Kulturstrategie und Reformalternative der Arbeiterbewegung war kein Thema.

Unter der kaum bewegten Oberfläche liefen jedoch zwei Entwicklungen. 1. Die Kulturpraxis hat sich in den achtziger Jahren stetig erweitert – in vielseitiger und attraktiver Bildungsarbeit wie im Wachstum auf ca. 350 gewerkschaftliche Kulturgruppen (Stand Frühjahr 1988). 2. Die Suche nach Antworten der Arbeiterbewegung auf die gegenwärtige Umbruchperiode³ führt vielerorts zu Überlegungen, die um ein neues Verständnis kultureller Prozesse und ihre gestiegene Bedeutung für gewerkschaftliche Strategien kreisen. Die auffallende Zunahme von gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Veröffentlichungen, Tagungen und Diskussionen unter den Stichworten »Kultur« und »Kulturarbeit« ist so vielleicht als Anzeichen zu verstehen, daß grundlegende Selbstverständigungen herangereift sind.

In der Literatur wird mit unterschiedlichen Formulierungen und Argumenten auf die angesichts der Tendenzen zu einer »Kultargesellschaft« notwendige Erweiterung gewerkschaftlicher Themenfelder hingewiesen⁵, v. a. im Blick auf die Aufgabe, die Arbeiterbewegung im außerbetrieblichen Lebenszusammenhang der Lohnabhängigen (erneut) zu verankern. Man plä-

diert für »Stadtteil und Wohngebiet als zweites Organisationszentrum« der Gewerkschaften⁶ und fordert die Wahrnehmung eines »kulturellen Mandats« zur Durchsetzung einer neuen politischen Kultur.⁷ Begründet wird, warum in Betrieb, Wohngebiet und Medien in die gesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse eingegriffen werden muß mit dem Ziel, »gewerkschaftliche Wertorientierungen« zu verbreiten.⁸ Es gelte, »eigene Strukturen eines erneuerten solidarischen Milieus zu entwickeln«.⁹ Verwiesen wird auf die Offensive des Managements, die die gesamte Persönlichkeit der Lohnabhängigen für die Ziele des Unternehmens mobilisieren will.¹⁰ Als Gestaltungsziel in der Tradition der »alten Arbeiterkultur« wird »eine neue Arbeits- und Lebenskultur« genannt¹¹, konkretisiert im Szenario der Gewerkschaft des Jahres 2000 als Schnittpunkt von Lebenszusammenhängen.¹² Aus einer anderen Perspektive wird gefragt, ob nicht in der historischen Nachfolge der klassischen Arbeiterkultur die gegenwärtige Soziokultur »zur intermediären Kultur für ein »neues Proletariat« werden« könnte, in dem die marginalisierte Intelligenz eine bedeutende Rolle spielen werde.¹³ Aus einer wieder anderen Blickrichtung werden die neuen Herausforderungen in der These von einem »neuen kulturellen Modell« gefaßt, das die Umwandlung in eine »individualistische Gesellschaft« erfordere.¹⁴

Zumindest verbal werden derartige Denkanstöße von führenden Gewerkschaftsvertretern inzwischen aufgegriffen. Da ist die Rede von einem »neuen Selbstverständnis gewerkschaftlicher Lebenskultur« und sogar einer »neuen Organisationskultur«¹⁵, in der die »Kraft zum gemeinsamen Handeln aus der Vielfalt der betroffenen Gruppen und der beteiligten Personen zu gewinnen« sei.¹⁶ Als gewerkschaftliches Gestaltungsfeld wird der außerbetriebliche Bereich anvisiert in seiner kulturellen Dimension – als »Boden, auf dem gewerkschaftliche Identität und Solidarität wachsen« müsse.¹⁷

Der Kulturwissenschaftler betrachtet diese Impulse (von einer entwickelten gewerkschaftlichen Debatte kann nicht gesprochen werden) mit zwiespältigen Gefühlen. Analytisch findet er hier die kulturelle Dimension der gegenwärtigen Umbrü-

che und Herausforderungen an die Arbeiterbewegung in der Tendenz richtig wiedergespiegelt. Für die praktische Antwort erweist sich allerdings der Bezug auf bisherige Vorstellungen und Instrumente gewerkschaftlicher Kulturarbeit und -politik eindeutig als hemmend. Kulturelle Selbsttätigkeit, die sich nicht ihrer politisch-ökonomischen Grenzen und der Notwendigkeit des Eingreifens in kulturelle und ideologische Massenprozesse bewußt ist und sich daraufhin organisiert, ist stets bedroht vom Umkippen ins selbstgenügsame Freizeitvergnügen. Es geht nicht allein darum, einen besonderen Sektor, ein spezielles Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften aus der Bedeutungslosigkeit herauszuführen; es geht im Kern um eine neue Qualität gewerkschaftlicher Organisation und Praxis insgesamt.

Gerade die gewerkschaftliche Linke muß sich die Frage stellen: Wie weit ist ihr Verständnis von Kulturarbeit geprägt durch einen Mythos von »Arbeiterkultur«, der schon die geschichtlichen Realitäten höchst fragwürdig widerspiegelt, heute und morgen aber mit seiner Ideologie des Selbermachens die Lebensweise der Lohnabhängigen wie die zentralen Herausforderungen klassenautonomer Gewerkschaftspolitik verfehlt? Im Kern handelt es sich um Defizite der gesamten Arbeiterbewegung, die in der Kultur- und Medienpolitik schon lange an Ausstrahlung und Überzeugungskraft verloren hat; das zeigt sich im kulturpolitischen Teil des Irseer Grundsatzprogramms der SPD ebenso wie in der Feststellung eines führenden DKP-Vertreters, man sei in diesen Fragen noch nicht wieder auf der Höhe.¹⁸

Der folgende Abschnitt soll in verknappter Form einige der Tendenzen skizzieren, die aus unserer Sicht Kultur und Lebensweise deutlich zum Zentrum gewerkschaftlicher Strategie hinarücken.

2. Umbrüche in den Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit

Bezugspunkt: die Hegemoniefrage

Im Marxismus hat als erster Antonio Gramsci umfassend die Notwendigkeit entwickelt, daß die Arbeiterbewegung die Hegemonie – geistig-politische Führung und kulturelle Dominanz – erringt; anders ist im entwickelten Kapitalismus aus den im Interessengegensatz zum Kapital stehenden Klassen, Schichten und Gruppen kein »historischer Block« zu formieren, der die Kraft zu einer demokratischen Wende und sozialistischen Perspektive aufbringt. Die gegenwärtig anhaltende konservative Vorherrschaft, die auf der Neutralisierung und sogar Einbindung bedeutender Teile der Lohnabhängigen beruht, zeugt von der Aktualität dieser Problemstellung.

Spätestens mit den 80er Jahren sind Grenzen und Probleme der Mobilisierungs- und Kampffähigkeit in den Vordergrund getreten. Vor allem in der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sowie im Bemühen, Widerstands- und Alternativpositionen gegen die unternehmerische Flexibilisierungsoffensive aufzubauen, wurde deutlich: Es gibt viele neue Probleme bei der Aufgabe, eine Basis für effektive betriebliche Kampfaktionen zu gewinnen; und zur Durchsetzung der großen, zunehmend politisch vermittelten Entscheidungen, ohne die Klasseninteressen der abhängig Beschäftigten heute nicht mehr zu sichern sind, reicht auch langanhaltende betriebliche Mobilisierung nicht mehr aus. Das gesellschaftliche Umfeld, die »öffentliche Meinung« muß für die gewerkschaftlichen Anliegen gewonnen werden; die Gewerkschaften müssen für zentrale Ziele »über sich selbst hinauswachsen« und eine zu politischem Druck fähige soziale Bewegung entwickeln.¹⁹ Dies ist, wenn man so will, heute der praktische Zugang zum Hegemonieproblem.

Wesentliche Veränderungen, die dem zugrunde liegen, sollen

in den beiden folgenden Abschnitten skizziert werden. In Theseform gebracht lauten sie:

1. Bedingungen und Wege der Klassenformierung unterliegen einem tiefgreifenden Umbruch. Das Hereinwachsen der einzelnen LohnarbeiterInnen in den Klassenzusammenhang und die Orientierung an der Arbeiterbewegung ergeben sich immer weniger spontan und naturwüchsig aufgrund elementarerer, v. a. betrieblicher Klassenerfahrungen – notwendig ist anhaltendes, vielseitiges und differenziertes Bemühen der Organisationen um Hegemonie auch in der Klasse. Zugespitzt: In wachsenden Teilen der Belegschaften wird gewerkschaftliche Orientierung und Organisierung immer weniger selbstverständlich – und der Akt des Gewerkschaftseintritts schafft heute keine lebenslange Bindung mehr, diese muß vielmehr täglich neu errungen und gefestigt werden.

2. Die Zusammensetzung der Interessen und Ansprüche, die für klassenautonome und kämpferische Gewerkschaftspolitik aufgegriffen werden müssen, wandelt sich anhaltend; materielle und soziale Forderungen werden zunehmend durchdrungen und erweitert durch Erwartungen und Motive, die sich auf individuell-persönliche Achtung und Entfaltung wie auf umfassendere Alternativen in der Dimension »sinnvoll arbeiten – sinnvoll leben« richten.

3. »Kultur« wird hier verstanden in dem weiten Sinn, der Persönlichkeitsentfaltung in allen Tätigkeiten, das Verbinden des gesellschaftlich Notwendigen mit dem individuell Selbstzweckhaften²⁰ und dem utopischen Überschuß²¹ ebenso umfaßt wie die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Orientierungsangeboten für das eigene Selbstverständnis, für Bedürfnisse und Handeln. Über »Kultur und Lebensweise« erfassen wir alltagsweltliche, nicht offen politisch artikulierte Dimensionen des Hegemonieproblems.

Wandlungen in der Klassenformierung

Wir wollen zunächst stichwortartig einige der anhaltenden Ver-

änderungen in Struktur und Lebensweise der LohnarbeiterInnen benennen, die Voraussetzungen und Wege der Klassenformierung tiefgreifend gewandelt haben.

Der Einfluß sozialer Milieus, in denen Elemente von Klassenbewußtsein und Orientierungen auf die Arbeiterbewegung fraglos durch Übernahme von Traditionen und Werten, Normen und Verhaltensmustern angeeignet werden, geht weiter zurück. Das betrifft das Schwinden homogener Wohngebiete mit ihren Nachbarschaften, Vereinen, Freizeitgemeinschaften. Es betrifft im weiteren Sinn das Schwinden von Klassenöffentlichkeiten auch in Betrieb und Belegschaft: Der technologische Wandel von Arbeit und Arbeitsorganisation in seinen kapitalbestimmten Formen Rationalisierung und »Flexibilisierung« verringert Kommunikationsmöglichkeiten.

Unter den Lohnabhängigen wachsen in Zahl und Bedeutung jene Gruppen, die von ihrer Herkunft und Sozialisation her kaum Orientierungen auf die Arbeiterbewegung mitbringen: Angestellte und wissenschaftlich-technische Intelligenz, Frauen und die nachwachsende »Krisengeneration«.

Traditionelle betriebliche Sozialisationsmechanismen, durch die der Nachwuchs der Arbeiterklasse in die Arbeiterbewegung hineinwächst, greifen weniger bei der jungen Generation. Sie tritt der Gewerkschaft im höheren Alter, mit längerer Schulbildung, festeren individuellen und politischen Lebensauffassungen und stärkeren, nicht selten schon durch eigene interessenvertretende Praxis in Schulen und sozialen Bewegungen geprägten, Ansprüchen an politische und Organisationskultur gegenüber. »Die Gewerkschaften sind . . . keineswegs mehr . . . die »Schule der Arbeiterbewegung«.²²

Vor allem in jüngeren und qualifizierten Gruppen der Lohnabhängigen sowie unter den Frauen wird Klassenformierung zunehmend bestimmt durch die Bedingungen »individualisierter Vergesellschaftung«.²³ Im Gegensatz zu verbreiteten Auffassungen, die »Individualisierung« unterschiedslos mit Individualismus, Egoismus, Isolation, Privatismus gleichsetzen, verstehen wir darunter eine objektive Wandlung in den Anforderungen an die individuelle Lebensbewältigung: Auch die Angehöri-

gen der Arbeiterklasse sind heute in ganz anderem Ausmaß als ihre Eltern oder gar Großeltern gezwungen, ihren Lebensweg durch bewußte und überlegte Entscheidungen selber zu gestalten – innerhalb des Rahmens, den die grundlegenden Klassenverhältnisse vorgeben. Um einen auch nur halbwegs sicheren und befriedigenden Platz im System abhängiger Arbeit zu finden und zu behalten, ist auf dem Weg durch das Bildungs- und Ausbildungssystem mit seinen vielen Verzweigungen und angesichts einer Überfülle von Informationen dazu als Daueraufgabe das Treffen und Durchführen von persönlichen, individuellen Entscheidungen über den eigenen Lebensweg nötig. In ihnen erfährt sich der/die Einzelne notwendig als verantwortlicher Gestalter seiner eigenen Biographie und entwickelt Fähigkeiten und Ansprüche zu stärker selbständiger und selbstbestimmter Lebensführung.

Zu den Voraussetzungen stärker individualisierter Vergesellschaftung zählt weiter die Auflösung traditionell-fragloser Muster der Lebensführung. Unübersichtlichkeit und Unentschiedenheit kennzeichnen heute die beruflichen Biographien sowie das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Erwerbsleistung zu anderen Lebensbereichen und Zielen; die Fraglosigkeit des Musters »Jugend/Ausbildung – erwerbsmäßiges Lebensfundament – Heirat und Kinder – Konzentration auf berufliche Leistung und Karriere des Mannes – Sicherung des Erreichten bei voller Erwerbsorientierung bis zur Rente – Noch etwas vom Leben haben nach der Pensionierung« wird zunehmend erschüttert. Gleiches gilt für die Gestaltung von Partnerschaft und Kindererziehung. Auch hier sind aktive, individuelle Entscheidungen immer wieder fordernde Bewältigung neuer Ansprüche und Aufgaben verlangt.

Schließlich haben die außerordentlich gewachsenen Möglichkeiten der Wahl und Entfaltung im Reproduktionsbereich dazu beigetragen, daß heute dem/der LohnarbeiterIn in historisch vergleichlicher Qualität Felder der Ausbildung und Betätigung von Fähigkeiten, Bedürfnissen und Genüssen erschlossen sind. Auch dies stärkt den Anspruch, über den individualisierte Vergesellschaftung veränderte Formierungsbedingungen schafft:

im ganzen Leben als sich selbst bestimmende Individualität respektiert zu werden und sie auch in den organisierten Formen der kollektiven Interessenvertretung entwickeln zu können.

Gewerkschaften und Arbeiterbewegung haben heute selbst in der Arbeiterklasse, geschweige darüber hinaus, keine »Monopolstellung« mehr für die kontinuierliche und effektive Organisation von Massenprotest – wie dies in der Geschichte der Bundesrepublik noch bis zur Anti-Notstandsgesetz-Bewegung der 60er Jahre zutraf. Auch in den aktiven und kritischen Gruppen der Arbeiterklasse muß der gewerkschaftliche Anspruch, eine Kraft gesellschaftlicher Gestaltung im demokratischen Interesse zu sein, gegen die »Konkurrenz« anderer sozialer Bewegungen (Frieden, Umwelt, Frauen etc.) und ihrer ideologisch-politischen Alternativkonzepte überzeugend nachgewiesen werden.

Nicht zu vergessen sind schließlich das anhaltend steigende Niveau allgemeiner und beruflicher Bildung sowie die zunehmende Ausbeutung selbständiger Problemlösungsfähigkeiten der Lohnabhängigen durch das Kapital. Gerade in den traditionellen und neuen Aktivgruppen der Arbeiterbewegung (Facharbeiter, qualifizierte Beschäftigte) wachsen daher die Ansprüche an argumentative Begründung gewerkschaftlicher Politik, an offene Behandlung ihrer Probleme und Widersprüche. Verkürzt gesagt: »Mehr Bildung« heißt nicht automatisch »mehr Durchblick – also höheres Klassenbewußtsein«, sondern zunächst einmal »mehr Fragen – also höherer Überzeugungsbedarf«. Dazu gehört ganz wesentlich der Anspruch, die tägliche Kleinarbeit der Interessenvertretung mit Sinn und Perspektive zu erfüllen durch den Bezug auf gewerkschaftliche Alternativen und Utopien: das Ziel einer gerechten, ökologisch und global verantwortlichen, sinnerfüllten und selbstbestimmten Leben ermöglichenden gesellschaftlichen Ordnung. Nur so kann die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wieder zum Hoffnungsträger werden.

Zugespitzt läßt sich die Tendenz so charakterisieren. War früher das Hineinwachsen in die Arbeiterbewegung für den einzelnen ein vorwiegend spontaner Prozeß, der auf der alltäglichen

Lebensweise aufbaute, dann in eine der politischen Strömungen der Arbeiterbewegung hineinführte und im sozialen Milieu abgestützt war – so ist Klassenformierung heute gekennzeichnet durch die Notwendigkeit bewußt immer wieder zu leistender Einordnung in die gemeinsamen Ziele und in die (alle Einzelinteressen und ihre Widersprüche übergreifende) Solidarität der Arbeiterbewegung. Erforderlich wird eine historisch neue Qualität kontinuierlicher Informationsbeurteilung und Parteinahme. Dazu können die Organisationen der Arbeiterbewegung Argumente und Hilfen liefern; die individuelle Verarbeitung wird aber nicht durch einmal vollzogene Orientierungen und Mitgliedschaften überflüssig, sondern bleibt Daueraufgabe.

Neue Zusammensetzung von Klasseninteressen

Eine weitere Herausforderung wird sichtbar beim Blick auf jene neuen Interessen, die unter dem Gesichtspunkt der Lebensweise in den Kernbereich der Interessenvertretung rücken. Das betrifft in unserem Zusammenhang v. a. Ansprüche auf ein stärker selbstbestimmtes, sinnvoll und zusammenhängend gestaltetes Leben. Solche Anliegen werden nicht isoliert zu Elementen gewerkschaftlicher Politik, sondern indem sie sich an grundlegende materielle und soziale Interessen anlagern, sie verändern und bereichern, mit neuen Bedürfnis- und Hoffnungsdimensionen aufladen. Im Unterschied zu Rainer Erd scheint es uns dabei überhaupt nicht »offensichtlich . . .«, daß die klassischen Themen gewerkschaftlicher Politik, Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, . . . zunehmend dem Interesse an postmateriellen Werten weichen.²⁴ Von der zentralen Bedeutung des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Armut sowie für Arbeitszeitverkürzung abgesehen – nicht das mechanische Bild des Ersetzens alter durch neue Interessen wird der Entwicklung gerecht, sondern die Analyse eines komplexer werdenden Gebildes aus unterschiedlichen, auch widersprüchlichen, Bedürfnissen, Ansprüchen und Sehnsüchten. Das läßt sich beispielhaft an drei Fragen verdeutlichen.

Im Bereich gewerkschaftlicher Frauenpolitik ist die Beschränkung auf rein betriebliche Forderungen und Probleme nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die zusätzlichen Benachteiligungen von Frauen, die nur durch »positive Diskriminierungen« zu überwinden sind, gehen aus den besonderen Belastungen und Einschränkungen ihrer gesamten Lebensweise hervor. Dem ist in betrieblich-gewerkschaftlicher Politik Rechnung zu tragen – bis hin zur Erfahrung, daß man Frauen schwer für Funktionen gewinnen kann ohne die Möglichkeit, daß die damit verbundenen familiär-privaten Probleme kollektiv diskutiert werden und bei ihrer Bewältigung solidarisch geholfen wird.

Die Erfahrung, daß Benachteiligung von Frauen in Arbeit und Beruf nicht allein durch betrieblich-tarifliche Regelungen anzugehen ist, führt notwendig zu einem höheren Stellenwert sozial- und gesellschaftspolitischer Forderungen, die die »privaten« Lebensbedingungen von Frauen verändern – von der Kinderversorgung bis zum Kampf gegen patriarchalische und sexistische Strukturen auch im Betrieb.

Die neue Qualität von Ansprüchen auf persönliche Entfaltung, auf ein subjektiv aktiv und sinnvoll geführtes Leben in Arbeit wie Freizeit verändert ebenfalls die Erwartungen an gewerkschaftliche Betriebspolitik. Im Reproduktionsbereich ist ein eigenständiger Lebensmittelpunkt entstanden; bewußtes Nachdenken über seine möglichst selbsttätige, intensive Gestaltung wird für die LohnarbeiterInnen wichtig. Die Bedingungen der Berufsarbeit sollen derart sein, daß sie Zeit und Kraft für eine aktive Freizeit lassen. Schutzbestimmungen, damit Berufsarbeit nicht so verschleißt, reichen immer weniger aus. Es werden vielmehr die positiven Zusammenhänge zwischen Kommunikation, Betätigung und Anerkennung persönlicher Fähigkeiten sowie kreativer Entfaltung in der Arbeit und den Möglichkeiten vielfältiger und genußreicher Freizeit erfahren und in Anforderungen an die Qualität des Arbeitslebens zum Ausdruck gebracht.

Wenn für eine Mehrheit der Arbeiterjugendlichen (im Sinn des gesamten Nachwuchses der Arbeiterklasse) befriedigendes

Leben zwei Hauptsäulen – nämlich Arbeit und Freizeit – hat, dann nicht als gegeneinander abgeschottete Lebensbereiche, sondern zunehmend im Sinn ganzheitlicher Persönlichkeitsansprüche. Dazu zählt nicht allein die Erwartung, sich in Berufsarbeit entfalten zu können, sondern zunehmend auch das Wahrnehmen der Verantwortung der Produzenten für die Folgen ihrer Arbeit: Umweltbelastungen, Ressourcenvergeudung, sozial unnütze oder gar schädliche Produkte sind Anlaß für ein kritisches Arbeitsbewußtsein und für Interessen an Alternativen.

Am weitesten ist die Entwicklung bisher gediehen in den Bewegungen für Arbeitszeitverkürzung. In erstaunlich kurzer Frist hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß es nicht nur um Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, um Belastungsminderung und Verteilung von Produktivitätsfortschritten geht, sondern um die Qualität des Lebens der Lohnabhängigen. Vor allem wurde erkannt, daß diese Auswirkung von Arbeitszeitverkürzung nicht einfach eine Nebenfolge ist, die man erfreut als Zugabe mitnimmt, sondern daß Gewerkschaften bewußt Arbeits-(zeit)gestaltung als Gestaltung der Lebensweise anzupacken haben; Sehnsüchte und Bedürfnisse nach einem befriedigenden Dasein sind für den Kampf direkt anzusprechen.

Auch hier waren nach unserem Eindruck die Frauen vorneweg, die unter dem stärksten Druck auf ihre Lebensweise stehen und am höchsten motiviert sind, Arbeitszeitverkürzung für Emanzipation zu verwenden: um vom Zwang zur Teilzeitarbeit wegzukommen und kürzere Arbeitszeit der Männer zur Umverteilung der häuslich-familiären Arbeit zu nutzen. Die Debatte um die sinnvollste Form der Arbeitszeitverkürzung spiegelte Lebensweiseansprüche v. a. bei denen wider, die für tägliche Arbeitszeitverkürzung als optimale Variante unter dem Gesichtspunkt einer stärker aktiven, selbstbestimmten Lebensführung eintraten.²⁵

Schließlich haben die Herausforderungen der unternehmerischen Flexibilisierungsoffensive, die sich der Losung »Zeitsouveränität« bemächtigt hat, zur Erarbeitung von Gegenpositionen gezwungen. Verfügung über die eigene Zeiteinteilung ist

ein wesentliches Stück wirklich praktizierter Freiheit²⁶, Kampf um Lebenszeit ist Kampf um die Voraussetzung für Persönlichkeitsentfaltung. Wenn Interessen in dieser Richtung nun in den Gewerkschaften aufgegriffen werden, wenn sie sich die Frage »Wem gehört die Zeit?« zu eigen machen, dann findet hier etwas ausgesprochen Revolutionäres statt: Individuelle Lebens- und Entfaltungsansprüche werden sozusagen tariffähig; ganz einmalige persönliche Selbstverwirklichung wird von einer Organisation der Arbeiterbewegung als Klassenfrage aufgegriffen.

Die Frage meint: Woher nimmt der Unternehmer eigentlich das Recht, über meine persönliche Lebenszeit nach betriebswirtschaftlichen Interessen zu verfügen, mich zu rufen und zu strapazieren, wenn er Aufträge hat, und mich nach Hause zu schicken, wenn Absatzflaute eintritt?! Da Zeit das allgemeine Medium ist, in dem die je einmalige persönliche Lebensgestaltung sich verwirklichen muß, ist der Kampf um die Zeit geeignet, die ganz persönlichen Träume und Sehnsüchte, was man aus seinem Leben machen möchte, kollektiv zu bündeln und gegen das Kapital zu richten.

Im Kampf um radikale Arbeitszeitverkürzung, um einen neuen Normalarbeitstag von 6 Stunden und weniger, und um tarifliche Regelungen, die persönliche Verfügungszeiten, kollektive Diskussionszeiten für Arbeitsgruppen sowie Rechte auf individuelle Gestaltung der Arbeitszeit festschreiben und so zum kollektiven Besitzstand machen²⁷, werden individuelle Bedürfnisse nach einer selbstbestimmten Lebensweise direkt Inhalt gewerkschaftlicher Forderungen. In diesem Sinn ist das Bedürfnis nach freier Zeit ein »radikales Bedürfnis«, das an eine radikale Umwälzung heranführt.²⁸ Die These, daß auch der hochentwickelte staatsmonopolistische Kapitalismus Persönlichkeitsentwicklung hemmt und deformiert, daß dies schmerzhaft erfahren und zu einem Kampfmotiv von wachsender Bedeutung wird, erfährt hier ihre Bestätigung: Das radikale Bedürfnis nach individuell frei verfügbarer Zeit verbindet sich mit anderen, »klassischen« Forderungen der Arbeiterbewegung und schafft so eine neue, hochbrisante Mischung.

Diese Verbindung kommt aber weder zufällig noch automatisch zustande. »Lebensweise-Interessen« werden nicht damit schon in gewerkschaftlicher Politik aufgegriffen, daß sie »objektiv« im Interessenspektrum nach vorne rücken. Großorganisationen wie die Gewerkschaften sind in der Regel schwerfällig – die berühmt-berüchtigten »Tanker« des Peter Glotz – in der Aufnahme neuer Themen und Bedürfnisse, in der Veränderung eingeschliffener Rituale der Tarifgestaltung und der Tarifkämpfe. Wenn es in diesem Fall so erstaunlich schnell ging, dann hat das ganz wesentlich mit dem Engagement von Kulturarbeit bei der Mobilisierung für die 35-Stunden-Bewegung zu tun. KulturaktivistInnen waren besonders geeignet, für die Arbeiterbewegung den Entdecker auf diesem Zukunftsfeld zu spielen: neue Fragen und Ansprüche aufzuspüren, unbekannte Wege zu erkunden und die Integration der neuen Bedürfnisdimension in gewerkschaftliche Politik ein Stück weit vorzuführen.

Wenn aber unsere These vom wachsenden Stellenwert der Lebensweise-Bedürfnisse in gewerkschaftlicher Politik stimmt, wenn die Arbeiterbewegung der Zukunft darauf angewiesen ist, diese Interessendimensionen systematisch und phantasievoll zu entwickeln, dann war dies keine einmalige Konstellation. Kulturarbeit und Kulturdiskussion neuer Lebensansprüche sind dann keine Spielwiesen für Randgruppen, sondern notwendige Instrumente einer auf Zukunftsbewältigung und Wandlungsfähigkeit in einer Umbruchperiode gerichteten Arbeiterbewegung. Ihre Sensibilität für Neues in Bedürfnissen und Lebensformen muß von der Organisation systematisch gefördert und aufgegriffen werden.

Notwendig: die Utopie einer Gesellschaft befreiter Arbeit und befreiter Zeit

Eine weitere neue Dimension im Verhältnis von Gewerkschaften und Kultur ist mit dem Wort von »Utopiebedarf der Arbeiterbewegung« angesprochen. Als Voraussetzung für anhalten-

des Engagement wird die Einbindung des täglichen Kleinkriegs zwischen Lohnarbeit und Kapital in die motivierende Vision einer gesellschaftlichen Alternative immer wichtiger. Die objektiven strategischen Gründe, warum gewerkschaftliche Politik sich heute nicht mehr auf Schutz- und Tarifforderungen sowie partnerschaftliche Verteilungskonzepte beschränken kann, haben Deppe und andere²⁹ entwickelt. Uns kommt es hier auf die veränderte Situation im »subjektiven Faktor«, im engagierten und kritischen Kern der Arbeiterbewegung an, bei den AktivistInnen und FunktionärInnen, die die tägliche Arbeit tragen oder für sie gewonnen werden müssen.

Sie brauchen die Orientierung auf eine Gesellschaft befreiter Arbeit und befreiter Zeit. Notwendig ist ein Bruch mit der kapitalistischen Logik weltmarktorientierter Modernisierung zu Lasten von Arbeitslosen und sozial Schwachen, zu Lasten von Natur und »Dritter Welt«, mit Kriegsgefahr und geistiger Wende zu Ellenbogen- und Auslesementalität, mit der Vergötzung ökonomischen Erfolgs und »Prestiges«; sie muß zurückgedrängt und ersetzt werden durch eine Arbeits- und Lebensweise globaler Solidarität sowie ökologischer und sozialer Verantwortung, in der die freie Entfaltung jedes einzelnen die Voraussetzung der freien Entfaltung aller (Kommunistisches Manifest) wird. Diese Orientierung ist unverzichtbar, wenn in den heutigen Kämpfen um eine demokratische Reformalternative Richtung gehalten und Zukunft programmiert werden soll; sie ist genauso notwendig, um den persönlichen wie historischen Sinn des eigenen Handelns im Unterholz der täglichen, aufreibenden Auseinandersetzungen und angesichts immer wieder einzusteckender Rückschläge und unbefriedigter Kompromisse zu behaupten. Es ist nicht einzusehen, wieso zukunftsweisende Utopie heute nur »in der Reparatur eingetretener Fehlentwicklungen bestehen« solle;³⁰ umgekehrt: eine solche Reparatur scheint dauerhaft und durchgreifend nur realisierbar als Teil einer Entwicklungswende, die eine umfassende und mobilisierende Reformalternative anzielt.³¹

Wer wollte bezweifeln, daß wir die Bilder und Maßstäbe einer solidarischen und gerechten Gesellschaft, unsere Ansprü-

che auf persönliche Entfaltung und Gleichstellung der Geschlechter nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie aus dem theoretischen Wissen beziehen, sondern ganz wesentlich aus den Künsten?

In den letzten Jahren zeichnet sich noch eine weitere Herausforderung ab: ein ideologischer Vorstoß gegen die Zukunftskraft der Utopie der Arbeiterbewegung, der von ganz unterschiedlichen Kräften und Motiven getragen wird. Ursache ist die historische Möglichkeit einschneidender Arbeitszeitverkürzungen; sie wird im Kapitalismus auf absehbare Zeit verwirklicht als Spaltungsprozeß zwischen von Erwerbsarbeit oder zumindest vom Normalarbeitsverhältnis Ausgeschlossenen auf der einen, als »Arbeitsplatzbesitzer« denunzierten Vollzeitbeschäftigten, die faktisch zur Überarbeitung gezwungen sind, auf der anderen Seite. Die berechtigte Kritik der Frauenbewegung am bisherigen, auf einen männlichen »Ernährer« mit weiblicher Reproduktionsdienstkraft zugeschnittenen Modell von Erwerbsarbeit und an der ideologischen Legitimierung weiblicher Haus- und Familienarbeit wird nun genutzt, um durch Abwertung der Erwerbsarbeit die Kritik an der kapitalistischen Zeitpolitik und am Skandal der Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Eine Linie der Alternativbewegung, die durch Traditionen rückwärtsgewandter Kapitalismuskritik wie durch die privilegierte Arbeitssituation lohnabhängiger und akademischer Mittelschichten geprägt ist, behandelt in ihren Zukunftskonzepten die gesellschaftlich organisierte Erwerbsarbeit ebenfalls nur noch als Rest- und Schrumpfgroße.

Damit ist der Nerv der Arbeiterbewegung berührt. Wenn eine grundlegend andere Gestaltung der Erwerbsarbeit in der Gesellschaft, ihre Verkürzung, Umverteilung auf Männer und Frauen, ihre Qualifizierung zur persönlichkeitsfördernden Tätigkeit nicht mehr das Masseninteresse an einem freien und erfüllten, gerechten und gesicherten Leben trifft, dann wäre wirklich die Epoche der Arbeiterbewegung beendet. Wenn Ralf Dahrendorf die Gewerkschaften als Dinosaurier der »Arbeitsgesellschaft« hinstellt, so wird uns das nicht erstaunen. Wenn aber Jürgen Habermas die Erschöpfung der utopischen Ener-

gien der Arbeiterbewegung konstatiert³², wenn Oskar Lafontaine »Neudefinition der Arbeit« die Erwerbsarbeit als zentrale Gestaltungsaufgabe untergehen läßt in einer Vielzahl nützlicher und befriedigender »Tätigkeiten«³³ – dann müssen die Warnlichter aufleuchten.

Neue Anforderungen an die Organisationskultur

Aus der angedeuteten Entwicklung der Formierungsbedingungen folgt auch die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels der gewerkschaftlichen Organisationskultur. Praktische Erfahrungen wie soziologische Untersuchungen weisen darauf hin, daß gerade in Problembereichen wie Jugend und Angestellten das Bild (und die Realität!) der anonymen Großorganisation vom Beitritt oder gar Engagement abhält. Dies fällt doppelt ins Gewicht, seit die neuen sozialen Bewegungen für wichtige Gruppen der Lohnabhängigen ein »konkurrierendes Angebot« zu politischer Basisaktivität darstellen; ihre Erfahrungen dort haben dazu beigetragen, ein gewandeltes Politikverständnis und neue Ansprüche an die politische Kultur der Arbeiterbewegung zu stärken. Es greift zu kurz, wenn »Solidarität« als moralisch-argumentative und interessenspolitische Aufgabe getrennt wird von Fragen der »Organisationsreform«;³⁴ dieser Grundwert muß im Alltag gewerkschaftlichen Arbeitens und Lebens erfahrbar sein.

Wie lassen sich die neuen Erwartungen an Organisationskultur charakterisieren? Sie beruhen auf den skizzierten Individualisierungstendenzen ebenso wie auf den veränderten Qualifikations- und Arbeitsanforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Mensch will in seiner Individualität, mit seinen Erfahrungen, Fähigkeiten und Lebensansprüchen ernstgenommen werden, sie in Erarbeitung und Umsetzung der Politik einbringen; das zielt vor allem auf eine grundlegende Demokratisierung im gewerkschaftlichen Alltag, auf Information und Transparenz, auf offenes Austragen von Differenzen und auf Einbeziehung statt Stellvertreterpolitik.

Zweifellos: Im Großteil der Gewerkschaftssektoren wären schon regelmäßige Mitgliederversammlungen eine revolutionierende Verbesserung. Die Wandlungen greifen aber tiefer; in Bewegung ist das gesamte Verständnis von politischem Engagement – weg von einem isolierten Tätigkeitsbereich, der sich den vorgeblichen »Sachzwängen der Politik« unterordnet, hin zur Einbindung in ein insgesamt auf persönliche Entfaltung zielendes Lebenskonzept. Politische Aktivität soll der/dem Einzelnen ein praktisches Feld für Persönlichkeitsentwicklung und intensive Lebenserfahrung bieten: durch Lernen und Sich-Bewähren, durch Erweiterung des Horizonts an Wissen und Bedürfnissen, durch anregende menschliche Beziehungen und Anerkennung des individuellen Beitrags zur gemeinsamen Sache.

Für eine wachsende Zahl Lohnabhängiger, nicht nur aus den neuen Organisationsbereichen, stellt sich die Frage nach Möglichkeiten eines offeneren, jeweils an bestimmte Themen und Projekte gebundenen Engagements oder des Wechsels zwischen Perioden vollen Einsteigens in die Politik und solchen, in denen aus persönlichen Gründen andere Lebensschwerpunkte gesetzt werden.³⁵ Solches Politikverständnis soll nicht nur geduldet werden, während als Norm und Ideal immer noch der Funktioniär gilt, der bis zum Zusammenbruch alle persönlichen Interessen und Neigungen hinter dem »Einsatz für die Organisation« zurückstellt. Nicht zuletzt für die Frauen, denen derartiges »Vollzeitengagement« durch ihre Doppelbelastung absolut unmöglich ist und die so von größerem Einfluß in der Organisation ferngehalten werden, ist die Veränderung dieses Politikverständnisses vorrangiges Anliegen.

Unter betrieblichen und gewerkschaftlichen AktivistInnen der mittleren und jüngeren Generation hat sich in den vergangenen Jahren – als intensivster Ausdruck der angedeuteten Tendenz – ein Typ »kämpferischen Lebens in der Arbeiterbewegung« herausgebildet.³⁶ Ein großer Teil der Freizeit wird zusammen mit denen verbracht, mit denen man auch politisch aktiv ist; gemeinsame künstlerische Erlebnisse sind unverzichtbar für Selbstverständigung und Vergewisserung über die politische Haltung, stärken Identität und Handlungsfähigkeit gerade

im alltäglichen Kleinkrieg; erst der kollektive Austausch von Erfahrungen und Eindrücken aus dem kulturellen Leben ermöglicht eine wirklich produktive Aneignung.

Das läßt sich gegenwärtig in verschiedenen Formen beobachten. So sind die gewerkschaftsorientierten Chöre Sammelpunkte für AktivistInnen geworden, von denen viele politisch-praktische Anstöße und Aktivitäten ausgehen.³⁷ Auf andere Weise suchen engagierte FunktionärInnen den Zusammenhalt, indem sie gemeinsame Wochenenden oder Urlaube organisieren, wo sich politische Gespräche und kulturelle Aktivitäten verbinden, oder sich möglichst regelmäßig zum Sport, zur Sauna oder kulturellen Veranstaltungen treffen. Die auf die Arbeiterbewegung bezogene informelle Gruppe politisch Aktiver ist unverzichtbarer Teil und Instrument einer Lebensweise, die politisches Engagement und persönliche Entfaltung gleichrangig verbindet.

Die Vermutung liegt nahe, daß der anhaltende Aufschwung gewerkschaftlicher Kulturpraxis ein Ausdruck der angedeuteten Tendenzen ist. Kulturarbeit vereint persönliche Entfaltung, gewerkschaftliches Engagement und solidarische Gruppenbeziehungen. Es bleibt aber die Frage, welche Rolle Kulturarbeit insgesamt bei der Veränderung der gewerkschaftlichen Organisationskultur spielen kann. Ist sie nur Spiel-Raum am Rande, auf den sich kreative Neigungen verweisen lassen? Ist sie Modell oder zumindest Experimentierfeld für eine neue Verbindung von persönlicher Entfaltung mit kollektiver Interessenvertretung? Sind »kulturelle Arbeitsformen« im weiteren Sinne beispielhaft für einen Stil, der bis hin zur betrieblichen Gewerkschaftsbasis Wege der aktiven und aktivierenden Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder in Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten, in gemeinsame Qualifizierung und in nachvollziehbare Strategiedebatten erschließt? Auch wenn zwischen dem überkommenen Organisations- und Politikverständnis und kulturellen Praxisformen heute noch Welten liegen – der Beitrag der Kulturarbeit zu einer »Durchlüftung« (Welzmüller) der Organisation scheint uns ernsthaft zu durchdenken.³⁸

Die Überbau-Apparate: verdrängte Herausforderung?

Die Veränderung im Verhältnis von Gewerkschaften und Kultur erscheint als gewaltige Aufgabenerweiterung. Neue Dimensionen sind: die Perestroika der politischen Kultur der Organisation, eingeschlossen die Motivierung durch eine ausstrahlungsfähige Gesellschaftsalternative; die Aufnahme von »Lebensweise-Interessen« in das Spektrum der Interessenvertretung sowie der systematisch organisierte außerbetriebliche »Kampf um die Köpfe und Herzen« (Gründungsprogramm der IG Medien). Die beiden erstgenannten Aufgaben stellen zwar hohe politisch-psychologische und theoretisch-qualifikatorische Anforderungen, aber sie erfordern doch »nur« eine Modernisierung bestehender Instrumente.

Mit dem dritten Feld des Hegemonialkampfes aber rücken die großen ideologischen Apparate des staatsmonopolistischen Kapitalismus ebenso in den Horizont gewerkschaftlicher Politik wie die öffentlichen Kultureinrichtungen und das Netz sozialkultureller Zentren, Initiativen, Öffentlichkeiten und Bewegungsmedien. Ob die Arbeiterbewegung wesentliche Kampfziele durchsetzt, hängt immer mehr ab vom gesellschaftlichen Meinungsklima, das Bildungsapparate, Massenmedien und Kultureinrichtungen beeinflussen und vermitteln.

Gegenüber dieser Herausforderung kann man sich nicht auf selbstgemachte Kulturarbeit zurückziehen, dagegen kommt man auch mit den gewerkschaftlichen Bildungsmöglichkeiten nicht an – es muß der Kampf um Einfluß auf die und in den hegemonialen Apparaten aufgenommen werden. Und das im klaren Bewußtsein, daß es sich bei der Information über politische und soziale Fragen und bei der Bewertung politisch-sozialer Interessen, Forderungen und Verhältnisse immer noch um ideologischen Klassenkampf handelt. Diesen Gedanken sucht man vergebens in Erds Überlegungen zu einer gewerkschaftlichen Kulturstrategie.³⁹ Ohne ihn verlieren aber Empfehlungen, den Mitgliedern die Kompetenz zur Teilnahme an der traditionellen bürgerlichen Kultur zu vermitteln und das kulturelle Urteilsvermögen zu differenzieren, ihr gewerkschaftliches Profil.

Gleiches gilt für die auf den Zukunftskonferenzen der IG Metall beinahe inflationär gebrauchte Formel, die Gewerkschaften sollten sich zu »Diskursorganisationen« entwickeln.

Hat nicht die gewerkschaftliche und gewerkschaftsorientierte Linke die zunächst völlig mutlos machende Herausforderung, sich mit dem ideologisch-kulturellen Überbau des staatsmonopolistischen Kapitalismus einzulassen, verdrängt? Man griff auf die überschaubaren und vergleichsweise leicht nach bekannten Mustern zu gestaltenden Formen der Kulturarbeit zurück und trieb sie voran. So hat sich eine merkwürdige Froschperspektive ergeben: die kräftezehrende Aufgabe, einen Beschluß zur Kulturarbeit auf einem Gewerkschaftskongreß durchzubringen oder eine wirklich durchschlagende Inszenierung bei den Ruhrfestspielen zu schaffen, verdeckte die Okkupation der Köpfe und Herzen durch die Springer und Bertelsmann, Kirch und Burda, RTL und Murdoch, durch Kabel und Satelliten, Videoverleih und Massenblätter.

Verlängerung dieses Verhaltens führt notwendig zur gesellschaftspolitischen Ohnmacht der Gewerkschaften, zu ihrer Beschränkung auf ein betriebliches Sozialschmiermittel. Es bleibt also unabweisbar die Frage: Mit welchen spezifischen Zielen und mit welchen Mitteln kann die Gewerkschaftsbewegung auf den gesellschaftlichen Kulturprozeß Einfluß nehmen? Will sie sich zukünftig auf ein notwendiges, aber mit Sicherheit ungenügendes Arbeitsfeld – die Kulturarbeit mit eigenen Mitteln – beschränken? Oder wagt sie es, die bisherige Arbeit in Frage zu stellen und sich auf die scheinbar utopische Aufgabe einer Strategiediskussion im Kulturellen einzulassen? Immerhin könnte es doch sein, daß sich – wie auf anderen Politikfeldern der Umbruchperiode inzwischen zugestanden – die als die eigentlichen Realisten erweisen, die das Unmögliche verlangen.

Schlüsselfrage: ein neues Verhältnis Arbeiterbewegung – Intelligenz

Das Akzeptieren der Hegemoniefrage hat Folgen. Es verlangt

den Aufbau eines historisch neuen Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Intelligenz, in unserem Fall v. a. der ideologieproduzierenden und -vermittelnden »Kultur-Intelligenz«; Lehrer und Künstler, Pfarrer und Journalisten, Wissenschaftler und Kulturarbeiter. Ohne Zusammenwirken mit Mehrheiten oder zumindest starken Minderheiten der Intellektuellen in den ideologischen Apparaten ist an die Durchsetzung grundlegender gewerkschaftlicher Reformziele nicht zu denken.

Die herkömmliche Formel vom Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz überdeckt eher, daß es nicht (mehr) nur um die Einigung auf gemeinsame politische Forderungen geht. Notwendig ist die Überwindung historisch gewachsener Barrieren und Vorurteile, eine neue »Kultur der Zusammenarbeit«. Das verlangt die überzeugende Darlegung eines gewerkschaftlichen Alternativkonzepts, in dem die humanistische, verantwortungsbewußte Intelligenz ihre Werte und Ziele aufgehoben sieht und in dem ihre Rolle in einem gemeinsamen Zukunftsprojekt so bestimmt wird, wie es ihren Auffassungen von freier und produktiver Kulturentwicklung entspricht. Ein erster, bescheidener Schritt dahin wäre, die Bedeutung der IG Medien und Kunst nicht länger nach der Zahl ihrer Mitglieder, sondern nach dem Gewicht des von ihnen erreichten und beeinflussten Publikums zu bemessen.

Noch immer gilt die Feststellung Diether Dehms, die Gewerkschaften hätten keinen Zugang zu jenen Künstlern, »die durch ihr ästhetisches Schaffen mit der herrschenden Kultur kollidieren, dies aber zunächst nur werkimmanent wahrnehmen. Es sind dies meist gleichzeitig jene Künstler, die einerseits auf den privilegierten (nur kommentierenden) Künstlerstatus nicht verzichten wollen, andererseits ästhetisch die Widersprüche »nur« darstellen, aber nicht gleichsam mit dem Rezept bewußter Aufhebung jener Widersprüche versehen (können).«⁴⁰ Was ist nötig, um eine Änderung einzuleiten? Hier sollen zwei Punkte kurz angesprochen werden: eine realistische Einstellung zum heutigen Selbstverständnis der Intellektuellen und der Umgang mit den Vorbehalten Kulturschaffender gegenüber der Arbeiterbewegung.

Als Ausgangspunkt der Politik gegenüber den Intellektuellen im Sinne Gramscis⁴¹ sind das heutige Selbstverständnis ihrer Aufgabe und ihr Wertkodex zu akzeptieren. Sie sind Ausdruck spezifischer Berufs- und Tätigkeitsinteressen, die sich bei der Ausübung von Intellektuellenfunktionen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft über Jahrhunderte herausgebildet haben. Und sie beruhen auf der jahrtausendelangen Arbeitsteilung zwischen Hand und Kopf, deren Ergebnisse nur in einem historischen Prozeß zu überwinden sind. Zweifellos wird das Selbstbild des nonkonformistischen Intellektuellen, des Rundumkritikers mit geradezu masochistischer Sucht nach dem Platz »zwischen allen Stühlen«, als »Partisan der Freiheit« und wie die Formeln alle lauten – zweifellos wird dieses Selbstbild von den Herrschenden genutzt zur individualistischen Vereinzelung und zum Festigen von Distanz gegenüber der Arbeiterbewegung. Aber diese Mechanismen greifen, weil sie sich auf reale und unverzichtbare Momente der beruflichen Tätigkeit von Intellektuellen beziehen – und gerade deshalb kann die Arbeiterbewegung sie nicht mißachten. Sie muß vielmehr neue Formen suchen, um sie zu berücksichtigen, um das darin liegende kreative und innovative Potential zu nutzen und in einen Prozeß der Annäherung und des wachsenden gegenseitigen Verständnisses einzubeziehen, der erst langsam aus Arbeitskontakten und gemeinsamer Praxis erwachsen kann.

Wesentliche Merkmale von Lebenslage, Lebensweise und Arbeitstätigkeit als Intellektueller stellen sich aus der Sicht der Arbeiterklasse als Privilegien dar. Und sie funktionieren auch so, werden mit Erfolg zur Einbindung in das Hegemonialsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus genutzt. Viele Vorteile in Bildung, beruflicher Autonomie, Souveränität der Verfügung über die eigene Zeit usw. sind nur langfristig, mit der Befreiung der Arbeit und der Zeit, für die Masse der gesellschaftlichen Produzenten zu verallgemeinern. Um Intellektuelle für diesen Kampf zu gewinnen, muß die Arbeiterbewegung Verständnis für die soziale Funktion dieser Privilegien praktizieren und ihre Substanz gegenüber kapitalistischen Einschränkungen verteidigen.⁴²

Eine außerordentliche Belastung stellen die verbreiteten Vorbehalte Intellektueller gegenüber der Arbeiterbewegung dar. An dieser Stelle soll nur auf einen Aspekt eingegangen werden. Besorgnisse, daß unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung das Spektrum künstlerischer und kultureller Aktivitäten eingeschränkt, Experiment und Kritik unterdrückt werden, sind nicht wegzudiskutieren, sondern als begründet anzuerkennen. Die Geschichte der Kulturpolitik der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Staaten ist noch aufzuarbeiten; es geht gleichermaßen darum, wirklich historisches Verständnis für Dynamik und Zuspitzung im Klassenkampf und im Bemühen um eine Demokratisierung der Kultur zu entwickeln, in deren Verlauf der Kunstprozeß eingeeengt wurde, wie darum, offen Fehler und Verbrechen zu nennen. Aber auch dort, wo über die Bewertung der Vergangenheit keine Übereinstimmung zu erzielen ist, muß die Position für die Zukunft eindeutig geklärt werden.

Heinrich Heine meinte noch, er müsse dem Lebensinteresse der unterdrückten, ungebildeten Massen den Entfaltungsraum seiner Kunst zum Opfer bringen – und erklärte trotzdem: »... gesegnet sei der Krautkrämer, der einst aus meinen Gedichten Tüten verfertigt, worin er Kaffee und Schnupftabak schüttet für die armen alten Mütterchen, die in unsrer heutigen Welt der Ungerechtigkeit, vielleicht eine solche Labung entbehren mußten – fiat justitia, pereat mundus!«⁴³ Auf diese Haltung ist sicher keine zukunftsfähige Beziehung von Arbeiterbewegung und Intelligenz mehr zu gründen.

Prinzipienschwüre jedweder Art sind billig. Es gilt, was im Alltag der Kulturarbeit Praxis ist. Klarzustellen wäre aber auf jeden Fall, was der Grundgedanke gewerkschaftlicher Mitbestimmungsforderungen in der Kultur⁴⁴ ist: Es kann nur gehen um das Zusammenwirken von Vertretern der arbeitenden Bevölkerung mit Mehrheiten der Kulturschaffenden gegen politisch-ideologische Bevormundung und Beherrschung durch das Kapital, für eine zur Gesellschaft hin offene und nach innen demokratisch geregelte Selbstverwaltung kultureller Einrichtungen – keinesfalls um »Mitbestimmung« über künstlerische Tätigkeit.

Eine neue Qualität im Verhältnis von Arbeiterbewegung und Intelligenz hat objektive Grundlagen. Die Intelligenz ist eine Massenschicht geworden, zu der schon heute rund 10% der Erwerbstätigen zählen; dieser Anteil wird bis zum Ende des Jahrhunderts auf ca. 15% ansteigen. Gegenwärtig sind etwa 50% der Angehörigen der Intelligenz in den ideologischen Apparaten und der Kulturindustrie beschäftigt. Zwar spielen hier die formell Selbständigen noch eine relativ große Rolle, doch zum Haupttyp ist inzwischen der lohnabhängige Spezialist geworden.⁴⁵

Im Blick auf die Gesamtentwicklung kann man von einer gewachsenen Verankerung demokratischer und zunehmend auch »gewerkschaftlicher« Wertorientierungen in der Intelligenz sprechen. Wenn hier die kollektive und demonstrative Vertretung materieller und sozialer Interessen zunehmend gesellschaftsfähig wird (auch bei den rechtlich Selbständigen), dann bedeutet das aber nicht, damit sei der Weg zum pflegeleichten Gewerkschaftsmitglied angebahnt. Selbst in den klassischen Organisationsbereichen verläuft der Trend umgekehrt: Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerer Reife oder Abitur, mit Techniker- und Programmiererkenntnissen verlangen immer mehr Unternehmen Kreativität, Kritikfähigkeit und Innovationsbereitschaft, Phantasie und Alternativdenken; gefördert werden individuelles Anerkennungsbedürfnis und Stolz auf die persönliche Fähigkeit, eine Arbeitsaufgabe anders als bisher üblich zu sehen. Solche Belegschaftsgruppen und Gewerkschafter stellen höhere Anforderungen an Information, Argumentation und Basisdebatten; nur unter solchen Voraussetzungen ist dauerhafter qualifizierter Einsatz für gemeinsam erarbeitete Ziele zu erwarten.

Was sich hier abzeichnet, gilt noch ausgeprägter für die lohnabhängige Intelligenz. Das Faktum einer eventuellen Gewerkschaftsmitgliedschaft – schwer genug zu erreichen! – sagt noch wenig aus über die inhaltliche Ausrichtung der intellektuellen Berufstätigkeit. Orientierung an Zielen und Werten der Arbeiterbewegung kann nur Ergebnis spezifischer Auseinandersetzung und Aneignung sein, zu der Kulturarbeit ihren Beitrag zu leisten hat.

3. Kulturarbeit als moderne Arbeiterbewegungskultur

Ist eigenständige Kulturarbeit nun überflüssig oder gar schädlich, weil sie von der Orientierung auf die großen Klassenschlachten im Überbau ablenkt? Eine solche Auffassung wäre Unsinn. Es geht vielmehr darum, Leistungsfähigkeit und Grenzen nüchtern zu bestimmen und Folgerungen für eine Kulturarbeit zu ziehen, die einen Beitrag zu hegemonialer, zumindest einmal partnerschaftlich-kooperativer Politik der Arbeiterbewegung gegenüber der Kulturintelligenz leistet – quasi als Modell und Lernfeld für das gesamtgesellschaftlich angestrebte »soziale Bündnis« (Blessing).

Orientierungsfunktion

Zunächst ist die These zu begründen, daß eigenständige gewerkschaftliche Kulturarbeit zwei unverzichtbare Aufgaben hat. Sie ist erstens unersetzlich in Kampfsituationen, wenn der Klassencharakter v. a. privater Medien wie der Presse unverhüllt hervortritt und autonome Mittel der Arbeiterbewegung gebraucht werden zur Schaffung einer Bewegungsöffentlichkeit, zur Erarbeitung und Vermittlung von Kampforientierungen, zur Mobilisierung und Erfahrungsauswertung usw. Vom Hattinger »Widerstandsdorf« bis zur Rolle von Menage und »Offenem Kanal« in Rheinhausen setzte sich diese Notwendigkeit immer wieder durch.⁴⁶

Zweitens gewinnen an Bedeutung die Leistungen der Kulturarbeit für die Erkundung neuer Organisationskultur und veränderter Interessenmomente, für die Alternativenbildung und den utopischen Überschuß sowie als Teil des Lebenszusammenhangs der Arbeiterbewegung. Selbst bei extrem optimistischer Betrachtung gilt aber, daß derartige Kulturarbeit nur eine kleine Minderheit von gewerkschaftlichen Aktivisten erreichen wird;

sie wird weder von der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder zum Teil ihres Lebens gemacht, noch könnte sie gar ein Modell zukünftiger Alltagskultur für jene 75% der Bevölkerung bilden, die zur Arbeiterklasse zu zählen sind.

Die Begründung zunächst ganz abstrakt: Der staatsmonopolistische Vergesellschaftungsprozeß ist nicht rückgängig zu machen; eine autonome, selbstorganisierte Kultur der Arbeiterklasse ist undenkbar. Bildung, Massenkommunikation, weltweite Information, Unterhaltung, künstlerisch vermittelte Weltaneignung gehören zur Lebensweise aller Gruppen der Arbeiterklasse – ermöglicht durch gesellschaftliche Einrichtungen und Angebote, gegenwärtig noch überwiegend durch staatliche oder öffentlich-rechtliche Institutionen.⁴⁷ Dieser unumkehrbare, in sich widersprüchliche Kulturprozeß erfaßt selbstverständlich auch die gewerkschaftlichen und politischen AktivistInnen der Arbeiterbewegung.

Hat in dieser Konstellation gewerkschaftliche Kulturarbeit dann noch einen Sinn über das (gewiß nicht unwichtige) Vergnügen und die Bereicherung hinaus, die sie den Beteiligten bietet? Unsere These ist, daß sie ihre Funktion gerade aus der bewußten und kritischen Beziehung zur Einbindung der Lohnarbeiter in den gesellschaftlichen Kulturprozeß gewinnen kann und muß. Dazu ist es sinnvoll, sich die Differenz zwischen Arbeiteralltagskultur und Arbeiterbewegungskultur bewußt zu machen. Fast immer, wenn von »Arbeiterkultur« gesprochen wird, sind Verhaltens- und Organisationsformen, Werte und geistige Produkte gemeint, die in engem Zusammenhang mit Klassenbewegung und Klassenorganisationen entwickelt wurden. Selbst in der Weimarer Republik erfaßten die Kultur- und Freizeitverbände der Arbeiterbewegung nur etwa 10% der Arbeiter. Heute gilt es sich vor Augen zu führen, daß die »klassische« Arbeiterkultur auf andere Weise im Alltag verankert war, als das zukünftig möglich sein wird. Die Voraussetzungen einer Kulturarbeit, die sich als moderne Arbeiterbewegungskultur versteht, sollen daher in einer – plakativen – historischen Gegenüberstellung angedeutet werden.

Arbeiterbewegungskultur vor 1933 wurzelte in einem engen

alltäglichen Lebenszusammenhang. Wer zusammen arbeitete, war oft schon gemeinsam aufgewachsen, teilte die Nachbarschaft, trieb miteinander Sport, half sich im Alltag aus und kämpfte solidarisch, wenn es sein mußte. Diese Kultur war verankert in einem Netz eigenständiger Einrichtungen, die das »Lager der Arbeiterbewegung« ausmachten. Sie bildete ein weitgehend abgeschlossenes Reservat in der kulturellen Landschaft. Heute kann Arbeiterbewegungskultur nicht mehr eine von den Organisationen und Werten der Arbeiterklasse bestimmte eigene Welt schaffen, in der von der Wiege bis zur Bahre, von den proletarischen Kinderfreunden bis zur freidenkerischen Feuerbestattung, vom roten Kleingartenverein bis zum Arbeitersegelverband, von der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung AIZ bis zum revolutionären Filmverleih das gesamte Leben vor den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie geschützt werden soll.

Moderne Arbeiterkultur kann keinen Reservatcharakter mehr tragen. Sie bildet eher ein Netz von Trainingslagern und Verpflegungsstützpunkten, von Wegweisern und Orientierungsplänen, mit deren Hilfe LohnarbeiterInnen sich selbständig in den weiten Landschaften der Kultur bewegen. Konkreter: Wir brauchen auch heute noch eigenständige Medien der Arbeiterbewegung – Zeitungen und Bücher, in Zukunft Radiosender und Fernsehproduktionen, und in Kampfsituationen Megaphone und Flugblätter. Ihr Ziel kann aber nicht sein, gegen Funk und Fernsehen, Massenpresse und Video einen Verdrängungswettkampf zu führen. Ihre unersetzliche Aufgabe besteht darin, zu helfen beim selbständigen Orientieren, beim kritischen Auswählen und Bewerten im Dschungel der herrschenden Unterhaltung und Information/Desinformation.

Gleiches gilt für die kulturellen Aktivitäten der Arbeiterbewegung. Realistischerweise kann man sich nicht vornehmen, flächendeckend Millionen LohnarbeiterInnen von Fernsehen und Schlagern, aus Gesangsvereinen und Museen, aus Theatern und Opernhäusern abziehen und zu versorgen. Prüfen wir doch einmal das eigene Bemühen, aufrecht und zielstrebig durch die kulturelle Landschaft zu gehen. Wir wählen aus aus

dem kaum überschaubaren Angebot. Wir beschränken uns nicht auf das, was uns bestätigt, sondern versuchen uns auseinanderzusetzen mit fremden Anschauungen und ungewohnten ästhetischen Formen. Und wir brauchen Unterhaltung wie alle, die hart arbeiten.

Wir legen um uns herum keine geistige Schonung »reiner Arbeiterkultur« an. Wir informieren uns nicht nur in der Gewerkschaftspresse, wir beziehen Bücher und Schallplatten nicht allein über die Büchergilde Gutenberg. Wir treiben Sport nicht ausschließlich in den noch verbliebenen Arbeiterkulturorganisationen wie »Naturfreunde« und »Solidarität«. Wir gehen ins Theater außerhalb der Ruhrfestspiele und hören zu 99,9% andere Musik als Degenhardt/Süverkrüp/Wader oder Gewerkschaftschöre. Aber diese »0,1% eigener Kultur« haben es in sich. Sie geben Maßstäbe und Rückhalt; sie bilden sozusagen den Kompaß, der bei allen Wendungen die Richtung der Arbeiterbewegung weist.

»Pluralistische Kulturgesellschaft« – Ersatz oder Herausforderung für Kulturarbeit?

Es wäre ein großes Mißverständnis, die Orientierungsfunktion gewerkschaftlicher Kulturarbeit beim selbständigen und interessenbewußten Bewegen in der Kultur und bei der Gestaltung einer genußreichen und verantwortlichen Lebensweise nur als erzwungenen Verzicht auf eigentlich weiterreichende Ziele zu verstehen. Sie ist Antwort auf Veränderungen im Kultur- und Medienbereich, die zu einer differenzierten Weiterentwicklung der marxistischen Analyse des Klassencharakters der Kulturverhältnisse zwingen; es sind neue Eingriffs- und Nutzungsmöglichkeiten für die Arbeiterbewegung entstanden, an denen ihre Kulturpolitik ansetzen muß.

Das kann hier nur ganz knapp angedeutet werden. Das Wachstum des Kultur- und Mediensektors (incl. des Bildungsbereichs) geht nicht allein auf die gestiegenen Chancen zur Kapitalverwertung in diesem Felde zurück, sondern gleicherma-

ßen auf die hier erwachsenen Regulierungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten des Staates des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Das betrifft die neue Qualität von Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft, für die Bildung, Information und Kultur sowie entsprechende staatliche Einrichtungen und Leistungen unverzichtbar werden. Es betrifft ebenso die Funktion dieser ideologischen Staatsapparate für die Hegemoniebildung unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen. Der bürgerliche »Pluralismus« in Kulturbetrieb und geistigem Leben hat wesentlich die Funktion, gesellschaftliche Probleme und widerstreitende soziale Interessen aufzunehmen, zu bearbeiten und damit erst ihre erfolgreiche hegemoniale Formierung und Formulierung zu ermöglichen.⁴⁸

Damit ist eine dritte Veränderung verbunden. Die Ausweitung der ideologischen Apparate hat die Entwicklung der Intelligenz zur Massenschicht vorangetrieben, in der der Typ des lohnabhängigen Spezialisten dominiert. Das ist Moment einer Umwälzung des sozialen Charakters der Intelligenz, auch durch breitere soziale Rekrutierung über Bürgertum und Kleinbürgertum hinaus. Diese Veränderung findet ihren Ausdruck in einem starken progressiv-demokratischen Flügel der Intelligenz, gewerkschaftlicher Organisation, einer Dominanz linker Bewegungen an den Hochschulen usw.

Der bürgerliche »Pluralismus« in Kultur und Medien beruht daher nicht allein auf »Zugeständnissen« und der »langen Leine« privatwirtschaftlicher Anbieter, die bei Bedarf im Klasseninteresse des Kapitals wieder zurückgenommen werden können. Er ist verankert in den Ansprüchen großer Teile der Bevölkerung an eine zustimmungsfähige politische Kultur, und er beruht auf sozialen, ökonomischen und kulturellen Interessen einer Vielzahl kleiner Anbieter und selbständiger Akteure des Kultur-Marktes sowie auf dem beruflichen Selbstverständnis der geistigen Produzenten für die Kultur- und Medienapparate, die überwiegend zur faktisch oder formell lohnabhängigen Intelligenz zählen. Die Tatsache, daß heute auf Bühnen und in Verlagen, in Bibliotheken und Kulturzentren, bis hinein in Fernsehen und Pop-Szene Traditionen und Gegenwartsschaffen

humanistischen, demokratischen und sogar – in »Nischen« mit eingeschränktem Zugang – sozialistischen Charakters zugänglich sind, stellt also ein relativ stabiles Moment der Kultur des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar. Bei entsprechender Bewußtheit und Druck der demokratischen Kräfte und der Arbeiterbewegung ist es zu sichern und sogar auszubauen.

Im Zusammenhang des Kampfes um eine ökologisch und sozial verantwortliche, friedensorientierte und v. a. demokratisierte Variante der staatsmonopolistischen Entwicklung⁴⁹ sind Verteidigung, Ausbau und breitere soziale Verankerung und Durchdringung von humanistischen und demokratischen Zügen in Kultur und Medien notwendig; sie sind möglich als Moment einer Hegemonialverschiebung zugunsten von Positionen der Vernunft und der globalen Verantwortung, des Abbaus von Feindbildern usw. Nur im Rahmen einer solchen Entwicklung ist der Raum zu erweitern für Stimmen, die der Arbeiterbewegung und auch ihrem sozialistisch-kommunistischen Flügel verbunden sind.

Mit diesen Gedanken soll keine kulturpolitische Strategie entwickelt werden. Sie stellen allenfalls den Rahmen vor, innerhalb dessen eigenständige gewerkschaftliche Kulturarbeit zu bestimmen ist. Das erfordert in unserem Zusammenhang, endgültig in der ganzen Breite der Arbeiterbewegung den Bruch zu vollziehen mit Traditionen und Mentalitäten des »Lagerdenkens«, mit eine an ein bestimmtes Milieu gebundenen Auffassung von »Arbeiterkultur«; die Erwartung, auf dem Weg zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen »den bürgerlichen Kulturbetrieb, die bürgerliche Kultur« (die der Massenkultur gleichgesetzt werden) beiseite zu schieben, ist heute kontraproduktiv. Aufzugeben ist die Vorstellung, »Arbeiterkultur« im Sinne eines bestimmten Kodex von Werken, Stilen und Geschmäckern zur »herrschenden«, im Alltag der Lohnarbeiter quantitativ dominierenden Kultur machen zu müssen.

Aus unserer Sicht geht es darum, bei nüchterner Einschätzung der staatsmonopolistischen Herrschaftsverhältnisse, in die der begrenzte »kulturelle Pluralismus« eingebunden ist, ihn als Kampffeld zu erschließen; auf ihm ist um Hegemonie zu rin-

gen für einen Block gesellschaftlicher Veränderung, der die Kraft zur Einschränkung und letztlich zur **Beseitigung privatkapitalistischer Machtpositionen** in Medien und Kultur aufbringt. Im Laufe von Jahrhunderten hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß in der bürgerlichen Gesellschaft niemand über private Armeen verfügen dürfe. Angesichts des Einflusses der modernen Massenmedien auf Denken und Handeln der Menschen wird eine Gesellschaft, die das globale »Prinzip Verantwortung« akzeptiert, auch die private Verfügung über Massenzeitungen, Videokassetten und Fernsehsender als gleichermaßen undemokratisch und den Herausforderungen an die Menschheit unangemessen beseitigen.

4. Kulturarbeit – Hegemonie – Intellektuelle: Problemaspekte

Die in den letzten Jahren unter dem Stichwort »Kulturarbeit« vielfältig erhobene Forderung nach einem »zweiten Bein der Gewerkschaft« im Reproduktionsbereich, konkretisiert als Entwicklung der Ortskartellarbeit und gezielte Vernetzung mit den sozialen und kulturellen Initiativen vor Ort, ist offensichtlich zwingend. Genauso offensichtlich ist: Es geht hier um ein Aufgabenfeld, das in keiner Weise auf »Kulturarbeit« einzuengen ist – um das Hereinarbeiten der Gewerkschaften in die Bewegungen, Öffentlichkeiten, Diskussionen vor Ort, in denen immer auch Orientierungsbedarf in Richtung auf gesellschaftliche Alternativen entsteht.

Dazu zählt die Anforderung, sich zum Partner für Aktivitäten im Kulturbereich zu entwickeln – gegenüber den »etablierten« öffentlichen Einrichtungen und denen, die dort arbeiten, ebenso wie gegenüber dem privatwirtschaftlich und alternativsoziokulturell betriebenen Sektor. So utopisch es sich heute anhören mag: Zukünftig müssen lokale Gewerkschaftsfunktio-

näre Gesprächspartner für die Kulturintelligenz am Ort sein; das kann nicht delegiert werden an einen »Kulturbeauftragten« oder an die »zuständige Einzelgewerkschaft« IG Medien. Idealtypisch geht es um Beziehungen, in denen der Partner jeweils als Fachmensch auf seinem Gebiet – »Kultur« und »Politik« – akzeptiert und gefragt ist. Gewerkschaft als politisch- und kampagnefähige soziale Bewegung ist einfacher nicht zu haben.

Erfahrungsberichte und Vorschläge zur Arbeit im außerbetrieblichen Lebenszusammenhang liegen vor⁵⁰ und sollen nicht noch einmal dargestellt werden. Wir wollen abschließend vier Aspekte einer Hegemonie-Orientierung für Kulturarbeit ansprechen.

Eingreifen in Rezeptionsprozesse

Eingriffspunkt gewerkschaftlicher Praxis in den kulturellen Prozeß ist wesentlich die Seite der Rezeption. Kulturelle Herrschaft realisiert sich ja nicht einfach durch Besitz und Verfügung über Produktions- und Distributionsmittel (sicherlich die institutionelle Hauptbastion); sie ist vielmehr als Prozeß zu verstehen, dessen Qualität sich erst in den Individuen, in ihrem Wahrnehmen, Fühlen, Denken und Werten herstellt – letztlich im Handeln oder Nichthandeln der Menschen.

Oben haben wir die Fähigkeit, sich selbst- und klassenbewußt im Feld der Kultur zu bewegen, als Richtmaß für Kulturarbeit benannt. Doch diese Sicht ist zu erweitern. Wenn wir das Agieren der Arbeiterbewegung in der Kultur als Interessenkampf verstehen und ganz realistisch die Gegenkräfte des Kapitals in den privaten und staatlichen Apparaten einschätzen, dann ist die Eingriffsfähigkeit im subjektiven Faktor eine wesentliche Chance der Arbeiterbewegung. Ihr Lebensprinzip ist es ja, daß Menschen für ihre Interessen aktiv werden – und es gibt noch immer keinen wirksameren Anstoß für kritisches Bewußtsein und dauerhaftes Umdenken gegenüber der Informationsflut, die auf uns niederprasselt, als eigene interessenvertretende Praxis. In der Wechselwirkung zwischen Tätigkeit und

Bewußtsein sind es letztlich die notwendig gewordenen Änderungen im Handeln, die dann nach bewußter Begründung und dauerhafter Absicherung verlangen. Wer – und sei es auch mehr aus gruppendynamischen Zwängen einer Belegschaft, Abteilung oder Gewerkschaftsgruppe heraus – das Hin- und Hergerissensein zwischen den Pro- und Kontraargumenten überwindet und sich in irgendeiner Form praktisch für die Forderung »Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich« engagiert, der wird zu einer neuen Qualität der Auseinandersetzung mit der dagegengerichteten Kapitalpropaganda gezwungen, die in allen Medien dominiert. Es ist vorhersehbar, daß in jeder härteren Auseinandersetzung die Losung auftaucht »Bild lügt!« – weil dahinter die reale Erfahrung des gewerkschaftsfeindlichen Interessenstandpunktes dieses Blatts (hier stellvertretend genommen) steht. Und es hat seine Logik, daß sich dann spontane Aktionen gegen Verkaufsautomaten vor den Betrieben anschließen.

Aus dem Hegemonieansatz folgt für uns, daß gewerkschaftliche Arbeit diese Dimension von Erfahrung und Gegenwehr nicht dem Zufall überlassen darf. Die Möglichkeiten zur Bildung von selbständigem Kritik- und Interessenbewußtsein gegenüber dem Kapitalstandpunkt in Medien und Kultur sind systematisch zu entwickeln. Keine Kampagne, keine Materialien, keine Informations- oder Bildungsveranstaltung mehr, in der nicht der ideologische Klassenkampf des Kapitals vorgeführt und bei den Lohnabhängigen Kritikfähigkeit entwickelt wird. Auch hier ist also Hegemoniearbeit keine Sonderaufgabe für Spezialisten, sondern notwendiger Bestandteil gewerkschaftlichen Alltags.

Bezugspunkt: Basisöffentlichkeiten

Kampf um Hegemonie wird nicht stellvertretend in einigen gesellschaftlichen Bereichen und von auserwählten Gruppen vollzogen. Die gesellschaftliche Hegemonie wird im Alltag der LohnarbeiterInnen umkämpft, in allen Kommunikationspro-

zessen. Historisch beruhte die Kraft der Arbeiterbewegung wesentlich auf ihrer Verankerung in dem proletarischen Milieu, das sich um Betrieb, Nachbarschaft im Arbeiterwohngebiet, Arbeitervereine und -freizeitorganisationen herausbildete. Heute hingegen ist der weit überwiegende Teil der Nachbarschaften und der Vereine mehr oder minder ausgeprägt bürgerlicher Hegemonie unterworfen – bei deren Durchsetzung Themen- und Meinungsvorgaben der Massenmedien eine Schlüssel-funktion ausüben.⁵¹

Veränderungen wie der Einfluß von Friedens- und Umwelt-themen auf die Sportbewegung (v. a. im Jugendbereich), aber auch die Attraktivität gewerkschaftlich und politisch orientierter Chöre gegenüber Sektoren der Gesangsvereine, die mit schwindender Anziehungskraft in der Jugend zu kämpfen haben, deuten an: Hegemonieverschiebungen sind hier möglich. Voraussetzungen sind das Wirken auch argumentativ überzeugender sozialer Bewegungen, Transport und Verstärkung ihrer Themen und Anliegen über die nationalen Medien und, **entscheidend, das Engagement von einzelnen und Gruppen**, die in den Vereinsstrukturen derartige Probleme sowie Folgerungen für die Vereinsarbeit einbringen und zäh vertreten.

Gibt es ein überzeugenderes Argument gegen die These, daß dies auch für die Arbeiterbewegung möglich ist? Notwendig ist es zweifellos. Bei vielen Auseinandersetzungen, meist im Zusammenhang der Verteidigung von Arbeitsplätzen gegenüber geplanten Stilllegungen, war es möglich, in Strukturen der lokalen »società civile« (Gramsci), der nichtstaatlichen vermittelnden Institutionen des gesellschaftlichen Überbaus wie Vereinen, Bürgerkomitees, Kirchengemeinden usw. wenigstens zeitweise ein positives Umfeld für das Anliegen der Kämpfenden zu schaffen; das jüngste Beispiel dieser Art ist Duisburg-Rheinhausen.⁵²

Systematisch betrachtet, liegen darin zwei Aufgabendimensionen. Kämpferisch wie konzeptionell ausstrahlende reale Bewegungen sind das A und O jeder Hegemoniepolitik – das kann nicht oft genug betont werden. Ihre Umsetzung in Basisöffentlichkeiten und alltäglichen Kommunikationszusammenhängen

bedarf jedoch des Einsatzes einer Vielzahl motivierter und kompetenter Individuen (die oft wieder in informelle Gruppen eingebunden sind). Wie kann deren Engagement gefördert werden? Zunächst gilt es, die in der Nachkriegszeit aufgeherrschte Norm der Trennung von gewerkschaftlicher Politik und privatem, unpolitischem Freizeitverhalten abzubauen. In dem Maß, wie sich das Selbstverständnis der Gewerkschaften als soziale Bewegung durchsetzt, ist die Überwindung dieser Persönlichkeitsspaltung möglich, kann Bereitschaft zu Engagement und Auseinandersetzung auch im Reproduktionsbereich wachsen. Denn darüber sollte es keine Illusionen geben: Politisierung heißt hier Konflikt und Polarisierung. Wer im Werkschor vorschlägt, sich praktisch mit einem Arbeitskampf in der Region zu solidarisieren, wer im Sportverein ein Grußtelegramm an die Initiative »Sportler für den Frieden« einbringt, der muß sich harten, auch feindseligen Auseinandersetzungen und dem Vorwurf der Spaltung stellen.

Gerade deswegen ist argumentativ erworbene Überzeugung verlangt – und damit sind wir wieder bei der gewerkschaftlichen Organisationskultur. Einstellung von Motivierung und Aktivität auf die Anforderungen des gewandelten Lohnarbeiter- und Belegschaftstyps, auf die Notwendigkeit kontinuierlicher Auseinandersetzung der GewerkschafterInnen mit den Massenmedien ist der Schlüssel zu betrieblicher wie außerbetrieblicher Einfluß- und Führungsfähigkeit.

Eine besondere Herausforderung stellen in diesem Zusammenhang die Öffentlichkeiten dar, die im Einflußbereich der anderen sozialen Bewegungen entstanden sind. Die lokalen Gruppen, die Kulturinitiativen und Cafés, Läden und Jugendzentren, Bildungs- und Diskussionsangebote im Umfeld der Friedens- und Umwelt-, Frauen- und Solidaritätsbewegung bilden auch für jüngere Lohnabhängige einen wichtigen weltanschaulich-politischen Orientierungspunkt. Die Distanz dieser »Bewegungsmilieus« zur Arbeiterbewegung ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern in der Sozialstruktur der dort dominierenden Gruppen verankert – in der jüngeren Intelligenz und den lohnabhängigen Mittelschichten.

Im Bemühen um Vernetzungen, die die gesellschaftliche Alternative der Arbeiterbewegung präsent machen, kann Kulturarbeit eine Pionierrolle spielen – weil die »Kulturszene« ein wichtiges Element der bewegungsorientierten Milieus bildet und weil hier die Übergänge und Beziehungen zwischen verschiedenen Positionen weniger verfestigt und belastet sind als auf der Ebene formeller politischer Beziehungen.

Kulturarbeit zwischen »Funktionalisierung« und »Freiraum«

Was bedeuten die Überlegungen zur Intelligenz für praktische Kulturarbeit? Es beginnt damit, überhaupt Kontakte zu den vor Ort künstlerisch Tätigen herzustellen – von der Ausstellung und Lesung im Gewerkschaftshaus über die Gewinnung von Schauspielern und Gruppen für gewerkschaftliche Veranstaltungen bis zur Überlegung, wie die Gewerkschaften eine interessante, herausfordernde Inszenierung am Stadttheater zur Kenntnis nehmen. Das besondere »gewerkschaftliche Profil« liegt dabei in Alternativen zu individuellen Formen des Kunst»konsums« – im Entwickeln kollektiv reflektierender Aneignungs- und Austauschweisen.

Das folgt nicht nur aus der Überlegung, daß das reine »Einkaufen künstlerischer Dienstleistungen« noch keine Beziehung herstellt, die zu politischer Führungsfähigkeit beiträgt. Es folgt aus dem objektiven Problem, daß die bestehende Kluft zwischen dem Kunstgeschmack der erdrückenden Mehrheit der GewerkschafterInnen und der Praxis lebender Kunst heute ein außerordentliches Maß an beiderseitigem Unverständnis, Fremdheit und feindseligen Reaktionen einschließt. Daher kann die austausch- und diskussionsförmige Bearbeitung dieses Widerspruchs die einzig praktikable Form dauerhafter Kooperation sein. Sie fördert dann auch die individuelle Fähigkeit der GewerkschafterInnen, sich selbständig und (klassen)bewußt in der Kultur zu bewegen. Sie gewinnt Modellcharakter für die Beziehung zwischen klassischen Künsten und Gesellschaft unter Bedingungen befreiter Arbeit und befreiter Zeit.

Wir stoßen hier auf eine zentrale Herausforderung. Gemeint ist der Widerspruch zwischen den Anforderungen, Grenzen und Zwängen, unter denen eine Kampforganisation der Arbeiterklasse ihre Kulturarbeit anlegen muß und den Maßstäben freien und verantwortlichen Kunstschaffens, wie sie auch den Werten und Zukunftsvorstellungen der Arbeiterbewegung entsprechen. Nicht nur für Intellektuelle im engeren Sinn, sondern für alle von der Intelligenz geprägten Milieus bilden heute die Respektierung der »Autonomie des Kunstschaffens« und die Sicherung von »Freiräumen« dafür wichtige Kriterien bei der Bewertung von Gesellschaftskonzepten. Diese auch in der angestellten und beamteten Arbeiterklasse wirksamen Einstellungen wollen ernstgenommen sein – und zwar nicht als besorgniserregendes »falsches Bewußtsein«, das jetzt mit besonderer Mühe auf den rechten Weg der Einsicht gebracht werden müßte, wonach die »eigentlichen« Anliegen der Intelligenz »an sich« bei der Arbeiterklasse bestens aufgehoben seien, sondern als Masseninteresse, das in gewerkschaftlicher Praxis substantiell zu berücksichtigen ist.

Man muß sich also dem Widerspruch stellen zwischen der Notwendigkeit politisch-organisatorischer Vereinheitlichung und Handlungsfähigkeit, der die Kampf- und Interessenformationen der Arbeiterbewegung unterworfen sind, und dem historisch gefestigten, aus dem intellektuellen Arbeitsprozeß immer neu erwachsenden Anspruch, daß das schöpferische Subjekt seine Tätigkeit selbst bestimme und verantworte.

Heute werden Unterdrückung und Deformation von Persönlichkeitsentfaltung im staatsmonopolistischen Kapitalismus intensiv empfunden und gewußt; der Widerstand hiergegen durchdringt Ansprüche und Erwartungen der ihre Interessen vertretenden Menschen. Das bedeutet: Das Drängen auf Selbstbestimmung kann nicht als fernes Ziel behandelt werden, es muß in den Mitteln und Formen des Kampfes um eine freiere Gesellschaft enthalten sein und schon ein Stück verwirklicht werden.

In der Kultur heißt das: Die Arbeiterbewegung muß lernen, mit dem Faktum umzugehen, daß wirksame und dauerhafte

Orientierung von Kunst und kulturellen Prozessen nur durch die individuelle, subjektive Aneignung, Verarbeitung und Gestaltung der Schaffenden hindurch geschieht. Administrativ, durch Verpflichtung auf Programme und Forderungen oder gar Organisationsdisziplin ist nichts zu erreichen, was nicht in einem kontinuierlichen Kooperations- und Überzeugungsprozeß gründet; nur so werden die schöpferischen Subjekte sich Erfahrungen und Anliegen der Arbeiterbewegung zu eigen machen und in ihrer Arbeit realisieren.

Das ist natürlich eine Idealvorstellung. Die Probleme ergeben sich konkret im Normalfall der Nichtübereinstimmung – und der Umgang mit ihnen ist zu erlernen. Das gilt auch und gerade dann, wenn die Konflikte in Formen und an Forderungen aufbrechen, die von den Traditionen klassenorientierter Gewerkschaftspolitik her völlig unakzeptabel, weil auf Schwächung von Verbindlichkeit, Einheitlichkeit, Solidarität und Handlungsfähigkeit der Organisation zielend erscheinen müssen.

So war es bei den Auseinandersetzungen um die Satzung der künftigen IG Medien. Die Kritik des Westberliner VS war so deutlich bestimmt von politischen Unterstellungen gegenüber den Funktionären der IG Druck und Papier, sie brachte das Verlangen nach »Autonomie«, »Freiräumen«, »Meinungsfreiheit und Eigenverantwortlichkeit« der Schriftsteller in der Gewerkschaft mit solchem Bombardement von antigewerkschaftlichen und antikommunistischen Klischees (»bürokratischer Zentralismus«, »verordnete Vereinheitlichung«, »autoritäre und zentralistische Ausrichtung«, »Unbeweglichkeit«, »lähmender Traditionalismus« usw.) vor, sie bezog sich an keiner Stelle auf gemeinsame Anliegen und die Notwendigkeit solidarischen Handelns⁵³, so daß nur Konfrontation das Ergebnis sein konnte. Den entscheidenden Kongreß des VS im Dezember 1988 bereitete die Vorsitzende Anna Jonas publizistisch durch den Stalinismus-Vorwurf an die Adresse der IG Druck-Führung vor; der Eklat mit einer Reihe von Austritten war so programmiert.⁵⁴

Ähnlich problematisch müssen Positionen zur gewerkschaft-

lichen Kulturarbeit wirken, in denen das Spannungsverhältnis zwischen kollektivem Interessen- und Kampfbezug und der Eigendynamik individueller kreativer Tätigkeit schlicht zugunsten letzterer aufgelöst wird. So empfiehlt der theoretische Kommentar zu einem Kulturarbeitsprojekt der Gewerkschaftsjugend angesichts der Probleme mit dem gewerkschaftlichen Nachwuchs⁵⁵ nicht etwa, den jungen LohnarbeiterInnen mehr Verantwortung und eine größere politische Rolle in der Organisation zu übertragen; vielmehr wird »bewußt dem Gedanken des Freiraums Priorität eingeräumt«.⁵⁶ Zur Begründung dient die These, »daß für viele Jugendliche die Gewerkschaft . . . erst mittels des Freiraums von Jugendkulturgruppen wieder attraktiv wird«⁵⁷ und man sich »nicht unter das Diktat einer vorgegebenen gewerkschaftlichen Beschlußlage stellen lassen« dürfe.⁵⁸

Diese Position ist für klassenorientierte gewerkschaftliche Kulturarbeit inakzeptabel. So sinnvoll und notwendig Projekte selbstzweckhafter Kreativität sind – die Arbeiterbewegung kann und muß individuelle Entfaltung in Zielen und Formen ihrer Interessenvertretungspraxis fördern; sie kann nicht die Lücken ästhetischer Erziehung stopfen und den Mangel an Jugendkunstschulen für die Arbeiterklasse aus ihren Mitteln ausgleichen. Ganz abgesehen davon: Angesichts gezielter Mobilisierung der Kreativität der Lohnabhängigen im Rahmen einer unternehmerischen Kulturoffensive (von Werkschören über Qualitätszirkel bis zur Verpflichtung auf die »Konzernphilosophie«)⁵⁹ reicht die inhaltsleere Position der »Freiräume« nicht aus, um in der Auseinandersetzung über die Zwecke der Produktion für die Menschheit wie für die Produzierenden zu bestehen.

Diese Einwände dürfen aber nicht dazu führen, die Realität von derart verquer und problematisch artikulierten Interessen zu verdrängen. Diesen Eindruck muß man jedoch gewinnen, wenn man etwa Stellungnahmen aus der IG Druck und Papier betrachtet⁶⁰ oder von Lothar Zimmermann bei der Andeutung von Konflikten gleich auf die Verantwortlichkeit der Vorstände verwiesen wird.⁶¹ Es macht keinen politischen Sinn und entspringt völliger Unterschätzung des Bündnisses Arbeiterbewe-

gung-Intelligenz, wenn heute für das Verhalten normaler, nicht in der Arbeiterbewegung erzogener Kultur- und Medienschaftfender Maßstäbe für Beschlußfindung Disziplin und Vereinheitlichung angelegt werden, die sich unter den Arbeitern erst über Generationen herausgebildet haben; und auch dort müssen sie heute fortentwickelt werden. Die Gewerkschaftsbewegung ist im Umbruch, und ihre zukünftige Diskussions- und Arbeitskultur wird sich (auf der Grundlage bewährter Einsichten und Praxisformen) entwickeln – in einem längeren, offenen Lernprozeß, in dem alle Beteiligten sich verändern werden.

Wessen Beruf es ist, als Wissenschaftler oder Künstler, Journalist oder Pädagoge die Wirklichkeit immer neu und kritisch zu sehen und darzustellen, unter ungewohnten Aspekten und im Blick auf Gefahren wie Möglichkeiten menschlichen Verhaltens und gesellschaftlicher Vorhaben, der muß unkonventionelle Formen der Auseinandersetzung mit und Darstellung von gemeinsamen Zielen und eigenen Erfahrungen verwenden. Man kann ihn/sie mit seinen/ihren kritischen und selbstkritischen Fragen und mit der Besorgnis über Probleme und Versäumnisse nicht auf die üblichen innerorganisatorischen Wege verweisen. Die Ergebnisse ihrer professionellen Arbeit dürfen nicht in den Bereich beliebiger Privatheit abgeschoben⁶², sondern sollen als spezifische Beiträge zum gemeinsamen Projekt und seiner Selbstverständigung in die gewerkschaftliche Diskussionskultur einbezogen werden – ohne »Beschlußlage« mit »Schluß der Debatte« gleichzusetzen.

An der Forderung nach Achtung der Besonderheit künstlerischer Produktion machen sich schmerzliche Erfahrungen und Konflikte gewerkschaftlicher Kulturarbeit fest. Da werden technische Auftrittbedingungen zugemutet, unter denen kein organisierter Kollege arbeiten würde; da fehlt das Verständnis für den Aufbau künstlerischer Programme, und man verlangt, daß sie sich nach den Ritualen einer auf Funktionärsreferate oder Bierzeltatmosphäre zugeschnittenen Veranstaltung richten; da schlägt Künstlern und Gruppen Mißtrauen entgegen, was die »gewerkschaftliche Zuverlässigkeit« ihrer Arbeit und Beiträge betrifft, da werden ihre Programme inhaltlich kontrolliert oder

lieber gleich ganz außen vor gelassen. Da kursiert immer noch die Geschichte, daß der um die Kultur der Arbeiterbewegung verdiente Liedermacher Walter Mossmann wegen einer kritischen Zeile seines »KKW-RAG« für Jahre auf DGB-Veranstaltungen unerwünscht war.⁶³

Lernfeld für »Kultur der Kulturarbeit«

Wie immer nachsichtig oder kompromißlos die Probleme der Gewerkschaften mit der Kultur betrachtet werden – über eins muß Klarheit herrschen: In diesen Konflikten wird die grundsätzliche Frage beantwortet: »Wie geht die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik mit Kultur und Kunst um?« Gewerkschaftliche Kulturarbeit darf keinen Bonus wegen fehlender Erfahrung und Professionalität beanspruchen, keine Nachsicht für »mit Bordmitteln« Selbstgestricktes; angesichts vorhandener kritischer Einstellungen und – so ist wenigstens zu hoffen – teilweise hochgesteckter Erwartungen ist sie objektiv ein Lern- und Bewährungsfeld für das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu Künsten und Kulturschaffenden.

Besonders wichtig scheint der Aspekt des Lernfeldes. Der gordische Knoten, zu dem sich gewachsene Traditionen, Mentalitäten und Kunstauffassungen aus Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung mit den Zuspitzungszwängen des politischen Kampfes, den Selbstbestimmungs- und Anerkennungsansprüchen der Kulturschaffenden und den unverzichtbaren Mehrdeutigkeiten und Verarbeitungsleistungen im sozialen Verhältnis zwischen Künsten und Publikum zu verschlingen, ist durch keinen Schwertstreich zu zerhauen – schon gar nicht mit dem Sezierbesteck der Kulturwissenschaft. Anzustreben sind realistischerweise »kultivierte« Formen des Umgangs, der Kooperation, der gegenseitigen Achtung und des Voneinanderlernens der Beteiligten.

Die Verantwortung dafür, daß es in dieser Richtung vorangeht, und für das Ingangsetzen von Qualifizierungsprozessen auf der eigenen Seite liegt unzweifelhaft bei der Arbeiterbewe-

gung – wenn sie den Anspruch erhebt, Subjekt einer theoretisch fundierten Veränderungsstrategie zu sein. Dann ist auch die eigene Kulturarbeit systematisch als Herausforderung zu organisieren, Kooperation und Annäherung voranzubringen; das heißt in erster Linie: die Kompetenz der gewerkschaftlich Verantwortlichen auf die Höhe der Aufgaben (der Hegemoniefähigkeit) zu heben.

Dabei ist nicht gedacht an ein verstärktes »Einkaufen kultureller Dienstleistungen«, indem man Berufskünstler gewerkschaftliche Veranstaltungen wie beliebige kommerzielle Auftritte absolvieren läßt. Gedacht ist nicht an einen Liberalismus des »alles geht« in der Kulturarbeit, und ebenso wenig an eine Abstufung der politisch-inhaltlichen Maßstäbe je nach »Prominenz« oder Marktwert. Schon gar nicht ist gedacht an eine Praxis, in der es Gewerkschaftsmitglieder erster und zweiter Klasse gibt: die »normalen«, für die Beschlußdisziplin und Solidaritätsanspruch gelten – und die »kulturarbeitenden«, die darauf einen »Künstler- oder Intellektuellen-Nachlaß« eingeräumt bekommen. Ernstnehmen heißt v. a.: einen Zusammenhang von gemeinsamer Arbeit und Diskussion schaffen, in dem Ansprüche und Kritik argumentativ vorgebracht werden – und das Hauptargument der Kulturschaffenden ist ihre Produktion. »Das Ziel in den Mitteln erkennbar machen« bedeutet: in der Kulturarbeit Momente eines neuen Verhältnisses zur Kulturintelligenz vorwegnehmen, Autonomie und Verantwortung, Respekt vor der künstlerischen Individualität und sozialen Anspruch zusammenbringen.

Mancherorts hat die formelle Herausnahme von Kulturgruppen und Kulturaktivitäten aus dem Organisations- und Verantwortlichkeitssystem des Gewerkschaftsapparats Flexibilitätsräume für die Partner geschaffen. Aber ein Patentrezept ist damit nicht gefunden – es ist auch nicht zu erwarten. Schmerzhafte, von Konflikten gekennzeichnete Lernprozesse müssen auf dem Weg zur Hegemoniefähigkeit, d. h. auch: zur Bildung von entsprechend erfahrenen und qualifizierten Kadern der Arbeiterbewegung, nicht gefürchtet, sondern gesucht werden.

Man kann die Orientierung auf das »Lernfeld Kulturarbeit«

dahingehend zuspitzen, daß es hier wesentlich um die Schaffung jener von Gramsci umrissenen »organischen Intellektuellen« der Arbeiterklasse geht.⁶⁴ Schon heute läßt sich beobachten, daß für die gewerkschaftliche Kulturarbeit eine Scharniergruppe von »Übersetzern und Vermittlern« zwischen der Welt der Arbeiterbewegung und den Welten der Kulturintelligenz entscheidende Funktionen ausübt. Ohne diesen kleinen Kreis von KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen, die durch soziale und geistige Bindungen zur Arbeiterbewegung gehören und sich gleichermaßen in der »Kultur der Kulturschaffenden« bewegen und dort anerkannt sind, läuft zwischen Gewerkschaften und Kulturprofis kaum etwas.

Das kann aber nur ein unbefriedigender Durchgangszustand sein. Denn für Gramsci – und dieser Gedanke bleibt aktuell – bilden sich die organischen Intellektuellen der Arbeiterklasse nicht nur aus dem Übergang von »traditionellen Intellektuellen« in die Arbeiterbewegung. Zu organischen Intellektuellen werden gleichermaßen jene Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterbewegung, die die in Beruf wie politischer Arbeit enthaltenen intellektuellen Tätigkeitsmomente ausbilden und sich für eine hegemonieschaffende Rolle qualifizieren.

Entsprechend der seit Gramsci vorangeschrittenen Spezialisierung werden sich Schwerpunktsetzungen und besondere Arbeitsgebiete herausbilden (etwa der in der IG Metall erwogene »Kulturbeauftragte« auf lokaler Ebene). Bei allen notwendigen Unterschieden im Grad der Vertrautheit und Befassung mit Kulturprozessen – die Heranbildung eines Stamms von in Kulturarbeit und Kulturpolitik erfahrenen Kadern kann nur Teilmoment einer Veränderung von Organisationskultur und Politikfähigkeit der Arbeiterbewegung insgesamt sein; die Entwicklung eines neuen, hegemoniefähigen Typs von Beziehungen zur Intelligenz, auch zur Kulturintelligenz, ist für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt unverzichtbar.

Vielleicht kann man die zukünftigen Anforderungen so zusammenfassen: Gewerkschaftliche Kulturarbeit wird den Herausforderungen nicht als Liebhaberei politisch Engagierter mit künstlerischen Neigungen gerecht, schon gar nicht als wohlum-

zäunte Spielwiese für exzentrische Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur unter dem verpflichtenden Anspruch einer Zukunftswerkstatt: Ihre Experimente und Modelle werden gebraucht für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisations- und Lebenskultur; sie hat zu arbeiten an der Gestaltung und Vermittlung des »utopischen Überschusses«, ohne den der gewerkschaftliche Alltag austrocknet; sie ist Lern- und Probestandort für die Zukunft einer in ihren Widersprüchen lebendigen und produktiven Beziehung zwischen Arbeiterbewegung und Kultur-Intelligenz.

Anmerkungen:

1 Vgl. Oskar Negt, Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt/M. 1972, S. 341 ff.

2 Vgl. Gerhard Jeske und Songgruppe Kontrapunkt, in: Arbeitskampf um Arbeitszeit, Marburg 1985; Karl Adamek, Lieder-LKW zum Tor 20!, in: Frank Deppe, Manfred Balder, Sibylle Stamm, Shelley Adams, Streik – Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt/M. 1985.

3 Vgl. Heinz Jung, Umbruchperiode?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, Frankfurt/M. 1985; Klaus Pickshaus, Umbruchperiode und Zukunft der Gewerkschaften, in: ebd.

4 Für den Zeitraum 1981–1987 vgl. den kommentierten Literaturüberblick bei Birgit Dransfeld, Gewerkschaftliche Kulturpolitik und Kulturarbeit, in: Beiträge – Informationen – Kommentare, H. 6, 1987, hg. v. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (FIAB), Recklinghausen; einen Einblick in das aktuelle Diskussionsspektrum geben Heft 9/1987 von »Die Mitbestimmung« sowie Heft 7, 1988, der Beiträge – Informationen – Kommentare des FIAB.

5 Vgl. Rainer Erd, Gewerkschaften und Kultur – Überlegungen zu einer Erweiterung gewerkschaftlicher Themenbereiche, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1988.

6 Oskar Negt, Lebendige Arbeit, enteignete Zeit, Frankfurt/M. 1984, S. 154 ff.

7 Ders., Krise, Politik und Utopie, in: Peter Alheit, Gerd Lobodda, Jörg Wollenberg (Hrsg.), Wie wir leben wollen, Hamburg 1986, S. 15 ff.

8 Witich Roßmann, Produktion, Klassenstruktur und Lebensweise im Umbruch, in: ISMF (Hrsg.), Zur Zukunft der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1985, S. 171 ff.

9 Jürgen Hoffmann, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, in: Walther Müller-Jentsch (Hrsg.), Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/M. 1988, S. 31 f.

10 Walther Müller-Jentsch, Flexibler Kapitalismus und kollektive Interessenvertretung, in: ebd., S. 12 ff.

11 Gerhard Armanski, »Brüder zur Sonne, zur Freiheit . . . Zum geschichtlichen Wandel der Arbeiterkultur, in: druck und papier, H. 20/1987, S. 25.

12 Ingeborg Wahle-Homann, Gewerkschaft – Schnittpunkt von Lebenszusammenhängen?, in: WSI Mitteilungen 8/1987. Der Titel greift eine Formulierung auf von Siegfried Bleicher, Solidarität 2000. Neun Thesen zur Angestelltenpolitik der IG Metall, These 9, in: Nachrichten, H. 6/1987, S. 15.

13 Peter Alheit, Soziokultur zwischen Institutionalisierung und Innovation, in: Kulturpolitische Mitteilungen, H. 40, 1988, S. 10. An anderer Stelle entwickelt Alheit den Gedanken einer vielfarbigem, politisch durch eine gemeinsame Gegner-Orientierung zusammengeordneten »Kontrast- und Widerstandskultur« im kulturell stark differenzierten Spektrum der Lohnabhängigen – u. E. ein strategisch produktives Konzept (ders., Arbeit, Lebensweise und Kultur, in: Beiträge – Informationen – Kommentare, H. 7, a. a. O. (Fn. 4), v. a. S. 39 ff.). In eine ähnliche Richtung argumentiert: Sebastian Herkommer, Zur Aktualität des Kampfes um kulturelle Hegemonie, in: Forum Wissenschaft 4/1988.

14 Rainer Zoll, Veränderte Werte schaffen neue Erfordernisse – Plädoyer für eine individualistische Gewerkschaft, in: IG Metall (Hrsg.), Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten, Materialband Nr. 2 der Diskussionsforen »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit«, Köln 1988. Eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit diesem Ansatz enthält: Klaus Dörre Modernisierungspakt statt Gegenmacht? Individualisierung und Gewerkschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1989.

15 Franz Steinkühler, Die konkrete Utopie, in: Der Gewerkschafter 1/1988, S. 4.

16 Ders., »Globale Ratlosigkeit«, in: express, Nr. 5/1988, S. 13.

17 Lothar Zimmermann, Die Sicherung der kulturellen Identität – eine zentrale Aufgabe für die Gewerkschaften, in: Die Mitbestimmung, H. 9/1987, S. 509.

18 Gerd Deumlich, Stadt und Kultur – Zur Situation kommunaler Kulturpolitik – Herausforderung für die DKP, in: Unsere Zeit, 20. 4. 1988, S. 7.

19 Auf dem tarifpolitischen Diskussionsforum der IG Metall im Juni 1988 stellte Helmut Schauer fest: »Die Streikmöglichkeiten der Zukunft sind letztlich immer so viel wert, wie sie von einer solidarischen Umwelt flankiert werden.« Vom Betrieb als Motor ausgehend, müsse daher die Tarifbewegung immer auch zur »Aktion eines sozialen und kulturellen Bedürfnisses« ausgeweitet werden. Er konkretisierte dies mit Vorschlägen, Wissenschaftler als Gutachter und Experten mit Öffentlichkeitswirkung in die gewerkschaftliche Tarifbewegung einzubeziehen und den »Ausbau einer politischen Kultur des Protests« weiterzubringen (in: IG Metall, Hrsg., Tarifpolitik im Strukturwandel, Materialband Nr. 6 der Diskussionsforen »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit«, Köln 1988, S. 160, 162–164).

20 Vgl. Wolfgang F. Haug, Zu einigen theoretischen Problemen der Diskussion über die Kultur der Arbeiterklasse, in: ISMF (Hrsg.), Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, München 1978, S. 100 f.

21 Vgl. Frank Deppe, Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung, Köln 1984, S. 256 ff.

22 Rudolf Welz Müller, Solidarität und Individualisierung – Handlungsspielräume und veränderte Handlungskonzepte der Gewerkschaften in der »Risikogesellschaft«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1988, S. 680.

23 Als Versuche, das von Ulrich Beck (Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, Zweiter Teil) in differenzierter Weise vorgebrachte Individualisierungs-Theorem marxistisch zu verarbeiten, vgl.: Kaspar Maase, Betriebe ohne Hinterland?, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des ISMF 7, Frankfurt/M. 1984; Klaus Dörre, Die neuen Unberechenbaren, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 22, Manuskriptdruck, Berlin/DDR 1987. Eine hervorragende populärwissenschaftliche Einführung in die politische Bedeutung der heutigen Individualitäts- und Bedürfnisentwicklung gibt: Harald Werner, Individualität, Bewußtsein, politische Kultur, Marburg 1988.

24 Erd, a. a. O. (Fn. 5), S. 660.

25 Vgl. Ingrid Kurz-Scherf, Gisela Breil (Hrsg.), Wem gehört die Zeit? Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, Hamburg 1987; Christiane Müller-Wichmann, Von wegen Freiheit. Argumente pro und contra 7-Stunden-Tag. Ein Gutachten für die IG Metall, Frankfurt/M. 1987.

26 Vgl. Negt, *Lebendige Arbeit* . . . a. a. O. (Fn. 6), S. 19 ff.

27 Vgl. Karlheinz Blessing, *Gewerkschaftliche Reformperspektiven*, in: *Marxistische Blätter* 12/1988, S. 100.

28 Vgl. Agnes Heller, *Theorie der Bedürfnisse bei Marx*, Berlin W. 1986, S. 100–104. Bezugspunkt ist folgender Gedanke des jungen Marx: »Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein . . .« (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW Bd. 1, S. 387). Vgl. auch Volker Gransow, *Der autistische Walkman*, Berlin W. 1985, S. 57–59.

29 Vgl. Deppe, a. a. O. (Fn. 21), Pickshauss a. a. O. (Fn. 3), Alheit u. a., a. a. O. (Fn. 7).

30 Blessing, a. a. O. (Fn. 27), S. 98.

31 Vgl. Jörg Huffscheid, Heinz Jung, *Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer*, Frankfurt/M. 1988.

32 Jürgen Habermas, *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/M. 1985, S. 145 ff.

33 Oskar Lafontaine, *Die Gesellschaft der Zukunft*, Hamburg 1988, S. 82 f.; zur Kritik vgl.: *Die politische Ökonomie des Lohnverzichts*. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion, Arbeitsmaterialien des IMSF 27, Frankfurt/M. 1988.

34 So in dem programmatischen Aufsatz von Blessing (Fn. 27), der insgesamt das Netz der Zukunftsaufgaben sehr treffend darstellt.

35 Der stellvertretende Vorsitzende der hessischen IG Druck und Papier, Manfred Balder, hat dazu in einem Diskussionsbeitrag auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftstag vom 1.–3. Oktober 1987 festgestellt, »daß es keine Dauermobilisierung in den Betrieben gibt, daß »gewerkschaftliche Aktionsbereitschaft . . . immer wieder neu organisiert werden muß.« Dazu solle man keine Organisationsformen anbieten, »die den Eindruck und das Gefühl vermitteln, daß man für alle Ewigkeit jetzt zu den Hundertfünfzigprozentigen gehört, in eine Art lebenslange Zwangsehe gepreßt ist.« Vielmehr müßten Kolleginnen und Kollegen wissen, »daß sie sich zunächst immer nur für eine befristete Aufgabe und für eine konkrete, von ihnen als nützlich angesehene Aufgabe engagieren.« Er schlägt daher die Schaffung betrieblicher Aktionsgruppen vor, die »von Zeit zu Zeit den aktiven und bewußten Teil der Mitgliedschaft . . . ins Spiel« bringen. Dies entspreche dem neuen Typ des gewerkschaftlichen »Aktiven auf Zeit« . . . , der sich zwar immer wieder, aber nicht ständig engagiert. (. . .) Ich vermag eigentlich nicht zu erkennen, daß diese Entwicklung ein Rückschritt ist« (nach dem vervielf. Mskr.).

36 Vgl. dazu ausführlicher Kaspar Maase, *Von Heute zum Morgen. »Kämpferisches Leben« und Lebensweise der Zukunft*, in: *Marxistische Blätter* 6/1985; ders.: *Kämpferisches Leben in der Arbeiterbewegung*, in: ebd., H. 5/1987.

37 Vgl. Annegret Keller, *Eine Reise ins Abenteuer. Gewerkschaftliche Erkundungen in der Kulturlandschaft*, in: *Lebensweise und Organisationskultur – Neue Fragen gewerkschaftlicher Kulturarbeit*, IMSF-Arbeitsmaterial 29, Frankfurt 1989.

38 Vgl. den in Fn. 37 genannten Sammelband.

39 Vgl. Fn. 5.

40 Diether Dehm, *Politik live gemacht. Kulturarbeit und politische Praxis*, Wuppertal 1984, S. 41.

41 Wie die meisten theoretischen Konzepte Gramscis ist auch das der Intellektuellen nicht systematisch ausgearbeitet, nur aus einer Vielzahl von Aussagen und konkreten Analysen zu erschließen. Vgl.: Antonio Gramsci, *Einige Gesichtspunkte zur Frage des Südens*, in: ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Frankfurt/M. 1980, S. 205–215, 222–238, sowie André Leisewitz, Kaspar Maase, *Aktuelle Probleme der Intelligenz-Diskussion*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 10, Frankfurt/M. 1986, S. 321 ff. Als umfassenden Hintergrund für diesen Abschnitt vgl. IMSF (Hrsg.), *Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa*, Frankfurt/M. 1985.

42 Vgl. Heinz Jung, *Eigentum und Hegemonie*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 14, Frankfurt/M. 1988, S. 507 ff.

43 Heinrich Heine, Vorrede zu *Lutetia*, in: ders., *Werke und Briefe* in 10 Bänden, hg. v. Hans Kaufmann, Bd. 6, Berlin/DDR, Weimar 1972, S. 247 f.

44 Vgl. Vorstellungen des DGB zur Kulturpolitik und Kulturarbeit, Düsseldorf 1981, S. 13 f.

45 Vgl. Heinz Jung, Die Intelligenz-Diskussion Anfang der siebziger Jahre und die Intelligenz heute, in: *Intelligenz, Intellektuelle . . .*, a. a. O. (Fn. 41), S. 25 ff.

46 Vgl. Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen, ISMF-Arbeitsmaterial 30, Frankfurt/M. 1988.

47 Für eine ausführliche historische und theoretische Argumentation vgl. Kaspar Maase, *Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald. Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise*, Köln 1987.

48 Vgl. Jung, Die Intelligenz-Diskussion . . ., a. a. O., S. 28 f.

49 Vgl. Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre, Düsseldorf 1988.

50 Vgl. die Mitbestimmung 9/1987 und Wahle-Homann, *Gewerkschaft* -, Schnittpunkt . . ., a. a. O. (Fn. 12).

51 Vgl. Kaspar Maase, *Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit*, Frankfurt/M. 1984, S. 40–42, 91–108; Friedhelm Kröll, Stefan Bartjes, Rudi Wiengarn, *Vereine*, Frankfurt/M. 1982.

52 Vgl. Vom Widerstand zur Reformbewegung, a. a. O. (Fn. 46).

53 Wider das Verschwinden des VS in der Gewerkschaft, in: *die feder* 5/1987.

54 Vgl. Karl Deiritz, Nach dem Ende der Illusion, *Deutsche Volkszeitung/die tat* 16. 12. 1988, S. 9; Peter Wilke, Schlachtgetümmel, Wolkenkuckucksheime und eine neue Gewerkschaft, *Unsere Zeit*, 20. 12. 1988, S. 11.

55 Vgl. Ulrich Mihatsch, Neue Jugend – Alte Gewerkschaft. Bedeutung und Probleme gewerkschaftlicher Jugendkulturarbeit am Beispiel der IG Metall, in: *Lebensweise und Organisationskultur*, a. a. O. (Fn. 37).

56 Was haben wir da angerichtet? Ein Projekt berichtet über drei Jahre gewerkschaftlicher Jugendkulturarbeit, hg. von der DGB-Jugend, Düsseldorf 1987, S. 159.

57 Ebd., S. 161.

58 Ebd., S. 7.

59 Vgl. Kurt Johansson, Fragen der gewerkschaftlichen Kulturarbeit, in: *Lebensweise und Organisationskultur*, a. a. O. (Fn. 37).

60 Vgl. etwa Heinrich Bleicher, Für das Sich-Wiederfinden des VS in der Gewerkschaft, in: *die feder* 5/1987; Norbert Thom, Zum Bildungs- und Kulturbegriff der IG Druck und Papier, in: *die feder* 5/1988. In diesen Stellungnahmen ist kaum ein Satz, der nicht zu unterschreiben wäre – aber es fehlt an Sensibilität für den Autonomie-Anspruch der Intellektuellen und an Bereitschaft, bisherige Positionen offen am Anliegen der Künstler zu überprüfen und ihnen in der Sache entgegenzukommen. Vgl. auch Deiritz, a. a. O. (Fn. 54).

61 Auf die Feststellung von Yaak Karsunke, »Kreative Prozesse sind oft sehr langwierig. Manchmal ist das dann auch vieldeutig oder undeutlich«, antwortet Zimmermann: »Da unterscheiden wir uns eben. Wir haben unsere Gremien, unsere demokratische Struktur. Wir können keine Ersatzfelder schaffen, auf denen die kontroversen Positionen ausgetragen werden.« Und im Fortgang des Gesprächs stellt er fest: »Es gehört natürlich viel Toleranz dazu. Aber man kann auf der anderen Seite nicht alles dem Selbstlauf überlassen. Die Verantwortung für das, was da geschieht, obliegt einfach den Vorständen. Prozesse, die sich verselbständigen, können sich unter Umständen gegen die Interessen der Organisation richten.« (Die Satzung vertonen?, in: *Der Gewerkschafter* 8/1987, S. 17, 18).

62 Ist hier keine Parallele zur Thematisierung von Gebrauchswert und stofflicher Seite der Produktion im »klassischen Industriebereich«?

63 »Da frühstücken drei Herren vom Establisment, ein Regierungsrat, KKW-Direktor und ein Typ vom DGB, der pennt . . .«, lautete der Vers des Anstoßes (vgl. Dehm, Politik . . ., a. a. O. (Fn. 40), S. 53).

64 Vgl. ausführlicher Ursula Apitzsch, Kultur in der Arbeit, in: Alheit u. a., Wie wir leben . . ., a. a. O. (Fn. 7), S. 186 ff. und Peter Alheit, Für eine autonome Politik der Gewerkschaften, ebd., S. 207 ff.; vgl. auch Jung, Die Intelligenz-Diskussion . . . a. a. O. (Fn. 45), S. 31.

Industriegewerkschaft und Angestellte

Aktuelle Probleme gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik am Beispiel der IG Metall

1. Strukturwandel des BRD-Kapitalismus und gewerkschaftliche Gegenmacht

Fragt man nach der sozialstrukturellen Grundlage der aktuellen gewerkschaftspolitischen Diskussion um eine konzeptionelle Neugestaltung und Reorganisation gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik, so ist zunächst auf zwei – mittlerweile allseits bekannte – »säkulare« Trends in der Entwicklung der westdeutschen Arbeiterklasse zu verweisen.

Zum einen kommt die dem kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß immanente Tendenz, einen stets wachsenden Teil gesellschaftlicher Arbeit in Lohnarbeit zu verwandeln, darin zum Ausdruck, daß sich der Anteil der Lohnabhängigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhöht hat. Waren 1950 in der BRD etwa 69,5% der Erwerbstätigen abhängig Beschäftigte, so stieg ihr Anteil bis 1985 auf 87,1%.¹ Zum anderen vollzogen sich im gleichen Zeitraum weitreichende Prozesse der Umschichtung zwischen den verschiedenen Kategorien der Lohnabhängigen, veränderte sich das politische Profil der Klasse maßgeblich. Die Abnahme des Anteils der ArbeiterInnen an den Lohnabhängigen von 70,9% (1950) auf 45,2% (1985) steht die Zunahme des Anteils der Angestellten (und Beamten) im gleichen Zeitraum von 23% auf 44% (bzw. von 6,1 auf 10,8%) gegenüber.² Diesen Veränderungen liegen vor allem drei Entwicklungstendenzen zugrunde:

1. Im Bereich der industriellen Produktion hat sich im Rahmen der forcierten Weiterentwicklung des gesamtgesellschaftlichen Produktivkraftsystems ein umfassender Prozeß der »Tertiärisierung der Warenproduktion« vollzogen.³ Im Zuge der breiten Einführung neuer Technologien führen tiefgreifende Umgestaltungen im industriellen Produktions- und Verwaltungsbereich zu einer Veränderung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung und zu einer Umgewichtung der einzelnen betrieblichen Funktionsbereiche. Der Bereich der unmittelbaren Produktion schrumpft, während die der Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche quantitativ sowie qualitativ an Bedeutung zunehmen. Die technologische und arbeitsorganisatorische Effektivierung des unmittelbaren Produktionsapparates und die sie begleitende Ausweitung der nicht direkt produktiven Funktionen verursachen eine deutliche »Zunahme dispositiver, organisatorischer, administrativer, planender und technischer Aufgaben im betrieblichen Funktionsspektrum.«⁴ Diese Strukturveränderungen im Kernbereich der Ökonomie begründen einen Wandel im System der Berufe, dessen dominanter Entwicklungstrend in einer deutlichen Reduzierung der Fertigungsberufe und einem Anstieg der technischen und Dienstleistungsberufe besteht. »Die Verlagerung der Berufsstrukturen auf die Dienstleistungsberufe konzentriert sich im warenproduzierenden Gewerbe auf die Funktionsbereiche Management, Verwaltung und die wissenschaftlichen Dienste, die neben den Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern auch Juristen, Geistes- und Sozialwissenschaftler umfassen.«⁵ Innerbetrieblich kommen umfassende Prozesse der Verwissenschaftlichung der Profitproduktion und -realisierung in tiefgreifenden Umbrüchen der Qualifikations- und Belegschaftsstrukturen zum Ausdruck, die – nicht nur in den High-Tech-Branchen – die Konturen eines »neuen Belegschaftstyps« sichtbar werden lassen. Neben der generellen Zunahme des Angestelltenanteils ist dieser vor allem durch das rasante Wachstum der Gruppe von Hoch- und Fachschulabsolventen, also der lohnabhängigen (naturwissenschaftlich-technischen und kaufmännischen) Intelligenz geprägt.⁶

2. Zugleich vollziehen sich im industriellen Sektor deutliche Veränderungen bezüglich der Stellung und Bedeutung der einzelnen Branchen im gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß. Vermittelt über tiefgreifende Strukturkrisen kommt es zu Umverteilungsprozessen von den »traditionellen« Branchen des Bergbaus und der Grundstoffindustrie (mit Ausnahme der Chemieindustrie) in die »modernen« Branchen der elektronischen Industrie, des Straßenfahrzeugbaus und des Maschinenbaus. Ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung in der Metallindustrie läßt deutlich werden, daß vor allem in den hochtechnisierten und damit i. d. R. »angestelltenintensiven« Industriezweigen der EDV-Anlagen-Produktion (Angestelltenanteil 62%), des Luftfahrzeugbaus (59%), der Elektrotechnikindustrie (38%) und des Maschinenbaus (35%) (bis heute noch) positive Beschäftigungsentwicklungen zu verzeichnen sind, während in den expliziten Krisenbranchen mit einem geringen Angestelltenanteil wie der Eisen- und Stahlindustrie (25%) und dem Schiffbau (23%) die Beschäftigung dramatisch zurückgeht.⁷ Auch diese sektoralen Verschiebungen zwischen den einzelnen Branchen haben den Wandel der Berufsstruktur in der Metallindustrie forciert. Im Jahre 1987 arbeitete etwa jeder dritte abhängig Beschäftigte in der Metallverarbeitung im Angestelltenstatus. Der Zunahme des Angestelltenanteils auf 33,4% (1987) an den Gesamtbeschäftigten – 1970 betrug er noch 27,2% – steht auch hier die Abnahme des Anteils der ArbeiterInnen von 72,8% auf 66,6% gegenüber.⁸ Gleichwohl konnte auch das absolute Wachstum der Angestelltenzahlen den enormen Beschäftigungsabbau im Arbeiterbereich nicht kompensieren; die interne Strukturveränderung der Lohnabhängigen geht einher mit der Reduzierung der Gesamtbeschäftigung.

3. Die für die quantitative Ausdehnung der Angestelltentätigkeit insgesamt wohl wichtigste Veränderung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des heutigen Kapitalismus stellt jedoch die Verschiebung zu Lasten des warenproduzierenden Gewerbes und zugunsten des Dienstleistungssektors in der Gesamtökonomie dar. Seit Mitte der siebziger Jahre hat dieser die industrielle Warenproduktion (inclusive der Land- und Forst-

wirtschaft) in ihrem Anteil an der Bruttowertschöpfung überflügelt. Mit der stetigen Expansion des tertiären Sektors – sein Anteil am Gesamteinkommen stieg von 39,6% (1950) auf 56,1% (1985), während der des sekundären Sektors im gleichen Zeitraum von 49,7 auf 42% sank – setzte sich bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre ein »säkularer« Entwicklungstrend fort, der bereits im letzten Jahrhundert seinen Ausgang nahm und seit Beginn der siebziger Jahre in der BRD einen zusätzlichen Entwicklungsschub verzeichnen konnte.⁹ Die Entwicklung in der Struktur der Erwerbstätigen folgte im wesentlichen dieser Verschiebung in der nominalen Einkommensstruktur. Mit geringer konjunktureller Elastizität stieg die Beschäftigtenzahl im Dienstleistungsbereich zwischen 1950 und 1985 kontinuierlich an und erhöhte ihren Anteil an der Gesamtheit der Erwerbstätigen von 32,5% auf 53,6%, während der Beschäftigtenanteil im warenproduzierenden Gewerbe zwar ebenfalls zwischen 1950 und 1970 von 42,9 auf 48,9% anstieg, um dann aber bis 1985 auf 41% zurückzufallen. Vor allem auf diese Expansion der Dienstleistungsbeschäftigung ist das Wachstum der Angestelltenbeschäftigung zurückzuführen. 1986 arbeiteten fast 70% aller Angestellten im tertiären Sektor.¹⁰

Ein Blick auf die gewerkschaftliche Mitgliederstruktur läßt deutlich werden, daß der sozialstrukturelle Wandel den Gewerkschaften erheblich zu schaffen macht. Die skizzierten Umschichtungsprozesse innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen spiegeln sich nicht im gewerkschaftlichen Mitgliederprofil wieder. Mit einem Arbeiterinnenanteil von ca. 67% und einem Angestelltenanteil von ca. 22% entspricht die Mitgliederstruktur der DGB-Gewerkschaften im Jahre 1985 der Beschäftigungsstruktur der frühen fünfziger Jahre.¹¹ Nicht anders sieht es im Organisationsbereich der größten Einzelgewerkschaft, der IG Metall aus. Auch hier klappt eine riesige Lücke zwischen der expandierenden Angestelltenbeschäftigung in der Metallindustrie und der gewerkschaftlichen Mitgliederstruktur. Trotz ökonomischer Krise stagniert die Mitgliederzahl der IG Metall im Angestelltenbereich seit etwa zehn Jahren, während sich die Zahl der Angestellten in ihrem Organisationsbereich um ca.

100 000 vergrößert hat.¹² Aufgeschlüsselt nach unterschiedlichen Personengruppen, die unter die sozialstatistische Kategorie der Angestellten subsumiert sind, kristallisieren sich aus der Sicht der IG Metall einige spezifische »Problemgruppen« heraus. Besondere Schwierigkeiten existieren bei der Organisation weiblicher, junger (vor allem männlicher) und wissenschaftlich qualifizierter Angestellter in höheren Betriebspositionen. Vor allem aber in den High-Tech-Betrieben der »modernen Branchen« zeigen sich eklatante Organisationsdefizite, tendieren die Organisationsgrade in einigen Betrieben und Abteilungen gegen null.¹³ Für die IG Metall stellt sich daher die Organisation dieser Lohnabhängigengruppen als eine kardinale Zukunftsaufgabe, deren Nichtbewältigung erhebliche Auflösungstendenzen in der Struktur des gewerkschaftlichen Gegenmachtssystems nach sich ziehen muß.

2. Individualisierung und Segmentierung als Bedingungen gewerkschaftlicher Organisationspolitik

Historisch gesehen stellt die permanente Notwendigkeit der Organisation sich ständig neu herausbildender Sektoren kapitalistischer Lohnarbeit zur Aufrechterhaltung gewerkschaftlicher Gegenmachtstrukturen für die Gewerkschaftsbewegung kein grundsätzlich neues Problem dar. Immer wieder wurde sie mit dieser Problematik dergestalt konfrontiert, daß »im Kontext des permanenten Wandels der gesellschaftlichen Reproduktions-, Sozial- und Berufsstrukturen neue Lohnabhängigengruppen und -sektoren (entstehen), die sich neu als Teile der Arbeiterklasse formieren und konstituieren müssen und sukzessiv in das Gegenmachtssystem reell hineinwachsen müssen.«¹⁴ Die darin enthaltene Dialektik von Einheit und Spaltung der Klasse, die sich aus gewerkschaftlicher Perspektive historisch

vor allem als Spannung zwischen berufsständischer und einheitlicher Interessenvertretung artikuliert, macht sich in allen historischen Entwicklungsphasen als permanenter Grundkonflikt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung geltend.¹⁵ Es entspricht dem modernen Produktivkraftniveau und dem historischen Reproduktionstyp des heutigen Kapitalismus, daß sich dieser Konflikt in einer Form historisch konkretisiert, der die Organisierung der Angestelltenabteilungen des industriellen Sektors sowie der privaten und staatlichen Dienstleistungsbereiche zur Voraussetzung der politischen Einheit der Gesamtklasse werden läßt.

Gleichwohl ist damit der Problemkomplex der gewerkschaftlichen Angestelltenpolitik noch nicht hinreichend erfaßt. Der Schwierigkeitsgrad der zu bewältigenden Aufgabe erhöht sich vor allem dadurch, daß die gewerkschaftlichen Anstrengungen zur Organisierung von Angestellten (sowie von Frauen und Jugendlichen) auf einen tiefgreifenden historischen Wandel der allgemeinen Bedingungen gewerkschaftlicher Gegenmachtbildung stoßen, der die Gewerkschaftspolitik mit grundlegend neuen Anforderungen konfrontiert. Im Kern handelt es sich dabei um eine neue Qualität der Differenzierung individueller und gruppenspezifischer Lebenslagen und der damit einhergehenden Aufspaltung sozialer (Klassen-)Erfahrungen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen. Vor allem die Verschränkung zweier Prozesse steht hier im Vordergrund, die eine Ausdünnung sozial-kommunikativer Klassenzusammenhänge in der Lebensweise der Lohnabhängigen und damit tendenziell den Abbau der Grundlagen spontaner Klassenidentitätsbildung durch direkte kollektive Klassenerfahrungen zur Folge haben.

a) In den Jahren der westdeutschen Nachkriegsprosperität hat sich ein gesellschaftlicher Individualisierungsschub¹⁶ vollzogen, der die Formierungsbedingungen gewerkschaftlicher Gegenmacht in ihrer sozialen, (alltags-)kulturellen und schließlich auch politisch-ideologischen Dimension in entscheidendem Maße verändert hat.¹⁷ Die generelle Anhebung des materiellen Lebensstandards (bei stabiler Ungleichsrelation zwischen den Klassen), der Ausbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme, die

Verkürzung der individuellen (Wochen- und Lebens-)Arbeitszeit bei tendenziell steigendem Arbeitseinkommen, die Anhebung des durchschnittlichen Qualifikations- und Bildungsniveaus aufgrund neuer Anforderungen des Produktivkraftsystems (und realisiert durch die sozial-liberale Bildungspolitik der siebziger Jahre) und schließlich die Verstärkung sozialer und regionaler Mobilität und die damit verbundene Auflösung traditioneller (Arbeiter-)Milieus haben zu tiefgreifenden Umbrüchen in der Lebensweise und den Sozialbeziehungen der Lohnabhängigen geführt.¹⁸

Auf der Ebene der Individuen haben diese Individualisierungsprozesse und der daraus resultierende Wandel der allgemeinen Reproduktionsbedingungen zu einer tiefgreifenden Veränderung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisstruktur geführt. Dabei »liegt die gegenwärtig bestimmende Tendenz nicht nur in der Ausweitung und Aktualisierung des gesamten Spektrums, sondern auch in einem Anwachsen der Bedeutung sozialer, geistiger und kollektiver Bedürfnisse.«¹⁹ Subjektiv kommt diese Entwicklung in einem allgemeinen Wandel der Einstellungen und Wertorientierungen der Lohnabhängigen zum Ausdruck. Vor allem bei Lohnabhängigengruppen mit relativ stabilen materiellen Lebensverhältnissen und höherem Qualifikations- und Bildungsniveau gewinnen qualitative und partizipative Ansprüche an die eigene Lebens- und Arbeitssituation subjektiv an Bedeutung, werden der Drang nach Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung in zunehmenden Maße bewußtseins- und handlungsrelevant. Zugleich setzt sich diese Tendenz zur Individualitäts- und Persönlichkeitsentwicklung nicht ungebrochen durch. Vielmehr muß dieser neue Modus einer individualisierten Vergesellschaftung als ein fundamental widersprüchlicher begriffen werden. Denn die Herauslösung der Individuen aus den traditionellen klassenspezifischen Sozialformen und -beziehungen geht mit einer wachsenden Abhängigkeit von sekundären Sozialisationsinstanzen und gesellschaftlichen Institutionen einher. Die Individuen drohen in ihrer Lebensführung zunehmend zum »Spielball von Moden, Verhältnissen, Konjunkturen und Märkten« zu werden.²⁰

b) Neben dieser historischen Individualisierungstendenz wirkt eine weitere objektive Differenzierungs- und Segmentierungsdynamik, die letztlich mittels konservativer Krisenüberwindungsstrategien des Kapitals und des bürgerlichen Staates durchgesetzt wird. Als Anpassungsreaktion des Kapitals an die strukturelle Krise der Kapitalverwertung vollzieht sich seit geraumer Zeit ein Formwandel des kapitalistischen Rationalisierungsprozesses auf betrieblicher Ebene.²¹ Der sich herausbildende »neue Rationalisierungstyp« zielt primär auf die Ökonomisierung der konstanten sowie der variablen Kapitalbestandteile und auf die Durchsetzung eines intensiven Reproduktionstyps unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dabei kommt es durch eine strukturell differenzierte Betroffenheit der einzelnen Belegschaftsteile durch die Rationalisierungsfolgen zu einer Ausdifferenzierung und Aufspaltung der verschiedenen Lohnabhängigengruppen. Es kristallisieren sich zumindest drei »Beschäftigtensegmente« heraus, zwischen denen zwar vielfältige und enge Wechselverhältnisse des sozialen Drucks und der Reaktivierung von Konkurrenz herrschen, die gleichwohl auf eine neue Dimension des krisenbedingten Auseinanderfallens von Arbeitssituation und -erfahrung verweisen.²² Zum einen läßt sich die Gruppe der (relativen) »Rationalisierungsgewinner« hervorheben, die – ausgestattet mit relativ günstigen und gesicherten Arbeits- und Berufsbedingungen – das personelle Fundament der neuen Rationalisierungskonzepte darstellen und i. d. R. in den prosperierenden Branchen der Wirtschaft beschäftigt sind. Zu diesen »neuen Arbeitnehmern«²³ zählen vor allem Produktionsfacharbeiter und Instandhaltungsspezialisten, aber auch Techniker, Ingenieure, EDV-Spezialisten und betriebsnahe Wissenschaftler. Dieser Gruppierung stehen die »Rationalisierungsdulder« gegenüber, die aufgrund unzureichender Qualifikationen, des zu hohen Alters, des Geschlechts u. ä. keinen Arbeitsplatz im »Gewinnerbereich« erlangen konnten, die aber noch über Gesetze, Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen relativ geschützt und in ihrer materiellen Reproduktion nicht unmittelbar bedroht sind. Und schließlich sind die Beschäftigten der Krisenbran-

chen und die Arbeitslosen zu nennen, die die »Rationalisierungsverlierer« darstellen.

Diese internen Segmentierungstendenzen unter den Lohnabhängigen werden von Seiten des konservativen Blocks im Konzept des »konservativen Umbaus«²⁴ der Gesellschaft aufgegriffen und bewußt vertieft. Arbeitszeitpolitische Flexibilisierungsstrategien²⁵, die den Weg für eine direkte Anpassung des Arbeitskräftepotentials an die neuen flexiblen Produktionserfordernisse sowie an konjunkturelle und saisonale Schwankungen des Produktionsrhythmus frei machen sollen, zerreißen traditionelle Arbeits- und Kommunikationsstrukturen im Betrieb. Auf politisch-staatlicher Ebene werden sie ergänzt durch Strategien der arbeits- und sozialrechtlichen sowie beschäftigungspolitischen Deregulierung. Die Ausweitung von oft ungeschützten befristeten (Leih- und Teilzeit-)Arbeitsverhältnissen löst die Verbindlichkeit des Normalarbeitsverhältnisses auf und schafft ein breites Reservoir flexibel handhabbarer Arbeitskräfte, innerhalb dessen ein breites Spektrum von unterschiedlichen Beschäftigungssituationen existiert.²⁶

Gemeinsame Folge der historischen Individualisierungs- und der krisenbedingten Segmentierungsprozesse ist ein doppelter Bedeutungszuwachs des »subjektiven Faktors« im Prozeß der Formierung gewerkschaftlicher Gegenmacht.

a) In dem Maße, in dem Individualisierung und Segmentierung die Voraussetzungen sich spontan herstellender Loyalität gegenüber der Gewerkschaft untergräbt, wachsen die Anforderungen an die subjektive Kompetenz des Einzelnen, die eigene Ortsbestimmung in der Klassengesellschaft zu leisten. »War früher das Hereinwachsen in die Arbeiterbewegung, die subjektive Aneignung des Klassenzusammenhangs, für den einzelnen ein vorwiegend naturwüchsiger Prozeß, der auf weitgehend geteilten Normen und Werten der alltäglichen Lebensweise aufbaute . . . – so sind Klassenbildungsprozesse heute gekennzeichnet durch die Notwendigkeit bewußt vom einzelnen immer wieder neu zu leistender Einordnung in Klassenzusammenhang und Klassenstrategie.«²⁷ Auch gewerkschaftliches Bewußtsein bedarf unter diesen Bedingungen der kontinuierlichen Erneuerung,

beruht in hohem Maße auf argumentativer Vermittlung und intellektuellen Überzeugungsprozessen.

b) In gleichem Maße wächst die Bedeutung der Gewerkschaften in ihrer Funktion, kollektive Klassenpraxis zu organisieren und die zunehmend unterschiedlichen Erfahrungen einzelner Lohnabhängigengruppen auf der Basis der gemeinsamen Klassenlage und -Interessen zu verallgemeinern. Nach wie vor werden Prozesse der historischen Individualisierung und krisenbedingten Sementierung – einschließlich der damit einhergehenden Ausdifferenzierung von Lebenslagen – »durch die Logik des kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses beherrscht.«²⁸ Auch im hoch individualisierten Kapitalismus besteht die gemeinsame Klammer aller Lohnabhängigen darin, über den Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft an die historische und zyklische Kapitalbewegung gebunden und von ihr abhängig zu sein. Sowohl die Absicherung bzw. Verbesserung der materiellen Reproduktionsbedingungen als auch die Schaffung von Freiräumen zur selbstbestimmten Entfaltung der Persönlichkeit setzen die ständige Zurückdrängung und perspektivische Aufhebung dieser Abhängigkeit voraus und begründen – trotz der Vielfalt gruppenspezifischer Partikularinteressen – gerade darin ein kollektives Basisinteresse aller Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital.

Diese Bedingungen, unter denen die Bildung gewerkschaftlicher Gegenmacht weniger denn je ein spontaner, sondern ein von den Gewerkschaften zu organisierender und von den einzelnen Lohnabhängigen bewußt zu leistender Prozeß ist, konstituieren in ihrer Gesamtheit eine deutliche Tendenz zu »stärker individualisierten Formen der Klassenbildung«. Stärker als in den vergangenen historischen Phasen gilt angesichts dieser Voraussetzungen, daß »über Gelingen und Scheitern von Klassenbildung konkret-historisch die Praxis des subjektiven Faktors entscheidet.«²⁹

3. Aspekte der Arbeits- und Berufssituation der Angestellten in der Metallindustrie

Wie lassen sich nun vor dem Hintergrund der kursorisch skizzierten sozialstrukturellen und soziokulturellen Veränderungen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Angestellten in der Metallindustrie genauer fassen? Zweifellos kommt einer realistischen Analyse der aktuellen und zukünftigen Reproduktionsbedingungen dieser Lohnabhängigen eine zentrale Bedeutung zu, da diese – inklusive ihrer subjektiven Verarbeitung durch die Betroffenen – den Ansatzpunkt einer neukonzipierten Angestelltenpolitik der IG Metall darstellen und Form und Inhalt gewerkschaftlicher Interessenvertretung in diesem Bereich strukturieren muß.³⁰

Auf dem tarifpolitischen Diskussionsforum der IG Metall im Juni 1988 hat der Göttinger Soziologe Horst Kern die Auffassung vertreten, daß die durch den Umbruch im Arbeitsprozeß strukturell begünstigten und in ihrer Zahl ständig anwachsenden »neuen Arbeitnehmer« – zu denen er zumindest die Hälfte der in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten zählt – durch eine an ihren Lohnarbeiterinteressen orientierte gewerkschaftliche Politik nicht erreichbar seien. »Ein Mobilisierungskonzept, das – geleitet durch den alten gewerkschaftlichen Interessenbegriff – darauf aus ist, die Verletzungen der Arbeitnehmerinteressen zu enthüllen, die durch die Unterordnung unter das Kapital im Produktionsprozeß entstehen, und das Gewerkschaften . . . als Anwalt einer perspektivenreichen Antwort auf solche Interessenverletzung anziehend zu machen versucht, greift hier nicht mehr.«³¹ Die Arbeitssituation dieser Gewinnergruppen sei eben dadurch charakterisiert, daß die Verletzung ihrer elementaren Reproduktionsinteressen und die beständige Verweigerung arbeitsbezogener Grundbedürfnisse durch das Kapital, die früher eine quasi natürliche Nähe der Lohnabhängigen in den Gewerkschaften begründet haben, aufgehoben sei. Mit »einer Politik des Lohnzuwachses, des Belastungsabbaus

und des Rationalisierungsschutzes« könne man diesen Lohnabhängigen nichts mehr bieten, da diese »in diesen Hinsichten gleichsam schon alles haben.«³²

Den Ausgangspunkt einer solchen gewerkschaftspolitischen Strategieformulierung bildet der sich herauskristallisierende »neue Rationalisierungstyp«³³ im Bereich der Industrie- und Dienstleistungsarbeit.³⁴ Dieser ist durch seinen strategischen Bezug auf gesamt- und überbetriebliche Prozesse gekennzeichnet und basiert auf den mikroelektronikgestützten Informations- und Kommunikationstechnologien. Zugleich gewährleistet er eine größere Flexibilität und Variabilität bei der konkreten Ausgestaltung des Arbeits- und Produktionsprozesses. Unter diesen Bedingungen fordert eine adäquate Verwertungsstrategie des Kapitals einen Umbruch in der Nutzung von Arbeitskraft. In einigen Sparten kapitalistischer Lohnarbeit kommt es zu einem ganzheitlicheren Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft, der durch eine Freisetzung zusätzlicher, subjektiv-motivationaler Leistungskomponenten die historisch gegebenen Schranken der tayloristischen Nutzung des menschlichen Arbeitsvermögens hinauszuschieben trachtet.

Gleichwohl ist mit den damit einhergehenden Momenten der »Re-Professionalisierung« nur eine Seite der Wirklichkeit des sich real äußerst widersprüchlich vollziehenden, kapitalistisch determinierten Rationalisierungsprozesses erfaßt. Zugleich bringt die neue »systemische Rationalisierung« auch in allen Bereichen der Angestelltenarbeit verschärfte Prozesse der sozialen Segmentierung und Hierarchisierung im Arbeitsprozeß hervor.³⁵ Die rationalisierungsbedingten betrieblichen Umbruchprozesse führen zur Herausbildung einer neuen Privilegienstruktur, die entlang dem Qualifikationsgrad der Arbeitskraft (auch) die Angestelltenabteilungen in Sektoren »privilegierter« und »unterprivilegierter« Arbeit spaltet. Die neue Scheidelinie, die sich insgesamt quer zur traditionellen »Kragenlinie« durchsetzt, verläuft im kaufmännischen Bereich zwischen den dequalifizierten Routinesachbearbeitern und dem requalifizierten Sachbearbeiter mit direkten Marktfunktionen³⁶, im technischen Angestelltenbereich der Konstruktion zwischen dem in seinem

Aufgabenfeld beschnittenen CAD-Anwender und dem hochspezialisierten CAD-Entwickler³⁷ und schließlich im Bereich der Ingenieure zwischen den »proletarisierten« Detailarbeitern in der Konstruktion und den unter Bedingungen extrem hoher Arbeitsautonomie beschäftigten Individualisten in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen.³⁸ Bei den »Verlierer-Gruppen« konzentrieren sich die klassischen Gefährdungsbereiche profitorientierter Rationalisierung, Dequalifizierung, Abgruppierung, Leistungsverdichtung und – vor allem bei geringer qualifizierten und weiblichen Angestellten – die verschärfte Gefahr der Arbeitslosigkeit signalisieren den hohen Bedarf an gewerkschaftlicher Interessenvertretung in diesem Bereich.

Aber selbst für die relativ privilegierten Angestelltengruppen unterstellt der Begriff der »Rationalisierungsgewinner« oder die Rede von einer »Alles-oder-Nichts-Konstellation« in der Verteilung der Lebenschancen unter den Lohnabhängigen³⁹ eine von wirklichen Problemen ungetrübte Arbeits- und Berufssituation, die von den realen Folgen profitorientierter Vernutzung auch hochqualifizierter Arbeitskraft abstrahiert. Allzu leicht gerät aus dem Blick, daß auch die Arbeit hochqualifizierter Angestellter wie z. B. Techniker und Naturwissenschaftler, aber auch Informatiker oder hochqualifizierter kaufmännischer Angestellter als »Arbeit in abhängiger Beschäftigung nicht allein Arbeits-, sondern auch Verwertungsprozeß ist.«⁴⁰ Jedoch können nur aus dieser Perspektive die »negativen Begleiterscheinungen« im Arbeitsleben der »neuen Arbeitnehmer« als Folgen umfassender Ökonomisierungsstrategien des Kapitals begriffen werden:

– Vor allem der mit der systematischen Prozeßbeherrschung verknüpfte »epochale Wandel in der Kontrolle«⁴¹ des Arbeitsprozesses läßt den Herrschaftsanspruch des Kapitals auch über die reprofessionalisierte oder traditionell hochqualifizierte Arbeit besonders prägnant zum Ausdruck kommen. Durch die Ausbreitung und Vernetzung neuer EDV-Technologien ist nicht nur das Arbeitsergebnis schneller und präziser erfassbar, sondern zugleich ist der Arbeitsablauf nahezu lückenlos nachvoll-

ziehbar und damit kontrollierbarer geworden. Selbst im Bereich der bis heute bezüglich der Arbeitsautonomie privilegierten Beschäftigungsgruppen der Ingenieure der Metallindustrie sind deutliche Tendenzen zu einer verstärkten Überwachung unübersehbar. Zumeist im Zuge der Einführung von Gleitzeitsystemen haben sich auch in diesem Bereich formalisierte Kontrollverfahren der individuellen Arbeitszeit durchgesetzt, so daß 1985 lediglich noch 11% der Ingenieure, Techniker und Naturwissenschaftler von einer solchen Kontrollform verschont blieben (1975 waren es noch 28%). Zugleich gaben 78% dieser Personengruppe an, von spezifischen Leistungsbewertungsverfahren am Arbeitsplatz betroffen zu sein (1975: ca. 33%) und etwa 40% berichteten von tätigkeits- bzw. projektbezogenen Formen des »Stundenschreibens«.⁴²

– Durchgehend alle Angestelltengruppen erleben im Rahmen systemischer Rationalisierungsprozesse einen deutlichen Schub an Arbeitsintensivierung und Leistungsverdichtung. Oft über den Einzug von EDV-gestützten Arbeitsmitteln (meist Bildschirme) vermittelt, ist im Bereich kaufmännischer und (mittlerer) technischer Angestelltentätigkeit eine strukturell bedingte Intensivierung von Beanspruchung zu verzeichnen.⁴³ Häufigere Klagen über zunehmenden Streß, steigenden Termindruck und vor allem die wachsende Konkurrenz unter den Kollegen lassen aber auch unter den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern eine Belastungssteigerung deutlich werden. Gerade im Bereich hochqualifizierter Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsarbeit wird dabei die personengebundene Durchsetzungsform des Verwertungsimperativs deutlich. So weisen etwa befragte Ingenieure darauf hin, daß Vorgesetzte oft ganz bewußt Termine zu eng ansetzen und Gruppen bzw. Abteilungen manchmal in Konkurrenz zueinander parallel die gleichen Aufgaben bearbeiten lassen, um sie zum geeigneten Zeitpunkt gegeneinander auszuspielen.⁴⁴

– Die umfassenden Flexibilisierungs- und Deregulierungsstrategien des Kapitals erfassen immer stärker vor allem hochqualifizierte technische Angestellte und Ingenieure. Die besonders in den High-Tech-Betrieben ganz enorm vorangeschrittene Fle-

xibilisierung der Arbeitszeiten konkretisiert sich in Form von zusätzlicher Wochenend-, Zuhause-, Schicht- und vor allem Überstundenarbeit. So steht der »übliche« 11-Stunden-Tag hochqualifizierter Beschäftigter in den FuE-Abteilungen der Industrie⁴⁵ neben der zunehmenden Einbeziehung von wissenschaftlichen Fachkräften in die sich rapide ausweitende Schichtarbeit.⁴⁶ So werden über die diversen Gleitzeitregelungen in Form nicht in Anspruch genommener Gleitzeitguthaben verdeckte Überstunden (ohne Überstundenzuschläge) geleistet, die nicht selten 200 Stunden jährlich überschreiten und in Endphasen von wichtigen Projekten in Form von 16-Stunden-Tagen als »Normalzustand« gipfeln können.⁴⁷

– Vor allem die zunehmende Spezialisierung und sich verstärkenden Abschottungstendenzen zwischen den Fachabteilungen führen einerseits zu einer objektiv gestiegenen Betriebsbindung des einzelnen Angestellten im Sinne einer »Refeudalisierung des Arbeitsverhältnisses«⁴⁸ und andererseits zu Blockierungen individueller Aufstiegschancen: Die beständig steigenden Qualifikationsanforderungen gerade im Bereich reprofesionalisierter Arbeit erweisen sich schnell als Selektionsbarriere und vermitteln auch im mittleren Angestelltenbereich ein umfassendes Gefühl der Zukunftsangst, »irgendwann nicht mehr mitzukommen«. Gleichwohl ist der gewichtige Stellenwert, den vor allem hochqualifizierte Angestellte Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zumessen, heute weniger denn je primär subjektiv, d. h. über die traditionelle »Bildungsorientierung« als einem Kernelement einer angestellstenspezifischen »politischen Kultur« motiviert; vielmehr reflektiert sich in ihm der objektiv angewachsene Druck, über ständige Qualifizierungsmaßnahmen dem »moralischen Verschleiß« der Arbeitskraft entgegenzuwirken, der vor allem durch das Tempo der Revolutionierung der technischen Basis des Produktionsprozesses im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Revolution gewachsen ist. So kann es kaum verwundern, daß sich die unter vielen Ingenieuren und Naturwissenschaftlern zu beobachtende Arbeitsunzufriedenheit oft primär aus dem zu geringen sowie extrem gehandhabten betrieblichen Weiterqualifizie-

rungsangebot speist. Wird etwa die steigende Arbeitsintensivierung partiell – und freilich nie völlig widerspruchsfrei – subjektiv über die hohe inhaltliche Arbeitsidentifikation und die privilegierte ökonomische Stellung kompensiert, so artikulieren i. d. R. zwischen 60 und 75% der Ingenieure ihre deutliche Unzufriedenheit mit den individuellen Weiterbildungschancen.⁴⁹ Vor allem der harte »Überlebenskampf« um kontinuierliche Weiterqualifikation prägt die oft extrem konkurrenz- und leistungsorientierte Arbeitsatmosphäre in den FuE-Abteilungen und Konstruktionsbüros, die vor allem für ältere Beschäftigte zu einer starken Belastung wird.

– Neben arbeitsinhaltlichen Aspekten und einer noch immer recht hohen Arbeitsautonomie können wohl die Bereiche der Arbeitsplatzsicherheit und des Einkommens als die genuinen Felder der relativen Privilegierung hochqualifizierter männlicher Angestellter gelten, während bereits für weibliche, ältere und geringer qualifizierte Angestellte Probleme der Arbeitslosigkeit und realer Einkommensverluste schärfer und dringender zutage treten als in vielen Bereichen qualifizierter Facharbeiter.⁵⁰ Die Arbeitslosenquote unter den Angehörigen von ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen betrug 1987 ca. 4,5% und auch die Einkommen in diesen Bereichen lagen noch deutlich über dem Durchschnitt aller Beschäftigten.⁵¹ Gleichwohl mehren sich auch für diese Beschäftigten Indikatoren, die eine zukünftige Fortdauer dieser günstigen Situation einschränken könnten. Vor allem die Zangenbewegung zwischen dem beständig anwachsenden Arbeitskräfteangebot durch den Neuzugang hochqualifizierter Fach- und Hochschulabsolventen und dem angekündigten massiven Personalabbau in nahezu allen angestellten-intensiven Branchen (IBM, Siemens, Nixdorf usw.)⁵² kann es schnell auch für diese Beschäftigungsgruppen zu einer ungünstigen Arbeitsmarktsituation kommen. Auch im Bereich wissenschaftlich qualifizierter Lohnarbeit übernimmt die »industrielle Reservearmee« ab einem gewissen Punkt die Funktion des »Lohnregulators«, was durch die fehlende kollektivvertragliche Absicherung der Einkommen der zumeist als »AT-Angestellte« beschäftigten Gruppen erleichtert wird.⁵³

Vor dem Hintergrund dieser grob skizzierten aktuellen wie (vermuteten) zukünftigen Entwicklungstrends in den Arbeits- und Berufssituationen der unterschiedlichen Angestelltengruppen kann der gewerkschaftspolitische Abschied von einer Politik des Kampfes um die Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft (auch) aus angestelltenpolitischer Perspektive nicht überzeugen. Eine solchermaßen konzipierte Politik liefe sehr schnell Gefahr, die Bedürfnisse und Interessen gerade derjenigen Gruppen systematisch auszugrenzen, die aus dem Prozeß der Neustrukturierung der industriellen (und tertiären) Angestelltenarbeit als Verlierer hervorgegangen sind und die sich unter den Bedingungen kapitalistischer Modernisierung mit den »klassischen« Risiken der Lohnarbeiterexistenz wie Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Arbeitsintensivierung und Einkommensverluste erneut und in verschärfter Form konfrontiert sehen. Aber auch für die (relativen) Gewinnergruppen unter den Angestellten zeigt sich, daß die »modernen Methoden« der Verwertung qualifizierter Arbeitskraft (noch) jenseits von Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Einkommensverlusten alte und neue Widerspruchs- und Konfliktfelder zwischen Kapital und Arbeit reaktualisieren oder neu hervorbringen, die Formen kollektiver gewerkschaftlicher Gegenwehr erfordern.

4. Die subjektive Dimension: Bewußtsein und Wertorientierungen der Angestellten in der Krise

Die Entwicklung des »Angestelltenbewußtseins« ist unter den Bedingungen der strukturellen Umbruchprozesse des Kapitalismus geprägt durch eine komplizierte Dialektik von Kontinuitäten und Brüchen in den angestelltentypischen Verarbeitungsformen und Reaktionsweisen auf die sich wandelnde objektive Realität der Arbeits- und Lebensbedingungen. Noch in den siebziger Jahren galt in der kritischen Wissenschaft und in wei-

ten Teilen der Gewerkschaften die Auffassung, die ständig vorschreitende Zergliederung und Taylorisierung der Angestelltenarbeit initiiere einen Prozeß der »Proletarisierung« der Angestellten und bringe eine objektive Tendenz zur Angleichung der Arbeits- und gesamten Reproduktionsbedingungen zwischen Angestellten und Arbeitern hervor; letztlich gesicherte Folge dieser Nivellierungsprozesse sei die Herausbildung eines kollektiven Lohnarbeiterbewußtseins.⁵⁴ Doch trotz nicht unwichtiger partieller Annäherungsprozesse im Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten⁵⁵ zeigten zentrale Spezifika des Angestelltenbewußtseins ein erstaunliches Beharrungsvermögen, vollzog sich eine Entwicklung, in der »der *unterschiedliche soziale Habitus von Arbeitern und Angestellten* . . . weder auf den gemeinsamen Nenner eines einheitlichen Arbeitnehmerbewußtseins zusammengeschrumpt . . . , noch die spezifischen Konturen dieser Charaktere in einem allumfassenden Differenzierungs- und Individualisierungsprozeß weggeschmolzen« waren.⁵⁶ Als Hindernisse eines allumfassenden Angleichungsprozesses galten vor allem relativ stabile objektive Differenzen in den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zwischen beiden Gruppen, aber auch die Besonderheiten der »politischen Kultur« der innerbetrieblichen Austauschbeziehungen« in den Angestelltenabteilungen.⁵⁷ Die den »Angestelltenhabitus« strukturierenden Stereotypen⁵⁸ bestanden in einer starken, zumeist vorgesetztenfixierten Konkurrenzorientierung, einer hohen Akzeptanz gegenüber ökonomisch oder technisch begründeten »Sachzwangargumenten«, einer extrem sozialpartnerschaftlichen Konfliktorientierung und – vor allem unter den wissenschaftlich qualifizierten Angestellten – in einem ausgeprägten Individualismus. In ihrer Gesamtheit konstituierten diese Faktoren eine relative Distanz dieser Lohnabhängigen gegenüber den Gewerkschaften und kollektiven Formen der Interessenvertretung.

Auch wenn seit der neokonservativen Modernisierungsoffensive nach der »Wende« 1982 erneut Prozesse der Annäherung von Bewußtseinsmomenten zwischen Arbeitern sowie unteren und mittleren Angestellten zu verzeichnen sind⁵⁹, so haben sich

jedoch gleichzeitig individualistische, sozialpartnerschaftliche und vor allem an einer vermeintlich objektiven unentrinnbaren »Sachzwanglogik« orientierte Deutungs- und Erklärungsmuster verstärkt. Gebrochen durch die Logik des »Sachzwang Weltmarkt« (Altvater) hat etwa bisher die gestiegene Sensibilität gegenüber den arbeitsplatzvernichtenden Auswirkungen kapitalgesteuerter Einführung neuer Technologien nicht eine verstärkte Sympathie für gewerkschaftliche Positionen (Arbeitszeitverkürzung, soziale Produktivkraftkontrolle, Beschäftigungspolitik usw.), sondern eher eine höhere Akzeptanz konservativ-modernisierungsorientierter Argumentationen (»Zwang zur Innovation wegen Weltmarktpositionen bzw. EG-Binnenmarkt 1992«) zur Folge.⁶⁰ Gleichzeitig bieten jedoch neue Momente im Problembewußtsein vieler Angestellter neue Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Politik. Es zeigt sich – in deutlicher Abhängigkeit vom materiellen Lebensstandard und dem Bildungsniveau der unterschiedlichen Angestellten-Gruppen – eine gewachsene Relevanz von »qualitativen« Konflikten in der Wahrnehmung der Angestellten. Mit hoher subjektiver Sensibilität werden Widerspruchskomplexe registriert, die aus der Kollision zwischen den wachsenden sozialen, demokratischen und selbstbestimmungsorientierten Ansprüchen der Lohnabhängigen an die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen und den betrieblichen und gesellschaftlichen Folgen des kapitalistischen Modernisierungsprozesses hervorgehen.⁶¹

– In zunehmendem Maße werden rationalisierungsinduzierte Formen der Arbeitsintensivierung, der Arbeitskontrolle, der Reglementierung des Arbeitsprozesses, aber auch die verschärfte Qualifikations- und Aufstiegs konkurrenz als Schranken der Realisierung arbeitsinhaltlicher, sozialkommunikativer und gestalterischer Ansprüche an die Arbeit empfunden. In dieser Verstärkung der Krisenwahrnehmung aus der »Subjektperspektive« reflektiert sich vor allem der tendenzielle Bedeutungszuwachs der identitäts- und subjektbezogenen gegenüber der reproduktions- und arbeitskraftbezogenen Dimension im Arbeitsbewußtsein dieser Lohnabhängigen.⁶²

– Allgemeine demokratische Wertorientierungen wie Bedürf-

nisse nach mehr direkter Mit- und Selbstbestimmung im Arbeitsprozeß und nach mehr Transparenz von betrieblichen Entscheidungsprozessen stoßen immer stärker auf die betrieblichen Hierarchien und Machtstrukturen, in denen sich der Herrschaftsanspruch des Kapitals über die lebendige Arbeit manifestiert. Die Unzufriedenheit mit den autoritären und undurchsichtigen Betriebsstrukturen wächst.

– Vor allem bei einer kritischen Minderheit von Angestellten aus den lohnabhängigen Mittelschichten ist ein enormer Schub an subjektiver Sensibilität gegenüber den Katastrophenpotentialen der neuen globalen Probleme zu verzeichnen. Die überdurchschnittliche Repräsentanz dieser Gruppen in der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung verweist auf einen neuen Typ der Politisierung dieser Lohnabhängigen.⁶³ Auf der Grundlage einer relativen Stabilität des materiellen Reproduktionsniveaus und der individualisierungsbedingten »Steigerung der individuellen Ressourcen für politisches Engagement«⁶⁴ scheinen sich Prozesse der subjektiven Politisierung weniger über Konflikte im unmittelbaren Arbeits- und Produktionsprozeß als vielmehr über Widerspruchserfahrungen eher gattungsspezifischer und globaler Probleme im gesellschaftspolitischen Bereich zu vollziehen.

– Diese Politisierungsprozesse über Konflikterfahrungen im Reproduktionsbereich besitzen oft einen berufsspezifischen Zugang. So hat sich die Erkenntnis der gesellschaftlichen Gefahren und Risiken einer unkontrollierten (bzw. profit- und herrschaftsorientierten) technologischen Entwicklung bei einer stattlichen Anzahl von Ingenieuren zu einer »Sinnkrise« im Technik- und damit notwendigerweise auch im Berufsbewußtsein ausgewachsen.⁶⁵ Gut die Hälfte der Ingenieure in der Metallindustrie kann bezüglich der Einschätzung ihrer eigenen Arbeit und der Chancen, Technik zukünftig humaner zu gestalten, als »Technikpessimisten« bezeichnet werden. In einem solchen »kritischen Berufsbewußtsein« kommt deutlich ein ausgeweitetes Technikverständnis und -bewußtsein zum Ausdruck, »das Mitverantwortung auch für unbeabsichtigte aber möglicherweise absehbare soziale Folgen einbezieht.«⁶⁶ Die kritische

Selbstreflexion vor allem gewerkschaftlich orientierter Ingenieure und ihr subjektiv empfundenes »Verantwortungsdilemma«⁶⁷ bewegt sich dabei im Spannungsfeld zweier Pole, zwischen einem teilweise ungebrochenen Innovationsbewußtsein als Subjekte der technischen Entwicklung und befangen in einer ökonomischen Sachzwanglogik sowie einem sensibilisierten Technikfolgebewußtsein.

– Die Herausbildung eines solchen kritischen Berufsbewußtseins verdeutlicht den immensen Einfluß gesamtgesellschaftlicher, politisch-ideologischer Hegemoniekonstellationen auf die Entwicklung individueller Wertorientierungen und Einstellungen besonders unter hochqualifizierten Angestellten. Die gestiegene Problemsensibilität gegenüber den negativen Auswirkungen kapitalistisch deformierter Produktivkraftentwicklung und die Offenheit gegenüber kritischen Positionen bezüglich der Grenzen und Leistungsfähigkeit neuer Technologien wäre ohne den »ideologischen Geländegewinn« kritischer Kräfte aus dem Bereich linker Gewerkschafterinnen und dem Spektrum »grün-alternativer« Positionen nicht denkbar.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungstendenzen des »subjektiven Faktors« erweist es sich in zunehmendem Maße als notwendig, bei der Formulierung gewerkschaftlicher Konzepte und Strategien von einem »erweiterten« Interessenbegriff, der über die unmittelbaren materiellen Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft hinausreicht, auszugehen:

a) In dem Maße, in dem sich die neuen sozialen Bedürfnisse im Prozeß der individuellen Interessendefinition in eine engere subjektive Bindung an die Inhalte und die sozialkommunikative Qualität der Arbeit umsetzen, verliert eine ausschließlich auf die Vermeidung kollektiver materieller Reproduktionsrisiken ausgerichtete Gewerkschaftspolitik für diese Lohnabhängigen an Attraktivität. Vor allem bei einer Neukonzipierung gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik ist neben der auch zukünftig unabdingbaren traditionellen Schutzpolitik der Interessendimension der »Subjektperspektive« ein höherer Stellenwert einzuräumen. Dies wäre etwa durch einen »offensiv arbeitspolitischen Interessenbegriff« zu gewährleisten, »der auch die sub-

jektive Dimension von Arbeit zum Ausgangspunkt für gestaltende Interventionen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß macht.«⁶⁸

b) Sowohl das objektive Bedrohungspotential der außerbetrieblichen Widerspruchskomplexe als auch der subjektive Bedeutungszuwachs der Reproduktionssphäre in den individuellen Lebensentwürfen der Lohnabhängigen sollten auch für die IG Metall Anlaß sein, den Interessenbegriff dergestalt zu erweitern, daß er auf den ganzen Lebenszusammenhang der Individuen bezogen wird. Eine solche Orientierung würde gerade den Angestellten neue subjektive Zugänge zu den Gewerkschaften eröffnen und käme dem berechtigten Anspruch dieser Gruppen entgegen, ihre gesamten Lebensinteressen in die gewerkschaftliche Organisation einbringen zu können.

5. Modernisierung oder Gegenmacht – zwei strategische Leitlinien gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik

Vor allem in Phasen tiefgreifender Umbruchkrisen sehen sich die Gewerkschaften mit der Notwendigkeit konfrontiert, auf die krisenbedingte Veränderung ihrer Handlungsbedingungen durch die Entwicklung adäquater Politikkonzepte zu reagieren. Die dabei zu treffenden politisch-strategischen Grundentscheidungen strukturieren die Rahmenbedingungen, in die die jeweilige Angestelltenpolitik eingebettet ist.⁶⁹ Im sozialpartnerschaftlich orientierten Spektrum der DGB-Gewerkschaften hat sich seit Beginn der Krise ein selektiv korporatistischer Politiktypus⁷⁰ herausgebildet, der den Ausbau sozialpartnerschaftlicher Kooperationsbeziehungen mit dem Kapital und die gewerkschaftliche Einbindung in die weltmarktorientierte Modernisierungsstrategie der Wachstumskapitale als geeignete gewerkschaftliche Krisenstrategie praktiziert und ideologisch propa-

giert. Dabei konzentriert sich die gewerkschaftliche Interessenpolitik primär auf die Stammbelegschaften der prosperierenden Branchen, deren Interessen an Weiterbildung und Qualifikation mit der Funktionslogik des Weltmarktes vereinbar sind. Die Reproduktionsinteressen der Verlierergruppen – etwa unter den weiblichen, älteren und geringer qualifizierten Angestellten –, die lediglich mittels der Mobilisierung autonomer gewerkschaftlicher Gegenmacht und in direkter Konfrontation mit dem Kapital durchzusetzen wären, bleiben tendenziell ausgegrenzt. Als Gegenleistung für eine solche Unterordnung unter die »Erfordernisse« der internationalen Konkurrenzfähigkeit, die i. d. R. auch eine recht breite »Aufgeschlossenheit« gegenüber den Flexibilisierungs- und Deregulierungsforderungen des Kapitals einschließt, werden von Seiten des Kapitals Zugeständnisse im Bereich der Einkommenszuwächse, der Arbeitszeitverkürzung, der Qualifikation und der Arbeitsinhalte erwartet.

Eine solche gewerkschaftliche Strategie der Modernisierungsorientierung und des Gegenmachtverzichts – deren Anziehungskraft bis weit hinein in die Kreise ehemals linker Gewerkschaftskritiker ausstrahlt⁷¹ – träge sicherlich auch in der Metallindustrie auf Seiten des Kapitals auf Entgegenkommen. Nachdem die eher klassenautonom orientierten Gewerkschaften – vor allem die IG Metall und die IG Drupa – in den Kämpfen der letzten Jahre (35-Stunden-Woche, AFG § 116) trotz Massenarbeitslosigkeit und Krise ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt hatten, reagierten die dominanten Kräfte innerhalb des Unternehmerlagers darauf mit einer Optionsverlagerung von einer Strategie der Konfrontation zu einer Erneuerung eines sozialen (Modernisierungs-)Konsenses.⁷² Unter Aufrechterhaltung konservativer Hegemonie als Rahmenbedingung beinhaltet diese Strategie das Angebot einer »neuen Sozialpartnerschaft« zwischen Kapital und Arbeit, die – orientiert an dem (vermeintlich) gemeinsamen Interesse einer erfolgreichen Modernisierungspolitik – auf die Verhinderung unnötiger Reibungsverluste bei einer »vernünftigen Flexibilisierung« der Arbeitsbeziehungen in der Metallindustrie zielt.⁷³ Ihr Fundament erhält diese gesellschaftspolitische Integrationsstrategie durch

die angestrebte Installierung von betrieblichen Modernisierungskoalitionen zwischen den »Modernisten« (Kern/Schumann) im Management und den »neuen Arbeitnehmern« im Arbeiter- und Angestelltenbereich.

Begriffe wie »Unternehmenskultur«, »kooperativer Führungsstil« und »Arbeitnehmer-Partizipation« beschreiben einen spezifischen Typ unternehmerischer Personal- und Arbeitspolitik, der über eine breite Palette von Beteiligungsangeboten für »Rationalisierungsgewinner« auf eine umfassende – auch emotionale – Einbindung des Einzelnen in den Betriebsablauf zielt.⁷⁴ Selbstredend innerhalb der Schranken maximaler Kapitalverwertung setzen die diversen (individuell- oder gruppenorientierten) Sozialtechniken an den realen inhaltlichen, gestalterischen und sozialkommunikativen Arbeitsinteressen vor allem hoch qualifizierter Angestellter (und Fachleute) an und integrieren diese in die Verwertungslogik des Kapitals. Neben der Reduzierung von Personalkosten bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsproduktivität sind sie zugleich auf die Unterminierung bzw. Verhinderung von betrieblichen Gegenmachtsstrukturen gerichtet, indem sie auf die Loslösung der Beschäftigten von den Institutionen der betrieblichen Interessenvertretung zielen. Gleichwohl treffen diese kapitalkonformen Partizipationsangebote gerade im Angestelltenbereich auf hohe Akzeptanz.

Aus der Perspektive einer gegenmachtorientierten Angestelltenpolitik weist dieser sozialpartnerschaftlich-modernisierungsorientierte Politiktyp jedoch eine Reihe von Defiziten und Gefahren auf.

1. Eine einseitige Ausrichtung gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik auf die Beteiligungsinteressen der »Gewinner« unter den Angestellten würde langfristig zu einer korporatistischen Abkoppelung dieser Gruppen von der Mehrheit der Lohnabhängigen führen und somit die Tendenzen der Segmentierung, Individualisierung und betrieblichen Elitebildung forcieren. Die ausgegrenzten (Schutz-)Interessen der übrigen Angestellten könnten höchstens noch in zweifelhaften Appellen an die »Opferbereitschaft« der Gewinner oder gar dem »Sozialismus

in einer Klasse« Berücksichtigung finden. Eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik muß sich hingegen der sicherlich nicht einfach zu lösenden Herausforderung stellen, eine politische Forderungsstruktur zu entwickeln, in der sich die unterschiedlichen Interessenlagen der verschiedenen Lohnabhängigengruppen bündeln.⁷⁵ Damit ist zugleich das (auch) angestelltenpolitische Schlüsselproblem benannt: die gewerkschaftliche Angestelltenpolitik muß einerseits an den sich immer weiter ausdifferenzierenden Bedürfnis- und Interessenstrukturen einzelner Angestelltengruppen ansetzen und für gruppenspezifische Interessen und Ansprüche offen sein; zugleich ist sie jedoch mit der ständig schwieriger aber notwendiger werdenden Aufgabe der politischen Vereinheitlichung dieser Gruppeninteressen konfrontiert, um den verstärkten Segmentierungs- und Differenzierungsprozessen auf der Grundlage gemeinsamer Basisinteressen politisch entgegenzuwirken.

2. Eine gewerkschaftliche Unterstützung der betrieblichen Modernisierungskoalition zwischen Teilen des Management und Gruppen qualifizierter Angestellter bedeutet notwendig den Verzicht auf einen Aufbau betrieblicher Gegenmachtstrukturen und Konfliktfähigkeit im Angestelltenbereich. Eine sich nach außen hin bewußt unpolitisch darstellende »Politik der Serviceleistungen«⁷⁶, die sich etwa auf die Unterstützung der individuellen Qualifikationsansprüche einzelner Angestellter reduziert, könnte zwar kurzfristig im oft noch weitgehend sozialpartnerschaftlichen und individualistischen Interessenkalkül qualifizierter Angestellter auf einen gewissen Zuspruch hoffen, würde aber perspektivisch auch deren Interessen aufs Spiel setzen. Denn ohne Gegenmacht zu erreichende Teilverbesserungen in der Arbeitssituation oder den Partizipationschancen basieren i. d. R. auf spezifischen Spielräumen der Kapitalverwertung. Verändern sich die konjunkturellen oder strukturellen ökonomischen Rahmenbedingungen und hält es das Kapital für geboten, die Modernisierungskoalition aufzukündigen, dann können ehemalige Betriebseliten und ihre Gewerkschaften sehr schnell »Gefangene ihrer eigenen Ideologie der gemeinsamen Verantwortung und des friedlichen partnerschaftlichen Konsen-

ses«⁷⁷ werden, die zu keiner kollektiven Gegenwehr in der Lage sind. Im Gegensatz zu einer Politik des Gegenmachtverzichts muß eine klassenorientierte gewerkschaftliche Angestelltenpolitik im Betrieb vor allem darauf orientiert sein, etwa durch den Ausbau des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers in den Angestelltenabteilungen eine weitverzweigte und stabile Infrastruktur gewerkschaftlicher Gegenmacht aufzubauen. Dabei kommt der Eroberung der nahezu »gewerkschaftsfreien« Bereiche der Angestelltenbeschäftigung in den High-Tech-Branchen eine besondere strategische Bedeutung zu.

3. Auch unternehmerische Sozialtechniken berücksichtigen die wachsenden Interessen der Beschäftigten an einer kreativen Arbeit, an Transparenz und Selbstbestimmung im Betrieb nur in dem Maße, wie ihre Vernachlässigung die maximale Kapitalverwertung behindern würde. Trotzdem zeigt die doch relativ stabile betriebliche Einbindung vor allem hochqualifizierter Angestellter, daß sich in gewissen Grenzen soziale Bedürfnisse und Selbstbestimmungswerte auch als integrale Bestandteile individualistischer und konkurrenzorientierter Verhaltensmuster und innerhalb der von Seiten des Kapitals zugestandenen Spielräume realisieren lassen. Um die kapitalkonforme Kanalisierung dieser Ansprüche und Interessen zu durchbrechen, bedarf es der gezielten Politisierung dieser neuen sozialen Bedürfnisse. Dies setzt einerseits auf Seiten der Gewerkschaften den erfolgreichen Versuch voraus, »die subjektiven Interessen an der Arbeit und das Bedürfnis nach Gestaltung der modernen Produktivkräfte in konkrete Konzepte von Gegenmacht zu »übersetzen.«⁷⁸ Dies benötigt jedoch darüber hinaus die Aufnahme dieser Bedürfnisse in ein schlüssiges Konzept einer »demokratischen Arbeitskultur«⁷⁹, das die Perspektive einer umfassenden Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen als reale Möglichkeit sichtbar werden läßt.

6. Aktuelle und zukünftige Konfliktfelder gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik der IG Metall

Auch die IG Metall ist gefordert, die Politikschwerpunkte und -strategien zu konkretisieren, mit denen sie die in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten als aktive Subjekte einer gegenmachtorientierten Gewerkschaftspolitik gewinnen will. Im Sinne einer gewerkschaftlichen »Doppelstrategie«⁸⁰ gilt es, ein ganzheitliches Politikkonzept zu entwickeln, das zum einen die betrieblichen (und gesellschaftlichen) Konfliktfelder aufnimmt, die aus der Kollision zwischen den erweiterten Reproduktionsinteressen auch der hochqualifizierten Arbeitskraft und den Auswirkungen des kapitalistischen Modernisierungsprozesses resultieren; das aber zugleich den gewerkschaftlichen Anspruch auf die Gestaltung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen aller Lohnabhängigen zum Ausdruck bringt. In dem Maße, wie die Prägung durch traditionelle gewerkschaftliche Milieus nachläßt und die Bedeutung gesamtgesellschaftlicher, politisch-ideologischer Hegemoniekonstellationen auf die Entwicklung individueller Wert- und Handlungsorientierungen zunimmt, wird gerade für die gewerkschaftliche Angestelltenpolitik die Frage nach der »Hegemoniefähigkeit der IG Metall«⁸¹ zu einem Schlüsselproblem. Die Politisierung der neuen sozialen Bedürfnisse und Wertorientierungen und die Auflösung neokonservativer Ideologien unter den Angestellten setzt seitens der Gewerkschaften die Entwicklung überzeugender »Zukunftsszenarien« voraus, aus denen deutlich wird, »welche alternativen Modelle des Wachstums, der Organisation der Arbeits- und Lebensverhältnisse, der sozialen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen sie der kapitalistischen Entwicklungslogik entgegensetzen« willens und in der Lage sind.⁸² Gleichwohl werden die Gewerkschaften neue Anziehungskraft als »Hoffnungsträger« nur dann gewinnen können, wenn sie diese Perspektive

eines alternativen Entwicklungsmodells mit einer konsequenten und glaubwürdigen Schutz- und Gestaltungspolitik im Kampf gegen die betrieblichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise verbinden. Für die nahe Zukunft scheint in diesem Sinne folgenden Problem- und Konfliktfeldern eine besondere Bedeutung zuzukommen:

1. Auch aus einer angestelltenpolitischen Perspektive wird auf absehbare Zeit der Kampf um eine kapital- oder arbeitsorientierte Regelung der »inneren« und »äußeren« Struktur der Arbeitszeit ein zentrales Konfliktfeld gewerkschaftlicher Arbeitszeit- und Tarifpolitik bleiben.⁸³ Die umfassenden Kapitalstrategien der Arbeitsverdichtung und -Intensivierung in allen Angestelltenabteilungen erfordern eine tarifliche Neuregelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen im Rahmen einer humanen Technik- und Arbeitsgestaltung im Angestelltenbereich.⁸⁴ Gerade eine betriebs- und tarifpolitische Strategie der Entdichtung und Gestaltung der Arbeit kann als Kristallisationspunkt einer gewerkschaftlichen Mobilisierungsstrategie unter den Angestellten fungieren, da sie eine Art Sammelpunkt der unterschiedlichen Interessenlagen der verschiedenen Angestelltengruppen darstellt, in die unterschiedliche Interessen- und Begründungsdimensionen zugleich eingehen. Als Blockade gegen Kompensationsstrategien des Kapitals verbessert sie die Chancen einer beschäftigungswirksamen Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung gerade im Angestelltenbereich; als Schranke gegen eine intensive Vernutzung der Arbeitskraft bezieht sie sich auf das physische Reproduktionsinteresse der Lohnabhängigen; und schließlich ist in ihr die Interessendimension der »Subjektperspektive« enthalten, indem sie die Chancen zur Realisierung der gewachsenen arbeitsinhaltlichen und sozialkommunikativen Ansprüche an die Arbeit verbessert.

Einen zweiten zentralen Problemkomplex qualitativer Arbeitszeitpolitik stellt die Regelung der »äußeren« Struktur der Arbeitszeit dar. Methoden der umfassenden Arbeitszeitflexibilisierung wie Überstunden und Gleitzeit-, Wochenend-, zu Hause- und Schichtarbeit bringen auf dem historischen Niveau der technisch-wissenschaftlichen Revolution die dem Kapital

immanente Tendenz zum Ausdruck, alle Lebenszeit von Arbeitern und Angestellten »in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln«. ⁸⁵ Die Folgen sind zum einen eine umfassende Beschneidung von Zeitsouveränität und Selbstbestimmung der Lohnabhängigen. Zugleich verschärfen die damit einhergehenden Kapitalkonzentrationsprozesse und Produktivitätszuwächse die strukturellen Disproportionen zwischen Produktion und Markt und befördern somit die ökonomische Krise und letztlich eine Ausdehnung der Massenarbeitslosigkeit. ⁸⁶ Diesen Auswirkungen der »Chronokratie« des Kapitals über die lebendige Arbeit vermögen sich die Lohnabhängigen lediglich durch einen Ausbau kollektiv-vertraglicher Schutznormen und durch einen verstärkten Kampf gegen die zahlenmäßig rasch anwachsenden ungeschützten Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu erwehren. Jedoch muß diese Zurückdrängung des maßlosen Zugriffs des Kapitals auf die Lebenszeit der Beschäftigten um die Perspektive einer kollektiven Absicherung eines höheren Maßes an Zeitautonomie für die Lohnabhängigen erweitert werden, will die IG Metall ihre bisherige Defensivposition verlassen und den Kampf um mehr Zeitautonomie und gegen die Chronokratie des Kapitals auch unter den weiblichen und wissenschaftlich qualifizierten Angestellten zu einer mobilisierungsfähigen Forderung machen. ⁸⁷

2. Da die Angestellten zum einen als abhängig Beschäftigte Betroffene und »Opfer« der kapitalistischen Rationalisierungsprozesse, zugleich jedoch als Ingenieure, Konstrukteure und Techniker Subjekte und »Gestalter« der technologischen Entwicklung sind, besitzt die Frage der sozialen Produktivkraftkontrolle für gewerkschaftliche Angestelltenpolitik traditionell einen hohen Stellenwert. Die Gewerkschaften stehen aktuell vor der Herausforderung, auf die technologischen Umbrüche und Neustrukturierung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses mit einer Technologie- und Arbeitspolitik zu reagieren, die sich um die Überwindung einiger Defizite der bisherigen gewerkschaftlichen Strategiediskussion in diesem Bereich bemüht:

a) Progressive gewerkschaftliche Arbeitsgestaltungsstrategien, die etwa um die Grundelemente einer solidarischen Personalpo-

litik und egalitärer Arbeits- und Qualifikationsstrukturen⁸⁸ kreisen, müssen zu einem ganzheitlichen Konzept der »Demokratisierung der Arbeit«⁸⁹ ausgeweitet werden, das den einzelnen Schutz- und Gestaltungsforderungen eine gemeinsame strategische Identität verleiht. Einzelvorschläge zur Gestaltung von Angestelltenarbeit wie »Rundumsachbearbeitung«, »qualifizierte Mischarbeitsplätze« usw., die die gewerkschaftliche Schutzfunktion mit der Berücksichtigung der neuen sozialen Bedürfnisse zu verbinden trachten, erhielten einen gemeinsamen strategischen Fluchtpunkt und könnten die arbeitspolitische Grundlage bilden für eine »antikapitalistische, die Souveränität des Kapitals über den Arbeitsprozeß einschränkende Bewegung.«⁹⁰ Indem die Thematisierung der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse als eigentlicher Schranke der umfassenden Realisierung reproduktions- und subjektbezogener Interessen im Arbeitsprozeß zu einem integralen Bestandteil eines solchen Konzepts würde, könnte es als konzeptioneller Gegenentwurf zu einer sozialpartnerschaftlichen und kooperativen Strategie des »Co-Management« fungieren.

b) Zugleich gilt es, eine Politisierung der gewerkschaftlichen Technologiedebatte voranzutreiben. Dabei muß die Ausdehnung um die Gestaltung der modernen Produktivkräfte stärker als bisher als politischer Klassenkonflikt begriffen werden, der letztlich auf betrieblicher, regionaler und gesamtgesellschaftlicher Ebene entsprechend der politischen Kräfteverhältnisse entschieden wird.⁹¹ Angesichts des oft sehr stark technikzentrierten und an vermeintlich unpolitischen ökonomischen »Sachzwangkriterien« orientierten »kritischen Berufsbewußtseins« hochqualifizierter Techniker und Ingenieure ist eine stärkere Betonung dieser politischen Dimension der Technikgestaltung unabdingbar. Neben der Entfaltung – auch »utopischer« – Gestaltungsphantasie und der sachkompetenten Erstellung detaillierter Gestaltungskonzepte besteht die nachhaltigste Herausforderung wohl darin, auch unter diesen Gruppen die Fähigkeit und Bereitschaft zu wecken, sich mit den gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsschranken kritisch auseinanderzusetzen.

c) Angesichts der technologischen Umbrüche gehört die Sicherung bzw. Erweiterung der beruflichen Qualifikation sicherlich zu den zentralen Reproduktionsinteressen (nicht nur) der Angestellten. Eine arbeitsorientierte Qualifizierungspolitik müßte – neben einer stärkeren Einflußnahme auf die Inhalte von Qualifizierungsmaßnahmen – zumindest zwei Stoßrichtungen besitzen.⁹² Forderungen nach Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte bei innerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen müssen ausgeweitet werden zu einer tarifvertraglichen Verankerung eines überprüfbaren und notfalls einklagbaren Anspruchs auf betriebliche Weiterqualifizierung während der Arbeitszeit, um vor allem der ständig härter werdenden Qualifikationskonkurrenz insbesondere unter den hochqualifizierten Angestellten entgegenzuwirken. Zugleich bedarf es im Sinne kompensatorischer Bildungsmaßnahmen einer gezielten Förderung besonders benachteiligter Angestellten- (und Arbeiter-)Gruppen, die auf den Abbau von Polarisierung und Segmentierung in den betrieblichen Qualifikationsstrukturen zielen. Umfassende Frauenförderpläne, Quotierungsregelungen, betriebliche Frauenbeauftragte usw. können hier geeignete Maßnahmen darstellen, die in Richtung auf eine Reduzierung geschlechtsspezifischer Diskriminierungen der weiblichen Angestellten wirken könnten.⁹³ Perspektivisch bedarf es jedoch der systematischen Integration frauenspezifischer Probleme in die gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik.

3. Die gewerkschaftliche Verankerung im Betrieb stellt auch für eine erfolgreiche Angestelltenpolitik eine unverzichtbare Voraussetzung dar. Der Betrieb bleibt Basis und Zentrum gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Gegenmachtentfaltung. Gerade in den Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung der vergangenen Jahre wurde die mangelhafte Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit der betrieblichen Angestelltenabteilungen als Schwachstelle im Gegenmachtsystem der IG Metall deutlich. Zugleich ließen diese Auseinandersetzungen jedoch auch die positiven Impulse einer über den Betrieb hinausreichenden Mobilisierungsstrategie deutlich werden. Die jüngsten Kämpfe um die Werften, die Maxhütte, Hattingen und Rheinhausen hätten

den erreichten Grad an gesellschaftspolitischer Wirkung wohl kaum in gleichem Maße entfalten können, wenn sich der betriebliche Widerstand nicht zu einer umfassenderen sozialen Bewegung der gesamten Region ausgewachsen hätte.⁹⁴ Was hier in der zugespitzten Situation einer Branchenkrise sichtbar wurde, verweist auf die generelle Notwendigkeit für die Gewerkschaften, ihre Handlungsfelder in den gesellschaftspolitischen Bereich auszudehnen. Im ideologischen Kampf um die »Vorherrschaft in den Köpfen« der Lohnabhängigen gewinnen vor allem unter den Angestellten außerbetriebliche Räume wie Schulen, Universitäten, Medien, aber auch spezifische Wohn- und Freizeitmilieus an Bedeutung. Gleichzeitig können die Gewerkschaften ihrem Anspruch auf die Vertretung der umfassenden Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen nur noch in lokalen, regionalen und gesamtgesellschaftlichen Bündnissen mit Bürgerinitiativen und den neuen sozialen Bewegungen gerecht werden. In diesen Bündnissen könnten vor allem junge und wissenschaftlich qualifizierte Angestellte die Funktion von »sozialen Scharniergruppen« ausüben.⁹⁵

Zugleich kommt gerade diesen Gruppen eine Schlüsselfunktion bei dem Versuch zu, das gewerkschaftliche Engagement in diesen Konfliktfeldern durch eine Strategie der »Politisierung der Arbeit« auf die Betriebssphäre zurückzubeziehen. Ziel dabei wäre eine Politisierung der stofflichen Dimension der Produktion »von außen« durch die Integration gesellschaftlicher Reproduktions-, Ökologie- und Friedensinteressen der Lohnabhängigen in die gewerkschaftliche Arbeits- und Betriebspolitik. Durch eine systematische Ausweitung solcher qualitativer Momente der betrieblichen Gewerkschaftspolitik eröffnen sich die Gewerkschaften neue Zugangswege zu den kritischen Teilen der lohnabhängigen Intelligenz, vor allem in den angestelltenintensiven »modernen« Branchen, in denen die gewerkschaftliche Verankerung bisher äußerst unzulänglich ist. Es gehört bereits zum gesicherten Erfahrungswissen von Funktionären in den High-Tech-Betrieben, daß etwa Ingenieure, die aufgrund ihrer privilegierten ökonomischen und arbeitsinhaltlichen Situation kaum Interesse für die »traditionelle« Form be-

trieblicher Interessenvertretung zeigen, durchaus über ihr Engagement gegen SDI und in betrieblichen Friedensinitiativen oder die Thematisierung der ökologischen Qualität der Produktion für die Gewerkschaften zu gewinnen sind.⁹⁶

4. Vor allem junge und hochqualifizierte Angestellte, die in besonderem Maße Träger neuer sozialer Bedürfnisse und demokratischer Wertorientierungen sind, konfrontieren nicht nur ihren betrieblichen Arbeits- und Berufsalltag, sondern auch gewerkschaftliche Politikformen und Organisationsstrukturen mit ihren qualitativen Ansprüchen. Forderungen nach Basisbeteiligung und transparenten Informations-, Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen gewinnen an Bedeutung. Für die Gewerkschaften wird es darum gehen müssen, einerseits einen gewissen Grad an Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen als Bedingung kollektiver Handlungs- und Gegenmachtfähigkeit aufrechtzuerhalten – und diese Notwendigkeit glaubwürdig und argumentativ zu begründen. Andererseits bedarf es der Effektivierung demokratischer Strukturen, um die Aufnahme differenzierter und gruppenspezifischer Interessen und Erfahrungen in den innerorganisatorischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß zu garantieren.⁹⁷ Dabei wird die Ausstrahlungskraft der Gewerkschaften gerade unter den jungen Lohnabhängigen und den Angestellten in dem Maße wachsen, wie sie in der Organisation ihrer Alltagspraxis ihren politischen Zielen der umfassenderen Demokratisierung der Gesellschaft und der Solidarität gerecht werden. Auch die IG Metall ist zunehmend gefordert, ihren kollektiven Kampf um die alltägliche Interessenvertretung und die perspektivische soziale Emanzipation aller Lohnabhängigen in einer Form zu vollziehen, »in der sich die individuellen und kollektiven Bedürfnisse nach Persönlichkeitsentfaltung, Formung solidarischer Beziehungen, Selbstbestätigung im Kontrast zu den unterdrückenden entfremdenden und ausbeutenden kapitalistischen Alltagsstrukturen entwickeln können.«⁹⁸ Insgesamt wird sich die gesamte »politische Organisationsstruktur« der IG Metall für die progressiven Elemente nichtproletarischer Kulturmodelle öffnen müssen. Dabei gilt es etwa, die »vorwärtsweisenden« Mo-

mente im politisch-kulturellen »Angestelltenhabitus«, wie das ausgeprägte Bedürfnis nach Selbstbestimmung und aktiver Gestaltung der unmittelbaren Lebensumwelt, die hohe Wertschätzung sozialer Kommunikation und die Sensibilität gegenüber den gattungsspezifischen Widerspruchskomplexen, mit den kollektiven Kampfformen und der antikapitalistischen Tradition der »Arbeitersolidarität« in einer gemeinsamen, politischen Handlungsperspektive zu verbinden.

Anmerkungen

- 1 Urban 1988, S. 41.
- 2 Kittner (Hrsg.), 1987, S. 52.
- 3 Vgl. dazu ausführlich Vogler-Ludwig 1987.
- 4 Ebenda, S. 38.
- 5 Ebenda, S. 39.
- 6 Vgl. z. B. Schuhler 1987 und IMSF (Hrsg.) 1988b, S. 80 ff.
- 7 Vgl. Bleicher 1987, S. 22 und Daten für Metaller 1987, M. 2.1.
- 8 Daten für Metaller 1988, M. 2.2.
- 9 Vgl. Vogler-Ludwig 1987, S. 32.
- 10 Vgl. Urban 1988, S. 42.
- 11 Vgl. Kittner (Hrsg.) 1987, S. 50 u. 52.
- 12 Vgl. Bleicher 1988, S. 16.
- 13 Vgl. Bleicher 1987, S. 42 ff.
- 14 Roßmann 1986, S. 608 (Anm. 100 in Kap. 6).
- 15 Die materielle Grundlage dieser Dialektik, die die Arbeiterbewegung zur permanenten Erneuerung eines einmal erreichten Grades der Interessenvereinheitlichung zwingt, bildet der produktivkraftgetriebene kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß selbst, der sich äußerst widersprüchlich vollzieht. Zum einen bringt er die historische Tendenz zur Nivellierung von sozialen Klassenlagen sowie den daraus hervorgehenden Arbeits- und Lebenserfahrungen der Individuen hervor und erzeugt somit die objektive Basis für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Einheit. Zugleich wirken dieser nie absolut nivellierenden Tendenz Prozesse der internen Fraktionierung und Differenzierung modifizierend entgegen, die der ständigen Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsmethoden entspringen. Vgl. dazu grundlegend Deppe 1979 und 1981.
- 16 Vgl. Beck 1986, S. 115 f.; zur kritischen Diskussion von Becks Individualisierungstheorien vgl. Dörre 1987, S. 43 ff.
- 17 Zur Analyse unterschiedlicher Dimensionen und Ebenen im Prozeß der Klassenkonstituierung vgl. Zwahr 1981.
- 18 Vgl. Maase 1984b. Vgl. auch den Beitrag von K. Dörre in diesem Band.
- 19 Jerusalmiskij 1984, S. 35 f.
- 20 Beck 1986, S. 211.
- 21 Vgl. Kap. 3.
- 22 Zur Herausbildung von internen Segmentierungslinien im Bereich der industriellen Produktion vgl. Kern/Schumann 1984, S. 22 f. und Kern 1988, S. 168 ff.

- 23 Vgl. ebenda, S. 172.
- 24 Vgl. Pickshaus 1987b.
- 25 Zur Gesamtproblematik der Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen in der BRD vgl. Pickshaus 1987a und Schwerpunktheft »Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeit« in: WSI-Mitteilungen 8/1988.
- 26 Vgl. den Beitrag von M. Waldschmitt in diesem Band.
- 27 Maase 1984a, S. 273.
- 28 Deppe/Roßmann 1987, S. 215.
- 29 Maase 1984a, S. 256 u. 258.
- 30 Hierbei ist sicherlich zu berücksichtigen, daß die Angestelltenkategorie keinen Klassenbegriff darstellt, sondern eher als Sammelbegriff für äußerst unterschiedliche und heterogene Gruppen von abhängig Beschäftigten zu verstehen ist, die klassentheoretisch sowohl der Arbeiterklasse als auch den lohnabhängigen Mittelschichten zuzuordnen sind (vgl. Urban 1988, S. 59 ff.).
- 31 Kern 1988, S. 168.
- 32 Ebenda, S. ??
- 33 Zur Charakteristika des neuen Rationalisierungstyps vgl. Altmann u. a. 1986.
- 34 Zur Durchsetzung des »neuen Rationalisierungstyps« in der industriellen Produktion vgl. Kern/Schumann 1984; zur »systemischen Rationalisierung der Dienstleistungsarbeit« vgl. Baethge/Oberbeck 1986.
- 35 Vgl. Peter 1987b, S. 157 ff.
- 36 Vgl. Baethge/Oberbeck 1986, S. 287 f.
- 37 Vgl. Manske/Wolf 1987, S. 347 ff.
- 38 Vgl. Neef 1988, S. 112 f.; umfassender Neef/Rubelt 1986.
- 39 Vgl. Kern 1988, S. 167.
- 40 Trautwein-Kalms 1988, S. 689.
- 41 Baethge/Oberbeck 1986, S. 37.
- 42 Vgl. Neef/Rubelt 1986, S. 107 f.
- 43 Vgl. Baethge/Oberbeck 1986, S. 266 ff. und Manske/Wolf 1987, S. 352.
- 44 Vgl. Neef/Rubelt 1986, S. 101.
- 45 Vgl. Kossbiel u. a. 1987, S. 262.
- 46 Vgl. Maurer 1987, S. 401. In der Metallverarbeitung wurde vor allem im Rahmen der betrieblichen Umsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 37,5 Stunden ab dem 1. April 1988 die Strategie des Kapitals deutlich, über die Ausweitung der Schichtarbeit die Betriebsmittelnutzungszeiten zu erhöhen: arbeiteten 1985 noch 22,5% der Beschäftigten in Schichtarbeit, so stieg ihr Anteil bis 1988 auf 25,6% (vgl. dazu Der Gewerkschafter 11/1988, S. 11; zur allgemeinen Problematik vgl. Bosch 1987).
- 47 Vgl. Neef/Rubelt 1986, S. 79 ff. und Trautwein-Kalms 1988, S. 692 ff.
- 48 Vgl. Baethge/Oberbeck 1986, S. 40 ff.
- 49 Vgl. dazu Neef/Rubelt 1986, S. 168 ff., Friedrich 1988, S. 683 und Trautwein-Kalms 1988, S. 694.
- 50 Zur differenzierten Krisenbetroffenheit unter den Angestellten in den Bereichen Einkommen und Arbeitslosigkeit vgl. ausführlicher Urban 1988, S. 100 ff.
- 51 Vgl. Trautwein-Kalms 1988, S. 691 ff.
- 52 Vgl. ebenda.
- 53 Vgl. dazu das Beispiel von IBM-Sindelfingen bei Maurer 1987, S. 399 f.
- 54 Vgl. z. B. Kadritzke 1982.
- 55 Vgl. Kadritzke 1985.
- 56 Kudera u. a. 1983, S. 202.
- 57 Schmidt 1988, S. 169.
- 58 Zur Kategorie der Stereotypen vgl. Galkin 1986, S. 107 ff.
- 59 So ist etwa die festgestellte deutliche »Annäherung, wenn nicht Deckungsgleichheit,

bei Facharbeitern und Angestellten mit einfachen Tätigkeiten hinsichtlich der Problemsensibilisierung und den Vorstellungen zur Steuerung der Technik« ein zentrales Ergebnis einer Infas-Umfrage (Infas 1987, S. 73).

60 Vgl. ebenda, S. 55 ff. und 104 ff.; zu den aktuellen Entwicklungstendenzen im Bewußtsein der Angestellten vgl. ausführlich Urban 1988, S. 152 ff.

61 In der Wahrnehmung dieser Konflikte reproduziert sich ein zentraler Widerspruchskomplex der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft auf der Ebene des Individuums und der Persönlichkeit. Er besteht in dem Gegensatz zwischen der möglichen und notwendigen Entfaltung der individuellen Persönlichkeit der Lohnabhängigen als Hauptproduktivkraft im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und den Realisierungsschranken, die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Gesetze der Profitproduktion gezogen sind (vgl. dazu ausführlich Klein 1976, S. 220 ff. und 1987, S. 86 f.).

62 Zum analytischen Konzept des »doppelten Bezugs auf Arbeit« und der Einheit von »Arbeitskraft- und Subjektperspektive« im Arbeitsbewußtsein von Lohnabhängigen vgl. Schumann u. a. 1982, S. 293 ff.

63 Vgl. Deppe 1984b, S. 36, Friedrich 1988, S. 684 ff. und Senghaas-Knobloch/Valmberg 1988.

64 Hirsch/Roth 1986, S. 195.

65 Vgl. Neef/Rubelt 1986, S. 207 ff.

66 Senghaas-Knobloch/Valmberg 1988, S. 713.

67 Vgl. ebenda, S. 712.

68 Peter 1987a, S. 4.

69 Vgl. dazu ausführlich Urban 1988, S. 211 ff.

70 Zum Politikmodell des selektiven Korporatismus vgl. Esser 1982.

71 Vgl. dazu den Strategievorschlag Walter Müller-Jentschs, eine konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik auf den Bereich gesellschaftspolitischer Grundsatzfragen zu beschränken und auf Betriebsebene eine Politik des »Co-Managements« zu praktizieren (in: Der Gewerkschafter 9/1988, S. 9).

72 Vgl. Roßmann 1987.

73 Vgl. Stumpfe 1987; vgl. auch die jüngst veröffentlichten »Frankfurter Thesen«, die Gesamtmetall-Präsident Stumpfe auf dem »Metallforum '88« vorstellte (in: Der Arbeitgeber 21/1988, S. 772).

74 Vgl. Breisig 1987.

75 Diese Strategie beinhaltet natürlich auch eine Absage an Ausgrenzungsversuche »nach oben«, wie sie etwa in der Lafontainschen Forderung nach finanziellen Sonderopfern sogenannter besser verdienender Beschäftigungsgruppen enthalten sind.

76 Eine solche Angestelltenpolitik – wie sie von Seiten des Kapitals (vgl. Stumpfe 1987) und seiner publizistischen Vertreter (vgl. Niedenhoff/Wilke 1988) auch der IG Metall nahegelegt wird – zeichnet sich vor allem bei der IG Chemie, Papier, Keramik ab (vgl. Urban 1988, S. 216 ff.).

77 Blessing 1988, S. 159 f.

78 Peter 1987a, S. 7.

79 Muster 1988, S. 66.

80 Vgl. Neef/Rubelt 1986, S. 275.

81 Vgl. Rhode 1988.

82 Deppe 1984a, S. 33; vgl. auch das Schwerpunktheft »Gegenwelt und Gegenmacht – Szenarien 2000« der WSI-Mitteilungen 8/1987.

83 Vgl. dazu Kurz-Scherf 1987.

84 Vgl. Balduin/Schröder 1988, S. 262 ff.

85 MEW 23, S. 430.

86 Zu diesem ökonomischen Mechanismus vgl. Bosch 1987; zur Analyse der strukturellen Krise vgl. Goldberg 1988.

- 87 Vgl. dazu etwa die »Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurf« von Kurz-Scherf (in: Dies. 1987, S. 495 ff.) und Balduin/Schröder 1988, S. 264 ff.
- 88 Vgl. dazu Bispinck/Helfert 1987, S. 320 ff.
- 89 Vgl. Peter 1988.
- 90 Ebenda, S. 72.
- 91 Vgl. ebenda und Balder 1986.
- 92 Vgl. dazu auch Preiss/Heimann 1988.
- 93 Vgl. Hund 1987, S. 197 f. und Lippmann (Hrsg.) 1986.
- 94 Vgl. IMSF (Hrsg.) 1988a.
- 95 Vgl. Pickshaus 1983.
- 96 Vgl. z. B. IMSF (Hrsg.) 1988b, S. 51 ff. u. 65 ff.
- 97 Vgl. dazu Roßmann 1986, S. 263 ff.
- 98 Roßmann 1982, S. 71.

Literaturverzeichnis

- Altmann, N. u. a.: Ein neuer »Rationalisierungstyp« – neue Anforderungen an die Industriesozio­logie, in: Soziale Welt 2–3/1986, S. 191–207.
- Balder, M.: Skepsis gegen soziale Beherrschbarkeit neuer Technologien, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 1/1986, S. 20–23.
- Balduin, S./O. Schröder: Perspektiven qualitativer Tarifpolitik. Individuelle Entfaltung auf kollektivem Fundament, in: Steinkühler/Bleicher (Hrsg.) 1988, S. 252–266.
- Baethge, M./H. Oberbeck: Zukunft der Angestellten. Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung, Frankfurt a. M. 1986.
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.
- Bispinck, R./M. Helfert: Technischer Wandel und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 314–327.
- Bleicher, S.: Situation und Perspektiven der Angestelltenarbeit und -politik der IG Metall. Zwischenbericht an den Vorstand, o. O., o. J. (1987).
- Bleicher, S.: Das neue muß den ganzen Menschen haben. Ansätze zur Erneuerung der Angestelltenpolitik der IG Metall, in: Steinkühler/Bleicher (Hrsg.) 1988, S. 15–33.
- Blessing, K.: Die andere Zukunft. Gewerkschaftliche Strategien bis zum Jahr 2000, in: Blätter f. dt. u. intern. Politik 2/1988, S. 155–162.
- Bosch, G.: Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten. Zwischenbilanz, in: WSI-Mitteilungen 12/1987, S. 713–726.
- Breisig, T.: Unternehmerische Sozialtechniken als Herausforderung an die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Überblick und Einführung in die gewerkschaftliche Problematik, in: Die Mitbestimmung 11/1987, S. 665–668.
- Daten für Metaller, Industriegewerkschaft Metall für die BRD – Vorstand-Abt. Wirtschaft – o. O. (Frankfurt a. M.) 1987 und 1988.
- Deppe, F.: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse. Marburg 1979.
- Deppe, F.: Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981.
- Deppe, F.: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung. Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1984a.
- Deppe, F.: Intelligenz, Marxismus und Arbeiterbewegung, in: Rote Blätter 1/1984b, S. 29–36.

- Deppe, F./W. Roßmann: Die neue Unübersichtlichkeit. Individualisierung statt kollektive Interessenvertretung? in: Kurz-Scherf, I./G. Breil (Hrsg.): Wem gehört die Zeit. Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, Hamburg 1987, S. 213–219.
- Dörre, K.: Risikokapitalismus. Zur Kritik von Ulrich Becks »Weg in eine andere Moderne«, Marburg 1987.
- Esser, J.: Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen, Frankfurt a. M. 1982.
- Friedrich, J.: Entwicklungslinien in der Informatik und die Rolle der Informatiker, in: WSI-Mitteilungen 12/1988, S. 678–686.
- Galkin, A.: Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1986.
- Goldberg, J.: Von Krise zu Krise. Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Umbruch, Köln 1988.
- Hirsch, J./R. Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986.
- Hund, J.: »Neue Technik« und Frauenarbeit, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13/1987, S. 181–199.
- IMSF (Hrsg.): Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen, Frankfurt a. M. 1988a.
- ISMF (Hrsg.): Zukunft von Technik und Arbeit – Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1988b.
- Infas: Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Düsseldorf o. J. (1987).
- Jerusalimskij, W.: Proletarische Psyche. Zum sozialökonomischen und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1984.
- Kadritzke, U.: Angestellte als Lohnarbeiter. Kritischer Nachruf auf die deutsche Kragenlinie, in: Schmidt, G. u. a. (Hrsg.): Materialien zur Industriosozologie. Opladen 1982, S. 219–249.
- Kadritzke, U.: »Angestelltenbewußtsein« und Anknüpfungspunkte für die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit, in: WSI-Mitteilungen 8/1985, S. 446–456.
- Klein, D.: Ökonomische Widersprüche im Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1976.
- Klein, D.: Krisen des Kapitalismus – Strategien und Tendenzen, Berlin (DDR) 1987.
- Kern, H.: Anforderungen an die Tarifpolitik von morgen, in: IG Metall (Hrsg.): Tarifpolitik im Strukturwandel. Arbeitsverfassung und industrielle Demokratie, Köln 1988.
- Kern, H./M. Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984.
- Kittner, M. (Hrsg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1987. Daten-Fakten-Analysen, Köln 1987.
- Kossbiel, I. u. a.: Ingenieure und Naturwissenschaftler in der industriellen Forschung und Entwicklung Frankfurt a. M./ New York 1987.
- Kudera, W. u. a.: Blue collar – white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, 2/1983, S. 201–227.
- Kurz-Scherf, I.: Zeit(t)räume per Tarifvertrag. Oder: Die Renaissance der betriebsnahen Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 8/1987, S. 492–502.
- Lippmann, C. (Hrsg.): Technik ist auch Frauensache. Frauenförderung im Industriebetrieb, Hamburg 1986.
- Maase, K.: Betrieb ohne Hinterland. Zu einigen Bedingungen der Klassenbildung im Reproduktionsbereich, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7/1984a, S. 256–281.
- Maase, K.: Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Empirische Materialien und theoretische Analyse, Frankfurt a. M. 1984b.
- Manske, F./H. Wolf: Technische Angestellte, Rationalisierung und Arbeitspolitik, in: WSI-Mitteilungen 6/1987, S. 345–354.
- Marx, K.: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels-Werke, Bd. 23, Berlin (DDR) 1962.

- Maurer, K.: Beschäftigungsstruktur und Arbeitsverhältnisse in einem Hochtechnologie-Großbetrieb, in: WSI-Mitteilungen 7/1987, S. 396–404.
- Muster, M.: Das doppelte Lottchen. Gruppenarbeit in der Automobilindustrie: Zwischen Managementstrategien und neuer Arbeitskultur, in: Sozialismus 10/1988, S. 61–66.
- Neef, W.: Zwischen Expertenmacht und Detailarbeit. Berufssituation, Selbstverständnis und Interessenorientierung von Ingenieuren, in: Steinkühler/Bleicher (Hrsg.) 1988, S. 104–123.
- Neef, W./J. Rubelt: Projekt »Organisierung von Ingenieuren«. Berufliche Situation, Selbstverständnis und Interessenorientierung von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern. Abschlußbericht. (Hektograph, Manuskript) Berlin (West) 1986.
- Niedenhoff, H./M. Wilke: Service für oder Politik gegen die Angestellten, in: Der Arbeitgeber 9/1988, S. 332–333.
- Peter, L.: Eine historisch neue Qualität. Thesen zu neuen Technologien und Veränderungen der Arbeit, in: Forum Wissenschaft 4/1987a, S. 4–7.
- Peter, L.: Neue Formen der Rationalisierung. Industriesoziologische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13/1987b, S. 143–163.
- Peter, L.: Demokratisierung der Arbeit?, in: Marxistische Blätter 5/1988, S. 70–76.
- Pickshaus, K.: Zur Bedeutung der »Scharniergruppen« zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung, in: Marx ist Gegenwart, hrsg. v. IMSF, Frankfurt a. M. 1983, S. 265–268.
- Pickshaus, K.: Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13/1987a S. 200–228.
- Pickshaus, K.: Konservativer Umbau nach der Bundestagswahl. Kapitalstrategien und Wende-politik, in: Marxistische Blätter 4/1987b, S. 20–26.
- Preiss, H./K. Heimann: Weiterbildung – Offensive für wen? Weiterbildung: Selektionskeule der Unternehmer oder Ansatz für eine emanzipatorische Gewerkschaftspolitik, in: Steinkühler/Bleicher (Hrsg.) 1988, S. 234–251.
- Rossmann, W.: Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5/1982, S. 42–71.
- Rossmann, W.: Vergesellschaftung, Krise und gewerkschaftliche Gegenmacht. Studien zu Strukturveränderungen der »industriellen Beziehungen« in der Bundesrepublik (1969 bis 1984), Marburg 1986.
- Rossmann, W.: Renaissance der Sozialpartnerschaft? Der Arbeitszeitkompromiß 1987 und die Perspektive der Gewerkschaftspolitik, in: Blätter f. dt. u. intern. Politik 6/1987, S. 779–790.
- Schmidt, R.: Die Leistungsorientierung als Konkurrenzstrategie von Angestellten, in: Steinkühler/Bleicher (Hrsg.) 1988, S. 159–182.
- Schuhler, C.: High-Tech: Beschäftigte und Interessen, in: Marxistische Blätter 12/1987, S. 34–38.
- Schumann, M. u. a.: Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft, Bremen 1981.
- Steinkühler, F./S. Bleicher (Hrsg.): Zwischen Aufstieg und Rationalisierung. Die Angestellten, Hamburg 1988.
- Senghaas-Knobloch, E./B. Valmberg: Technischer Fortschritt und gesellschaftliche Risiken. Wie sehen Ingenieure ihre Verantwortung?, in: WSI-Mitteilungen 12/1988, S. 706–714.
- Stumpfe, W.: Sozialpartnerschaft als Wesenselement der sozialen Marktwirtschaft. Vortrag auf dem Wirtschaftstag des Wirtschaftsrates der CDU am 25. Juni 1987 in Bonn. (Hektograph. Manuskript), o. O. (Bonn) o. J. (1987).

- Trautwein-Kalms, G.: High-Tech-Beschäftigte als Zukunftsträger? Naturwissenschaftlich-technische Angestellte und Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen 12/1988, S. 686–697.
- Urban, H.: Aktuelle Probleme der gewerkschaftlichen Angestelltenpolitik – unter besonderer Berücksichtigung der IG Metall. Diplomarbeit am Fachbereich 03 der Universität Marburg, Marburg 1988.
- Vogler-Ludwig, K.: Dynamik der Dienstleistungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ifo-Schnelldienst 14–15/1987, S. 32–41.
- Zwahr, H.: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, München 1981.

Gewerkschaftspolitik – Zukunft mit oder ohne Frauen?

Der Anteil der Frauen in den Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes steigt kontinuierlich. Die weiblichen Mitglieder erreichten innerhalb eines Jahres einen Zuwachs von 32 398 Mitgliedern oder 1,8%. Der Frauenanteil im DGB ist damit im Jahr 1987 auf 23,1% gestiegen. Dem Zuwachs von über 32 000 weiblichen Mitgliedern steht ein Rückgang bei den männlichen Mitgliedern von 40 000 gegenüber. Die Frauen gewinnen in den Gewerkschaften an Boden. Drei Einzelgewerkschaften: die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB), die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verzeichnen einen Frauenanteil von über 50%. GEW und HBV erhöhten seit 1973 ihre weibliche Mitgliederzahl um 10,1%, während die GTB »nur« einen Zuwachs von 4,1% vorzuweisen hat. Trotz steigender Mitgliederzahlen konnte die größte Industriegewerkschaft, die IG Metall ihren Anteil an den weiblichen Mitgliedern nur um 2,6% erhöhen (im Vergleich zu 1973).¹ Die Zunahme der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist vor allem auf die folgenden Faktoren zurückzuführen: 1. Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur der Frauenerwerbstätigkeit; 2. Veränderungen im weiblichen Erwerbsverhalten und 3. Wandel der Lebensansprüche und Wertvorstellungen von Frauen. Frauen »holen langsam auf«, nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in politischen Parteien. Sie politisieren und organisieren sich.

Die Frauenpolitik der Gewerkschaften hat diesen Wandel allerdings noch nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen. Bedürfnisse und Ansprüche von Frauen werden nur

punktuell und insoweit berücksichtigt, als sie einer Gesamtstrategie der Gewerkschaftspolitik und zur Durchsetzung bestimmter Forderungen dienen. Die bisherigen Themen werden lediglich um eine »Frauenkomponente« erweitert. Im folgenden wird daher näher zu begründen sein, warum es für die Gewerkschaften überlebensnotwendig ist, spezifische Fraueninteressen autonom aufzugreifen.

Darüber hinaus muß jedoch gleichermaßen die Situation von Frauen in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung analysiert werden. Einerseits verändern sich die Kapitalstrategien gegenüber Frauen sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich; andererseits haben die neuen Wertvorstellungen von Frauen bedeutende Auswirkungen auf den eigenen Arbeitsplatz, aber auch auf den sogenannten privaten Bereich der Lebens- und Familienverhältnisse.

1. Veränderungen der Beschäftigtenstruktur der Frauenerwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. »Die Zahl der abhängig erwerbstätigen Frauen steigt trotz Arbeitsmarktkrise von 1970 7,4 Mio. auf 1985 9,2 Mio. Beschäftigten, die der Männer nur knapp von 14 Mio. auf 14,4 Mio., d. h. die Frauen steigern ihren Anteil von 34,6% auf 39%, während der Anteil der Männer sich von 65,4% auf 61% verringert.«² Allerdings veränderte sich gerade bei den weiblichen Erwerbstätigen neben der Erhöhung der weiblichen Erwerbsquote vor allem die Beschäftigungsstruktur. Einschneidende Veränderungen ergaben sich nach 1960. 1961 arbeitete etwa die Hälfte der Frauen im Handels- und Dienstleistungssektor. In der Erwerbsstruktur waren inzwischen die Dienste in privaten Haushalten und Landwirtschaft (7%) nahezu bedeutungslos geworden. Der Anteil der mithelfenden Familien-

angehörigen war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nur sehr langsam zurückgegangen, sank bis 1960 um 10%, betrug aber immer noch 22%.³ Nach 1960 schrumpfte die Gruppe der Mithelfenden erheblich – bis auf 5% im Jahre 1980.⁴ Die Zunahme der lohnabhängigen Erwerbsarbeit resultiert also hauptsächlich aus dem Rückgang der Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen.

Nach sozialökonomischen Kriterien (bei voll entwickeltem Warencharakter der Arbeitskraft) zählen heute etwa 80% aller erwerbstätigen Frauen zur Arbeiterklasse. Etwa 9% gehören zur lohnabhängigen Mittelschicht oder Intelligenz und rund 11% der Frauen sind in der Statistik als Selbständige und/oder mithelfende Familienangehörige aufgeführt. Etwa 70 000 erwerbstätige Frauen gehören zur Bourgeoisie.⁵ Entsprechend den allgemeinen Strukturveränderungen der Arbeiterklasse, hat sich auch die Struktur der weiblichen Erwerbstätigen verändert und ausdifferenziert. »Heute sind es nicht mehr die klassischen Industriearbeiterinnen, die das Bild der weiblichen Arbeiterklasse prägen. Sie bilden gegenwärtig nur noch eine kleine Gruppe. Nur mehr 20% aller zur Arbeiterklasse gehörenden Frauen leisten Industriearbeit. Weitere 20% sind in den sogenannten Jede-Frau-Tätigkeiten, vorwiegend im Dienstleistungssektor als Putzfrauen, Küchen- und Kantinenhilfen, als Hilfskräfte im Handel beschäftigt. Etwa 60% der weiblichen Arbeiterklasse sind als Angestellte eingruppiert.«⁶ Innerhalb dieser Angestelltengruppe ist zwar die überwiegende Mehrheit immer noch in den sog. einfachen Tätigkeiten als Bürohelferin, Verkäuferin oder Stenotypistin beschäftigt. Daneben hat sich jedoch eine Gruppe von beruflich gut qualifizierten Frauen herausgebildet, die häufig in den SachbearbeiterInnenpositionen der Banken, der Betriebe und öffentlichen Verwaltungen beschäftigt sind. »Größer geworden ist auch die Gruppe der in qualifizierten Berufen des Gesundheits- und Sozialsystems arbeitenden Frauen. Besonders hier sind Übergangsgruppen zu den lohnabhängigen Mittelschichten entstanden. Auch wenn die qualifizierten Gruppen der weiblichen Angestellten gewachsen sind, gegenüber vergleichbaren Berufs- und Qualifikations-

gruppen der männlichen Arbeiterklasse sind alle Frauengruppen schlechter gestellt.«⁷

Auch bei den Industriearbeiterinnen läßt sich eine ähnliche Tendenz feststellen: über 90% sind als an- und ungelernte Arbeitskräfte tätig – nur ca. über 40% ihrer männlichen Kollegen arbeiten als An- oder Ungelernte.

Die Verringerung der Anzahl der Industriearbeiterinnen zugunsten der Angestellten ist vor allem auf den Abbau von Frauenarbeitsplätzen in der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Metallbereich zurückzuführen. Der verstärkte Arbeitsplatzabbau in der Industrie wurde durch den Ausbau des Dienstleistungssektors kompensiert. Dort wurden hauptsächlich typische Frauenarbeitsplätze geschaffen. Dieser Strukturwandel trug wesentlich dazu bei, daß sich das zunehmende Interesse der Frauen an Erwerbstätigkeit durchsetzen konnte.

Mit der Zunahme der Frauenarbeit im Dienstleistungssektor erhöhte sich aber auch die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze für Frauen. 1985 waren 32 Prozent aller erwerbstätigen Frauen unter 36 Stunden in der Woche teilzeitbeschäftigt – also mehr als ein Drittel. 1960 betrug dieser Anteil erst 8,6 Prozent. Innerhalb von 25 Jahren vervierfachte sich die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen auf über 3 Millionen im Jahr 1985.⁸ Der Anteil der Frauen an allen Teilzeitbeschäftigten lag 1985 bei 93 Prozent.⁹ Nach Untersuchungen des IAB hat sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse zwischen Oktober 1984 und Oktober 1985 um 68,4 Prozent erhöht. Insgesamt nehmen die befristeten Arbeitsverhältnisse seit Jahren zu und machen mit 1,8–2,1 Millionen etwa 30–35 Prozent aller Einstellungen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (insgesamt 6 Millionen) aus.¹⁰ In die gleiche Richtung deutet auch die Entwicklung der sog. »geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse« unterhalb der Sozialversicherungsgrenze. Gab es 1976 noch 1,6 Millionen derartiger Arbeitsverhältnisse waren es 1983 bereits 1,95 Millionen. Mit weiter sinkender Gesamtbeschäftigung ging ihre Zahl im Jahre 1984 auf 1,77 Millionen zurück.¹¹ Die Frauen machen den größten Teil der befristet und nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigten Erwerbstätigen aus.

2. Veränderungen im weiblichen Erwerbsverhalten

Auch die Veränderungen im weiblichen Erwerbsverhalten deuten auf einen Wandel der Bedürfnisse und Ansprüche von Frauen hin.

In den 50er Jahren wurde als ein die »weibliche Normalbiographie« zutreffend abbildendes Schema das sogenannte »Drei-Phasen-Modell« angesehen. Die *erste* Periode lag in der Zeitspanne zwischen Schulentlassung und Eheschließung. Einige Frauen machten in dieser Zeit eine Ausbildung oder gingen einer ungelernten Tätigkeit nach, die dann mit der Heirat endete. Die *zweite* Periode wurde auch durch die Familiengründung bestimmt. Die Mehrheit der Frauen zog sich vom Arbeitsmarkt zurück und konzentrierte sich auf die Kindererziehung und Haushaltsführung. In der Phase des Erwachsenwerdens der Kinder trat mit dem Wiedereintritt der Frau ins Berufsleben die *dritte* Periode ein. Obwohl sich die weibliche Beschäftigtenstruktur erheblich verändert hat, trifft dieses Drei-Phasen-Modell auch heute noch auf die Mehrzahl der Frauen zu. Allerdings existieren inzwischen verschiedenartige Formen weiblicher Lebensbewältigung bzw. unterschiedliche Erwerbsmuster. Alter, Eheschließung und Fertilität als die Determinanten des traditionellen Phasenerwerbsverhaltens üben heute längst nicht mehr den gleichen Einfluß aus, der ihnen in der Vergangenheit zukam. Insgesamt veränderte sich die weibliche Biographie aufgrund der generellen Tendenz zu einer stärkeren Berufsorientierung.

Auch aufgrund der Berufstätigkeit ging die Gebärfreudigkeit der Frauen zurück. Heute kommen auf je tausend EinwohnerInnen der Bundesrepublik nur noch 10,5 Geburten.¹² Frauen entscheiden sich heute im Durchschnitt erheblich später als früher für Schwangerschaft und Geburt. Das Durchschnittsalter von Erstgebärenden hat sich im vergangenen Jahrzehnt um etwa fünf Jahre nach oben hin verschoben (25 Jahre). Hinzu kommt, daß Frauen eine rasche Aufeinanderfolge von zwei Geburten bevorzugen.¹³ Insbesondere jüngere Frauen entwerfen

einen Lebensplan, in dem ihre Rolle als Ehefrau und Mutter zwar immer noch positiv aufgenommen, jedoch in ihrem Stellenwert relativiert wird. Sie wollen nicht so früh heiraten wie ihre Mütter und sie planen eine späte Mutterschaft. Sie sind außerordentlich kritisch gegenüber einer festen Bindung und wollen eine Beziehung lange und gründlich erproben.¹⁴ Jüngere Frauen versuchen in einem erheblich größeren Ausmaß als früher, die zweite Phase des Daseins als Vollhausfrau drastisch zu verkürzen bzw. zu umgehen. Kinderlosigkeit ist für sie mehr denn je ein Weg, nicht aus dem Berufsleben ausscheiden zu müssen. Die Umschichtungen innerhalb der Beschäftigtenstruktur sind vor allem auf das veränderte Verhalten junger und/oder verheirateter Frauen zurückzuführen. Seit Anfang der 70er Jahre durchliefen Mädchen zwischen 15 und 20 Jahren eine längere Ausbildungsphase und traten später in das Erwerbsleben ein. Über 50% aller heute 20–30jährigen Frauen haben einen mittleren oder höheren Bildungsabschluß. 60% haben eine Berufsausbildung durchlaufen. Auf der durchschnittlichen Verlängerung der Ausbildungszeit beruht die Senkung der Erwerbsquote der 15–20jährigen Frauen. Sie fiel zwischen 1961 und 1982 von 73,7% auf 38,2%.¹⁵

Bemerkenswert ist ebenfalls der gestiegene Anteil der verheirateten Frauen an den weiblichen Erwerbstätigen. Seit den Anfangsjahren der Bundesrepublik hat sich der Anteil der verheirateten Frauen und Müttern an den erwerbstätigen Frauen fast verdoppelt. Waren 1950 ca. 30% aller erwerbstätigen Frauen verheiratet, so sind es heute fast 60%. »1984 waren 61,4% der ledigen Frauen Erwerbspersonen, während dies nur auf 47,5% der verheirateten und 32% der verwitweten Frauen zutraf.«¹⁶ 1970 betrug die Erwerbsquote verheirateter Frauen erst 35,4%. Auch die Zahl der erwerbstätigen Mütter hat sich erhöht. Zwischen 1961 und 1980 wuchs sie um 785 000. »Nach dem Mikrozensus waren 45,2% aller Frauen mit einem, 42% aller Frauen mit zwei Kindern sowie 34,4% mit drei und mehr Kindern erwerbstätig. Der Anteil der erwerbstätigen Mütter variiert nach Familienstand erheblich. Während von den verheirateten Müttern 41,4% erwerbstätig sind, arbeiteten von den ledigen Müt-

tern 68,2%, von den geschiedenen 71%«. ¹⁷ Eine im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung durchgeführte Untersuchung über Erwerbstätigkeit und Mutterschaft bestätigt diese Tendenz. »Von den im privatwirtschaftlichen Sektor als Angestellte oder Arbeiterinnen beschäftigten Frauen mit Mutterschaftsurlaub 1980/81 oder 1984 setzten 38% direkt nach dem Mutterschaftsurlaub zunächst ihre Beschäftigung fort, 62% kündigten und unterbrachen zunächst ihre Berufstätigkeit. Die Rückkehrquote nach dem Mutterschaftsurlaub ist in den 80er Jahren signifikant angestiegen. Sie lag 1980/81 bei 33%, 1984 bei 44%. D. H. umgekehrt: 1980/81 konnten oder wollten rund zwei Drittel der Mütter ihre Berufstätigkeit mit Kind nicht aufrechterhalten, 1984 waren es immer noch mehr als die Hälfte, die in eine ausschließliche Familienphase gingen.« ¹⁸

Der dominierende Typus der erwerbstätigen Frau ist heute die lohnabhängig arbeitende Ehefrau, die oft eine Berufsausbildung abgeschlossen hat und Mutter ist. Das veränderte Erwerbsverhalten führte zu einer Höherbewertung der Erwerbstätigkeit der Frauen selbst. Damit ging jedoch kein allgemeiner Wandel in der Bewertung der Familienrolle der Frau einher. Das traditionelle Rollenverhalten wird von der Mehrheit der erwerbstätigen Frauen nur partiell abgelehnt und drückt sich in einer von Ambivalenz durchzogenen Doppelorientierung auf Beruf und Familie aus. Daß die Mehrzahl der erwerbstätigen Frauen die traditionelle Familienrolle beibehält, resultiert nicht allein aus der Konservierung tradiertter Rollenvorstellungen, sondern wird zu einem guten Teil durch frauendiskriminierende ökonomische Verhältnisse erzwungen.

Der geringe Frauenverdienst ermöglicht kaum volle Unabhängigkeit vom Mann oder von der Familie. Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern klappt immer mehr auseinander. So betrug z. B. der Unterschied zwischen den Bruttoverdiensten von Frauen und Männern in der Industrie 1979 3,63 DM und 1981 von 4,11 DM. ¹⁹ Die Reservearmeefunktion der Frauen gefährdet weibliche Arbeitsplätze stärker als männliche und läßt die Rolle des Mannes als Haupternährer fast unangefoch-

ten. Die unzureichende Versorgung mit öffentlichen Reproduktionseinrichtungen macht z. B. Kinderbetreuung weitgehend zu einer rein privaten Angelegenheit. Die Kombination dieser Verhältnisse erschwert eine Auflösung traditioneller familiärer Verhaltensmuster. Das Nebeneinander von Lohnarbeit und Hausarbeit wirkt sich in besonderer Weise auf das weibliche Verhalten in der Erwerbssphäre aus. Der Zwang, beide Bereiche ohne ausreichende gesellschaftliche Hilfe und auch oft ohne Unterstützung des Mannes zu koordinieren, provoziert eine ausgeprägte Problemsicht und spezifische Konfliktbewältigungsstrategien, die dann auch zu gewerkschaftlichem und/oder frauenpolitischem Engagement führen können.

Frauenerwerbsarbeit läßt sich demnach durch folgende Merkmale charakterisieren:

- a) Das Erwerbsverhalten von Frauen hat sich stark verändert. Generell ist die Berufsorientierung von Frauen gewachsen. Berufstätigkeit bildet heute einen selbstverständlichen Teil der Lebensperspektive von Frauen.
- b) Das Drei-Phasen-Modell trifft zwar auch heute noch auf die weibliche Biographie zu; allerdings ist die zweite Phase der Berufsunterbrechung sehr viel kürzer geworden und manche Frauen verzichten völlig auf Kinder und Familie zugunsten einer beruflichen Karriere. Ihre Zahl nimmt kontinuierlich zu.
- c) Trotz der gewachsenen Berufsorientierung ist Diskontinuität und Teilzeitarbeit ein Kennzeichen von Frauenarbeit; hier spiegelt sich die weibliche Verantwortung für die häusliche Reproduktionsaufgabe wider.

3. Frauen sind immer noch für den Reproduktionsbereich zuständig

Die meisten Frauen wollen beides: Beruf und Familie oder Beruf und Kinder. Sie wollen eine bessere Vereinbarkeit beider

Lebensbereiche. Doch erwerbstätig zu sein und die materiellen und psychischen Versorgungsleistungen in der Familie tragen zu müssen, erzeugt zusätzliche Belastungen. Dennoch gibt es immer mehr Frauen, die diese Doppelbelastung aushalten müssen. Die Zahlen über die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen mit Kindern lassen diesen Zusammenhang erkennen.

Immer noch sind Frauen heute vorwiegend für die Reproduktionsarbeiten innerhalb der Familie zuständig. Das Kapital nutzt die patriarchalische Ideologie mit seinem überkommenen Frauenbild für seine ökonomischen Interessen aus. Die traditionell nicht öffentliche Stellung der Frau, ihre Festgelegtheit auf das Haus, ihre eingeschränkte Rechtsfähigkeit, ihr geringes gesellschaftliches Ansehen machten es schon zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise möglich, Frauen im Produktionsbereich zu unterdrücken. Die geschlechtsspezifische Diskriminierung zeigt sich vor allem in der deutlich geringeren Entlohnung von Frauen. Selbst bei gleicher und gleichwertiger Arbeit verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer. Die Existenz einer industriellen Reservearmee ist ebenfalls Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise. Der Umfang, in dem Frauen in die gesellschaftliche Produktion einbezogen werden, hängt immer von konjunkturellen Schwankungen und Krisenverläufen ab. Ein Teil der Frauen hat für das Kapital die Funktion, entsprechend den Wirtschaftszyklen in den Produktionsprozeß einbezogen, wieder verdrängt oder umverteilt zu werden.

Diese Reservearmeeffunktion und die geringe Entlohnung der Frauen haben weitreichende Konsequenzen für den Reproduktionsbereich. Allerdings haben die verstärkte Erwerbstätigkeit, höhere Bildung und das damit verbundene Selbstbewußtsein dazu geführt, daß die Machtfrage zwischen den Geschlechtern, insbesondere auch in der Familie neu gestellt wird. Frauen stellen ihre eigene Rolle als Hausfrau und Mutter in Frage, was zwangsläufig zu Konflikten innerhalb von Familie und Partnerschaft führt. Dennoch übernimmt das männliche Geschlecht nicht zu gleichen Teilen Reproduktionsaufgaben. Eine Studie von S. Metz-Göckel und U. Müller im Auftrag der Zeitschrift

»Brigitte« weist nach, daß die Männer von heute zwar (anders noch als in den 70er Jahren) für die Emanzipation der Frauen verbal aufgeschlossen sind. Ihr alltägliches Verhalten steht jedoch dazu im Gegensatz. Hausarbeit ist nach wie vor Frauensache. Die Befragung nach der Beteiligung von Männern an 15 verschiedenen Hausarbeiten zeigt ein und dasselbe Bild: Männer verrichten solche Arbeiten – wenn überhaupt, dann nur gelegentlich. Dieser Befund gilt übrigens unabhängig davon, ob ein Mann eine berufstätige oder eine nicht-berufstätige Partnerin hat. Männer mit berufstätiger Partnerin leisten im Durchschnitt nur unerheblich mehr Hausarbeit: in der Woche eine halbe Stunde, am Wochenende tatsächlich 6 Minuten mehr. Allerdings wird deutlich, daß Männer mit berufstätiger Partnerin gleichmäßiger im Haushalt arbeiten als Männer mit nicht-berufstätiger Partnerin. »Das Auffallendste: Die Vaterschaft hat offenbar keinen oder sogar negativen Einfluß auf die Mitwirkung des Mannes im Haushalt. Ein Vater mit berufstätiger Partnerin tut weniger im Haushalt als ein kinderloser Mann mit berufstätiger Partnerin!«²⁰ Die Berufstätigkeit der Partnerin wirkt sich also kaum auf die Verteilung der Hausarbeit, sondern bestenfalls auf das schlechte Gewissen der Männer aus.

Daher verwundert es kaum, wenn sich immer mehr Frauen gegen eine Familie und für die Berufstätigkeit entscheiden. Eine Folge des Aufbrechens traditioneller Rollenverteilungen ist die zunehmende Pluralisierung der Lebensformen.²¹ Ehe und Familie als Institution werden immer schwächer. Die Ehe verliert als Lebensform an Bedeutung; die Gründung von Familien nimmt ab. Selbst der Anteil der »vollständigen Familien« an allen Haushalten nahm in den letzten 20 Jahren ständig ab. »In vielen europäischen Ländern ist dieser Anteil inzwischen unter 40 Prozent gesunken, in Schweden macht er sogar schon weniger als 30 Prozent aus und in einer Stadt wie Zürich nur noch 20 Prozent. Es scheint sehr wahrscheinlich, daß dieser Trend sich fortsetzt.«²² Solange Frauen bereit sind, die geschlechtsspezifisch zugeschriebenen Rollen zu akzeptieren, ist die strukturelle Reproduktion der Familie gesichert. Die Kleinfamilie in ihrer heutigen Form setzt stillschweigend die geschlechtliche Arbeitstei-

lung voraus und wird auch im wesentlichen dadurch zusammengehalten. Durch die gestiegene Qualifikation der Frauen und das erweiterte Bewußtsein über ihre Lage stoßen aber die eigenen Ansprüche auf immer geringere Realisierungschancen. Die Schere zwischen veränderten Wertvorstellungen und realen, vorfindbaren Bedingungen wird immer größer. Mit dem neuen Rollenverständnis der Frauen wird die geschlechtliche Arbeitsteilung aufgebrochen. Zumindest ein Drittel der erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik (ein Drittel der Frauen sind Vollzeitbeschäftigte) sind finanziell abgesichert und damit unabhängig von Mann und Familie – ein unmittelbarer materieller Zwang zur Gründung einer Familie besteht nun weniger. Einige neuere Daten für die Bundesrepublik bestätigen diese Tendenz: Jede dritte Ehe wird geschieden; die Zahl der Männer und Frauen, die in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften leben, hat sich zwischen 1972 und 1982 verdreifacht; die Zahl der nichtehelichen Geburten steigt seit 1975 kontinuierlich an. »Das Quasi-Monopol, das Ehe und Familie als Lebensform jüngst noch besaßen, ist zerbrochen und durch eine Vielzahl individualisierter Lebensstile ersetzt worden, die sich in ebenso vielen Haushaltsformen niederschlagen und starken Fluktuationen unterliegen.«²³ Chancenreich scheint für die Zukunft ein Familientyp zu sein, dessen Mitglieder in zwei Haushalten »getrennt zusammenleben«. »Living apart together« hat sich inzwischen als Fachterminus in den Vereinigten Staaten eingebürgert.

In der Bundesrepublik lebt heute die am besten ausgebildete Generation junger Frauen und Mädchen. Diese ist aber gleichzeitig mit den seit langem schlechtesten Arbeitsmarktbedingungen konfrontiert. Auch bei erhöhter Durchschnittsqualifikation wird Frauen und Mädchen bei anhaltender wirtschaftlicher Krise die Funktion der industriellen Reservearmee zugewiesen, einer Reservearmee allerdings, die sich zur Rückkehr in die Familie nicht mehr ohne weiteres abfindet. Im Gegenteil: Trotz der frauenfeindlichen »Tendenzwende« – in der Folge konservativer Arbeits- und Sozialpolitik – hält eine große Anzahl von Frauen an den neu erworbenen Ansprüchen und Orientierungen fest. Es gibt keine andere gesellschaftliche Gruppe, die eine

solche Diskrepanz zwischen veränderten Ansprüchen, proklamierten Rechten und den tatsächlichen Möglichkeiten zu ihrer Realisierung erfährt. Die Krisenbewältigungsstrategien, hervorgerufen durch eine zunehmende Massenarbeitslosigkeit, sehen gerade für Frauen neue Belastungen vor. »Die arbeitsmarktpolitische Notlage der Frauen wird verschärft und zugleich benutzt, ihre Arbeitskraft durch Teilzeitarbeit und an besonders monotonen Arbeitsplätzen besonders effektiv auszubeuten. Sozialabbau und gesellschaftliches Leid wird Frauen zur Bewältigung daheim zugemutet . . . Das ist zusammengenommen eine Situation, die nicht nur Lohnabhängigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen schmerzlich spüren und wachsen, sondern erneut auch persönliche Abhängigkeiten vom Mann wieder zu einem akuten Problem werden läßt.«²⁴

4. »Der blinde Fleck« in der gewerkschaftlichen Frauenpolitik

Der Kapitalismus wird auch in bezug auf die Frauenfrage immer flexibler. Unternehmer können sich auf der einen Seite dem Wandel in Vorstellungen und Wünschen von Frauen nicht länger entziehen. Durch den politischen Druck der Frauenbewegung wurden einige Forderungen z. B. Frauenförderpläne und dreijähriger Mutterschaftsurlaub in Betrieben und Verwaltungen durchgesetzt. Nicht mehr nur Abwehrkämpfe, sondern zugleich positive Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen insgesamt stehen auf der Tagesordnung. Die Frauen sind derzeit die einzige gesellschaftliche Gruppe, die eigene weitreichende spezifische Interessen durchzusetzen vermag. Auf der anderen Seite stoßen jedoch diese Interessen immer noch an die Grenzen des kapitalistischen Systems: einmal durch das Streben der Unternehmer nach Profitmaximierung, zum anderen auf Grund der nach wie vor bestehenden Zustän-

digkeit von Frauen für die Haus-, Familien und Beziehungsarbeit. Zumal dieser zweite Bereich muß in der Zukunft durch die Gewerkschaftspolitik sehr viel stärker berücksichtigt werden. Die doppelte Unterdrückung der Frau darf nicht mehr nur angeklagt werden. Sie muß auch zum Gegenstand konkreter politischer Auseinandersetzungen werden.

»Doppelte Unterdrückung« meint hier nicht die Unterdrückung im Produktions- und im Reproduktionsbereich. Vielmehr bezieht sich die doppelte Unterdrückung auf jeden dieser Bereiche. Hier soll es vor allem um den Reproduktionsbereich gehen: Frauen werden innerhalb der Familie erstens durch die Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie ausgebeutet – zweitens direkt durch den Mann, der sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zunutze macht. Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist nicht nur eine historisch gewachsene. Sie wird in ihrer heutigen Form durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse immer wieder reproduziert. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist für das Kapital äußerst funktional. Hausarbeit ist in ihrer privaten Form die billigste Art und Weise, um die Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten. Sie wird in dem Maße vergesellschaftet, wie es für die Unternehmer notwendig oder günstig ist. Daher können auch moralische Appelle an die Männer, daß sie sich mehr an Kindererziehung und Hausarbeit beteiligen sollen, keine wesentlichen Veränderungen bewirken. Natürlich wurden durch den individuellen Kampf im sog. »privaten Bereich«, aber auch durch Initiativen der Frauenbewegung schon wichtige Bewußtseinsveränderungen erreicht. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung kann aber nicht allein auf diesem Wege abgeschafft werden.

Auch eine Änderung der Eigentums- und der Produktionsverhältnisse bewirkt nicht notwendig eine Änderung der Reproduktionsverhältnisse. Die auch heute noch in der DDR und anderen sozialistischen Staaten vorherrschenden traditionellen Rollenklischees und das auch in sozialistischen Ländern fortbestehende Problem der Unvereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen ist dafür inzwischen ein Beleg.

Kann die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Unterdrückung der Frauen durch die patriarchalischen Verhältnisse nicht schon in einer privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft an Bedeutung verlieren und damit auch abgeschafft werden? Einerseits spielt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bei der Aufrechterhaltung der kapitalistisch-patriarchalischen Strukturen eine wesentliche Rolle. Andererseits ist es für das Kapital relativ gleichgültig, ob Männer oder Frauen Arbeitsplätze einnehmen oder welche Berufsfelder von welchem Geschlecht besetzt werden. Im Streben nach Extraprofit erweisen sich die patriarchalischen Ideologien als sehr nützlich. Das Interesse der Unternehmer an der Frauenarbeitszeit ist jedoch ambivalent. Einmal sind sie daran interessiert, qualifizierte Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf Reproduktionsanforderungen einzusetzen. Die wesentliche ökonomische Funktion der Frauen ist die einer disponiblen industriellen Reservearmee. Ihr besonderer Wert liegt nicht nur in der jeder Arbeitskraft zukommenden Fähigkeit, Mehrheit zu schaffen, sondern auch in ihrer besonders flexiblen und rentablen Anwend- und Austauschbarkeit sowie in der Möglichkeit, sie doppelt unter Druck zu setzen: Kosten zu sparen, indem staatliche Aufgaben im Reproduktionsbereich privatisiert werden, die Frauen so mit einem Übermaß an Arbeit an die Familie zu binden und damit vom Erwerbsleben fernzuhalten und sie kurzfristig und auf Widerruf in die Produktion einzubeziehen. Ihre Unterdrückung als Geschlechtswesen in der Form der Lohndiskriminierung bestimmt also die Möglichkeit der Profitsteigerung.

Die jüngsten Maßnahmen und Diskussionen zur Frauenförderung und Quotierung in den Unternehmen zeigen jedoch, daß die Funktion der – hauptsächlich aus Frauen gebildeten – industriellen Reservearmee, aufgebrochen wird. Verschiedene Konzerne und Unternehmen haben von sich aus Maßnahmen zur Förderung von Frauen getroffen. Auf diese Weise sollen bisher weitgehend brachliegende Ressourcen von qualifizierten Arbeitskräften in der Privatwirtschaft genutzt werden.²⁵ Die traditionelle Prämisse, daß zuerst immer Männer eingestellt werden, geht zu Lasten der Qualifikation. Die praktizierten

Männerquoten bei Einstellungsverfahren gehen soweit, daß Männer selbst mit geringerer Qualifikation und schlechteren Noten gegenüber Frauen oftmals bevorzugt werden. Das widerspricht im Grunde dem unternehmerischen Interesse, die menschliche Arbeitskraft möglichst effektiv einzusetzen. Ein Leitfaden zur Frauenförderung in Betrieben stellt daher fest: »Die Überprüfung von Arbeitsplatzanforderungen zeigt in vielen Fällen, daß die gewünschten Qualifikationen traditionellen Rollenbildern, nicht aber den Vorstellungen von flexibler, offener Personalpolitik entsprechen.«²⁶ Auch Hubert Markl, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat darauf hingewiesen, daß wertvolle geistige Ressourcen verschwendet werden, die schließlich für teures Geld zu Lasten der Steuerzahler ausgebildet wurden – die Frauen. Das sei nicht nur für die Betroffenen, sondern für die Gesellschaft schädlich. Auch die Wirtschaft macht sich mittlerweile ernsthaft Sorgen um die Beteiligung der Frauen am Produktionsprozeß. Die Zeitschrift »Karriere« betont: »Es herrscht ein Mangel an weiblichen Führungskräften, dem zur Zeit jedoch noch nicht entsprochen werden kann.«²⁷

In diesem Zusammenhang werden die Erfahrungen, die die Frauen in ihrer Mutterrolle, in der Familie gemacht haben, besonders hervorgehoben. Für das Klima im Unternehmen können solche Erfahrungen besonders wertvoll sein. Das besondere weibliche Arbeitsvermögen soll unter Effizienzkriterien genutzt werden. Unternehmer in den USA haben schon seit längerem erkannt, daß es in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt, die Ressourcen der weiblichen Mitarbeiter besser zu nutzen. Durch die Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten – affirmative action plans – konnte z. B. die Zahl von Frauen im Management und in Führungspositionen in den letzten beiden Jahrzehnten fast verdreifacht werden – von 16,6% auf 41,6%.²⁸ Durch »affirmative action« wurden in vielen Unternehmen der USA Frauenförderpläne umgesetzt.

Im besonderen Interesse des Kapitals liegt dabei die Erhöhung des Frauenanteils auf Führungsebene. Frauen in den unteren Ebenen der Hierarchie werden dagegen kaum gefördert.

Trotz affirmative action arbeiten immer noch 80% der erwerbstätigen Frauen in nur 25 der 420 klassifizierten Berufe; Frauen in den USA verdienen heute nur 59 Cent von jedem Dollar, der einem Mann ausbezahlt wird – auch hier zeichnet sich eine Feminisierung der Armut ab.²⁹

Die Soziologin Rosabeth Moss Kanter weist darauf hin, daß jene Unternehmen, die während der letzten zwanzig Jahre eine progressive Personalpolitik – und dies schloß Aktionsprogramme mit numerischen Zielvorgaben ein – betrieben haben, größeres finanzielles Wachstum und mehr Profit erzielt hatten, als jene, die diesen Weg nicht gegangen sind.³⁰ In den USA erweist sich also das Argument der langfristigen wirtschaftlichen Effizienz derartiger personalpolitischer Maßnahmen, wie sie in den affirmative action plans vorgegeben werden, für die Unternehmer als durchaus überzeugend. Unternehmer entwickeln also demnach erstens ein neues spezifisches Interesse an Frauenarbeitskraft; zweitens ist das Kapital in der Lage, den gesamten Lebenszusammenhang – d. h. auch Fähigkeiten und Gefühle von Frauen – für seine ökonomischen Zwecke zu nutzen. Das Interesse des Kapitals an der Erwerbstätigkeit der Frauen hat sich sowohl quantitativ als auch qualitativ verändert, ohne daß das Prinzip der Profitmaximierung angetastet wird. So zeichnet sich auch unter kapitalistischen Bedingungen die Möglichkeit ab, daß eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen im Produktionsbereich gewährleistet werden kann. Die Durchsetzung dieser Politik wäre aber mit dem Preis einer extrem hohen Massenarbeitslosigkeit verbunden. Würden Frauen bis zum Jahr 2000 weiter auf einer unabhängigen Existenz durch eigene Erwerbsarbeit bestehen, dann müßten zusätzlich mehr als 6 Millionen Arbeitsplätze bereitgestellt oder eine entsprechende Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf rund 10 Millionen in Kauf genommen werden.³¹ Quotierung beispielsweise wird unter den Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation in vielen Fällen zunächst nicht mehr als eine gerechtere Mängelverwaltung bewirken. Es gibt aber auch keinen Grund, Berufsarbeit in Krisenzeiten zu einem »Privileg« der Männer zu erklären.

5. Frauenpolitik der Gewerkschaften – nicht nur für die 90er Jahre

Wenn es zutrifft, daß die tradierten Geschlechterrollen und die Reservearmee-funktion von Frauen aufgebrochen werden, nicht die Emanzipation, aber zumindest eine Gleichstellung der Frauen im Kapitalismus partiell möglich ist, dann muß es zu einem grundsätzlichen Umdenken in der Frauenpolitik der Gewerkschaften kommen. Das autonome Aufgreifen von frauenspezifischen Interessen wird immer wichtiger. Der enge gewerkschaftliche Interessenbegriff muß weiter gefaßt werden, um den gesamten Lebenszusammenhang von Frauen zu erfassen. Nicht nur ihre Ausbeutung als Lohnarbeiterin, sondern auch die Ausbeutung im privaten Bereich der Kleinfamilie muß in zukünftige Konzepte der politischen Frauenarbeit aufgenommen werden. Die Interessen von erwerbstätigen Frauen richten sich nicht mehr ausschließlich auf ihren Arbeitsplatz. Gerade in der derzeitigen Umbruchsituation werden grundsätzliche, bisher nie hinterfragte Lebensorientierungen von Frauen brüchig. Die veränderten Wertvorstellungen und Ansprüche werfen neue Fragen auf. Auf der einen Seite ist der emanzipatorische Charakter der Frauenerwerbstätigkeit selbstverständlich geworden. Frauen können heute ihre Interessen auch außerhalb des Berufs eher formulieren, wo Mann keine Interessen vermutet hätte. Es ist heute schlicht verkürzt zu sagen, daß Frauenerwerbstätigkeit das alleinige Mittel zur Emanzipation ist. Natürlich bleibt die Lohnarbeit wesentliche Voraussetzung der Emanzipation. Allerdings können auch von der Haus-, Familien- und Beziehungsarbeit Anstöße für ein soziales und politisches Engagement ausgehen. Bisher wurde innerhalb der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung meist die Frauenhausarbeit gegen die Frauenerwerbstätigkeit gestellt, als scheinbar unvereinbarer Gegensatz. Das entspricht aber heute nicht mehr den Wünschen und Vorstellungen von Frauen. Sie wollen die Erwerbstätigkeit mit der Arbeit zu Hause oder einfach mit einem »Nicht-er-

werbstätig-sein-müssen« verbinden. Sie wollen Zeit für sich selber, Zeit für den Partner, Zeit für die Kinder haben und berufstätig sein. Und diese Interessen gehen eben über die Probleme, die nur den Arbeitsplatz betreffen, hinaus.

Nicht nur die Gewerkschaften müssen die Institution der Kleinfamilie problematisieren und dabei Überlegungen zu alternativen Lebensformen öffentlich diskutieren – der Lebensrealität von Frauen entspricht es schon allemal. Die Überwindung der Kleinfamilie als »Keimzelle des Staates« ist der wichtigste Hebel zur Abschaffung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Eine langfristige Perspektive für die Frauenpolitik der Gewerkschaften muß sich also viel mehr am Wandel der Wertvorstellungen von Frauen orientieren und über den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital hinaus auch den Gegensatz zwischen den Geschlechtern thematisieren. Daraus ergibt sich eine doppelte Aufgabe: die Gewerkschaften müssen an den Interessen des Kapitals, Frauen in bestimmten Bereichen zu fördern, ansetzen; gleichzeitig müssen aber der Ausbeutung von Frauen die bisher traditionellen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik entgegengesetzt werden.

Kurzfristig ist für die Gewerkschaften die Quotierungsforderung zum Prüfstein geworden. Hier wird sich zeigen, ob auch die männlichen Kollegen bereit sind, einen Teil ihrer Macht abzugeben und sich massiv für Frauenförderung einzusetzen. Die Bedeutung der Quotierung für die Gewerkschaftsorganisationen, für Betriebe und Verwaltungen macht zugleich deutlich, daß das »Arbeitnehmerpatriarchat« noch längst nicht überwunden ist. »Nach langwierigen Beratungen und kontroversen Diskussionen haben inzwischen wichtige Gewerkschaften³² Frauenförderpläne und der DGB einen Gleichstellungsplan beschlossen, die sich allesamt auf ehren- und hauptamtliche Beschäftigte beziehen sowie auf solche Funktionen, für die Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht besitzen. Die Pläne sehen Quoten und eine Berichtspflicht vor. Sie verlangen familienfreundliche Arbeitszeiten, aber es fehlt den Plänen eine wirk-same Sanktionsmöglichkeit bei Verstößen gegen die ohnehin nur als Absichtserklärung formulierte Frauenförderung.«³³ Die

bisherige Bilanz der Umsetzung dieser Beschlüsse und der Diskussionen über Quotierung innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften fällt allerdings negativ aus. Irmgard Blättel vom DGB-Bundesvorstand ist wie Veronika Keller-Lauscher von der IG Chemie gegen eine starre Quote.³⁴ Auch die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen konnte sich bislang noch nicht mit einer Quotierungsregelung anfreunden, obwohl der Anteil der Frauen in dieser Gewerkschaft bei 59% liegt. Unter den BetriebsrätInnen in ihrem Organisationsbereich beträgt der Frauenanteil immerhin schon 41 Prozent.³⁵ Der Frauenförderplan für die IG Metall wird bislang nicht umgesetzt.

Mittlerweile stößt frau in dieser Frage auf massiven Widerstand. Innerhalb der gewerkschaftlichen Diskussion werden vor allem zwei Argumente gegen eine Quotierung vorgebracht.

1. Der Mangel an Arbeitsplätzen soll nur gerechter verteilt werden. Quotierung als Mängelverwaltung bedeutet, daß unnötige politische Kräfte darauf verwandt werden, um die knappen Arbeitsplätze gerecht zu verteilen. Statt dessen sei es sinnvoll, für neue und bessere Arbeitsplätze zu kämpfen. Quotierung allein schafft natürlich keine neuen Arbeitsplätze. Daher muß der Kampf für die Durchsetzung einer Quotierung aller Ausbildungs- und Arbeitsplätze zugunsten von Frauen in den Kampf um Frauenförderungspläne, menschenwürdige Arbeitsplätze, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme eingebettet sein. Das zweite Argument lautet: die Quotierung treibt die Spaltung zwischen den Geschlechtern voran. Unter kapitalistischen Verhältnissen wird es – als Reaktion auf die vom Kapital betriebene Spaltung der Arbeiterklasse (auch) in Männer und Frauen – zunächst immer wieder zu Interessenkonflikten zwischen den Geschlechtern kommen. Allerdings muß das Verhältnis zwischen allgemeinen und Fraueninteressen in der Arbeiterbewegung bewußt bestimmt werden. Das heißt: die Forderungen sind so zu vereinheitlichen, daß sie die Emanzipation von Männern und Frauen voranbringen. Quotierung ist dabei auch eine frauenspezifische Konkretisierung des Rechts auf Arbeit. Erst die Integration der Quotierungsforderung in die Forderung nach dem Recht auf Arbeit beinhaltet für Frauen eine

konkrete Perspektive im Kampf für Arbeit. Wie lange schon wurden aber Frauen damit hingehalten, daß die Durchsetzung allgemeinpolitischer Forderungen vorerst wichtiger sei als der partikuläre Einsatz für Fraueninteressen? Mit solchen Argumenten wurden Frauen bislang auf eine ungewisse Zukunft vertröstet. Quotierung bietet deshalb eine Chance, den Kampf um das Recht auf Arbeit und Ausbildung für alle konkreter zu führen und mehr Kräfte zu mobilisieren. Die Forderung nach Quotierung ist so ein Mittel gegen die strukturelle Aufspaltung von weiblichen und männlichen Lohnabhängigen. Wer kämpft schon für Forderungen, bei denen die eigenen Interessen nicht ausreichend zum Tragen kommen?³⁶

Auch bei der Diskussion um die 35-Stunden-Woche wurde dieser Zusammenhang deutlich. Viele Frauen standen 1984 der tarifpolitischen Auseinandersetzung um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zunächst eher reserviert gegenüber. Die Einzelgewerkschaften und der DGB haben jedoch erstmals die Bedeutung frauenspezifischer Interessen hervorgehoben. Frauen brauchen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, weil sie der Doppelbelastung von Familie und Beruf ausgeliefert sind, weil sie mehr Zeit für sich selber haben wollen, weil sie bei Teilzeitarbeit erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen müssen etc. Arbeitszeitverkürzung für alle bedeutet auch, daß sich Männer mehr an der Familien- und Hausarbeit beteiligen können. Die tägliche Arbeitszeitverkürzung ist für Frauen – wegen der physischen und psychischen Erleichterungen – besonders wichtig. Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche kann dabei nur ein erster Schritt sein. Schon jetzt haben Gewerkschaftsfrauen die Diskussion um den 6-Std-Tag aufgenommen, um eine konkrete Perspektive für die Tarifpolitik nach der Durchsetzung der 35-Std-Woche zu entwickeln, damit die 35-Std-Woche nicht in der gleichen Weise wie früher die 40-Std-Woche fixiert wird. Eine wirkliche Arbeitserleichterung für Frauen kann nur der 6-Std-Tag bringen. Dieses Ziel ist jedoch in den Gewerkschaften umstritten. Viele Gewerkschafter wollen erst einmal den Kampf um Realloohnerhöhungen in den Vordergrund rücken. Dagegen hat Ingrid Kurz-Scherf (DGB) bei

der letzten IG-Metall-Frauenkonferenz die Forderung formuliert, den 6-Std-Tag zum verbindlichen tarifpolitischen Ziel der Gewerkschaften zu erheben. »Die Männergesellschaft Metall hat sich die 35-Std-Woche auf die tarifpolitischen Segel geschrieben, ein Tabu, an dem frau augenscheinlich nicht kratzen darf.«³⁷ Und schon zeichnet sich in den Gewerkschaften ein neues Konfliktfeld zwischen den Geschlechtern ab.

Der 6-Std-Tag muß ein langfristiges Ziel der Gewerkschaften werden und bleiben. Ein weiteres Problem in der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik stellt die Teilzeitarbeit dar, die insbesondere Frauen betrifft. In der Bundesrepublik sind ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt. Dadurch können Frauen Familie und Beruf vereinbaren und müssen gleichzeitig nicht auf die Erwerbstätigkeit verzichten. In der Praxis hat sich Teilzeitarbeit als ein vielfältig benachteiligtes Beschäftigungsverhältnis etabliert. Sie ist heute ein gefährliches Rationalisierungsinstrument in der Hand des Kapitals mit negativen Auswirkungen auf die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze für Männer und Frauen. »Die Gewerkschaften stehen hinsichtlich der Teilzeitarbeit vor einem Dilemma: einerseits wird von ihnen die Vertretung der Interessen der Teilzeitbeschäftigten und der Teilzeitarbeit suchenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verlangt. Andererseits sind die Gewerkschaften aber gleichzeitig gefordert, eine wirksame Strategie zur Abwehr der Teilzeitarbeit als Rationalisierungs- und Marginalisierungsinstrument zu entwickeln.«³⁸ Auch weil die Teilzeitarbeit bislang »nur« ein Frauenproblem war, sahen die Gewerkschaften keinen Handlungsbedarf. Doch da mittlerweile auch Männer teilzeitbeschäftigt sind und sich teilzeitarbeitende Frauen in den Gewerkschaften organisieren, wächst auch die Erkenntnis der tarifpolitischen Regelungsnotwendigkeiten. Die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitszeiten birgt sicherlich negative Momente für die Frauenarbeit in sich, allerdings muß auch den subjektiven Wünschen von Frauen Rechnung getragen werden, die keine andere Möglichkeit sehen Familie und Beruf zu verbinden.

Neben diesen sog. neuen Fragen der Gewerkschaftsfrauenpo-

litik gibt es immer noch traditionelle Frauenforderungen, die aber ebenfalls bis heute nicht durchgesetzt werden konnten.³⁹

So fordern gewerkschaftlich organisierte Frauen schon lange neben der allgemeinen Erhöhung der Löhne eine überdurchschnittliche Anhebung in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen tarifvertraglich zu regeln oder – mit der gleichen Intention – keine prozentuale Lohnerhöhung, sondern einen bestimmten Sockelbetrag durchgehend für alle Lohn- und Gehaltsgruppen festzulegen.

Ingrid Kurz-Scherf weist nach, daß Tarifverträge nicht nur keine spezifischen Frauenforderungen beinhalten, sondern daß sie auch patriarchalische Berufsstrukturen verstärken, anstatt sie abzubauen. »Die sprachliche Struktur der Tarifgruppentexte ist andererseits aber auch nicht nur passive Widerspiegelung gesellschaftlicher Realität, sondern sie wirkt auch aktiv und bestärkend auf diese zurück und muß insofern durchaus als eine Form der indirekten Diskriminierung gelten.«⁴⁰ Alle Tarifverträge müßten auf diese Sprachform hin untersucht und dann auch verändert werden.

Die Tarifpolitik wird bislang zu wenig als möglicher Hebel für die Durchsetzung frauenspezifischer Forderungen genutzt. Warum sollten Frauenförderpläne und Quotierung in Betrieben und Verwaltungen nicht auch durch tarifpolitische Instrumente durchgesetzt werden? Nur wenn die Gewerkschaften sich ernsthaft für die Diskussion und Durchsetzung solcher Forderungen öffnen, können sie in der Zukunft der Aufgabe gerecht werden, die zunehmende Zahl der erwerbstätigen, lohnabhängigen Frauen in die gewerkschaftliche Organisation zu integrieren.

Allerdings muß auch gefragt werden, wie lange Frauen noch bereit sind, innerhalb der eigenen Organisation zu kämpfen. Sie könnten es auch müde werden, nicht nur den Kampf am Arbeitsplatz und im privaten Bereich, sondern auch noch in einer patriarchalisch strukturierten Gewerkschaft zu führen, wo Frauen allzu lange auf die Durchsetzung der eigenen Forderungen warten müssen.

Anmerkungen:

1 Vergleichsdaten: Karin Roth u. a. Träumen verboten. Gewerkschaftliche Frauenpolitik für die 90er Jahre. Hamburg 1984 und eigene Berechnungen.

2 Martin Baethge: Neue Technologien im Dienstleistungssektor: Chancen und Gefährdungen für Arbeits- und Berufsperspektiven von Frauen, in: Christiane Schiersmann (Hrsg.): Mehr Risiken als Chancen? Frauen und neue Technologien. Bielefeld 1988, S. 47.

3 Müller, W./Willms, A./Handl, J.: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980, Frankfurt a. M./New York 1983.

4 Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.

5 Alma Steinberg, Frauen in den Klassenverhältnissen. Unveröffentlichtes Referat, gehalten auf der Frauenkonferenz des IMSF »Klasse und Geschlecht« 17./18. September 1988.

6 Ebenda, S. 6.

7 Ebenda, S. 6.

8 Harald Bielinski/Burkhard Strümpel, Eingeschränkte Erwerbsarbeit bei Frauen und Männern, Berlin 1988.

9 Engelen-Kefer, Ursula, Referat der Pressekonferenz der Bundesanstalt für Arbeit am 18. 7. 1986 o. O.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

12 Die Zeit 23. 12. 1988.

13 Schreyer, M., Der sogenannte Pillenknick. Materialien und Überlegungen zum generativen Verhalten der Frau in der BRD, in: Frauen und Mütter. Beiträge zur 3. Sommeruniversität von und für Frauen, Berlin 1978.

14 Mädchen 1982. Eine repräsentative Untersuchung über die Lebenssituation von Mädchen in der BRD. Durchgeführt vom Deutschen Jugendinstitut im Auftrag der Zeitschrift Brigitte, Hamburg 1983.

15 Steinberg, Alma, Strukturdaten zur Frauenerwerbstätigkeit, in: Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hrsg.), Emanzipation in der Krise Frankfurt/Main 1985.

16 Bielinski/Strümpel a. a. O., S. 18.

17 Steinberg, Alma, 1985 a. a. O., S. 45.

18 Beiträge aus der Forschung. Herausgegeben von der Sozialforschungsstelle Dortmund, Landesinstitut, Band 20: Marianne Weg, Erwerbstätigkeit und Mutterschaft. Möglichkeiten und Probleme von Berufsunterbrechung bei Müttern mit Kindern unter drei Jahren – Kurzfassung – Dortmund 1987, S. 11.

19 Kurz-Scherf, Ingrid/Stahn-Willig, Brigitte, Gleiche Arbeit! – Gleicher Lohn! – und wer macht die Hausarbeit? Zur Frauenlohndiskriminierung in der BRD, in: WSI-Mitteilungen 4/1981.

20 Metz-Göckel, Sigrid/Müller, Ursula, Der Mann. Die Brigitte-Studie, Weinheim/Basel, 1986.

21 Nicht nur das Aufbrechen tradierter Rollenmuster ist ein Grund für die Veränderungen der Lebensformen, auch die Bedingungen und Ansprüche des Arbeitsmarktes hin zu einem verstärkten Zwang zur Mobilität ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Pluralisierung. Bisher wurde von den Frauen Mit-Mobilität verlangt – sie mußten den Anforderungen an die Erwerbstätigkeit der Männer Genüge leisten. Heute machen das viele Frauen nicht mehr mit, weil sie damit ihren eigenen Arbeitsplatz aufgeben müssen und auch ein gewisses Maß an Selbständigkeit und Unabhängigkeit.

22 Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft, S. 3, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 25. März 1988.

23 Hoffmann-Nowotny 1988, a. a. O.

24 Jansen, Mechthild, Quotierung gegen das Konkurrenzsystem, S. 10 in: Jansen, Mechthild (Hrsg.), Halbe-Halbe. Der Streit um die Quotierung, Berlin 1986.

25 Vgl. Christine Demmer, Frauen ins Management. Von der Reservearmee zur Begaubungsreserve, Frankfurt 1988.

26 Krebsbach-Gnath/Schmid-Jörg, Leitfaden zur Frauenförderung in Betrieben. Die Durchsetzung der Gleichberechtigung als Chance für die Personalpolitik. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Bonn 1985.

27 Karriere; Ein Supplement von Wirtschaftswoche und Handelsblatt.

28 Valeska von Roques, Quoten verschaffen uns einen Fuß in die Tür, in: Der Spiegel 25. 08. 1986.

29 Rosemarie Lück, Die Quotierung im Erwerbsbereich. Chancen und Grenzen einer Reformmaßnahme zur Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft, Diplomarbeit, Marburg 1987.

30 Rosabeth Moss Kanter, The Change Master: Innovation and Entrepreneurship in the American Corporation, New York 1983.

31 Claus Schäfer, Arbeitsmarktszenarien 2000 in: Kurz-Scherf/Breil (Hrsg.), Wem gehört die Zeit. Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, Hamburg 1987, S. 252.

32 Z. B. Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Industriegewerkschaft Metall, Gewerkschaft Nahrung, Genuß Gaststätten, Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie der DGB mit einem Gleichstellungsplan, der DGB Landesbezirk Hessen sowie der DGB Kreis Göttingen.

33 Marliese Dobberthien, Ein dorniger Weg. Frauenförderung in den Gewerkschaften, S. 141, in: Weg/Stein (Hrsg.), Macht macht Frauen stark. Frauenpolitik für die 90er Jahre, Hamburg 1988.

34 Mechthild Jansen, Die Gewerkschaft tut sich schwer mit der Quote, in: DVZ 28. 10. 1988.

35 Erika Martens, Fest in Männerhand, in: Die Zeit 4. 11. 1988.

36 Alma Steinberg, Recht auf Arbeit und Quotierung, in: Marxistische Blätter 2/86.

37 EMMA November 1988.

38 Ingrid Kurz-Scherf, Von der Emanzipation des Brunnenmädchens in Heilbädern, in: WSI-Mitteilungen 8/86, S. 547.

39 Zu den sog. neuen Fragen gehören sicherlich noch weitere Probleme, wie: Umbewertung von Berufsbildern; Neu-Definition des Arbeitsbegriffs; § 218; Vergesellschaftung von Reproduktionsaufgaben etc. Es würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wenn auf alle diese Probleme ausführlich eingegangen werden würde.

40 Ingrid Kurz-Scherf, Von der Emanzipation des Brunnenmädchens in Heilbädern, in: WSI-Mitteilungen 8/86.

Gewerkschaften und Jugendliche – Ausblicke auf die LohnarbeiterInnen- Generation der 90er Jahre

1. Schlaglichter

Ein italienischer Kommunist und ein deutscher Sozialdemokrat im Gespräch über die soziale Basis ihrer Organisationen: »OCCHETTO: Ich glaube, unser wirklich großes Problem sind die Jugendlichen. GLOTZ: Wie bei der SPD. . .«¹

Dieses Eingeständnis des führenden PCI-Repräsentanten samt selbstkritischer Ergänzung des sozialdemokratischen Vordenkers Peter Glotz ist durchaus symptomatisch für das Verhältnis von westeuropäischer Arbeiterbewegung und junger Generation. Kaum eine sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Partei, kaum eine Gewerkschaftsorganisation, die nicht Schwierigkeiten mit der Aktivierung und organisatorischen Einbindung Jugendlicher hätte.² Bedenkt man, daß in der Vergangenheit die jeweils dynamischen Bewegungen meist auch diejenigen waren, denen »es gelang, relevante Teile der Jugend zu mobilisieren«, während »Vergreisung« identisch war mit einem »Verlust von Dynamik«³, so scheint es derzeit um die Zukunft der Arbeiterbewegung nicht gut bestellt. . .

Szenenwechsel: West-Berlin. Aufgrund des Inselcharakters, der Zusammenballung unterschiedlichster Milieus und einer hohen kommunikativen Dichte seit Jahrzehnten ein urbanes Zentrum mit Vorreiterfunktion für Stile, Bewegungen, Trends, Moden, Strömungen. Ein Blick auf politische Tendenzen in den

Jugendkulturen der Stadt am Ende der 80er Jahre vermittelt das Bild einer tief gespaltenen Generation.

In den Hochschulen eine neue StudentInnen-Bewegung, die von Berlin ausgehend ins Bundesgebiet »überschwappt«. Die Proteste sind spontan, die Ursachen der Unzufriedenheit vielfältig. Neben unzumutbaren Studienbedingungen werden Wissenschaftsinhalte, Zwecksetzung von Forschung und Lehre und hierarchische Entscheidungsstrukturen kritisiert. Die Aktionsformen liegen zwischen kommunikativem Happening und militanter Besetzung. Hervorstechendes Merkmal der Protestwelle: Sie entfaltet sich neben, z. T. sogar gegen studentische Interessenvertretungen (Asten, Fachschaften) und formelle politische Strukturen. SprecherInnen linker Hochschulgruppen werden behandelt wie »normale Politiker«. Zwar ist eine links-alternative Wertorientierung (Ökologie, Feminismus, Demokratisierung, Autonomie) unter den Aktiven verbreitet, aber auch das Verhältnis zu grün-alternativen Organisationen mit basisdemokratischem Anspruch ist eher durch nüchternes Interessenkalkül bestimmt. Hervorstechendes Merkmal der Bewegung ist das Prinzip der Selbstorganisation. Häufig kristallisieren sich Forderungen und Ziele erst nach einem langen, intensiven Diskussionsprozeß in autonomen Seminaren heraus. Bei im Vergleich zu Studentenstreiks der 70er und frühen 80er Jahre enorm hoher Beteiligung wird nach einem neuen politischen Konsens an den Hochschulen gesucht. Die Binnenstrukturen der Bewegung werden stets mitreflektiert; Geschlechterbeziehungen und Sexismus sind zum thematischen Dauerbrenner geworden. . .⁴

Dagegen bei den Berliner Senatswahlen ein entgegengesetztes Signal: Mit den Republikanern zieht eine rechtsextreme Partei ins Parlament ein. Wenig später greift dieser Trend bei den hessischen Kommunalwahlen auf das Bundesgebiet über. Besonders beunruhigend daran: Erstmals seit Jahrzehnten können sich die ultrakonservativen und neofaschistischen Gruppierungen in überdurchschnittlichem Maße auf Jungwähler stützen. In Berlin erzielten die Republikaner insgesamt 7,5%, bei den 18- bis unter 24jährigen aber 14,3%.⁵ Eine auch zuvor bei einem Teil

der Jugendlichen schon latent vorhandene⁶ aggressiv-nationalistische Orientierung setzt damit öffentlich sichtbare politische Akzente. Die den aktiven Kern des »Protests von Rechts« auszeichnenden Wertorientierungen wirken wie die exakte Umkehrung des kulturellen Habitus der neuen Studentenbewegung: Demonstrative Betonung nationaler Identität, rassistische Ressentiments und Ausländerfeindlichkeit; die Sehnsucht nach kameradschaftlicher »Vergemeinschaftung«, Autoritätsfixierung, Männlichkeits- und Führerkult sowie gegen egalitär-radikaldemokratische Wertorientierungen gerichteten Ungleichheitsideologem sind »identitätsstiftend«.⁷ Libertäre und links-alternative Bewegungsmilieus mit deutlich syndikalistischen Zügen auf der einen und aggressiv-nationalistischer Protest auf der anderen Seite – kurze Episode oder doch schon Pole einer politischen Jugendgeneration der 90er Jahre? Liegt hier bereits der Keim einer Konfrontation, deren Dynamik auch den LohnarbeiterInnen-Nachwuchs erfassen und in gegensätzliche, je feindliche Lager spalten könnte?

2. Gewerkschaftliche Jugendarbeit: Konzeptionelle Lücke

Wie die reale Entwicklung verlaufen wird, hängt nicht unwesentlich davon ab, ob es im »vorphysischen« Raum agierenden Massenorganisationen wie den Gewerkschaften gelingt, sich frühzeitig mit solchen Tendenzen auseinanderzusetzen. Den gewerkschaftlichen Jugendorganisationen fällt diesbezüglich eine Schlüsselfunktion zu.

Schon in der Vergangenheit waren Neu- und Umorientierungen der Gewerkschaften häufig mit Generationswechseln und -brüchen verbunden. Nach Kriegsende wurden antifaschistisch-gewerkschaftliche Neuordnungsvorstellungen hauptsächlich von Altersgruppen getragen, die noch in der Arbeiter-

bewegung der Weimarer Republik politisch sozialisiert worden waren. Dagegen galt die nachwachsende LohnarbeiterInnen-Generation schon bald als Kronzeugin für die Verbürgerlichung des Proletariats und das Ende einer klassenbewußt-sozialistischen Arbeiterbewegung. Jugendforscher wie K. Bednarik bescheinigten dem zur »inneren Anarchie befreiten jungen Arbeiter«, daß er sich aufgrund des gehobenen Lebensstandards und der dadurch ermöglichten Keimformen eines Individualbewußtseins aus »fiktiver Klassenzuordnung« und sozialistischer Ideologie emanzipiert habe.⁸ Schelsky und Mitarbeiter bestätigten diesen Befund und machten eine »deutliche Tendenz zur Abnahme der schichtenspezifischen Unterschiede und damit zur sozialen Gleichförmigkeit und Nivellierung der jugendlichen Verhaltensformen« aus.⁹ Parallel zur Verbürgerlichungs-Diskussion setzte sich, wenn auch nicht geradlinig, ein eher unpolitisch-jugendpflegerisches Verständnis von gewerkschaftlicher Jugendarbeit durch.

Eine umfassende Neuorientierung erfolgte erst im Zuge der Jugend- und Studentenbewegung am Ende der 60er Jahre. Oft neben oder gegen offizielle gewerkschaftliche Strukturen bildete sich eine Lehrlingsbewegung heraus, die schließlich wichtige Anstöße für eine Repolitisierung gewerkschaftlicher Jugendarbeit lieferte. Dies schlug sich u. a. darin nieder, daß sich innerhalb der Gewerkschaftsjugend ab 1971 mehrheitlich ein tendenziell klassenautonomes, antikapitalistisches Selbstverständnis durchsetzte.¹⁰ Die Neuorientierung war zunächst mit organisationspolitischen Erfolgen verbunden. Zwischen 1970 und 1975 nahm die Zahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder um 26% zu (+250 000), der Organisationsgrad stieg bei den unter 25jährigen von 12,9 auf 16,4%.

Mit ökonomischer Stagnation, anhaltender Jugendarbeitslosigkeit und »geistiger Tendenzwende« setzten jedoch Rückschläge ein. Auch wenn sich die Aktiven bei Streiks und Aktionen weiter in überdurchschnittlichem Maß aus jüngeren Altersgruppen rekrutierten, wurde es doch schwerer, Jugendgruppen zu erhalten oder neu zu gründen. Infolge des steigenden Durchschnittsalters der Berufsanfänger ging die Zahl der Jugendver-

treterInnen nach 1972 kontinuierlich zurück.¹¹ Selbst in Großbetrieben kam es zu einer Schwächung gewerkschaftlicher Präsenz in den Lehrwerkstätten; die Klein- und Mittelbetriebe (und damit die Mehrzahl der Auszubildenden) wurden ohnehin kaum erfaßt. In der nun aufbrechenden Strategiediskussion, den heftigen Kontroversen um »Betriebsorientierung« oder »offene Jugendarbeit« zeigte sich, daß es der Gewerkschaftsjugend schwer fiel, sich auf die veränderte Situation einzustellen. Zu Beginn der 80er Jahre gab die Vertiefung der »Organisationslücke« bei Jugendlichen der schwelenden Diskussion um die Krise gewerkschaftlicher Jugendarbeit neue Nahrung¹², zumal die stagnativen Tendenzen bei der Gewerkschaftsjugend in deutlichem Kontrast zu einer Welle außerparlamentarischer Bewegungen standen, die vor allem von jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen wurden. Angesichts überdurchschnittlicher Mitgliederverluste bei den unter 25jährigen erklangen bereits Warnrufe, dem DGB drohe ein »Abdorren seines »Lebensbaumes« von der Wurzel her«. ¹³ Die empirische Jugendforschung machte einen beträchtlichen Vertrauensverlust der Gewerkschaften in den jüngeren Altersgruppen aus. Konstatiert wurde, daß sich »den Jugendlichen Gewerkschaft heute als eine relativ ferne Institution« darstelle, der sie »mehrheitlich gleichgültig oder distanziert« gegenüberstünden. Junge Lohnabhängige assoziierten mit Gewerkschaften vor allem eine bürokratische Großorganisation, die sich in ihren Zielsetzungen, nicht aber in ihren Strukturen von anderen Bürokraten unterscheide.¹⁴

Solche Befunde haben in den letzten Jahren die Debatte um das Verhältnis von Jugend und Gewerkschaften geprägt. Resultat war neben einer stärkeren Öffnung für Bewegungsthemen (Frieden, Ökologie, Frauen) und einer Problematisierung verkrusteter Organisationsstrukturen¹⁵ der Versuch einer realistischen Standortbestimmung.¹⁶ Der negative Mitgliedertrend konnte inzwischen wieder umgekehrt werden.¹⁷ Ein neues Gesetz über Jugend- und Ausbildungsververtretungen eröffnet den Gewerkschaften erstmals wieder die Chance, in Betrieben Fuß zu fassen, in denen es zuvor keine (arbeitsfähigen) Interessen-

vertretungen gab. Besonders in Krisenregionen zeichneten sich Ansätze einer eigenständigen Aktivierung Jugendlicher ab. Um so schwerer wiegt, daß die inhaltlich-konzeptionelle Lücke der Jugendarbeit bislang nicht geschlossen werden konnte.

3. Selbstvergewisserung: Die Suche nach dem Subjekt gewerkschaftlicher Jugendarbeit

Gerade progressive Ansätze in der Jugend- und Jugendbildungsarbeit beruhen in ihren Leitvorstellungen häufig noch immer auf Konzeptionen, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre entwickelt worden sind.¹⁸ Damals waren harmonisierende Jugendtheorien, wie sie Schelsky und Tenbruck¹⁹ vorgelegt hatten, unter dem Eindruck der Jugendproteste einer kritischen Revision unterzogen worden. Ein kleiner Teil der Jugendforscher attackierte Vorstellungen einer sozial homogenen Jugend als Ausdruck der Mystifikation spätkapitalistischer Klassenverhältnisse. Ausgehend von der Basisthese, wonach nicht Altersphasen die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß festlegen, sondern umgekehrt soziologisch relevante Altersphasen durch den jeweiligen Entwicklungsstand von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestimmt werden, ließ sich die Existenz unterschiedlicher Klassen-Jugenden begründen.²⁰ Auch wenn Definitionen und strategische Bewertungen der proletarischen Jugendphase sehr unterschiedlich ausfielen²¹, blieb doch einer »stiller Konsens« dieser klassentheoretisch untermauerten Argumentationen. Als konstitutiv für die Besonderheit von Arbeiterjugend galten aus sozioökonomischen Verhältnissen, der Klassenlage bzw. der kapitalistischen Form des Bildungs- und Ausbildungssektors, abgeleitete objektive Interessen, die folglich auch im Zentrum einer antikapitalistischen Jugend(bildungs)arbeit stehen sollten. Übergreifendes Ziel war die Rekonstruktion eines kämpferisch-sozialistischen Klassen-

bewußtseins.²² Dieser »stille Konsens« wurde mit der Debatte um die »Krise der Arbeitsgesellschaft«, dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen und der nun einsetzenden Industrialismus- und Fortschrittskritik tiefgreifend erschüttert. Die stark diskussionsbestimmenden Shell-Jugendstudien von 1981 und 1985 konstatierten, daß sozialstrukturelle Merkmale kaum noch Aussagen über moralische, kulturelle und politische Optionen Jugendlicher zulassen.²³ Anstelle der Klassen- und Schichtzugehörigkeit rückte nun wieder die »Gesellschaft der Altersgleichen« ins Zentrum der Analyse.

Hauptverdienst der kapitalismus- und klassentheoretisch argumentierenden Jugendkonzeptionen war ohne Zweifel die radikale Kritik harmonisierender Theoriekonstrukte. Ihre Wirkung bestand häufig darin, daß soziale Ungleichheiten und spezifische Interessenslagen Arbeiterjugendlicher überhaupt zum Gegenstand von Jugend- und Bildungsarbeit gemacht wurden. Andererseits unterschätzten sie jedoch kulturelle Wandlungen – Individualisierungstendenzen, innere Differenzierung des Lohnarbeiternachwuchses und Veränderungen von Bedürfnissen und Wertorientierungen. Zumindest implizit leisteten sie so analytischem »Klassenreduktionismus« und wohl indirekt auch einer verengten Arbeiterjugendpolitik Vorschub.

3.1. Exkurs: Jugend, Vergesellschaftung, Individuation

Obwohl es keinen Grund gibt, zu klassenneutralen Jugendtheorien zurückzukehren²⁴, muß doch andererseits festgestellt werden, daß auch die Vorstellung einer homogenen Arbeiterjugend die soziale Realität längst nicht mehr trifft.

Eine modifizierte materialistische Jugendkonzeption muß darauf zielen, eine umfassendere Vorstellung von Widerspruchserfahrungen und Bedürfnissen und Interessen des Lohnarbeiternachwuchses zu gewinnen. Sie hat daher bei der in der Jugendphase geleisteten widersprüchlich-wechselseitigen Verschränkung von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion auszusetzen. Jede Gesellschaft als System sozialer Verhält-

nisse, dem die Produktionsverhältnisse eine besondere Qualität verleihen, ist darauf angewiesen, sich fortwährend im Verhalten der Individuen zu reproduzieren. Um gesellschaftliche Reproduktionserfordernisse in ihrer Tätigkeit zu realisieren – eine elementare Bedingung menschlicher Existenz – benötigen die Individuen entsprechende Handlungsfähigkeit. Die Aneignung handlungsfähig machender subjektiver Vermögen erfolgt in – über die Eigenlogik der Psyche gesteuerter – selbsttätiger Auseinandersetzung mit vergegenständlichten sozialen Erfahrungen. Durch die Anforderungen an das Produzentenverhalten erhält individuelle Handlungsfähigkeit eine besondere gesellschaftliche Formbestimmung. Dies bedeutet aber nicht, daß sich der Aneignungsprozeß in der Herstellung von Arbeitsvermögen erschöpft. Gemeint ist vielmehr die Ausbildung jener Bedürfnisse und Fähigkeiten, die die Individuen überhaupt erst in die Lage versetzen, sich in einer Pluralität ökonomischer, sozialer, kultureller und auch politischer Beziehungen zu betätigen. Bevor die Menschen ihren vollen Beitrag zur gesellschaftlichen und individuellen Existenzsicherung leisten, bilden sie »über einen längeren gesellschaftlichen Zeitraum (Kindheit, Jugend)« jene subjektiven Vermögen aus, die »sie in ihren Handlungen als bestimmte gesellschaftliche Individuen auf der ›Höhe ihrer Zeit‹ ausweisen.«²⁵ Dieser Prozeß »individueller Vergesellschaftung« ist zugleich untrennbar mit dem biophysischen Reifungsprozeß verknüpft, welcher im Zuge der kulturellen Evolution ebenfalls eine bestimmte historische Form erhält.²⁶ Zwecks Sicherstellung individueller Vergesellschaftung – ein widersprüchlicher Entwicklungsvorgang, der nicht ohne weiteres mit der Übernahme fertiger sozialer Rollen gleichgesetzt werden kann²⁷ – bildet jede Gesellschaft ein System »abgeleiteter Verhältnisse«, ihre »objektive Kultur« aus.²⁸ Jugend kann in diesem Kontext zunächst als altersphasenspezifische Konfiguration »abgeleiteter Verhältnisse« und darin gebündelter gesellschaftlicher Handlungsanforderungen definiert werden, zu dem sich die Heranwachsenden in nach sozialer Herkunft, individueller Klassenposition, Geschlecht etc. variierender Weise je individuell in Beziehung setzen und dabei ihre un-

verwechselbare Persönlichkeit entwickeln. Historische Grundlage hierfür ist die erst in der bürgerlichen Gesellschaft erfolgende Herausbildung eines gesonderten Sektors schulischer und beruflicher Qualifizierung.²⁹ Insofern ist Jugend allerdings »Phase der Herstellung von Arbeitsvermögen durch Schule und Ausbildung«.³⁰ Besser: Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen fixieren die Tätigkeitsschwerpunkte Jugendlicher außerhalb von Herkunftsfamilien und unmittelbarer Produktion; dies aber nur insoweit, als schulisches oder berufliches Lernen aufgrund biographischer Bedeutung, Zeitaufwand und dadurch strukturierter Sozialbeziehungen das Fundament aller anderen Tätigkeitsformen Heranwachsender bildet.

In der Konsequenz dieses hier nur schemenhaft dargestellten Ansatzes liegt, daß (1) makrosoziologische und individualgeschichtliche Dimension des »Phänomens Jugend« nicht mehr künstlich voneinander getrennt werden. Jugend läßt sich so als lebensphasenspezifischer, Vergesellschaftung und Individuation gleichermaßen umfassender, tätigkeitsvermittelter Entwicklungsprozeß begreifen.³¹ Dem individuellen Hineinarbeiten in gesellschaftliche Verhältnisse entspricht auf der individuellen Subjektebene das, was Leontjew als »zweite Geburt der Persönlichkeit«³² bezeichnet. Mit dem Einmünden in die sozial regulierte Jugendphase verändern und erweitern sich die Beziehungen der Heranwachsenden zu ihrer Umwelt. Die Auseinandersetzung mit diesen äußeren Anforderungen wird als innere, psychische, über Bedürfnisse und Motive vermittelte Tätigkeit zurückgespiegelt. In einem verschiedenen Phasen und krisenhaften Brüche durchlaufenden Prozeß entsteht so die sich ihrer selbst bewußte Persönlichkeit.

Damit rücken zugleich (2) die Vermittlungen zwischen jugendlichen Individuen und Gesellschaft ins Zentrum der Analyse. Die sich über die konkrete Lebenspraxis realisierende gesellschaftliche Determination der Individuen beginnt in der frühkindlichen Phase durch die Transformation subjektiv relevanter Lebensbedingungen in von den Individuen verinnerlichte Habitusformen. Der Habitus funktioniert nach dem Zirkelprinzip. Als »inkorporierte Notwendigkeit« transformiert er

die den objektiven Existenzbedingungen eingeschriebenen Zwänge und Beschränkungen in ein vorwiegend unbewußt wirkendes System von Gefühlshaltungen, Dispositionen und Klassifikationsschemata. Diese den Individuen zur »zweiten Natur« gewordenen Präferenzen wirken (gemeinsam mit dem Klassenethos) zugleich als Regulativ der Praxisformen; ihr Operator ist der differenzierende Geschmack. Als »strukturierende Struktur« scheiden Habitusformen der jeweiligen Lage und Situation angemessene von unangemessenen Handlungsalternativen, reproduzieren somit klassenspezifische Formen kulturellen (Selbst-)Ausschlusses.³³ Im Verlauf individueller Entwicklung werden die Habitusformen modifiziert und in ihrer Wirkung relativiert. Individuelle Vergesellschaftung erfolgt nun mehr und mehr über die bewußte Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrung, die Aneignung historischer Individualitätsformen.³⁴ Jugend setzt sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Individualitätsformen zusammen, läßt sich nicht einfach als »Derivat« aus der Individualitätsform des doppelt freien Lohnarbeiters herausdestillieren.³⁵ Der Gedanke einer klassenspezifischen Differenzierung von Jugend ist damit (3) keineswegs aufgegeben. Nach wie vor dient die Jugendphase auch der Reproduktion der Klassengesellschaft; aber die Formen, in denen dies geschieht, die dadurch bestimmten Lebens- und Entwicklungsbedingungen Jugendlicher, ihre Erfahrungsräume haben sich im Zuge kapitalistischer Entwicklung tiefgreifend gewandelt.³⁶ Zudem ist in Rechnung zu stellen, daß die gesellschaftlich strukturbestimmenden Produktions- und Klassenverhältnisse nicht unbedingt auch lebensgeschichtlich das Primäre sind.

Ausgehend von diesem reproduktionsbezogenen Jugendverständnis können nun strukturelle Veränderungen im Vergesellschaftungsmodus des Lohnarbeiternachwuchses samt ihrer Konsequenzen für gewerkschaftliche Klassenbildungsprozesse betrachtet werden.

3.2. Vom arbeits- zum bildungszentrierten Lebenszusammenhang

Beginnen wir zunächst mit den epochalen, sich über Jahrzehnte hinweg durchsetzenden Wandlungen des Jugendalters.

Grundtendenz ist eine letztlich in der Produktivkraftentwicklung und der Expansion des Bildungs- und Ausbildungssektors wurzelnde, sich über soziale Kämpfe und politische Entscheidungen durchsetzende zeitliche Ausdehnung und klassenübergreifende Verallgemeinerung von Jugend. Aufgrund verlängerter Schulzeiten, dem gestiegenen formalen Bildungsniveau und einer vermehrten Bildungsbeteiligung des weiblichen Geschlechts ist Jugend mindestens bis zum 17. Lebensjahr, z. T. aber auch darüber hinaus, ein vorwiegend durch die Schule strukturierter Lebenszusammenhang geworden. Mündete die Masse der Arbeiterjugendlichen noch während der 50er Jahre nach Abschluß der Pflichtschulzeit, also i. d. R. mit 14, in ein betriebliches Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis ein, so sind die Berufsanfänger der 80er Jahre häufig schon 18 Jahre und älter.³⁷ Während die Erfahrung mit Lohnarbeit, betrieblichen Machtverhältnissen und Konflikten biographisch aufgeschoben wird, setzt die bewußte Aneignung und Stabilisierung moralischer, kultureller und politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit bezogen auf andere Lebensbereiche durchschnittlich früher ein.³⁸ Dieser Befund einer scherenförmigen Auseinanderentwicklung von produktionsbezogener Erfahrungsaneignung einerseits und politischer Bewußtseinsbildung andererseits ist allerdings insofern zu relativieren, als politisches Lernen prinzipiell lebenslang dauert³⁹ und hierfür relevante Deutungsmuster und Wertorientierungen sich erst mit der Fixierung der individuellen gesellschaftlichen Position, also zumeist während des dritten Lebensjahrzehnts, verfestigen.⁴⁰ Da in den Altersgruppen der 20- bis unter 30jährigen drei Viertel der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen (meist abhängig) erwerbstätig sind, kann von einer durchgängigen Freisetzung von Lohnarbeit keine Rede sein. Für junge Frauen ist im dritten Lebensjahrzehnt sogar das umgekehrte Phänomen, eine steigende Erwerbsquote charakteristisch.⁴¹

Im Zuge dieser sozialstrukturellen Umbildung der Jugendphase wandeln sich zugleich die dominanten Tätigkeitsformen. Bei den dauernder Leistungskontrolle unterworfenen SchülerInnen überwiegt eine relativ abstrakte, reflexiv-rezeptive Lernfähigkeit. Diese Tendenz setzt sich zunehmend auch im Produktionssektor fort. In der (groß)betrieblichen Ausbildung wächst der Anteil theoretischer Wissensvermittlung. Zudem verlagern sich mit der Automatisierung der Arbeitsprozesse und der Tertiärisierung der Tätigkeitsstruktur die Qualifikationsanforderungen von manuell-handwerklichen Fertigkeiten hin zu kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten, führen zur verstärkten Beanspruchung von Flexibilität, Kreativität und Abstraktionsvermögen.⁴² Nicht zuletzt aus diesem Grund verliert das – schon durch die Taylorisierung der Arbeitsprozesse brüchig gewordene – traditionelle, auf qualifizierte, z. T. körperlich harte Tätigkeit und entsprechenden Produzentenstolz gegründete Arbeitsethos von Industriearbeitern weiter an lebenspraktischer Bedeutung.⁴³

Im Reproduktionssektor partizipieren Jugendliche auf spezifische Weise an den schon für die Lebensweise der LohnarbeiterInnen insgesamt festgestellten Individualisierungstendenzen.

Innerhalb der Herkunftsfamilien dominiert die Tendenz zur Liberalisierung von Erziehungsstilen und -zielen; infolge der partiellen Entwertung elterlichen Orientierungswissens wird das Verhältnis zwischen den Generationen neu ausbalanciert.⁴⁴ Das Aufholen junger Frauen bei den Schulabschlüssen und die damit verbundenen Anspruchshaltungen an Arbeit und Beruf haben zur Lockerung tradierter Geschlechterverhältnisse beigetragen, ohne freilich am Kern patriarchalischer Herrschaft und frauenspezifischer Benachteiligung etwas zu ändern. Die Konsumoptionen Jugendlicher sind durchschnittlich gewachsen, zugleich hat sich allerdings auch die lebensgeschichtliche Dauer materieller Abhängigkeit vielfach verlängert.⁴⁵ Trotz unterschiedlich verteilter Konsumchancen ist davon auszugehen, daß auch für den Arbeiterklassen-Nachwuchs in Grenzen ein »Leben vor der Arbeit« möglich geworden ist. Lebensgeschichtlich geht die Einübung in die Individualitätsform des ge-

nußfreudigen, unterscheidungsfähigen Konsumenten der Aneignung von Produzentenbewußtsein voraus. Gemeinsam mit der Alterssegregation in Schulklassen, Lehrwerkstätten, Vereinen etc. fördern die auf den Jugendmarkt zielenden Angebote der Freizeit- und Kulturindustrie die Entstehung informeller Gleichaltrigengruppen. Gehörte in den 50er Jahren ca. $\frac{1}{3}$ der befragten Jugendlichen zwischen 13 und 24 Jahren solchen Gruppen an, waren es Mitte der 80er bereits $\frac{3}{4}$.⁴⁶ Ein Großteil der Jugendlichen bewegt sich in mehreren solcher Gruppen. Besonders dicht ist das Netz der altershomogenen Beziehungen in den höheren Bildungsschichten. Diese informellen Gruppen, die hauptsächlich dem kommunikativen Austausch, dem gemeinsamen Organisieren und Erleben von Freizeit dienen, sind gewissermaßen das soziale Fundament einer »Gesellschaft der Altersgleichen« (Zinnecker). Sie fungieren als Umschlagplätze für Moden, Stile und vopolitisch-kulturelle Orientierungen. Parallel zur Intensivierung altershomogener Beziehungen hat sich die Begrenzung von Sozialkontakten durch klassenspezifisches Milieu gelockert. Ein wichtiger Faktor ist hier die größere soziale Durchlässigkeit des Bildungssektors. Die Steigerung des Anteils der Arbeiterkinder unter den Studienanfängern von 6,5% Mitte der 60er auf 17,7% Anfang der 80er Jahre hat zwar das Bildungsprivileg nicht gebrochen; die sozialpsychologischen Wirkungen dieses Mobilitätszuwachses dürfen dennoch nicht unterschätzt werden.

3.3. Generationslage: Die Krise als Normalität

Zusätzlich begünstigt durch das – unwiderrufliche – Ende einer sozialistischen Arbeiterbewegungskultur haben die in der Wirtschaftswunder-Ära einsetzenden Individualisierungsschübe dazu geführt, daß selbst die Masse der Arbeiterjugendlichen sich zunehmend in einem Lebens- und Erfahrungsraum entwickelt, der die spontane Aneignung positiver Klassenidentität außerhalb betrieblicher Strukturen kaum noch zuläßt.⁴⁷ Die für den LohnarbeiterInnen-Nachwuchs der 80er Jahre generations-

typischen Krisenerfahrungen haben die sozialen Kosten der Individualisierungstendenzen stärker spürbar werden lassen, ohne die Gesamtentwicklung umzukehren.

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate bei Jugendlichen unter 25 Jahren ist in den 80er Jahren von 3,9 auf ihren Höchststand von 9,9% (1984) gestiegen und hat sich am Ende des Jahrzehnts bei über 7 Prozent eingependelt. Trotz ökonomischer Belebung liegt sie damit deutlich höher als während der Aufschwungjahre 1979/80. Der Schwerpunkt des Arbeitslosigkeitsrisikos hat sich an die sogenannte »zweite Schwelle« dem Übergang von der Ausbildung in den Beruf und damit in die Altersgruppe der 20- bis 25jährigen verlagert. Dies freilich, ohne daß dadurch die Qualifizierungskrise bereits überwunden wäre.⁴⁸

Charakteristisch für diese, allerdings auf einem historisch neuen Reproduktionsniveau erfolgende, Wiederkehr »klassischer« kapitalistischer Krisenphänomene ist, daß sie die sozialen Unterschiede nicht nur zwischen den Klassen, sondern auch innerhalb der Lohnarbeiterschaft und ihres Nachwuchses vertiefen. Während Auszubildende in prosperierenden Zukunftsindustrien nach wie vor vergleichsweise leicht in gesicherte, halbwegs gut bezahlte Beschäftigungsverhältnisse gelangen, sind andere Teile der gleichen Generation von Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhafter sozialer Verelendung bedroht. Schon Anfang der 80er Jahre (1982) waren 28% (628 000) der offiziell registrierten ca. 2,3 Mio. Armen jünger als 18 Jahre.⁴⁹ Die segmentierende Wirkung der Qualifizierungs- und Beschäftigungskrise in Rechnung stellend, sprechen Baethge u. a. von einer geschichtlich neuen »Entwicklungsdynamik der Privilegierung und Verelendung«, die »bereits früh in der Jugend beginnt und festgeschrieben werden kann«. Für die Jugendlichen der 80er Jahre verliere die Gesellschaft immer mehr jene Offenheit, die deren Eltern noch hätten nutzen können. Einer größer werdenden Gruppe am unteren Ende der Sozialstruktur drohe »neue hermetische Abgeschlossenheit«.⁵⁰ Gegen die Vorstellung einer völlig abgeschotteten Elendszone kann allerdings geltend gemacht werden, daß zunehmend auch qualifizierte junge Facharbeiter und -angestellte in Arbeitslosigkeit und ungeschützte Be-

schäftungsverhältnisse abgedrängt werden. So verfügten 1985 bereits 57% der 20- bis 25jährigen Arbeitslosen über eine abgeschlossene Berufsausbildung.⁵¹ Richtig bleibt aber, daß Krisenbetroffenheit bei Jugendlichen nicht einfach scharf gezogenen Klassenlinien folgt. Dafür spricht auch, daß Arbeitslosigkeit und Marginalisierungstendenzen längst die Gruppe der Hochschulabsolventen erreicht haben. Mit durchschnittlich 5,7% (4,3% bei den Männern, 8,3% bei den Frauen!) haben die Akademiker-Arbeitslosenquoten (wiss. Hochschulabschluß) fast das Niveau der Quoten betrieblich und schulisch ausgebildeter Fachkräfte.⁵² Umgekehrt sucht eine wachsende Zahl von Abiturienten das Beschäftigungsrisiko zu mindern, indem sie dem Studium eine Berufsausbildung vorschaltet. Mitte der 80er Jahre hatten bereits 11% aller Auszubildenden die Fach-/Hochschulreife.⁵³ Die soziale Zusammensetzung des Auszubildenden ist damit beträchtlich heterogener geworden.

3.4. Subtile Reproduktion der Klassengesellschaft

Mit den strukturellen Veränderungen der Jugendphase hat sich auch der soziale Reproduktionsmodus der Klassengesellschaft gewandelt. Die individuelle Plazierung in der Gesellschaft ist immer stärker an den Erwerb von kulturellen Ressourcen, von Bildungstiteln und Zertifikaten etc. gebunden. Im Zusammenspiel von strukturellen Selektionsmechanismen des Bildungs- und Ausbildungssystems (Noten, Prüfungen, Zeugnisse, Eignungstests usw.) einerseits und verinnerlichten Praktiken kulturellem Selbstausschluß andererseits, erscheint der persönliche Erfolg als unmittelbares Resultat eigener Leistung. Dadurch wird die Verschleierung sozialer Klassenunterschiede begünstigt und eine Subjektivierung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte gefördert. Auch in der Nichtarbeitssphäre werden Klassen- und Schichtunterschiede durch das plurale System der Lebensstile gewissermaßen »maskiert«. Zwar kann von einer pauschalen Nivellierung kultureller Unterschiede keine Rede sein, zwar ist auch der Raum der Lebensstile hierarchisch

gegliedert⁵⁴, aber die kulturellen Praxen und Stilbildungen Heranwachsender lassen sich nicht eindeutig Klassenzusammenhängen oder sozialen Schichten zuordnen.

Der Strukturwandel der Jugendphase macht sich nicht nur in der Verschiebung »äußerer« gesellschaftlicher Handlungsanforderungen bemerkbar; er wirkt z. B. über die Gegenstände der Lern- und Konsumtätigkeit auch auf das »Innere«, die Psyche der Individuen zurück, schlägt sich in den Persönlichkeitsstrukturen der (LohnarbeiterInnen-)Jugendlichen nieder. Eben dieser Zusammenhang ist gemeint, wenn Baethge u. a. von einer langsamen »Umwälzung des Sozialisationsmusters in der Adoleszenz« sprechen, der nicht nur »den schlichten Austausch von Bezugspunkten für das Handeln in der Jugendphase« bedeute, sondern »die ganze Person und ihre Entwicklung«, ihre innere »Auseinandersetzung mit Natur und Umwelt« betreffe.⁵⁵ Tätigkeitstheoretisch argumentiert: Jedem Lohnarbeiter-Jugendlichen wird – trotz oder gerade wegen des sozialen Krisendrucks – ein höheres Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit im Umgang mit komplexer gewordenen gesellschaftlichen Handlungsanforderungen abverlangt. In dieser im kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß angelegten Ausweitung von Wahlmöglichkeiten und Entscheidungszwängen und ihren tätigkeitsvermittelten Auswirkungen auf die Individuen liegt eine entscheidende Ursache für den subjektiven Bedeutungszuwachs von Persönlichkeits- und Selbstentfaltungswerten.

4. Lebenskonzepte, subjektive Arbeitsorientierungen und Gewerkschaftsbewußtsein

Was bedeuten die geschilderten Tendenzen nun aber für die Bereitschaft Jugendlicher zu kollektivem Engagement und gewerkschaftlicher Solidarität? So wenig umstritten die empirisch fest-

stellbaren Wandlungen des Jugendalters sind, so kontrovers fallen die Antworten hinsichtlich ihrer Auswirkungen aus. Nicht zufällig hat sich die Debatte vor allem an der objektiven und subjektiven Bedeutung der Erwerbsarbeit und der darauf bezogenen Interessen Jugendlicher entzündet:

4.1. Freisetzung von Arbeit, »Statthalter des Öffentlichen«?

Eine optimistische Interpretation liefert J. Zinnecker. Für ihn hat sich mit dem Übergang zum »Dienstleistungskapitalismus« Jugend als soziales Moratorium, als Zeit des Lernens, Lebens und biographischen Experimentierens allgemein durchgesetzt. Zinnecker betont die emanzipatorische Tendenz dieses – durch die »Gegenmacht der Jugendlichen« mit vorangetriebenen – Wandels. Die Freisetzung von Erwerbsarbeit habe Jugend der eher indirekten Kontrolle von Bildungseinrichtungen und den Märkten der Dienstleistungs- und Kulturindustrie überantwortet. Ob gewollt oder nicht fungierten diese neuen Kontrolleure als »Emanzipatoren der Jüngeren gegenüber konventionellen Gruppenbindungen«. Über die Schule verzögere sich die »Einbindungen der Jüngeren in die partikulare Rolle der arbeitsteilig organisierten Erwachsenenengesellschaft«. Das prädestiniere Jugendliche dazu, »als Repräsentanten eines allgemeinen, klassenübergreifenden Bürgerstatus aufzutreten und ein entsprechendes (ideologisches) Bewußtsein zu entwickeln. Mehr als der durchschnittliche Erwachsene verkörperten sie »das politische Interesse am Gesamtwohl, an der langfristigen Zukunft«.⁵⁶

Nach Zinnecker fördert die mit der Freisetzung von Arbeit verbundene Vergrößerung von Zeitbudgets und Dispositionsspielräumen also tendenziell öffentliches Engagement – und zwar in einem das Allgemeinwohl repräsentierenden, klassenübergreifenden Sinne. Jugendliche erscheinen nun inmitten einer partikularisierten Gesellschaft als »Statthalter des Öffentlichen«. Die Klassenlage wird nur noch als relativer Ausschluß von den Vorzügen des Moratoriums thematisiert, Arbeiterjugendlichen folgerichtig ein strukturell bedingter Konservatis-

mus attestiert: Während vor allem Schüler und Studenten Affinitäten zu neuen sozialen Bewegungen entwickelten, weise die »charakteristische Gegenorientierung der jungen Arbeiter . . . in Richtung kommerzieller Massenkultur«. ⁵⁷

Auch wenn Zinnecker schlüssig zeigt, daß Individualisierung keineswegs automatisch Vereinzelung oder soziale Desintegration bedeutet, hebt seine Argumentation doch zu einseitig positive Aspekte hervor. Hauptgrund ist, daß aufgrund des problematischen theoretischen Deutungsrahmens⁵⁸ die Arbeitssphäre, ihre Konflikte und Krisen nahezu vollständig aus dem Untersuchungsansatz ausgeblendet sind. Resultat ist die »Glättung« widersprüchlicher Entwicklungen⁵⁹ und die Überschätzung von Autonomie und Machtzuwachs der Jüngeren. Gegen einen allgemeinen Bürgerstatus Jugendlicher kann geltend gemacht werden, daß die sozialen und politischen Gegensätze innerhalb der jungen Generation größer sind als die zwischen den Generationen. Der pauschalisierende Befund einer eher passiv-konformen Arbeiterjugend wird durch das empirische Material nicht gedeckt. Überraschend sind hier eher die relativ großen Sympathiepotentiale neuer sozialer Bewegungen auch innerhalb des Lohnarbeiternachwuchses. ⁶⁰

4.2. Abnehmendes Vergesellschaftungspotential der Arbeit?

Deutlich andere Akzente in der Bewertung des Übergangs von der »produktionistischen zur konsumistischen Sozialisation« setzt ein Forscherteam des SOFI Göttingen. Gestützt auf qualitative Interviews mit jungen ArbeiterInnen sehen Baethge u. a. im Strukturwandel der Jugendphase die »Ausdünnung kollektiver Gesellschaftserfahrung und die Tendenz zur Vereinzelung« angelegt. Verlängerte Lern- und Ausbildungszeiten könnten weder ein Gefühl gesellschaftlicher Nützlichkeit stiften, noch aktive Vergesellschaftung fördern. Statt dessen würden der »noch labilen jugendlichen Persönlichkeit traditionell wichtige Stützen der Anlehnung und Orientierung« entzogen und so die »Herausbildung stabiler Muster kollektiver Identität« blockiert. ⁶¹

Für Baethge und Mitarbeiter ist es nun so, daß sich diese Tendenz zu »fragmentierter Identität« (Habermas) trotz ungebrochener objektiver und subjektiver Bedeutung der Arbeit durchsetzt. Nach wie vor stehe Erwerbsarbeit für drei Fünftel der Befragten dominant oder gleichrangig mit dem Privatleben im Zentrum ihres Lebenskonzepts. Zugleich hätten sich jedoch die arbeitsbezogenen Ansprüche gewandelt. Die Präferenzen der Jugendlichen richteten sich – soweit Arbeitsplatz und Einkommen einigermaßen gesichert seien – primär auf die inhaltliche und sozialkommunikative Seite der Arbeitstätigkeit. Es handele sich um ein individualistisches Arbeitskonzept, in dem »viel Sehnsucht nach Individuierung, nach einem eigenen Verhaltensstil auch in der Arbeit« mitschwinge. In der Formel: Jugendliche »beziehen nicht sich auf die Arbeit, sondern die Arbeit auf sich«, werde diese Haltung auf den Punkt gebracht. Konsequenz sei die Bevorzugung individueller Problemlösungen und die »Ausblendung kollektiver Handlungsstrategien«. .

Im Hinblick auf das Gewerkschaftsbewußtsein setzte sich diese Tendenz in Gestalt einer – durch die formelle Mitgliedschaft oft nur verdeckten – inneren Distanz zur Organisation fort. Es dominiere eine »vornehmlich instrumentelle Bezugsweise auf Gewerkschaft, deren Kern ein sehr stark individualistisch gefärbtes, zweckrationales Interessenkalkül« sei.⁶²

Gegen die hier gelieferten Interpretationen kann sicher geltend gemacht werden, daß ihnen ein überprüfbarer historischer Bezugspunkt fehlt. Oft scheint es, als habe vielen Bewertungen das Idealbild des arbeitszentrierten, seiner Gewerkschaft gegenüber unbedingt loyalen Aktivisten auf Lebenszeit Pate gestanden. Selbst in der Blütezeit der Arbeiterbewegung hatten solche Typisierungen »geborener Sozialisten und Gewerkschafter« allenfalls für kleine Minderheiten der Arbeiterjugend gegolten.⁶³ Eine kalkulierende, die Schutzfunktion von Gewerkschaften passiv beanspruchende »Versicherungsnehmermentalität« hat sich in großen Teilen der Lohnarbeiterschaft spätestens mit dem Beginn des »Wirtschaftswunders« durchgesetzt. Bereits Bednarik stellte für seine »neuen Arbeiterjugendlichen fest«, daß ihr Verhältnis zu Gewerkschaften und Arbeiterparteien durch

nüchternes Kalkül bestimmt sei. Wo der »alte Typ« große soziale Aufgaben wahrgenommen habe, sehe der neue »nur noch sich selbst«. ⁶⁴ Insofern belegt die SOFI-Studie lediglich, daß sich solche Haltungen begünstigende sozialstrukturelle und soziokulturelle Faktoren beim Lohnarbeiternachwuchs weiter verfestigt haben. Ob damit freilich die Veränderungen des Gewerkschaftsbewußtseins bei Jugendlichen hinreichend erfaßt sind, ist zumindest fraglich. ⁶⁵

4.3. Intellektualisierung der Arbeit, Widerspruchserfahrungen, Klassenbildung

Es scheint paradox: Während der kulturorientierte Ansatz in der Freisetzung von Arbeit die Voraussetzung für klassenübergreifende, altersspezifische Kollektivität und bedürfnisreiche Individualität sieht, hält der industriesoziologische Zugang an der Zentralität der Arbeit fest, um gerade aus deren »abnehmendem Vergesellschaftungspotential« den Verlust kollektiver Identität und die Gefahr einer Zerstörung von Subjektivität herzuleiten.

Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn der Erklärungsrahmen gewechselt wird. Der Wandel der Jugendphase zu einem bildungszentrierten Lebenszusammenhang läßt sich auch als – vielfach verzerrte und widersprüchliche – Tendenz zur Intellektualisierung der Arbeit deuten. In diesem Prozeß entwickelt sich tatsächlich so etwas wie ein – vielleicht selbst in der jungen Generation noch minoritärer – neuer LohnarbeiterInnen-Typ, dessen Habitus ebenso wie die seine moralischen, kulturellen und politischen Präferenzen z. T. beträchtlich von früheren Generationen abweichen. Mit dem Attribut »individualistisch« ⁶⁶ sind diese Lohnarbeiterjugendlichen der späten 80er Jahre allerdings nicht besonders treffend charakterisiert. Vielmehr umfassen die zeittypischen Formen der Vergesellschaftung von Jugend eine Fülle von Interessenlagen und Widerspruchserfahrungen, die auf unterschiedliche Weise zur Quelle von Unzufriedenheit, Protest und auch von kollektivem Engagement werden

können. Anders gesagt: Die Bereitschaft zu kollektivem Engagement und bewußter, aktiver Selbstvergesellschaftung ist keineswegs an die sozialisierende Wirkung traditioneller proletarischer Milieus und die Kollektiverfahrung eines bestimmten Typs von Industriearbeit gebunden.

Beginnen wir mit dem Reproduktionssektor: Aller individualisierenden Wirkungen der Bildungslaufbahnen zum Trotz haben sich in Schulen und Hochschulen doch immer wieder – z. B. um Bildungs- und Ausbildungsinteressen gruppierte – vorgewerkschaftliche oder gewerkschaftsähnliche Bewußtseinsmuster herausgebildet. Charakteristisch für die zurückliegende Dekade ist ja gerade, daß das Prinzip selbsttätiger Interessenwahrnehmung – wesentlich getragen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – auch in der Reproduktionssphäre durchgesetzt hat. Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen stehen dafür ebenso wie die periodisch aufbrechenden Schüler- und Studentenbewegungen. Jugendliche haben ihr Arbeitsverständnis vielfach auf die Lerntätigkeit ausgedehnt⁶⁷; ebenso wie der Betrieb oder die Lehrwerkstatt können Klassenzimmer, Cliquen oder organisierte Jugendgruppen oder informelle Initiativen zu Kommunikationsnetzen werden, in denen sich bestimmte (vor)politische Orientierungen durchsetzen.⁶⁸

Mehr denn je hängt es von Bildungsressourcen, von Titeln und Zertifikaten ab, ob man überhaupt eine gesicherte Position im Beschäftigungssystem erreichen kann. Vielfach ist die vermehrte Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung jedoch mit der Erfahrung einer kollektiven Entwertung der erzielten Abschlüsse verbunden. Diese Kluft zwischen den Erwartungen, die das Bildungssystem nährt und den Chancen, die der Arbeitsmarkt bietet sowie die sich daraus speisende Desillusionierung hat Bourdieu als »gemeinsames Gefühl einer ganzen Generation«, der »geprellten Generation«, bezeichnet. Trotz Dominanz individueller Bewältigungsformen liegt hier eine Ursache immer wieder aufflammender Proteste und Revolten. Bourdieu vergleicht die dabei entstehende, nicht im etablierten Sinne politische, radikal anti-institutionelle Bewußtseinsform mit Revolten von Subproletariern oder Arbeitern der ersten Genera-

tion aus bäuerlichen Verhältnissen.⁶⁹ Obwohl dies eher für Schüler- und Studentenproteste zutreffen mag, finden sich ähnliche Symptome »des Leidens in der Arbeit« ebenso bei Teilen des Lohnarbeiternachwuchses.

»Entwertung« von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen beschreibt nun keineswegs einen linearen Vorgang der Deklassierung. Die in Bildungsprozessen immer auch angelegte persönliche Aneignung von Wissen, Kenntnissen und Fähigkeiten ist eine der Triebkräfte für ein Arbeitsbewußtsein, das zunehmend auf die Gebrauchswertseite der Arbeitstätigkeit ausgelehnt wird. Der »persönliche Sinn« der Arbeit wird von Jugendlichen nicht allein in den durch Lohn gewährten Lebensmöglichkeiten gesucht; die Tätigkeit selbst soll Spaß machen. Man möchte in den sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz, von Kollegen und Vorgesetzten als Person akzeptiert werden. Freilich dürfte es angesichts der vielfach entgegenstehenden realen Arbeitserfahrungen verfrüht sein, bereits von einem Sieg des Tätigkeits- über das Lohnarbeitsprinzip zu sprechen.⁷⁰ Ebensovienig ist die Neigung der jugendlichen Träger dieses Bewußtseins, kleinere Konflikte eigenständig, d. h. ohne betriebliche Interessenvertretung zu regeln, schon ein Beleg für Individualismus. Eher gilt, daß die hohe Gewichtung von arbeitsinhaltlichen und sozialkommunikativen Arbeitsansprüchen in unterschiedliche Richtungen politisierbar ist. Die Ausrichtung des Arbeitsbewußtseins ist umkämpft, ist Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Moderne Management-Strategien sind darauf ausgerichtet, die Kreativitätspotentiale lebendiger Arbeit »anzuzapfen«. Im Kontext einer »Japanisierung« der Arbeitsbeziehungen drohen Gruppenarbeit, flexible Arbeitszeiten, Qualitätszirkel etc. allerdings in eine totale Unterordnung der Individuen unter Verwertungszwänge und damit ins Gegenteil von Individualitätseinfaltung umzuschlagen. Eine reale Ausweitung von Entfaltungschancen in der Arbeit, von individuellen Entscheidungsspielräumen, Zeitsouveränität und Mitbestimmungsmöglichkeiten ist ohne gewerkschaftliche Solidarität und kollektive Absicherung kaum zu haben.⁷¹

Auch im Arbeitsprozeß selbst hat sich die Dimension kollektiver Erfahrung keineswegs völlig verflüchtigt. Aller segmentierenden Tendenzen zum Trotz übermittelt die fortschreitende Vernetzung inner- und zwischenbetrieblicher Arbeitsprozesse doch zumindest den Keim einer Ahnung gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins. Immer stärker verschafft sich allerdings – gerade von Jugendlichen sensibel registriert – eine andere, negative Kollektiverfahrung Geltung. In allen Lebensbereichen spürbar und durch tägliche Katastrophenmeldungen gestützt, treten die für äußere und innere Natur gleichermaßen zerstörerischen Folgen der im kapitalistischen Verwertungsinteresse angewandten Arbeit hervor. Es ist diese allmähliche Bewußtwerdung des zivilisationsbedrohenden ökologischen und militärischen Gefahrenpotentials, die das Engagement eines Großteils der Jugendlichen in den 80er Jahren entscheidend bestimmt hat. Bis in die Motivstrukturen aktiver junger GewerkschafterInnen hinein läßt sich verfolgen, daß die Ahnung einer umfassenden, in ihren Folgen irreversiblen Bedrohung gesellschaftlicher Zukunft zu einer wichtigen Antriebskraft für politisches Engagement geworden ist.⁷² Allerdings darf die überaus zwiespältige Wirkung dieser »Zivilisationsgefahren« nicht übersehen werden. Die subjektiven Verarbeitungsformen reichen von Ohnmachtserfahrungen und einem daraus gespeisten Verdrängungsoptimismus bis zu einem politisch ambivalenten, durchaus auch für den Ruf nach starker Führung instrumentalisierbaren »Katastrophismus«.⁷³ Real bleibt aber die durch ökologische Schäden, reale Katastrophen und kritische Gegenöffentlichkeit immer wieder aktualisierte Erfahrung, gewissermaßen bis in den Privatbereich hinein – die Eßgewohnheiten, das Konsum- und Freizeitverhalten etc. – von individuell kaum beeinflussbaren gesellschaftlichen Vorgängen und Ereignissen abhängig zu sein.⁷⁴ Die ökologische Gefährdung und Verletzung elementarer Reproduktionsinteressen hat bislang vor allem Veränderungen im Kleinen, in der privaten Lebensführung (nicht nur) der Lohnarbeiterjugendlichen hervorgerufen. Offensiv zum Gegenstand (über)betrieblicher Interessenpolitik gemacht, könnte hier ein wichtiger neuer Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Klassenbildung liegen.

All dies spricht dafür, daß – was selbst progressive betriebssoziologische Ansätze häufig ausblenden – aktivierbares gewerkschaftliches Bewußtsein weniger denn je als bloße Funktion von Arbeits- und Betriebserfahrung interpretiert werden kann. Es ist immer Bestandteil eines mehr oder minder widersprüchlichen, im optimalen Fall kritischen Gesellschaftsbewußtseins⁷⁵ und deshalb als dynamische Größe zu behandeln, die sich innerhalb der jeweiligen Kampf- und Hegemoniezyklen entfaltet und somit durch gewerkschaftliche Politik beeinflußbar ist. Während der zurückliegenden Jahre haben sich gerade im Jugendbereich Ansätze zu Klassenbildungsprozessen gezeigt, die eher auf themenbezogener, argumentativer Vermittlung und intellektueller Überzeugung basierten, als auf aus der sozialen Lage gespeisten Gemeinsamkeiten. So waren es häufig jüngere GewerkschafterInnen, die die kritischen Impulse der Friedensbewegung aufgegriffen, in Betrieben und Gewerkschaftsorganisation thematisierten und so nicht unwesentlich dazu beitrugen, daß der DGB und wichtige Einzelgewerkschaften ihre anfänglich distanzierte Haltung aufgaben.

5. Denkanstöße: Zur Neuorientierung der Jugendarbeit

Vieles spricht dafür, daß die Tendenz zur Intellektualisierung von Ausbildung und Arbeit auch in den 90er Jahren anhalten wird. Mitte des nächsten Jahrzehnts besitzt möglicherweise nahezu die Hälfte eines Absolventenjahrgangs die (Fach-)Hochschulreife. Die Gegenteilstendenzen – vor allem Arbeitslosigkeit und die Gefahr dauerhafter Marginalisierung werden ebenfalls weiter wirksam sein. Der mediengestützte Kult des Jungen, Modischen, Neuen und die ideologische Aufwertung des »Zukunftsträgers Jugend« wird vielfach mit der Erfahrung gravierender Bedrohungen individueller und gesellschaftlicher Zu-

kunft kollidieren. Wie sich das latente Krisenbewußtsein Jugendlicher politisch entwickelt, welche Verarbeitungsformen und Deutungsmuster sich durchsetzen, ist noch offen. Ansatzpunkte für eine zukunftsorientierte, progressive, auf die Selbsttätigkeit der Jüngeren bauende gewerkschaftliche Jugendarbeit gibt es in dieser Konstellation zu Hauf. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien zumindest einige Überlegungen angestellt:

1. Besonders wichtig ist wohl, daß die Gewerkschaftsjugend ihre kritisch-vorwärtstreibende Rolle in der Gesamtorganisation wieder stärker wahrnimmt und damit ihre gesamtgesellschaftliche Ausstrahlungskraft erhöht. Der zeittypische Widerspruch zwischen Bedrohungen globaler Dimension und daraus erwachsendem radikalen Veränderungsbedarf einerseits sowie der Trägheit alltäglicher Politik andererseits muß in der gewerkschaftlichen Praxis Jugendlicher thematisiert werden. Zugespißt formuliert: In einer Zeit, da EG-Kommissionen bereits Dammbauten und Evakuierungsmaßnahmen planen, um den Auswirkungen einer kaum mehr zu verhindernden Klimakatastrophe zu begegnen⁷⁷, in der die Überakkumulation in den Metropolen als Kehrseite eine historisch beispiellose Verelendungswelle in den Entwicklungsländern verursacht⁷⁸ und in der die Produktivitätszuwächse der »mikroelektronischen Revolution« in strukturelle Arbeitslosigkeit münden⁷⁹, darf sich Jugendarbeit nicht auf soziale Interessenvertretung und Freizeitgestaltung beschränken. Vielmehr müssen die Aktivitäten darauf gerichtet sein, in die zentralen gesellschaftlichen Konflikte einzugreifen. Auch bei der innerorganisatorischen Verankerung von Zielsetzungen wie »Ökologisierung der Produktivkräfte« und »Demokratisierung« von Investitionsentscheidungen« könnte die Gewerkschaftsjugend Impulse geben. Vor allem aber müßte die oftmals vorhandene Lücke zwischen Papier- und Politiklage stärker durch praktische Handlungen und Aktionen geschlossen werden.

2. Der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Jugendarbeit wird weiter in der Sphäre von Arbeit und Betrieb liegen.⁸⁰ Die Aktivitäten müssen sich jedoch stärker an einem »weiten« Begriff von Lohnabhängigeninteressen orientieren. Aufgabe wäre es, in

Anlage und Zielsetzung der Jugend(bildungs)arbeit gewissermaßen den gesamten Reproduktionszusammenhang Jugendlicher thematisieren. Dazu gehören Ausbildungs- und Übernahmeprobleme ebenso wie etwa sexistische Verhaltensweisen in der Lehrwerkstatt, Kommunikationsmöglichkeiten im Betrieb, die ökologische Schädlichkeit eines Werkstoffs oder die Aufklärung über Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. Die konkrete Interessenvertretung im Betrieb wird dann um so wirksamer sein, wenn sie mit den zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeldern verknüpft wird. In der Verbindung von Umweltproblematik und Neuordnung der Berufsausbildung ist dies im Organisationsbereich der IG Metall Jugend zumindest punktuell gelungen.⁸¹ Diese Ansätze müssen ausgebaut werden. Gerade im Hinblick auf die ökologischen Bedrohungen und die daraus resultierende Notwendigkeit eines Umbaus des stofflichen Produktivkraftsystems ist gerade in den Betrieben vor allem radikale Aufklärung gefordert. Wirksamkeit und die Verankerung gewerkschaftlicher Forderungen hängen wesentlich davon ab, ob sie auf den Lebenszusammenhang Jugendlicher zugeschnitten sind. Gegen kapitalkonforme Flexibilisierung, Wochenendarbeit etc. läßt sich eben nur erfolgreich argumentieren, wenn kulturelle Bedürfnisse, soziale Beziehungen usw. angesprochen werden.

3. Eine von der fachlichen Berufsausbildung bis zur Nicaragua-Solidarität reichende thematische Vielfalt ist z. B. in der Jugendarbeit der IG Metall durchaus gegeben. Aber es geht nicht allein um Themenbreite, sondern auch um die Anlage von Politik, ihre Begründung und Durchsetzung. Die umfassende, fremdbestimmte Vergesellschaftung ihres Lebenszusammenhangs löst bei vielen Jugendlichen das Bedürfnis aus, sichtbar etwas zu bewirken, selbst Ursache von etwas zu sein, die eigene Tätigkeit und ihre Resultate individuell kontrollieren zu können. Stellvertreterpolitik und etablierte Gesellschaftsentwürfe werden mißtrauisch beäugt. Man möchte sein Engagement überschauen können, sich nicht gleich fest an Organisationen und differenzierte Programme binden. Neben Jugendgruppen bedarf es daher Organisationsformen mit Projekt- und Initiati-

vencharakter. Bei der Diskussion und Anlage von Aktionen muß das Prinzip der Selbstorganisation und Selbstbestimmung stärker berücksichtigt werden.⁸¹ Bürokratische Praktiken, Gängelung und Bevormundung durch Funktionäre der Erwachsenengeneration bedeuten in der Regel das Absterben von Engagement und Eigeninitiative.

4. Die inhaltliche und aktionsbezogene Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie und Politik wird in den 90er Jahren eine noch größere Rolle in der Bildungs- und Jugendarbeit spielen müssen. Dabei ist es wichtig, an den »Einfallstoren« rechtsextremer Gruppierungen zum Massenbewußtsein anzusetzen – Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Ungleichheitsideologien. Hier muß es zunächst darum gehen, junge GewerkschafterInnen in die Lage zu versetzen, solche Bewußtseinsmuster argumentativ zu bekämpfen. Aber auch direkte Aktionen gegen neofaschistische Aktivitäten haben aufgrund ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit, ihres mobilisierenden, zu argumentativer Begründung zwingenden Charakters eine wichtige Funktion.⁸²

5. Schon weil die Mehrheit der Jugendlichen über betriebliche Interessenpolitik nicht zu erreichen ist, benötigen die Gewerkschaften ein »zweites Standbein« (Negt) im Reproduktionsbereich. Berufsschularbeit und Intensivierung offener DGB-Jugendgruppen könnten hier ein Ansatzpunkt sein. Wichtiger aber ist wohl, daß die Gewerkschaften mit bereits bestehenden Organisationen, Initiativen und Bewegungen im Reproduktionssektor kooperieren. Dies ist eine wichtige Bedingung dafür, daß Gewerkschaftsjugend in der »Gesellschaft der Altersgleichen« präsent ist. Eine grün-alternative, marxistische oder andere unbequeme linke Positionen nicht ausgrenzende Bündnispolitik wäre zugleich die Nagelprobe für die inzwischen häufig geforderte neue gewerkschaftliche Streitkultur.

6. Symbolisch-kulturelle Formen, Produkte der Freizeitindustrie und hier an erster Stelle die Rockmusik haben eine wichtige Funktion für die persönliche Sinnbildung Jugendlicher. Hier ist gewerkschaftliche Kulturpolitik herausgefordert. Allerdings darf sie nicht mit den kommerziellen Kulturanbie-

tern konkurrieren wollen. Auch kann es nicht darum gehen, sich einfach mit den Namen populärer Stars zu schmücken und um Sympathie zu werben. Die Selbstbeschränkung auf die Pflege von Arbeiterbewegungstraditionen wäre ebenso verhängnisvoll. Statt dessen muß es darum gehen, einen umfassenden Begriff von demokratischer (Gegen)Kultur zu entwickeln und praktisch zu erproben. Dazu gehört der Streit um ästhetische Praxen – Filme, Kleidung, Musik – ebenso wie die Förderung von Eigenaktivität.

6. Ausblicke . . .

An der Entwicklung der Gewerkschaftsjugend wird man künftig ablesen können, inwieweit die gewerkschaftliche Organisation und Aktivierung des »neuen LohnarbeiterInnen-Typs« gelingt. Eine kämpferisch orientierte Politik, die sich an umfassenden Reproduktionsinteressen Jugendlicher orientiert und das selbsttätige Subjekt ins Zentrum ihrer Aktivitäten rückt, könnte viele überholte Konfliktlinien aus den 70er Jahren praktisch überwinden, ohne Unterschiede zwischen klassenautonomer und partnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik unter den Teppich zu kehren. Da mit dem Umbruch in sozialistischen Ländern alte Feindbilder ins Wanken geraten, stehen die Chancen für einen neuen inhaltlichen Konsens in der DGB-Jugend gar nicht so schlecht. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob sie auch genutzt werden.

Anmerkungen

1 »Riformismo forte«. Gespräch zwischen Achille Occhetto und Peter Glotz, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3/1989, S. 201.

2 Zu den Jugendproblemen der SPD, aber auch darüber hinaus aufschlußreich: Michal, W.: Die SPD – staatsreu und jugendfrei, Hamburg 1988.

3 Raschke, J.: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/New York 1985.

4 Zur neuen Studentenbewegung vgl.: Plötzlich kam es auf einen Punkt, in: Forum Wissenschaft 1/1989, S. 4 ff.

5 Zum Vergleich: Bei den Jungwählern bekamen die SPD 33,6%, die CDU 21,6% und die AL 19,2% der Stimmen. Nimmt man die Gruppe der 18- bis 29jährigen insgesamt, ergibt sich folgendes Bild: SPD 36,5%; AL 24,9%, CDU 21,4% und Republikaner 11,7%. (Vgl.: Viele Jungwähler stimmten für die Republikaner, in: FR, 22. 2. 1989, S. 4. Die Ergebnisse beziehen sich auf die amtliche Sonderzählung, eine Stichprobe, die nahe beim amtlichen Endergebnis liegt.)

6 Siehe dazu etwa die hohen Zustimmungsqoten zu autoritär-nationalistischen Topoi in: Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '81, Hamburg 1981, S. 509.

7 Siehe dazu: Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim und München 1988.

Heitmeyer ermittelte in einer Umfrage bei 1257 16- bis 17jährigen Schülern ein großes Zustimmungspotential zu autoritär-nationalistischen Orientierungen:

64,1% waren für die Todesstrafe; 36,8% stimmten der Parole »deutsche Ausbildungsplätze für deutsche Jugendliche« zu; 51,2% waren für »Deutschland den Deutschen«; 44,2% bewerteten »Ausländer 'raus« positiv; 20,2% waren für die Ausgliederung von Arbeitsscheuen, Verbrechern und Ausländern; 36,8% konnten einem Einparteiensystem etwas abgewinnen und 24,8% wollten beim Nationalsozialismus zwischen guter Idee und schlechter Ausführung differenzieren (ebd., S. 142 ff.). Auch wenn man bedenkt, daß die befragte Altersgruppe relativ jung ist, politische Orientierungen also noch nicht fest gefügt sind, erschreckend hohe Zahlen. Entscheidendes Ergebnis der Studie ist indessen, daß es keinen direkten Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und Rechtsextremismus gibt (188 f.). Rechtsextreme und nationalistische Ideologeme greifen in unterschiedlichen »Orientierungsmilieus«. Dies unterstreicht das Eigengewicht »ideologischer Verhältnisse«, in die sich Jugendliche hineinarbeiten.

8 Bednarik, K.: Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ, Stuttgart 1953.

9 Schelsky, H.: Die skeptische Generation, Köln 1957, Neuaufl. 1984, S. 305, ebenso: ders. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Köln 1952, 2 Bde.; ders. (Hrsg.): Arbeiterjugend gestern und heute, Heidelberg 1955.

10 In den Leitsätzen zum Selbstverständnis gewerkschaftlicher Jugendarbeit definierte sich die DGB-Jugend als politischer Jugendverband, der nicht von irgendeiner Form der Sozialpartnerschaft ausgeht, sondern »vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital«. Diesem Selbstverständnis entsprechend sollte Interessenpolitik in Betrieben, Verwaltung und Gesellschaft organisiert werden. Für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wurde festgehalten, daß sie von der »tatsächlichen Lage der abhängig Beschäftigten auszugehen« habe, dabei aber nicht stehen bleiben dürfe, sondern »gleichzeitig die grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems anstreben« müsse.

Vgl. dazu: Zum Selbstverständnis gewerkschaftlicher Jugendarbeit (Antrag 300, vom 9. ord. Gewerkschaftstag des DGB angenommen), dokumentiert in: Katzer, P.: Zur Gewerkschaftsjugendbewegung, Frankfurt 1977, S. 73 ff.

11 Allein im Organisationsbereich der Metall sank die Zahl der Wahlberechtigten zwischen 1980 und 1986 um 41%, die der gewählten JugendvertreterInnen um 31%. Wurden

1972 noch 9616 JugendvertreterInnen in 3945 Betrieben gewählt, waren es 1984 noch 4711 in 2297 Betrieben.

Vgl.: Wir haben keine Wahl, wir wählen; in: Der Gewerkschafter 9/1988, S. 41; sowie: 14. Jugendkonferenz der Metall – Bericht über die Jugendarbeit 1983–85, S. 63 f.

12 Die eine zeitlang deutlich spürbare Linksverschiebung im gewerkschaftlichen Jugendbereich führte umgekehrt dazu, daß strategische und politische Differenzen zunächst stellvertretend in und zwischen den Jugendorganisationen der Einzelgewerkschaften ausgetragen wurden. Weniger die Kontroversen an sich, sondern die Formen und administrativen Methoden der Auseinandersetzung waren es, die kontraproduktiv wirkten.

13 Lohrlein, K.: Mitgliederzahlen und insbesondere die Entwicklung jugendlicher Mitglieder, in: Kittner, M. (Hrsg.): Gewerkschaftsjahrbuch 1985, Köln 1985, 45 ff., hier: S. 55.

Infolge der Umstellung auf EDV bei einigen Gewerkschaften sind die Mitgliederzahlen der 70er und 80er Jahre nicht exakt vergleichbar.

14 Baethge, M. u. a.: Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen, Opladen 1988, S. 375.

15 Vgl. z. B.: Benz-Overhage, K.: »Querdenken« möglich machen, in: Der Gewerkschafter 10/1987, S. 11.

16 Siehe dazu z. B. die entsprechenden Anträge auf der 14. Jugendkonferenz der IG Metall (B1–B3), in den auf Veränderungen des Jugendalters, der jungen Mitglieder und daraus abzuleitende Konsequenzen eingegangen wird.

17 Einige Einzelgewerkschaften wie die IG Metall, die HBV und die IG Chemie verzeichneten nach 1984 Rekordzuwächse bei jugendlichen Mitgliedern.

18 Für die Jugendbildungsarbeit siehe z. B.: Deppe-Wolfinger, H.: Arbeiterjugend – Bewußtsein und politische Bildung, Frankfurt 1972.

19 Tenbruck, F. N.: Jugend und Gesellschaft, Freiburg 1962

20 Z. B.: Lessing, H. und H. Liebel: Jugend in der Klassengesellschaft, München 1974; IMSF (Hrsg.): Arbeiterjugend – Bewußtsein und Aktion, Dortmund 1976; Van Onna, B.: Jugend und Vergesellschaftung, Frankfurt 1976.

21 Lessing/Liebel definierten die »proletarische Jugend« als Phase besonderer »Inferiorität« und thematisieren daher folgerichtig im Rahmen einer sozialistischen Perspektive die »Aufhebung von Jugend«. (Vgl.: Jugend als Gegenstand bürgerlicher Soziologie, in: a.a.O., S. 39 ff.) Van Onna hingegen betont den umgekehrten Aspekt; die nur indirekte Subsumtion der Arbeiterjugendlichen unter das Kapitalverhältnis, die aus verbesserter Ausbildung erwachsenden Konkurrenzvorteile gegenüber älteren Lohnarbeitern etc. Andere Autoren nehmen eine Mittelposition ein oder definieren Arbeiterjugend schlicht als Nachwuchs der Arbeiterklasse.

22 Dies gilt trotz der z. T. heftigen Kämpfe um »Leitfaden-« oder »Erfahrungsansatz« übergreifend für die sich befehdenden linksorientierten Konzeptionen.

23 Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '81, Hamburg 1981, Band 1, S. 494 ff.

24 Aus jüngerer Zeit zu beachten sind einige Versuche einer kulturtheoretischen Reformulierung des Klassenkonzepts. Vgl. etwa: Zinnecker, J.: Jugend im Raum gesellschaftlicher lassen, in: W. Heizmeyer u. a.: interdisziplinäre Jugendforschung, Weinheim 1986; sowie die Arbeiten des CCCS Birmingham.

25 Dölling, I.: Individuum und Kultur, Berlin/DDR, 1986, S. 31.

26 Ebd., S. 32 f.

27 Ebd., S. 34 f.

28 Ebd., S. 36 f. Zu den »abgeleiteten Verhältnissen« gehören die Erziehungseinrichtungen ebenso wie die Institutionen zur Produktion, Vermittlung und Rezeption unterschiedlicher Normen gesellschaftlichen Bewußtseins; die materiellen und ideellen Bedingungen, die dem Alltag der Menschen ein bestimmtes Gefüge, einen bestimmten Rhythmus geben, ihre individuelle Tätigkeit in einen Zusammenhang einordnen, aus denen individueller Sinn und Lebensorientierung erwachsen. Zu objektiver Kultur gehören ebenfalls die den indivi-

duellen Lebensprozeß regulierenden Normen und Regeln, die als Verhaltensmuster funktionieren.

29 Zur Geschichte der Jugend vgl. z. B.: Mitterauer: Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt 1986. Mitterauer macht allerdings auch vorbürgerliche Formen von Jugend aus.

30 Van Onna, a.a.O., S. 147.

31 Dieser noch auszuformulierende Ansatz träfe sich vom Anspruch her mit Konzepten, wie sie Habermas und Mitarbeiter vorgelegt haben, ohne freilich die kommunikations- und identitätstheoretischen Verengungen zu übernehmen. Eine gute Zusammenfassung und Kritik des an Habermas angelehnten Ansatzes in: Tillmann, K. J.: Sozialisationstheorien, S. 213 ff., Reinbek 1989.

32 Leontjew, A. N.: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit, Köln 1982, S. 201.

»Die Persönlichkeit wird tatsächlich zweimal geboren: das erste Mal, wenn sich beim Kind deutliche Formen einer Polymotiviertheit zeigen und die Koordiniertheit seiner Handlungen sichtbar wird . . . , das zweite Mal – wenn seine bewußte Persönlichkeit entsteht. Mit dem letzteren ist eine besondere Umstrukturierung des Bewußtseins gemeint.«

33 Zum Habitus-Konzept: Bourdieu, P.: Die feinen Unterschiede, Frankfurt 1988, 2. Aufl.

34 Zum – modifizierten – Konzept der Individualitätsformen: Séve, L.: Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 10, S. 24 f.

35 Hier unterscheidet sich die Position des Autors von I. Dölling, die das Konzept der Individualitätsformen eng auf das Klassenindividuum zuschneidet.

36 In der Konzeption von Onnas ist dies zumindest mitreflektiert worden.

37 Das Durchschnittsalter der Auszubildenden lag Mitte der 80er Jahre bei 18,1 Jahren. Vgl.: Schober, K.: Aktuelle Trends und Strukturen auf dem Teilarbeitsmarkt für Jugendliche, in: MixAB 3/1986, S. 365 ff.

38 Dörre, K.: Arbeiterjugendliche und Klassenformierung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 7, S. 194 ff.

39 Ders.: Die Krisengeneration – zwischen Massenprotest und konservativer Hegemonie, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, S. 291 ff., dort weiterführende Literatur.

40 Ebd.

41 Bei den 20- bis unter 25jährigen Frauen stieg die Erwerbsquote zwischen 1970 und 1985 von 69,8 auf 77,7%; bei den 25- bis 30jährigen von 51,2 auf 67%.

42 Aufschlußreich zur Qualifikationsentwicklung aus der Sicht konservativer Modernisierer ist der Bericht der Späth-Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung«, Stuttgart 1983.

43 Vgl. dazu auch die Überlegungen in Kern, H. u. M. Schumann: Ende der Arbeitsteilung, Frankfurt/New York 1984.

44 Jugendwerk d. dt. Shell (Hrsg.) Jugendliche und Erwachsene '85, 5 Bände, Band 3, S. 97 ff.

45 1986 lagen laut EMNID immerhin 56% der Schüler, 13% der Studenten und 16% der befragten Berufstätigen (incl. Auszubildende) mit ihrem monatlichen Gesamteinkommen unter der 100-DM-Grenze. Über 400 DM hatten 7% der Schüler, 48% der Studierenden und 56% der Erwerbstätigen im Alter zwischen 13 und 24 Jahren. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen schwankten 1984 zwischen 163 DM und 955 DM monatlich.

Zusammenstellung in: Jaide, W.: Generationen eines Jahrhunderts, Opladen 1988, S. 125 ff.

46 Zinnecker, J.: Jugend und Kultur 1940–1985, Opladen 1987, S. 259 ff.

47 Dörre (1985), a.a.O.

48 Trotz »demographischer Welle« kann von Überwindung der quantitativen Ausbildungsprobleme keine Rede sein. Rechnet man die hohe Bildungsbeteiligung ab, so liegt die

Arbeitslosenquote der unter 20jährigen Erwerbstätigen mit ca. 26% nach wie vor erschreckend hoch. Vgl. dazu: Tessaring in: MIttAB.

49 Tjaden-Steinhauer, M.: Die verwaltete Armut, Hamburg 1985, S. 132.

50 Baethge, M. u. a.: Jugend: Arbeit und Identität, Opladen 1988, S. 52 ff.

51 Vom Absolventenjahrgang des Jahres 1984 waren ein halbes Jahr nach Ausbildungsabschluß lediglich 50% in einem der Ausbildung entsprechenden Beruf unbefristet beschäftigt. Weitere 12% übten unbefristet ausbildungsfremde Tätigkeiten aus; 7% hatten befristete Arbeitsverhältnisse.

52 Tessaring, a.a.O., S. 181.

53 Schober, a.a.O., S. 369.

54 Bourdieu, a.a.O.

55 Baethge u. a. (1988), S. 42. Zinnecker argumentiert in der Tendenz ähnlich. Unter den Bedingungen des Dienstleistungskapitalismus verinnerlichten Jugendliche lebensgeschichtlich früher als vorangegangene Generationen »gewisse Zwänge sozialen Handelns«. Die vielzitierte Tendenz zur »Selbstsozialisation« Jugendlicher sei Teil eines »sich historisch verallgemeinernden Zwangs zum Selbstzwang«. (Zinnecker 1987, S. 324.)

56 Zinnecker (1987), S. 314 f., 323 f., 344 ff.

57 Ebd., S. 273; siehe auch: Jugend '81, a.a.O., S. 501, sowie kritisch: Dörre (1985).

58 Zinnecker geht vom Modell eines postindustriellen Konsum- und Dienstleistungskapitalismus aus, in dem der Primat von Produktion und Arbeit gegenüber Konsum und Freizeit tendenziell umgekehrt wird. In diesem Konzept werden die Strukturveränderungen des »fordistischen« Kapitalismus verabsolutiert. (Vgl. dazu Jugend '81, a.a.O., S. 100 ff. kritisch dazu das Einleitungskapitel in diesem Band.)

59 Besonders auffällig etwa, wenn Zinnecker bei Nichtberücksichtigung widersprechen der Befunde aus den eigenen Studien (hohe Zustimmungsqoten zu nationalistischen »Sprüchen«) für eine Relativierung der Befürchtung plädiert, es gebe eine beachtliche Renaissance nationaler, rechtskonservativer Tendenzen. Zuletzt: ders. (1987), S. 331.

60 Z. B. Jugend '81, S. 494.

61 Baethge u. a. (1988), S. 45.

62 Ebd., S. 252 ff.

63 Peukert z. B. beschreibt für die Weimarer Republik eine hoch differenzierte Arbeiterjugend für die segmentierende Krisenbetroffenheit und unterschiedliche politische Verarbeitungsformen gleicher Soziallagen charakteristisch waren. Nur eine Minderheit war in der Arbeiterjugend organisiert. Ein wichtiger Unterschied zur Gegenwart: »In den zwanziger Jahren war der Typus des geborenen Sozialisten verbreitet, was nicht bedeuten soll, daß der Eintritt in die Organisation für diese Jugendlichen keine Überzeugungssache gewesen wäre. Aber sie gewannen ihre politischen Einsichten schon im Elternhaus.« Peukert, D. J. K.: Jugend zwischen Krieg und Krise, Köln 1987, S. 234 ff.

64 Bednarik, a.a.O.

65 Einiges spricht dafür, daß gerade bei jüngeren, politisch aktiven Jugendlichen die Kritik an gewerkschaftlicher Stellvertreterpolitik verbreitet ist. Vgl. dazu z. B. M. Steinrück, Ffm. 1986, S. 273 ff. Für junge Druckarbeiter stellt Steinrück eine weitergehende Konfliktbereitschaft fest als bei älteren Generationsgruppen. Eine Erweiterung des gewerkschaftlichen Engagements sei denkbar, wenn Möglichkeiten geboten würden. Allerdings seien die jüngeren kaum für gewerkschaftliche Kleinarbeit zu gewinnen; beim Kampf um Arbeitszeitverkürzung und bei anderen allgemeinen Zielsetzungen gebe es eine hohe Aktionsbereitschaft. Verbreitet sei eine vorbehaltlose Streikbereitschaft. (Ebd., S. 294 ff.) Auch wenn diese auf betrieblichen Fallstudien basierenden Aussagen nicht zu verallgemeinern sind, zeigen sie doch, daß Veränderungen von Arbeitsbewußtsein und Wertorientierungen nicht prinzipiell im Gegensatz zu gewerkschaftlicher Aktivierung stehen.

66 Vgl. z. B.: R. Zoll, Individualistische Gewerkschaft, in: express 5/1988, S. 13.

- 67 Dazu Fend, H.: Sozialgeschichte des Aufwachsens, Frankfurt/M. 1988, S. 154 ff.; Zinnecker (1987), a.a.O., S. 317.
- 68 Zinnecker (1987), a.a.O., S. 166 ff.
- 69 Bourdieu, P.: Questions de Sociologie, Paris 1980, S. 145.
- 70 So die These von Baethge u. a., S. 254; diese These wird weitergeführt zur Infragestellung des Prinzips der »Politisierung durch Arbeit«.
- 71 Dörre, K.: Modernisierungspakt statt Gegenmacht? Individualisierung und Gewerkschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1989, S. 84 ff.
- 72 Dörre (1987), a.a.O.
- 73 Jüngstes Beispiel dafür, wie Katastrophismus in eine irrational-autoritäre Position umzuschlagen droht: Bahro, R.: Die Logik der Rettung, Wien 1987.
- 74 Vgl. dazu: Beck, U.: Risikogesellschaft, Frankfurt 1986.
- 75 Diese These formulieren für das ökologische Bewußtsein: Heine, H. u. Mautz, R.: Haben Industriefacharbeiter besondere Probleme mit dem Umweltthema?, in: Soziale Welt Heft 2/1988, S. 123 ff.
- 76 Wenn man so will, ist das gebrauchswertbezogene Arbeitsbewußtsein der jungen LohnarbeiterInnengeneration die Voraussetzung dafür, daß die organisierte Arbeiterbewegung die Politisierung der »stofflichen Seite« des Arbeitsprozesses beginnen kann.
- 77 Eine neue EG-Studie hält eine durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre zwischen 1 und 4,5 Grad für nicht mehr zu vermeiden. Es geht nur noch um die Begrenzung der Folgen. Vgl. dazu auch: Berichte zur Lage der Welt, World Watch Institute (Hrsg.), Frankfurt 1987, 1988.
- 78 Vgl. den Beitrag von R. Falck in diesem Band.
- 79 Dazu u. B. Hickel, R.: Ein neuer Typ der Akkumulation?, Hamburg 1987.
- 80 In diesem Bereich sind die Gewerkschaften auch für Jugendliche unersetzbar; die Verankerung in diesem Sektor entscheidet über ihre Gegen- und Gestaltungsmacht.
- 81 So etwa bei einem Projekt in den Hamburger Werften (»Mumpitz«), wo die Frage nach alternativer, umweltverträglicher Produktion mit Überlegungen verbunden wurde, welche Qualifikationen nötig sind, um »Öko-Schiffe« zu bauen. Unter der Fragestellung »Arbeiten und Leben im Hafen« wurde zugleich der Kontakt zu im Reproduktionsbereich agierenden Bewegungen und Initiativen gesucht.
- 82 Dieser aktionsbezogene Aspekt wird in der ansonsten anregenden Studie von Heitmeyer m. E. nicht korrekt bewertet.

Future's Past: »Deregulierung« in den USA – Vorbild für Europa?

»Zusammenfassend betrachtet war das Deregulierungsgesetz . . . das größte antigewerkschaftliche Gesetz, das ein am amerikanischer Kongreß je verabschiedet hat.«

Frank Borman (Eastern Airlines)¹

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit antigewerkschaftlichen Strategien in den USA – mit dem Ziel, mögliche Entwicklungen in Westeuropa zu beleuchten. Eine solche Vorgehensweise scheint deshalb angebracht, weil sich seit der Mitte der 70er Jahre international ein tiefgreifender Wandel der Kapitalstrategien vollzogen hat, begleitet von einer Abwendung von der kenyesianischen Wirtschaftspolitik und einer Hinwendung zur Strategie der »Deregulierung«. Zwar hatten die USA zu dieser Zeit bereits ihre unumschränkte Hegemonialposition im kapitalistischen Weltsystem verloren. Dennoch übt die ökonomische und politische Entwicklung in den USA nach wie vor einen nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung in den OECD-Ländern – vor allem in der BRD und in Japan – aus.² Im folgenden soll freilich vor allem die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den USA selbst analysiert werden. Es geht dabei um die Hintergründe für die Herausbildung einer umfassenden Neuorientierung des U.S.-Kapitals sowie um die Durchsetzung antigewerkschaftlicher Strategien.

1. Was ist »Deregulierung«?

Die politische Vermittlung der neuen Kapitalstrategie hat einen merkwürdigen Zwitter hervorgebracht, eine Mißgeburt aus Marktradikalismus und Neokonservatismus. Folgen wir der neokonservativen Propaganda, so heißt »Entregulierung« Rücknahme des Staates, Befreiung der »Menschen« von (unnötigen) bürokratischen Zwängen und Regelungen.³ Zweifellos hat Ronald Reagan mit seinem Wahlkampfeslogan von 1980 (»get the state off our backs«) populäre Gedanken formuliert. Die neue regulierungstheoretische Prämisse des »Staatsversagens« gewann während der 70er Jahre zunehmend an Bedeutung. Historisch in der US-Gesellschaft ohnehin fest verwurzelt, erhielt das Feuer des Anti-Statismus mit dem Bekanntwerden des »Watergateskandals« neue Nahrung. Die staatliche Interventionstätigkeit, deren Funktionen für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse in den 70er Jahren erneut zunahm⁴, wurde zum zentralen Konfliktfeld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die »Chicago-School«⁵ kritisierte generell staatlich-keynesianische Planungsansätze. Besondere Kritik wurde jedoch den klassischen normativen Theorien vom »Marktversagen« gewidmet, mit denen staatliche Eingriffe im öffentlichen Interesse theoretisch begründet worden sind.⁶ Die Propheten des freien Wettbewerbs interpretierten staatliche Regelungspolitik positiv als Instrumentalisierung des Staates durch Industriebereiche und gesellschaftliche Gruppen. Damit wurde paradoxerweise jene umfassende Reorganisation staatlicher Regelungstätigkeit in Ökonomie und Gesellschaft legitimiert, die fortan in einer Mischung aus Angebotspolitik und Rüstungskeynesianismus ihr Unwesen trieb (»woodoo economics«). Der scheinbare Widerspruch zwischen den wirtschaftstheoretischen Forderungen nach Entstaatlichung und der realen Machtausdehnung der konservativen Staatsapparate läßt sich jedoch auflösen. Anstelle der unhistorischen und abstrakten Abhandlungen über polit-ökonomische Verhältnisse müssen reale Entwicklungen konservativer Reformpolitik untersucht werden.

Im Gegensatz zur politisch und ideologisch bedeutsamen, aber wissenschaftlich fruchtlosen »Staatstheorie« der Neokonservativen bezeichnet die OECD »Deregulierung . . . als Wegnahme oder Reduzierung des Ausmaßes bestimmter direkter Regulierungsformen die Marktzutritt, Produktion, Service oder Preise regeln und die daraus folgende Öffnung von Industrien für mehr Wettbewerb . . . zweitens bedeutet die Deregulierung die Reduktion administrativer Lasten für Wirtschaftsunternehmen . . .«.⁷ Auch im Rahmen dieses – technokratischen – Diskurses wird die prinzipielle Überlegenheit marktwirtschaftlicher Allokation nicht bezweifelt. Fortwährende Optimierung staatlicher Regelungstätigkeit im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse gerät zum wissenschaftlichen Maßstab der praktischen Politikberatung. Dabei wird systematisch von den bestehenden Produktions- und Klassenverhältnissen abstrahiert und in der Regel werden bestimmte direkte staatliche Regelungstätigkeiten nicht im Zusammenhang der allgemeinen Staatstätigkeit betrachtet.

Demgegenüber soll hier nachgewiesen werden, daß »Deregulierung« in den USA nur im Kontext der verstärkten Krisenhaftigkeit des US-Kapitalismus zu verstehen ist, als Formulierung und Durchsetzung einer allgemeinen Kapitalstrategie zur umfassenden Verbesserung der monopolistischen Verwertungsbedingungen in den Vereinigten Staaten. Bei der Untersuchung der Umstrukturierungsbemühungen des US-Kapitals müssen sowohl die »privaten« als auch die staatlich vermittelten »Deregulierungsstrategien« sowie deren Verschränkung analysiert werden. Die in der bundesdeutschen Diskussion häufig vorgenommene Gleichsetzung von »Deregulierung« und »Flexibilisierung«⁸ wird der Reichweite und der umfassenden Bedeutung der Kapitalstrategie nicht gerecht. Gleichwohl weist z. B. Wolfgang Däubler auf den Zusammenhang der Neugestaltung der Kapitaldominanz hin: »Unternehmer haben ihrer gesellschaftlichen Hegemonie entsprechend die Begriffe ›Deregulierung‹ und ›Flexibilisierung‹ in ihrem Sinne besetzt.«⁹

2. Ausgangspunkt der Neuorientierung: Zur Krise des US-Kapitals

Bevor neue Kapitalstrategien entwickelt werden und in gesellschaftliche Auseinandersetzungen münden, müssen sich etablierte Rahmenbedingungen kapitalistischer Verwertung, muß sich »altes Denken und Handeln« als »schlecht« erweisen. Dieser Zeitpunkt läßt sich für die Vereinigten Staaten für das Ende der 60er Jahre bestimmen. Die stabile Nachkriegsordnung begann sich zu diesem Zeitpunkt aufzulösen. Zwischen 1945 und 1965 gab es in den USA lediglich drei schwache zyklische Wirtschaftskrisen. Abschwünge waren als solche kaum erkennbar, Phasen langsamer Kapitalbildung wurden jeweils von Perioden massiver Zunahme der Kapitalakkumulation abgelöst.¹⁰ Das Ende des häufig als »Fordismus« beschriebenen Akkumulationsmodells¹¹ zeigte sich in der erneuten Verschärfung des kapitalistischen Krisenzyklus, in den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt. Für das amerikanische Kapital stellte sich die Situation als allgemeine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen dar. Die »... Profite US-amerikanischer Firmen sanken nach 1965 und erreichten in den folgenden 15 Jahren das Niveau zu Beginn der 60er Jahre nicht mehr.«¹² Die Erlahmung der Reinigungsfunktion der zyklischen Krisen deutete auf tiefgreifende Widersprüche zwischen Produktivkraftentwicklung und den existierenden Produktionsverhältnissen hin. Allenthalben beklagte Produktionsschwäche, zunehmende Arbeitslosigkeit, Bankrotte und katastrophische Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen (z. B.: Stahl, Automobil, Eisenbahnen) verwiesen auf die strukturellen Disproportionen wie die Krise der großen Metropolen (Zahlungsunfähigkeit der Stadt New York und einer Vielzahl anderer Kommunen).

Politisch wurde diese Situation durch zahlreiche Entwicklungen verschärft. Der aufkommende Widerstand gegen die imperialistische Politik (Vietnam), die Aufstände der Schwarzen (black power), die sich rasch entfaltende Frauenbewegung und die erneute Zunahme der ökonomischen und politischen Betäti-

gung von Seiten der Gewerkschaften mußten Zweifel an der inneren Integrationsfähigkeit aufkommen lassen. Der aufgedeckte Machtmißbrauch Präsident Nixon's wurde zum Höhepunkt der Staatskrise und verschärfte zusätzlich das öffentliche Mißtrauen gegen »Big Business«.

Zunächst führen diese Prozesse neben der üblichen Mobilisierung staatlicher Repression¹³ – zu einer erheblichen Ausdehnung der ökonomischen und sozialen Staatstätigkeit. Zwischen 1964 und 1977 wurden insgesamt 10 neue staatliche Aufsichtsbehörden eingerichtet, die sich gemäß ihrem legislativem Auftrag um den Schutz der Öffentlichkeit, der abhängig Beschäftigten und der Verbraucher kümmern sollten. Die Ausdehnung der Rechte für Frauen und insbesondere für die schwarze Bevölkerung der Vereinigten Staaten spiegelte in Form von »Minderheitenschutz«-Regelungen selbst zwar noch die gesellschaftliche Diskriminierung wieder, aber die politischen Entwicklungen trugen erheblich zur Abschwächung des gesellschaftlichen Protests bei. Bemühungen zur Überwindung der Legitimationskrise staatlicher Institutionen bewirkten die gesetzliche Verankerung öffentlicher Kontrolle. Mittels sogenannter »sunshine«-Gesetze (Freedom of Information Act von 1966 und Sunshine Act von 1976) wurden Verbänden und Organisationen neue Zugangs- und Einflußmöglichkeiten auf bürokratische Prozesse geschaffen.¹⁴

Der sich in der folgenden Zeit vergrößernden Einflußnahme von Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, Umweltschutz- und anderer sozialer Bewegungen standen die früheren Unternehmerverbände zunächst relativ hilflos gegenüber. »... Konflikte über die Ausmaße der sozialen Regulierung hatten direkte Auswirkungen auf die Verteilung der Macht und des Reichtums zwischen dem privaten Sektor und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Kontroverse über die soziale Regulierung der Unternehmen zum Zentrum des Klassenkonfliktes wurde: Die Wirtschaftsinteressen standen dem öffentlichen Interesse ebenso wie dem Interesse der organisierten Arbeitnehmer gegenüber.«¹⁵

3. Big Business's Come back

Mit erheblichem Aufwand wurden seit Anfang der 70er Jahre die Unternehmerverbände reaktiviert. Eine hervorragende Stelle nahm dabei der Business Roundtable ein. 1972 schlossen sich ihm zwei gegen gewerkschaftlichen Einfluß kämpfende Wirtschaftsorganisationen (Construction Users Anti-Inflation Roundtable und Labor Law Study Committee) zusammen. Ursprünglich richtete die neue Vereinigung ihre Aktivitäten ebenfalls überwiegend gegen den Einfluß der Unions. »In der Mitte der 70er Jahre aber, als sich Watergate und andere Skandale entfalteten, und sowohl die republikanische Partei, als auch die Wirtschaft im generellen vor einer ernsthaften Herausforderung standen, änderte sich die Richtung des Roundtable.«¹⁶ Die Organisation schloß sich mit einer informellen Gruppe leitender Manager großer Konzerne (der sog. March-Gruppe) zusammen und wurde zum (neuen) politischen Arm des Großkapitals. »Die Zielsetzung änderte sich insofern, . . . als nun alle politischen Bereiche einbezogen wurden. Arbeitsgesetzgebung blieb ein zentrales Thema, aber keineswegs ausschließlich. Breite Fragen der Steuer-, Kartell-, Regulierungs- und Beschäftigungspolitik wurden Teil des selbsternannten Mandats des Roundtable.«¹⁷

Unter den führenden Managern befanden sich sowohl Demokraten, als auch Republikaner. Das selbstgesteckte Ziel bestand darin, beide großen politischen Lager der Vereinigten Staaten zum Umdenken zu bringen. Das direkte Engagement der Vorstandsvorsitzenden von ca. 180 Großkonzernen war eine neue Entwicklung in der Arbeit der Kapitalverbände.¹⁸ Unter führender Mitwirkung des Business Roundtable begann die Mobilisierung der unternehmerischen Macht. Verschiedene »schlafende Giganten«, darunter die National Association of Manufacturers (NAM), wurden zu neuem Leben erweckt.

NAMs direkte Mitgliedschaft besteht aus 13 500 Unternehmen, die im Business Roundtable organisierten Großunternehmen gehören dazu. Der Einfluß der Organisation umfaßt aller-

dings viel weitere Bereiche der Wirtschaft. Viele andere Kapitalverbände sind an diese Organisation angeschlossen. Der wichtigste Unternehmerverband koordiniert heute ein Netzwerk von mehr als 60 000 Unternehmen.¹⁹ Dieser Umfang wurde allerdings erst in den 70er Jahren erreicht, als die Organisation »aufgewacht« war. Die zunehmende Bedeutung Washingtons für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung der USA führte zur großangelegten Reorganisation der politischen Arbeit. Zwischen 1968 und 1978 stieg die Anzahl sogenannter »public affairs offices«, der großen Unternehmen in Washington D.C. von 100 auf 500 an. 1974 verlegte die NAM den Sitz ihrer Organisation von New York in die Bundeshauptstadt.

Neben den Versuchen, »VolksvertreterInnen« des Amerikanischen Kongresses die Vorstellungen des US-Kapitals nahe zu bringen, mobilisierten die Wirtschaftsleute ihre »Basis«. NAM und Roundtable halfen u. a. bei der Reaktivierung der Handelskammern der Vereinigten Staaten. Die Chamber of Commerce verzeichnete 1970 ca. 50 000 Mitglieder (Unternehmen, lokale Kammern und Wirtschaftsorganisationen). Bis 1983 wuchs die Organisation auf 215 000 an.²⁰ Mit dem neuen »Netzwerk« konnte der politische Prozeß auf allen Ebenen effektiv beeinflußt werden. »Die Kammern haben ihren »grass-roots« Lobby-Mechanismus computerisiert und sind nun in der Lage, massive Aktivitäten zu erzeugen, wann immer wichtige politische Auseinandersetzungen in Washington anstehen . . .«²¹

Neben der internen Formierung des politischen Apparates der Unternehmerverbände bestand ein wichtiger Hebel zur Durchsetzung der neuen Kapitalstrategie in der organisierten Beeinflussung von Kongreßwahlen. Aufgrund der Limitierung der Großspenden sahen sich die Unternehmer gezwungen, »sammeln« zu gehen. 1974 gab es erst 89 Political Action Committees auf Seiten des Kapitals (PAC: Geldsammelungsvereine zur Förderung einzelner Abgeordneter). 1978 waren es schon 784 und 1982 unterstützten 1467 PACs ausgewählte PolitikerInnen beider Parteien. Die Masse der aufgebrachten Mittel flossen an republikanische Abgeordnete.²²

4. Wissenschaft, »think-tanks« und Staatsapparat: Die Finanzierung der Theorie vom Staatsversagen

Immer wieder wurden in der Auseinandersetzung um »Deregulierung« ihr »fortschrittlicher« Charakter (»anti-big-business«) suggeriert. An der antigewerkschaftlichen Stoßrichtung ließen die an der wissenschaftlichen Diskussion beteiligten Ökonomen indes keine Zweifel aufkommen.²³ Mit der »Deregulierung« sozialstaatlicher Programme unter Reagan wurden keine Bemühungen mehr unternommen, den Veränderungen einen fortschrittlichen Charakter zu unterstellen.

Mit großem Aufwand förderten Großunternehmen, Wirtschaftsverbände und konservative Stiftungen (ihrerseits finanziert durch das Kapital) den intellektuellen Umschwung. »Zu jedem Zeitpunkt in der Geschichte«, faßte einer der konservativen Intellektuellen den Prozeß zusammen, »kann eine einflußreiche Idee – also ein einflußreicher Intellektueller – eine überzeugende Simplifizierung politischer Fragen bereitstellen, die Konsistenz mit den essentiellen Werten der politischen Elite aufweist.«²⁴ Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise begannen v. a. Wirtschaftswissenschaftler, den staatlichen Interventionsrahmen auf seine »ökonomische Effizienz« hin zu untersuchen. Diese Studien neoklassischer Ökonomen werden von allen Beobachtern als wesentliche Basis der »Deregulierung« angesehen. »Wir sind überzeugt, daß ohne die Entwicklung der akademischen Kritik der Politik die Reformen . . . niemals zustande gekommen wären«, erklärten Autoren der *Brookings Institution*.²⁵

Die entscheidende Rolle zur Ausdehnung der »akademischen« Kritik und zur Ausbildung geeigneten Personals kam den erwähnten Stiftungen und Forschungsinstituten zu. Die Ford Foundation finanzierte die wissenschaftliche Arbeit der *Brookings Institution* zur ökonomischen Staatsintervention zwischen 1967 und 1975 mit 1,8 Millionen Dollar.²⁶ Zwar war *Brookings* als »liberale« Institution bekannt – die Arbeiten des think-tanks unterstützten das »Great Society«-Programm Präsi-

dent Johnson's und wandten sich gegen den Vietnam-Krieg. In den anstehenden ordnungspolitischen Fragen fand die Forschungseinrichtung jedoch wieder zu der marktwirtschaftlichen Orientierung zurück, mit der staatliche Planungsmaßnahmen in der Zeit des New Deals bekämpft worden waren.

Die Rolle privater Unternehmensstiftungen und »unabhängiger«, nicht universitärer Forschungseinrichtungen ist nicht neu im amerikanischen System; viele Stiftungen wurden in den 20er Jahren gegründet.²⁷ In den 70er Jahren wurden aber mit Unternehmensgeldern alte konservative Stiftungen revitalisiert und neue gegründet. Die Gründung der erzkonservativen Heritage Foundation z. B. datiert auf das Jahr 1973, 1976 wurde das Ethics and Public Policy Center gegründet und 90 Tage nach der Wahl Carters wurde das Committee on the present Danger etabliert. Weitere 25 Institute wurden in den 70er Jahren gegründet oder erheblich erweitert, u. a. das American Enterprise Institut (AEI) und das Center for the Study of American Business.²⁸

Der Paradigmenwechsel hin zu marktradikalen Positionen der Chicago School reflektiert sich in der Übernahme der Interventionsforschung und der Öffentlichkeitsarbeit marktradikaler Forschungseinrichtungen. Vier private Institutionen waren maßgeblich an der Verschiebung der ökonomischen Debatte nach rechts beteiligt: Das National Bureau of Economic Research, das Hoover Institute, das American Enterprise Institute und das Center for the Study of American Business an der Washington University. Diese Institutionen legten das Fundament der radikalen politischen Veränderung von 1978 bis 1981 und viele der Ergebnisse – trotz intensiver akademischer und politischer Kritik – stehen bis heute an zentraler Stelle der ökonomischen und politischen Diskussion.

Viele leitende Mitarbeiter der neokonservativen Institute gelangten zu einflußreichen Positionen innerhalb der Reagan-Administration. Murray Weidenbaum z. B., der Vorsitzende des Sachverständigenrats Council of Economic Advisers von 1981–1982, gründete 1975 das Center for the Study of American Business und gehört heute zum akademischen Beirat des

AEI. Zehn Mitstreiter des AEI hatten 1981/2 hochrangige Stellen in der Reagan-Administration. Neben der Bildung personalpolitischer Brücken zwischen den privaten Forschungsinstituten und der Regierung kam den »think-tanks« die Funktion der Popularisierung marktradikalen und neokonservativen Gedankenguts zu. Auf Konferenzen, mit Zeitschriften und Fernsehserien wurden die Arbeiten der Chicago Ökonomen verbreitet.²⁹ Die Publikationen des AEI, u. a. die Zeitschrift *Public Opinion* und verschiedene Buchserien – gehören »zu den zahlreichen, zeitlich abgestimmtesten und zugänglichsten Materialien, die von irgendeinem think tank oder einer anderen intellektuellen Ressource in Washington produziert werden.«³⁰ Marktradikale Wissenschaft wurde zur neokonservativen politischen Kraft. Im Gegensatz zu den »seriösen« wissenschaftlichen think-tanks kümmerten sich die ultrarechten Stiftungen, neben der Finanzierung der Forschungsinstitute, hauptsächlich um die »Simplifizierung«. Reaktionäre Milliardäre wie der Bierbrauer Joseph Coors und der Öl- und Bankbesitzer Richard Mellon Scaife bezahlten u. a. Milton Friedmans Fernsehserie »Free to Choose« und trugen entscheidend zur Veränderung der ideologischen Landschaft der USA bei.³¹ Die Projekte der Heritage Foundation schließlich zeigen den direkten Einfluß auf die Bundespolitik am deutlichsten. Mit dem 1000 Seiten starken Werk »Mandate for Leadership« wurde ein komplettes Regierungsprogramm für die Reagan-Administration geschrieben. Alle Bereiche der Exekutive wurden hier analysiert und der »Reideologisierung« der Reagan Revolution anempfohlen.³²

Die Gegenbewegung des Kapitals vollzog sich in einem umfassenden Prozeß. Hegemonie konnte nicht allein im ökonomischen Bereich errungen werden, diese Einsicht verlieh dem Kapital seine drückende Überlegenheit gegenüber den gesellschaftlichen Reformkräften. Dabei spielten die progressiven Reformen der neuen Kapitalstrategie vielfältig in die Hände. Die Demokratisierung der öffentlichen Institutionen erzwang ebenso die »Solidarität des Kapitals« wie die Limitierung der Großspenden. Die Entmachtung der Parteiapparate führte letztendlich zur Formierung politischer »pressure groups« des Ka-

pitals außerhalb der Parteien und zur Kommerzialisierung der Wahlkämpfe. »Zwar gelang es in der Tat, den Einfluß des Partei-establishments weitgehend zu reduzieren«, faßt der Berliner Amerikanist Frank Unger zusammen, »aber um den Preis einer noch größeren Fragmentierung und Kommerzialisierung, oder, anders gesagt, einer Stärkung der (informellen) ökonomischen Macht gegenüber der (organisierten) politischen Macht.«³³ Die Vernetzung konservativer Stiftungen, verschiedener Unternehmen und Politiker des Goldwater/Reagan Typus, markiert die Anfänge der neuen Kapitalstrategie. Der politische Durchbruch basierte auf der vollständigen Niederlage des alten hegemonialen Blocks innerhalb der Republikanischen Partei. Die Nixon-Katastrophe des alten Ostküsten-Establishments ermöglichte es der Neuen Rechten, die Führung zu übernehmen. Die Überlappung der Aufgaben der »think-tanks« führte exemplarisch vor, was die herrschende Klasse tut, wenn sie herrscht: Die umfassende Beschäftigung mit gesellschaftlich relevanten Themen ermöglichte die horizontale Durchsetzung der neuen Herrschaftsvariante; mit der vertikalen Vermittlung von wissenschaftlicher Forschung, der Ausbildung von Amtsträgern bis hin zur Mobilisierung von Bewegungen gelang es, die Kapitalhierarchie zu reetablieren. Die neuen »think-tanks« wurden zum strategischen Zentrum der »Reagan-Revolution«. Sicherlich übertreibt Edsall nicht, wenn er in der Finanzierung der Stiftungen die effektivste Verwendung der Wirtschaftsgelder zur Modifizierung des politischen Diskurses sieht.³⁴

Finanziell, logistisch und ideologisch gestärkt, begannen Unternehmenslobbyisten und konservative Politiker in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, verlorengegangenes Terrain in innenpolitischen Auseinandersetzungen zurückzugewinnen. Die neuen Entwicklungen staatlicher Intervention zeigten zum einen die Anpassung des staatlichen Interventionsrahmens an veränderte Anforderungen, die aufgrund der zyklischen und überzyklischen Krise der Ökonomie sowie aufgrund der materiellen Zusammenhänge des gegenwärtigen Produktionstyps entstanden waren. Zum anderen verdeutlichten die innenpolitischen Auseinandersetzungen den Einfluß gesellschaftlicher Kräfteverhält-

nisse auf den neuen Interventionsrahmen. Die Unternehmervverbände fochten nun angeblich nicht mehr gegen die Auswirkungen einzelner Gesetze, sondern um das Prinzip: Die Steuerung wirtschaftlicher Prozesse durch den Staat sollte zurückgedrängt werden, um der Überlegenheit der allokativen Kräfte des Marktes wieder Geltung zu verschaffen. Der Politisierung der sozialen Auseinandersetzungen in den 60er Jahren ??? eine neue Politisierung der »business community« in der Folgezeit: »Während der 70er Jahre verfeinerte das Kapital seine Fähigkeit, als Klasse zu handeln, die Konkurrenzinstinkte wurden der Kooperation in der Arena der Gesetzgebung untergeordnet.«³⁵ 1979 legte der Business Roundtable eine Studie vor, die am Beispiel von 48 Unternehmen aus 20 Industriebereichen Kosten staatlicher Regulierung belegen sollte. Angeblich wurden diese Unternehmen jährlich mit \$ 2,5 Milliarden belastet. Im Zentrum der Kritik standen Bestimmungen der Umweltschutzbehörden und der Behörde zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz.³⁶ Mit diesem Vorstoß verdeutlichte das Großkapital, daß »öffentliches Interesse« in Zukunft einzig über die Optimierung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu bestimmen sei.

5. »Deregulierung« Etappe I: Verhinderung weiterer Machtausdehnung fortschrittlicher Reformkräfte

Ökonomische und politische Krisenprozesse wirkten in den 70er Jahren aufeinander ein. Die häufig als »Reaganomics ohne Reagan« geschilderte Annäherung der beiden amerikanischen Parteien in grundlegenden ökonomischen Fragen – und damit wesentlicher Determinanten der Entwicklungsrichtung des US-amerikanischen Kapitalismus – war selbst erst das Resultat der wiedergewonnenen Hegemonie des Kapitals.³⁷

In Reaktion auf die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen verlagerten viele Unternehmen ihre Produktionsstät-

ten in den – weitgehend gewerkschaftsfreien – Süden der USA und in das Ausland. »In den siebziger Jahren vollzog sich die schnellste und umfangreichste Verlagerung ökonomischer Macht in der gesamten amerikanischen Geschichte.«³⁸ Während in den alten industriellen Gebieten des Nordens mehr als eine Million Arbeitsplätze verloren gingen, wurden im Süden die »Zukunftsindustrien« aus dem Boden gestampft und 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.³⁹ Indes kann das Phänomen der »Deindustrialisierung« nicht auf eine Verlagerung der Produktion aus dem »Rostgürtel« in den »Sonnengürtel« verkürzt werden. Auch im Süden der USA schlossen Betriebe mit fadenscheinigen Argumenten überraschend ihre Fabriktore, um sich am folgenden Tag 10 km weiter – unter Ausschluß gewerkschaftlich organisierter Arbeiter/innen – niederzulassen. Neben diesen Versuchen, vor den Gewerkschaften zu flüchten (»runaway companies«), ließen sich viele weitere Formen extremer Steigerung unternehmerischer Konfrontationspolitik und illegale Management-Aktivitäten (u. a. Widerstand gegen Versuche gewerkschaftlicher Organisation, Verweigerung der Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertretung, illegales Verhalten während der Tarifverhandlungen etc.) verzeichnen. Zusammenfassend schreibt der amerikanische Arbeitsrechtler Paul Weiler, daß der »... Niedergang der Tarifverhandlungen im privaten Sektor ... zu einem großen Teil auf die erstaunliche Zunahme illegaler Methoden der Unternehmen zur Verhinderung gewerkschaftlicher Vertretung der Beschäftigten zurückgeführt werden ...« muß.⁴⁰ Zur erfolgreichen Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisation wurde u. a. ein eigener Geschäftszweig etabliert. In ca. 1000 Firmen mit mehr als 10 000 Beschäftigten (v. a. auf arbeitsrechtliche Fragen spezialisierte Rechtsanwälte) und mit Profiten in Höhe von \$ 500 Millionen wird die hohe Kunst des »union busting« gelehrt und betrieben.⁴¹

Neben der privatwirtschaftlichen Mobilisierung unternehmerischer Gewalt demonstrierte das Kapital – nach der »Katastrophe« des Wahlsieges der Demokraten – den politischen Gestaltungswillen. Carter war mit massiver Unterstützung durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen an die Macht gelangt,

zahlreiche »Aktivisten« erlangten Regierungspositionen. Die Reformhoffnungen waren weitgespannt. Die Verbraucherverbände bemühten sich gemeinsam mit Gewerkschaften z. B. um die Durchsetzung einer neuen staatlichen Verbraucherschutzbehörde. Dem Engagement von 450 verschiedenen Wirtschaftsorganisationen hatten die Reformkräfte indes nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Mit der ersten großen Mobilisierung der neugeschaffenen politischen Ressourcen sorgte die Kapitallobby für die Ablehnung des Gesetzentwurfs.⁴²

Nach dieser erfolgreichen Eindämmung weiterer Ausweitung staatlicher Intervention in »Marktprozesse« stand das große Kräftemessen mit den Gewerkschaften bevor. Eine wissenschaftliche Konferenz zu »rechtlichen und ökonomischen Fragen der Deregulierung« zeigte schon 1976, daß sich die Investitionen der Unternehmervverbände gelohnt hatten. »Es ist heute weithin anerkannt«, faßte ein Wissenschaftler die Diskussion zusammen, »daß die staatliche Regulierung der Wirtschaft und der Arbeit grundlegend revidiert werden muß.«⁴³

Die Gewerkschaften der American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) hatten sich zu einer großen Gesetzesinitiative aufgefaßt. Zentrale arbeitsrechtliche Bestimmungen, die u. a. die gewerkschaftliche Organisation in den Südstaaten erheblich erschwerten, sollten abgeschafft und über eine Effektivierung der arbeitsrechtlichen Behörden der Tolerierung antigewerkschaftlicher Strategien ein Ende gesetzt werden. 1978 kam das Labor Law Reform Gesetz – unter bösen Vorzeichen – zur Abstimmung. Schon 1977 war es der Unternehmerlobby gelungen, ein Gesetz zur Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften im Falle eines Streiks zu verhindern. Im Repräsentantenhaus stimmten 1978 zunächst noch eine Mehrheit der Abgeordneten der – durch die Carter-Administration schon entschärften – Gesetzesvorlage zu.

Wer aber an einen leichten Sieg geglaubt hatte, sah sich getäuscht. Die im Kampf gegen die Verbraucherbehörde erprobte Koalition des Kapitals zog nun alle Register. In einer großangelegten Gegenkampagne zogen die Unternehmer ihre Kräfte zusammen, um Druck auf die Debatte im Senat zu entfalten. Am

16. Mai 1978 gelang es der Kaputalseite, das Gesetz zu Fall zu bringen. Gegen die Mobilisierung der Unternehmerverbände hatten die Gewerkschaften zwar eine Öffentlichkeitskampagne (»Americans for Justice on the Job«) entwickelt; die Anwendung weitergehender Kampfmaßnahmen wurde aber nicht in Erwägung gezogen. Die Anbindung an die Demokraten führte schon vor der Auseinandersetzung zur Reduzierung der Forderungen und erwies sich dennoch als »falsche« Strategie. Die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse stellte die abhängig Beschäftigten, die Gewerkschaften und vor allem die ohnehin benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen von nun an mit dem Rücken an die Wand.

6. »Deregulierung«: Etappe II: Invasion der Staatsapparate

»Management is now the militant party«, schreibt G. Strauss in seinem Überblick über die Entwicklung der industriellen Beziehungen.⁴⁴ Der Ende der 70er Jahre voranschreitende und während der Reagan-Herrschaft nochmals beschleunigte Niedergang der US-Gewerkschaften ist längst kein Geheimnis mehr. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sank von 27,3% (1970) auf 23% (1980) und 18,8% (1985).⁴⁵

Gewerkschaften und sozialreformerische Kräfte waren noch durch die große Niederlage im Kampf um das Arbeitsrecht paralysiert, als der große U-Turn (Bluestone/Harrison) der Demokraten bevorstand. Revolution im Iran, Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, Revolution in Nicaragua, erneut doppelstellige Inflationsraten zu Hause: das Barometer des US-Imperialismus stand Ende der 70er Jahre auf Sturm und Jimmy Carter verneigte sein Haupt vor dem US-Kapital. Die Demokraten nahmen Abschied von ihrer gesellschaftlichen Reformstrategie. In großer Koalition mit dem republikanischen Markt-

radikalismus wurden die Weichen in Richtung Angebotspolitik und Hochrüstung gestellt. Angestrebte Verschärfungen kartellrechtlicher Bestimmungen starben einen leisen Tod und die »Liberalisierung« der Transport-, Banken- und Energiesektoren wurden als Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation beschleunigt vorangetrieben. Carter berief 1979 den Monetaristen Paul Volcker zum Vorsitzenden des Federal Reserve Board (Zentralbank), der die folgende Periode knappen Geldes und hoher Zinsen einleitete und damit ohne Not die zyklische Krise 1979/80 inszenierte.

Die Produktion der Automobilindustrie kontrahierte um 30% und Zulieferindustrien wurden schnell in den Strudel des Abschwungs gezogen. Der drittgrößte Produzent des US-Marktes, die Firma Chrysler, konnte nur durch staatliche Notkredite gerettet werden. Im Rahmen dieses Rettungsprogramms wurde die Welle konzessionärer Tarifverhandlungen eingeleitet, die fortan gewerkschaftlich durchgesetzte Löhne und Arbeitsbedingungen unterminierte. Als Bedingung zur Rettung des Chrysler Konzerns im Jahre 1979 war dem Unternehmen von Seiten der Carter-Administration auferlegt worden, \$ 1,5 Milliarden selbst aufzutreiben. Bestandteil des Konsolidierungsprogrammes wurden Lohnkonzessionen der 130 000 Beschäftigten, von denen zwischen 1979 und 1982 \$ 665 Millionen beigesteuert werden mußten.⁴⁶ Die Opferbereitschaft der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaft United Automobile Workers konnte zwar Chrysler retten, erwies sich aber als Phryrus-Sieg. Zunächst bezahlte UAW mit der Auflösung einheitlicher Tarifverträge in der Automobilindustrie. General Motors und Ford erzwangen ihrerseits Konzessionen und erlangten Tarifverträge, die auf die »betrieblichen Bedingungen vor Ort« zugeschnitten waren. Während es der UAW noch gelungen war, die Südstrategie von General Motors (Flucht in den gewerkschaftlichen Süden) zu verhindern, indem die Gewerkschaft die neuen Niederlassungen organisierte, gab sie mit der späteren Anerkennung des General Motor Saturn-Projekts jahrzehntealte Rechte auf und ermöglichte weitreichende Flexibilisierungsexperimente auf Betriebsebene bei untertariflicher Bezahlung.⁴⁷

Nach der Automobilindustrie glückte der Unternehmerseite die Auflösung industrieweiter Tarifverträge in der zweiten traditionellen Hochburg der Gewerkschaften, der Stahlindustrie. Auch hier wurden unter dem Druck von Betriebsstillegungen Lohnkonzessionen und weitreichende Flexibilisierungsmaßnahmen erzwungen. Die eingesparten Milliarden wurden von den Stahlbaronen indes nicht zur Konsolidierung des Industriesektors produktiv investiert. Die Industriegiganten finanzierten aus den Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen vielmehr ihre Diversifizierungsbestrebungen und heizten die Hausse des Spekulationsgeschäfts weiter an.⁴⁸ Ohne geeignete Mitbestimmungs- und Einflußmöglichkeiten, ohne eine Koordination des Widerstands durch den Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, mußten die Unions tatenlos zusehen. Die staatliche Inflationsbekämpfung wurde – von Carter begonnen und von Reagan verschärft – als »Deflation des Arbeitsmarktes« (Marvin Koster) betrieben.⁴⁹

Die erhebliche Zunahme von Konzessionsforderungen im Jahre 1982 kennzeichnete die Verschärfung der Konfrontation nach dem Machtwechsel. Neben den vorher genannten traditionellen Industriebereichen kamen unter Reagan die Staatsbediensteten und die Beschäftigten im Transport- und Telekommunikationssektor an die Reihe. Die privatwirtschaftliche »Deregulierung« wurde vom Staat nicht mehr ausschließlich im Falle drohender Bankrotte gestützt, sondern zum Prinzip staatlicher Intervention aufgewertet. Von der großen Koalition aus Kapital und Staat wurde der symbolische Wert des Kampfes gegen die Gewerkschaften höher eingeschätzt als die reale Summe, die aus der Verringerung der Lohnkosten resultierte. Nicht in der Frage der staatlichen Regulierung, wohl aber in der Frage des Kampfes gegen die Gewerkschaften ging es ums Prinzip.

Die Abwendung von gesellschaftlichen Reformprogrammen entzog den Demokraten einen Teil ihrer Basis bei Gewerkschaften und Minderheiten, die den Schwenk der Partei auch durch die politische Mobilisierung der New Alliance of Progressive Forces unter Leitung des Labor Coalition Clearinghouse

(UAW) nicht umkehren konnten. Ein Teil der Enttäuschten wurde in die Wahlenthaltung getrieben, ein weiterer Teil landete, durch die Kalte-Krieg-Rhetorik radikalisiert, im Lager der neuen Rechten. Mit einem »überwältigenden« Wahlerfolg – Reagan wurde von etwas mehr als einem Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung zum Präsidenten gemacht – schickten die WählerInnen den demokratischen Präsidenten zurück nach Georgia. Obendrein eroberten die Republikaner die Mehrheit im US-Senat. Mit dem Machtwechsel im Weißen Haus ist die Vorgeschichte der neuen Kapitalstrategie abgeschlossen. Nach der widersprüchlichen Durchsetzung der Deregulierung begann nun die Entfaltung der neuen Kapitalstrategie ihre eigenen Widersprüche zu zeitigen.

7. »Deregulierung« an der Macht: Die Reagan-Insurrektion

»Das Vertrauen der Deregulierer in die unsichtbare Hand von Adam Smith war bemerkenswert. Viele der Ereignisse erwecken (indes) den Eindruck, als sei die Vorlage nicht von Adam Smith, sondern von Karl Marx geschrieben worden.«

Jeremy Tunstall

Als Kern der »Reagan-Revolution« kann die allgemeine Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an die Verwertungsinteressen des US-Kapitals, insbesondere zugunsten der zunehmend von weltweiter Konkurrenz bedrohten Monopolgruppen bestimmt werden. Unter der Prämisse der »Rücknahme des Staates« arrangierten die Republikaner die Umverteilung der Steuerlasten zugunsten von Unternehmen und Reichen. Auf Pump bezahlte der Staatsapparat den (rü-

stungs-)wirtschaftlichen Aufschwung und begünstigte die rasch zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Last not least betrieb der Reagan-Staat mit vielfältigen Maßnahmen die Verschärfung antigewerkschaftlicher Repression. Das Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmen leitete eine ebenso gigantische wie anarchische Restrukturierung der US-Ökonomie ein, für den der Begriff »Casino-Society« (Susan Strange) geprägt wurde. Erst der Börsencrash im November 1987 setzte der sich hinter der spekulativen Scheinblüte verbergenden ungezügelten Gewalt einen deutlichen Warnschuß vor den Bug.

David Stockman, Reagan's Direktor des Office of Management and Budget, beschrieb freizügig die intendierte Wirkung der massiven Steuerkürzungen. »Die Reagan-Revolution«, so Stockman, »... benötigte den frontalen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat.«⁵¹ Die Umverteilung des Steuerkuchens diente nicht dem erklärten Ziel der Ausgleicheung des Bundeshaushalts. Aufgrund der forcierten Aufrüstung wuchs das Loch im Bundeshaushalt noch rascher an. Lediglich die unter Carter begonnene Trendwende des Wachstums sozialstaatlicher Ausgaben⁵² sollte so – für kommende Administrationen – irreversibel werden. Nicht die Staatsstätigkeit an sich wurde zurückgenommen, sondern dem US-Kapital unliebsame Staatsfunktionen. Mit der bewährten Arbeitsteilung inszenierte der Staatsapparat 1982 die zweite schwere zyklische Krise: Zentralbankpräsident Volcker drosselte erneut die Geldmenge, Präsident Reagan schob dem »Carter-Mann« die Schuld für die wirtschaftspolitische Roßkur zu. Die Verschleierung des Zusammenspiels der Staatsapparate rettete mit der Integrität des Präsidenten die Popularität der neuen Rechten.⁵³

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit demonstrierte Reagan, wie er sich den Umgang mit den Gewerkschaften vorstellte. Die Entlassung von 11 000 Fluglotsen erinnerte an Bilder längst vergangener Zeiten. Selbst PATCO's Unterstützung des Reagan-Wahlkampfes hatte die neokonservative Administration nicht freundlich gestimmt. Indes stellte sich während der 80er Jahre deutlich heraus, daß die Zersplitterung der amerikanischen Ge-

werkschaften in Verein mit der dominanten Betriebsorientierung (Business Unionism) und der weitgehenden politischen Abstinenz (Bread and Butter Unionism) die notwendigen Abwehrkämpfe stark behinderte. Die mangelnde politische Koordination und Einflußnahme der Gewerkschaften ließen zwar vereinzelt militante Kämpfe aufflammen, konnten aber die drückende Überlegenheit des Gegners nicht verhindern. Der Abwehrkampfzyklus fand erst in den ruhigeren Gewässern der späten Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs (seit 1987) sein vorläufiges Ende.

Die Geschichte der Behörde für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz vermittelt den klarsten Eindruck vom »neuen« Verhältnis der Industrieunternehmen zur staatlichen Interventionspolitik. Die Occupational Safety and Health Administration (OSHA) stand in der Kampagne der Neuen Rechten ganz oben auf der Abschußliste. Die Reaganisierung der Behörde führte zunächst zu einer deutlichen Reduktion der Inspektionen und zur Verringerung der gemeldeten Verstöße um 40%.⁵⁴ Nach Statistiken des US Bureau of Labor erhöhten sich im selben Zeitraum die Unfallzahlen in allen Industriesektoren mit Ausnahme des Finanz- und Versicherungssektors.⁵⁵ Geflissentlich arbeiteten die neuen Beamten daran, die Kapitalforderungen umzusetzen. Die Strafen verringerten sich um 60%. Gleichzeitig nahm sich aber die »normale« Gerichtsbarkeit einiger eklatanter Verstöße an. Nachdem ein illegal in den USA lebender polnischer Immigrant bei einem Unfall am Arbeitsplatz umkam, verhängte OSHA eine lächerlich geringe Strafe von \$ 4855; die Summe wurde später halbiert. Der zuständige Staatsanwalt hingegen verfolgte die leitenden Angestellten der Firma strafrechtlich. Nach diesem Prozeß wurden die Verantwortlichen 1985 wegen Totschlags und verantwortungslosem Verhalten zu 25 Jahren Gefängnis und einer Strafe von \$ 24 000 verurteilt. Die gleiche Koalition, u. a. die Handelskammern, Asbestproduzenten, Chemische Industrie, die sich für eine Begrenzung der Befugnisse OSHA's eingesetzt hatte, startete nach diesem Urteil eine Kampagne für die ausschließliche Zuständigkeit der Behörde in Fragen des Gesundheitsschutzes am Ar-

beitsplatz.⁵⁶ Ähnlich verlief die Entwicklung in anderen Bereichen. Die Reduzierung von Sicherheitsinspektoren im Bergbau korrespondierte 1981 mit einer Steigerung tödlicher Minenunfälle trotz Verringerung der Gesamtarbeitsstunden. 1982 wurde die Zahl der Inspektoren erneut aufgestockt und die Zahl der Unfälle nahm wieder ab.⁵⁷

Dennoch haben sämtliche Regulierungsbehörden die »Reagan-Attacke« überlebt. Zwar wurde die Community Services Administration und die Flugaufsichtsbehörde Civil Aeronautics Boards aufgelöst. Der größte Teil der Arbeitskräfte setzte jedoch die alten Aufgaben im Rahmen anderer bundesstaatlicher Behörden fort.⁵⁸ 1987 begann die Regulierungsintensität erneut zu steigen.⁵⁹ Der Kürzung von 92 000 Stellen in verschiedenen staatlichen Aufsichtsbehörden schließlich steht die absolute Zunahme der bundesstaatlichen Zivilbeschäftigten gegenüber. Alleine im Departement of Defense wurden 55 000 neue Stellen geschaffen.⁶⁰

8. Das Gesetz des Dschungels

Zur Umstrukturierung des National Labor Relations Board (NLRB), der zentralen arbeitsrechtlichen Instanz der Vereinigten Staaten, berief Ronald Reagan Personal, das sich die Sporen als Unternehmensberater zur Vermeidung gewerkschaftlicher Organisierung verdient hatte. Robert P. Hunter z. B. war zuvor eine Stütze des erzreaktionären US-Senators Hatch aus Utah. Hatch hatte an führender Stelle gegen die Arbeitsrechtsreform von 1978 mitgewirkt. Donald Dotson diente vor seiner Berufung als Berater der Firmen Wheeling Pittsburgh Steel, Westinghouse und Western Electric und Hugh Reillys avancierte vom National Right to Work Committee, eine der vehementesten antigewerkschaftlichen Organisationen, zum Hauptanwalt des NLRB.

Zwischen 1983 und 1985 ließ Reagan zudem zwei Stellen unbesetzt, um NLRB-Entscheidungen hinauszuzögern. Die Zahl der gewonnenen Anerkennungswahlen (in den USA muß die Belegschaft eines Betriebes durch eine Wahl der gewerkschaftlichen Organisation zustimmen) sank zwar auch in dieser Periode nicht unter den niedrigen Stand von 45%, aber die Anzahl der abgehaltenen Wahlen halbierte sich.⁶¹ Während die früheren Entscheidungen des NLRB in mehr als 70% der arbeitsrechtlichen Konflikte zugunsten der Gewerkschaften ausfielen, stimmt die neue Kommission nur noch in 55% der Fälle gegen die Unternehmer. Konflikte um Anerkennungswahlen wurden früher zu weniger als 50% gegen die Gewerkschaften entschieden, Dotson stimmte zu 75% für die Unternehmer.⁶² U. a. wurden folgende Veränderungen »ins Recht gesetzt«:

1. Entgegen gewerkschaftlichen Statuten dürfen Gewerkschaftsmitglieder während eines Streiks aus der Gewerkschaft austreten.
2. Nach der Übernahme eines Unternehmens kann der neue »Arbeitgeber« sich weigern, mit der etablierten Gewerkschaft zu verhandeln.
3. Arbeitgeber können ihre »Angebote« im Laufe von Tarifverhandlungen zur Provokation verschlechtern, ohne daß dies als »bad faith bargaining« arbeitsgerichtlich untersagt werden kann.
4. Ein Betrieb kann geschlossen und unter neuem Namen geöffnet werden, um die Gewerkschaft nicht mehr anzuerkennen.⁶³

Oftmals werden die amerikanischen Gewerkschaften als »Opfer des Weltmarktes« bezeichnet.⁶⁴ Eine solche Argumentation überschätzt aber die »Sachzwanglogik« der Weltmarktkonkurrenz und vernachlässigt die »subjektive« Dimension des Kampfes gegen die Gewerkschaften. Durch die ökonomistische »Objektivierung« internationaler Konkurrenz wird die politische Gestaltung der Kapitalstrategien zu einer abhängigen Variable. Die moderatere Linie gegenüber den Gewerkschaften während der zweiten Amtszeit Reagans kann m. E. kaum aus der verbesserten Position der USA auf dem Weltmarkt abgeleitet werden. Vielmehr hatte die Kapitaleseite ihre selbstgesteckten Ziele durch die Aushöhlung gewerkschaftlicher Tarifkontrolle weitgehend erreicht. Darüber hinaus begann sich die Einsicht

durchzusetzen, daß die Produktivitätsschwäche nicht auf den Einfluß der Unions zurückzuführen war. In diesem Zusammenhang stehen dann Bemühungen um eine neue korporatistische Einbindung der Gewerkschaften.⁶⁵ Die Erfahrungen der Gewerkschaften mit der neokonservativen Umstrukturierung des Arbeitsrechts während der 1. Amtszeit Reagans wird durch einen Kommentar des AFL-CIO Vorsitzenden Lane Kirkland verdeutlicht. »Heute«, so Kirkland, »... würden die organisierten Arbeitnehmer von einer Streichung des Arbeitsrechts profitieren«. Die Rückkehr der industriellen Beziehungen zum »Gesetz des Dschungels« wird unter dem Eindruck der Instrumentalisierung des NLRB im Kampf gegen die Unions als Fortschritt empfunden.⁶⁶

9. Kartellaufsicht und Reaganomics

Neben der Instrumentalisierung des Arbeitsrechts im Kampf gegen die Gewerkschaften muß die Kartellaufsicht als wesentliches staatliches Handlungsfeld zur Reorganisation der Wirtschaft betrachtet werden. Hier läßt sich die Linie der marktradikalen Chicago-School von den Hörsälen der Universität bis in die Ledersessel der zentralen Aufsichtsbehörden (Antitrust-Division des Justice Department und Federal Trade Commission) eindrucksvoll nachzeichnen. Der neuernannte Chef der Antitrust-Abteilung, William Baxter (ein Chicago-Boy) verkündete auf einer Pressekonferenz: »Es steht nirgendwo geschrieben, daß die Welt kein völlig zufriedenstellender Platz sei, wenn es lediglich einige hundert Unternehmen gäbe.«⁶⁷ Unter der Führung Baxters nahmen die Kartellaufsichtsbehörden Abschied von der theoretischen »Dekonzentralkonzeption«. 1982 wurden die kartellrechtlichen Verfahren gegen IBM und AT&T beendet. Beide Verfahren gegen monopolistische Praktiken dieser Giganten waren von Republikanischen Administrationen

eingeleitet worden. Nach dem Wahlsieg Reagans wurde die Nichtbeachtung kartellrechtlicher Bestimmungen Regierungspolitik.⁶⁸

Der Übergang vom »regulierten« zum »unregulierten« Monopol (Jeremy Tunstall) wird im Rahmen der neueren Wettbewerbstheorie des Marktradikalismus eigens theoretisch begründet. Monopole sind ungefährlich, erklärten die Chicago-Jünger, wenn die »Märkte« angreifbar sind und somit potentiell die Möglichkeit zum Wettbewerb besteht.⁶⁹ Diese Philosophie läßt sich mittlerweile in allen Gesetzestexten zur »Deregulierung« von Wirtschaftssektoren nachlesen. Der Ausbau marktbeherrschender Stellungen führender Monopole in »entregulierten« Sektoren verdeutlicht indes den apologetischen Charakter solcher Argumentationen. Offenbar verstehen sich die führenden Unternehmen ausgezeichnet auf die Verteidigung ihrer »angreifbaren« Märkte. Die Rationalität der kartellrechtlichen Veränderungen besteht in der stärkeren Unterstützung US-amerikanischer Großkonzerne zu Hause und im Weltmarkt. »Fusionen« ermöglichen die freie Bewegung des Kapitals zum Ort produktivsten Einsatzes und erhöhen damit das allgemeine Wohlbefinden der Nation . . .«, kommentierte ein Journalist.⁷⁰ Tatsächlich kommt folgende Ansicht eines Kartellrechtlers der Wirklichkeit näher. »In jüngster Zeit zeichnen sich (in den USA). . . Entwicklungen ab, welche nicht nur die Anwendungsschärfe des Rechtsgebietes zurücknehmen, sondern seine freiheitssichernde Orientierung selbst in Frage stellen und durch ökonomische Effizienzgesichtspunkte ersetzen.«⁷¹

Ökonomische Effizienz« bedeutet in der Realität praktisch uneingeschränkte Konzentration und Zentralisation von Kapital. Seit 1983 erreichte die neueste Fusionswelle jedes Jahr Rekorde. 1986 wurden Fusionen und Aufkäufe in Höhe von \$ 180 Milliarden getätigt. Auf dem Höhepunkt der vorangegangenen Übernahmewelle waren 1982 lediglich \$ 80 Milliarden umgesetzt worden.⁷² Dabei besticht, daß in den »deregulierten« Wirtschaftssektoren vor allem im Flug-, Straßengüterverkehrs-, Eisenbahn- und Telekommunikationssektor – die horizontale Konzentration rasch voranschreitet.

Die Aufhebung der besonderen Rahmenbedingungen sogenannter »regulierter Sektoren« führte zur raschen Angleichung der ökonomischen Strukturen an die weiterentwickelten monopolistischen Verhältnisse der Gesamtkonomie. Neben der horizontalen Ausdehnung der einzelnen Unternehmen trugen auch die Diversifizierungsbestrebungen zur Vereinheitlichung der Verwertungsbedingungen bei. Auch in der Transportwirtschaft der USA zeichnet sich eine Tendenz zur branchenübergreifenden Monopolisierung ab. Durch den Kauf einer großen Spedition und der größten Binnenschiffahrtlinie der USA bildet die Eisenbahnlinie CSX das erste integrierte Transportkonglomerat. Mit der Übernahme des größten Containerschiffunternehmens Sea-Land Corporation werden neue Maßstäbe für die Weltmarktkonkurrenz gesteckt. Ähnliche Strategien verfolgen die Eisenbahnlinien Norfolk Southern und Union Pacific. Angesichts dieser Entwicklungen erscheint ein Vergleich des neuen Prozesses »in seinem Umfang und seinen sozialen Auswirkungen mit dem Aufkommen der Trusts und der Herausbildung der Monopole Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts« nicht übertrieben.⁷³

10. Industrielle Beziehungen in »deregulierten« Sektoren

»Wir hatten kein Geldproblem, unser einziges Problem sind die Gewerkschaften«

Frank Lorenzo (Continental Airlines)⁷⁴

»Während der vergangenen sechs Jahre«, schrieb der amerikanische Industrial-Relations-Experte William J. Curtin 1985 »hat der Prozeß der Deregulierung großen Druck auf die industriellen Beziehungen in der Flugindustrie ausgeübt . . . richtiger-

weise (wurde) darauf hingewiesen, daß die Probleme der Arbeitsbeziehungen . . . verschärft wurden, weil vor der Deregulierung nicht angemessen bedacht worden ist, welche Konsequenzen die Deregulierung für die relevanten Arbeitsmärkte und für den Prozeß der Tarifverhandlungen haben wird.«⁷⁵ Tatsächlich bestand das Problem nicht in der ungenügenden Berücksichtigung gewerkschafts- und arbeitnehmerInnenfeindlicher Aspekte. Vielmehr enthält die Zielsetzung der Verbesserung von kapitalistischen Verwertungsbedingungen notwendig arbeitnehmerfeindliche Aspekte, die letztlich nur durch effektive Schutzmaßnahmen seitens der Gewerkschaften einzugrenzen sind. In die verschiedenen Gesetze (u. a. Airline Deregulations Act of 1978, Motor Carrier Act of 1980, Staggers Rail Act of 1980, Bus Regulatory Reform Act of 1982), waren zwar besondere ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen eingebaut worden; aber sie waren das Papier nicht wert, auf dem sie abgedruckt wurden. Sektion 32 des Airline Deregulation Act z. B. sah vor, daß innerhalb von sechs Monaten konkrete Richtlinien zum Ausgleich negativer Auswirkungen auf Beschäftigte verabschiedet werden sollten. Tatsächlich wurden die Bestimmungen erst nach fünf Jahren realisiert.⁷⁶ Die mit der Liberalisierung »regulierter« Sektoren ausgelöste Verschärfung kapitalistischer Konkurrenz führte unter der Bedingung der monetaristisch verschärften konjunkturellen Krise von 1982/83 zu extrem gestiegenen konfrontativen Managementstrategien. In »blutigen« Preiskriegen drängten die Großunternehmen der betroffenen Sektoren kleinere und mittlere Wettbewerber vom Markt. Um deutliche Effizienzsteigerungen zu erreichen und die Produktivität zu erhöhen, mußte der nötige Spielraum den Beschäftigten abgetrotzt werden. »Der seit der Entregulierung entstandene Wettbewerbsdruck . . . hat dazu geführt, daß die Löhne im Luftverkehr erheblich sanken, da dies einer der wenigen beeinflussbaren Parameter ist.«⁷⁷

Der Kampf der Manager um Konzessionen mußte eine neue antigewerkschaftliche Qualität annehmen, da die nun betroffenen Bereiche zu den Hochburgen der amerikanischen Gewerkschaften gehören. Im Eisenbahnsektor und im Straßengüterver-

kehr beträgt der Organisationsgrad ca. 70% und auch im Luftverkehr hatten mehr als 50% der Beschäftigten eine Mitgliedskarte der Gewerkschaft. Gleichzeitig wird die Stärke der Gewerkschaften aber durch eine nahezu unglaubliche Zersplitterung relativiert. Lediglich im Straßengüterverkehr und im Telekommunikationssektor dominiert jeweils eine Gewerkschaft (Teamsters und Communication Workers of America). 15 Gewerkschaften hingegen konkurrieren um die Eisenbahner; im Flugbereich sind es immerhin zehn verschiedene Organisationen. Die Teamsters waren aufgrund ihrer Untergrundaktivitäten aus dem Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO ausgestoßen worden und im Flugsektor hatten sich viele Stewardessen-gewerkschaften von den von Männern dominierten Unions abgespalten. Die Zersplitterung und die Auswirkung der vielfältigen Spaltungslinien hatten schon in der Phase der Verabschiedung der »Deregulierungsgesetze« einer effektiven Lobbyarbeit entgegengewirkt. Erst in der heißen Phase der Zuspitzung unternehmerischer Angriffe ab 1982 begannen die betroffenen Gewerkschaften mit einer stärkeren Koordination des Widerstandes.

Ohne Zweifel hatte Ronald Reagan's Umgang mit der Fluglotsengewerkschaft PATCO eine wegweisende Funktion: beat labor where you can! Insbesondere nachdem einige »gewerkschaftsfreie« Unternehmen auf den Plan traten, wurden vielerorts kooperativ eingestellte Manager gegen konfrontative Hardliner ausgetauscht. Im Flugsektor inaugurierte Texas Air unter Chefmanager Frank Lorenzo die neue Ära. Zunächst gründete die regional operierende Firma das neue Unternehmen New York Air und verhinderte mit allen Mitteln gewerkschaftliche Organisation. 1982 übernahm Lorenzo Continental Air und manövrierte die Fluglinie ohne Not in den Bankrott. Die Gewerkschaften der Beschäftigten hatten ihrerseits weitreichende Konzessionen angeboten, Lorenzo wollte mehr. Unter Ausnutzung einer Gesetzeslücke im 1978 reformierten Konkursrecht nutzte er die Chance, unter der Protektion staatlicher Konkursrichter einseitig neue Tarifbedingungen zu diktieren und entfesselte einen vehementen Arbeitskampf, der noch 1987 andauerte.

Lorenzo senkte die Löhne um ca. 50%, setzte eine umfassende Flexibilisierung durch und entließ 75% der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten.⁷⁸ Continental wurde 1984 aus dem Konkursverfahren entlassen. Die Kreditgeber u. a. Citibank, Chase Manhattan Bank und andere große Konzerne hatten dem Reorganisationsplan zugestimmt. Die Aktienpreise des Konzerns zogen daraufhin unmittelbar um 25% an.

Solche Methoden blieben keinesfalls Einzelfälle. Mit Hilfe des Insolvenzrechts gelang vielen US-Unternehmen die Angleichung gewerkschaftlich organisierter Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Verhältnisse in nicht-organisierten Unternehmen. Von der »Welle« konzessionärer Tarifvereinbarungen seit dem Chrysler Bankrott waren bis 1982 535 900 ArbeitnehmerInnen der Transportindustrien betroffen.⁷⁹ Nach 1984 kamen die Beschäftigten des Telekommunikationssektors hinzu. Jede(r) 5. Arbeitnehmer(in) hatte zum Teil erhebliche Verschlechterungen zu verkraften.⁸⁰ Unter anderem wurden gespaltene Gehaltsstrukturen eingeführt, Arbeitszeiten verlängert und Urlaub gestrichen, einmalige oder mehrjährige Lohnkürzungen durchgesetzt, massive Einschränkungen der Sozialleistungen (Alterssicherung, betriebliche Krankenversicherung etc.) vorgenommen oder schlichtweg gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte entlassen bzw. »ausgetauscht«. Im Eisenbahnbereich wird der Verlust gewerkschaftlich organisierter ArbeiterInnen seit der »Liberalisierung« auf ca. 100 000 geschätzt.⁸¹ Ca. 40 000 Mitglieder der Communication Workers of America verloren ihre Jobs nach der »Entregulierung«. Einige kleine unabhängige Gewerkschaften brachen zusammen.⁸² In der Flugindustrie – ohne die Zahl der von Bankrotten betroffenen ArbeitnehmerInnen – verloren mindestens 30 000 GewerkschafterInnen ihre Beschäftigung⁸³ und etwa 200 000 MitgliederInnen den Teamster wurden auf die Straße geschickt – Bankrotte einbegriffen.⁸⁴ Nach der »Entregulierung« entließ Greyhound 4000 Mitglieder der American Transit Workers Union und erzwang 1983 einen Streik der verbliebenen Beschäftigten um weitreichende Lohn- und Flexibilisierungskonzessionen durchzusetzen.⁸⁵ Greyhound räumte 1987 mit dem Kauf von Trailways alle Reste von Konkurrenz

im Busfernverkehr weg und genießt heute eine vollständige Monopolstellung.

Insgesamt verloren somit mindestens 374 000 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte ihre Arbeitsplätze. Für die verbliebenen Beschäftigten kämpfen die Gewerkschaften heute unter der Bedingung eines weitgehend dezentralisierten und fragmentierten Tarifvertragssystems, daß von den Unternehmen zur Steigerung betriebswirtschaftlicher Effizienz erzwungen wurde. Zu den Gegenstrategien zählt das gewerkschaftliche Bemühen, industrieweit geltende Regelungen durch die interne Zentralisierung der Verhandlungsführung zurückzuerobern und erneut eine Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. »Während der dritten Phase der Deregulierung (seit 1986, D.P.)«, schreibt ein Vertreter der Pilotengewerkschaft ALPA, »haben die Gewerkschaften demonstriert, daß sie aus der Vergangenheit gelernt haben. Sie sind nun viel stärker und besser gerüstet, die Herausforderung anzunehmen.«⁸⁶

11. Ausblick

Auf die vielfältigen Dimensionen des Kampfes gegen die Beschäftigten kann hier nicht ausführlicher eingegangen werden. Ebenso wenig kann auf die allgemeinen ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der »Deregulierung« eingegangen werden.⁸⁷ Immerhin bewirkte die mit der Monopolisierung des Transportsektors vorangetriebene ungleichgewichtige Entwicklung der US-Ökonomie ebenso wie die Verschärfung ökologischer und sozialer Probleme mittlerweile eine Trendwende in der »Deregulierungsdiskussion« jenseits des Atlantiks. Monopolistische Preissetzungspraktiken in der Flugindustrie, zunehmende Sicherheitsprobleme im Flug- und Straßen-gütertransportverkehr und viele weitere Mißstände führten unlängst zur verstärkten Forderung nach »Re-Regulation«.⁸⁸ »De-

regulierung« hat die Verwertungsbedingungen vieler – vor allem großer – amerikanischer Unternehmen verbessert. »Deregulierung« hat zur Polarisierung der US-Gesellschaft einen entscheidenden Beitrag geleistet und erneut gewerkschaftliche Gegenmacht zurückgedrängt. Hingegen haben die neue Kapitalstrategie und ihre politische Umsetzung nichts zur Lösung drängender Zukunftsaufgaben der US-Binnenwirtschaft beigetragen. Vielmehr wurden bestehende Ungleichgewichte verschärft und die »deregulierungsinduzierten« Widersprüche erzwingen heute neue Formen verstärkten staatlichen Krisenmanagements. Alleine die Rettung der Spar- und Darlehenskassen wird die amerikanischen Steuerzahler \$ 100 Milliarden kosten. Mehr als 400 Geldinstitute sind nach der »Deregulierung« des Bankensektors vom Bankrott bedroht.⁸⁹ Angesichts der neuesten Entwicklungen bleibt lediglich zu hoffen, daß die amerikanische Trendwende dem europäischen Marktradikalismus keinen Raum zur Entfaltung läßt. Letztlich wird nur entschlossener ökonomischer und politischer Widerstand seitens der Lohnabhängigen den Restrukturierungsbestrebungen des Kapitals Steine in den Weg legen können. Nach erfolgter Umstrukturierung können allenfalls die schlimmsten Ergebnisse korrigiert werden. Grundlegende Veränderungen bleiben, wie die US-Amerikaner wissen, unangetastet: »We can't unscramble the egg. Wir haben Kräfte in Bewegung gesetzt, die nicht revidiert werden können.«⁹⁰

Anmerkungen

1 Vortrag von Frank Bormann, gehalten auf dem Lehman Brother Kuhn Loeb Fluglinienindustrieseminar, 11. – 13. Februar 1982, zitiert nach: Rosen, Seth. Frank Borman war bis zum Verkauf der Linie an Texas Air der Chefmanager von Eastern Airlines.

2 Vgl. die von der OECD publizierten, weltweit durchgeführten »Deregulierungsmaßnahmen« nach der Initiierung durch die USA: Competition Policy and Deregulation, OECD, Paris 1986.

3 Vgl. bspw.: BMWI, Jahresbericht 1986, Ziffer 29. Dort heißt es: »Für die Bundesregierung bleiben Deregulierung und Entbürokratisierung eine Daueraufgabe, die es auch durch breite Aufklärung über die nachteiligen Wirkungen von überflüssigen staatlichen Regelungen umzusetzen gilt.«

4 Vgl. David Vogel, *The »New« Social Regulation*. In *Historical And Comparative Perspective*, in: Thomas Mc Craw (Hg.), *Regulation in Perspective*, Boston 1981, S. 155–186.

5 Vgl. z. B. die Arbeiten der Nobelpreisträger Milton Friedman, und George Stigler.

6 George Stigler stellte das zuweilen stark an marxistische Ansätze erinnernde Instrumentalisierungsmodell 1971 vor. Vgl.: *The Theory Of Economic Regulation*, in: *The Bell Journal of Economics and Management Science* 2/1, Spring 1971, S. 3–21. Stiglers Ansatz wurde von seinen Mitstreitern weiterentwickelt. Vgl. Posner, Richard A., *Theories of Economic Regulation*, *The Bell Journal of Economics and Management Science*, Vol. 5, No. 2, Herbst 1974, S. 335–357 und Peltzman, Sam, *Toward A More General Theory Of Economic Regulation*, *The Journal of Law & Economics* 211, 1976, S. 211–240. Staatliche Regulierung wird in diesen Konzepten als »politische Ware« konzipiert, die von gut organisierten gesellschaftlichen Gruppen auf Kosten der Allgemeinheit erzwungen wurde. Vgl. als allgemeine Einführung in die neoklassische Diskussion über »staatliche Regulierung«: Müller, J. und Vogelsang, I., *Staatliche Regulierung*, Baden-Baden 1979.

7 OECD 1986, op.cit.: FN 2 (Hervorhebungen D.P.) S. 2.

8 Vgl.: Wolfgang Däubler, *Deregulierung und Flexibilisierung*, in: *Nachrichten* 5/88, S. 22 und Spiros Simitis, *Zur Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen*, S. 74–165, bes. S. 104 f., in: E. Kübler (Hg.), *Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und Sozialer Solidarität*, Frankfurt/Main 1985. Die sich auf die Umstrukturierung von Wirtschaftssektoren beziehende Dimension des amerikanischen »Deregulierungsbegriffes« wird hierzulande am ehesten in der »Privatisierungsdiskussion« erfaßt.

9 W. Däubler, op.cit.: FN 8, S. 22.

10 Vgl. die ökonomischen Rahmendaten in: Jan Prieue, *Der US-Kapitalismus in der Krise*, IMSF Jahrbuch 11, Frankfurt 1986, S. 100–123.

11 Vgl. zur Geschichte der US-Ökonomie aus der Sicht der französischen »Regulationschule«: Michel Aglietta, *A. Theory Of Capitalist Regulation, The U.S. Experience*, New York: Verso 1979.

12 Ferguson/Rogers, *Right Turn, The Decline of the Democrats and the Future of American Politics*, New York 1986, S. 79.

13 Zwischen 1965 und 1968 gab es 179 Einsätze der amerikanischen Armee gegen Aufstände von »Minderheiten«, Demonstrationen der Bürgerrechtsbewegung und gegen Streiks. 184 133 Soldaten waren an der Aufrechterhaltung von »Law and Order« beteiligt. Vgl.: T. Lowi, *The End of Liberalism*, New York/London 1979, S. 114.

14 Tolchin, S. J., Tolchin, M., *Dismantling America*, Boston 1983, S. 69.

15 Vogel, David, op.cit.: FN 4, hier: S. 165.

16 Thomas Byrne Edsall, *The New Politics Of Inequality*, New York/London 1984, S. 121.

17 Ebd.: vgl. auch G. R. Degen, *Das innenpolitische Spannungsfeld in den Vereinigten Staaten zwischen Gewerkschaften, Präsident und Kongreß während der ersten Amtsperiode Präsident Carters: Eine Zwischenbilanz*, in: Lösche, Peter (Hg.), *Neue Entwicklungen in den Vereinigten Staaten*, Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen Bd. 3, S. 92–171, hier: S. 150–151.

18 Vogel, op.cit.: FN 4, S. 178. Während bis in die 60er Jahre hohe Manager nach eigenen Angaben ca. 20–40% ihrer Zeit für politische Arbeit aufbrachten, stieg der Anteil in den 70er Jahren auf mehr als 50%.

19 J. Walters, *Blue Chip Lobbying*, Washington 1985 (Werbebroschüre der NAM, ohne Seitenangaben).

20 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 123.

21 Ebd., S. 124. Ein Angebot von Seiten der Handelskammern zur vollständigen Fusion beider Organisationen wurde von der Direktion der NAM 1976 – wahrscheinlich aus kosmetischen Gründen – abgelehnt. Anstelle einer Verschmelzung der Verbände befürwortete NAM aber ein gemeinsames Führungsgremium zur Koordinierung der Aktivitäten. Inbe-

sondere der Reaktivierung der National Federation of Independent Business, einer Organisation kleinerer Betriebe, ist der Massenzuwachs der Handelskammern und die numerische Stärke der »pro-business« Kräfte geschuldet. Vgl.: Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 125.

22 Ebd., S. 133–134, 1982 spendete das Unternehmerlager insgesamt \$ 84,9 Millionen, den Gewerkschaften gelang eine erhebliche Steigerung ihrer Mittel auf \$ 35 Millionen. Noch 1975 war das Verhältnis beinahe ausgeglichen.

23 Der als der »Vater der Deregulierung« bekanntgewordene Ökonom Alfred Kahn ließ verlauten, »Deregulierung« werde Druck auf überhöhte Löhne, verschwenderische Arbeitspraktiken und kurze Arbeitswochen ausüben. Vgl.: W. G. Curtin, *Airline Deregulation: Neoclassical Theory as Public Policy*, *Journal of Economic Issues*, Vol. XVIII, No. 2, June 1984, S. 423. Kahn übernahm nach seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Flugaufsichtsbehörde Civil Aeronautics Board. Als Vorsitzender des Council on Wage and Price Stability erwarb sich Kahn anschließend seinen Ruf als »Chief Inflation Fighter«. In dieser Position übernahm Kahn das Management der »Deregulierung« der Eisenbahnen und des Straßen-güterfernverkehrs. Vgl. McCraw, Thomas K., *Prophets of Regulation*, Harvard University Press 1984.

24 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 215.

25 Derthick, M., Quirk, P. J., *The Politics of Deregulation*, Washington: The Brookings Institution 1985, S. 36.

26 Ebd.

27 Vgl. zur Transformation der politischen Wissenschaften (»Behavioralism«) und der Rolle der Ford Foundation: Seybold, Peter, *The Ford Foundation and Social Control*, in: *Science for the People* Vol. 14, No. 3, May/June 1982, S. 28–31.

28 Easterbrook, G., *Ideas Move Nations*, in: *Atlantic Monthly*, 1/1986, 66–80.

29 Derthick/Quirk 1985, op.cit.: FN 25, S. 9, viele der think-tanks haben enge Beziehungen zu den Universitäten. Die Auswirkungen dieser Verbindungen werden in jüngerer Zeit zunehmend kritisch gesehen. Vgl. Alan L. Otten, *Critics of the Hoover Institution complain about Nature of Ties to Stanford University*, *Wall Street Journal*, 26. Juni 1984. Vgl. auch: Easterbrook 1986 zur Finanzierung von Lehrstühlen für Marktradikale. Jeremy Tunstall weist darauf hin, daß in jüngerer Zeit zunehmend auch Politikwissenschaftler mit Geldquellen der neuen Rechten versorgt werden. Vgl.: *Communications Deregulation*, Oxford-New York 1986, S. 12.

30 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 218.

31 Ebd., S. 120, aus den gleichen Geldquellen flossen auch die Mittel zur Finanzierung der Serienbriefkampagnen Richard Vigueries gegen ethnische Integration, gegen Einkommensteuern etc. (Mike Davis, *Phönix im Sturzflug*, Berlin: Rotbuch 1986, S. 31) und rechter, extrem antikommunistischer Organisationen wie *Accuracy in Media* (1969 von Reed Irvine gegründet) und *Accuracy in Academia* (ebenfalls von Irvine im Jahre 1985 gegründet), vgl. Plehwe, Dieter, *Wiederkehr der Inquisition?* in: *Frontal*, 26. Jahrgang Nr. 6, Dez. 1986/Jan. 1987.

32 Vgl.: C. L. Heatherly (Hg.), *Mandate for Leadership*, Washington D., Heritage Foundation 1981. Für die zweite Amtsperiode wurde ein weiterer Band herausgebracht.

33 Frank Unger, *Der Reaganismus ist ausgereizt*, Präsidentschaftswahlen und politisches System der USA, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/1988, Köln S. 438–449, hier: S. 445.

34 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 117. Der amerikanische Wissenschaftler Jeremy Tunstall bringt die These der »Deregulierung« als »kapitalorientierte politische Strategie« auf den Punkt: »Die neue Rechte hat den alten Kennedy-Johnson Mechanismus genutzt... (Sie) haben demonstriert, daß alles was die Demokraten getan haben, mehr und besser zu machen ist. Die neue Rechte hat mehr Millionäre und mehr Stiftungen und dazu kamen in den 70er Jahren neue Geldquellen (fund raising)... Ein Nutzen dieses Geldes war die Bezahlung vieler Ökonomen und Politikberater der neuen Rechten. Diese produzierten

Studien, die den meisten Regulierungsaktivitäten feindlich gegenübertraten.« Vgl.: Tunstall, op.cit.: FN 29, S. 11.

35 Edsall 1984, op.cit.: FN 16, S. 128.

36 Vgl. eine Zusammenfassung der Ergebnisse in: James F. Gatti (Hg.), *The Limits of Government Regulation*, Academic Press 1981, S. 95–132.

37 Vgl.: Ferguson/Rogers, op.cit.: FN 12 und Harrison/Bluestone, *The Great U-Turn*, New York 1988.

38 Davis 1986, op.cit.: FN 31, S. 33. Mit den Kapitalströmen zogen die Menschen. Während zwischen 1940 und 1950 3,5 Millionen Menschen vom Süden in den Norden wanderten (überwiegend Schwarze), liefen zwischen 1960 und 1970 ebensoviele (nun vorwiegend Weiße) ihren Arbeitsplätzen in den Süden nach.

39 John E. Parsons, *Krise der US-Wirtschaft: Entscheidung in wessen Interesse?*, in: *Jahrbuch des IMSF* 11, S. 124–135, hier: S. 125.

40 Paul Weiler, *Striking A New balance: Freedom Of Contract and The Prospects for Union Representation*, in: *Harvard Law Review*, Vol. 98, No. 2, December 1984, S. 351–420, hier S. 356.

41 Wenty, Diunar, »Union Busting« – ein neuer Geschäftszweig in den USA, in: *Informationen über Multinationale Konzerne*, 2/1984, S. 26. Vgl. auch: *Dollars & Sense*, *Union Busting Today*, March 1983, S. 8/9 und S. 18.

42 Vgl. Degen, op.cit.: FN 17.

43 Houthakker, Hendrik, *Economic Aspects of Deregulation*, in: *Deregulating American Industry*, D.C. Heath and Company 1977, S. 1.

44 G. Strauss, *Industrial Relations: Time of Change*, in: *Industrial Relations* 1/1984, S. 2.

45 Gudrun Traurwein-Kalms, *Bad News – Good News: Gewerkschaftliche Mitgliederentwicklung in den USA*, in: *WSI-Mitteilungen*, 6/1986, S. 454–455, hier: S. 454.

46 *Congress and the Nation*, Vol. V, S. 281.

47 Vgl. zur Kritik der Gewerkschaftspolitik von Seiten eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes: Dieter Plehwe, *Wo die Sozialdemokratie noch eine redliche Hoffnung ist*. Interview mit Victor Reuther in: *Düsseldorfer Debatte* 5/88, S. 60–74.

48 Vgl.: Bluestone, B., Harrison, B., *The Deindustrialization of America*, New York: Basic Books 1982, S. 158.

49 Die häufigsten Konzessionsformen bestanden in: Kürzung des direkten Einkommens, Aufgabe von Inflationsausgleichszahlungen und dem Einfrieren der Löhne. Vgl. den tabellarischen Überblick bei Marvin H. Kesters, *Disinflation of Labor Markets*, in: *American Enterprise Institute: Essays in contemporary Economic Problems: Disinflation*, 1983–84 edition.

50 Degen, op.cit.: FN 17, S. 153 f.

51 David Stockman, *The Triumph of Politics*, New York: Harper and Row, 1986, S. 8.

52 Während zwischen 1970 und 1975 die Budgets staatlicher Regulierungsbehörden – vor allem im sozialen Bereich – einen realen Zuwachs von 187% verzeichneten, belief sich die Steigerung der Haushalte während der Amtszeit Carters auf 30%. Während der 1. Amtsperiode Reagans sanken die Ausgaben real um 1981: 0,1%, 1982: 8,6%, 1983: 2,3% und 1984: 3,9%. Vgl.: Weidenbaum, Murray L., *Regulatory Reform: A Report Card for the Reagan Administration*, *California Management Review*, Vol. XXVI, No. 1, Fall 1983, S. 8–24, hier: S. 17.

53 Joel Krieger, *Reagan, Thatcher And The Politics Of Decline*, Cambridge: Polity Press 1986, S. 170 f.

54 Tolchin/Tolchin, 1983, op.cit.: FN 14, S. 93.

55 Cathy Trost, *Mercury Exposure Carse in a New York Factory Raises Questions about U.S. Job Safety Agency*, in: *Wall Street Journal*, 26. März 1986.

56 Note, Getting away with murder: Federal OSHA Preemption of State Criminal Prosecutions for Industrial Accidents, in: *Harvard Law Review*, Vol. 101, No. 2, December 1987, S. 535–554.

57 *Business Week* stimmt mit der Analyse der Bergarbeitergewerkschaft UMW überein. 155 Tote wären vermeidbar gewesen. Vgl. die Ausgabe vom 28. Dezember 1981, S. 55–57.

58 Vgl.: E. N. Goldenberg, The Permanent Government in an Era of Retrenchment and Redirection, in: Salamon, L. M., Lund, M. S. (Hg.), *The Reagan Presidency and the Governing of America*, Washington D.C. 1984, S. 381–409.

59 Vgl.: *Forbes*, October 31, 1988, S. 89. Die aus staatlicher Regelungspolitik resultierenden Kosten stagnierten während der gesamten Reagan-Ära auf geringfügig niedrigerem Niveau und begannen ebenfalls 1987 erneut zu steigen.

60 Ebd., S. 389/90. Vgl. auch: Cathy Trost, Federal Workers Again Will Be Facing Layoffs Unless Lawmakers Can Compromise On Budget, *Wall Street Journal*, 6. 2. 1988.

61 Kim Moody, Reagan, the Business Agenda and the Collapse of Labour, in: *Socialist Register* 1987, S. 156–176, hier: S. 160.

62 Jules Bernstein, Laurence Gold, 'Mid-life Crisis: The NLRB at Fifty', in: *Dissent*, Spring 1985, S. 214/15.

63 Economic Notes, Reagan's NLRB, September 1985, S. 7. Vgl. auch: Ditmar Wenty, 'Union Busting' – ein neuer Geschäftszeig in den USA, in: *Informationen über multinationale Konzerne* 2/1984, S. 26. Wenty berichtet über einen bezeichnenden Fall. Im Gegensatz zur vorherigen Rechtsprechung darf ein LKW-Fahrer, der sich weigert einen verkehrsunrühmigen LKW zu lenken, jetzt entlassen werden.

64 Vgl. u. a. R. Erd, C. Scherrer, Amerikanische Gewerkschaften – Opfer des Weltmarktes, *Prokla* Heft 14. 14. Jahrgang 1984, Nr. 1, S. 78–95.

65 Vgl. zur Frage neuer Managementtechniken: H. Kohl, Neue Management-Strategien in der US-Industrie, in: *WSI-Mitteilungen* 6/86, S. 452–454. Unter amerikanischen Arbeitsrechtlern wird neuerdings eine in diesem Zusammenhang interessante Diskussion über den Widerspruch zwischen amerikanischem Arbeitsrecht und der Notwendigkeit von Mitbestimmung geführt. Vgl.: K. Van Wezel Stone, Labor and the Corporate Structure: Changing Conceptions and Emerging Possibilities, in: *The University of Chicago Law Review*, Vol. 55, Nr. 1, Winter 1988, S. 73–173. Siehe auch: Rainer Erd, Auf dem Weg zur Mitbestimmung?, in: Müller-Jentsch, W., *Zukunft der Gewerkschaften*, Frankfurt-New York 1988, S. 191–220.

66 Zit. nach: A. H. Raskin, Elysium lost: The Wagner Act at Fifty, in: *Stanford Law Review*, Vol. 38, May 1986, S. 945–955, hier: S. 950.

67 Zitiert in: *Bluestone/Harrison* 1982, op.cit.: FN 48, S. 190.

68 'Die Reagan-Administration präsierte über eine stille Revolution der Kartellpolitik – (führende Juristen witzeln in ihren Seminaren, sie lehren nun »protrust« –, die eine der großen manischen Fusionswellen der U.S.-Geschichte antrieb.' Vgl.: *Ferguson/Rogers*, op.cit.: FN 12, S. 132.

69 Vgl. ausführlich zur neueren Wettbewerbs- und Regulierungstheorie: J. Müller, I. Vogensang, *Staatliche Regulierung*, Baden-Baden 1978. Vgl. auch: 'Deregulierung in den USA, Schlußfolgerungen für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin: DIW 1986. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft. Im folgenden zitiert als: DIW'86.

70 Peter Behr, Antitrust-Law Revisions send to Hill, in: *Washington Post*, 20. 2. 1986.

71 Vgl. Prof. Dr. Wernhard Möschel, Divergierende Entwicklungen im amerikanischen und europäischen Kartellrecht, in: *WiSt* Heft 12, Dezember 1983, S. 603–609, hier: S. 603.

72 *Business Week*, 12. 1. 1987, S. 31.

73 Vgl.: James Cypher, Monetarismus, Militarismus, Märkte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/1986, S. 1195.

74 Wall Street Journal, 26. 9. 1983. Frank Lorenzo nutzte 1982 nach der Übernahme von Continental Airlines eine Lücke im amerikanischen Insolvenzrecht, um den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften einseitig neue Tarifbedingungen diktieren zu können.

75 W. J. Curtin, *Airline Labor Relations Under Deregulation*, in: Industrial Relations Research Association Series, Proceedings of the Thirty Eight Annual Meeting, 28.–30. 12. 1985 in New York, S. 158 f., hier S. 158.

76 Vgl.: *Deregulation, A Time To Re-Evaluate*, AFL-CIO, 1. 11. 1986. Zahlreiche Statements der Gewerkschaften in Anhörungen dokumentieren die Haltung der verschiedenen staatlichen Behörden. Tausenden von Beschäftigten wurde mitgeteilt, Entlassungen haben nichts mit der »Deregulierung« zu tun, deshalb seien keine Ansprüche einzufordern.

77 Vgl.: DIW'86, op.cit.: FN 92, S. 300 f., Der Anteil der Löhne und Gehälter an den Betriebskosten betrug 1978 45%, 1984 dagegen nur noch 30%!

78 Dollars & Sense, Dezember 1983, Bankrupt But Not Broke, S. 4.

79 Marvin H. Kisters, »Disinflation of Labor Markets«, op.cit.: FN 49.

80 1980 waren ca. 5 Millionen Menschen im Transportbereich und im Telekommunikationsbereich beschäftigt. Vgl. Dollars & Sense, May/June 1983, S. 8.

81 Vgl. William Serrin, *Deregulation Saps Power of U.S. Unions*, in: International Herald Tribune 21. 3. 1986.

82 Clark Everling, Harry Van Arsdale, *The Information Industry and Deregulation*, in: Economic Notes, October 1986, S. 10/11. Vgl. auch: Wallace Hendricks, *The AT&T Divestiture and the CWA*, in: Industrial Relations Research Association Series 1986, S. 121 f.

83 Airline Deregulation, in: Economic Notes October 1986, S. 6.

84 Serrin, op.cit.: FN 81. Zwischen 1980 und 1985 gingen mehr als 2000 Speditionen mit ca. 60 000 Beschäftigten bankrott. Vgl. Norman A. Weintraub, *Teamsters, Statement before the Subcommittee on Surface Transportation, Oversight Hearings on the MCA of 1980*, Washington D.C. 6. 11. 1985. »Eine Epidemie von Bankrotten überfällt die amerikanische Wirtschaft«, kommentierte Wall Street Journal. »Transportderegulierung ist eine mächtige Stütze der Bankrottrate.« Vgl. Petzinger, *Business Failures Hit Post-Depression High, Tide Expected To Swell*, Wall Street Journal 24. 5. 1982.

85 John Rowland (ATU), *Statement on Implementation of the BRRA of 1982 before the Surface Transportation Subcommittee of the Senate Committee on Commerce, Science and Transportation*, 25. 9. 1984, S. 6.

86 Vgl. Seth Rosen, *Airline Collective Bargaining Since Deregulation, Some Perspectives*, Vortrag auf der »Air Transport Labor Relations Conference«, Washington D.C. 17. Juni 1987, S. 46.

87 Vgl. Tolchin/Tolchin, op.cit.: FN 14, Tunstall, op.cit.: FN 29 zum Telekommunikationssektor; und Dieter Plehwe, »Deregulierung« in den USA (1978–1987) – Regulierungstheorien und Umstrukturierung staatlicher Intervention anhand ausgewählter Bereiche der allgemeinen Staatstätigkeit und am Beispiel des Transportsektors –, Diplomarbeit, Marburg 1988.

88 Vgl. Richard L. Berke, *Deregulation Has Gone Too Far, Man Tell The New Administration, Congress Is Feeling Public Pressure for Controls*, New York Times 11. 12. 1988, S. 1 f. Vgl. auch Business Week, 19. 12. 1988. Tietelstory: *The Frenzied Skies – Ten years after deregulation, fares are rising, service is erratic, and the number of airlines is declining, Now what?*

89 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 8. 2. 1989, S. 6 und Financial Times vom 8. 2. 1988, S. 1 und S. 26.

90 Repräsentative John Danforth (Republikaner, Senat) zitiert in: Paul Starobin, *Air Travel for the Masses: Could be a Myth*, in: Congressional Quarterly 11. 7. 1987, S. 1491.

Westeuropäische Integration, Binnenmarkt und Gewerkschaftsbewegung

1. Die Europäische Gemeinschaft: ein neuer Integrationsschub

1.1. Die Vision des »Europa '92«

Noch vor wenigen Jahren beherrschten Begriffe wie »Europessimismus« und »Eurosklerose« die Diskussion über Zustand und Perspektiven Westeuropas. Der pazifische Raum schien der kapitalistischen Hälfte des alten Kontinents den Rang abgelassen zu haben. Doch nun hat sich die internationale Aufmerksamkeit wieder »Europa« zugewandt.¹ Das Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bis 1992 mit einem BIP von fast 4 Billionen ECU und 324 Millionen Verbrauchern hat in Politik, Wirtschaft und Medien eine Art Aufbruchstimmung hervorgerufen, die bereits Züge einer »Europhorie« angenommen hat. Hingegen löst das Thema »Europa '92« innerhalb der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung eher zurückhaltende bis ablehnende Reaktionen aus. Dahinter steht die Befürchtung, daß die weitere Durchkapitalisierung der Gesellschaft durch Realisierung des Binnenmarktes mit einer umfassenden Deregulierung der Arbeits- und Sozialbeziehungen verbunden und zu einer weiteren Schwächung gewerkschaftlicher Positionen genutzt wird.² Die Zukunft der westeuropäischen Gewerkschaften hängt daher zunehmend auch von der Frage ab, wie sie sich auf die Integrationsprozesse

innerhalb der EG und die damit einhergehende innere »Landnahme« des Kapitals einstellen.

Von der Marktintegration, die die vier »Freiheiten« (freien Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr) innerhalb der EG herstellen soll, versprechen sich die zwölf Mitgliedstaaten einen der Nachkriegsproperität vergleichbaren Wachstums- und Akkumulationsschub, der im Inneren einen beschleunigten Strukturwandel bewirkt, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit und den Abbau der regionalen Entwicklungsunterschiede ermöglicht und nach außen die Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten aus den USA und Japan verbessert. Aber »Europa '92« steht darüber hinaus für eine Ziel- und Zeitperspektive, in der nicht nur das Binnenmarktprojekt, sondern in der auch eine Annäherung der Wirtschafts- und Währungspolitik, ein Ausbau der Gemeinschaftspolitik in den Bereichen Umwelt und Technologie und eine Verdichtung der Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik als Schritte in Richtung einer »Europäischen Union« vollzogen werden sollen.³ Die umfassende Dynamisierung der westeuropäischen Integration zielt darauf ab, die EG von einer durch die verfehlte Agrarpolitik stigmatisierten Bürokratie in eine international wettbewerbsfähige Industriegemeinschaft zu transformieren und die weltmarktorientierte Wirtschaftsgemeinschaft zugleich um eine international ausgerichtete politische Gemeinschaft zu erweitern, um die inneren und äußeren Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten zu vergrößern.

1.2. Vom »Zweckverband« zum »EG-System«

Die EG hat sich in den siebziger Jahren von einem »Zweckverband funktioneller Integration«⁴, der sich durch die Übertragung von staatlichen Aufgaben sowohl vom klassischen Nationalstaat als auch von traditionellen internationalen Organisationen abhob, mit der Ausweitung von Funktions- und Politikbereichen zu einem »EG-System«⁵ mit einem – nicht zuletzt

durch die Erweiterungen um sechs weitere westeuropäische Staaten – gesteigerten internationalen Einfluß- und Machtpotential entwickelt. Zu diesem System, aus dem sich angesichts des hohen Grades an gegenseitiger Verflechtung gegenwärtig kein Mitgliedstaat ohne gravierende ökonomische und politische Konsequenzen zurückziehen kann, zählen die in einem inhaltlichen Zusammenhang mit der EG (Kommission, Ministerrat, Europäischer Gerichtshof) stehenden intergouvernementalen Koordinationsgremien (der Europäische Rat, die Europäische Politische Zusammenarbeit, das Europäische Währungssystem sowie die Westeuropäische Union) und eine transnationale politische Infrastruktur aus Parteienzusammenschlüssen, Interessenverbänden und Gewerkschaftsbünden.

Die Transformation der EG von einem Zweckverband zu einem System verlief nicht ohne schwere integrationspolitische Rückschläge. Das Scheitern hochgesteckter Integrationsziele wie das der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« und der »Europäischen Politischen Gemeinschaft« in den frühen fünfziger Jahren, der Fouchet-Pläne in den sechziger und der Wirtschafts- und Währungsunion in den siebziger Jahren verweist auf die innere Krisenhaftigkeit des Integrationsprozesses, die einer funktionellen und sich selbst tragenden Entfaltung der Vergemeinschaftung auf der Basis wachsender Gemeinschaftsinteressen entgegensteht. Da Reichweite, Tiefe und Modus der Integration durch die ungleichmäßige politische und ökonomische Entwicklung in den Mitgliedstaaten und den darauf beruhenden nationalen Konkurrenzverhältnissen beeinflußt und strukturiert werden, bleiben Rückschläge in den Prozeß der »Gemeinschaftsbildung« eingeschlossen. »Integrationskrisen«, die zu Stagnation und Erosion führen, sind mithin »Bestandteil der Struktur und des Inneren Entwicklungsmechanismus des kapitalistischen Integrationsprozesses.«⁶

Das sich in den siebziger Jahren unter dem Druck der ökonomischen Krisenprozesse vergrößernde Spannungsfeld zwischen nationalen und gemeinschaftlichen Interessen auf dem wirtschaftlichen Sektor verschob ebenso wie das Gewicht einer wachsenden weltpolitischen Bedeutung der EG den Integra-

tionsprozeß von der ökonomischen auf die politische Ebene. 1972 einigten sich die EG-Staaten auf ein außerpolitisches Konsultations- und Abstimmungsverfahren im Rahmen der EPZ, die mit der in der »Einheitlichen Europäischen Akte« festgeschriebenen Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheitspolitik neben der WEU zu einem zentralen Bestandteil der »Europäisierung« der Sicherheitspolitik ausgebaut werden soll.⁷ Weiterhin konnten sich die EG-Staaten auch über die Direktwahlen zum Europäischen Parlament verständigen und institutionalisierten die Gipfeltreffen zum Europäischen Rat, der als oberstes Entscheidungsgremium die verschiedenen Politikebenen und -bereiche des EG-Systems miteinander verklammert. Zusammen mit der vergemeinschafteten Außenhandelspolitik verfügen die Mitgliedstaaten der EG, die als bedeutendste Handelsmacht das hinter den USA größte ökonomische Potential der Welt repräsentieren, mit der EPZ über ein Instrument, um in den internationalen Beziehungen als relativ geschlossene Staatengruppe zur Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Ziele aufzutreten.⁸

1.3. Die EG im Umbruch: Von der Stagnation zum Integrationsschub

Die 1987 ratifizierte EEA, die die Anfang der achtziger Jahre einsetzende Reformdiskussion in der EG zusammenfaßt, soll mit ihren Festlegungen zum Binnenmarkt, zur Technologie- und Umweltpolitik, zur Kooperation im außen- und sicherheitspolitischen Bereich und zu partiellen institutionellen Reformen die EG an veränderte äußere und innere Rahmenbedingungen anpassen. Denn parallel zu dem internationalen Bedeutungszuwachs der EG waren in den späten siebziger und den frühen achtziger Jahren die Problemlagen kulminiert, denen mit einem neuen Integrationsschub begegnet werden soll. Diese Problemlagen drückten sich in einer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit, in einer sich internationalisierenden Weltwirtschaft, in sicherheits- und wirtschaftspolitischen Konflikten mit

den USA und in einer Stagnation des Integrationsprozesses aus. Die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der EG-Staaten führte von 1979 bis 1985 zu einer negativen Außenhandelsbilanz und betraf sowohl den Bereich der gewerblichen Produkte insgesamt wie auch die Produkte im hochtechnologischen Bereich. Im Zeitraum von 1979 bis 1985 ging der Anteil der Ausfuhren aus der EG (ohne innergemeinschaftlichen Handel) an den Ausfuhren der OECD-Staaten um rund 1,4 Prozent zurück, während der Anteil der USA um 0,7 und der Japans sogar um 5 Prozent zunahm. In den Sektoren, die sich besonders dynamisch entwickelten (elektronische Produkte, Datenverarbeitung, Büromaschinen) nahm der Anteil der EG-Staaten um sogar 2,5 Prozent ab, während die USA ihren Anteil um 1,2 und Japan seinen Anteil um 7 Prozent ausweiten konnten. Lediglich in Sektoren mit schwacher Nachfrage (Eisen, Stahl, Textilien, Baumaterial) konnten die EG-Staaten ihren Marktanteil um 1,9 Prozent erhöhen.⁹ Außenwirtschaftlich sahen sich die EG-Staaten also einer »Zangenbewegung« ausgesetzt: in den traditionellen Fertigungssektoren mittlerer Technologie gerieten sie unter den Druck der Konkurrenz der Schwellenländer und im Hochtechnologiebereich gingen Marktpositionen an die USA und Japan verloren.

Die schnelle Erholung der USA von der Krise 1980/82, die die strukturellen Probleme der US-Wirtschaft zunächst verbergen konnte, verstärkte die Befürchtung, »einem japanisch-amerikanischen Duopol in der Hochtechnologie«¹⁰ gegenüberzustehen und führte einerseits zu einem Ausbau der Technologiepolitik der EG, um die technologische Entwicklung zu beschleunigen.¹¹ Andererseits wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß die nationalen Märkte der EG-Staaten zu klein seien, um in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können. Der segmentierte EG-Markt erlaube nur eine beschränkte Massenproduktion, die wiederum zu niedrige Gewinne abwerfe, um hohe Forschungsaufwendungen und Investitionen zu ermöglichen und dem Defizit bei Produkt- und Produktionsinnovationen zu begegnen. Der Binnenmarktintegration liegt die neoliberale Auffassung zugrunde, »daß die Gemeinschaft

immer mehr Boden und Märkte an ihre Hauptkonkurrenten USA und Japan verliert, wenn es ihr nicht gelingt, den potentiell großen Markt der zwölf Mitgliedstaaten voll zu nutzen.«¹²

Neben den wirtschafts- und handelspolitischen Konflikten über die Haushalts- und Außenhandelsdefizite der USA, ihre Dollarpolitik und den wachsenden Industriesubventionen sowie den zunehmenden Protektionismus¹³ verstärkten sich Anfang der achtziger Jahre auch die Interessendifferenzen im sicherheitspolitischen Bereich.¹⁴ Die Konfrontationspolitik der Reagan-Administration ließ es den westeuropäischen Staaten angesichts der nachlassenden Akzeptanz der offiziellen Sicherheitspolitik in weiten Teilen der westeuropäischen Bevölkerung als angebracht erscheinen, mit einer Politik der »Selbstbehauptung Europas« eine in Ansätzen eigenständigere Sicherheitspolitik zu verfolgen und institutionell abzusichern.¹⁵ Dieser »Europäisierung« der Sicherheitspolitik liegen aber nicht nur bündnisinterne Konfliktformationen zugrunde, sondern auch eine Relativierung der einst privilegierten Region Westeuropa in der Politik und Strategie der USA.¹⁶ Vor dem Hintergrund des Abstiegs als Hegemonialmacht und dem Ende des Kalten Krieges in Europa verfolgen die USA eine unilateral gefärbte und damit stärker an den als »national« deklarierten Interessen ausgerichtete Politik, in der die NATO als das Bündnis mit Westeuropa seinen einstigen Stellenwert verliert und zunehmend als »Kostenfaktor« angesehen wird.¹⁷ Dieser Trend zu einem Disengagement der USA hat in Westeuropa das »Sicherheitsproblem Deutschland« aktualisiert und zu der integrationsfreundlichen Haltung Frankreichs beigetragen, um über eine westeuropäische Einbindung den Einfluß auf die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik aufrechterhalten zu können.¹⁸ Muster nationaler Machtpolitik insbesondere gegenüber der Dritten Welt, die auch in der Bundesrepublik an Bedeutung gewinnen¹⁹, können daher letztlich nur über die Ausweitung der Handlungsfähigkeit der westeuropäischen Integration verfolgt werden.²⁰

Um jedoch die äußere Handlungsfähigkeit der EG zu erhöhen, die angesichts der Reformprozesse in den UdSSR und eini-

gen anderen sozialistischen Ländern noch als notwendiger für den Fortbestand des EG-Systems erachtet worden war, wurde es notwendig, die Stagnation des westeuropäischen Integrationsprozesses zu überwinden. Die inneren Problemlagen der EG, die sich in dem Scheitern der Gemeinsamen Agrarpolitik, in einem zunehmenden Protektionismus im Gemeinsamen Markt, in einer Krise des Finanzsystems und des Gemeinschaftshaushalts niederschlugen²¹, mußten zunächst einer zumindest partiellen Lösung zugeführt werden. Mit der politisch motivierten Aufnahme Spaniens und Portugals, die die bereits nach den ersten Erweiterungen gewachsene Heterogenität der EG weiter vergrößerte und zugleich die innere Achse der EG in Richtung Südeuropa verschob, wurden weitreichende Reformmaßnahmen schließlich unumgänglich.²² Die auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates im Januar 1988 beschlossenen Veränderungen in der Agrarpolitik (GAP) und dem Finanzsystem bilden daher die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung der in der EEA formulierten Zielstellung eines neuen Integrationsschubs.²³

2. Das Kernprojekt: ein einheitlicher Binnenmarkt

2.1. Der lange Weg zu einem einheitlichen Binnenmarkt

Das Kernstück der Anpassung und Umstrukturierung der EG bildet das in der EEA beschlossene Ziel der Realisierung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992, das von dem flankierenden Teil (Währungs-, Technologie- und Regionalpolitik) ergänzt wird.²⁴ Obwohl das Integrationsziel Binnenmarkt bereits 1957 mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge beschlossen wurde, blieb der Binnenmarkt bis heute parzelliert. Die vereinbarte Beseitigung der Zollabgaben zwischen den EG-Staaten

konnte zwar in den sechziger Jahren vorfristig abgeschlossen werden, aber zahlreiche nichttarifliche Handelshemmnisse blieben bestehen und wurden im Zuge der wirtschaftlichen Krisenprozesse in den siebziger Jahren zu einem protektionistischen Instrumentarium ausgebaut.

Den Kernteil der »Vollendung« des Binnenmarktes beinhaltet ein 1985 von der Kommission vorgelegtes Weißbuch, das den schrittweisen Abbau aller zwischenstaatlichen materiellen, technischen und steuerlichen Schranken mittels einer gegenseitigen Anerkennung oder einer Harmonisierung von Standards, Normen und Gesetze vorsieht.²⁵ Der Abbau der nichttariflichen Handelshinderenisse soll eine wohlstandssteigernde Kettenreaktion in Gang setzen. Von der Binnenmarktintegration wird erwartet, daß ein zunehmender Wettbewerbsdruck zu einem Rückgang der Produktionskosten und Preise führt, eine höhere Kaufkraft die Nachfrage belebt, eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit wachstumsfördernd wirkt und die Außenhandelsposition verbessert, Preissenkungen die Inflation dämpfen, eine Liberalisierung der Beschaffungsmärkte und ein wirtschaftlicher Aufschwung die öffentlichen Haushalte entlasten. Insgesamt wird mit einer zusätzlichen Steigerung des BIP von 4,5 bis 6,4 oder gar 7 Prozent gerechnet.²⁶

Die Binnenmarktpläne sind nicht ohne Einfluß auf Investitions- und Kooperationsentscheidungen, insbesondere der international agierenden Unternehmen geblieben. Zum einen investieren Unternehmen aus Drittstaaten verstärkt in EG-Ländern mit einer günstigen Kostenmatrix, um der mit der Beseitigung von Schranken im Gemeinsamen Markt verbundenen äußeren Abschottung vorzubeugen. Zum anderen bilden sich parallel zu nationalen Konzentrationsprozessen – vor allem in den hochtechnologieorientierten Wachstumsbranchen – westeuropäische Konzernstrukturen heraus, die die bisher dominierende »nationalist bias« aufbrechen.²⁷ Die grenzüberschreitende Kooperation von Großunternehmen wird von der Kommission über industriepolitische Subventionen und auch wettbewerbsrechtlich gefördert. Die von ihr vorgelegten Pläne zur Fusionskontrolle erlauben grenzüberschreitende Kapitalzusammensch-

lüsse im Interesse der globalen Wettbewerbsfähigkeit auch dann, wenn sie zu »marktbeherrschenden« Positionen führen.²⁸

Das Weißbuch der Kommission kann sich zwar auf grenzüberschreitende Unternehmensstrategien und einen hohen Grad der ökonomischen Verflechtung der EG-Staaten stützen, sieht sich aber ungleichen sektoralen Proportionen, Produktivitätsniveaus und Konzentrationsgraden der nationalen Volkswirtschaften gegenübergestellt, die den vielfältigen Binnenmarktchancen zugrunde liegen und sich in zähen Auseinandersetzungen um Einzelregelungen niederschlagen. Bis Ende 1988 konnten zwar 127 der 285 im Weißbuch enthaltenen Maßnahmen verabschiedet werden.²⁹ Die Mehrzahl der Beschlüsse bezieht sich jedoch auf die Reduzierung der materiellen und technischen Schranken. Die »Problembereiche« wie die ihrer »protektionistischen« Wirkungen wegen beabsichtigte Angleichung der Umwelt-, Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutzregelungen, die Beseitigung von »Schutzzäunen« um weniger produktive Branchen sowie die Öffnung der nationalen Beschaffungsmärkte können nur in Stufen angeglichen oder müssen zunächst vertagt werden.³⁰ Zugleich mobilisiert die Binnenmarktintegration Gegenbewegungen, die zusätzliche staatliche Unterstützung oder weitere Entlastungen einfordern, um dem Konkurrenzdruck im Binnenmarkt widerstehen zu können oder eine Verlagerung von nationalen Handelsbeschränkungen an die Außengrenzen der EG zu verlangen.³¹

Die Binnenmarktintegration bleibt daher ein Verfahren zwischenstaatlicher Kompromißbildung, in der die Realisierung von nationalen Vorteilen mit der Minimierung von eigenen Nachteilen verbunden ist. Angesichts des hohen »Regelungsbedarfs« der Binnenmarktintegration und der darin zum Ausdruck kommenden, über den Staat vermittelten Konkurrenz von Unternehmen, Branchen und Sektoren sind bis 1992 zwar eine tiefgreifende Umstrukturierung nationaler Regulierungssysteme und nationale wie grenzüberschreitende Konzentrationschübe, aber kaum eine »Vollendung« des Binnenmarktes zu erwarten. Die EG wird auch in Zukunft ein Raum mit starken ökonomischen und sozialen Unterschieden bleiben, die sich

tendenziell noch akzentuieren werden und nationale, regionale und sektorale Interventionen der Mitgliedstaaten erforderlich machen.

2.2. Auswirkungen des Binnenmarktes: Wachstum ohne neue Beschäftigung

Die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit bleibt in allen EG-Staaten die zentrale ökonomische und soziale Herausforderung. Seit 1975 ist die Zahl der offiziell arbeitslos Gemeldeten von fünf auf 16 Millionen gestiegen und liegt damit bei 12 Prozent. Gleichzeitig ist Vollbeschäftigung als Politikziel in allen EG-Staaten in den Hintergrund getreten. Stattdessen werden von der Binnenmarktintegration die Wachstumsimpulse erwartet, die die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigen, aber deutlicher als jede staatliche Beschäftigungspolitik vermindern sollen – eine Erwartung, die durch die reale Entwicklung nicht gedeckt wird. So ging in den großen EG-Staaten in den achtziger Jahren das Wachstum des BSP mit einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit einher. Das von der Beschäftigungsentwicklung entkoppelte Wachstum lag 1986 bei 2,6 und 1987 bei 2,0 Prozent. »Ein solches Wachstum reicht gerade aus, um die Arbeitslosenquote auf 12 Prozent zu stabilisieren.«³² Auch in den EG-Staaten mit einer stärkeren Wachstumsdynamik (Spanien, Italien, Portugal und Großbritannien) blieb die Arbeitslosigkeit relativ konstant.³³

Die Arbeitslosigkeit in der EG ist nicht mehr nur ein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem. Während die Anzahl der Erwerbspersonen zwischen 1975 und 1985 um 10 Prozent anstieg, nahm die Anzahl der Arbeitsplätze im gleichen Zeitraum um 1 Prozent ab. Vor allem in der Industrie wurden Arbeitsplätze abgebaut. Ihre Zahl sank von 1975 bis 1985 um 7,5 Millionen. Parallel dazu nahmen die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft um 3,6 Millionen ab. Im Dienstleistungssektor hingegen entstanden 10,2 Millionen neue Arbeitsplätze. Darin eingeschlossen sind Teilzeitarbeitsplätze und ungeschützte Be-

schäftungsverhältnisse, die außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses liegen.³⁴ Hohe Arbeitslosenquoten konzentrieren sich zudem auf Regionen mit Entwicklungsrückständen und in der Krise begriffenen »alten« Industrien. Daher wächst neben dem überproportionalen Anteil von Jugendlichen und Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen (41 bzw. 47 Prozent) die Anzahl der Langzeitarbeitslosen. In der EG (ohne Spanien und Portugal) lag der Anteil derer, die seit mehr als 12 Monaten arbeitslos waren, 1985 bei 53 Prozent. 32 Prozent waren bereits länger als 23 Monate arbeitslos – und damit auf dem Weg in die soziale Verelendung.³⁵

Die hohe Arbeitslosigkeit konfrontiert die Gewerkschaften mit dem Problem, ihren Anspruch auf Vertretung aller abhängig Beschäftigten aufrechtzuerhalten. Denn die Verteidigung von kollektiven Schutz- und Vertretungsrechten wird von den Unternehmen und Regierungen in den Vorwurf umgemünzt, an der Krise der Beschäftigung mitverantwortlich zu sein. Auf diese Weise wird politischer Druck in Richtung auf Flexibilisierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erzeugt. Die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist ein Versuch, dieses Dilemma aufzufangen. Ihr kommt allerdings aufgrund des Widerstandes der Unternehmensseite mehr eine beschäftigungssichernde als -schaffende Bedeutung zu.

Ein weiterer Ansatz, den Druck des Arbeitsmarktes in eine gewerkschaftliche Strategie umzusetzen, bildete die Zustimmung zu dem Vorschlag der Kommission zu einer »kooperativen Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung«³⁶, die bei einem »mäßigen« Anstieg der Reallöhne, stabilitätsorientierter Nachfragepolitik des Staates und einem Wachstum von real 3,5 Prozent von 1986 an einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 8,5 Prozent bis 1990 ermöglichen sollte. Zwar konnte die Kommission auf die Zustimmung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)³⁷ in der Frage der Zurückhaltung bei Reallohnsteigerungen zählen. Bislang scheiterte diese kooperative Wachstumsstrategie aber an den nationalen wirtschaftspolitischen Orientierungen. Insbesondere die Bundesrepublik gab der Stabilitätspolitik einen eindeutigen Vorrang vor beschäfti-

gungspolitischen Maßnahmen. Die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften hat in der Konsequenz zwar die Gewinnentwicklung der Unternehmen verbessert, aber nicht ihre Investitionstätigkeit gesteigert. Diese wird im Hinblick auf die Gewinnentwicklung selbst von der Bundesbank nur als »gemäßigt« bezeichnet.³⁸

Stattdessen soll die Binnenmarktintegration für mehr Beschäftigung sorgen. Erstmals seit Anfang der siebziger Jahre bestünden nach Aussage des Cecchini-Berichts »reelle Aussichten, zahlreiche neue Arbeitsplätze zu schaffen.«³⁹ Jedoch beläuft sich nach den Schätzungen des Berichts der bis 1998 kumulierte Arbeitsplatzeffekt auf nur 1,866 Millionen neue Arbeitsplätze und würde lediglich zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 1,8 Prozent führen – die Binnenmarktintegration könnte also, wie der Bericht selbst zugesteht, »das Ausmaß der Beschäftigungskrise nur geringfügig lindern.«⁴⁰ Würde die Marktintegration hingegen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen begleitet, erwartet der Cecchini-Bericht einen Zuwachs um 4,4 bis 5,7 Millionen Arbeitsplätzen. Dies würde allerdings voraussetzen, daß die EG-Staaten die zu erwartenden Entlastungen der staatlichen Haushalte in Höhe von 2,2 Prozent des BIP nicht zu einem Abbau der Verschuldung, sondern zu einer nachfrageorientierten Ausgabenpolitik einsetzen.⁴¹

Den mittelfristigen Wachstumsimpulsen sind jedoch zunächst Arbeitsplatzverluste vorgelagert. Die härtere Konkurrenz im Binnenmarkt zwingt die Unternehmen zu weiteren Produktivitätssteigerungen, die in Gestalt von Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeitslosigkeit erhöhen. »Auf kürzere Sicht ist daher mit Arbeitsplatzverlusten zu rechnen.«⁴² Aber auch mittelfristig ist es mehr als fraglich, ob die Rechnung – größere Konkurrenz, Zwang zur Kosten- und Preissenkung, größere Nachfrage und neue Investitionen – nicht nur das Produkt-, sondern auch das Arbeitsvolumen vergrößert. Die Anpassung an veränderte Wettbewerbsbedingungen wird sich zudem nicht ohne neue sektorale und regionale Verwerfungen vollziehen. Berechnungen, die den erwarteten 1,8 Millionen neuen Arbeitsplätzen 3 Millionen Arbeitsplätze gegenüberste-

hen, die aufgrund der verschärften Konkurrenzsituation wegfallen, sind dann realitätsnäher.⁴³ Selbst bei 5 Millionen neuer Arbeitsplätze würde sich die Gesamtzahl von 16 Millionen Arbeitslosen kaum verändern. Die Arbeitslosigkeit in der EG »wird mit dem Binnenmarkt nicht automatisch gelöst.«⁴⁴ Vielmehr nimmt der beschäftigungs-, industrie- und sozialpolitische Handlungsbedarf der EG-Staaten mit der Realisierung des Binnenmarktes zu.

3. Westeuropäische Integration: Herausforderung an die Gewerkschaftsbewegung

3.1. Die »soziale Dimension des Binnenmarktes«

Der Binnenmarktintegration liegt ein Konzept der Verbesserung der Angebotsseite zugrunde, das die sozialen und ökologischen Auswirkungen unberücksichtigt läßt. Die Absenkung der Standards im Sozial- und Umweltbereich sowie beim Verbraucherschutz, die mit neuen Belastungen im Steuer- und Gesundheitsbereich einhergehen, bilden die unausgesprochene Voraussetzung, um die anvisierten Wachstumsziele zu erreichen. Die Vertiefung der Marktintegration geht so als neokonservativer Krisenbewältigungsversuch mit einer weitreichenden Deregulierung »von der Qualität eines Befreiungsschlags«⁴⁵ einher. Die volle Durchsetzung der »vier Freiheiten« wird deshalb auch die nationalen Arbeits- und Lebensbedingungen verändern. Die Integration des Binnenmarktes wird sich insbesondere auf die Bedingungen und Formen der Erwerbstätigkeit abhängig Beschäftigter auswirken. Betroffen sind die betrieblichen Sozial- und Arbeitsbeziehungen, die Arbeitsbedingungen, Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte, das kollektive und individuelle Arbeitsrecht und die Sozialgesetzgebung. Damit verbunden sind noch nicht absehbare Auswirkungen auf die

Steuer-, Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Familien- und Gesundheitspolitik.

Das Weißbuch der Kommission enthält keine Aussagen zu den sozialen Auswirkungen der umzusetzenden Maßnahmen und daher auch keine sozialpolitischen Vorschläge. Dieser »weiße Fleck« bildete eine zentrale Voraussetzung, um das Weißbuch durch den Ministerrat zu verabschieden. Mit der Konzentration auf die »technischen«, unmittelbar ökonomisch relevanten Aspekte sollen die Annahme der Richtlinienvorschläge im Ministerrat von den Auseinandersetzungen über unterschiedliche sozial- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Orientierungen abgelöst werden. Erst als Reaktion auf gewerkschaftliche Forderungen, parallel zu dem Binnenmarkt einen »Europäischen Sozialraum« zu verwirklichen⁴⁶, setzte die bundesdeutsche Präsidentschaft die sozialen Aspekte der Binnenmarktintegration auf die Tagesordnung des Europäischen Rates in Hannover. Der Rat verwies einerseits auf die wohlstandssteigernden Effekte der Binnenmarktintegration, andererseits erklärte er seine Absicht, über eine Anhebung des Lebensstandards hinaus auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das erreichte Sozialniveau soll ausgebaut oder in den fortgeschrittenen Ländern zumindest erhalten bleiben. Aber weder unter der griechischen Präsidentschaft, die sich erste Schritte in Richtung einer »sozialen Dimension« zum Ziel gesetzt hatte, noch unter der folgenden Präsidentschaft Spaniens konnten diese Zielsetzungen präzisiert werden.

Verstärkt durch die Diskussionen in Unternehmensverbänden und Regierung über die »Standortqualität« der Bundesrepublik befürchteten insbesondere die bundesdeutschen Gewerkschaften, daß die im Vergleich zu anderen EG-Staaten hohen Arbeitsschutz- und Sozialstandards sowie die Mitbestimmung unter Druck geraten. Daher fordern sie eine rechtlich verbindliche »Charta sozialer Mindestnormen«, die sich an den sozialen und arbeitsrechtlichen Standards in der Bundesrepublik orientiert.⁴⁷ Hinter den von den Gewerkschaften entwickelten Vorstellungen von der »sozialen Dimension« des Binnenmarktes bleibt der sozialpolitische Ansatz der Kommission jedoch deutlich zurück.

Der von der Kommission entwickelte Ansatz ist nicht in der Lage, eine Konkurrenz der Sozialstandards zu verhindern. Der »Harmonisierungsansatz« verfolgt eine Annäherung der Sozialniveaus über eine zeitlich (Fristen) oder qualitativ (Bandbreiten) versetzte Angleichung der zentralen Regelungsfelder der Sozial- und Arbeitsbeziehungen, wobei auf der Ebene der EG Rahmenvereinbarungen angestrebt werden. Mit diesem Ansatz versucht die Kommission, einen Kompromiß zwischen dem von den Unternehmerverbänden vertretenen »Dezentalisierungsansatz« und dem von den Gewerkschaften geforderten »normativen Ansatz« herzustellen. Der »Dezentalisierungsansatz« zielt darauf ab, die nationalen Regelungen der Sozial- und Arbeitsbeziehungen im wesentlichen dem freien Wettbewerb auszusetzen und diese selbst auf ein Minimum zu beschränken. Regelungen auf der Ebene der EG werden als kontraproduktiv verworfen. Lediglich im Bereich der Arbeitshygiene und -sicherheit werden gemeinschaftsweite Grundnormen angestrebt. Der »normative Ansatz« hingegen verfolgt einen für die gesamte EG einheitlichen Rahmen für die verschiedenen sozialen Bereiche und will einzelstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften angleichen, um einen Mindestsockel von sozialen Standards in allen Mitgliedstaaten zu garantieren. Dies erfordert im wesentlichen zwingende Rechtsvorschriften.⁴⁸

Der EGB hat seine Forderung nach einer für alle EG-Staaten rechtlich verbindlichen »Charta« in den Wirtschafts- und Sozialausschuß getragen und ist dort am Widerstand des Unternehmerlagers gescheitert, das lediglich für unverbindliche Regelungen eintritt. Der »Harmonisierungsansatz« der Kommission ist damit politisch gestärkt worden, nachdem er bereits Eingang in die Praxis des Ministerrats gefunden hatte. Unter bundesdeutscher Präsidentschaft sind Richtlinien zum Gesundheitsschutz verabschiedet worden, die einen »Mittelweg« bei der Festlegung von Mindeststandards beschreiten. Dabei wird mit Bandbreiten gearbeitet, die Spielraum nach unten und nach oben lassen. Dennoch hat sich die Bundesregierung für ein Sockelgesetz sozialer Mindestnormen ausgesprochen – in dem Wissen, daß dies gegenüber Großbritannien gegenwärtig nicht

durchzusetzen ist.⁴⁹ Zumindest der Ausbau des Systems der sozialen Sicherung und Rechte in der Bundesrepublik ist damit erschwert worden. Gleichwohl dürfte sich die harte – extrem konservative – Haltung der britischen Thatcher-Regierung bei der schließlichen Gestaltung der sozialen Grundnormen der sozialpolitischen Regulierung in der EG insgesamt nicht durchsetzen. Ohne eine begleitende Sozialpolitik könnte das Binnenmarktprojekt selbst an sozialen Auseinandersetzungen scheitern. Die unterschiedliche Haltung der EG-Staaten kann daher auch einen Ansatzpunkt für gewerkschaftliche Politik bilden.

3.2. Westeuropäische Integration: neue Anforderungen an gewerkschaftliche Politik

Die Mehrheit der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung ist gegenüber der westeuropäischen Integration positiv eingestellt. Sie betrachtet die übernationale Vergemeinschaftung als Realisierung von gewerkschaftlichen Solidaritätsforderungen. Diese verbindet sie mit der Forderung, daß sich die EG in Richtung einer »Sozialunion« entwickeln müsse.⁵⁰ Diese Forderung wurde bisher nicht verwirklicht. Gleichzeitig ist es der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung bisher noch nicht gelungen, eine autonome und handlungsfähige Einheitsgewerkschaft auf westeuropäischer Ebene zu entwickeln. Vielmehr repräsentiert der EGB der »eher die Summe der Schwächen als die der Stärken« (Luciano Lama) der nationalen Gewerkschaftsbewegungen. Auch eine tendenzielle Angleichung der Forderungen und Politikmuster konnte differierende strategische Ansätze bisher nicht überwinden.⁵¹ Gleichwohl kann der Anpassungs- und Veränderungsdruck, der von der westeuropäischen Integration ausgeht, von den Gewerkschaften als Ausgangspunkt für eine offensivere Politik genutzt werden.

Auch wenn in dem gesetzten Zeithorizont »1992« der projektierte Integrationsschub nur partiell umgesetzt werden sollte, so werden sich doch die Bedingungen gewerkschaftspolitischer Handlungsstrategien verändern. Die westeuropäische Integra-

tion und insbesondere das Binnenmarktprojekt beinhalten als einen wesentlichen Bestandteil der politischen Gestaltung der Reorganisation und Neustrukturierung der Akkumulations- und Verwertungsbedingungen eine »Reregulierung« des Verhältnisses von Arbeit und Kapital, die die aktuellen Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Ausgrenzungstendenzen noch verstärkt. Die gesellschaftliche und insbesondere die wirtschafts- und sozialpolitische Realität wird in einer Weise verändert, die auch für abhängig Beschäftigte und gewerkschaftliche Interessenvertretung neue Rahmenbedingungen setzt.⁵² Wie sich diese neue Realität entwickelt, hängt von den konkreten politischen und gewerkschaftlichen Reaktionen ab, deren Adressat aber nicht mehr nur im nationalen Rahmen zu suchen ist. Die über die EG von den Mitgliedstaaten vollzogene Politik wie die Politikebene der EG selbst muß vielmehr zum Bezugspunkt von nationaler und transnationaler Gewerkschaftspolitik werden.

Eine Gegenstrategie muß davon ausgehen, daß in den weiteren Verlauf der Integration sowohl die Internationalisierung der Kapitalverwertung und der Bedeutungszuwachs der EG als Ebene der politischen Auseinandersetzung als auch das jeweils nationale Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital eingehen. Während also eine Gewerkschaftsstrategie einerseits den sich vollziehenden Integrationsprozessen Rechnung tragen muß, muß sie andererseits diesen Prozessen »in sich« eine Dynamik einschreiben, die über den Integrationsprozeß als Reorganisation hinausweist und eine radikale Reform der EG, ihrer Politikinhalte, ihrer Institutionen und ihrer Spielregeln beinhaltet. Den Modernisierungskonzepten des Kapitals muß daher ein eigenes, nicht national beschränktes Modernisierungsprojekt entgegengesetzt werden, das zugleich Grundfragen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen (Abrüstung, Ökologie, Technikentwicklung) in sich aufnimmt.

Die Voraussetzungen und Bedingungen für diese Strategiebildung sind aufgrund der verschiedenen sozioökonomischen Entwicklungsniveaus und der unterschiedlichen »politischen Kulturen« national differenziert. Daraus resultieren notwendig In-

teressengegensätze. Diese können nicht geleugnet werden: sie müssen vielmehr als Voraussetzung transnationaler Handlungsmöglichkeiten einer Form zugeführt werden, die Zusammenarbeit nicht behindert, sondern ermöglicht. Die Bedingungen für diese Zusammenarbeit – z. B. in der Frage der Solidaritätsstreiks und bei der Verhinderung von »Streikarbeit« in Konzernbetrieben anderer Länder – sind zunächst auf der nationalen Ebene zu schaffen.

Bislang wurde es versäumt, eine effektive – über die Strukturen des EGB hinausgehende – grenzüberschreitende gewerkschaftliche Infrastruktur zu entwickeln. Der Ausbau der Koordination bleibt jedoch eine Voraussetzung gemeinsamer Politik. Diese betrifft zunächst die betriebliche Ebene. Hier muß vor allem verhindert werden, daß Belegschaften eines Konzerns über »Standortentscheidungen« gegeneinander ausgespielt werden. Für die Koordinierung gewerkschaftlicher Politik ist aber auch die unterschiedliche Politik der EG-Staaten im Integrationsprozeß zu beachten. Die stabilitätsorientierte Währungspolitik der Bundesrepublik z. B. ist wesentlich auf die Unterstützung ihrer Exportinteressen ausgerichtet. Damit unterläuft sie aber tendenziell Absätze zu einer beschäftigungspolitisch orientierten Fiskalpolitik in anderen EG-Staaten. Wirtschaftspolitische Zielstellungen können daher innerhalb der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung immer weniger entlang nationaler Prämissen formuliert werden.

Anmerkungen

1 Vgl. Heisbourg, Francois, Europe at the Turn of the Millenium: Decline or Rebirth, in: The Washington Quaterly 4/1987, S. 43–54.

2 Vgl. Jacobi, Otto, Gewerkschaften, industrielle Beziehungen und europäische Einigung, in: Die Mitbestimmung 11/1988, S. 609–612.

3 Vgl. die Einheitliche Europäische Akte, in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaft 1/1986.

4 Ipsen, Hans-Peter, Europäisches Gemeinschaftsrecht, Tübingen 1972, S. 172.

5 Hrbeck, Rudolf/Wessels, Wolfgang, Das EG-System als Problemlösungsebene und Handlungsrahmen – Optionen bundesrepublikanischer Europa-Politik, in: Dies., EG-Mit-

gliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?, Bonn 1984, S. 501–542, hier S. 505.

6 Axt, Heinz-Jürgen/Deppe, Frank, Europaparlament und EG-Erweiterung. Krise oder Fortschritt der Integration?, Köln 1979, S. 12.

7 Vgl. Brock, Lothar/Jopp, Mathias, Sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Kooperation der Rüstungswirtschaft in Westeuropa, Baden-Baden 1986.

8 Vgl. Rummel, Reinhard, Zusammengesetzte Außenpolitik. Westeuropa als internationaler Akteur, Kehl am Rhein/Straßburg 1982; Axt, Heinz Jürgen, Auf dem Weg zur gemeinsamen Außenpolitik?, in: Neue Politische Literatur 2/1988, S. 252–267.

9 Vgl. Kommission der EG, Jahreswirtschaftsbericht 1987–1988, KOM(87) 500 endg., S. 46.

10 Seitz, Konrad, Nichi-Bei: Japan – Amerika, in: Genscher, Hans-Dietrich (Hrsg.), Nach vorn gedacht . . . Perspektiven deutscher Außenpolitik, Stuttgart 1987, S. 143–158, hier S. 152.

11 Vgl. Stremmel, Jörg, Die Technologiepolitik der Europäischen Gemeinschaft, Aachen 1988.

12 Die Gemeinschaft 1992. Ein Markt mit neuen Dimensionen, Europäische Dokumentation 4/87, S. 12. Bereits 1984 kam G. Junne zu dem Schluß: „... die globale Rivalität zwischen den USA, Japan und West-Europa (könnte) gegenwärtig einen neuen Integrations-Fortschritt in Europa erzwingen, so wie die (Ost-West)Systemkonkurrenz in den 50er Jahren einen wesentlichen Beitrag zum Zustandekommen der europäischen Integration geleistet hat.“ (Junne, Gerd, Der strukturelle Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industrieländern, in: Politische Vierteljahresschrift 2/1984, 25. Jg., S. 134–155, hier S. 148).

13 Vgl. Rode, Reinhard, Die Zeche zahlen wir – der Niedergang der amerikanischen Wirtschaft, München 1988.

14 Vgl. Oldag, Andreas, Allianzpolitische Konflikte in der NATO. Die sicherheitspolitischen Interessen der USA und Westeuropas, Baden-Baden 1985.

15 Vgl. Weiner, Klaus-Peter, SDI – Impuls für eine »Europäisierung« der Sicherheitspolitik, in: Scheffran, Jürgen/Engels, Dieter/Sieker, Ekkehard, SDI – Falle für Westeuropa, Köln 1987, S. 248–270.

16 Vgl. Discriminate Deterrence. Report of The Commission on Integrated Long-Term Strategy, U.S. Government Printing Office, Washington D.C. 1988; Brzezinski, Zbigniew, America's New Geostrategy, in: Foreign Affairs, Spring 1988, Vol. 66, S. 680–699.

17 Vgl. Kennedy, Paul M., The Rise and Fall of Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987; Calleo, David, Beyond American Hegemony: The Future of the Western Alliance, New York 1987.

18 Vgl. Statz, Albert, Eine Achse der Aufrüstung? Militärzwillinge Bundesrepublik/Frankreich, hrsg. von: Die GRÜNEN im Bundestag, Bonn 1988.

19 Vgl. Schwarz, Hans-Peter, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

20 Vgl. Bertram, Christoph, Aufgaben und Perspektiven der Sicherheitspolitik Westeuropas in den neunziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1988, S. 3–11.

21 Vgl. Kommission (1987 b) der EG, Die Einheitliche Europäische Akte muß ein Erfolg werden. Neue Perspektiven für Europa, KOM(87) 100 endg.

22 Vgl. Stadlmann, Heinz, Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, in: Europa-Archiv, Folge 5, S. 129–136.

23 Vgl. Weiner, Klaus-Peter, Westeuropa: Integrationsschub 1992, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1988, S. 531–539 (Teil I) und 6/1988, S. 732–739 (Teil II).

24 Die EEA nennt in Art. 8 a zwar den Termin 31. 12. 1992, hält aber zugleich fest, daß diese Setzung keine rechtliche Wirkung hat. Auf die die Binnenmarktintegration begleitenden Politikbereiche kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Siehe dazu Weiner, Klaus-Peter, Integrationsschub 1992, a. a. O., S. 732 ff.

25 Vgl. Kommission der EG, Vollendung des Binnenmarktes. Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat, KOM(85) 310 endg.

26 Vgl. Cecchini, Paolo, Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988, S. 15, S. 100 ff., S. 112 und S. 131. Zugrunde gelegt ist das BIP von 1988.

27 Vgl. Kommission der EG, Sechzehnter Bericht über die Wettbewerbspolitik, Brüssel, Luxemburg 1987.

28 Vgl. Hott, Peter, Der geplante Binnenmarkt eröffnet auch dem Wettbewerb neue Chancen, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 16. 3. 1988.

29. Vgl. die Dokumentation im »Handelsblatt« vom 19. 1. 1989.

30 Vgl. Kommission der EG, Dritter Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Durchführung des Weißbuches der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes, KOM(88) 134 endg.

31 Vgl. Scharrer, Hans-Eckart, EG-Protektionismus als Preis für die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes?, in: Wirtschaftsdienst 12/1986, S. 619–624.

32 Kommission der EG, Jahreswirtschaftsbericht 1987–1988, a. a. O., S. 1.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. Pickshaus, Klaus, Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, Frankfurt/M. 1987, S. 200–228. In der Bundesrepublik sind nur ca. zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten durch die Regelungen eines Normalarbeitsverhältnisses abgesichert.

35 Kommission der EG, Jahreswirtschaftsbericht 1987–1988, a. a. O., S. 5 ff.

36 Vgl. Kommission der EG, Jahreswirtschaftsbericht 1985/1986. Eine kooperative Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung, KOM(85) 570 endg.

37 Der EGB umfaßt 35 Gewerkschaftsorganisationen aus 21 Ländern mit insgesamt etwa 44 Millionen Mitgliedern, was einem durchschnittlichen Organisationsgrad von 40 Prozent entspricht. Drei kommunistisch orientierte Gewerkschaftsorganisationen aus Frankreich (CGT), Spanien (Comisiones Obreras) und Portugal (Intersindical) wurden bisher nicht in den EGB aufgenommen.

38 Vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juli 1988, S. 26. Hingegen lagen die Direktinvestitionen bundesdeutscher Unternehmen 1986 mit 26 Milliarden DM mehr als doppelt so hoch wie 1982.

39 Cecchini, Paolo, Europa '92, a. a. O., S. 18.

40 Ebd., S. 131.

41 Vgl. ebd., S. 131 ff.

42 Ebd., S. 130.

43 Vgl. Breit, Ernst, Europäischer Binnenmarkt kein Selbstzweck: Für ein soziales Europa, in: Hamburger Beiträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa, Heft 4, Hamburg 1988, S. 7.

44 Franzmeyer, Fritz, Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Aspekte der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, in: Arbeitskreis Außenpolitik der SPD-Bundtagsfraktion (Hrsg.), »Europäischer Binnenmarkt – Europäischer Sozialraum, Bonn 1988, S. 37–44, hier S. 44.

45. Bangemann, Martin, Deregulierung zur Belebung der Marktkräfte, in: Bulletin Nr. 17 vom 3. 2. 1988, S. 141–144, hier S. 144.

46 Siehe »Gestaltung des Europäischen Sozialraums im Binnenmarkt«, Europäisches Sozialprogramm des EGB vom 11. und 12. Februar 1988 und »Für ein soziales Europa«, Beschluß des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB vom 7. Dezember 1987, dok. in: Breit, Ernst (Hrsg.), Europäischer Binnenmarkt: Wirtschafts- oder Sozialraum?, Bonn 1988, S. 135–170.

47 Vgl. die Beiträge in Breit, Ernst (Hrsg.), Europäischer Binnenmarkt, a. a. O.

48 Vgl. Kommission der EG, Die soziale Dimension des Binnenmarktes, Soziales Europa, Sondernummer, Brüssel, Luxemburg 1988, S. 62 ff.

49 Hort, Peter, Der »soziale Raum« in der Gemeinschaft bisher ohne Konturen. Gewerkschaften wollen Ergänzung zum Binnenmarkt. Mittelweg bei der Harmonisierung?, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 19. 7. 1988.

50 Vgl. Kristoffersen, Erwin, Das Europa der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1984, S. 261–267.

51 Ein analytischer Überblick über die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Siehe dazu Albers, Detlev (Hrsg.), Westeuropäische Gewerkschaften. Krisenbewältigung im Vergleich, Berlin (West) 1982; Lecher, Wolfgang, Gewerkschaften in Europa. Zwischen Widerstand und Resignation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51–52/85; Visser, Jelle, Westeuropäische Gewerkschaften im Umbruch, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/89, S. 28–41 und für die Entwicklung der westeuropäischen Arbeiterbewegung Deppe, Frank, Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945–1985: Von der Bewegung zur Stagnation?, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 8, Frankfurt/M. 1985, S. 58–91.

52 Siehe dazu Deppe, Frank, Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 89 ff.

Neue Allianzen oder neue Konkurrenz?

Weltwirtschaftskrise, Gewerkschaften und Dritte Welt

1. Vorbemerkungen

In letzter Zeit ist die Frage nach veränderten Grundlagen des gewerkschaftlichen Internationalismus' vor allem im Zusammenhang der Diskussion um Tendenzen zur Herausbildung einer »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erörtert worden (im Mittelpunkt stehen dabei die beiden umfangreichen Studien von Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977 und 1985). Ausgangspunkt dieser These war die Beobachtung, daß sich im Laufe der siebziger Jahre verstärkt Anhaltspunkte für zwei parallele Entwicklungsprozesse innerhalb des kapitalistischen Weltsystems gezeigt hatten:

a) In den Industrieländern begann – sichtbar seit der Krise 1974/75 – ein tiefgreifender Prozeß der Umstrukturierung des ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der in vielen Branchen zur Vernichtung von Produktionspotentialen und teilweise zur Verlagerung von Segmenten des Produktionsprozesses an die Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft führte; neuartige Dimensionen von Massenarbeitslosigkeit, wie sie sich seit Mitte der siebziger Jahre in nahezu allen entwickelten kapitalistischen Ländern zeigte, schienen in hohem Maße Resultat der kombinierten Wirkungen der An-

wendung neuer Technologien im Inneren und der wachsenden Internationalisierung der Produktion (vor allem in Form von Produktionsverlagerungen) zu sein.

b) In einer Reihe von Entwicklungsländern kam es zu neuen Industrialisierungsschüben, die teilweise auf früheren Phasen importsubstituierender Industrialisierung aufbauten, teilweise aber auch als »aus dem Stand« betriebene exportorientierte Industrialisierung auf eine verstärkte Reintegration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft drängten. Dies machte sich einerseits in einem wieder wachsenden Anteil der Entwicklungsländer am Gesamtexport der Dritten Welt bemerkbar; andererseits gingen damit verstärkt Differenzierungsprozesse innerhalb der Dritten Welt einher, was in der Herausbildung einer Reihe von »Schwellenländern« oder »neu-industrialisierenden« Ländern (Newly Industrialized Countries – NIC) zum Ausdruck kam, die sich – gemessen am Stand und der Dynamik ihrer wirtschaftlichen Entwicklung – mehr oder weniger deutlich vom Rest der Entwicklungsländer abzuheben schienen.

Diese Entwicklungstendenzen wurden je nach wissenschaftstheoretisch-konzeptionellem Ausgangspunkt auf unterschiedliche Weise interpretiert. Aus neoklassisch-ökonomischer Sicht schienen sie Ausdruck eines säkularen weltwirtschaftlichen Strukturwandels zu sein, in dessen Verlauf es zur Ablösung der traditionellen Rolle der Entwicklungsländer als Lieferanten von Rohstoffen und des damit verbundenen Systems der komplementären Arbeitsteilung und zur Herausbildung einer in wachsendem Maße substitutiven Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kommt. Wachsende Importkonkurrenz aus der Dritten Welt ist in diesem Sinne nicht nur als zwangsläufige, sondern sogar wünschenswerte Übergangsproblematik zu begreifen, deren negative Folgewirkungen für die Industrieländer Anstoß sein können, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch eine zielstrebige Modernisierung der Industriestruktur und die Überlassung strukturschwacher Branchen an die Entwicklungsländer zu verbessern. Wachsende Handelsliberalisierung ist dabei sowohl im Interesse der Entwicklungsländer als

auch der Industrieländer wünschenswert, um diesen Prozeß zu beschleunigen (vgl. Fels 1971, Fels/Schmidt 1980, Hiemenz/Schatz 1976).

Aus marxistisch orientierter, politökonomischer Sicht ist demgegenüber der Imperativ der Kapitalverwertung ins Zentrum der Erklärung der neuen Tendenzen gerückt worden. Die Kapitale als Träger und Organisatoren des Prozesses weltwirtschaftlicher Umstrukturierung seien bei Strafe des Untergangs gezwungen, qualitativ neue »Randbedingungen« kapitalistischer Verwertung in Gestalt eines unerschöpflichen Potentials disponibler, billiger Arbeitskraft, einer hinreichend vorangetriebenen Fragmentierung des Produktionsprozesses und einer entsprechend entwickelten Transport- und Kommunikationstechnologie zielstrebig zu nutzen. Die in diesem Prozeß sich herausbildende »Neue Internationale Arbeitsteilung« habe notwendigerweise strukturelle Arbeitslosigkeit in Industrieländern und weltmarktorientierte Teilindustrialisierung in den Entwicklungsländern zur Folge (vor allem: Fröbel/Heichrichs/Kreye 1977: 30, 51 ff. 61 ff.).

2. Krise und »Neue Internationale Arbeitsteilung«

2.1 Die neoklassisch-orthodoxe Sackgasse

Die neoklassische Erklärung des Wandels in der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erfolgt im wesentlichen über die Theorie der komparativen Kostenvorteile im Außenhandel, die aus einer Verknüpfung der klassischen These von den allgemeinen Wohlfahrtswirkungen des Freihandels (Ricardo 1959) mit dem Faktorproportionen-Theorem Heckscher/Ohlins (vgl. Ohlin 1971) hervorgegangen ist und in der Bundesrepublik vor allem durch das Kieler Weltwirtschaftsinstitut vertreten wird. Danach ist die internationale Arbeitsteilung

durch die komparativen Kostenvorteile bestimmt, die die beteiligten Länder durch Spezialisierung auf solche Güter erzielen können, die mit der jeweils gegebenen relativen Ausstattung an »Produktionsfaktoren« (Arbeit, Kapital, Ausbildung, Boden, Rohstoffe) am günstigsten zu produzieren sind. Wachsende Fertigwarenkonkurrenz der Dritten Welt indiziert in dieser Sicht einen Verfall der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer, der seinerseits auf überhöhte Löhne, Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit durch staatliche Regulierung, gewerkschaftliche Mitbestimmung usw. zurückgeführt wird. Begegnet werden kann einer solchen Tendenz – diesem Denkmodell zufolge – nur durch eine Anpassung der Faktorkosten an den säkularen Trend des Strukturwandels: durch Senkung der Lohnkosten entweder absolut oder (wenn sich dies politisch nicht durchsetzen läßt) relativ durch eine Spezialisierung der Produktionsstrukturen, entsprechend den realen Knappheitsrelationen der »Produktionsstrukturen«. Dies bedeutet: Spezialisierung der Industrieländer auf relativ kapital- und ausbildungsintensive Produktionen; Abgabe der relativ arbeitsintensiven Produktionszweige an die Entwicklungsländer, wo der Produktionsfaktor Arbeit billig und in reichhaltigem Maße vorhanden ist, während Kapital und Ausbildungskapazitäten knapp und teuer sind (Fels 1971: 214).

Das neoklassische Modell ist in der Vergangenheit vielfach kritisiert worden. Während es zur Erklärung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern weitgehend als falsifiziert gilt (denn hier werden in überwiegendem Maße Produkte vergleichbarer Faktorintensität getauscht) und sein positiv-deskriptiver Anspruch durch weitgehend unrealistische Modellannahmen (Immobilität der »Produktionsfaktoren«, freie Konkurrenz, Freihandel) in Zweifel gezogen wird, hat es als normatives Konzept in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem durch Regierungspolitiken und Unternehmensstrategien eine gewaltige Aufwertung erlebt. Dies ist kein Zufall, denn hinsichtlich des »Faktors Arbeit« ist das an Kostenkalkülen orientierte Faktorproportionentheorem durchaus in der Lage, betriebswirtschaftliche Effizienzkriterien (etwa bei der Entschei-

derung über die Vornahme von Direktinvestitionen) bereitzustellen (Hemberger 1974: 289 f.). Gerade innerhalb transnational agierender Konzerne, die als wichtigste Träger des internationalen Strukturwandels im neoklassischen Theorie-Modell paradoxerweise ausgespart bleiben, sehen seine Verfechter den idealen Rahmen zur Verwirklichung ihrer Empfehlungen (vgl. z. B. Donges 1974: 392 f.).

Während die neoklassische Theorie bei Kapitalvertretern somit hoch im Kurs steht, verweist sie die Gewerkschaften auf höchst problematische Perspektiven. Denn die Entwicklung gewerkschaftlicher Strategien bleibt in diesem Rahmen an die Bewegung des nationalen und internationalen Kapitals gebunden, der sich das gewerkschaftliche Handeln wohl oder übel anpassen hat. Die ökonomische Rationalität dieses Modells impliziert selbstredend die freiwillige Aufgabe zentraler gewerkschaftlicher Errungenschaften, sei es durch den Eintritt in einen Wettlauf um die Senkung des Reallohns (um der Wiederherstellung der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit« willen), sei es durch einen freiwilligen Verzicht auf das Vollbeschäftigungsziel zugunsten einer Politik der »Bestandswahrung« für jene Kernbereiche von Beschäftigten, die in dem vom geforderten Strukturwandel begünstigten Sektoren beheimatet sind. Den Niedergang gewerkschaftlicher Organisationsmacht schließen derartige Scheinalternativen allemal als wünschenswertes Resultat in sich ein, propagieren die Verfechter dieses Ansatzes inzwischen doch offen selbst für die Industrieländer »Zonen freier Wirtschaftsaktivität«, in denen neben allerlei anderen Erleichterungen für das Kapital auch die »Unabdingbarkeit und Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen einzuschränken« sei (Schatz/Spinanger 1984).

Der Versuch, Veränderungstendenzen der internationalen Arbeitsteilung mit Hilfe der neoklassischen Grundannahmen erklären zu wollen, führt also aus gewerkschaftlicher Sicht sehr schnell in eine Sackgasse, an deren Ende die Aufgabe gewerkschaftlicher Gegenmachtpositionen überhaupt steht. Die neoklassische Perspektive für die Arbeiterbewegung ist letztendlich die der Vereinheitlichung von Löhnen und Reproduktionsbe-

dingungen auf einem möglichst niedrigen Niveau im Gefolge zunehmender Internationalisierung. Eine an der »Logik der Arbeit« orientierte Perspektive müßte demgegenüber naturgemäß darauf ausgerichtet sein, »die Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu verbessern und auf einem möglichst hohen Niveau zu vereinheitlichen.« (Gündel u. a. 1981: 120) Hinzu kommt: Der Orientierung der neoklassischen Theorie an einzelkapitalistischen Kostenkalkülen und Rentabilitätsüberlegungen entspricht ihre unzulängliche Aussagekraft in bezug auf gesamtwirtschaftliche Prozesse. So ist die »internationale Wettbewerbsfähigkeit« eines Landes nicht durch abstrakte Faktorintensitäten und komparative Kosten bestimmt, sondern durch das technologisch-ökonomische Potential, das als Basis für Waren- und Kapitalexporte dient, sowie durch politische Machtfaktoren, die gegebenenfalls zur Flankierung derartiger Expansionsbestrebungen eingesetzt werden können. Die ökonomistischen Abstraktionen der neoklassischen Theorie haben schließlich die ideologische Funktion, allgemein und gleich verteilte Wohlfahrtswirkungen weltwirtschaftlicher Integrationsprozesse zu suggerieren, wo die empirische Realität der historischen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft sowohl innerhalb der als auch zwischen den beteiligten Ländern wachsende Ungleichheiten bezeugt. Die strukturbestimmenden und dominanten Träger weltwirtschaftlicher Veränderungsprozesse in Gestalt transnationaler Konzerne bleiben demgegenüber entweder ausgeklammert oder erscheinen als Exekutoren einer scheinbar klassenneutralen Logik des Marktes bzw. eherner Sachzwänge.

2.2 Weltwirtschaftlicher Umbruch und neue Internationalisierungsmuster

Dem steht die These von der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« gegenüber. Diese umschreibt eine Tendenz, »die Bewegung in die seit langem fixierte Teilung der kapitalistischen Welt in einige wenige Industrieländer einerseits, und viele nur als

Rohstoff-Exporteure und Industriegüter-Importeure in die Weltwirtschaft integrieren Entwicklungsländer andererseits bringt, sofern sie Ergebnis einer weltweiten Reorganisation der kapitalistischen Produktion unter Einbeziehung der Aufspaltung in Teilproduktionen und Zuweisung der Teilproduktion an verschiedene Standorte weltweit ist. Oder auch umgekehrt: Die neue internationale Arbeitsteilung ist eine weltweite Reorganisation der Produktion, sofern sie Bewegung in die traditionelle Aufteilung in Industrieländer und Rohstoff-exportierende Entwicklungsländer bringt.« (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1985: 36 f.)

Die Verfechter dieser These führen derartige Reorganisations- bzw. Restrukturierungstendenzen vor allem auf veränderte Prioritäten der Kapitalverwertung bzw. auf den »kategorischen Imperativ der Rentabilität« zurück. Dieser Imperativ mache sich heute im Vergleich zu früheren Jahren »in steigendem Maße in einem verstärkten Druck in Richtung auf erhöhte Flexibilität und verringerte Kosten der Produktion (durch verwertungsoptimale Aufspaltung und Neuverteilung) und damit in Richtung auf Prozeß- und Standortinnovation geltend, statt in einer verstärkten Ausweitung des Umsatzes und der Produktion und damit in Richtung auf Produktinnovation oder Produktdifferenzierung« (ebenda: 36 f.).

So unabweisbar dieser Hinweis auf das Verwertungsprinzip als allgemeinsten Bestimmungsgrund für jedwede Bewegung kapitalistischer Akkumulation und damit auch von Veränderungstendenzen weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung ist, so unzureichend freilich ist er, wenn die Bewegungsformen der Akkumulationsprozesse selbst konkret-historisch erfaßt werden oder der Stellenwert und die Reichweite des Phänomens modifizierter internationaler Produktionsstrukturen beschrieben werden sollen. Denn hierin artikuliert sich selbst noch die vorab krisenhafte Bewegungstendenz der kapitalistischen Produktionsweise, deren gesellschaftliche Entwicklungsdynamik eine periodische Zuspitzung von Widerspruchspotentialen nicht nur möglich, sondern notwendig werden läßt (vgl. dazu Altvater 1983: 90 ff.).

Eben an der unzulänglichen Erfassung des Zusammenhangs von krisenhafter kapitalistischer Akkumulation und internationaler Restrukturierung läßt sich der wichtigste systematische Einwand gegen die ursprüngliche Erklärung der Tendenz zu einer »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« festmachen (vgl. auch: Jenkins 1985). So interpretierten Fröbel/Heinrichs/Kreye die Krisenprozesse in den entwickelten kapitalistischen Ländern in ihrer 1977 erschienenen Studie »als das Ergebnis des Trends zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung« (64), anstatt diese Tendenz umgekehrt als Ausdruck der Krise des weltweiten Akkumulationsprozesses zu begreifen. Entsprechend wurde vorschnell auf eine »Verlagerung der Schwerpunkte (!) der Kapitalverwertung aus den traditionellen Zentren in die bisherige Peripherie« (ebenda: 65) geschlossen, wobei dieser Prozeß, da er ja Ausdruck der Anpassung des internationalen Kapitals an neue Bedingungen ist, keinesfalls identisch mit einer Krise des weltweit operierenden Kapitals sei.

Inzwischen herrscht in der krisentheoretischen Debatte weitgehende Einigkeit darüber, daß das kapitalistische Weltwirtschaftssystem seit Anfang der siebziger Jahre in eine tiefgreifende Phase des Umbruchs und der Restrukturierung eingetreten ist, die konjunkturtheoretisch allein nicht mehr erfaßt werden kann. Ob dieser Einschnitt nun stadientheoretisch als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungssystems vor dem Hintergrund der strukturellen Überakkumulation von Kapital (Goldberg 1986, Hufschmid 1986), wellentheoretisch als Ende einer langen Welle kapitalistischer Prosperität (Kleinknecht 1986), regulationstheoretisch aus Ausdruck der Erschöpfung des »fordistischen« Akkumulationsmodells (Aglietta 1979) oder formtheoretisch als »Formkrise« kapitalistisch-gesellschaftlicher Entwicklung (Altvater 1983) interpretiert wird – gemeinsam ist diesen Ansätzen die Betonung struktureller gegenüber zyklischen Krisenfaktoren, die Hervorhebung der Momente des Bruchs in der kapitalistischen Entwicklung der Nachkriegszeit sowie die Erkenntnis, daß die Krise über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus das kapitalistische Weltssystem in seiner Gesamtheit erfaßt. Dieser Strukturbruch drückt sich in mindestens vier Entwicklungen aus.

Unübersehbar ist erstens ein grundlegender Wandel im Investitionsverhalten des Kapitals, das bei insgesamt vorherrschenden Stagnationstendenzen immer mehr dazu übergeht, Gewinnsteigerungen statt wie bisher vorrangig auf expansivem Weg über Kapazitäts-, Produktions- und Nachfragesteigerungen auf »intensivem« Weg über Kostensenkung und zunehmende Flexibilisierung zu erzielen bzw. in vornehmlich zinstragenden, von der realen Akkumulation in der Produktion relativ losgelösten Sphären (Spekulation, internationale Kreditgeschäfte etc.) Zukunft zu suchen.

Zweitens kommt es seit Mitte der siebziger Jahre sukzessive zu einem Paradigmawechsel in der staatlichen Wirtschaftspolitik nahezu aller entwickelten kapitalistischen Länder, der sich im Übergang vom Keynesianismus zum Monetarismus, von nachfragegesteuerten auf angebotsorientierte Wachstumskonzeptionen bemerkbar macht, verbunden mit einem wachsenden staatlichen Druck auf die Löhne, der Steigerung unternehmerischen Kapitalrentabilität (Profitrate) sowie einem Wettkampf um die Steigerung der jeweiligen »internationalen Wettbewerbsfähigkeit« über staatlich geförderte Modernisierungswettläufe und eine Verstärkung protektionistischer Tendenzen.

Drittens drückt sich der Umbruch in einer offenkundig werdenden Erosion des Modells US-amerikanischer Hegemonie in der kapitalistischen Weltwirtschaft aus, angefangen beim Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und der Aufhebung des Systems fester Wechselkurse auf der Basis der Dollar-Parität über die allmähliche Beseitigung der Produktivitätsvorsprünge der US-Wirtschaft, den Aufstieg Japans und der Europäischen Gemeinschaft, bis hin zum politischen Legitimationsverlust der US-Führungsrolle infolge von Vietnamkrieg und Watergate-Skandal.

Viertens schließlich kommt es in der zu Beginn der siebziger Jahre einsetzenden Umbruchphase zu einem erneuten Schub in der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion, der in den einzelnen Ländern zu einem neuen Sockel internationaler wirtschaftlicher Verflechtung und Interdependenz führt, verbunden ist mit neuen Dimensionen der internationalen Kapital-

konzentration und die Wirksamkeit nationalstaatlicher Regulierungssysteme zusätzlich unterhöhlt.

Erst in diesem Gesamtkontext sind letztlich auch jene mit dem Stichwort einer »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« bezeichneten Tendenzen der internationalen Reorganisation der Produktion, als »Ausdruck der ungleichmäßigen Entwicklung der Kapitalakkumulation« bzw. als »Resultat der Schwierigkeiten, in die das Nachkriegsmodell weltweiter Kapitalakkumulation im Laufe der Jahre fast zwangsläufig geraten mußte« (Fröbel 1980: 19), sinnvoll zu analysieren. Die Tendenz zu einer »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« ist so gesehen ein Aspekt krisenhafter Umbruchprozesse innerhalb des kapitalistischen Weltsystems, der isoliert nicht erklärungsfähig ist. Auch die Konsequenzen dieser Tendenz für die Handlungsbedingungen der Gewerkschaftsbewegung können folglich nicht isoliert vom Gesamtkontext krisenhafter Akkumulation herausgearbeitet werden. Dabei sind allerdings noch zwei weitere Gesichtspunkte in Rechnung zu stellen:

Zum einen beinhaltet die Definition der gegenwärtigen Umbruchprozesse als eine länger andauernde Phase der Restrukturierung, daß sich ein neues »Akkumulationsmodell« bislang weder herausgebildet hat noch abzeichnet; dies bedeutet zugleich, daß auch hinsichtlich der künftigen Form der internationalen Produktionsstrukturen und Arbeitsteilung keine definitiven Aussagen getroffen, sondern allenfalls Tendenzen analysiert werden können.

Zum anderen – und dies gilt vor diesem Hintergrund umso mehr – hat Hella Gerth-Wellman (1984: 62 ff.) zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der langfristige politische Druck, der aus der seit Beginn der siebziger Jahre erhobenen Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung erwächst, auch eigenständige Vorstellungen der Entwicklungsländer von einer Neuen Internationalen Arbeitsteilung beinhaltet, die nicht unbedingt deckungsgleich mit den aus den objektiven Bewegungsgesetzen weltweiter kapitalistischer Akkumulation resultierenden Konsequenzen sind. Dies verweist darauf, daß die letztliche Gestalt einer Neuen Internationalen Arbeitsteilung wesentlich

auch durch den Ausgang sozialer Konflikte und politischer Kämpfe mitbestimmt werden wird.

Gleichwohl zeitigt der mit dem Bruch seit Anfang der siebziger Jahre eingeleitete Prozeß weltwirtschaftlicher Umstrukturierung heute schon mehr oder weniger deutliche Konsequenzen. Der Wandel im Investitionsverhalten drückt sich auf der Ebene realer Akkumulation von Kapital darin aus, daß in wachsendem Maße Strategien Anwendung finden, die durch forcierte Rationalisierung, »World-wide Sourcing«, d. h. die weltweit optimale Nutzung von Standortvorteilen, und neue Formen der transnationalen Unternehmenskooperation und -verflechtung gekennzeichnet sind (als aktuellen Überblick vgl. z. B. Fröbel/Heinrichs/Krye 1987). Dies hat spätestens seit Beginn der siebziger Jahre zur massenhaften »Freisetzung« von Arbeitskräften in den kapitalistischen Zentren geführt, verbunden mit dem forcierten Aufbau weltmarktorientierter Produktionspotentiale in einer Reihe von Entwicklungsländern. Die Herausbildung struktureller Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Beförderung von partiellen Industrialisierungsprozessen in die Dritte Welt wird in dieser Periode zunächst noch verstärkt durch das Hervortreten der monetären Seite des weltweiten kapitalistischen Akkumulationsprozesses in Gestalt explosiven Wachstums der internationalen Verschuldung, vor allem der Entwicklungsländer. Denn diese ist einerseits nichts anderes als ein Reflex tiefgreifender Überakkumulationstendenzen und Stockungen in der Sphäre realer Akkumulation in den Industrieländern, und dient andererseits zur Finanzierung des Aufbaus von industriellen Exportpotentialen in der Dritten Welt. Der »Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung« (Huffs Schmid 1979) in den meisten Industrieländern, die später zum »Boom ohne Arbeitsplätze« (Welzk 1986) führt, entspricht also eine »verschuldete Industrialisierung« (Frieden 1981) zahlreicher Entwicklungsländer.

Die Zusammenhänge, die damit angesprochen sind, stellen alles andere als zufällige oder willkürlich hergestellte Korrelationen dar; sie sind selbst noch vermittelt durch die widersprüchlichen Bewegungstendenzen des weltweiten kapitalisti-

schen Akkumulationsprozesses in der Krise. Unter diesem Aspekt betrachtet handelt es sich sowohl bei der strukturellen Arbeitslosigkeit und den erwähnten Teilindustrialisierungsprozessen als auch bei der internationalen Verschuldung und der Beschäftigungskrise um »zwei Seiten einer Medaille« bzw. um »verschiedene Symptome der gleichen Krankheit« (Altvater 1985 und 1987). Während die neuen, auf Kostenersparnis ausgerichteten Unternehmensstrategien unmittelbar mit Arbeitsplatzabbau (inzwischen auch an Standorten der Dritten Welt), Produktionsverlagerungen und neuen Konzentrationsvorgängen verbunden sind, drückt das damit einhergehende Wachstum der internationalen Verschuldung aus, daß zur selben Zeit bzw. etwas phasenverschoben »die monetäre Akkumulation den realen Prozessen mit Siebenmeilenstiefeln davonläuft« (ebenda: 418). Genau hierin, anders ausgedrückt in der Zuspitzung der internationalen Schuldenkrise bzw. der Krise des internationalen Kreditsystems, sind allerdings auch die systemimmanenten Grenzen jenes Prozesses angelegt, mit der der These von der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« umschrieben worden ist.

Die Schuldenkrise, deren ausführliche Analyse nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist (vgl. hierzu: Schubert 1985, IMSF/ASK 1986, Altvater u. a. 1987), bildet vor allen deshalb eine systemimmanente Grenze des Prozesses der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung«, weil in ihr die Widersprüche des auf diesem Weg geförderten Modells der weltmarktorientierten Industrialisierung der Dritten Welt offen zum Ausbruch kommen. Dieser Industrialisierungsprozeß erweist sich als »verstümmelt« in doppelter Weise (Fajnzylber 1983): Zum einen bleibt er auf einige regionale Schwerpunkte und Länder der Dritten Welt beschränkt, vor allem auf lateinamerikanische Schwellenländer wie Brasilien und Mexiko, die südostasiatischen »Billiglohnländer« Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur sowie bestimmte Länder des Mittelmeerraums (z. B. Tunesien). Zum anderen erweist er sich auf Grund seines abhängigen, bruchstückhaften und letztlich auf die Reproduktionsbedürfnisse der Metropolen bezogenen Charakters als nicht durchgreifend genug,

längerfristig die ihm zu Grunde liegenden hohen Kosten in Form von Zins- und Rückzahlungen aus eigener Kraft zu finanzieren.

Die einsetzende Suche nach einem systemimmanenten Lösungsansatz oder besser Krisenmanagement für die Schuldenkrise verweist nun in bezug auf die weitere Entwicklung der Neuen Internationalen Arbeitsteilung auf durchaus ambivalente Perspektiven. Die über den Internationalen Währungsfonds den Schuldnerländern aufgeherrschte Wirtschaftspolitik (vgl. Körner u. a. 1984 und Schui 1987) führt vielerorts zu »De-Industrialisierungsprozessen«, zumindest aber zur Revision der ursprünglichen, ehrgeizigen Zielstellungen »nachholender Industrialisierung«. Selbst die einst hoffnungsvollsten Fälle kapitalistischer »Schwellenländer«, so scheint es, werden auf bereits überwunden geglaubte Stufen ihrer Entwicklung zurückverwiesen, vor allem in Lateinamerika. Zugleich beinhaltet die derzeit vorherrschende Schuldenstrategie eine Reihe von Momenten, die nicht nur auf eine massive De-Nationalisierung der betroffenen Ökonomien zielen, sondern über die Abwertung nationaler Währungen den Preis von Produktionsanlagen und Arbeitskräften nach unten drücken und damit z. B. Produktionsverlagerungen internationaler Konzerne real verbilligen. Dies kann als Indiz dafür genommen werden, daß auch im Zuge der gegenwärtigen Krise nicht nur bestehende industrielle Potentiale und Kapazitäten brachgelegt und entwertet werden, sondern zugleich nach neuen Formen gesucht wird, in denen der ins Stokken geratene Akkumulationsprozeß fortgesetzt werden kann. Mit Sicherheit wird sich die Integration der Entwicklungsländer in die kapitalistische Wirtschaft im Zuge dieses Prozesses erneut modifizieren.

Dies ist auch der objektive, gleichsam systematische Grund dafür, weshalb die Diskussion um die empirische Evidenz der These einer Neuen Internationalen Arbeitsteilung bisweilen in einer Ausschließlichkeit und Überspitzung einzelner Tendenzen geführt wird, als stände bereits heute der »Abschied von der Neuen Internationalen Arbeitsteilung« (Olle 1985) auf der Tagesordnung. Ungeachtet möglicher künftiger Entwicklungen

muß an dieser Stelle zunächst festgehalten werden, daß die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte durchaus ins Gewicht fallende Veränderungen in der Struktur der internationalen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bewirkt hat. In ihrer zweiten Studie gelangen Fröbel/Heinrichs/Kreye sogar zu der These, »daß sich die Tendenz zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung, vermittelt über den Zwang zu ›worldwide sourcing‹, dem die Unternehmen in der Phase der Krise verstärkt unterliegen, von der Mitte der siebziger zur Mitte der achtziger Jahre ungebrochen fortgesetzt hat. Die wichtigsten einschlägigen Kenngrößen haben sich in diesem Zeitraum ungefähr verdoppelt. Bei genauerem Hinsehen sind jedoch in diesem linear fortschreitenden Trend Differenzierungen zu erkennen . . .« (1985: 64). So kann gezeigt werden, daß – sich der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr verarbeiteter Erzeugnisse innerhalb von 15 Jahren von weniger als fünf Prozent Ende der sechziger Jahre auf fast 12 Prozent (1983) mehr als verdoppelt hat, wobei sich dies allerdings stark auf etwa fünf bis zehn Länder (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Indien, Brasilien, Mexiko usw.) konzentriert (ebenda: 38 ff.),

– die Auslandsbeschäftigung transnational operierender Konzerne der Industrieländer durchgängig in bemerkenswerter Weise zugenommen hat, während die Inlandsbeschäftigung stagnierte oder in der Regel sogar rückläufig war; die Gesamtzahl der Auslandsbeschäftigten des bundesdeutschen warenproduzierenden Gewerbes schätzen Fröbel/Heinrichs/Kreye auf über zwei Millionen, was einer Verdoppelung seit Mitte der siebziger Jahre entspricht; davon wiederum entfallen nach wie vor rund 45 Prozent auf die Entwicklungsländer; der Anteil der Auslandsbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung des produzierenden Gewerbes der Bundesrepublik ist zwischen 1975 und 1983 von 12 auf 17 Prozent gestiegen (vgl. ebenda: 59 f. und 229),

– sich die Zahl der Exportproduktionszonen, die die Tendenz zur verstärkten exportorientierten Industrialisierung zwar nicht ausschließlich, jedoch am zugespitztesten zum Ausdruck brin-

gen, ebenfalls etwa verdoppelt hat: So waren 1975 in 25 Entwicklungsländern 79 industrielle Exportproduktionszonen in Betrieb, 1983 dagegen schon 183 solcher Zonen in 52 Ländern; die Zahl der hier beschäftigten Arbeitskräfte hatte sich von 725 000 auf mehr als 1,8 Millionen erhöht; insgesamt sollen mindestens 3,6 Millionen Arbeitskräfte im Rahmen weltmarktorientierter Industrieproduktion in Entwicklungsländern beschäftigt sein, wobei parallel zum Aufbau dieser Kapazitäten in den letzten Jahrzehnten die Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie der Industrieländer (OECD) um 3,3 Millionen (1975–1982) zurückgegangen und die registrierte Arbeitslosigkeit um 12,7 Millionen angewachsen ist (vgl. ebenda: 63).

Die empirischen Entwicklungsdaten zeigen aber auch, daß gegen die These von der »ungebrochenen Fortsetzung« der Tendenz zu einer »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« berechtigte Zweifel angemeldet werden können. Unübersehbar ist Anfang der achtziger Jahre, daß sich die Entwicklung der Auslandsbeschäftigung insgesamt verlangsamt und sich die Neuaufnahme von Auslandsproduktion durch transnationale Unternehmen mehr und mehr auf die kapitalistischen Industrieländer, vor allem auf die USA konzentriert hat. Bemerkenswert ist vor allem, daß sich die Investitionstätigkeit in der Dritten Welt Mitte der achtziger Jahre auf einem Tiefstand seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges befindet, während Direktinvestitionen in Industrieländern in einem Umfang wie niemals zuvor getätigt werden (aktuelle Nachweise bei: Olle 1986: 26 ff.). Verlangsamungstendenzen in Gestalt einer »gewissen Stagnation der Auslandsbeschäftigung« und der »herausragenden Bedeutung der USA für neue Auslandsproduktionen« werden im übrigen auch von Fröbel/Heinrichs/Kreye durchaus eingeräumt und führen sie zu der Frage, »ob wir uns nicht schon in einer neuen Phase der weltweiten Reorganisation der Produktionsstruktur befinden, welche die Phase der neuen internationalen Arbeitsteilung der siebziger Jahre ablöst«. Dazu gehört auch die Überlegung, daß es mit aller Wahrscheinlichkeit in den achtziger Jahren zu keiner Ausweitung der Auslandsbeschäftigung bundesdeutscher Unternehmen »in eigenen Auslandsbetrieben« in

dem in den siebziger Jahren beobachteten Ausmaß mehr kommen wird (1985: 61).

Dies alles spricht für die von Werner Olle u. a. vertretene These, daß sich nach einer Phase sprunghaft ansteigender Aktivität transnationaler Unternehmen in Entwicklungsländern während der siebziger Jahre seit Anfang der achtziger Jahre ein neues Internationalisierungsmuster herausbildet (Olle 1985; vgl. auch: Kaplinsky 1986 und Junne 1986). Dies beinhaltet nun aber keineswegs eine ins Gewicht fallende Rückverlagerung von Produktionsstätten in die Industrieländer, wie verschiedentlich im Anschluß an Friedrichs/Schaff (1982) vermutet worden war. Soweit bislang absehbar, wirkt sich die Rolle der neuen Technologien, vor allem im Umfeld der Mikroelektronik – vermittelt über modifizierte Kostenkalküle der Unternehmen – in Richtung einer Relativierung jener drei Faktoren aus, die die Verlagerungsprozesse der siebziger Jahre nachhaltig gefördert hatten: So reduziert sich bei umfassender Anwendung und Verbilligung neuer Techniken der Anteil der Lohnkosten an den gesamten Produktionskosten; des weiteren verstärken neue technologische Innovationen die Tendenz zur Vernetzung einzelner Teilfertigungen und wirken damit der zunehmenden Fragmentierung von Produktionsprozessen entgegen; schließlich eröffnen sie auch neue Möglichkeiten zur Reduzierung der Kosten bei der Lagerhaltung, so daß auch das Moment billiger Transport- und Kommunikationskosten in seiner Bedeutung wieder eingeschränkt wird (vgl. dazu: Olle 1985: 23). Dies bedeutet nicht, daß die Unternehmen künftig grundsätzlich auf die Nutzung von »Standortvorteilen« in der Dritten Welt verzichten, wohl aber, daß »auf der einen Seite Standorte in Entwicklungsländern insgesamt an Attraktivität verlieren, auf der anderen Seite, daß ihre selektive Einbeziehung in zahlreiche Industrien einer logistischen Optimierung entsprechen muß« (ebenda).

Als wichtigste Konsequenzen dieses modifizierten Internationalisierungsmusters sind bislang vor allem zwei Tendenzen deutlich geworden: Zum einen hat für die transnationalen Konzerne der Auf- und Ausbau regionalisierter Fertigungsverbünde

an Bedeutung gewonnen, verbunden mit einer Verstärkung des selektiven Charakters der Einbeziehung von ausgewählten Produktionsstätten in Entwicklungsländern; zum anderen ist für die globale Beschäftigungsentwicklung bei transnationalen Konzernen seit Beginn der achtziger Jahre die Reduzierung von Arbeitsplätzen an in- und ausländischen Standorten kennzeichnend geworden. Insgesamt kann deshalb gesagt werden, daß die qualitativen Veränderungstendenzen in der Struktur der internationalen Arbeitsteilung, die seit Anfang der siebziger Jahre sichtbar geworden sind, durch dieses neue Internationalisierungsmuster nicht grundlegend (im Sinne der Wiederherstellung der »alten« Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und in Gestalt der Aufspaltung in Rohstoff-versus Fertigwarenproduzenten) revidiert werden. Vielmehr verläuft die »Formveränderung der Produktion an den regional situierten Produktionsorten« (Altvater) gegenwärtig in eine Richtung, innerhalb derer bestehende Fertigungsstätten im Ausland durch neue Trends überlagert und dabei selbst noch einem wachsenden Druck zur Restrukturierung und Einpassung in neue Internationalisierungsstrategien ausgesetzt werden.

3. Konsequenzen für die internationalen Handlungsbedingungen der Gewerkschaften

Schon die beiden zentralen Konsequenzen der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung«, nämlich strukturelle Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Zentren und Teilindustrialisierungsprozesse in den Entwicklungsländern, weisen darauf hin, daß sich im Zuge und auf der Grundlage weltwirtschaftlicher Strukturveränderungen ein Wandel auch der globalen Sozialstrukturen entwickelt, der überkommene Grundlagen und Handlungsbedingungen gewerkschaftlicher Organisation und Politik in den Industrieländern ebenso umfassend tangiert wie die gewerk-

schaftlichen Entwicklungsperspektiven in den Ländern der Dritten Welt. Auch wenn man Trendverlangsamungen und erneute Restrukturierungstendenzen in Rechnung stellt, sind diese bislang nicht mit einer grundlegenden Revision der einmal geschaffenen sozialen Tatbestände verbunden. Selbst Rückverlagerungen, die in einzelnen Fällen bereits stattfinden, gehen aufgrund der arbeitssparenden Effekte der modernen Technik nicht mit einer »Rückkehr der Arbeitsplätze« in die Zentren einher, sondern belegen allenfalls die strukturelle Instabilität der von den transnationalen Unternehmen in der Dritten Welt geschaffenen Arbeitsplätze (vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye 1987).

Die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Umbruchprozesse und die qualitativen Veränderungstendenzen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung betreffen, wie im folgenden kursorisch gezeigt werden soll, restlos alle Handlungsebenen gewerkschaftlicher Politik:

- das klassische Terrain gewerkschaftlicher Tarifpolitik;
- den betrieblichen Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Sozialbedingungen und den Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze;
- die Ebene der gewerkschaftlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik in ihrer nationalen und internationalen Dimension;
- den Bereich internationaler Gewerkschaftspolitik in Gestalt länderübergreifender gewerkschaftlicher Zusammenarbeit;
- schließlich selbst das Feld gewerkschaftlicher Organisationspolitik, d. h. das Problem der Rekturierung und Mobilisierung gewerkschaftlicher Handlungspotentiale überhaupt.

3.1. Neue Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt

Es wird also die These vertreten, daß es sich um einen ebenso umfassenden wie qualitativ tiefgreifenden Umbruch gewerkschaftlicher Kampfbedingungen handelt, der mit der Strukturkrise der kapitalistischen Weltwirtschaft und den damit einhergehenden neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung

verbunden ist. Dies zeigt sich zunächst in einer qualitativen Veränderung der Konkurrenzverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, deren Einschränkung seit jeher zu den Grundfunktionen gewerkschaftlicher Organisationsbestrebungen gehört. Denn im Ergebnis der neuen Akkumulations- und Internationalisierungsmuster kommt es nicht einfach nur zu einer Ausbreitung von Arbeitslosigkeit im Sinne der erneuten Wiederherstellung der industriellen Reservearmee als gleichsam normales Regulativ bzw. »notwendiges Zubehör der kapitalistischen Wirtschaft« (Lenin) nach einer relativ langen Phase annähernder Vollbeschäftigung; unübersehbar werden zugleich Tendenzen zu einer dauerhaften Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsteile aus dem System »formeller« Arbeit, die sich in einem zunehmenden Wachstum des »informellen Sektors« auch in Industrieländern manifestieren.

Diese Entwicklung wirkt selbst noch – und staatlich unterstützt durch monetaristische Wirtschaftspolitiken – in die Richtung einer allgemeinen »De-Formalisierung« der Arbeit im Sinne der zunehmenden Erosion bzw. »Entregulierung des Normalarbeitsverhältnisses« durch Flexibilisierung, Individualisierung, »Entgewerkschaftlichung« (De-Unionization), Abbau arbeits- und sozialrechtlicher Sicherungen (Mückenberger 1986). Hier bereits von einer drohenden »Peripherisierung des Zentrums« (Elsenhans 1979, S. 145 f.) zu sprechen, erscheint angesichts der nach wie vor zentralen Bedeutung formeller Lohnarbeitsverhältnisse im gesamtgesellschaftlichen Rahmen mit Sicherheit überspitzt; doch bemerkenswert ist immerhin, daß Begriffe und Konzepte, die bislang der sozialwissenschaftlichen Dritte-Welt-Forschung vorbehalten waren, vermehrt in die sozialpolitische Debatte der kapitalistischen Industrieländer Eingang gefunden haben.

Unterdessen erhöht sich nicht nur im nationalstaatlichen Zusammenhang der Druck auf die lohnabhängig Beschäftigten der kapitalistischen Zentren. Diese werden vielmehr auch international neuer Konkurrenz ausgesetzt. Hierbei handelt es sich um eine qualitativ neuartige Dimension insofern, als sie über die bislang schon im Rahmen transnationaler Konzerne gegebene Konkurrenz um Arbeitsplätze unter relativ bzw. tendenziell

vereinheitlichten Reproduktionsbedingungen hinausgreift. In den Mittelpunkt der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« rückt nicht nur schlechthin die Suche nach billiger Arbeitskraft zum Zwecke der Aneignung von Mehrarbeit innerhalb des international organisierten kapitalistischen Verwertungsprozesses. Dies ist selbst noch mit einem sozialökonomischen Transformationsprozeß in den Gesellschaften der Dritten Welt verbunden, der u. a. durch die massenhafte Freisetzung von vormals mehr oder weniger in das System der ländlichen Subsistenzproduktion integrierten Arbeitskräften gekennzeichnet ist, die nunmehr auch international als industrielle Reservearmee für das Kapital verfügbar werden. Dabei ist von zentraler Bedeutung, daß der subsistenzwirtschaftliche Bereich nicht völlig aufgelöst wird, sondern weiterhin einen Teil der Reproduktionskosten aus der ihm vervorgangenen Arbeitskräfte übernimmt, so daß der Preis der Arbeitskraft (der Lohn) unter diesen Bedingungen in aller Regel unter ihren Wert gedrückt werden kann.

In dem Maße also, wie sich transnational agierendes Kapital dieses Arbeitskräftepotential durch den Aufbau von einstmals den Metropolen vorbehaltenen verarbeitungsindustriellen Kapazitäten in der Dritten Welt real unterordnet, nimmt ein Weltmarkt für industrielle Arbeitskräfte vergleichsweise niedriger Qualifikation Gestalt an, auf dem lohnabhängig Beschäftigte und Arbeitslose der kapitalistischen Industrieländer in dieser Form erstmals mit Beschäftigten und potentiellen Arbeitskräften in der Dritten Welt konkurrieren. Dieser Arbeitsmarkt ist entlang extrem unterschiedlicher nationaler Reproduktionsniveaus und historisch erworbener Kampfbedingungen hochgradig fragmentiert. Anders ausgedrückt: Mit der internationalen Reorganisation der Produktion im Zeichen der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« korrespondiert eine internationale Aufspaltung der Arbeiterklasse in eine gleichsam metropolitane und periphere Abteilung auf der Basis gravierender Lohnunterschiede, die das industrielle »Weltmarktmonopol« (Engels) der Arbeiter in den kapitalistischen Zentren ein für allemal beendet hat (vgl. hierzu auch: Fröbel/Heinrichs/Kreye 1985: 47; Lacher/Ruf 1984: 15; Wortmann 1984: 44 ff.).

3.2. Veränderte internationale Interessenkonstellation

Die damit bezeichnete Qualität des Umbruchs gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen reicht über die Verschärfung von Einzelproblemen gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik, wie sie in den letzten Jahren in Form von Reallohnsenkungen und »Freisetzungen« in direktem oder indirektem Zusammenhang mit Produktionsverlagerungen in die Dritte Welt schmerzlich deutlich geworden sind, wesentlich hinaus. Überzeugende Antworten, wie die Gewerkschaftsbewegung den neuen Herausforderungen gerecht werden kann, sind bislang allenfalls ansatzweise formuliert worden. Naheliegend ist jedoch die Überlegung, daß die neue Konkurrenzsituation im Zusammenhang der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« zugleich ein ökonomisch begründetes Interesse der Gewerkschaftsbewegungen und der lohnabhängig Beschäftigten an neuen Allianzen hervorbringt, gleichsam einen Imperativ zur Vereinheitlichung ihrer »Front« über Länder- und Nord-Süd-Grenzen hinweg. Dabei ist – ungeachtet unterschiedlicher Ansatzpunkte und konzeptioneller Vorschläge – allerdings davon auszugehen, daß derartige Vereinheitlichungsprozesse nur politisch bewerkstelligt werden können, daß eine Überwindung oder Einschränkung der Interessengegensätze auf dem Weg ausschließlich ökonomischer Forderungen also nicht möglich sein wird. In diesem Sinne kann zu Recht von einer veränderten Interessenkonstellation im Verhältnis von Lohnabhängigen in der Ersten und der Dritten Welt gesprochen werden, die sich im Prozeß der Neuen Internationalen Arbeitsteilung herausbildet.

Eine Reihe von Autoren sieht diese Interessenkonstellation nun im wesentlichen dadurch bestimmt, daß die bislang vorherrschende Interessendisharmonie (Gattung) durch eine prinzipielle Interessenharmonie abgelöst wird, da Lohnsteigerungen in der Dritten Welt jetzt zur »Voraussetzung für stabiles Wachstum, sichere Arbeitsplätze und steigende Einkommen der Arbeitnehmer in den Industrieländern (werden) und damit in ihrem »objektiven« Interesse« liegen (Wortmann 1984: 45). Da es im Zuge der Herausbildung der »Neuen Internationalen Ar-

beitsteilung« wegen der damit verbundenen strukturellen Massenarbeitslosigkeit in den Zentren und der niedrigen Löhne in der Peripherie zu einer weltweiten Nachfragerücke komme, müßten sich »im Westen und im Süden Kräfte, die weltweit Vollbeschäftigung und steigende Masseneinkommen anstreben, zusammenschließen« (Elsenhans 1984: 120). Die wesentliche Schlußfolgerung, die sich für die Gewerkschaftsbewegungen in den kapitalistischen Zentren aus diesen Überlegungen ergibt, lautet dann, daß eine auf die Erhöhung der Massenkaufkraft gerichtete Tarif- und Wirtschaftspolitik allein nicht zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Krise führen wird, sondern ergänzt werden muß durch ein verstärktes gewerkschaftliches Engagement für eine Entwicklungspolitik, die im Kern auf eine Steigerung der Masseneinkommen auch in der Dritten Welt gerichtet ist und über Strukturreformen in den Entwicklungsländern zu einer Integration der arbeitslosen und unterbeschäftigten Massen, vor allem im ländlichen Bereich, in den Produktionsprozeß führt (Elsenhans 1984: 114 ff.; Wortmann 1984: 45 ff.). Im Kern handelt es sich hier um ein weltweites Modell keynesianischer Krisenüberwindung, dessen Tragfähigkeit ungeachtet seiner wirtschaftspolitischen Zielstellungen freilich gerade dann anzuzweifeln ist, wenn die neuen Akkumulations- und Internationalisierungsmuster, darin eingeschlossen die Tendenz zu einer Neuen Internationalen Arbeitsteilung, als Konsequenz des Scheiterns und der Erschöpfung eben solcher Regulierungsformen interpretiert werden (siehe oben).

Von daher scheint ein grundlegend systemkritischer Interpretationsansatz der veränderten Interessenkonstellation eher gerecht zu werden, der hervorhebt, daß sich gerade im Zuge der Herausbildung der Neuen Internationalen Arbeitsteilung »die grundsätzliche Interessenidentität von Arbeitern der Ersten und der Dritten Welt an der Überwindung ihrer Ausbeutung durch das Kapital« herauskristallisiert (Bröckelmann 1981: 142). Gleichwohl bleibt der Appell, »zur Kritik des Kapitalverhältnisses selbst überzugehen« und eine »klassenbezogene, internationale Gewerkschaftsstrategie« einzufordern, also die »innerkapitalistische Funktion« der Gewerkschaften zu überschreiten

(so Mitschein 1981: 249, 278) sinnlos, wenn nicht der Nachweis gelingt, daß und in welcher Weise die Verwirklichung der unmittelbaren Lebensinteressen der Lohnabhängigen unter den Bedingungen der aktuellen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und der Neuen Internationalen Arbeitsteilung an die Grenzen der herrschenden Ordnung stößt und folglich mit Modellen der »Neuordnung« verbunden werden muß (vgl. allgemein dazu: Deppe 1984: 197). Auch Chancen für eine »Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik« (so auch: Fröbel/Heinrichs/Kreye 1985: 69) dürften schließlich erst dann wahrgenommen werden, wenn sich praktisch zeigt, daß bislang verfolgte gewerkschaftliche Strategien und Konzepte unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen obsolet geworden sind.

3.3. Dilemmata gewerkschaftlicher Politik

In diesem Sinne läßt die »Neue Internationale Arbeitsteilung« nun in der Tat eine Reihe von Dilemmata der Gewerkschaftsbewegung deutlich hervortreten, die sich im Rahmen der überkommenen Ordnung kaum überwinden lassen:

– Zunächst ist festzuhalten, daß eine auf die betriebliche bzw. Unternehmensebene beschränkte gewerkschaftliche Strategie der Interessenwahrnehmung den im Zuge der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« entstandenen neuen Konkurrenzverhältnissen zwischen den Beschäftigten unterschiedlicher Länder kaum noch gerecht zu werden vermag. Denn sowohl das gewerkschaftliche Interesse an einer Einschränkung der Arbeitsplatzkonkurrenz als auch an einer Angleichung der unterschiedlichen Lohn- und Reproduktionsbedingungen auf möglichst hohem Niveau wird auf dieser Ebene immer wieder mit den durch die einzelwirtschaftliche Verwertungsrationalität hervorgebrachten Fraktionierungstendenzen kollidieren. Ein auf die Belegschaftsebene beschränkter Betriebssyndikalismus wird unter diesen Bedingungen die objektiv gegebenen Interessengegensätze sogar noch verstärken, da er sich notwendigerweise die

Bestandswahrung von Teilinteressen auf Kosten anderer zeigen machen muß, wenn der entscheidende Maßstab die »Wettbewerbsfähigkeit« des »eigenen« Betriebs bleibt. Dabei zeigt die betriebssyndikalistische Erfahrungspraxis, daß die Konzentration auf die Absicherung von Interessen der Kern- und Stammbeschaften keineswegs eine Garantie im Sinne des dauerhaften Erhalts gewerkschaftlicher Machtpositionen darstellt, sondern per se bereits Momente der Konzession und der Anpassung an die kapitalistische Produktionslogik, mithin auch die Aufgabe gewerkschaftlicher Vertretungsansprüche beinhaltet. Eine Schlußfolgerung auf dieser Ebene besteht also zunächst darin, daß gegensätzliche Interessenlagen der lohnabhängig Beschäftigten, die durch neue Formen der Internationalisierung der Produktion verschärft wurden, weniger denn je im traditionellen Bezugsrahmen gewerkschaftlicher Interessenvertretung überwunden werden können, sondern mehr denn je der Bearbeitung in einer gesamtwirtschaftlichen und darüber hinaus internationalen Dimension bedürfen.

– Gleichwohl stoßen die Gewerkschaften auch auf dieser Ebene mit ihren traditionellen Optionen auf neue Hemmnisse, Grenzen und Widersprüche. Wenn in Reaktion auf gefährdete Exportpositionen, Produktionsverlagerungen und wachsende »Importkonkurrenz« mit forcierter Modernisierung, Rationalisierung und Automatisierung reagiert wird, um auf diese Weise verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit an angestammten Standorten wiederzugewinnen, so ist dies notwendigerweise mit weiteren »Freisetzungen« verbunden, je erfolgreicher dies praktiziert wird. Wie vertrackt das sich für die Gewerkschaftsbewegung hier ergebende Dilemma in Wirklichkeit ist, kann am Beispiel der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der BRD wie folgt beschrieben werden: »Im Kampf um den Erhalt der westdeutschen Außenhandelsposition . . . muß rationalisiert werden,/muß modernisiert werden,/muß der arbeitsplatzvernichtende »Struktur«wandel vorangetrieben werden, muß insbesondere auch die Produktionsstruktur immer stärker den Weltmarktanforderungen angepaßt werden. Andererseits ergeben sich dadurch nicht Lösungen, sondern weitere Verschärfungen

– am Arbeitsmarkt durch millionenfache weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen, in der Wirtschaftspolitik durch weitere Überakkumulation (Aufbau neuer Überkapazitäten und Schaffung noch umfangreicherer, vagabundierender Kapitalien), in der Bildungspolitik durch »Elitisierung«, in der Produktionsstruktur durch zunehmende Orientierung auf High-Tech-Produkte und insbesondere in der Investitionsgüterproduktion auf Rationalisierungsprodukte usw. Wird dagegen nicht rationalisiert, modernisiert, wird die Produktionsstruktur nicht noch weiter deformiert, weil weiter auf Weltmarktbedürfnisse orientiert und von den Bedürfnissen im Lande gelöst, gehen Exportarbeitsplätze möglicherweise in noch größerer Zahl verloren. Das Dilemma besagt also: Jede Antwort innerhalb der herrschenden Wirtschaftsordnung mit ihrer Profit- und Wachstumslogik (sowie der Orientierung am Primat der weltmarktgeleiteten Modernisierung und Expansion; R. f.) ist falsch.« (Briefs 1986: 6 f.).

Gleiches gilt im Grunde genommen auch für die nun schon klassische (Schein-)Alternative zwischen protektionistischer und Freihandelsoption. Wedere kann die Forderung nach maximaler Handelsliberalisierung umstandslos mit der quasi genuinen »Haltung der klassenbewußten Arbeiterbewegung« identifiziert werden (so aber: Busch 1974: 338), noch bietet der Protektionismus der Gewerkschaftsbewegung eine den Lebensinteressen ihrer Mitglieder auf längere Sicht adäquate Perspektive. Unter den Bedingungen der weltweiten kapitalistischen Krise und der Neuen Internationalen Arbeitsteilung bietet keine der beiden Optionen eine realistische Möglichkeit, Arbeitsplätze im Inland zu sichern und zugleich die Gefährdung von Arbeitsplätzen im Ausland auszuschließen (vgl. auch: Hildebrandt/Olle/Schoeller 1976: 39). Freihandel und Protektionismus sind vielmehr zuallererst politische Instrumente der internationalen kapitalistischen Konkurrenz um die Behauptung bzw. Neuaufteilung von Marktanteilen zwischen stärkeren und schwächeren Kapitalfraktionen, stärkeren und schwächeren Nationen (vgl. auch die Beiträge von Marx und Engels über die Frage von Freihandel und Schutzzoll in: MEW 4: 58 ff.; 299 ff. und 444 ff.).

Weltmarktexpansion und Freihandelspathos sind unter diesen Bedingungen eng geknüpft, und ihrer Logik entspricht, daß die »ganze Schärfe der Gesetze der politischen Ökonomie gegen die arbeitende Klasse angewandt wird« (ebenda: 308), sei es durch den Verlust von Arbeitsplätzen im Gefolge der Reorganisation der Produktion und von Verlagerungsprozessen, sei es durch den Export von Arbeitslosigkeit als Kehrseite eines dauerhaften und strukturellen Handelsbilanzüberschusses. Protektionistische Forderungen, sofern sie in der Gewerkschaftsbewegung entstehen, können demgegenüber zwar auch als gleichsam naturwüchsig-spontane Reaktion der Lohnabhängigen auf die negativen Auswirkungen der Weltmarkttendenzen interpretiert werden (vgl. Bröckelmann 1981: 145); gleichwohl verstärken auch sie die spontane Konkurrenz der Lohnabhängigen im internationalen Zusammenhang, ohne auf Dauer eine wirkliche Gewähr für den Erhalt von Arbeitsplätzen und sozialen Standards bieten zu können. Denn unter den Bedingungen eines entwickelten kapitalistischen Weltmarkts sind protektionistische Bestrebungen unvereinbar mit jenen »Gesetzen der politischen Ökonomie« (ebenda: 308), die sich heute in den beschriebenen neuen Akkumulations- und Internationalisierungsmustern bzw. in einer weltweiten Reorganisation der Produktion Geltung verschaffen. Mit anderen Worten: Die protektionistische Option wird dann obsolet, wenn es sich – wie gezeigt – bei diesen Tendenzen selbst noch um den Ausdruck objektiver Prozesse bzw. um spezifische Reaktionsformen auf die wachsende (auch internationale) Vergesellschaftung von Produktivkräften und die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung handelt.

3.4. Die Notwendigkeit einer umfassenden Alternative

Neue Konkurrenzverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, veränderte internationale Interessenkonstellationen der Arbeiterklasse und die Verschärfung von Dilemmata traditioneller gewerkschaftlicher Politik verweisen also zusammengefaßt vor allem auf die Notwendigkeit grundsätzlicher und tiefgrei-

fender Alternativen, die über die bloße Verteidigung des herrschenden Status quo und bisheriger Errungenschaften hinausweisen. Die neuen Konkurrenzverhältnisse unter den Bedingungen von weltweiter Krise und Neuer Internationaler Arbeitsteilung bieten reale Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte zu ihrer Überwindung durch neue Allianzbildungen auf nationaler und internationaler Ebene. Doch wird das »emanzipatorische Potential« (Wortmann) der »Neuen Internationalen Arbeitsteilung« weder auf der Ebene rein ökonomischer Forderungen noch durch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit allein (und sei es auch in verstärkt konfliktorischer Akzentuierung) noch durch eine Rückkehr zu keynesianischen Wachstumskonzeptionen (und sei es in einer globalen Dimension) zu erschließen sein. Die durch den Wandel der internationalen Handlungsbedingungen gewerkschaftlicher Politik entstandenen Herausforderungen verlangen, um ihnen gerecht zu werden, nach einem neu begründeten gewerkschaftlichen Internationalismus, dessen zentrale programmatisch-konzeptionelle Aufgabenstellung in der politischen Verknüpfung betrieblicher, regionaler, nationaler und »internationaler« Interessenlagen gesehen werden muß. Im nationalstaatlichen Rahmen entwickelte Alternativvorstellungen müssen sich selbst dabei noch an den Erfordernissen internationaler Gewerkschaftssolidarität messen lassen. Zugleich werden sich die Gewerkschaften im internationalen Bereich nicht auf den bloßen Ausbau ihrer länderübergreifenden Beziehungen beschränken können, sondern sich mit eigenen konzeptionellen Vorstellungen in den laufenden Prozeß der Restrukturierung des internationalen Systems einzuschalten haben. Dabei werden sie nicht zuletzt die Forderungen nach einer Veränderung der Struktur der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaft, wie sie von Seiten der Entwicklungsländer artikuliert werden, zur Kenntnis nehmen und möglicherweise übernehmen müssen. Entscheidend für die Entwicklung und Realisierung einer solchen Perspektive ist jedoch, daß sie nicht losgelöst von den konkreten Erfahrungen gewerkschaftlichen Handelns unter national je unterschiedlichen Bedingungen erfolgen können.

Literatur

- Aglietta, M., 1979: *A Theory of Capitalist Regulation*, London
- Altvater, E., 1983: Der Kapitalismus in einer Formkrise. Überlegungen zum Krisenbegriff in der politischen Ökonomie und ihrer Kritik, in: *Aktualisierung Marx*, Argument-Sonderband AS 100
- Altvater, E., 1985: Kredit und Hegemonie. Über die Aussichten für einen baldigen Aufschwung, in: Jänicke 1985
- Altvater, E., 1987: Die zwei Seiten der Medaille. Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Verschuldung in der Weltwirtschaftskrise, in: Abromeit, H./Blanke, B. (eds.), *Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren*, Opladen, Leviathan Sonderheft 8/1987
- Altvater, E., u. a. 1987: *Die Armut der Nationen – Handbuch zur Verschuldungskrise von Argentinien bis Zaire*, Berlin (West)
- Briefs, U., 1986: Anders produzieren, anders arbeiten, anders leben. Von der Alternativproduktion zur demokratischen Produktionspolitik, Köln
- Bröckelmann, M., 1981: Arbeiterbildung und Dritte Welt. Bedingungen entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Saarbrücken-Fort Lauderdale
- Busch, K., 1974: Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt/M.
- Deppe, F., 1984: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme, Köln
- Donges, J. B., 1974: Erfolgsbedingungen für binnen- und exportorientierte Industrialisierung in Entwicklungsländern: Ein Resümee, in: H. Giersch/H.-D. Haas (Hg.), *Probleme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung*, Berlin (West)
- Elsenhans, H., 1979: Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: Senghaas 1979
- Elsenhans, H., 1984: Nord-Süd-Beziehungen. Geschichte – Politik – Wirtschaft, Stuttgart etc.
- Fajnzylber, F., 1983: *La industrialización trunca de América Latina*, Mexico D.F.
- Fels, G., 1971: Spezialisierungsmuster in der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in: *Die Weltwirtschaft*, Kiel, Nr. 1
- Fels, G./K.-D. Schmidt, 1980: Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Tübingen
- Frieden, J., 1981: Third World Indebted Industrialization, International Finance and State Capitalism in Mexico, Brazil, Algeria and South Korea, in: *International Organization*, No. 35
- Friedrichs, G./A. Schaff (Hg.), 1982: *Auf Gedeih und Verderb – Mikroelektronik und Gesellschaft*, Wien
- Fröbel, F., 1980: Zur gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirtschaft, in: *Starnberger Studien* 4, Frankfurt/M.
- Fröbel, F./J. Heinrichs/O. Kreye, 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek
- Fröbel, F./J. Heinrichs/O. Kreye, 1985: Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft/Flexibilisierung der Arbeit/Neue Technologien, Reinbek
- Fröbel, F./J. Heinrichs/O. Kreye, 1987: Kommen die Arbeitsplätze zurück? Internationale Arbeitsteilung und Beschäftigungsentwicklung, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 1

- Galtung, J., 1972: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: D. Senghaas (Hg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/M.
- Gerth-Wellmann, H., 1984: Die »Lomé-Politik« der Europäischen Gemeinschaft. Entstehungsbedingungen, Ergebnisse und Perspektiven, München etc.
- Goldberg, J., 1986: Die chronische Überakkumulation von Kapital als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, Frankfurt/M.
- Gündel u. a. (Autorenkollektiv), 1981: Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, Berlin (DDR)
- Hemberger, H., 1974: Direkte Auslandsinvestitionen – Elemente des Entscheidungsprozesses und Erklärungsansätze, Frankfurt/M.-Zürich
- Hiemenz, U./K.-W. Schatz, 1976: Erfolgchancen und Grenzen einer weltwirtschaftlichen Integration als Entwicklungsstrategie, in: Schmidt 1976
- Hildebrandt, E./W. Wolle/W. Schoeller, 1976: National unterschiedliche Produktionsbedingungen als Schranke eines gewerkschaftlichen Internationalismus, in: Prokla, Nr. 24
- Huffscheidt, J., 1979: Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz nach fünf Jahren Ölkrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1
- Huffscheidt, J., 1986: Entwicklungsstadien des Kapitalismus, in: Prokla/SPW/SOZIALISMUS/MEMORANDUM/IMSF 1986
- IMSF / ASK (ebd.), 1986: Die Dritte Welt in der Schuldenkrise – Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen, Frankfurt/M.
- Jänicke, M. (ed.), 1985: Vor uns die goldenen neunziger Jahre? Langzeitprognosen auf dem Prüfstand, München-Zürich
- Jenkins, R., 1985: Kontroverse Standpunkte zur Internationalen Arbeitsteilung, in: Mehrwert 26
- Kleinknecht, A., 1986: Profitratenentwicklung, Lange Wellen und Zyklus, in: Prokla/SPW/SOZIALISMUS/MEMORANDUM/IMSF 1986
- Körner u. a., 1984: Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt, Hamburg
- Lacher, M./W. Ruf, 1984: Capitalist crisis and transnational mobility of labour force, in: Lacher, M./W. Ruf (eds.), 1984: Transnational Mobility of Labour and Regional Developments in the Mediterranean, Kassel
- Mitschein, Th., 1981: Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis. Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften, Frankfurt-New York
- Mückenberger, U., 1986: Zur Rolle des Normalarbeitsverhältnisses bei der sozialen Umverteilung von Risiken, in: Prokla, Nr. 64
- Ohlin, B., 1971: Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationalen Bewegungen zwischen Kapital und Arbeit, in: K. Rose (Hg.), Theorie der internationalen Wirtschaftsbewegung, Köln-Berlin (West) 1971
- Olle, W., 1986: Bundesdeutsche Konzerne und Dritte Welt, Bornheim-Merten
- Prokla/SPW/SOZIALISMUS/MEMORANDUM/IMSF, 1986: Kontroversen zur Krisentheorie. Überakkumulation, Verschuldung, Nachfragepolitik und Alternativen, Hamburg
- Ricardo, D., 1959: Grundsätze der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR)
- Schatz, K./D. Spinanger, 1984: Zonen freier Wirtschaftstätigkeit (Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 105), Kiel
- Senghaas, D. (ed.), 1979: Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/M.

- Schmidt, A. (ed.), 1976: Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit, Frankfurt-New York
- Schubert, A., 1985: Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem, Frankfurt/M.
- Schui, H., 1987: Die Schuldenfalle. Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA, Köln
- Welzk, St., 1986: Boom ohne Arbeitsplätze, Köln
- Wortmann, M., 1984: Gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt? Veränderte Interessen in der neuen internationalen Arbeitsteilung, Saarbrücken-Fort Lauderdale